historia.scribere

Jahrgang 5, Mai 2013

ISSN 2073-8927

| | | |
|---|---|---|
| Vorwort zur fünften Ausgabe 2013 | *Gunda Barth Scalmani, Irene Madreiter, Eva Pfanzelter* | *i–vii* |
| Best-Paper-Awards 2013 | *Sarah Nepo, Michaela Seewald* | *3–44* |
| | *Christoph Pöll, Armin Posch* | *45–95* |
| Franz-Mathis-Preis 2013 | *Franz Kurz* | *99–127* |
| Helmut-Reinalter-Preis 2013 | *Hester Margreiter* | *131–155* |
| Josef-Riedmann-Preis 2013 | *Alexandra Rabensteiner* | *159–191* |
| Rolf-Steininger-Preis 2013 | *Joachim Romen* | *195–207* |
| Sonderpreis der Vorarlberger Landesregierung | *Armin Posch* | *211–235* |
| Rubrik Proseminare | *Nikolaus Bliem, Karl Elmar Laimer, Justina Rauch, Michaela Seewald* | *239–316* |
| Rubrik Seminare | *Anna Magdalena Schmidt, Jack Schropp, Stephanie Sitz* | *319–394* |
| Rubrik Varia | *Christof Aichner, Alejandro Boucabeille, Manuel Pohl, Christoph Pöll, Stephan Scharinger, Martin Scheiring, Veronika Settele* | *397–481* |

## Vorwort zur fünften Ausgabe von *historia.scribere* 2013

Ein Lustrum ist seit der ersten elektronischen Publikation von *historia.scribere* vergangen, Zeit, Bilanz zu ziehen und zu fragen, ob und was sich geändert hat.

*historia.scribere* wurde ins Leben gerufen um die schriftlichen Arbeiten von Studierenden, die im Laufe ihres Studiums in Proseminaren, Seminaren und anderen Lehrveranstaltungen entstehen, sichtbar zu machen. Es sollte die Breite an Themen greifbar und eine Best-Practise-Sammlung geschaffen werden, auf die Lehrende verweisen und die Studierende konsultieren können. Im Hintergrund des Projekts stand auch die Erfahrung der Gründerinnen während der Zeit des sog. Bologna-Prozesses, d.h. der Entwicklung von Curricula für das Bachelor- und das Master-Studium der Geschichte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Es war dies ein Prozess, der, je länger er dauerte, immer stärker zu einem bürokratischen Vorgang geriet, in dem inhaltliche und didaktische Überlegungen vor der Faktizität juristischer Argumentationen und finanziell machbarer Gegebenheiten immer stärker in den Hintergrund rückten. Die Gründung von *historia.scribere* sollte die Arbeit von Studierenden wieder in den Mittelpunkt stellen.

Hat sich durch die Einführung des BA- und MA-Curriculums 2009 an der Art oder dem Umfang der schriftlichen Arbeiten nun etwas geändert? Diese Frage ist eigentlich falsch gestellt. Denn sie berücksichtigt – wie so oft bei universitär-didaktischen Überlegungen, nur das eigene Biotop und übersieht dabei, was sich in den Lehr- und Erfahrungsräumen, die der Universität vorgelagert sind, verändert hat bzw. verändert. Gerne lamentieren LeiterInnen universitärer Lehrveranstaltungen, dass sich durch die Medienrevolution so viel am Leistungsvermögen der Studierenden geändert habe, im Vergleich zu ihrer eigenen Studienzeit. Diese war – wie bei dem rhetorischen Muster solcher Klagen üblich – viel besser, gewissermaßen ein goldenes Zeitalter an Kompetenzen, die Studierende „mitgebracht“ hätten. Unbeschadet der Auswirkungen der digitalen Revolution auf den Prozess des Wissenserwerbs haben sich aber in den Oberstufen der Sekundarschulen tatsächlich Veränderungen ereignet, gerade in den sogenannten Lese- und Schreibfächern wie Deutsch oder den lebenden Fremdsprachen. Wo werden abgesehen von den konkreten Vorbereitungen für Schularbeiten noch längere Texte verfasst und dabei die Baustrukturen solcher Texte erprobt? Wo und wann werden längere Texte gelesen, findet eine Auseinandersetzung mit der Struktur und dem Inhalt des Textes statt? Die Schere

zwischen den überzeugten Erklärungen von SekundarschullehrerInnen und den Erfahrungen von Eltern klafft da oft erheblich auseinander. Filme sind nicht nur Ergänzung in der Auseinandersetzung mit Medien, sondern ersetzen in vielen Gegenständen die Auseinandersetzungen mit Texten. Die Sicherheit im Umgang mit Grammatik, Orthographie und Stil der eigenen Sprache hat sich – jenseits aller PISA-Tests und sonstiger Kompetenzüberprüfungen – ebenfalls geändert, weil auch in den Sekundarschulen pädagogisch-didaktisch-methodische Ziele einem Wechsel unterliegen und auch rechtliche Rahmenbedingungen stärker zu berücksichtigen sind. Der junge Mensch verlässt die Sekundarschule und tritt an die Universität, wo er je nach Art des gewählten Studiums auf eine bestimmte Erwartungshaltung trifft: Krass formuliert für die Geschichtswissenschaft: Neugierde, wie etwas geworden ist, soll die Studierenden beflügeln, lesen sollen sie mögen und schreiben sollen sie können.

Neben den Veränderungen und Fertigkeiten die MaturantInnen mitbringen, hat sich in diesen vergangenen fünf Jahren ein Wandel in der Studienrichtung abgezeichnet: Die Studierenden inskribieren immer häufiger das Lehramts-Studium „Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung". Diese Verlagerung lässt sich nicht nur mit einer bewussten Umgehung des Bachelor- und Master-Studiengangs Geschichte erklären, sondern hängt auch mit der mehr oder weniger begründeten Annahme zusammen, dass ein Generationenwechsel größeren Ausmaßes im Lehrpersonal der Allgemein- und Berufsbildenden Höheren Schulen bevorstünde. Neben der allgemein didaktischen und pädagogischen sowie engeren fachdidaktischen Ausrichtung, stellt die Ausbildung in der Fachdisziplin dabei nur einen Teil des Studiums dar. Das heißt konkret, dass in weniger Lehrveranstaltungen als im auslaufenden Diplom- oder gegenwärtigen Bachelor- und Master-Studiengang Geschichte das Interesse für die Fachwissenschaft geweckt werden muss. Damit geht einher, dass auch die Sensibilisierung für das wissenschaftliche Schreiben weniger Raum im Studium hat. Umso erstaunlicher ist, dass *historia.scribere* kontinuierlich mit einer steigenden Zahl von Einreichungen konfrontiert ist. Und umso deutlicher zeigt sich, wie notwendig die Wertschätzung ist, die *historia.scribere* den historisch schreibenden Studierenden zollt.

Der Aufruf zur Einreichung mit gut bzw. sehr gut bewerteter Arbeiten führte im November 2012 zu einem neuen Hoch: Die 42 eingereichten Beiträge zeugen von einer anhaltend wachsenden Wahrnehmung von *historia.scribere* bei den Studierenden.[1] Letztlich zur Publikation kommen diesmal 23 Arbeiten aus den Rubriken Proseminare, Seminare, Bachelorarbeiten und Varia. Nach der Publikation von Ausgabe 4 im Mai 2012 hatten wir uns für dieses Jahr vorgenommen, noch restriktiver bei der Auswahl der Arbeiten zur Publikation zu sein. Dies ist uns zwar gelungen, doch kommt die

[1] Siehe dazu im Vergleich Gunda Barth-Scalmani, Irene Madreiter, Eva Pfanzelter, Vorwort 2012, in: *historia.scribere* 4 (2012), S. i–vi, [http://historia.scribere.at], eingesehen 15.5.2013; Dies., Vorwort zur dritten Ausgabe, in: *historia.scribere* 3 (2011), S. i–iii.; dies., Vorwort zur zweiten Ausgabe, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. i–iii.

Gesamtausgabe von *historia.scribere 5* wiederum auf 481 Seiten und damit auf nur knapp 120 Seiten oder 20 Prozent weniger als die Ausgabe vom Vorjahr. Dies hat gleich mehrere Gründe. Einerseits wurden heuer mehr Beiträge eingereicht. Andererseits gab es erstmals Einreichungen aus der neuen Rubrik Bachelor-Arbeiten und in der Rubrik Varia eine ganze Reihe von Diplomarbeits- und Dissertationsexposés, deren Publikation wir als besonders zielführend im Hinblick auf die geänderten Studien- und Antragsmöglichkeiten für Höhersemestrige erachten. In der Rubrik Varia finden sich heuer daher sieben Exposés quer über alle Kernbereiche, die unseren jungen KollegInnen als Anregung und Inspiration dienen sollen.

Auch in diesem Jahr kommt hier wieder ein Blick auf die Auswertung der Homepage-Statistik von http://historia.scribere.at.[2] Die Zugriffe auf die Seite nehmen stetig zu: Waren es 2009 noch rund 1.400 Zugriffe von unterschiedlichen Rechnern, so stieg die Zahl 2010 auf rund 1.750, 2011 auf immerhin 2.600 und im Jahr 2012 auf über 2.900 „unique visitors". Bei genauerer Analyse dieser Zahlen zeigt sich als interessantes Detail, dass von den insgesamt rund 25.000 Zugriffen auf die Homepage jeder Besucher rund 1,5 Mal auf der Seite landete, d.h. ein Teil der Besucher kehrt also mehr als einmal auf die Seite zurück. Der Blick auf die Tagesverteilung verrät, dass im beobachteten Zeitraum Jänner bis Dezember 2012 der Montag mit etwas über 100 Zugriffen im Schnitt der arbeitsreichste Tag war – Montag, der 10. Dezember war mit 96 Zugriffen der Tag mit den meisten Zugriffen überhaupt –, dicht gefolgt vom Donnerstag (87 Hits), der 2011 an einsamer Spitze lag, und vom Dienstag (85 Hits). Der Samstag mit rund 28 Hits und der Sonntag mit rund 34 Hits im Durchschnitt dienen wohl mittlerweile tatsächlich der Freizeitgestaltung unserer User.

Der Großteil der Zugriffe erfolgte 2012 in den Monaten November (396 Unique Visitors im Monat der Einreichung) und Mai (425 Unique Visitors im Monat der Publikation). Allerdings gab es mit Ausnahme der Monate Juli, August, September und Dezember insgesamt eine annähernd gleichmäßigen Zugriff von etwa 250 Unique Visitors und selbst die Monate Juli, September und Dezember kamen auf rund 150 Einzelnutzer. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich allerdings an der täglichen Zugriffszeit etwas verändert: Während 2011 der Großteil der NutzerInnen zwischen 20 und 22 Uhr auf die Homepage kam – und es im Schnitt immerhin mehr Zugriffe um Mitternacht als um 8 Uhr morgens gab –, lag die Hauptzugriffszeit 2012 zwischen 10 und 15 Uhr, wobei auch die „Randzeiten" davon, also ab 9 Uhr und bis 17 Uhr viele Hits aufweisen. Die Zugriffe um Mitternacht liegen diesmal deutlich hinter jenen um 8 Uhr morgens (324 Hits gegenüber 653). Damit zeigt sich nicht nur in der Wochenverteilung der Zugriffe, sondern auch an der täglichen Zugriffszeit eine Annäherung an die 40-Stunden-Woche im öffentlichen

[2] Die Statistik wurde erstellt aus den Daten, die von der Universität auf dem Webapplication-Server mitgeschrieben wurden: http://webapp.uibk.ac.at. Die exakten Zahlen werden aufgrund einer besseren Lesbarkeit hier jedoch nicht wiedergegeben.

Dienst. Über die Gründe dafür wollen wir hier nicht spekulieren. Als Herausgeberinnen freuen wir uns jedenfalls über die nach wie vor hohe Klickrate auf unserer Seite.

Auch die Einreichungen geben Stoff für eine Statistik. Der Großteil der eingereichten Beiträge stammte diesmal aus den Fächern Zeitgeschichte, Österreichische Geschichte und Alte Geschichte. Die meisten Einreichungen erfolgten in der Rubrik Proseminare (15), gefolgt von den Seminaren (11) und den Varia (11) und Bachelor-Arbeiten (4). Publiziert werden heuer schließlich acht Proseminar-Arbeiten, acht Seminar-Arbeiten, zwei Bachelor-Arbeiten und sieben Diplomarbeits- bzw. Dissertationsexposés. Thematisch beschäftigen sich auch heuer wieder ein Großteil der publizierten Arbeiten mit dem 19. (drei Arbeiten) und 20. Jahrhundert (vierzehn Arbeiten), wobei letzteres auch durch eine wachsende Kontextualisierung im Rahmen des Erinnerungsparadigmas in den Kernfächern Zeitgeschichte, Österreichischen sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu erklären ist.

Thematisch finden wir hingegen in dieser Ausgabe eine breite Streuung von der Antike bis zur Gegenwart. Das lässt sich auch an den heuer mit den Best-Paper- und Emeriti-Preisen ausgezeichneten Arbeiten ablesen. In der Rubrik Proseminare erhalten Sarah Nepo und Michaela Seewald und in der Rubrik Seminare Chrisoph Pöll und Armin Posch die Best-Paper-Awards. Sarah Nepo analysiert in ihrer zeithistorischen Proseminar-Arbeit detailreich den „Iran-Irak-Krieg 1980–1988. Die Balancepolitik der Supermächte“. Die umfangreichen Literaturangaben in dieser Arbeit bezeugen die bemerkenswerte Themenkenntnis der jungen Autorin. Trotz hoher Detailtiefe muss außerdem die gute Lesbarkeit und die Verständlichkeit der Arbeit hervorgehoben werden, die mit zur Preiswürdigkeit beiträgt. Diese zeigt sich an der Proseminar-Arbeit über „Papst Johannes Paul II. als Außenpolitiker im polnischen Konflikt zwischen Regierung und Arbeiterschaft 1980–1983“ von Michaela Seewald wiederum vor allem im überzeugenden, argumentativen Schreibstil und der überaus lebendigen Sprache. Vorbildlich ist hier die Nutzung von wörtlichen Zitaten, die sehr gezielt gebraucht und wunderbar kontextualisiert werden. Seewald bietet außerdem einen anschaulichen Streifzug durch die Rezeption in zeitgenössischen Medien, die den Beitrag weit über das durchschnittliche Proseminar-Niveau hinausheben.

In der Seminar-Arbeit „Straßenbau und Tourismus. Das Beispiel der Großen Dolomitenstraße und der Großglockner Hochalpenstraße“ wiederum gelingt es Christoph Pöll, anhand der aufgestellten These eine stilistisch einwandfreie Argumentation aufzubauen. Der enge Zusammenhang zwischen infrastruktureller Notwendigkeit für den Bau solcher Straßen und den offensiven touristischen Absichten dahinter wird glaubwürdig vermittelt. Herauszuheben sind hier auch die sehr gute Ausführung der methodischen Herangehensweisen und die geschickte, wenn auch kritisch hinterfragte Nutzung von Zeitungen als historische Quellen.

Armin Posch zeigt mit hohem Reflexionsgrad in seiner bepreisten Arbeit „Wer sind die Makedonen?“, wie der Rückgriff auf die antike Geschichte als Argument für gegenwärtige Auseinandersetzungen, in diesem Fall zwischen Griechenland und der Republik Makedonien (= Former Yugoslav Republic of Macedonia), dient.

Auch heuer haben sich unsere Emeriti wieder bereit erklärt, wie schon in den vergangenen Jahren Preisgelder in der gleichen Höhe wie die Philosophisch-Historische Fakultät für qualitativ hochwertige Arbeiten bereit zu stellen. Herrn o. Univ.-Prof. i. R. Dr. Franz Mathis, Univ.-Prof. i. R. Dr. Helmut Reinalter, em. o. Univ.-Prof. Dr. Josef Riedmann und em. o. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger sei an dieser Stelle herzlich vor allem im Namen unserer PreisträgerInnen für das anhaltende Engagement für die Arbeiten von Studierenden über ihr Universitätsleben hinaus gedankt.

Erstmals sind heuer Bachelor-Arbeiten eingereicht worden und haben es dabei bis an die Spitze der Bewertungen geschafft. Der Franz-Mathis-Preis geht daher ebenso wie der Josef-Riedmann-Preis 2013 erstmals an diese neuen Qualifizierungsarbeiten. Beide wurden im Fach Zeitgeschichte verfasst. Franz Kurz befasst sich in „Illusion oder Holocaust? Vergleich revisionistischer und progressiver Taktiken der Darstellung des Massakers von Nanjing 1937/38“, kritisch mit verschiedenen Strömungen der japanischen Historiographie. Alexandra Rabensteiner greift unter dem Titel „Schuldig? Nationale und internationale Medien im Genozid in Ruanda“ ein Thema auf, das infolge der stattfindenden Prozesse immer wieder in unseren Medien erwähnt wird. Sowohl Kurz wie Rabensteiner haben auf hohem Niveau argumentiert. Kurz hat mit kritischem Blick die unterschiedlichen japanischen und chinesischen Bewertungen des Massakers vorgenommen. Rabenteiner hat innovativ Zeitungsartikel mit Wikipedia-Einträgen in ihrem Verlauf kontrastiert und hinterfragt so die Rolle von Massenmedien im Kontext des Genozids in Ruanda. Beide Arbeiten lassen vermuten, dass von den nun zahlreicher verfassten Bachelor-Arbeiten der ersten Generation dieses Curriculums noch einiges zu erwarten ist.

Den Helmut-Reinalter-Preis 2013 erhält Hester Margreiter für ihre PS-Arbeit „Das ‚Handwerk‘ des Henkers und die Inszenierung des erzwungenen Todes in Tirol) aus dem Kernfach Österreichische Geschichte. Sie untersucht den sozial stigmatisierten Beruf des Henkers mit dem Konzept der Ehre, arbeitet Unterschiede und Entwicklungstendenzen vom Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit heraus und kontrastiert die Tiroler Befunde immer wieder mit Beispielen aus anderen Regionen. Den Rolf-Steininger-Preis 2013 erarbeitete sich Joachim Romen mit der Proseminar-Arbeit „Détente am Ende“, die im Kernfach Zeitgeschichte entstand. Der Beitrag zeichnet sich durch essayistische Leichtigkeit und bemerkenswerte Eloquenz bei gleichzeitiger sprachlicher Präzision aus. Erstmals kann *historia.scribere* einen Sonder-Preis des Landes Vorarlberg vergeben, da in der Seminar-Arbeit von Armin Posch im Kernfach Österreichische Geschichte ein Zeitungsmedium überregionaler Bedeutung mit einem regionalem Medium Vorarlberger

Provenienz kontrastiert wurde („Pester Lloyd“ und „Vorarlberger Landeszeitung“ als Quellen zum Ersten Weltkrieg: Ein Vergleich). Hervorgehoben wurden die interessante Fragestellung und das ausführliche, reflexive Resümee.

Der aufwändige Peer-Review-Prozess, die Verwaltung der online-Einreichung, die selbst durchgeführte Formatierung und Layoutierung bedeuteten einen enormen Zeitaufwand für die Herausgeberinnen und vor allem die studentischen RedaktionsmitarbeiterInnen Miriam Krög, die die Erfahrung früherer Mitarbeit im Team mitbrachte, sowie – neu dabei – Matthias Hoernes und Julia Marzoner, deren Arbeitseinsatz höchst professionell war. Erstmals haben uns heuer in der ersten Runde der Begutachtung zudem Kolleginnen unterstützt. Unser Dank geht daher an Ingrid Böhler, Elisabeth Dietrich-Daum und Kordula Schnegg ebenso wie an einige Mitglieder vom Team „Geschichtsraum. Students History Talks“ http://geschichtsraumibk.wordpress.com/team/ (Alejandro Boucabeille, Christof Czech, Verena Sauermann und Veronika Settele) und an Nikolaus Thoman sowie, nicht zum ersten Mal, an Mag. Matthias Egger. Der „fremde Blick“ auf die eingereichten Arbeiten bestärkt das Herausgeberinnenteam in seinen Urteilen. Erstaunlich ist immer wieder, wie nahe die Bewertungen von Lehrenden und Studierenden liegen.

Eine Neuigkeit gibt es in dieser Ausgabe: Wir wollten herausfinden, wie ein Facebook-Auftritt für unsere Zeitschrift bei Studierenden ankommt. Am 30. Oktober 2012 startete der Facebook-Auftritt unserer Online-Zeitschrift. Die Anhängerschaft stieg anfangs nur langsam, aber dann doch stetig an, bis es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der fünften Ausgabe fünfzig Personen waren, die unserer Facebookseite verfolgten. Durch einzelne Beiträge, wie etwa jenem zur Anzahl der Arbeiten, die veröffentlicht werden, erreichten wir sogar rund 300 FacebooknutzerInnen. Facebook gestaltet sich daher auch für uns als Werbekanal, weshalb es uns folgerichtig erschien, auch für andere Projekte an der Universität Innsbruck zu werben, wie etwa für das Studierendenprojekt „Geschichtsraum“.

Wie jedes Jahr ist es uns erneut angenehme Pflicht den „Financiers“ und Gönnern von *historia.scribere* zu danken. Der Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät, ao.Univ. Prof. Dr. Klaus Eisterer sowie die Fakultätsstudienleiterin der Philosophisch-Historischen Fakultät, Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Monika Fink, zeichnen für die Basissubventionierung, mit deren Hilfe zwei Studienassistentinnen finanziert werden konnten. Beinahe schon traditionsgemäß übernahm die Philosophisch-Historische Fakultät auch das Sponsoring der Best-Paper-Awards. Hierfür sei herzlich gedankt!

Wie jedes Jahr sei auch unseren Sponsoren gedankt! Bei der Organisation der Veranstaltung zur Überreichung der Best Paper-Awards 2013 sowie beim Lukrieren der Sachpreise war uns der Alumni-Verein der Universität Innsbruck mit Mag. Kirsten Rieder ein kreativer Kooperationspartner. Von den außeruniversitären Sponsoren blieben

uns die Thalia Buchhandlung, der Reiseveranstalter TUI – Tiroler Landesreisebüro, sowie Der Standard gewogen.

So wünschen wir auch heuer wieder allen Leserinnen und Lesern *bon divertissement* bei der Lektüre der fünften Ausgabe!

Gunda Barth-Scalmani, Irene Madreiter, Eva Pfanzelter

Die Herausgeberinnen

# Best-Paper-Awards 2013

# Der Iran-Irak-Krieg 1980–1988. Die Balancepolitik der Supermächte

**Sarah Nepo**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: SSc Mag.[a] Dr.[in] Ingrid Böhler

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**

**The Iran-Iraq War 1980–1988. The Balance of Power between the Two Superpowers**

This paper mainly deals with the balance of power between the two superpowers during the 1980–1988 Iran-Iraq War. It focuses on the strategic considerations prior to the conflict. Since neither the Soviet Union nor the USA could afford to lose this contested region to their respective opponent, the Iran-Iraq War is a typical example of a ”hot war“ within Cold War balance of power-politics.

## Einleitung

„Am besten wäre es, wenn beide Seiten verlören“,[1] formulierte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger im Namen zahlreicher aktiver Politiker, während der stellvertretende Außenminister Richard Murphy in einer Anhörung vor dem Kongress erklärte: „Der Sieg einer Seite ist weder militärisch erreichbar noch strategisch wünschenswert.“[2]

[1] *Der Spiegel*, Nr. 23, 1984.
[2] *Christian Science Monitor*, 14.6.1984.

Den Aussagen dieser einflussreichen Politiker muss Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Krieg in einer der strategisch bedeutsamsten Regionen der Welt war der bis dato blutigste und längste Konflikt zwischen Entwicklungsländern,[3] kostete einer Million Menschen das Leben, stellte den größten Raketenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg dar und brachte kein signifikantes politisches Ergebnis.[4]

Obwohl er aufgrund regionaler Differenzen ausgebrochen war, entwickelten sich die beiden Supermächte im weiteren Verlauf zu den maßgeblichen Entscheidungsträgern. Im allgemeinen Wettstreit des Kalten Krieges wurde der Konflikt weitgehend für die jeweiligen Interessen benutzt. Weder Washington noch Moskau konnte sich jedoch mit einer Partei vollständig solidarisieren, und einig waren sich die Supermächte auch in ihrem Bestreben, den Konflikt möglichst rasch einzudämmen und unspektakulär zu beenden.[5]

Der ehemalige Befehlshaber der 6. US-Flotte, Admiral Eugene Carroll, beschrieb die problematische Lage 1984 folgendermaßen:

> „Normalerweise baut unsere Politik auf der Maxime auf ‚Was schlecht ist für die Sowjet-Union, ist gut für die Vereinigten Staaten'. In diesem Falle aber gibt es eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den beiden Staaten. Das ist nicht vorgesehen im Konzept."[6]

Welche Faktoren veranlassten die Supermächte also zur realisierten Schaukelpolitik? Wie war es möglich, dass sowohl der Iran als auch der Irak im Laufe des Ersten Golfkrieges von beiden Seiten unterstützt wurden? Welche strategischen Überlegungen gingen den Balance-Aktionen voraus? Wie stark waren USA und Sowjetunion von der Furcht geleitet, durch offensichtliche und eindeutige Unterstützung eines Landes das andere in die Hände des Gegners zu spielen?

Vorliegende Arbeit beschäftigt sich vorwiegend mit der Balancepolitik der Supermächte im irakisch-iranischen Krieg. Dabei werden im Speziellen die den Handlungen vorausgegangenen strategischen Überlegungen untersucht. Da es sich weder die Sowjetunion noch die USA innerhalb des Kalten Krieges leisten konnten, die Konfliktregion an den Gegner zu verlieren, stellt auch dieser „Heiße Krieg" ein typisches Beispiel für die praktizierte Balancepolitik dar.

---

[3] Henner Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 376–407, hier S. 380.
[4] Rolf Müller-Syring, Die USA und die Golfregion zwischen Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung in den 90er Jahren, in: Günter Barthel (Hrsg.), Ursachen gewaltförmiger Konflikte in der Golfregion. Internationale und zwischenstaatliche Faktoren (Leipziger Beiträge zur Orientforschung 2), Frankfurt 1993, S. 1–43, hier S. 5.
[5] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 406.
[6] *Der Spiegel*, Nr. 23, 1984.

## Kriegsbeginn

Nachdem der Algier-Vertrag[7] am 16. September einseitig gekündigt worden war,[8] erfolgte der irakische Angriff am 22. September 1980 kurz vor Tagesanbruch[9] in zwei Richtungen: Um die Hauptschlagader der iranischen Wirtschaft zu durchschneiden, sollten die Erdölquellen und Ölraffinerien im Süden zerstört werden.[10] Hier galt es, den Schatt al-Arab zu sichern und die begehrte Provinz Chuzestan zu erobern.[11] Auch im Norden wurden massive Angriffe durchgeführt, da die irakischen Militärs dachten, der Iran würde sich dort auf eine mögliche irakische Offensive vorbereiten.[12]

Die islamische Republik Iran hatte zuvor öffentlich bekannt, dass sie die vor allem im Unterirak lebenden Schiiten von der Unterdrückung durch das „gottlose Regime“ der irakischen Baath-Partei befreien wolle. Anhänger Ayatollah Chomeinis[13] riefen dazu auf, die höchsten schiitischen Heiligtümer im Irak zu erobern. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein rechtfertigte den Angriff vom September 1980 mit einem Präventivschlag gegen diese Ambitionen[14] und mit dem Argument, er habe Angst vor einer Expansion der islamischen Revolution gehabt.[15] Die irakische Regierung hatte jedoch schon vor diesem Angriff und dann auch während des Krieges das arabische Volk in Chuzestan zu einem Sturz der Chomeini-Regierung aufgerufen.[16]

Zu den unmittelbaren Anlässen des Krieges zählt zudem das Attentat eines schiitischen irakischen Studenten iranischer Abstammung im April 1980 auf den stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Tarik Aziz. Dabei kamen zwei Menschen ums Leben. Bei deren Beerdigungsprozession wurde ein weiteres Attentat verübt. Die Attentate hatten zur Folge, dass die Diplomaten der iranischen Botschaft in Bagdad das Land verlassen mussten und dass das religiöse Oberhaupt der Schiiten im Irak, der Führung der Anschläge beschuldigt, hingerichtet wurde.[17]

Zu Beginn war die Offensive sehr erfolgreich, am 19. Dezember erreichten die irakischen Truppen mit 14.000 Quadratkilometern eroberten Gebietes die größten territorialen Gewinne des gesamten Krieges,[18] es kam sogar zur Einrichtung irakischer Schulen.[19]

---

[7] Inhalt: siehe S. 8.
[8] Mostafa Arki, Iran-Irak. Acht Jahre Krieg im Nahen Osten, Berlin 1989, S. 59.
[9] Con Coughlin, Saddam Hussein. Portrait eines Diktators. Die Biographie, Berlin 2006, S. 281.
[10] Arki, Iran-Irak, S. 65.
[11] Henner Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988: Ursachen – Verlauf – Folgen, Berlin 1992, S. 61.
[12] Arki, Iran-Irak, S. 65.
[13] Ayatollah Chomeini: siehe S. 10.
[14] Eugen Wirth, Irak und seine Nachbarn, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991, S. 21–37, hier S. 28 f.
[15] Arki, Iran-Irak, S. 65.
[16] Ebd., S. 72.
[17] Béatrice Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, 1980–88. Eine konflikttheoretische Analyse, Frankfurt am Main 1993, S. 134.
[18] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 377.
[19] Arki, Iran-Irak, S. 65.

Saddam Hussein hatte die eigenen Kräfte jedoch stark überschätzt und geglaubt, dass die iranische Armee nach den Säuberungsaktionen im Gefolge der Revolution[20] nicht mehr bestehen würde.[21] Er bot dem Iran am 25. Dezember 1980 einen Waffenstillstand an, den Teheran ablehnte.[22]

## Regionale Hintergründe und Konflikte

Historisch gehen die Unruhen einerseits auf regionale **religiöse** Konflikte zurück. Durch die Bestimmung der Schia zur Staatsreligion im 16. Jahrhundert grenzte sich Persien von seinen arabischen Nachbarn ab. Bagdad blieb sunnitisch, während die schiitischen Safawiden den Iran zu ihrem Machtzentrum ausbauten.[23] Im modernen Irak bilden die Schiiten ebenfalls die religiöse Mehrheit, die Regierung wird jedoch von sunnitischen Arabern dominiert. Dieser sunnitisch-schiitische Gegensatz vergiftete von jeher die Beziehung zwischen den Nachbarn, zumal sich die wichtigsten Heiligtümer der Schiiten auf irakischem Boden befinden.[24]

Ein weiterer Streitpunkt war die Frage der Zugehörigkeit der südwestiranischen, 118.000 $km^2$ großen Provinz **Chuzestan** (Khuzistan, Arabistan). Das Land war abwechselnd Teil persischen sowie arabischen Herrschaftsgebietes und konnte innerhalb des persischen Reiches eine Zeit lang sogar den Autonomiestatus erreichen.[25] 1937 wurde das Land dann dem Iran zugesprochen. Die Konflikte um Chuzestan waren vor allem mit der Tatsache zu begründen, dass sich dort 90 Prozent des iranischen Erdölvorkommens befinden.[26]

Dritter Konfliktherd war der **Schatt al-Arab**, der 250 Kilometer lange Zusammenfluss von Euphrat und Tigris sowie dem iranischen Fluss Karun. Er bildet zum Teil die Grenze zwischen den beiden Ländern und ist vor allem für den Irak von höchster strategischer und ökonomischer Bedeutung, da er die einzige Verbindung zum Meer und somit die Haupttransportader für den Ölexport darstellt.[27] Nach der osmanischen Eroberung Bagdads 1638 entflammte ein jahrhundertelanger Streit um Transitgebühren, freie Schifffahrt und bestimmte Nutzungsrechte,[28] wobei verschiedene Verträge dessen Schlichtung erreichen sollten.[29]

[20] Iranische Revolution: siehe S. 9 f.
[21] Gerhard Konzelmann, Der Golf. Vom Garten Eden zur Weltkrisenregion, Hamburg 1991, S. 356.
[22] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 378.
[23] Hossain Mirzaie-Tashnizi, Der Konflikt Irak-Iran. Eine Hintergrundanalyse, Wien 2002, S. 16.
[24] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 116 f.
[25] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 15 f.
[26] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 121 f.
[27] Ebd., S. 117 f.
[28] Arki, Iran-Irak, S. 49.
[29] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 2–7.

## Weltpolitische Ausgangssituation

### Ringen um die Vormachtstellung

Nach der Unabhängigkeit des Irak von der britischen Kolonialherrschaft 1921[30] und dem 1925 gelungenen Zurückdrängen englischen Einflusses im Iran,[31] schickten sich die USA und die Sowjetunion an, das entstandene Machtvakuum zu füllen[32] und einseitige Vorteile zu erlangen.[33] Die Umsetzung eines von Außenminister John Dulles angestrebten Bagdad-Paktes scheiterte an der Revolution 1958, als irakische Offiziere die pro-britische Monarchie stürzten und die Republik Irak ausriefen.[34] Die Sowjetunion wiederum lieferte seit Mitte der 1960er Abfangjäger an den Irak, um Einfluss am Golf zu erlangen.[35] Ein Jahr nach der Machtergreifung der Baath-Partei 1968 unter der Führung von Hasan al-Bakr nahm der Irak als erstes arabisches Land demonstrativ offizielle diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Es folgten Vereinbarungen über sowjetische Waffenlieferungen und die sozialistische Umgestaltung der irakischen Wirtschaft. 1972 unterzeichnete der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin anlässlich der Einweihung des Rumailah-Ölfeldes einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“. Damit wurde die sowjetische Militär- und Wirtschaftshilfe endgültig festgeschrieben.[36]

Der Iran wiederum kam zunehmend unter US-amerikanischen Einfluss. Da das Land die Südflanke der Sowjetunion darstellt, betrieben die USA schon in den 1950ern im Iran eine wirkungsvolle Eindämmungspolitik. Die Rohstoffe der Region waren zudem von essenzieller Bedeutung für die amerikanische Wirtschaft, die Sicherstellung des ungehinderten Zugangs zum Öl wurde angestrebt.[37] Einen Monat nach dem 1972 unterzeichneten sowjetisch-irakischen „Vertag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ reisten US-Präsident Richard Nixon und Außenminister Kissinger nach Teheran und sicherten Schah Resa Pahlewi die Lieferung amerikanischer Waffen neuester Bauart in großen Mengen zu.[38]

Damit versuchten die USA der sozialistischen Orientierung der irakischen Baath-Partei entgegenzuwirken. Um das Regime zu schwächen und somit auch die Vormachtstellung am Schatt al-Arab zu sichern, wurden die kurdischen Autonomiebestrebungen im Irak

[30] Arki, Iran-Irak, S. 48.
[31] Henner Fürtig, Die iranische nationale Befreiungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Abriß, in: Günter Barthel (Hrsg.), Republik Iran, Köln 1987, S. 1–46, hier S. 25.
[32] Müller-Syring, die USA und die Golfregion, S. 2.
[33] John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 253.
[34] Helmut Hubel, Die USA im Nahost-Konflikt, Bonn 1983, S. 3.
[35] Peter Hünseler, Der Irak und sein Konflikt mit Iran. Entwicklung, innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Perspektiven, Bonn 1982, S. 26.
[36] Henner Fürtig, Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 91.
[37] Hubel, Die USA im Nahost-Konflikt, Bonn 1983, S. 3.
[38] Müller-Syring, die USA und die Golfregion, S. 2.

von Washington unterstützt. Im 1975 unterzeichneten Protokoll von Algier wurde das Ziel der Vormachtstellung der USA am Schatt al-Arab durch die Unterstützung bei der Beseitigung der kurdischen Aufstände auch erreicht.[39]

In den folgenden zwei Jahrzehnten entwickelte sich die Golfregion zu der sich am schnellsten militarisierenden Region der Dritten Welt,[40] sie wurde zum wichtigsten Schauplatz der amerikanischen[41] und sowjetischen Außenpolitik.[42]

**Dilemma der Sowjetunion zu Kriegsbeginn**

Nachdem sich die Beziehungen Moskaus zu Bagdad bereits aufgrund der blutigen Kampagne des Baath-Regimes 1979 gegen die Kommunistische Partei Iraks verschlechtert hatten und der irakische Angriff am 22. September 1980 ohne „Genehmigung", sogar ohne die Vorinformation Moskaus erfolgt war, wurde der Krieg von sowjetischer Seite scharf verurteilt. Die Sowjetunion baute in der Folge die zivile Kooperation mit Teheran aus, lieferte Rüstung und schickte Ausbildner für die Revolutionswächter „Pasdaran"[43]. Zudem wurden die Waffenlieferungen an den Irak eingestellt und dessen Kampfkraft dadurch erheblich geschmälert.[44]

Problematisch blieb jedoch die Tatsache, dass die iranische Revolutionsregierung keinen Hehl aus ihrer antikommunistischen Einstellung machte und sogar Widerstandskämpfer gegen die Rote Armee im parallel stattfindenden Afghanistan-Krieg unterstützte.[45] Trotzdem erhoffte sich die Sowjetunion über gute Beziehungen Zugang zum Persischen Golf zu erhalten[46] und zu verhindern, dass Teheran wieder die Machtbasis der USA wie zu Zeiten des Schahs werde.[47]

Dazu kam jedoch, dass eine einseitige sowjetische Unterstützung Irans den ehemaligen arabischen Verbündeten eventuell direkt in amerikanische Hände getrieben hätte. Somit gestattete man den Alliierten des Warschauer Paktes die fortlaufende Lieferung umdeklarierter sowjetischer Waffen. Offiziell forderte man den Irak zum Rückzug auf und erklärte sich neutral.[48] Die Sowjetunion belieferte also schon 1980 beide Länder mit

[39] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 9 f.
[40] Müller-Syring, die USA und die Golfregion, S. 2.
[41] Robert McMahon, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 16–34, hier S. 19.
[42] Helmut Hubel, Die Rolle der Supermächte: der Nahe und der Mittlere Osten im Ost-West-Konflikt, in: Gert Krell/Bernd Kubbing (Hrsg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt am Main 1991, S. 50–56, hier S. 50.
[43] Pasdaran: Armee der iranischen Revolutionäre. Die iranische Armee galt immer noch als pro-amerikanisch. Iranische Revolution: siehe S. 9 f.
[44] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 381 f.
[45] Ebd., S. 382.
[46] Arki, Iran-Irak, S. 72.
[47] Hünseler, Der Irak und sein Konflikt mit Iran, S. 113.
[48] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 382 f.

Rüstungsgütern, um einer amerikanischen Vorherrschaft in einem der kriegführenden Länder vorzubeugen.

**Die USA und die iranische Revolution**

Seit die CIA dem Schah 1953 den Thron gerettet hatte, spielte dieser eine wichtige Rolle in der US-Außenpolitik.[49] An der 2.500 Kilometer langen sowjetisch-iranischen Grenze wurden elektronische Überwachungssysteme eingerichtet[50] und die iranische Armee als amerikanischer Vorposten auf dem modernsten Stand gehalten.[51] Das Land entwickelte sich damit neben Saudi-Arabien zur wichtigsten Ordnungsmacht der Region.[52]

Aufgrund von Korruption, einer extrem hohen Inflationsrate und der diktatorischen Herrschaft Pahlewis wurde das Regime jedoch in der iranischen Bevölkerung zusehends unbeliebt.[53] Als die 1977 in Teheran von bekannten Oppositionspolitikern gebildete „Gesellschaft zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte“ massiven Widerstand gegen die iranische Regierung leistete, reiste der Schah zu einer ersten Begegnung mit Jimmy Carter nach Washington. Dieser wollte Resa Pahlewi zu einer Liberalisierungspolitik veranlassen: Als vages Ziel wurde eine konstitutionelle Monarchie angestrebt, wobei der Schah wie bisher als Vollstrecker amerikanischer Interessen an der Macht bleiben sollte.[54]

Als Carter im August 1978 von der CIA erfuhr, dass sich der Iran keineswegs in einer revolutionären Situation befände,[55] bezeichnete er das Land als „Insel der Stabilität“.[56] Erst spätere Analysen von Experten ergaben, dass der Sturz des Schah-Regimes unumgänglich sei.[57] Daher wurde im Januar 1979 NATO-General Robert Huyser ohne Wissen des Schahs nach Teheran geschickt. Die Verhandlungen mit den Generälen ergaben, dass der Schah selbst das Haupthindernis der Beruhigung darstelle und dessen Abzug somit unumgänglich sei. Er solle abgesetzt und eine reformistische Regierung mithilfe der Streitkräfte gebildet werden.[58] Nach langen Kämpfen und dem im September 1978 verhängten Kriegsrecht über Teheran und elf andere Städte[59] floh der Schah samt

[49] Tim Weiner, CIA–Die Ganze Geschichte, Frankfurt am Main 2009, S. 487.
[50] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 381.
[51] Arki, Iran-Irak, S. 68.
[52] Thomas Seifert/Klaus Werner, Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Bonn 2006, S. 59.
[53] Henner Fürtig, Die antimonarchistische Volksrevolution – eine historische Tat der iranischen Volksmassen, in: Günter Barthel (Hrsg.), Republik Iran, Köln 1987, S. 47–220, hier S. 85–93.
[54] Ebd., S. 96.
[55] Weiner, CIA, S. 488.
[56] Jeremy Issacs/Taylor Downing, Der Kalte Krieg. Eine Illustrierte Geschichte, München 1999, S. 320.
[57] Fürtig, Die antimonarchische Volksrevolution, S. 117.
[58] Ebd., S. 118.
[59] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 61.

Familie am 16. Januar 1979 aus dem Iran. Zuvor hatte er in einer geheimen Rede die langjährige Unterstützung der USA noch einmal betont.[60]

Als am 12. Februar 1979 die Revolution schlussendlich siegte, waren die USA davon schwer getroffen:[61] Spionage- und Horchposten an der sowjetischen Grenze wurden beseitigt[62] und 50.000 amerikanische Militärberater des Landes verwiesen.[63] Mit dem Sturz des Schahs endeten die Öllieferungen an Israel und Südafrika.[64] Die vorbehaltlose Unterstützung der USA, die von 1948 bis 1980 440,6 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe an den Iran geleistet hatten,[65] fand ebenfalls ein Ende.[66]

**Beginnende Zuwendung der USA zum Irak**

Als im Februar 1979 Ayatollah[67] Ruhollah Chomeini, ein einflussreicher schiitischer Geistlicher, der die vorangegangenen Jahre im Exil verbracht hatte, in Teheran landete, begann ein neues Kapitel in der iranischen Geschichte. Aufgrund der langjährigen Unterstützung des verhassten Schah-Regimes war der Anti-Amerikanismus in der iranischen Bevölkerung stark ausgeprägt.[68] Die Beziehungen zu den USA sanken auf den Tiefpunkt, als am 4. November 1979 dreihundert islamistische Studenten in die US-Botschaft eindrangen und 66 amerikanische Geiseln gefangen nahmen.[69] Dadurch hatte Chomeini, der sein Amt als schiitisches Oberhaupt der von ihm selbst ausgerufenen „Islamischen Republik Iran“[70] auf Lebenszeit erhalten hatte, den „großen Satan“,[71] wie angekündigt, „mit der Schnauze in den Dreck gesteckt“.[72]

Im April 1980 erklärte Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, dass das Weiße Haus keine Unvereinbarkeit mit den Interessen Iraks sehe, zwei Monate später betonte er das Verständnis der USA, die Schatt al-Arab-Frage sowie das Chuzestan-Problem erneut zu thematisieren.[73]

---

[60] Fürtig, Die antimonarchische Volksrevolution, S. 115 f.
[61] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 259.
[62] Fürtig, Die antimonarchische Volksrevolution, S. 122.
[63] Arki, Iran-Irak, S. 68.
[64] Fürtig, Die antimonarchische Volksrevolution, S. 122.
[65] Earl Conteh-Morgan, Die US-Entwicklungshilfe während des Kalten Krieges, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Claudia Weber (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2001, S. 63–81, hier S. 69.
[66] Müller-Syring, die USA und die Golfregion, S. 3.
[67] „Zeichen Gottes“.
[68] Fürtig, Die antimonarchische Volksrevolution, S. 187.
[69] Seifert, Schwarzbuch Öl, 61 f.
[70] Gabriele Thoß/Franz-Helmut Richter, Ayatollah Khomeini. Zur Biographie und Hagiographie eines islamischen Revolutionsführers, Münster 1991, S. 9.
[71] Issacs, Der Kalte Krieg, S. 320.
[72] *Der Spiegel*, Nr. 23, 1984.
[73] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 384.

## Dilemma der USA zu Kriegsbeginn

Seit dem Sturz des Schahs galt die Zerstörung der Herrschaft Chomeinis zwar als wichtiges außenpolitisches Ziel der USA, Art und Umfang der dafür eingesetzten Mittel durften jedoch keine internationale Reaktion hervorrufen, die unter dem Strich den politischen Gewinn eines Regimewechsels im Iran zunichte gemacht hätten. Bei der offenen Ermutigung des Irak zu oder in einem Krieg gegen den Iran wäre dies der Fall gewesen.[74]

Die iranische Revolution schürte darüber hinaus in den USA die Angst vor einem strategischen Gewinn Moskaus,[75] zumal 1978 in Afghanistan ein marxistischer Staatsstreich mit sowjetischer Hilfe zum Sturz einer den USA positiv gesinnten Regierung geführt hatte.[76] Wer würde in Zukunft die Ölvorkommen Irans kontrollieren, die vom Westen so dringend benötigt wurden?[77] In Washington war es aber nach wie vor schwer vorstellbar, dass außenpolitische Ziele ausgerechnet mit dem ehemaligen Verbündeten Moskaus erreicht werden sollten. Zudem galt das Baath-Regime als anti-amerikanisch und anti-israelisch, durch einen Sieg Iraks im ausgebrochenen Krieg würde man also weitere Probleme hervorrufen. Die USA erklärten sich daher neutral,[78] lieferten jedoch über Israel und zahlreiche Umwege weiterhin Waffen an den Iran.[79] Ein weiteres Indiz für den Kurswechsel der USA stellte die Aufhebung des Exportstopps für Flugzeuge im März 1981 dar.[80]

Zu Kriegsbeginn waren also die Herrschaftsträger beider kriegsführenden Länder zwar prinzipiell anti-amerikanisch sowie anti-sowjetisch eingestellt. Der Krieg war aufgrund langjähriger ökonomischer und religiöser Konflikte ausgebrochen, entwickelte sich dann jedoch schon in den Anfängen zum Stellvertreterkrieg der Supermächte. Aus Angst vor einem strategischen Gewinn des Gegners versuchten sowohl die USA als auch die Sowjetunion über die ideologischen Differenzen hinwegzublicken, um den Einfluss am Golf zu erweitern bzw. nicht zu verlieren. Die teilweise heimliche Belieferung mit Rüstungsgütern begann, das Nullsummenspiel[81] wurde nach den altbekannten Regeln des Kalten Krieges fortgesetzt.

---

[74] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 384.
[75] Ebd., S. 383.
[76] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 259.
[77] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 62.
[78] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 385.
[79] Arki, Iran-Irak, S. 69.
[80] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 388.
[81] Ein Nullsummenspiel ist eine Konkurrenzsituation, bei der der Gewinn eines Beteiligten, dem Verlust eines anderen in gleicher Höhe gegenübersteht. Innerhalb des Kalten Krieges basierten die strategischen Überlegungen der Supermächte auf der Annahme, dass sich das eigene Land durch einen kleinen Vorteil des Gegners automatisch im Defizit befände.

Beide Großmächte waren dennoch vom Beginn des Krieges überrascht worden[82] und in der regional und international verworrenen Situation des Sommers 1980 nicht in der Lage, den irakischen Führer wesentlich zu beeinflussen. Sie fürchteten eine Zuspitzung der Situation und wollten eine radikale Veränderung am Golf verhindern. Nach Angaben eines hochrangigen westeuropäischen Diplomaten tauschten Carter und Breschnew vertrauliche Botschaften aus, in denen sie sich gegenseitig versicherten, nicht in den Krieg einzugreifen.[83]

## Iranische Gegenoffensive

Nachdem die irakische Offensive zu Beginn des Krieges erfolgreich gewesen war,[84] konnte die iranische Armee das eroberte Territorium 1981 langsam zurückgewinnen.[85] Als Chomeini wusste, dass die Gefahr einer Niederlage gebannt war, startete er im Frühjahr 1982 die iranische Gegenoffensive.[86] Die Auseinandersetzungen mutierten bis 1987 zu einem Stellungskrieg,[87] wobei die menschlichen Verluste vor allem auf iranischer Seite durch den statischen Grabenkrieg in schwindelerregende Höhen stiegen.[88]

## Strategische Überlegungen Moskaus

Die Dissonanzen zwischen Bagdad und Moskau hatten seit der Machtübernahme Saddam Husseins zwar zugenommen, doch bei einem Sturz des Diktators hätte es für die Regierung in Washington so ausgesehen, als wäre die Sowjetunion eine ebenso unzuverlässige Schutzmacht, wie es die USA für das Regime Resa Pahlewis gewesen waren. Von einem iranischen Sieg würde sie zudem nicht profitieren können, also erfolgte eine erneute Hinwendung zum Irak. Dessen Abhängigkeit von sowjetischen Waffen war stark gestiegen und bis Ende 1982 verdreifachten sich die Lieferungen. Ein irakisches Waffenstillstandsangebot vom 20. Juni 1982 deckte sich mit den sowjetischen Zielen, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden.[89] Der Irak würde sich aus iranischem Gebiet zurückziehen, wenn ein Vertrag ausgehandelt werden würde, der den Frieden zwischen Irak und Iran sicherte. Aus Teheran kam neuerlich keine Antwort.[90]

---

[82] Helmut Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten, 1979–1991, München 1995, S. 172.
[83] Ebd., S. 216 f.
[84] Arki, Iran-Irak, S. 65.
[85] Konzelmann, Der Golf, S. 358.
[86] Ebd.
[87] Henner Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, in: Günter Barthel (Hrsg.), Ursachen gewaltförmiger Konflikte in der Golfregion. Internationale und zwischenstaatliche Faktoren (Leipziger Beiträge zur Orientforschung 2), Frankfurt am Main 1993, S. 69–170, hier S. 82.
[88] Fürtig, Kleine Geschichte des Irak, S. 114.
[89] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 385 f.
[90] Konzelmann, Der Golf, S. 358.

## Neue Politik unter Ronald Reagan

Nach der Geiselnahme von 66 Amerikanern am 4. November 1979 durch Anhänger Chomeinis[91] forderte dieser die USA auf, den Schah auszuliefern, welcher sich in New York einer medizinischen Behandlung unterzogen hatte.[92] Washington bot Waffen und Ersatzteile im Wert von 150 Millionen US-Dollar für die Freilassung der Geiseln, aber nicht die Auslieferung des Schahs. Trotz der schwierigen innenpolitischen Lage ging der Iran nicht auf das Angebot ein. Die Geiselnahme symbolisierte gewissermaßen die Rache für die jahrelange Unterstützung des verhassten Schah-Regimes. Die USA waren den völkerrechtswidrigen Aktionen des revolutionären Regimes im Iran nun praktisch ohnmächtig ausgeliefert.[93] Chomeini demütigte die Großmacht, indem er die Regierungskontrolle übernahm.[94] In der Nacht vom 24. zum 25. April 1980 startete Carter eine geheime Befreiungsaktion der Geiseln in Teheran. Aufgrund technischer Probleme und dem Absturz eines Hubschraubers, bei dem acht US-Soldaten ums Leben kamen, wurde das Vorhaben jedoch abgebrochen. Daraufhin ließ Chomeini die Geiseln in verschiedene Städte im Iran bringen, um einem weiteren Befreiungsversuch vorzubeugen. Diese gescheiterte Befreiungsaktion symbolisierte Carters Niederlage,[95] der Weg zu Ronald Reagan, welcher ab 1981 das Amt des amerikanischen Präsidenten bekleiden sollte, war geebnet. In der ersten Stunde seiner Amtszeit erhielten die Geiseln nach 444 Tagen ihre Freiheit.[96]

Reagans Regierungsantritt stellte einen Kurswechsel der US-amerikanischen Außenpolitik in Bezug auf die Iran-Politik dar[97] und verlieh dem Kalten Krieg eine neue Schärfe. Er bezeichnete die Sowjetunion als „Reich des Bösen“[98] und das Aufrüstungsbudget wurde bis 1985 um fast 50 Prozent,[99] allein in den ersten zwei Wochen um 32,6 Milliarden Dollar erhöht.[100] Carter hatte die Dritte Welt als zweitrangiges Problem betrachtet, sein Nachfolger war anderer Ansicht:[101] Reagan und Außenminister Alexander Haig glaubten, dass die Sowjetunion hinter dem internationalen Terrorismus stehe, womit jeder lokale Konflikt zur Bedrohung für die Stabilität der gesamten freien Welt wurde. Sie waren der Meinung, dass die Sowjetunion der Urheber aller Unruheherde auf der Welt sei und dass nationale Freiheitskämpfe ein Mittel sowjetischer Expansion darstellten.[102] Daher wurde der Kommunismus auch in der Dritten Welt für alle

[91] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 61 f.
[92] Issacs, Der Kalte Krieg, S. 232.
[93] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 59 f.
[94] Konzelmann, Der Golf, S. 324.
[95] Yvan Vanden Berghe, Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002, S. 288.
[96] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 59.
[97] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 388.
[98] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 57.
[99] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 279.
[100] Issacs, Der Kalte Krieg, S. 334.
[101] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 57.
[102] Issacs, Der Kalte Krieg, S. 334.

Probleme verantwortlich gemacht, die Amerika in Form von Umstürzen, Geiselnahmen und anderen Wirren zu schaffen machten. Reagans Ziel war es, die errungene Position der Sowjetunion nicht nur mehr durch „containment“ („Eindämmung“), sondern durch „roll-back“ („Zurückdrängen“) zu bekämpfen.[103]

Das Baath-Regime im Irak wiederum vermutete bei der neuen amerikanischen Regierung eine anti-iranische Position, daher war der Partei daran gelegen, die wieder verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion nicht wie eine Kehrtwende aussehen zu lassen. Da die diplomatischen Beziehungen seit 1967 unterbrochen waren, wurden pro-amerikanische Verbündete für irakische Interessen eingespannt: Sie sollten bezeugen, dass sich das Baath-Regime von seiner radikalen Vergangenheit abwende und die Unterstützung der USA gegen den Iran verdiene.[104] Als im Frühjahr 1982 die Streichung Iraks von der Liste der den Terror unterstützenden Staaten erfolgte, bestand kein Hindernis mehr, die irakische Armee militärisch aufzurüsten.[105]

## Strategische Überlegungen Washingtons

Die iranische Offensive im Frühjahr 1982 wurde also in Washington mit großer Sorge verfolgt. Die USA erkannten, dass ein Sieg Irans nicht in ihrem Sinne wäre. Sollte der Sunnit Saddam Hussein vom „Thron“ gestoßen werden, könnten sich die Schiiten der kriegführenden Länder zusammenschließen und eine Bedrohung der Monarchien in den ölreichen Staaten darstellen.[106] Daher kündigte Reagan ein Jahr später an, Sanktionen über alle Staaten zu verhängen, welche die „angreifende Seite“, sprich den Iran, mit Waffen belieferten. Im Dezember wurde der stellvertretende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in den Irak geschickt, um das Verständnis der Amerikaner für die aufgrund der iranischen Gegenoffensive schwierige Lage des Landes zu übermitteln. Jede militärische Niederlage würde nun als strategische Niederlage des Westens betrachtet werden.[107]

## Iranische Ausgrenzung

Washington entwickelte sich in der Folge zum Beschützer Iraks und seines Staatschefs Saddam Hussein[108] und versuchte, andere Länder an Waffenlieferungen an den Iran zu hindern. Das Land war seit den massiven Rüstungslieferungen in den 1970er Jahren unter dem Schah-Regime auf amerikanische Ersatzteile angewiesen. Die USA versuchten deshalb diese Abhängigkeit auszunutzen, um Einfluss auf die iranische Führung zu

[103] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 56.
[104] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 387.
[105] Konzelmann, Der Golf, S. 360.
[106] Ebd., S. 359.
[107] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 388 f.
[108] Konzelmann, Der Golf, S. 360.

erlangen.[109] Im Jänner 1984 kam der Iran auf die Liste der internationalen den Terror unterstützenden Staaten, im November erfolgte die symbolische Krönung der Stimmungsverbesserung zwischen den USA und dem Irak mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bagdad.[110] Saddam Hussein erkannte das Existenzrecht Israels an und konnte dadurch die amerikanisch-irakische Zusammenarbeit weiter ausbauen.[111]

Unterdessen hatte die iranische Regierung andererseits auf die erneute Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion („Strategische Überlegungen Moskaus“ S. 10) zum militärischen Gegner mit der Ausweisung 18 sowjetischer Diplomaten geantwortet.[112] Seit Dezember 1982 wurde die einheimische kommunistische Tudeh-Partei langsam politisch ausgeschaltet, die afghanischen Widerstandskämpfer noch massiver unterstützt.[113] Die negative Propaganda in den sowjetischen Medien verebbte jedoch rasch. Man fürchtete, den Iran wieder direkt in die Hände der USA zu treiben.[114] Die Waffenlieferungen seitens Moskaus an Teheran über teilweise sowjetischen Luftraum wurden fortgesetzt. Vorrangig war das Ziel, den USA ein Ausnutzen der sowjetisch-iranischen Verstimmung zu verwehren. In Moskau wurde der Plan verfolgt, durch enge Beziehungen zu beiden Kriegsparteien einen Friedensschluss unter sowjetischer Regie herbeizuführen. Die Interessen gegenüber dem Iran, dem Irak und der arabischen Welt sollten dadurch gleichermaßen gewahrt bleiben.[115]

Allgemein kann dennoch festgestellt werden, dass der Irak seit der iranischen Gegenoffensive von den Supermächten militärisch eindeutig bevorzugt wurde,[116] beide unterstützten nun das Land.[117]

## Tankerkrieg und Städtekrieg

Nachdem die iranische Armee fast alle besetzten Gebiete zurückerobert[118] und die strategisch bedeutsamen Majnoon-Inseln eingenommen hatte, antwortete das Nachbarland ab März 1984 mit massiven Angriffen auf iranische Öltanker.[119] Da der Irak über wenig eigene Schiffe am Golf verfügte, richteten sich die iranischen Gegenangriffe vor allem auf kuwaitische und saudi-arabische Schiffe, die irakisches Öl transportierten.[120] Parallel

[109] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 218.
[110] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 389.
[111] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 61.
[112] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 386.
[113] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 141.
[114] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 386 f.
[115] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 140 ff.
[116] Ebd., S. 219.
[117] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 68.
[118] Mirzaie-Tashnizi, Der Konflikt Irak-Iran, S. 154.
[119] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 146.
[120] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 66.

dazu erreichte der gewaltsame Konflikt das Stadium des „Städtekrieges“ mit Luftangriffen auf die Hauptstädte und andere Zentren der Gegner.[121] In diese Zeit fällt auch Husseins Chemiewaffenprogramm. Dabei setzten irakische Truppen Senfgas und das Nervengift Tabun gegen ihre Gegner ein. Der Einsatz erwies sich jedoch bald als Fehlschlag, da die iranischen Soldaten durch die Verwendung von Gasmasken und dem schnell wirkenden Gegengift Atropin bald gegen die Angriffe gewappnet waren. Zudem war das Giftgas schwer zu handhaben. Wenn der Wind drehte, stellte es eine große Bedrohung für die Iraker dar.[122]

Auch in diesem Fall führten die Supermächte informelle Gespräche und griffen beide nicht in den Tankerkrieg ein. Sie duldeten den irakischen Seekrieg und versuchten die Übergriffe nur dann einzuschränken, wenn die Gefahr einer unkontrollierten Ausweitung der Kämpfe am Golf zu groß zu werden schien[123] bzw. wenn der Patt-Zustand bedroht war.[124]

Durch die verbesserte Beziehung der USA zum Irak und massive Verluste aufgrund des Tanker- und Städtekrieges näherte sich der Iran schließlich wieder der Sowjetunion an. Im Juni 1984 wurde eine iranische Wirtschaftsdelegation nach Moskau geschickt, um die Normalisierung des Handelsaustausches zu vereinbaren.[125]

Nachdem Michail Gorbatschow am 11. März 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei geworden war, änderte er trotz Glasnost[126] und Perestroika[127] wenig an der Politik im Mittleren Osten. Ungeachtet der verbesserten Beziehungen zu den USA[128] führte er die Schaukelpolitik seiner Vorgänger Leonid Breschnew, Konstantin Tschernenko und Juri Andropow fort. Die Beziehungen zum Iran wurden sogar noch ausgeweitet, indem im Februar 1986 der stellvertretende Außenminister Georgi Kornienko nach Teheran reiste und dem Iran direkte Waffenlieferungen zusicherte. Diese Entwicklung war sehr wichtig für das Land, da sich Lieferungen über Klientelstaaten langsam reduziert hatten. Bald stammten 50 Prozent des iranischen Waffenarsenals aus der Sowjetunion, bei den Pasdaran waren es fast 100 Prozent.[129]

Gleichzeitig war sich Moskau der Terraingewinne der USA in Bagdad bewusst und bemühte sich, die Beziehungen zum Baath-Regime durch lukrative Angebote für Handel,

[121] Fürtig, Kleine Geschichte des Irak, S. 91.
[122] Coughlin, Saddam Hussein, S. 324 f.
[123] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 218.
[124] Ebd., S. 168.
[125] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 390.
[126] „Öffentlichkeit“.
[127] „Umbau“, mehr zu Glasnost und Perestroika vgl.: Berghe, Der Kalte Krieg, S. 315 ff. und Alexander Emmerich, Der Kalte Krieg, Stuttgart 2011, S. 115.
[128] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 283–290.
[129] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 390–398.

Wirtschaft und den Ausbau des Rüstungsexports weiter zu vertiefen. Seit 1982 deckte die Sowjetunion 60 Prozent des irakischen Rüstungsbedarfes.[130]

## Iran-Contra-Affäre

Das Ereignis stellt ein weiteres Exempel in der praktizierten Schaukeltaktik der US-amerikanischen Außenpolitik dar. Wieder einmal war man in Washington darüber besorgt, dass der Einfluss der Sowjetunion in der Konfliktregion zu groß werden könnte.[131] Um die Ereignisse und Auswirkungen der Iran-Contra-Affäre ausreichend verstehen zu können, wird die Vorgeschichte in Nicaragua und im Libanon kurz erläutert werden.

### Rückblick: Nicaragua

Kurz nach Reagans Amtsantritt begann die US-amerikanische Regierung die linksorientierten Sandinisten zurückzudrängen, welche im Sommer 1979 die Macht in Nicaragua ergriffen hatten und sich zunehmend Kuba annäherten. Zuvor hatte die Familie Somoza ein pro-amerikanisches, rechtsgerichtetes, diktatorisches Regime geführt. 1981 gab der Präsident grünes Licht für Waffen- und Geldlieferungen an pro-amerikanische Regierungsgegner, die Contras, um dem sandinistischen Sozialismus entgegenzuwirken.[132] „Die Zeit“ kritisierte,

> „daß es [Washington] in Nicaragua mit Füßen tritt, was die amerikanische Politik verteidigen will: die Unabhängigkeit eines souveränen Staates, der dieses Recht nicht deshalb schon verwirkt hat, weil seine Politik – wen nimmt es Wunder? – dem großen Nachbarn nicht gefällt.“[133]

### Rückblick: Libanon

Der Libanon-Krieg 1982 reihte sich in den Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges ein. Amerikas Verbündeter Israel stand dabei der PLO[134] und Syrien gegenüber, die ein Naheverhältnis zur Sowjetunion hatten. Die israelische Regierung errichtete mit Zustimmung Washingtons einen 40 Kilometer breiten „Sicherheitsstreifen“ im Südlibanon, von wo aus die PLO über Jahre hinweg militärische Operationen gegen Israel durchgeführt hatte. Als die Israelis jedoch die Zerschlagung der PLO-Infrastruktur im Libanon und die Einsetzung eines abhängigen Regimes in Beirut betrieben, mussten die USA eingreifen und zur Schadensbegrenzung intervenieren.[135] Daher wandten sich nun schiitische

[130] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 390 f.
[131] Ebd., S. 393 f.
[132] Weiner, CIA, S. 501.
[133] *Die Zeit*, 1.3.1985.
[134] Palestine Liberation Organisation.
[135] John Bunzl, Israel im Nahen Osten. Eine Einführung, Wien 2008, S. 122 f.

Gruppen, teilweise vom Iran unterstützt, gegen Israelis und Amerikaner. Die Hezbollah[136] versuchte, durch Geiselnahmen westlicher Bürger Lösegeld zu erpressen und die amerikanische Regierung zu politischem Entgegenkommen zu zwingen. Der CIA-Chef in Beirut, William Buckley, wurde im März 1984 gefangengenommen und starb ein Jahr später an den Folgen der Folter.[137]

## Anlass

Die Analyse des CIA Intelligence Officers für Nahost und Südostasien, Graham Fuller, enthielt im Mai 1985 die sachlich falschen Angaben, dass der Iran dabei sei, den Krieg zu verlieren.[138] Zudem wachse dort der Einfluss Moskaus, beim Ableben Chomeinis könnten sich möglicherweise pro-sowjetische Mächte durchsetzen. Die USA hingegen würden über keinerlei Einfluss verfügen, der schnellste Einstieg in die politische Szene andererseits sei durch Waffenlieferungen möglich.[139]

Da diese Analyse ein geteiltes Echo hervorrief, wurden die Positionspapiere erneut überarbeitet. Der Nutzen, den Saudi-Arabien und Kuwait, wichtige Verbündete am Persischen Golf, von einer weniger radikalen iranischen Führung hätten sowie das gemeinsame Interesse der USA und des Iran bei der Ölpreisgestaltung wurden hervorgehoben. Aufgrund der aggressiven Afghanistan-Politik Teherans war man sich sicher, in der iranischen Hauptstadt Gesprächspartner zu finden.[140]

## Glaubwürdigkeitskrise der USA

Als Antwort auf die überarbeiteten Positionspapiere unterschrieb Reagan ab 1985 geheime Waffenverkäufe an den Iran, um Einfluss auf das Land zu erlangen und Unterstützung bei der Befreiung der Geiseln im Libanon zu bekommen. Der Erlös konnte zudem für die Finanzierung der Contras in Nicaragua verwendet werden.[141] Letzteres hatte der Kongress verboten – von Seiten der Regierung wurde versucht, ihn wieder umzustimmen.[142] Im Mai 1986 fand ein Geheimbesuch des Sicherheitsberaters Robert McFarlane in Teheran statt, die genauen Bedingungen des Waffenhandels sollten mit Hilfe einiger Experten ausgehandelt werden.[143] „Irangate“[144] wurde nur von Teilen der amerikanischen und iranischen Führung, zudem relativ dilettantisch, eingefädelt.[145] Eine kleine Gruppe im Weißen Haus leitete das bei den Waffenverkäufen verdiente Geld an

[136] „Partei Gottes“.
[137] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 62.
[138] Ebd.
[139] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 393 f.
[140] Ebd., S. 394 f.
[141] Ebd., S. 393–396.
[142] *Die Zeit*, 1.3.1985.
[143] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 396.
[144] Die Bezeichnung erfolgte in Anlehnung an die „Watergate“-Affäre von 1973.
[145] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 392.

die Contras in Nicaragua weiter.[146] Als die libanesische Wochenzeitung „Ash-Sharaa“ Ende des gleichen Jahres die Machenschaften enthüllte, markierte dies den einzigen deutlichen Popularitätsverlust Reagans während der letzten Amtsjahre.[147] Sein Sprecher musste sich immer wieder dem Kreuzverhör der Journalisten stellen, die plötzlich einen „neuen Reagan“ entdeckten.[148] Viele Details der Affäre sind bis heute unklar, da zahlreiche Akten vor einer möglichen Auswertung von den Beschuldigten vernichtet wurden.[149]

Die arabische Welt war angesichts „Irangate“ erschüttert, die USA befanden sich in einer schwerwiegenden Glaubwürdigkeitskrise.[150] Der Vorsitzende des Revolutionären Kommandorates im Irak war der Meinung, dass die amerikanische Regierung darauf aus sei, die Konfliktparteien am Persischen Golf in einer Balance der Kräfte zu halten.[151] Washington musste nun seine Bündnispartner davon überzeugen, dass die Waffenlieferungen eine Ausnahme gewesen seien. Die schlechte Lage der USA wirkte sich somit positiv für den Irak aus („Überlegungen Washingtons“ S. 19). Die Beziehungen Washingtons zu Teheran wurden durch die Iran-Contra-Affäre kaum belastet, da im Libanon zwar Geiseln freigelassen, jedoch schnell wieder neue gefangen genommen wurden. Zudem hatten die pro-amerikanischen Kräfte Irans die Kooperation mit den USA nicht in politisches Kapital verwandeln können.[152]

## Reaktion Moskaus

Die Glaubwürdigkeitskrise der Reagan-Administration wurde zu einem umfangreichen Propagandafeldzug genutzt. Einerseits betonte die Moskauer Regierung, dass den USA nicht das Wohl des Iran am Herzen liege, sondern diese lediglich die Verlängerung des Krieges anstrebten. Dadurch sollte eine Rückkehr in die Region erreicht werden, da sich der Einfluss der Amerikaner nach der iranischen Revolution von 1978/79 innerhalb der Chomeini-Regierung verringert hatte. Nun wolle die US-amerikanische Regierung also versuchen, ihre hohe Präsenz, wie zu Zeiten des Schah-Regimes, wiederherzustellen. Andererseits sei gleichzeitig die Neutralität nicht eingehalten worden und die Sowjetunion somit der wahre Freund der Iraker.[153] Die Anschuldigung, die USA hätten ihre Neutralität nicht eingehalten, sowie die weiteren Vorwürfe des Propagandafeldzuges klingen angesichts der genannten massiven Rüstungslieferungen beider Supermächte an beide Länder fast wie ein schlechter Scherz.

[146] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 68.
[147] Issacs, Der Kalte Krieg, S. 367.
[148] *Die Zeit*, 5.12.1986.
[149] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 63.
[150] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 396.
[151] Konzelmann, Der Golf, S. 374.
[152] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 396 f.
[153] Ebd., S. 392.

## Internationalisierung des Krieges

### Kuwaits Bitte

Im Februar 1986 konnten iranische Streitkräften die am Westufer des Schatt al-Arab gelegene Halbinsel Fao einnehmen.[154] Damit gelang der erste strategische Geländegewinn auf irakischem Boden.[155] Der in seinem Stolz verletzte Saddam Hussein[156] antwortete mit massiven Angriffen auf iranische Öleinrichtungen.[157] Moskau verurteilte die iranische Frühjahrsoffensive mit der Interpretation, Chomeini wolle Saddam stürzen, um im Irak eine islamische Republik einzurichten. Es wurde betont, dass kein Staat einem anderen seine Regierungsform aufzwingen dürfe.[158]

Der Irak antwortete auf die iranische Frühjahrsoffensive mit erneuten massiven Angriffen auf iranische Öltanker. Der Tankerkrieg eskalierte,[159] als sich die iranischen Gegenschläge wiederum auf Schiffe richteten, die irakisches Öl transportierten.[160] Wegen der massiven Angriffe auf kuwaitische Öltanker bat das Land im Sommer 1986 die Supermächte um Geleitschutz.[161] Die Gespräche mit beiden Weltmächten liefen parallel, die USA waren über kuwaitisch-sowjetische Treffen nicht informiert.[162]

### Überlegungen Moskaus

In Moskau wurden Für und Wider abgewogen: Einerseits würde der Schutz kuwaitischer Öltanker die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Saudi-Arabien stärken, andererseits könnte eine Absage von vielen arabischen Regierungen als deutliche Parteinahme für den Iran gewertet werden. Eine Zusage würde Teheran provozieren und die Taktik, mit beiden Konfliktparteien enge Beziehungen zu unterhalten, verunmöglichen. Der verschärfte Tankerkrieg könnte außerdem zur unkontrollierten Internationalisierung des Krieges führen. Auch musste man sich auf negative amerikanische Reaktionen gefasst machen. Doch die Aussicht, in den ölreichen Golfstaaten größere Beliebtheit zu erlangen, gab schlussendlich den Ausschlag: Im Januar 1987 wurde auf drei kuwaitischen Tankern für drei Jahre die sowjetische Flagge gehisst, ihren Schutz gewährleisteten Schiffe der sowjetischen Kriegsmarine.[163]

---

[154] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 148.
[155] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 150.
[156] Coughlin, Saddam Hussein, S. 335.
[157] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 149.
[158] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 398.
[159] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 150.
[160] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 66.
[161] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 150.
[162] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 168.
[163] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 167 f.

### Überlegungen Washingtons

Washington andererseits reagierte vorerst nicht auf die Bitte Kuwaits, da der Erdölstrom aus der Golfregion durch die zweite Phase des Tankerkrieges nicht beeinträchtigt wurde. Vielmehr bestand die Gefahr, in direkte Kampfhandlungen einbezogen zu werden. Sollte es nämlich zur Konfrontation mit iranischen Schiffen kommen, würden die USA nun kriegführende Partei auf irakischer Seite werden.[164] Andererseits könnte man das durch „Irangate“ verlorene Vertrauen der arabischen Staaten wiedergewinnen.[165] Als im Februar 1987 bekannt wurde, dass mittlerweile auf fünf Öltankern die sowjetische Flagge gehisst worden war, wurden sechs Schiffe unter US-Flagge gestellt. Einen Monat später bot Washington an, elf Tanker durch den Golf zu eskortieren. Aufgrund der sowjetischen Initiative erfolgte also ein Umdenken, da man die lange Vorherrschaft am Persischen Golf natürlich nicht aufgeben wollte.[166] Als im Mai 37 Seeleute bei einem irrtümlichen irakischen Angriff auf die US-Fregatte „Stark“ ums Leben kamen,[167] konnte der Öffentlichkeit umgehend ein verstärktes Flottenengagement verkauft werden.[168]

### Reaktion Moskaus

Gleichzeitig hinterließ das Umflaggen der kuwaitischen Tanker in Moskau den Eindruck, dass die USA jetzt Resa Pahlewis einstigen Posten als „Golfgendarmen“ einnehmen wollten.[169] Zudem wurde die Aktion als Teil einer weitreichenden Strategie verstanden, wobei „Irangate“ vergessen sowie vollendete Tatsachen auf militärischem Gebiet geschaffen werden sollten. Die Sowjetunion wandte sich daraufhin dem Iran zu, im Juni reiste der stellvertretende Außenminister Juri Worontzow nach Teheran und erklärte, dass sich die sowjetischen Interessen nicht mit jenen der USA am Persischen Golf deckten. Zudem plane Washington Aktionen gegen den Iran und Moskau, welches fremde Militärpräsenz am Golf ablehne und der iranischen Revolution gegenüber schon immer aufgeschlossen gewesen sei. Der Iran reagierte abwartend.[170]

## Kriegsende

### Gemeinsames Denken

> „Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind dazu verurteilt, einander wie Sperber mißtrauisch zu beobachten, bei Tag fortdauernd miteinander über

[164] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 402 ff.
[165] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 66.
[166] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 403.
[167] Helmut Wolfgang Kahn, Der Kalte Krieg, Bd. 3, Köln 1988, S. 213.
[168] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 67.
[169] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 401.
[170] Ebd., S. 398 f.

> strategische Parität zu verhandeln und bei Nacht unablässig Komplotte zu ihrem strategischen Vorteil zu schmieden“,[171]

bemerkte Peter Jay, ein ehemaliger britischer Botschafter in Washington. In diesem Fall aber teilten beide die Einschätzung, dass der Konflikt begrenzt bleiben und keinesfalls zu einer weiteren Konfrontation zwischen ihnen führen sollte.[172] Alle Kriege jener Zeit, in denen Truppen der USA und der Sowjetunion zum Einsatz kamen, fanden in der Dritten Welt statt.[173] Auf keinen Fall aber wollten sie in einen regionalen Konflikt hineingezogen werden, der möglicherweise eine Eskalation des Kalten Krieges heraufbeschworen hätte.[174] Der Schutz kuwaitischer Öltanker konnte als Parteinahme zugunsten Saddam Husseins gesehen werden, da das Land zu den wichtigsten Geldgebern des Irak zählte.[175] Die verstärkte Präsenz am Golf musste zwangsläufig zu Zusammenstößen führen[176] und im Falle eines iranischen Angriffes musste man nun mit direkter Verwicklung in den Krieg[177] auf irakischer Seite rechnen.[178] Aufgrund der drohenden Internationalisierung und Eskalation des Konfliktes unternahmen die Supermächte durch die UNO-Resolution 598 nun gemeinsame Anstrengungen, den Krieg zu beenden.[179]

### UNO-Resolution Nr. 598

Nachdem Moskau schon im Januar 1987 den Willen bekundet hatte, zu einem Ende der Kampfhandlungen beitragen zu wollen, verständigten sich die USA, die Sowjetunion und andere Mitglieder des Sicherheitsrates am 20. Juli 1987 auf die UNO-Resolution 598. Darin wurden die Kriegsparteien zum Waffenstillstand aufgerufen[180] und sollten sich hinter die international anerkannten Grenzen zurückziehen. Von amerikanischer Seite drohten bei Verweigerung der Resolution Sanktionen, die Sowjetunion legte jedoch ein Veto gegen diesen Beschluss ein und stellte sich somit auf iranische Seite.[181]

Saddam Hussein wusste, dass die USA zugunsten des Iraks Partei ergriffen hatten und nahm die Resolution umgehend an. Auch Ajatollah Chomeini verstand das Umflaggen der kuwaitischen Tanker in gleicher Weise: Hätten die USA nämlich wirklich die Handelsschifffahrt im Golf sichern wollen, hätten sie ihren Schutz schon zu Beginn des Tankerkrieges dem Iran angeboten. Die Angriffe waren ja schließlich von irakischer Seite

[171] *Die Zeit*, 11.1.1985.
[172] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 217.
[173] McMahon Robert, Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 19.
[174] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 217.
[175] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 398.
[176] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 83.
[177] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 67.
[178] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 404.
[179] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 171.
[180] Ebd., S. 169.
[181] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 399–404.

begonnen worden[182] und hatten dem internationalen Schiffsverkehr weitaus mehr Schaden zugefügt als die iranischen Gegenschläge.[183]

In Teheran stellte man die Grundbedingung der Kriegsschuldzuweisung an den Irak,[184] daher setzte Moskau eine Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuld durch, welche den Interessen des Iran entgegenkam. Der Paragraph schien jedoch erst an sechster Stelle auf und wurde sehr vage gehalten.[185] In Moskau war man auch daran interessiert, den Einfluss der USA im Persischen Golf einzudämmen und forderte sie auf, die Sicherheit der freien Schifffahrt der UNO zu überlassen. Da dies jedoch nur durch ein rasches Kriegsende erreicht werden konnte, der Iran die Resolution ablehnte und dadurch den Krieg verlängerte, befand sich die Sowjetunion auch im pro-irakischen Lager.[186]

Im Sommer 1987 planten Moskau und Teheran sogar noch, gemeinsame Wirtschaftsprojekte, wie den Bau einer Erdölpipeline und den Ausbau des Schienenverkehrs, zu verwirklichen.[187] Der Iran war also daran interessiert, die Resolution mit sowjetischer Hilfe zu verhindern, in Washington wollte man das Land aber zur Annahme zwingen und sondierte im Sicherheitsrat die Möglichkeiten eines Waffenembargos. Die Sowjetunion folgte dem amerikanischen Vorhaben, den Druck auf den Iran zu erhöhen, um die Resolution durchzusetzen, nicht. [188]

Die wenig souveräne Politik Moskaus zu Kriegsende muss im Zusammenhang mit den wachsenden wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen und dem seit 1979 kräftezehrenden Krieg in Afghanistan,[189] von dem man dachte, er sei in ein paar Wochen vorbei, gesehen werden.[190]

## Vorhersehbare Entwicklung des Krieges

Da die Zusammenstöße am Persischen Golf wie erwartet zugenommen hatten,[191] wirkte sich die Internationalisierung des Krieges negativ für den Iran aus.[192] Das Land stand, durch eigenes Verhalten nicht schuldlos, de facto „gegen den Rest der Welt“.[193] Nach dem Beschluss, kuwaitischen Öltankern Geleitschutz durch den Golf zu gewähren, konnte die amerikanische Schaukelpolitik faktisch nicht mehr umgesetzt werden.[194] Im

[182] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 399–404.
[183] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 168 f.
[184] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 150 f.
[185] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 404.
[186] Ebd., S. 401.
[187] Ebd., S. 399.
[188] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 169 ff.
[189] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 407.
[190] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 262.
[191] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 151.
[192] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 177.
[193] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 83.
[194] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 146.

September 1987 äußerte Caspar Weinberger, dass im Iran eine völlig andere Regierung an die Macht müsse, weil die USA mit der derzeitigen irrationalen und fanatischen nicht umgehen könne.[195]

Das Baath-Regime fühlte sich durch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nicht gefährdet und setzte mehr chemische Waffen ein als in allen Jahren zuvor.[196] Als es im Februar 1988 mehrere Städte mit sowjetischen Langstreckenraketen angriff, kam es zu anti-sowjetischen Demonstrationen im Iran. Als Vergeltung wurde Bagdad beschossen,[197] allgemein hatte das Land jedoch kaum mehr etwas entgegenzusetzen. In Teheran misstraute man dem Schaukelkurs der Sowjetunion,[198] welche sich um eine Eindämmung der Krise bemühte und die Beteiligung an den Raketenangriffen indirekt verneinte.[199]

Unterdessen sicherten beide Supermächte den Transport des kuwaitischen Öls und informierten sich gelegentlich über gefährliche Seegebiete, in denen der Iran Minen gelegt hatte.[200] Als im April 1988 ein amerikanisches Schiff durch eine iranische Mine beschädigt wurde, kam es zu den heftigsten Kampfhandlungen seit der Verstärkung der US-Marinepräsenz. Die letztlich entscheidende Wende im Kriegsverlauf signalisierte aber der Abschuss eines iranischen Passagierflugzeuges, bei dem 290 Menschen ums Leben kamen.[201] Der Airbus war in der Annahme, es würde sich um ein Kampfflugzeug des Typs F-14 handeln, beschossen worden. Es bleibt ungeklärt, wie die Geräte des hochmodernen Kriegsschiffes „Vincennes“ die Unterschiede der Flugzeuge in Länge, Spannweite und Schnelligkeit nicht hatten identifizieren können.[202]

Chomeini rief dazu auf, den Kampf gegen den „großen Satan“ mit noch größerem Einsatz zu führen, doch der Abschuss des zivilen Flugzeuges der Iran Air stachelte die Bereitschaft des Volkes zum Krieg keineswegs erneut an. Das Gefühl, die USA nun wirklich zum Feind zu haben, wirkte lähmend auf Kämpfer und Zivilisten.[203] Frieden zu schließen war für Chomeini „tödlicher, als Gift zu trinken“, aber es blieb ihm nichts anderes übrig,[204] als die UNO-Resolution 598 am 18. Juli 1988 schließlich vorbehaltlos anzuerkennen.[205] Gegenüber dem iranischen Volk rechtfertigte er die Annahme als „Segen und Willen Allahs“ und betonte, dass damit der Konflikt mit dem Irak nicht

[195] *New York Times*, 28.9.1987.
[196] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 405.
[197] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 152.
[198] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 400.
[199] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 171.
[200] Ebd., S. 219.
[201] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 152 f.
[202] Konzelmann, Der Golf, S. 384.
[203] Ebd., S. 385.
[204] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 69.
[205] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 177.

abgeschlossen sei und die Nation immer wieder auf einen neuen Gihad[206] vorbereitet sein müsse, um gegenüber weiteren Aggressionen des Gegners gewappnet zu sein.[207]

## Kriegsbilanz

Der Waffenstillstand betraf zwei Länder, die durch den Konflikt ökonomisch restlos „ausgeblutet“ worden waren.[208] Neben dem hohen Blutzoll hatte der Krieg Unsummen an Geld verschlungen. Der Iran soll in den acht Kriegsjahren rund 160 Milliarden Dollar ausgegeben haben, die Schuldenlast des Irak betrug 86 Milliarden Dollar.[209] Die Sowjetunion hatte Waffen im Wert von zehn Milliarden Dollar geliefert, die USA um fünf Milliarden.[210]

Die Regimes im Iran und im Irak wollten die Verluste des Krieges innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens ausgleichen. Der Zwang, den existenzgefährdenden Unmutsbewegungen der eigenen Bevölkerung zuvorzukommen, stellte sie jedoch vor eine nahezu unlösbare Aufgabe: Schon vor dem Waffenstillstand stagnierten die Erdölpreise und der Wiederaufbau betraf zwei Länder, die sich trotz allem partiellen und temporären monetärem Reichtum, strukturell noch auf dem Niveau von Entwicklungsländern befanden. Nach einem Jahr und 347 Tagen versuchte Saddam Hussein, diesen Zwängen durch einen neuen Krieg zu entfliehen.[211] Er überfiel das Scheichtum Kuwait, wobei keinerlei entschuldigende Argumente zugunsten eines Präventivschlages vorgebracht werden konnten, ohne jedoch wiederum auf die Rolle der Großmächte eingehen zu können.[212]

Keine der Ursachen, die 1980 zum Ausbruch des Iran-Irak-Krieges führte, ist wirklich beseitig worden. Die Mehrzahl der seit fast fünf Jahrzehnten angehäuften Widersprüche harrt bis in die Gegenwart einer Lösung. Wechselnde Koalitionen und Machtverschiebungen, das Unbeständige generell, wurden eher Regel als Ausnahme, die ungelösten Widersprüche schwelen weiter.[213] Am Ende des Krieges waren sich die Hauptkontrahenten genauso uneinig wie zu Beginn.[214]

Die Golfregion ist Nahtstelle dreier Kontinente und dreier Weltreligionen und steht als Hauptfördergebiet eines der bedeutendsten Rohstoffe der modernen Zivilisation, dem Erdöl, seit 1945 im Blickpunkt globalstrategischer Überlegungen der Supermächte im Ost-West-Konflikt.[215]

---

[206] „Heiliger Krieg“.
[207] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 153.
[208] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 84.
[209] Seifert, Schwarzbuch Öl, S. 69 f.
[210] Ebd., S. 69.
[211] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 84.
[212] Wirth, Irak und seine Nachbarn, S. 34.
[213] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 69 f.
[214] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 405.
[215] Fürtig, Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, S. 69.

Am 25. August 1988 begannen die Friedensverhandlungen in Genf,[216] die irakische Seite diktierte nun die Bedingungen.[217] Zwar hatten die Großmächte seit 1982 eher den Irak bevorzugt und somit zur iranischen Erschöpfung beigetragen,[218] doch keine konnte sich letztendlich gänzlich mit einer Partei solidarisieren. Nicht einmal die Unterstützung der USA für den Irak reichte aus, Saddam Hussein einen Sieg zu ermöglichen.[219]

Das Kräfteverhältnis am Golf spiegelte sich auch in der Gesamtsituation des Ost-West-Konflikts wieder.[220] Die Sowjetunion hatte bis zum Schluss mit beiden Kriegsparteien enge Beziehungen gepflegt, konnte nun jedoch keine Vorteile daraus ziehen.[221] Als eigentlicher Sieger gingen die USA hervor, da die Revanche für die iranische Revolution (1978/79) und die Geiselnahme (1979) geglückt war, ohne das Land offiziell anzugreifen. Zudem konnte die Marinepräsenz durch dauerhaft stationierte Truppen im Fördergebiet des Persischen Golfs gesichert werden.[222]

## Schluss

In vorliegender Arbeit wurde hauptsächlich die Frage der Balancepolitik der Supermächte im irakisch-iranischen Krieg erörtert. Solange der Krieg ohne Entscheidung blieb, erwies sich vordergründige Neutralität als die beste Haltung. Man hielt sich alle Optionen offen und konnte je nach Entwicklung die eine oder andere Seite begünstigen.[223]

Daher wahrten die Supermächte durch Verweigerung oder Gewährung militärischen Nachschubs den Status quo, unterstützt wurde jeweils die sich gerade in der Defensive befindende Partei.[224] Aufgrund ihrer dominanten Position am internationalen Rüstungsmarkt konnten sowohl die USA als auch die Sowjetunion verhindern, dass eines der beiden Länder den Sieg davontrug.[225] Diese Taktik war auch insofern profitabel, als dass man die Einflussmöglichkeiten im Irak und Iran immer wieder ausweiten konnte. Weder aus amerikanischer noch aus sowjetischer Sicht handelte es sich bei den Regimen in Bagdad und Teheran um ideologisch nahestehende Partner. Für beide war jedoch das geopolitische Interesse maßgebend, dem Gegner Positionsgewinne in der ölreichen und

[216] Gorawantschy, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, S. 154.
[217] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg: Ursachen, S. 177.
[218] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 172.
[219] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 406.
[220] Ebd., S. 407.
[221] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 171.
[222] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 407.
[223] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 65.
[224] Ebd., S. 217.
[225] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 406.

damit weltwirtschaftlich bedeutsamen Region zu verwehren.[226] Um das Nullsummenspiel des Kalten Krieges fortsetzten zu können, musste die Balance der Kräfte auch innerhalb des Ersten Golfkrieges gewahrt werden.

Weder Washington noch Moskau konnte sich während der achtjährigen Auseinandersetzungen mit einer Partei vollständig solidarisieren.[227] Umgekehrt stellte auch in den kriegführenden Ländern die kommunistische Sowjetunion keinen ideologisch nahestehenden Verbündeten dar.[228] Die USA wiederum galten sowohl im Irak als auch im Iran als Hauptfeind.[229] Die Regierung in Washington betrachtete selbst weder den Iran noch den Irak als Partner, den man unterstützen sollte. Der Krieg konnte toleriert werden, solange sich die anti-westlichen Kräfte gegenseitig schwächten, der Konflikt nicht eskalierte und somit das saudi-arabische Regime nicht hineingezogen wurde.[230] Erst die drohende Eskalation veranlasste die Großmächte zu energischen Bemühungen, womit die UNO-Resolution 598 den ersten erfolgreichen Versuch in den 1980ern darstellte, mit Hilfe der Vereinten Nationen einen regionalen Konflikt zu beenden.[231]

Die Supermächte hatten von Beginn an keine entgegengesetzten Positionen bezogen, sondern ähnlich auf die Herausforderungen des Krieges reagiert. Sie hielten sich gegenüber dem Konflikt zurück und versuchten, eine unmittelbare Involvierung zu vermeiden.[232] Hinter ihren strategischen Überlegungen steckte immer die Sorge, der Gegner könnte in verschiedenen Situationen möglicherweise einen Gewinn erzielen. Da ein Gewinn des Gegners aber gleichzeitig als eigener Verlust gewertet wurde, musste die Balance des Kalten Krieges auch im irakisch-iranischen Konflikt bestehen.

Geleitet von der Angst, der Einfluss des Gegners in der Golfregion könnte zu groß werden, war es den Supermächten also lieber, dem Feind zu helfen, als dass der Hauptfeind einen strategischen Vorteil hätte erringen können. Um dies zu verhindern, konnten sie über die großen ideologischen Differenzen hinwegsehen, als müssten eben Opfer zur Erreichung ihrer Ziele erbracht werden. Über die schlichte Tatsache, dass diese Opfer nicht nur ideologischer Natur waren, konnte anscheinend auch schnell hinweggesehen werden: Eine Million Menschenleben im längsten und blutigsten Krieg zwischen Entwicklungsländern war wohl ein hinzunehmender „Preis“.

[226] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 216 f.
[227] Fürtig, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, S. 406.
[228] Ebd., S. 381 f.
[229] Hünseler, Der Irak und sein Konflikt mit Iran, S. 112.
[230] Hubel, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient, S. 65.
[231] Ebd., S. 219.
[232] Ebd., S. 172–215.

## Literatur

Arki, Mostafa, Iran-Irak. Acht Jahre Krieg im Nahen Osten, Berlin 1989.

Berghe, Yvan Vanden, Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002.

Bunzl, John, Israel im Nahen Osten. Eine Einführung, Wien 2008.

Conteh-Morgan, Earl, Die US-Entwicklungshilfe während des Kalten Krieges, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Claudia Weber (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2001, S. 63–81.

Coughlin, Con, Saddam Hussein. Portrait eines Diktators. Die Biographie, Berlin 2006.

Emmerich, Alexander, Der Kalte Krieg, Stuttgart 2011.

Fürtig, Henner, Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 376–407.

Ders., Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988: Ursachen – Verlauf – Folgen, Berlin 1992.

Ders., Der Zwischenstaatliche Faktor im Subsystem Persischer Golf, in: Günter Barthel (Hrsg.), Ursachen gewaltförmiger Konflikte in der Golfregion. Internationale und zwischenstaatliche Faktoren (Leipziger Beiträge zur Orientforschung 2), Frankfurt am Main 1993, S. 69–170.

Ders., Die antimonarchistische Volksrevolution – eine historische Tat der iranischen Volksmassen, in: Günter Barthel (Hrsg.), Republik Iran, Köln 1987, S. 47–220.

Ders., Die iranische nationale Befreiungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Abriß, in: Günter Barthel (Hrsg.), Republik Iran, Köln 1987, S. 1–46.

Ders., Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart, München 2003.

Gaddis, John Lewis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

Gorawantschy, Béatrice, Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak, 1980–88. Eine konflikttheoretische Analyse, Frankfurt Main 1993.

Hubel, Helmut, Das Ende des Kalten Kriegs im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten, 1979–1991, München 1995.

Ders., Die Rolle der Supermächte: der Nahe und der Mittlere Osten im Ost-West-Konflikt, in: Gert Krell/Bernd Kubbing (Hrsg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt am Main 1991, S. 50–56.

Ders., Die USA im Nahost-Konflikt, Bonn 1983.

Hünseler, Peter, Der Irak und sein Konflikt mit Iran. Entwicklung, innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Perspektiven, Bonn 1982.

Issacs, Jeremy/Downing, Taylor, Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte, München 1999.

Kahn, Helmut Wolfgang, Der Kalte Krieg, Bd. 3, Köln 1988.

Konzelmann, Gerhard, Der Golf. Vom Garten Eden zur Weltkrisenregion, Hamburg 1991.

McMahon, Robert, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Bernd Greiner/Christian Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 16–34.

Mirzaie-Tashnizi, Hossain, Der Konflikt Irak-Iran. Eine Hintergrundanalyse, Wien 2002.

Müller-Syring, Rolf, Die USA und die Golfregion zwischen Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung in den 90er Jahren, in: Günter Barthel (Hrsg.), Ursachen gewaltförmiger Konflikte in der Golfregion. Internationale und zwischenstaatliche Faktoren (Leipziger Beiträge zur Orientforschung 2), Frankfurt 1993, S. 1–43.

Seifert, Thomas/Werner, Klaus, Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Bonn 2006.

Thoß, Gabriele/Richter, Franz-Helmut, Ayatollah Khomeini. Zur Biographie und Hagiographie eines islamischen Revolutionsführers, Münster 1991.

Weiner, Tim, CIA – Die Ganze Geschichte, Frankfurt am Main 2009.

Wirth, Eugen, Irak und seine Nachbarn, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991, S. 21–37.

## Quellen

*Christian Science Monitor*, 14.6.1984.

*Der Spiegel*, Nr. 23, 1984.

*Die Zeit*, 11.1.1985.

*Die Zeit*, 1.3.1985.

*Die Zeit*, 5.12.1986.

*New York Times*, 28.9.1987.

**Sarah Nepo** ist Studentin der Geschichte und Sportwissenschaft im 7. Semester an der Universität Innsbruck. Sarah.Nepo@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Sarah Nepo, Der Iran-Irak-Krieg 1980–1988. Die Balancepolitik der Supermächte, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 3–30, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Papst Johannes Paul II. als Außenpolitiker im polnischen Konflikt zwischen Regierung und Arbeiterschaft 1980–1983

**Michaela Seewald**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: SSc Mag.[a] Dr.[in] Ingrid Böhler

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**

**Pope John Paul II as Foreign Affairs Politician in the Polish Conflict between Government and Labour Force 1980–1983**

The following paper is about the influence Pope John Paul II. had on domestic political events in Poland, particularly between 1980 and 1983. His first journey to Poland was a significant impulse for further events relating to the end of the Cold War. He supported the union Solidarność and when martial law was declared in December 1981 demanded Wojciech Jaruzelski to abolish it. John Paul's second visit in 1983 helped to bring political stability about and soon martial law was suspended.

## Einleitung

„Habt keine Angst! Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten

> Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts seiner rettenden Macht!“[1]

Diese Worte anlässlich der Ansprache von Papst Johannes Paul II. zu Beginn seines Pontifikats zeigten bereits das künftig entschlossenere Engagement in der Ostpolitik des Vatikans auf. Die Überraschung wenige Tage zuvor war groß gewesen, als am 16. Oktober 1978 Karol Wojtyla[2], Erzbischof von Krakau, zum zukünftigen Papst gewählt worden war: der erste nicht-italienische Papst seit 455 Jahren. Wojtyla stammte aus Polen, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als „Volksrepublik Polen“ ein Satellitenstaat der Sowjetunion war.

In Polen löste die Wahl Wojtylas in der katholischen Bevölkerung Begeisterung aus, verbunden mit großen Hoffnungen auf das neue kirchliche Oberhaupt. Adam Michnik, [3] Historiker und Regimekritiker aus Polen, meinte dazu: „Die Polen wollen die Freiheit Polens und die Freiheit der Menschen in Polen. Dieser Wille kommt in verschiedenen Formen zum Ausdruck, aber seine Stütze ist stets die römisch-katholische Kirche.“[4] Mit der Wahl eines Polen zum Papst gewann die Bevölkerung nun eine gewichtige Stimme für ihr Bestreben. Marion Gräfin Dönhoff[5] nannte in der *Zeit* Gründe, warum die Wahl Wojtylas einen so hohen Stellenwert und eine so hohe Aussagekraft hatte:

> „Weil der Glaube des polnischen Volkes in vielen Feuern gehärtet wurde; weil der Mann, der jetzt auf dem Stuhl Petri sitzt die Realität des Ostens kennt wie keiner seiner Vorgänger; weil das Ziel seiner Wünsche und seiner Sehnsucht die Überwindung der Teilung Europas ist und die Wiederzusammenführung der zersplitterten Kirche.“[6]

John Lewis Gaddis bezeichnet Johannes Paul II., neben politischen Führungspersönlichkeiten wie Lech Walesa, Margaret Thatcher, Deng Xiaoping, Ronald Reagan, Michail Gorbatschow, als „Schauspieler“[7], der zum Ende des Kalten Krieges beigetragen habe. Mit dem Begriff „Schauspieler“ meint Gaddis Personen, die über „Eigenschaften und Fähigkeiten wie Mut, Beredsamkeit, Vorstellungskraft, Entschlossenheit und

---

[1] Ansprache von Johannes Paul II. am Beginn des Pontifikats. Sonntag, 22. Oktober 1978, o. D., [http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/homilies/1978/documents/hf_jpii_hom_19781022_inizio-pontificato_ge.html], eingesehen 9.4.2012.
[2] Karol Wojtyla: 1920–2005; Erzbischof von Krakau (1964–1978); Papst der römisch-katholischen Kirche, Johannes Paul II. (1978–2005); Seligsprechung (2011).
[3] Adam Michnik: geb. 1946; Historiker, Essayist.
[4] Adam Michnik, Unbeugsame Verteidigung der Menschenrechte. Was die Polen von dem neuen Papst erwarten, in: *Der Spiegel* (1978), Nr. 43, S. 26–27, hier S. 27.
[5] Marion Gräfin Dönhoff: 1909–2002; Chefredakteurin und Mitherausgeberin der *Zeit*.
[6] Marion Gräfin Dönhoff, In vielen Feuern gehärtet. Polens Kirche im Kampf wider den Kommunismus – Kann der neue Papst die Welt verändern?, in: *Die Zeit* (1978), Nr. 44, S. 1.
[7] John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 243–292.

Zuversicht, immaterielle Formen der Macht“[8] verfügten und „in der Lage waren, das Publikum im Theater des Kalten Krieges für ihre Ideen zu gewinnen.“[9]

Papst Johannes Paul II. hat im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten – Reisen, Predigten, Ansprachen, Enzykliken, Audienzen – einen wesentlichen Anteil zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht sein politisches Engagement in Polen zu Beginn seines Pontifikats, beginnend mit seiner ersten Polenreise 1979 bis zum Ende des Kriegsrechts in Polen 1983. Der Beitrag von Johannes Paul II. zur Beendigung des Konflikts ist nicht zu unterschätzen; er kann aber nicht isoliert gesehen werden. Lech Walesa[10] und der Papst ergänzten sich bei ihrem Vorhaben ausgezeichnet.[11] Die Ausführungen konzentrieren sich auf Papst Johannes Paul II. und sollen zeigen, dass er die innenpolitischen Vorgänge zwischen 1979 und 1983 wesentlich beeinflusst hat.

Der erste Teil behandelt die Polenreise 1979. Von Interesse ist, welche Wirkung der Besuch in der Bevölkerung auslöste und welche Funktion der Besuch für die weiteren Entwicklungen hatte. Der zweite Teil behandelt die Unterstützung des Papstes im Gründungsprozess der Gewerkschaft Solidarność und wie er in dem Konflikt zwischen Staat und Arbeiter Einfluss nahm. Im folgenden Kapitel wird die Zeit während des Kriegszustandes (1981–1983) in Polen beleuchtet. Hier versuchte der Papst, die Regierung zu bewegen, den Kriegszustand zu beenden. Zum Abschluss wird auf die zweite Polenreise 1983 eingegangen, die das Ende des Kriegszustandes zur Folge hatte.

Als Literatur wurden vorwiegend Monografien zur Kirchengeschichte und den politischen Hintergründen in Polen herangezogen – zentral war die Biografie des Theologen George Weigel[12]. Im Fokus stand die Zeit von 1980 bis 1983. Des Weiteren stützt sich die Arbeit auf Zeitungsartikel aus der *Zeit* und dem *Spiegel*, um den zeitgenössischen Eindruck einzubeziehen. Quellenkritisch ist zu beachten: Beide Zeitungen wurden in der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben, stellen also die Sichtweise eines direkt am polnischen Konflikt Unbeteiligten dar.

## Erste Polenreise 1979

> „Obgleich der Papst-Besuch den Charakter einer religiösen Pilgerfahrt hat, werden deren moralisch-politische Konsequenzen groß sein. […] Die Bedeutung dieser Demonstration kann ungeheuer groß und dauerhaft sein. Sie wird die

[8] Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 243.
[9] Ebd., S. 245 f.
[10] Lech Walesa: geb. 1943; Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność (1980–1990); Staatspräsident von Polen (1990–1995); Friedensnobelpreisträger (1983).
[11] Ebd., S. 271.
[12] George Weigel, Der Papst der Freiheit. Johannes Paul II. Seine letzten Jahre und sein Vermächtnis, Paderborn 2011.

> Kräfte und den Mut der Menschen stärken, sie wird dazu beitragen, daß sich die Polen in ihrem Kampf um die eigene Würde weniger vereinsamt und stärker verbrüdert fühlen. Es gibt nichts, was dieses Volk nötiger hätte.“[13]

Der erste Höhepunkt des politischen Engagements für Polen war die neuntägige Auslandsreise vom 2. bis 10. Juni 1979 von Johannes Paul II. Bei diesem Heimatbesuch, von ihm selbst als „Pilgerreise ins Vaterland“[14] bezeichnet, handelt es sich um die erste Reise eines Papstes in ein sozialistisches Land. Der Parteichef der KPdSU, Leonid Breschnew[15], war mit dem Besuch des Papstes nicht einverstanden, da er den staatlich angeordneten Atheismus gefährdet sah. Die polnische Regierung hingegen stimmte dem Besuch, um Unruhen zu vermeiden, die ein „Nein“ im katholisch geprägten Polen vermutlich ausgelöst hätten, zu.[16] Neben der allgemeinen Papst-Begeisterung in Polen kam für die Regierung erschwerend hinzu, dass zunehmend das Vertrauen in sie schwand, da das Land mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatte: Die Grundnahrungsmittel waren knapp, die Schulden im Ausland hoch und die Lebenshaltungskosten und Mieten stiegen stetig an.[17] Um die Wirksamkeit des Besuches möglichst einzudämmen, traf die Regierung einige Vorkehrungen: Nur wer eine Eintrittskarte vorweisen konnte, durfte die Predigten und Ansprachen anhören; die Kirche musste den Ordnerdienst übernehmen, während sich die staatlichen Armee-Einheiten im Hintergrund, vom Geschehen etwas entfernt, aufhielten und nur im Ernstfall in Erscheinung treten sollten; auch bei der Live-Übertragung im Fernsehen wurde bestimmt, dass ausschließlich Nahaufnahmen des Papstes und die ersten Reihen der Zuschauer gezeigt werden durften, um nicht den Eindruck einer begeisterten Menschenmasse zu erwecken.[18]

In seinen Grußworten in Warschau zu Beginn seiner Reise nannte Johannes Paul II. als Motiv für seinen Besuch: „Dieser Aufenthalt möge […] den großen Fragen des Friedens, einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Nationen und der sozialen Gerechtigkeit dienen.“[19] Des Weiteren betonte der Papst, dass es sich um „rein religiöse Gründe“[20] handle; dennoch waren in vielen Ansprachen und Predigten auch politische Botschaften enthalten. *Der Spiegel* berichtete: „So war das Mammut-Programm dieser

---

[13] „Demonstration der Sehnsucht nach Freiheit“. Der polnische Regime-Kritiker Adam Michnik über Polen zur Zeit des Papstbesuches, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 23, S. 116 f., hier S. 117.
[14] o. A., Papstreise: „Freue dich, Mutter Polen“, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 23, S. 106–122, hier S. 107.
[15] Leonid Breschnew: 1906–1982; Parteichef der KPdSU (1964–1982).
[16] Ludwig Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik, München 2004, S. 179.
[17] o. A., Papstreise: „Freue dich, Mutter Polen“, S. 112–117.
[18] Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, S. 181 f.
[19] Im Dienst der Zusammenarbeit. Grußwort bei der Ankunft in Warschau am 2.6.1979, in: Predigten und Ansprachen von Papst Johannes Paul II. bei seiner Pilgerfahrt durch Polen. 2. bis 10.6.1979 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 10), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn o. J., S. 3 ff., hier S. 4 f.
[20] Ebd. S. 3.

als Pilgerfahrt geplanten Triumphreise – elf Großveranstaltungen und über 30 Reden in neun Tagen – vor allem ein politischer Dialog mit den Massen."[21] Hansjakob Stehle stellte in einem abschließenden Bericht in der *Zeit* fest, dass den Warschauer Kommunisten bei dieser Reise eine bedeutende Rolle zugekommen war, denn sie wären die wahren Adressaten dieser Reise gewesen, und damit auch die Parteichefs im Kreml. Die Botschaft über Menschenrechte wäre vor allem an sie gerichtet gewesen.[22]

Als wesentlichen Aspekt der Reise nennt Adalbert Krims die „Neubetonung der untrennbaren Einheit von Katholizismus und Nation in Polen sowie die klare Zurückweisung des Atheismus als un-polnisch und un-menschlich".[23] Er warnte aber davor, in jedem Satz eine politische Aussage zu suchen. Dennoch lautet sein Fazit: „Diese ‚ideologische Aufrüstung' des polnischen Katholizismus beinhaltet natürlich indirekt auch die Konfrontation mit einem Staat, dessen Grundlagen nicht aus diesem Katholizismus abgeleitet sind."[24] Überdies stellte auch der Umstand, dass mehrere Millionen Menschen mobilisiert werden konnten, ein politisches Moment dar.[25]

Beim Lesen der Reden, Ansprachen sowie Predigten sind wiederkehrende Aspekte auffällig: der Rückgriff auf die Geschichte Polens, der Hinweis auf Menschenrechte bzw. Menschenwürde, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Auch wenn Johannes Paul II. kein Wort über Politik und Wirtschaft erwähnte, so schenkte er Polen – wie der Biograf George Weigel formuliert – „seine wahre Identität" und schuf „neue Instrumente des Widerstands […]. Indem er zwischen dem 2. und dem 10. Juni 1979 eine Revolution auslöste, reichte er seinem Volk den Schlüssel zu seiner eigenen Befreiung: den Schlüssel des erwachten Gewissens."[26]

## Unterstützung der Solidarność 1980–1981

Im Juli und August 1980 gab es in Polen mehrere Streikwellen. Am 16. und 17. August erreichten die Streiks ihren Höhepunkt in der Danziger Leninwerft. Während der Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen Regierung und der Arbeiterschaft, bereitete die polnische Regierung eine gewaltsame Niederschlagung der Streiks vor. Gleichzeitig überlegte die Führung der UdSSR eine mögliche Intervention. Die sowjetische Regierung konnte jedoch von der polnischen Regierungsspitze überzeugt werden, dass ein derartiges Vorgehen die Krise nicht beenden würde. Auch eine Niederschlagung der Streiks hätte unabsehbare Folgen gehabt, weshalb die Regierung zu

[21] o. A., Papstreise: Kontrast zur Wirklichkeit, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 24, S. 110–113, hier S. 110.
[22] Hansjakob Stehle, Eine Einladung zum Dialog. Johannes Paul II. predigte die Menschenwürde für Ost und West, in: *Die Zeit* (1979), Nr. 25, S. 4.
[23] Adalbert Krims, Karol Wojtyla. Papst und Politiker (Kleine Bibliothek, Kirche und Gesellschaft 147), Köln 1986, S. 50.
[24] Ebd., S. 51.
[25] Ebd., S. 49–52.
[26] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 111.

einer Einigung am 30. August 1980 bereit war. Die Regierung akzeptierte die Forderungen der Streikenden, darunter auch die Möglichkeit, freie Gewerkschaften zu gründen.[27] Lech Walesa führte den Streik an und war ab diesem Zeitpunkt Anführer der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność, gegründet am 17. September. Johannes Paul II. ließ den Streikenden am 17. August[28] durch Kardinal Stefan Wyszynski[29] seine Unterstützung mitteilen.[30]

Die Polenreise des Papstes 1979 kann für diese Entwicklungen nicht als direkter Auslöser gesehen werden.[31] Jedoch: In diesen neun Tagen hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche eine „Revolution des Gewissens“[32] in Polen ausgelöst. Der Protest war – im Vergleich zu früheren Aufständen und Protesten (1956, 1968, 1970, 1976) – wesentlich besser organisiert.[33] Die Streikenden nahmen auch auf Papst Johannes Paul II. Bezug, indem sie die Fabriken und Büros mit Papstbildern ausstatteten, am Werktor der Danziger Werft hing ebenfalls ein Porträt des Papstes.[34] Stehle formuliert am treffendsten: Die Solidarność sei das „Produkt einer inneren Krise des Systems“ gewesen, der Papst „war zu ihrem Geburtshelfer und Paten geworden“.[35]

Eine erneute Krise bahnte sich bereits im November 1980 an. Nach Gründung der Gewerkschaft Solidarność traten Probleme bei der Registrierung auf: Das Gericht änderte Passagen des Statuts der Gewerkschaft und zwei Gewerkschafter, die Geheimdokumente über geplante Maßnahmen der Regierung gegen ihre Organisation veröffentlicht hatten, wurden verhaftet. Die Solidarność reagierte mit Warnstreiks. Leonid I. Breschnew plante einen Einmarsch in Polen, der polnische Parteichef Stanislaw Kania[36] konnte dies verhindern.[37] Auch hier tat Johannes Paul II. seine Ansichten kund: Er forderte die Führung der Solidarność auf, „große Geduld und großes Maßhalten“ zu zeigen. Auf diese Weise konnten mögliche Ausschreitungen von Seiten der Arbeiter verhindert werden. Am 10. November wurde die Gewerkschaft rechtlich anerkannt.[38] Im Dezember zählte

[27] Pawel Machcewicz, Die polnische Krise von 1980/81, in: Krisen im Kalten Krieg, hrsg. von Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Studien zum Kalten Krieg 2), Hamburg 2008, S. 477–504, hier S. 480–483.
[28] Anders Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, S. 185: 20. August 1980.
[29] Stefan Wyszynski: 1901–1981; Erzbischof von Gnesen und Warschau (1948–1981); zugleich Primas von Polen.
[30] Archie Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009, S. 573–576.
[31] Krims, Karol Wojtyla, S. 53.
[32] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 116.
[33] Ebd.
[34] o. A., „Segne, Herr, das freie Vaterland Polen“, in: *Der Spiegel* (1980), Nr. 35, S. 86–94, hier S. 86.
[35] Hansjakob Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten, Zürich 1993, S. 355.
[36] Stanislaw Kania: geb. 1927; Erster Sekretär der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) von 1980 bis 1981; Mitglied des polnischen Staatsrats (1982–1985).
[37] Machcewic, Die polnische Krise von 1980/81, S. 487 ff.
[38] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 355.

die Bewegung bereits über acht Millionen Mitglieder,[39] dies entsprach in etwa einem Viertel der polnischen Bevölkerung.[40]

Die vatikanische Ostpolitik setzte sich nicht zum Ziel, die Kirche als offenen Gegner des atheistischen Regimes in der Sowjetunion zu etablieren; sie beabsichtigte zu vermitteln, dass die Kirche ein „Faktor innerer Ruhe […], wenn man sie in Ruhe läßt“[41], sein kann. Möglicherweise hatte auch die sowjetische Regierung den positiven Einfluss des Papstes erkannt, denn im September fand ein Treffen eines Diplomaten des Außenministeriums mit dem Papst statt, um über die KSZE-Konferenz in Madrid zu diskutieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurde auch das Thema Polen gestreift. Beide Seiten waren sich einig, den Kontakt aufrechtzuerhalten.[42]

Vom 15. bis 18. Jänner 1981 war eine Abordnung der Solidarność nach Rom geladen. Johannes Paul II. zeigte sich bemüht, die Gewerkschaftsbewegung zu stärken. Am 15. Jänner fand zwischen Johannes Paul II. und Lech Walesa ein Gespräch statt, am 18. Jänner endete der Besuch mit einer Heiligen Messe für die Delegation der Solidarność. Die vatikanischen Diplomaten waren wenig angetan vom Engagement, Präsident Ronald Reagan hingegen war begeistert.[43] Walesa äußerte sich anschließend folgendermaßen hinsichtlich Zweck und Gesprächsinhalt: Er habe „väterlichen Rat gesucht“ und wolle „sein ‚ganzes Leben und Arbeiten‘ auf den Glauben gründen, auch die Gewerkschaftsbewegung, in der es jedoch ‚Gläubige und Atheisten gibt‘“.[44] Über den Inhalt der Gespräche sind in der Literatur keine weiteren Hinweise zu finden. Von größerer Bedeutung war die symbolische Aussagekraft des Treffens. Stehle schreibt dahingehend, Johannes Paul II. habe „eine Art Patronat“ für die Bewegung übernommen.[45]

Im März 1981 entwickelte sich abermals eine Krisensituation. Drei Solidarność-Aktivisten wurden am 19. März von der Polizei brutal zusammengeschlagen. Die Gewerkschaft forderte, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, die Regierung schien sich darum nicht zu kümmern. Solidarność organisierte daraufhin am 27. März 1981 landesweit einen vierstündigen Warnstreik und plante einen Generalstreik am 31. März. Am Tag zuvor konnte jedoch eine Übereinkunft zwischen Solidarność und Regierung getroffen werden, in der die Regierung auf die Forderungen der Solidarność

[39] Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus, S. 576.
[40] Gustav Fochler-Hauke (Hrsg.), Der Fischer Weltalmanach 1980, Frankfurt a. M. 1979, S. 279; Einwohnerzahl Polens: 35.010.000.
[41] Hansjakob Stehle, Das „Opium“ als Heilmittel?, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 3, S. 6.
[42] Ebd.
[43] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 124 f.
[44] Hansjakob Stehle, Walesa: Vom Papst ins Gebet genommen, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 5, S. 8.
[45] Ebd.

einging.[46] Johannes Paul II. schaltete sich auch in diesem Konflikt ein. Er teilte Kardinal Wyszynski die Botschaft der Arbeiter mit, eher arbeiten als streiken zu wollen.[47]

Mehrere Versuche, den politischen Einfluss des Papstes zu schwächen, schlugen fehl; unter anderem ein Mordversuch im Februar 1981 durch den afghanischen Geheimdienst (Afghanistan war ein Verbündeter der Sowjetunion) in Pakistan: Die Bombe explodierte zu früh und riss denjenigen, der sie zünden sollte, und einen Polizisten in den Tod.[48] Am 13. Mai 1981 wurde erneut ein Attentat auf den Papst durch Mehmet Ali Agca[49], diesmal am Petersplatz in Rom, verübt. Der Papst, schwer im Unterleib getroffen, überlebte das Attentat. In Krakau wurde ein „weißer Marsch" veranstaltet, Ronald Reagan[50] (der kurz zuvor ebenfalls ein Attentat überlebt hatte) verurteilte den Anschlag öffentlich und sandte ein Telegramm an den Papst. Die vorherrschende Meinung war, dass die Sowjetunion auch an diesem Attentat beteiligt war. Die Stellung der Kirche in Polen wurde in kürzester Zeit abermals geschwächt, als zwei Wochen später Kardinal Wyszynski verstarb. Ihm folgte Bischof Józef Glemp[51]. Das Attentat und der Tod Wyszynskis drohten die Bedeutung und den Einfluss der Kirche im polnischen Konflikt zu schwächen.[52]

Im September 1981, nachdem sich Johannes Paul II. von den Ereignissen etwas erholt hatte, veröffentlichte er die Enzyklika „Laborem exercens", über die menschliche Arbeit. Im vierten Kapitel „Die Rechte des arbeitenden Menschen" findet sich die Forderung, Gewerkschaften bilden zu können.[53] Diese Forderung darf aber nicht nur im Zusammenhang mit Polen gesehen werden – sie richtete sich an die ganze Welt. Im Hinblick auf die Bewegung Solidarność in Polen hat Johannes Paul II. die dortige Situation aber wohl mitbedacht.[54]

## Kriegsrecht in Polen 1981–1983

Ab September 1981 nahm der Plan, das Kriegsrecht in Polen zu verhängen, immer konkretere Formen an. Die Machthaber der Sowjetunion versuchten bewusst eine

---

[46] Machcewicz, Die polnische Krise von 1980/81, S. 494 ff.
[47] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 356.
[48] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 127.
[49] Mehmet Ali Agca: geb. 1958; türkischer Rechtsextremist; verübte mehrere Attentate auf Personen des öffentlichen Bereichs.
[50] Ronald Reagan: 1911–2004; Schauspieler; Gouverneur von Kalifornien (1967–1975); Präsident der Vereinigten Staaten (1981–1989).
[51] Józef Glemp: 1929–2013; Erzbischof von Warschau (1981–2006) und Gnesen (1981–1992); Primas von Polen (1981–2009).
[52] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 130 f.
[53] Laborem exercens, Die Bedeutung der Gewerkschaften, [http://www.vatican.va/edocs/DEU0075/__PL.HTM], eingesehen 6.5.2012.
[54] Oswald von Nell-Breuning, Arbeit vor Kapital. Kommentar zur Enzyklika Laborem exercens von Johannes Paul II., hrsg. von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Wien 1983, S. 52.

Eskalation herbeizuführen, indem sie der polnischen Regierung (Parteichef Kania war inzwischen durch General Wojciech Jaruzelski[55] ersetzt worden) glaubhaft machten, dass die ständigen Auseinandersetzungen mit der Solidarność Staat und Wirtschaft lähmen würden. Der Plan ging auf: Die Auffassung, ein gewaltsamer Konflikt sei der einzige Ausweg, gewann immer mehr an Zustimmung. Am 13. Dezember verhängte die polnische Regierung nach letzten Vorbereitungen das Kriegsrecht über Polen.[56] Lech Walesa wurde noch in der Nacht festgenommen, im Laufe des Tages fanden Verhaftungen mehrerer tausend Aktivisten statt. Diejenigen Anführer, die noch frei waren, organisierten Streiks. Die Organisation musste allerdings von nun an im Untergrund arbeiten.[57]

Der Kriegszustand in Polen veranlasste Papst Johannes Paul II. zu ungewöhnlichen Schritten: Er

> „bewog ihn nun, seine päpstlichen Rahmendirektiven bis an die Grenze, ja darüber hinaus zu strapazieren. Mit warnenden Briefen an Jaruzelski, an Walesa, ja mit konkreten brieflichen Empfehlungen an alle *Sejm*-Abgeordneten schritt ein Primas zum erstenmal in Polens Nachkriegsgeschichte zur direkten politischen Aktion.“[58]

Am 18. Dezember, also fünf Tage nach Ausbruch des Kriegszustandes, ließ Papst Johannes Paul II. einen Brief an General Jaruzelski durch den Sondernuntius Luigi Poggi[59] übergeben, „mit der dringenden Bitte und zugleich mit der inständigen Aufforderung […], mit Handlungen aufzuhören, die das Vergießen polnischen Blutes zur Folge haben“. Nach einem Rückblick auf die blutige Geschichte Polens – vor allem in den letzten zwei Jahrhunderten – wies er auf die positiven Entwicklungen hin: „[…] damit das, was mit der Erneuerung der Gesellschaft verbunden ist und seit August 1980 auf dem Weg friedlichen Dialogs geregelt wurde, auf diesen gleichen Weg zurückkehre. Selbst wenn es schwierig ist, unmöglich ist es nicht.“ Die Kirche bezeichnete er als „Sprecher dieses Wunsches“ und appellierte an das Gewissen all jener, „von denen in diesem Augenblick die Entscheidung abhängt“.[60] Im Postskriptum – in der Diplomatie sehr ungewöhnlich – erwähnte der Papst, an wen eine Kopie dieses Schreibens gesandt

[55] Wojciech Jaruzelski: geb. 1923; Parteichef der PVAP (1981–1989); Ministerpräsident der Volksrepublik Polen (1981–1985); Staatsoberhaupt der Volksrepublik Polen (1985–1990).
[56] Machcewicz, Die polnische Krise von 1980/81, S. 497 ff.
[57] Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus, S. 582 ff.
[58] Hansjakob Stehle, Auch dem Papst bleibt nur Beten, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 53, S. 2.
[59] Luigi Poggi: 1917–2010; vatikanischer Diplomat und Kurienkardinal; Apostolischer Nuntius in Polen ab 1975.
[60] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 359. Ein Faksimile des Originals wurde abgedruckt auf S. 357 f., vollständige Übersetzung des Originals auf S. 359.

wurde: Lech Walesa als Vorsitzenden der Solidarność, Erzbischof Józef Glemp von Polen, Kardinal Franciszek Macharski von Krakau und Vertretern der Regierungen.[61]

Jaruzelski antwortete erst am 9. Jänner 1982. Er konnte melden, dass schlimmere Auseinandersetzungen ausgeblieben waren. Aufgrund seiner allgemein gehaltenen Schilderungen wurde im Vatikan abgeleitet, dass Jaruzelski zwar Willens wäre, es ihm aber an politischer Stärke und Macht fehle, sich für einen Kompromiss einzusetzen.[62] Abgesehen von diesem Brief war der Papst anfangs mit seinen Aussagen und Handlungen in der Öffentlichkeit zögerlich, da er nichts sagen oder unternehmen wollte, was die Lage in Polen noch weiter zuspitzen könnte.[63]

Der Kirche in Polen kam eine schwierige Rolle im Konflikt zwischen Staat und Arbeiterschaft zu, denn sie konnte sich gegenüber dem Regime nicht offen zum „Bürgen der Gewerkschaft“ erklären.[64] Der Papst versuchte trotzdem, innerhalb seiner Möglichkeiten, auf die polnische Regierung Druck auszuüben. Seit Jänner 1982 wies Johannes Paul II. in jeder seiner Generalaudienzen auf die Lage Polens hin: Eineinhalb Jahre lang sprach er ein „Gebet für Polen“. Auch in Ansprachen und Audienzen setzte er sich für die Anerkennung der Solidarność ein. Sein Engagement und seine Fürsprache wurden im Vatikan kritisch gesehen, vor allem wurde seine geringe diplomatische Rücksichtnahme bemängelt. In Polen hingegen war durch die Wahl Wojtylas zum Papst 1978 der Einfluss der Kirche in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gestiegen. Für die Bevölkerung stellte die Kirche die einzige Gegenmacht zum Staat dar, für den Staat war sie der einzige Dialogpartner. Dies hatte eine Aufwertung der polnischen Kirche zur Folge.[65] Johannes Paul II. ließ sich durch die Besuche des polnischen Primars Glemp in Rom immer wieder über die Lage in Polen informieren.

## Zweite Polenreise 1983

Im Juni 1982 lud die polnische Bischofskonferenz den Papst zu einer weiteren Polenreise im August ein, da sie sich davon eine Entspannung der Situation erhoffte. Die Regierung zeigte sich überrascht, lehnte den Besuch des kirchlichen Oberhauptes jedoch auch nicht direkt ab; trotzdem konnte sie erreichen, dass der Papst von sich aus die Reise verschob. Die Regierung hatte nämlich eine Lockerung des Kriegsrechts und die Freilassung von Gefangenen in Betracht gezogen. Die Folgen waren weitere Spannungen. Am 10. Oktober verkündete der Papst, dass die Kirche alles in ihrer Macht Stehende getan hatte. Einen Monat später, am 8. November 1982, konnte Glemp in einem Gespräch mit Jaruzelski die Freilassung Lech Walesas erreichen und damit einen Generalstreik

[61] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 359.
[62] Ebd., S. 359 f.
[63] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 135 f.
[64] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 360.
[65] Krims, Karol Wojtyla, S. 55–58.

verhindern. Die Gewerkschaft Solidarność wurde trotz dieses Kompromisses endgültig verboten.[66]

Schließlich einigten sich Kirche und Staat auf einen Besuch vom 16. bis zum 23. Juni 1983. Jaruzelski äußerte sich sowohl vor als auch nach dem Besuch positiv. Johannes Paul II. und Jaruzelski trafen sich während der Reise zweimal persönlich: Am 17. Juni in Warschau und am 22. Juni in Krakau; das Gesprächsklima war besser als erwartet, trotz der unterschiedlichen Auffassungen. Jaruzelski rechtfertigte daraufhin öffentlich den Kriegszustand in Polen als „schwierige, aber notwendige Entscheidung in extremis". Johannes Paul II. versuchte den Mittelweg „zwischen einer Vorsicht, die vor der Verbreitung falscher Hoffnungen bewahrt, und einer Kühnheit, die den Enttäuschten neuen Mut macht"[67] zu finden, um seine Botschaften deutlich zu machen. Am 23. Juni war es dem Papst schließlich möglich, Lech Walesa zu treffen, trotz heftigen Widerstands der Regierung.[68]

Im Mittelpunkt der Ansprachen und Predigten standen die Stärkung der Kirche und die Betonung der katholischen Identität. Beide Seiten, Regierung und Kirche, konnten einen Nutzen ziehen: Die Kirche sicherte ihre moralische Autorität, für die Regierung bedeutete der Besuch politische Stabilisierung.[69] Zweimal traf Johannes Paul II. Jaruzelski; er bestand auch darauf, Lech Walesa zu treffen. In den Verhandlungen einigte man sich darauf, dass ein rein privates Gespräch stattfinden dürfe. Die Begegnung mit Walesa war dem Papst überaus wichtig, weil er zeigen wollte, dass die Bewegung nach wie vor lebte.[70] Im *Spiegel* äußerte sich der polnische Schriftsteller Stefan Kisielewski zur Reise: „Die Visite von Johannes Paul II. hat eine indirekte politische Funktion erfüllt – und dies ist das Absonderlichste an der Situation, wenn man beachtet, daß sich all das in einem kommunistischen Staat abspielt."[71] Dass die Regierung das Risiko, das für sie mit einem Besuch des Papstes verbunden war, einging, lässt vermuten „daß eine derartige befreiende Wirkung tatsächlich von der Regierung beabsichtigt war".[72] Seiner Meinung nach fehlte „eine konkrete, unmittelbare Kritik an die Adresse des Systems, das man als

[66] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 361 f.
[67] Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan, S. 364.
[68] Ebd., S. 362–366.
[69] Krims, Karol Wojtyla, S. 60 f.
[70] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 156 ff.; vgl. auch Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus, S. 586. Anders sieht dies Krims: Karol Wojtyla, S. 63 und 66: Der Papst ließ Solidarność und Lech Walesa fallen. Erst auf internationalen Druck soll er sich mit Walesa getroffen haben. Krims begründet dies damit, dass Johannes Paul II. langfristig die Stellung der Kirche festigen wollte und dafür Solidarność „opferte". Es dauerte aber nicht lange, bis der Papst in seinen Ansprachen auch wieder zum Fürsprecher der Bewegung wurde.
[71] Stefan Kisielewski, Soll der liebe Gott die Polen erlösen?, in: *Der Spiegel* (1983), Nr. 29, S. 100 f., hier S. 100.
[72] Ebd.

Marxismus-Leninismus zu bezeichnen pflegt“[73]; der Papst habe sich zu sehr auf Anspielungen und Andeutungen beschränkt.

Einen Monat später, am 21. Juli 1983, wurde der Kriegszustand offiziell für beendet erklärt.[74] Lech Walesa bekam für seinen Einsatz 1983 den Friedensnobelpreis verliehen. Zum Verdienst des Papstes stellt George Weigel fest: „Die zweite Polenreise hat die spirituellen und psychologischen Bedingungen dafür geschaffen, dass sich nach dem Ende des Kriegsrechts wieder eine Zivilgesellschaft bilden konnte.“[75]

## Schluss

> „Wenn ich in Prozentzahlen ausdrücken sollte, wer wie viel zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems beigetragen hat, würde ich sagen: 50 Prozent der Papst, 20 Prozent Solidarność und Lech Walesa. Den Rest besorgten Helmut Kohl, Ronald Reagan und Michail Gorbatschow.“[76]

So äußerte sich Lech Walesa in einem Interview im *Spiegel* im Jahr 2004. Vielleicht überschätzte er den Anteil des Papstes, auch wenn dessen Einfluss gegen Ende des Kalten Krieges auf jeden Fall zu würdigen ist. Im Mittelpunkt des Engagements von Johannes Paul II. standen die Menschen Polens, wobei er auf die Macht der moralischen Überzeugung setzte. Die drei Polenreisen (1979, 1983 und 1987) stärkten die polnische Bevölkerung. Nie äußerte der Papst öffentlich Kritik gegenüber dem sowjetischen Regime, aber alle wussten die Botschaft hinter seinen Aussagen zu deuten. Den größten Anstoß für die Entwicklungen in Polen hatte die erste Polenreise 1979. Durch sie schöpfte die Bevölkerung wieder Hoffnung und gewann an Selbstbewusstsein. Diese Reise kann somit als indirekter Auslöser für die künftigen Entwicklungen gesehen werden.

Im August 1980 formierte sich die Gewerkschaft Solidarność, die vorerst von sich aus den Bezug zum Papst herstellte, indem sie zum Beispiel Bilder des Papstes in ihren Büros aufhängte. Johannes Paul II. erklärte seine Unterstützung für diese Bewegung und griff vor allem beschwichtigend in den Konflikt zwischen Regierung und Arbeitern ein. Spätestens mit der Audienz Lech Walesas, dem Anführer der Streikbewegung, in Rom setzte er ein Zeichen, wem seine Unterstützung galt. Für die Solidarność erwies es sich als Vorteil, den Vatikan hinter sich zu wissen.

Die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 veranlasste den Papst zu seiner einzigen realpolitischen Handlung, indem er in einem Brief Jaruzelski zur Beendigung des Kriegszustandes aufforderte. Die zweite Polenreise im Juni 1983 hatte für beide Seiten einen positiven Aspekt: Die Kirche gewann an moralischer Autorität, die

[73] Kisielewski, Polen, S. 101.
[74] Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus, S. 584.
[75] Weigel, Der Papst der Freiheit, S. 158.
[76] o. A., „Wir brauchen starke Nerven“, in: *Der Spiegel* (2004), Nr. 18, S. 96–97, hier S. 96.

Regierung an politischer Stabilität. Einen Monat später wurde der Kriegszustand offiziell für beendet erklärt.

## Literatur

Libreria Editrice Vaticana, Ansprache von Johannes Paul II. am Beginn des Pontifikats. Sonntag, 22. Oktober 1978, o. D., [http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/homilies/1978/documents/hf_jp-ii_hom_19781022_inizio-pontificato_ge.html], eingesehen 9.4.2012.

Brown, Archie, Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009.

„Demonstration der Sehnsucht nach Freiheit“. Der polnische Regime-Kritiker Adam Michnik über Polen zur Zeit des Papstbesuches, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 23, S. 116–117.

Dönhoff, Marion Gräfin, In vielen Feuern gehärtet. Polens Kirche im Kampf wider den Kommunismus – Kann der neue Papst die Welt verändern?, in: *Die Zeit* (1978), Nr. 44, S. 1.

Fochler-Hauke, Gustav (Hrsg.), Der Fischer Weltalmanach 1980, Frankfurt a. M. 1979.

Gaddis, John Lewis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

Im Dienst der Zusammenarbeit. Grußwort bei der Ankunft in Warschau am 2.6.1979, in: Predigten und Ansprachen von Papst Johannes Paul II. bei seiner Pilgerfahrt durch Polen. 2. bis 10.6.1979 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 10), hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn o. J., S. 3–5.

Kisielewski, Stefan, Soll der liebe Gott die Polen erlösen?, in: *Der Spiegel* (1983), Nr. 29, S. 100–101.

Krims, Adalbert, Karol Wojtyla. Papst und Politiker (Kleine Bibliothek, Kirche und Gesellschaft 147), Köln 1986.

Laborem exercens, Die Bedeutung der Gewerkschaften, [http://www.vatican.va/edocs/DEU0075/__PL.HTM], eingesehen 6.5.2012.

Machcewicz, Pawel, Die polnische Krise von 1980/81, in: Krisen im Kalten Krieg, hrsg. von Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Studien zum Kalten Krieg 2), Hamburg 2008, S. 477–504.

Michnik, Adam, Unbeugsame Verteidigung der Menschenrechte. Was die Polen von dem neuen Papst erwarten, in: *Der Spiegel* (1978), Nr. 43, S. 26–27.

o. A., „Segne, Herr, das freie Vaterland Polen“, in: *Der Spiegel* (1980), Nr. 35, S. 86–94.

o. A., „Wir brauchen starke Nerven“, in: *Der Spiegel* (2004), Nr. 18, S. 96–97.

o. A., Papstreise: „Freue dich, Mutter Polen“, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 23, S. 106–122.

o. A., Papstreise: Kontrast zur Wirklichkeit, in: *Der Spiegel* (1979), Nr. 24, S. 110–113.

Ring-Eifel, Ludwig, Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik, München 2004.

Stehle, Hansjakob, Auch dem Papst bleibt nur Beten, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 53, S. 2.

Ders., Das „Opium“ als Heilmittel?, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 3, S. 6.

Ders., Eine Einladung zum Dialog. Johannes Paul II. predigte die Menschenwürde für Ost und West, in: *Die Zeit* (1979), Nr. 25, S. 4.

Ders., Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten, Zürich 1993.

Ders., Walesa: Vom Papst ins Gebet genommen, in: *Die Zeit* (1981), Nr. 5, S. 8.

von Nell-Breuning, Oswald, Arbeit vor Kapital. Kommentar zur Enzyklika Laborem exercens von Johannes Paul II., hrsg. v. Katholische Sozialakademie Österreichs, Wien 1983.

Weigel, George, Der Papst der Freiheit. Johannes Paul II. Seine letzten Jahre und sein Vermächtnis, Paderborn 2011.

**Michaela Seewald** ist Studentin der Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck. Michaela.Seewald@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Michaela Seewald, Papst Johannes Paul II. als Außenpolitiker im polnischen Konflikt zwischen Regierung und Arbeiterschaft 1980–1983, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 31–44, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Straßenbau und Tourismus. Das Beispiel der Großen Dolomitenstraße und der Großglockner Hochalpenstraße.

**Christoph Pöll**

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Mag. Dipl.-Ing. Dr. Bernd Kreuzer

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**

**Highway-Construction and Tourism. Using the Examples of the ”Große Dolomitenstraße“ and the ”Großglockner Hochalpenstraße“**

The following term paper discusses highway-construction in the Eastern Alps during the second half of the 20th century and its impact on the tourism industry in these regions. As we will see highways such as the ”Große Dolomitenstraße“ were not just used for transport-purposes but were generally also seen as methods to further and strengthen the region’s tourism. Even more, listings of local tourist infrastructure in tour-guides will show that the existence of these mountain-highways – and not the enthusiasm for Alpinism – was the main catalysts for large groups of tourists to travel to and around these areas.

## Einleitung

Der Tourismus in Österreich erlangte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einen immer höheren Stellenwert. So führte schon die Errichtung der Eisenbahn zu einer ersten rudimentären Erschließung der Bergwelt für den Fremdenverkehr. Der darauffolgende Aufstieg des Automobils, auch wenn Automobile zu diesem Zeitpunkt noch einem sehr betuchten Klientel vorbehalten waren, setzte diese Entwicklung fort und führte bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zur Errichtung einer Vielzahl an Straßen. Besonderes Merkmal des Straßenbaus jener Zeit war dabei die Nutzung der Alpen als Kulisse, wie dies am Beispiel der Autobahnen in Norditalien und Süddeutschland auch heute noch gut

zu erkennen ist. So bietet beispielsweise die Autobahn zwischen München und Salzburg dem Reisenden über weite Strecken einen guten Ausblick auf die imposante Bergwelt der östlichen Alpen. Aber auch in den Alpen selbst entstand in diesem Zeitraum eine Vielzahl an spektakulären Hochgebirgsstraßen, wie etwa die Große Dolomitenstraße 1909,[1] die Großglockner Hochalpenstraße 1935,[2] die Wiener Höhenstraße und die deutsche Alpenstraße bis Berchtesgaden, um nur einige wenige zu nennen. Im Folgenden soll jedoch das Hauptaugenmerk auf den westlichen Teil der Ostalpen gelegt werden, da eine umfassende Darstellung des Straßenbaus im gesamten Alpenraum den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen würde.

Für die Entwicklung des Tourismus stellt die Errichtung einer Verkehrsinfrastruktur generell einen zentralen Aspekt dar. In erster Linie fungieren Verkehrswege dabei als Zubringer, damit Besucher überhaupt erst in die betreffende Region reisen können. So gesehen ist das Vorhandensein einer Straße beispielsweise unabdingbar für den gegenwärtigen Skitourismus in diversen Alpentälern wie dem Ötztal oder dem Zillertal. Die Straße dient den Urlaubern dabei lediglich als Verkehrsweg, um an das Ziel zu gelangen, ist aber nicht das Hauptmotiv der Reise selbst. Es stellt sich daher die grundlegende Frage, ob speziell Straßen auch am Beginn des 20. Jahrhunderts lediglich diesem Zweck dienten, oder ob einige Straßen von den Touristen sogar als Hauptattraktion wahrgenommen wurden. Es liegt die Vermutung nahe, dass Straßen und Schienen schon damals lediglich als Zubringer für den Tourismus fungierten. Diese These würde letztlich dadurch gestützt, dass schon die Errichtung der Eisenbahn im Alpenraum exakt diesem Zweck diente, um Besucher in die Fremdenverkehrsorte, etwa nach Toblach oder Cortina, zu bringen.[3] Eine andere Möglichkeit wäre aber, dass die Straße selbst als „Highlight“ für den Tourismus fungierte, welche die Besucher in die betreffende Region zog. In diesem Sinne wären Straßen also nicht als Zubringer, sondern als Ziel der Reise anzusehen. Somit stellt sich die interessante Frage, welche Funktion Straßen hinsichtlich des Tourismus in den Alpen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nun tatsächlich erfüllten. Um die Verbindungen zwischen dem Straßenbau und dem Tourismus ergründen und diese Frage beantworten zu können, ist ein Blick in den Zeitraum zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nötig, als die Alpen bereits durch die Bahn erschlossen und eine Reihe von Straßen über die Alpen im Entstehen begriffen waren. Dabei soll die Bedeutung des Straßenbaus beispielhaft anhand der Großen Dolomitenstraße und der Großglockner Hochalpenstraße dargestellt

[1] Georg Zwanowetz, Das Straßenwesen Tirols seit der Eröffnung der Eisenbahn Innsbruck - Kufstein (1858). Dargestellt unter Berücksichtigung der regionalen Bahnbaugeschichte (Tiroler Wirtschaftsstudien 11), Innsbruck 1986, S. 61.

[2] Georg Rigele, Die Großglockner-Hochalpenstraße. Zur Geschichte eines österreichischen Monuments, Wien 1998, S. 184.

[3] Kurt Scharr/Ernst Steinicke, Exkursion Dolomitenraum/Bozen, in: Innsbrucker Geographische Studien 33/3, hrsg. v. Ernst Steinicke, Innsbruck 2003, S. 2–38, hier S. 23.

werden, da die Errichtung dieser beiden Straßen auch den gesamten Beobachtungszeitraum abdeckt und somit die Darstellung von Prozessen ermöglicht.

Im Rahmen dieser Arbeit soll der Nachweis erbracht werden, dass beide Straßen als Hauptattraktion für zahlungskräftige Automobiltouristen konzipiert und errichtet wurden, nicht aber um Arbeitsplätze in der Baubranche zu schaffen oder einen leistungsstarken Zubringer in die Touristenzentren zu errichten. Ein interessanter Aspekt dabei ist jedoch die Art und Weise, wie von öffentlicher Seite diese beiden kostenintensiven und teils wagemutigen Bauvorhaben gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt wurden. Besonders das Projekt Großglockner Hochalpenstraße, deren Errichtung und Fertigstellung in die wirtschaftlich schwere Zwischenkriegszeit fiel, wäre wohl nur schwer realisierbar gewesen, hätten Politiker nicht die vermeintlich positiven Auswirkungen des Projekts auf den Arbeitsmarkt in den Vordergrund gerückt. Dass man von Seiten der Politik und der Wirtschaftstreibenden trotz der prekären wirtschaftlichen Verhältnisse nicht müde wurde den Faktor Arbeit über die Maßen zu betonen, lässt sich am Beispiel der Großglockner Hochalpenstraße deutlich erkennen.

## 1. Die Methodik

Die Bedeutung der Straße und des Automobils für den Tourismus lässt sich dabei anhand verschiedenster Indizien nachvollziehen. In erster Linie sind dies statistische Erfassungen in Bezug auf den Tourismus, wie etwa Nächtigungszahlen oder die Zahl der Ankünfte. Die Aussagen dieser quantitativen Daten bieten allerdings lediglich Aufschluss über das Gesamtaufkommen des Tourismus in einer Region. Über die Motive, wie die Besucher ihren Aufenthalt verbrachten und welchen Aktivitäten sie nachgingen, können diese Daten keinen Aufschluss bieten. Dennoch sind diese Daten aber auch für die nachfolgende Arbeit von größter Bedeutung, da sie einen Eindruck über den zahlenmäßigen Umfang des Tourismus in einer Region vermitteln. Um aber Rückschlüsse auf die Aktivitäten der Touristen am Aufenthaltsort und dessen näherer Umgebung ziehen zu können, empfiehlt sich ein Blick in zeitgenössische Reiseführer. Die in den Darstellungen aufgelistete touristische Infrastruktur lässt, so die Grundannahme, Rückschlüsse auf die Aktivitäten und damit auf die Reisemotive der Besucher zu. In Abhängigkeit von den Gründen einer Reise verändert sich auch die Wahrnehmung einer Straße. So wird eine Straße von Bergsteigern beispielsweise als Zubringer in eine Bergregion, von Autobegeisterten allerdings als Ziel der Reise selbst betrachtet. Da aber diese beiden Touristengruppen über unterschiedliche Bedürfnisse in puncto Unterkunft und Freizeitverhalten verfügen, sollte die Funktion einer Straße für den Tourismus vom touristischen Angebot in einer Region ableitbar sein.

Die Verwendung von Reiseführern bietet dabei in vielerlei Hinsicht große Vorteile. So findet sich in diesen Quellen in erster Linie das wesentliche touristische Angebot eines Ortes, einer Stadt oder einer Region wieder. Allein der Umfang der Darstellungen lässt dabei auch Vergleiche über die wirtschaftliche und touristische Bedeutung verschiedener

Orte zu. So wird es wenig verwunderlich sein, wenn Cortina im Jahr 1910 wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu Teil wurde als beispielsweise Sölden oder Ischgl. Bei einem Vergleich von Reiseführern aus unterschiedlichen Jahren lässt sich zusätzlich auch noch die Entwicklung einzelner Orte nachvollziehen, wenn beispielsweise Hotels der gehobenen Preisklasse nach einigen Jahren keine Erwähnung mehr fanden, dafür aber verschiedene Apartments oder Pensionen aufgelistet wurden.

Aber auch zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage, ob Straßen nun Zubringer oder Hauptattraktion waren, können Reiseführer als ideale Quellen angesehen werden. Wäre eine Straße von den Touristen ausschließlich als Zubringer in eine Region wahrgenommen worden, so wären diese Straßen in Reiseführern auch kaum erwähnt worden. Wenn sich aber die Autoren der Reiseführer sehr ausführlich mit diesen Straßen auseinandersetzten und nicht nur den Verlauf der Strecken beschrieben, sondern auch auf die touristischen Attraktionen eingingen, so muss man die betreffende Straße auch als eigenständige Attraktion und nicht als Zubringer ansehen. Wäre eine Straße am Beginn des 20. Jahrhunderts vorwiegend als Attraktion wahrgenommen worden, so ließe sich das auch an speziellen infrastrukturellen Einrichtungen, wie Büros zur Automobilvermietung, Tankstellen und vor allem am Vorhandensein von Parkplätzen erkennen. Alle diese Erkenntnisse lassen sich am besten durch die Nutzung von zeitgenössischen Reiseführern gewinnen.

## 2. Forschungsstand in der Literatur

Bezüglich der vorhandenen Literatur über die Große Dolomitenstraße und die Großglockner Hochalpenstraße lassen sich einige auffällige Unterschiede feststellen. So wurde über die Großglockner Hochalpenstraße seit ihrer Fertigstellung sehr viel geschrieben, wobei besonders die Werke von Ingenieur Franz Wallack, Georg Rigele und Clemens Hutter zu erwähnen sind.[4] Besonders aber Ingenieur Franz Wallack, der nicht nur an den Bauarbeiten dieser Hochgebirgsstraße, sondern auch an deren Planung maßgeblich beteiligt war, arbeitete die Planungs- und Errichtungsphase umfassend auf. Ganz im Gegensatz dazu, findet sich über die Große Dolomitenstraße nur eine sehr überschaubare Menge an Literatur. Wobei in diesem Falle lediglich die zeitgenössische Werbeschrift von Theodor Christomannos und zwei jüngere Veröffentlichungen von Kurt Scharr als maßgebliche Literatur zu erachten sind.[5]

[4] Franz Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße. Die Geschichte ihres Baues, Wien 1949; Rigele, Die Großglockner-Hochalpenstraße, Wien 1998; Clemens Hutter, Großglockner. Traumstraße der Alpen, Elsbethen 1992; Clemens M. Hutter, 65 Jahre Großglockner Hochalpenstrasse. Einst geprägt von der rasanten Entwicklung der Motorisierung – heute der Weg in den Nationalpark Hohe Tauern, in: Jubiläum Großglockner. 200 Jahre Erstbesteigung. 120 Jahre Erzherzog-Johann-Hütte, hrsg. v. Großglockner Hochalpenstraßen AG, Salzburg 2000, S. 69–78.

[5] Theodor Christomannos, Die Neue Dolomitenstraße Bozen – Cortina – Toblach und ihre Nebenlinien, Wien 1909; Kurt Scharr/Ernst Steinicke, Der zentrale Dolomitenraum, in: *GW-Unterricht* (2009), Nr. 115, S. 14,

Der Grund, dass über die Große Dolomitenstraße weitaus weniger geschrieben wurde, als über die Großglockner Hochalpenstraße, liegt jedoch keinesfalls an einer geringen touristischen Bedeutung der Straße durch die Dolomiten. Vielmehr liegt dies daran, dass die Fertigstellung der letzten Teilstücke im Jahr 1909 erfolgte, also nur fünf Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die darauffolgende Abtretung Südtirols an Italien führte auch dazu, dass sich diese Straße seither nicht mehr auf österreichischem Staatsgebiet befindet und womöglich auch aus diesem Grund das Interesse an ihr verlorenging. Dazu kam auch noch ein allgemeiner Niedergang des Nobeltourismus in den Dolomiten nach dem Ersten Weltkrieg, der sicherlich auch zu einem Bedeutungsverlust der Großen Dolomitenstraße führte.

## 3. Straßenbau im Hochgebirge

Für die Errichtung von Verkehrswegen, Schiene und Straße gleichermaßen, ist der jeweils vorhandene Naturraum von entscheidender Bedeutung. Flaches Gelände und tiefe Lagen stellen in dieser Hinsicht den Idealfall für Bauvorhaben dar, da in diesem Fall das gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Maschinen zum Einsatz kommen kann. Im Gegensatz dazu werden Bauarbeiten im Hochgebirge[6] durch den Naturraum selbst, aufgrund der Steilheit des Geländes und extremer Witterungsbedingungen, wie auch Naturgefahren, in erster Linie Hangrutschungen und Lawinen, zu einer Herausforderung für Mensch und Material. Betrachtet man die Eckdaten der beiden in dieser Arbeit behandelten Straßen, so erkennt man, dass sowohl die Große Dolomitenstraße mit dem Abschnitt Pordoijochstraße (2242 m)[7] und die Großglockner Hochalpenstraße (2506 m)[8] der Kategorie Hochgebirgsstraße zuzuordnen sind. Dies ist dahingehend von Bedeutung, weil Bauvorhaben im Hochgebirge einen weitaus höheren Arbeitsaufwand erfordern und damit verbunden höhere Kosten verursachen als beispielsweise Verkehrsbauten in flachem bis hügeligem Gelände. Hinzu kommen noch weitaus höhere Betriebskosten für die Beseitigung von Schäden infolge unterschiedlicher Naturereignisse, etwa Steinschlag, Lawinen oder Hangbewegungen, welche im Flachland nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Tatsache, warum beide Straßen erst während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erbaut wurden, lässt sich hauptsächlich auf diese Faktoren zurückführen.

[http://www.gw-unterricht.at/index.php?option=com_phocadownload&view=category&id=4:gwu115&Itemid=19], eingesehen 31.5.2012; Scharr/Steinicke, Exkursion Dolomitenraum, Innsbruck 2003.

[6] Hochgebirge sind durch eine deutliche orographische Grenze vom niedrigeren Umland getrennte Gruppen von Vollformen einschließlich der mit ihnen vergesellschafteten Täler und Hochflächen. Zu den Charakteristika zählen beispielsweise schüttere oder gänzlich fehlende Vegetation sowie schroffe Kanten und Formen. In den mittleren Breiten bezieht sich die Bezeichnung Hochgebirge auf Regionen über zweitausend Meter Seehöhe. o. A., Hochgebirge, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 2, Wiesbaden 1974[5], S. 603.

[7] Christomannos, Dolomitenstraße, S. 5.

[8] Wallack, Großglockner-Hochalpenstraße, S. 9–10.

### 3.1. Die Große Dolomitenstraße

Bevor auf baugeschichtliche und touristische Aspekte der Großen Dolomitenstraße eingegangen werden kann, müssen zuvor unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Verlaufes der Dolomitenstraße voneinander abgegrenzt werden. Schon 1909 schilderte Theodor Christomannos[9] in seinem Werk „Die neue Dolomitenstraße Bozen – Cortina – Toblach und ihre Nebenlinien“ detailliert den Verlauf der Straße. Wie schon aus dem Titel zu erkennen ist, verlief laut Christomannos die Dolomitenstraße von Bozen ausgehend über den Karer- und den Falzaregopass, wie auch über das Pordoijoch und Cortina bis nach Toblach und erstreckte sich dabei über eine Länge von rund 142 Kilometern.[10] Im Gegensatz dazu wird bereits in einer 1912 erschienenen amtlichen Streckenbeschreibung die Dolomitenstraße als „[…] die natürliche Verlängerung der Fleimstaler Konkurrenzstraße Moena-Auer“ bezeichnet, und als Endpunkt Cortina genannt.[11] Entsprechend dieser Auffassung war die Dolomitenstraße nicht nur wesentlich kürzer, sondern stellte auch lediglich eine Verbindung zwischen Moena und Cortina dar. Gegenwärtig wird unter der Bezeichnung Dolomitenstraße jedoch wiederum ein anderer Streckenverlauf verstanden. So werden in italienischen Kartenwerken die Straßen zwischen Canazei und Cortina unter der Bezeichnung „48“ geführt. Dieser Streckenabschnitt wurde auch schon zuvor immer als Teil der Dolomitenstraße wahrgenommen und deckt sich in diesem Bereich weitestgehend mit der amtlichen Streckenbeschreibung von 1912. Allerdings wird die Straßenbezeichnung „48“ auf den gesamten Streckenverlauf von Auer im Südtiroler Unterland über Moena und Cortina bis nach Auronzo ausgeweitet. Hinzu kommt noch, dass sich die Straße mit der Nummer 48 nahe Misurina, einem kleinen Ort zwischen Cortina und Auronzo, gabelt. Dabei wird die nach Norden in Richtung Toblach führende und in Schluderbach endende Straße als „48 bis“ bezeichnet.[12] Es zeigt sich also, dass unter der Bezeichnung Dolomitenstraße im Laufe der Jahre unterschiedliche Streckenführungen verstanden wurden und der Name im Grunde eine Rahmenbezeichnung für verschiedene Straßen war. In der weiteren Folge wird aber ausschließlich auf den von Theodor Christomannos genannten Straßenverlauf, also die Strecke Bozen – Karerpass – Canazei – Falzaregopass – Arraba – Pordoijoch – Cortina – Toblach[13] Bezug genommen werden, um etwaige Unklarheiten zu vermeiden. Dies geschieht daher, weil Theodor Christomannos einer der bedeutendsten Befürworter für die Errichtung der Großen

[9] Theodor Christomannos (31.7.1854–3.1.1911) arbeitete als Rechtsanwalt in Meran, bevor er sich dem Tourismus widmete und unter anderem an der Erschließung des Ortlergebietes maßgeblich beteiligt war. Als die Straße von Welschnofen nach Vigo di Fass verlängert wurde, errichtete er am Karerpass ein luxuriöses Hotel. Christomannos war einer der vehementesten Befürworter für die Errichtung der Großen Dolomitenstraße. Scharr/Steinicke, Exkursion Dolomitenraum, S. 2–38, hier S. 38.
[10] Christomannos, Dolomitenstraße, S. 5.
[11] Zwanowetz, Das Straßenwesen Tirols, S. 59.
[12] Alfieri Lorenzon (Hrsg.), Atlante stradale d’Italia. Volume Nord, Mailand 2004, S. 6.
[13] Christomannos, Dolomitenstraße, S. 5.

Dolomitenstraße war und sich diese Bezeichnung ursprünglich auch nur auf diesen Streckenverlauf bezog.

Für die Errichtung der Großen Dolomitenstraße waren zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung. So hatte Österreich-Ungarn im Jahr 1866 Venetien an Italien abgetreten. Neben dem territorialen Aspekt brachte dies aber auch in verkehrstechnischer Hinsicht große Probleme für Südtirol mit sich, da mit Venetien auch die einzige auf österreichischem Gebiet verlaufende Eisenbahnverbindung zwischen Wien und Bozen, die Strecke über Venedig und Verona, an das Ausland gefallen war. Um diesem Problem Herr zu werden, kam der Pustertalbahn, welche bis 1871 zwischen Franzensfeste und Spittal an der Drau durch die Südbahngesellschaft errichtet wurde, größte Bedeutung zu.[14] Der grenznahe Verlauf der Eisenbahnstrecke durch das Pustertal wurde aber in militärischen Kreisen zusehends als Problem erachtet. So hatte Österreich aufgrund militärisch-strategischer Überlegungen großes Interesse daran, die Dolomiten durch Straßen auch von Norden aus zugänglich zu machen, um durch die Errichtung von Abwehranlagen die Pustertalbahn im Falle einer Auseinandersetzung mit Italien schützen zu können.[15] Dass dem militärischen Aspekt eine tragende Rolle bei der Planung der Dolomitenstraße zukam, lässt sich anhand der Durchschnittssteigungen der einzelnen Passstraßen, die mit 6–7 % vergleichsweise gering sind,[16] erkennen. Ansonsten hätten Pferde das schwere Kriegsgerät und den Nachschub womöglich nicht transportieren können.

Zur militärischen Bedeutung der Großen Dolomitenstraße gesellten sich ab Mitte der 1890er Jahre starke Interessen der Wirtschaft, dabei vor allem aus der Tourismusbranche, welche die Realisierung der Straße befürworteten. So warben zuerst die Sektionen Bozen und Meran des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins lange Jahre in aufwendigen Werbekampagnen für die Errichtung der Dolomitenstraße.[17] Aber erst als sich zu den Befürwortern am Ende der 1890er Jahre auch noch eine Tourismus-Lobby um Theodor Christomannos gesellte, nahm das Projekt konkrete Konturen an, und die fehlenden Teilstücke der Großen Dolomitenstraße, der Falzaregopass, die Verbindungsstraße Buchenstein – Arabba wie auch die Pordoijochstraße, wurden in das Straßenbauprogramm von 1897 aufgenommen.[18] In diesem Programm wurden die Bauvorhaben entsprechend ihrer Dringlichkeit gelistet, wobei sich die Pordoijochstraße an sechster und die Falzaregopassstraße an achter Stelle befanden.[19] Dass es seitens des Landes und der Wirtschaft starke Interessen an der Errichtung der fehlenden Teilstücke und damit der Fertigstellung der Großen Dolomitenstraße insgesamt gab, belegt der rasche und nahezu zeitgleiche Baubeginn an allen Abschnitten. So wurde die Pordoijochstraße in den Jahren

[14] Scharr/Steinicke, Exkursion Dolomitenraum, S. 2–38, hier S. 16.
[15] Scharr/Steinicke, Der zentrale Dolomitenraum, S. 14.
[16] Christomannos, Dolomitenstraße, S. 8.
[17] Ebd.
[18] Zwanowetz, Das Straßenwesen Tirols, S. 57–58.
[19] Ebd., S. 58.

1900 bis 1905 und die Straße Buchenstein – Arabba in den Jahren 1900 bis 1904 errichtet. Lediglich die Falzaregopassstraße, das aufwendigste Projekt dieser drei Bauvorhaben, konnte erst 1909 für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden.[20]

### 3.2. Errichtung der Großglockner Hochalpenstraße

Die Großglockner Hochalpenstraße wurde nur bedingt auf der sprichwörtlichen „grünen Wiese“ errichtet, da mit der 1909 fertiggestellten Glocknerhausstraße schon seit der Jahrhundertwende eine Straße auf den Großglockner vorhanden war.[21] Errichtet und betrieben wurde diese erste Straße vom deutschen und österreichischen Alpenverein (DÖAV), welcher dadurch das 1876 fertiggestellte Glocknerhaus einem weiteren Besucherkreis zugänglich machen wollte, da dieses bis zu diesem Zeitpunkt lediglich zu Fuß oder zu Pferd erreichbar gewesen war. Schon ab 1873 sprach sich daher der DÖAV für einen Ausbau der Straße aus, weil man sich auf diese Weise erhoffte auch zahlungskräftige ausländische Nobeltouristen in die Tauernregion locken zu können.[22] Aber schon beim Bau dieser ersten Straße auf den Großglockner traten vielerorts unerwartete Schwierigkeiten auf und verzögerten deren Fertigstellung. Ursprünglich hätte die Straße schon 1908 zu Ehren des Thronjubiläums Kaiser Franz Josephs eröffnet werden sollen, verzögerte sich aber aufgrund des instabilen Moränenuntergrundes in vielen Bauabschnitten um ein Jahr.[23] Auch in den folgenden Jahren wurde die Straße immer wieder durch Naturgefahren, vor allem Hangrutschungen und Lawinenabgänge, in Mitleidenschaft gezogen. Besonders schwerwiegende Schäden richtete dabei eine Lawine des Jahres 1917 an und vernichtete förmlich 1,7 Kilometer der Straße. Aufgrund der Wirren des Ersten Weltkriegs und den finanziell schwierigen Jahren der Zwischenkriegszeit konnte der DÖAV die Straße lediglich aus Spendengeldern renovieren. Die Freigabe der Glocknerhausstraße für den öffentlichen Verkehr im Jahr 1924 belegt,[24] wie schwerwiegend die Schäden einerseits waren und wie wenig Geld andererseits für Erhaltung und Renovierung der Straße zur Verfügung stand. Obwohl ab 1924 schon Postautobusse auf der wiedereröffneten Glocknerhausstraße verkehrten, war es augenscheinlich geworden, dass die Straße nicht für den Automobilverkehr konzipiert worden war. Enge Kehren und die geringe Fahrbahnbreite waren in dieser Hinsicht die schwerwiegendsten Probleme. Um aber den modernen Verkehr dennoch bewältigen zu können, wurde daher ein Einbahnsystem eingerichtet. So durfte die Straße für Bergfahrten nur in ungeraden Stunden und für Talfahrten nur in geraden Stunden benutzt werden.[25]

Aus diesem Problemfeld heraus entstanden schon ab 1922 erste Überlegungen zur Modernisierung der Straße. So wurde der Kärntner Landesbaurat Franz Wallack vom

[20] Zwanowetz, Das Straßenwesen Tirols, S. 60.
[21] Rigele, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 50.
[22] Ebd., S. 53.
[23] Ebd., S. 56.
[24] Ebd., S. 68.
[25] Ebd., S. 70.

„Ausschuss zur Erbauung der Großglockner Hochalpenstraße“ (Glocknerstraßenausschuss) mit der Erstellung eines generellen Projektes beauftragt.[26] Eine erste Fassung vom Spätsommer 1924 sah dabei noch den Ausbau der bereits bestehenden Straße vor, wobei allerdings schon zu diesem Zeitpunkt eine zweispurige Fahrbahn angedacht war.[27] Im Herbst 1925 legte Wallack schließlich die zweite Fassung des Projektes vor. Die bedeutendsten Veränderungen gegenüber dem vorhergehenden Plan waren dabei die Verlängerung der Straßenführung bis zur Franz-Josephs Höhe und die weitestgehend neue Trassenführung gegenüber der bereits bestehenden Glocknerhausstraße.[28]

Die Erbauung der Großglockner Hochalpenstraße begann schließlich im Jahr 1930. Um aber an mehreren Stellen gleichzeitig mit den Bauarbeiten beginnen zu können, wurde die bestehende Glocknerhausstraße gewissermaßen als Baustellenzufahrt genutzt. Erst 1932, als die Arbeiten an der neuen Straße schon weit fortgeschritten waren, wurde die alte Straße für den öffentlichen Verkehr gesperrt und findet seither als Wanderweg Verwendung.[29] Die Eröffnung des durchgehenden Verkehrs über die Scheitelstrecke der Großglockner Hochalpenstraße am 3. August 1935 wurde zu einem medialen Großereignis hochstilisiert, an dem rund 150 in- und ausländische Journalisten teilnahmen. Allein für die Eröffnungsfeierlichkeiten, so stellte der Rechnungshof fest, entstanden Kosten in Höhe von rund 75.000 Schilling. Um die Leistung der Republik Österreich entsprechend hervorzuheben, stimmte Salzburgs Landeshauptmann Dr. Franz Rehrl bei seiner Eröffnungsrede ein wahres Loblied auf die Leistung der Ingenieure und Arbeiter an. So hätten diese aus eigener Idee und Kraft nicht nur eine Straße, sondern eine Völkerbrücke geschaffen.[30]

## 4. Mediale Inszenierung des Straßenbaus

Die Umsetzung beider Großprojekte war in erster Linie mit hohen finanziellen Belastungen verbunden. Sowohl beim Bau der letzten Teilstücke der Großen Dolomitenstraße, als auch bei der Errichtung der Großglockner Hochalpenstraße, mussten daher von Seiten der Regierungen und der Befürworter stichhaltige und unwiderlegbare Argumente ins Feld geführt werden, um die Bauvorhaben gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen. Da bis zum Zweiten Weltkrieg Printmedien das geeignetste Mittel waren, um große Teile der Bevölkerung zu erreichen, empfiehlt es sich auch den Blick auf zeitgenössische Tageszeitungen zu richten. Dabei muss allerdings betont werden, dass Tageszeitungen dennoch nicht als unmittelbares Sprachrohr der Politiker und Monarchen gewertet werden können und Rückschlüsse auf die Regierungslinie mit Bedacht zu ziehen sind, da bei Tageszeitungen immer die Haltung der Redakteure und Herausgeber mitentscheidend ist.

[26] Rigele, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 78–80.
[27] Ebd., S. 80.
[28] Ebd., S. 87–88.
[29] Ebd., S. 71.
[30] Ebd., S. 188–189.

Die Bedeutung der Printmedien jener Zeit liegt aber vielmehr darin, dass in diesen Artikeln auch Wünsche und Hoffnungen bezüglich der Auswirkungen des Straßenbaus zum Ausdruck gebracht wurden, wie beispielsweise positive Effekte für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

### 4.1. Die Große Dolomitenstraße als Tourismusmagnet

Die Eröffnungsfeierlichkeiten zur Fertigstellung der Großen Dolomitenstraße fanden am Abend des 10. Septembers 1909 in Cortina und am Vormittag des 11. Septembers auf dem Falzaregopass in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, Vertreter verschiedenster Automobilclubs und Journalisten statt.[31] Bezüglich der folgenden Berichterstattung in den Printmedien sticht schon bei der Lektüre ein Aspekt besonders deutlich ins Auge. So wirken die betreffenden Artikel in den Innsbrucker Nachrichten und der Reichspost auf den Leser nicht wie typische Zeitungsartikel, vielmehr erinnern diese an Reiseberichte oder Darstellungen in Reiseführern.[32]

> „Das große Kunstwerk, von dem sich die Kunde bereits weit in die Welt hinaus verbreitet hat, ist nun vollendet; eine bequeme, breite Kunststraße […] durchquert in einer Gesamtausdehnung von 141 Kilometern das ganze, zauberhafte Gebiet der Dolomiten; […] Die Fahrt auf der Dolomitenstraße bietet uns schon in der ersten Stunde eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges: man tritt in die großartige Eggentaler Klamm ein, eine wilde Porphyrschlucht mit hohen, vielfach überhängenden Wänden, mit Galerien über brausenden Stromschnellen […].“[33]

> „Die lieblichen Alpenblumen, Enzian und Primel, Alpenrose und Brunelle, die sich sonst hier finden, sind längst schon dahin, der, ach so kurze Sommer, neigt sich seinem Ende zu. […] Über uns türmen sich in furchtbar wilder Majestät […] die Riesenmauern der Tofana auf, in magischen Farben schillernd: silberweiß, blaßblau, bronzegelb, feuerrot, leuchtend aus dem saftigen Grün der das Gestein bedeckenden Moose, dem Dunkel der Latschen, sich abhebend aus dem Azur des reinen Alpenhimmels.“[34]

Beim Lesen der Artikel fallen die blumige Ausgestaltung, die feinsäuberliche Wortwahl und die Betonung der wilden Natur, welche stellenweise fast schon poetisch anmutet, besonders deutlich auf. Es wäre aber sicherlich falsch, würde man den beiden unbekannten Autoren eine bewusst tendenziöse Berichterstattung unterstellen. Gewissermaßen konnten beide nicht anders über die Region und die Eröffnungsfeierlichkeiten berichten,

[31] o. A., Die Eröffnung der Dolomitenstraße, in: *Innsbrucker Nachrichten*, Nr. 208, 13.9.1909, S. 1–3, hier S. 2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=ibn&datum=19090913&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.
[32] o. A., Eröffnung Dolomitenstraße, S. 1–3; o. A., Die Vollendung der großen Dolomitenstraße Bozen – Toblach, in: *Reichspost*, Nr. 254, 14.9.1909, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19090914&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.
[33] o. A., Eröffnung Dolomitenstraße, S. 1–2.
[34] o. A., Vollendung der großen Dolomitenstraße, S. 1–2.

weil von den Veranstaltern diverse Vorkehrungen getroffen worden waren, um das vorliegende Ergebnis zu erhalten. So wurden die geladenen Gäste beispielsweise in bereitgestellten Wägen von Bozen nach Cortina gefahren, damit sich diese schon vorab einen Eindruck von der Schönheit der Landschaft verschaffen konnten. Zudem fand am Abend vor der eigentlichen Eröffnungsfeier am Pordoijoch ein Platzkonzert der Bürgermusik in Cortina statt,[35] wobei ein spezielles Naturphänomen, das sogenannte Alpenglühen,[36] gezielt genutzt wurde, um die Einzigartigkeit der Bergwelt zu unterstreichen. Aber auch der Beginn der Feierlichkeiten auf dem Pordoijoch um 8 Uhr morgens war nicht willkürlich gewählt. Dabei setzte man darauf, dass sich während der Auffahrt der Gäste in Automobilen und Stellwägen auf den Pass der nächtliche Herbstnebel lichten und mit einem Male den Blick auf die umliegenden dreitausend Meter hohen Berge freigeben würde. All diese Aspekte finden sich, in besonders hohem Maße aber in den Innsbrucker Nachrichten, wieder.[37] Daraus lässt sich erkennen, dass die Veranstalter der Eröffnungsfeiern an einer bestimmten Form der Berichterstattung interessiert waren, welche die Natur in den Vordergrund rückte. So wird in beiden Artikeln die Schönheit der Natur in Verbindung mit der Großen Dolomitenstraße dargestellt, wogegen technische Informationen über den Umfang der Bauarbeiten wie auch die Bedeutung des Straßenbaus für den Arbeitsmarkt weitestgehend fehlen.

An der Art und Weise, wie diese Berichte verfasst und wie penibel die Eröffnungsfeiern geplant wurden, lässt sich aber deutlich erkennen, welche Ziele mit der Erbauung der Straße verfolgt wurden. Die Errichtung der Großen Dolomitenstraße zielte demnach vordergründig darauf ab, eine Region touristisch zu erschließen und damit den Nobeltourismus weiter zu stärken. Es sollte ein Fremdenverkehrsgebiet geschaffen werden, um das sowohl die Schweiz als auch Amerika Österreich beneideten.[38] Diese Zielvorstellung kommt in der 1909 erschienen Werbeschrift „Die neue Dolomitenstraße Bozen – Cortina – Toblach und ihre Nebenlinien“ noch deutlicher zum Vorschein. Darin beschreibt Theodor Christomannos auf 70 Seiten neben dem Verlauf der Strecke durch die Dolomiten auch detailliert sämtliche Sehenswürdigkeiten entlang der Straße und deren näherem Umland, wie die Marmolada[39], die Burgruine Andraz oder den Straßenobelisk auf dem

[35] o. A., Eröffnung Dolomitenstraße, S. 2.
[36] Das für den Dolomitenraum typische Lichtphänomen, das von den Einheimischen „Rosadöra“ bzw. „Enrosadira“ (dt. etwa Alpenglühen) genannt wird, tritt häufig bei Sonnenauf- und Sonnenuntergang, sowie nach Gewittern, Nordföhn und an klaren Wintertagen auf. Die gesamte Landschaft erscheint dann in einzigartigen Rosa bis hin zu Violett reichenden Farbtönen. In den Dolomitensagen kommt diesem Phänomen eine tragende Rolle zu. Scharr/Steinicke, Der zentrale Dolomitenraum, S. 14.
[37] o. A., Eröffnung Dolomitenstraße, S. 2.
[38] o. A., Vollendung der großen Dolomitenstraße, S. 1.
[39] Die Marmolada ist der höchste Gebirgsstock der Südtiroler Dolomiten. Der höchste Punkt liegt rund 3.342 Meter über dem Meer. Zudem befindet sich auf diesem Gebirgsstock der flächenmäßig größte Gletscher der südlichen Kalkalpen. o. A., Marmolada, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 3, Wiesbaden 1974[5], S. 490.

Pordoijoch, um nur einige wenige zu nennen.[40] Es lässt sich daher abschließend feststellen, dass die Große Dolomitenstraße immer in Verbindung mit dem Tourismus gebracht wurde. Der militärisch-strategische Aspekt, welcher nicht unwesentlich zur Umsetzung der Bauvorhaben geführt hatte, wurde dabei ebenso wenig erwähnt wie etwaige Auswirkungen des Straßenbaus auf den regionalen und überregionalen Arbeitsmarkt abseits des Tourismus.

### 4.2. Arbeitsplatz Großglockner Hochalpenstraße

Die mediale Berichterstattung in Printmedien über den Bau der Großglockner Hochalpenstraße muss differenziert betrachtet werden. So wurde über den Baubeginn im Jahre 1930 noch kaum berichtet, wobei in diesem Zusammenhang ein weiterer Punkt erwähnt werden muss. Artikel in Tageszeitungen geben grundsätzlich Aufschluss darüber, ob ein Thema seitens der Bevölkerung mit Interesse verfolgt wird oder nicht. Die Relevanz eines Themas lässt sich dabei auch anhand der Positionierung des betreffenden Artikels in der Zeitung selbst ableiten. So muss man beispielsweise berücksichtigen, dass Herausgeber von Tageszeitungen primär am Verkauf ihrer Produkte interessiert sind. Dabei ist die Wahl der Schlagzeile von enormer Bedeutung, da sie dem Kunden zuerst ins Auge sticht, wenn er an einem Zeitungsstand vorbeigeht. Die Entscheidung darüber, welches Produkt letzten Endes gekauft wird, Abonnements sind davon aber ausgeschlossen, lässt sich darauf zurückführen, ob die Schlagzeile den Käufer anspricht oder nicht. Die Konsequenz daraus ist, dass Herausgeber und Redakteure ein Gefühl für die Interessen der Bevölkerung entwickeln müssen, um den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens zu gewährleisten. Wenn also, wie im Falle der Eröffnungsfeiern zum Baubeginn der Großglockner Hochalpenstraße, diesbezügliche Artikel nicht als umfangreiche Aufhänger auf den Titelblättern, sondern nur als Kurzdarstellungen im Hauptteil aufscheinen,[41] ist daran auch ein gewisses Desinteresse seitens der Bevölkerung zu erkennen.

#### *4.2.1. Berichte über die Großglockner Hochalpenstraße im Jahr 1930*

In den wenigen Artikeln über den Spatenstich an der Großglockner Hochalpenstraße wurden auch einige Stellungsnahmen, gehalten von Politikern und honorigen Persönlichkeiten im Rahmen der Feierlichkeiten in Ferleiten, abgedruckt. So wurde Finanzminister Dr. Juch wie folgt zitiert:

> „[…] daß der in Angriff genommene Straßenbau nicht nur den Bundesländern, auf deren Gebiet er liegt, zugutekommen soll, sondern insbesondere dem internationalen Durchzugsverkehr dienen werde. Österreich hatte bisher keine hochalpine

[40] Christomannos, Dolomitenstraße, S. 44.

[41] o. A., Der erste Sprengschuss. Feierliche Eröffnung des Baubeginns der Glocknerstraße, in: *Tages-Post*, Nr. 202, 1.9.1930, S. 3–4, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=tpt&datum= 19300901&zoom=28], eingesehen 30.5.2012; o. A., Feierlicher Baubeginn an der Glocknerstraße, in: *Reichspost*, Nr. 240, 31.8.1930, S. 8, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum= 19300831&seite=8&zoom=23], eingesehen 30.5.2012.

> Straße, wie sie die Schweiz und Italien schon seit langem ihr Eigen nennen, die den Fremdenverkehrsstrom ins Land lenken. Die Glocknerstraße wird nach ihrer Vollendung den Vergleich mit keiner zweiten Alpenstraße zu scheuen brauchen."[42]

Daraus lässt sich erkennen, dass eines der wesentlichen Argumente für den Bau der Straße bis 1930 das Fehlen einer Nord-Süd Verbindung über die Alpen zwischen dem Brennerpass und den Radstädter Tauern war.[43] Diese Problematik arbeitete auch Ing. Franz Wallack in seinem 1949 erschienen Werk „Die Großglockner-Hochalpenstraße" umfassend auf. Dabei nannte er vielfach die Entfernung zwischen den am Ende der 1920er Jahre vorhandenen Alpenübergängen als das entscheidende Argument für den Bau der Großglockner Hochalpenstraße.[44] Durch die Errichtung einer leistungsfähigen Straße über den Großglockner sollte somit die 156 Kilometer Luftlinie große Lücke zwischen Brenner und dem Radstädter Tauern geschlossen werden. Sigmund Zechner, seines Zeichens Landesverwaltungsdirektor Kärntens, sprach in diesem Zusammenhang gar von einer neuen „Weltverkehrsader".[45] Das Kernargument für den Bau der Großglockner Hochalpenstraße war um 1930 somit die Schaffung eines Zubringers zur Stärkung des Tourismus. Auffällig dabei ist allerdings, dass zu diesem Zeitpunkt der Faktor Arbeit noch nicht sonderlich hervorgehoben wurde.

### *4.2.2. Berichte über die Großglockner Hochalpenstraße im Jahr 1935*

Im Gegensatz dazu wird die Großglockner Hochalpenstraße nur fünf Jahre später in den österreichischen Printmedien gänzlich anders dargestellt. So erscheinen einerseits Artikel über und Photographien von den Eröffnungsfeierlichkeiten auf den Titelblättern der überwiegenden Mehrzahl der österreichischen Tageszeitungen, sowie umfangreiche Berichte in Zeitschriften, wie beispielsweise der Allgemeinen Automobil-Zeitung.[46] Es liegt somit auf der Hand, dass sich die Großglockner Hochalpenstraße in den fünf Jahren ihrer Erbauung zu einem Thema mit sehr hoher gesellschaftlicher Relevanz entwickelt hatte. Der interessante Aspekt bezüglich der Berichterstattung in Tageszeitungen war

[42] o. A., Sprengschuss, S. 3. Vgl. dazu: Anonymus, Feierlicher Baubeginn, S. 8.
[43] Franz Wallack, Aus der Entstehungs- und Baugeschichte der Großglockner Hochalpenstraße, in: Großglockner-Hochalpenstraße. Festschrift zur Eröffnung, Salzburg 1935, S. 3–15, hier S. 3–5.
[44] Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße, S. 8–13.
[45] Rigele, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 79–81.
[46] o. A., Projekt und Tatsachen von der Großglocknerstraße, in: *Allgemeine Automobil-Zeitung* 36 (1935), Heft 9, S. 3–4, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aaz&datum= 19350901&zoom=14], eingesehen 2.6.2012; o. A., Zur Geschichte unserer Alpenstraßen, in: *Allgemeine Automobil-Zeitung* 36 (1935), Heft 9, S. 4–8, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aaz&datum= 19350901&zoom=14], eingesehen 2.6.2012; Fritz Robert Kirchner, Es fielen auf dem Felde der Arbeit – im ewigen Eis. Die heutigen Eröffnungsfeiern am Fuscher Törl und Hochtor, in: *Das Kleine Blatt*, Nr. 212, 3.8.1935, S. 5–6, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=dkb&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012; o. A., Eine europäische Tat, in: *Reichspost*, Nr. 212, 3.8.1935, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012., o. A., Triumph der Arbeit, in: *Tages-Post*, Nr. 178, 3.8.1935, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=tpt&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.

allerdings der geänderte Blinkwinkel, aus welchem heraus der Straßenbau gesehen wurde. So wurden Überschriften wie „Triumph der Arbeit“,[47] „Es fielen auf dem Felde der Arbeit - im ewigen Eis“[48] oder „Eine europäische Tat“[49] gewählt.

> „[…] Jeder Kraftfahrer, der über die neue Glocknerstraße fährt, sollte auch der vielen tausend Arbeiter gedenken. Die hier im schwersten Kampf mit den Naturgewalten und unter Blutopfern das Werk schufen und der Bergwelt Stück für Stück das breite Band der herrlichen Straße abgerungen haben.“[50]

> „[…] Bis zu 3200 Arbeiter waren jährlich beim Bau der Gebirgsstraße beschäftigt, noch in den letzten Tagen werkten 1600 Männer, um ihre Fertigstellung zu vollenden. […] Österreichische Arbeit, österreichischer Fleiß und Unternehmungsgeist haben diese Leistung in einer furchtbaren Zeit vollbracht.“[51]

Diese beiden Auszüge aus zeitgenössischen Tageszeitungen lassen die hohe Bedeutung des Faktors Arbeit erkennen, wobei sowohl Überschriften als auch Inhalt der Artikel die Errichtung der Straße als Kampf zwischen Mensch und Natur darstellten. In diesem Sinne wurden im „Kleinen Blatt“ alle Verunglückten namentlich unter der Rubrik „Auf dem Felde der Arbeit fielen“, in Anlehnung an „Auf dem Felde der Ehre fielen“, genannt.[52] Diese spezielle Sichtweise erklärt sich allerdings aus der Zeit heraus. So waren es besonders explodierende Arbeitslosenzahlen, welche der Ersten Republik zu schaffen machten. Dieses Dilemma zeigt sich anhand von Abbildung 1 deutlich, indem ab 1928 die Anzahl der nichtbeschäftigten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stetig und vor allem immer rasanter im Steigen begriffen war. Um der Bevölkerung aber den Eindruck zu vermitteln, man arbeite auch auf politischer Ebene an einer Lösung des Problems, wurde 1930 von der Regierung Schober ein Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen präsentiert. Wesentliche Bestandteile dabei waren der Bau der Straßen über die Pack und den Großglockner, sowie der Ausbau der Wasserkraft in Tirol. Alles in Allem veranschlagte man für diese Vorhaben rund 10.000 bis 15.000 Arbeitskräfte.[53] Dabei wurden bei den Bauarbeiten an der Großglockner Hochalpenstraße zwischen 1930 und 1935 durchschnittlich aber nur rund 3.200 Arbeiter beschäftigt, wobei noch zu erwähnen wäre, dass während der Wintermonate aufgrund der Witterungsverhältnisse kaum gearbeitet werden konnte.[54] Angesichts von rund 360.000 Arbeitslosen im Jahr 1930[55] stellten diese Bauvorhaben bei objektiver Betrachtung lediglich einen Tropfen auf den heißen Stein dar.

[47] o. A., Triumph der Arbeit, S. 1.
[48] Kirchner, Feld der Arbeit, S. 5.
[49] o. A., Eine europäische Tat, S. 1.
[50] Kirchner, Feld der Arbeit, S. 5.
[51] o. A., Triumph der Arbeit, S. 1–2.
[52] Kirchner, Feld der Arbeit, S. 5.
[53] Rigele, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 118–121.
[54] Hutter, 65 Jahre Großglockner Hochalpenstraße, S. 69.
[55] Kleindel, Österreich, S. 333.

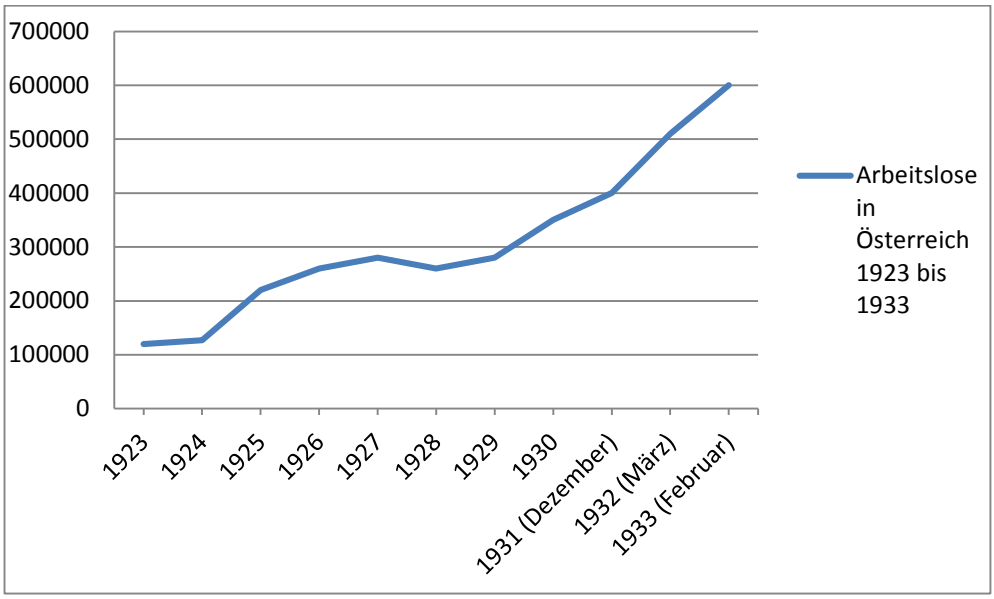


Abbildung 1: Eigene Darstellung. Arbeitslose in Österreich 1923 bis 1933[56]

Somit erklärt sich auch, warum der Faktor Arbeit derart überzogen in der Öffentlichkeit dargestellt und von allen Seiten glorifiziert wurde. Um aber nicht in Verdacht zu geraten, man würde mit dem Bau der Großglockner Hochalpenstraße ausschließlich kurzfristige Ziele verfolgen, betonte man auch die positiven und vor allem langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen des Straßenbaus auf den Tourismus im Süden Österreichs.

> „Das neue Werk rückt Österreich noch mehr in den Vordergrund des internationalen Fremdenverkehrs. Der große Fremdenstrom, der bisher nur die westlichen österreichischen Alpenländer berührte, um dann nach der Schweiz und nach Italien abzubiegen, wird von nun an seine Richtung mehr ostwärts verlegen und damit in das Herzstück unseres Landes vorstoßen. So wird die Vollendung dieses Werkes wirtschaftliche Früchte tragen.“[57]

Es ist aber generell zu erkennen, dass die Großglockner Hochalpenstraße am Ende der Zwischenkriegszeit in weitaus stärkerem Maße mit Arbeitsbeschaffung als mit Nobeltourismus in Verbindung gebracht wurde. Der Grund dafür liegt in den sozialen Verhältnissen Österreichs um 1935 begründet. Wie aus dem oben angeführten Artikel hervorgeht, zielte die Errichtung der Straße auf die Belebung des Tourismus generell, konkret aber auf die Anziehung von „Automobilisten“ ab. Dabei stellt sich schon die grundlegende Frage, wer zu diesem Zeitpunkt überhaupt ein Automobil sein Eigen nennen

[56] Walter Kleindel, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien-Heidelberg 1978, S. 333.
[57] o. A., Eine europäische Tat, S. 1.

konnte. So gab es in Österreich zu Beginn der Bauarbeiten an der Großglockner Hochalpenstraße lediglich 17.000 Automobile und rund 360 Kilometer asphaltierte Straßen.[58] Aber auch nach ihrer Fertigstellung betrug die Zahl der Personenkraftwägen und Motorräder im Jahr 1937 in Summe nur rund 97.000, wobei die Zahl der Automobile knapp unter 33.000 lag.[59] Besonders Automobile waren zu diesem Zeitpunkt also ausschließlich einer sehr begüterten Schicht vorbehalten gewesen. In Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit wäre es daher auch nicht sonderlich ratsam gewesen, die Großglockner Hochalpenstraße mit dem Nobeltourismus in Zusammenhang zu bringen. Eine Straße als Spielwiese der Superreichen wäre zu diesem Zeitpunkt seitens der Regierung schlichtweg nicht vertretbar gewesen, sodass man auf positive Auswirkungen des Straßenbaus

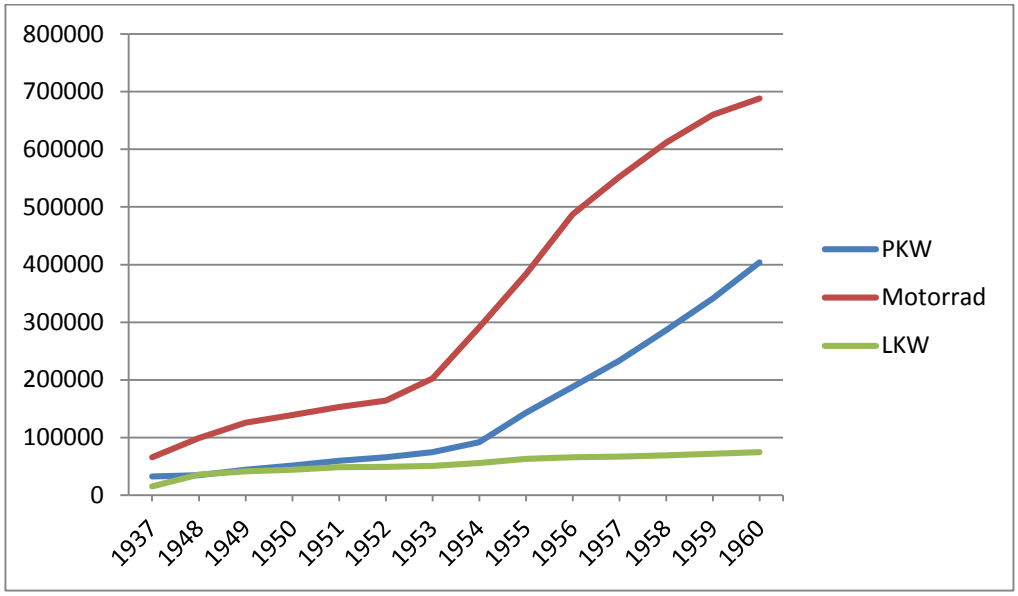


Abbildung 2: Eigene Darstellung. Fahrzeugbestand in Österreich 1937 bis 1960. [60]

für den Arbeitsmarkt und die Tourismuswirtschaft im Allgemeinen verwies. Dass aber die Förderung des Nobeltourismus beabsichtigt war, zeigt sich anhand der Ausführungen Franz Wallacks im Rahmen seines zweiten Planes von 1925. Dieser sah vor allem die Erbauung einer Reihe von Hotels der gehobenen Klasse vor, um den noblen und luxusverwöhnten Gästen den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu gestalten.[61]

[58] Hutter, 65 Jahre Großglockner Hochalpenstraße, S. 69.
[59] Statistik Austria, Fahrzeugbestand ab 1937, 24.5.2012, [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html], eingesehen 5.6.2012.
[60] Statistik Austria, Fahrzeugbestand ab 1937, 24.5.2012, [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html], eingesehen 5.6.2012.
[61] Rigele, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 83–84.

### 4.3. Verbindungen zwischen Straßenbau und Tourismus

Berücksichtigt man die populistische Aufbereitung rund um die Fertigstellung der Großglockner Hochalpenstraße des Jahres 1935 nicht, so zeigt sich am Beispiel beider Straßen, sowohl der Großen Dolomitenstraße, als auch der Großglockner Hochalpenstraße, dass Straßenbau immer als Mittel zur Stärkung des Tourismus erachtet wurde. Im Falle der Großen Dolomitenstraße sollte dadurch eine abgeschiedene und wirtschaftlich rückständige Region für den Tourismus zugänglich gemacht werden. Im Gegensatz dazu versuchte man durch die Errichtung der Großglockner Hochalpenstraße zwei verschiedene Effekte zu bewirken. So sollten durch den Bau einer spektakulären Straße über den höchsten Berg Österreichs in einem ersten Schritt zahlungskräftige Touristen, dabei in erster Linie Automobilisten, ins Land gelockt werden. In einem zweiten Schritt wollte man aber dieses Kundensegment auch im Land, besonders aber in den südöstlichen Regionen Österreichs, halten, um die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs auf gesamtstaatlicher und regionaler Ebene zu fördern. Dies war besonders für Kärnten und Osttirol, welche durch den Friedensvertrag von St. Germain und den Verlust Südtirols in eine periphere Lage geraten waren, von großer Bedeutung.

## 5. Tourismus und Reisemotive

Anhand der medialen Darstellung des Straßenbaus lassen sich die Hoffnungen, dass die Errichtung beider Hochgebirgsstraßen den Tourismus beleben würde, deutlich erkennen. Nachdem der Terminus „Tourismus“ bereits mehrfach erwähnt wurde, muss dieser Überbegriff spätestens an dieser Stelle definiert werden. Dies ist daher von Bedeutung, da in der weiteren Folge dieser Arbeit die Verbindungen zwischen Tourismus und Straßenbau dargestellt werden sollen. Anhand des Vorhandenseins oder Fehlens infrastruktureller Einrichtungen entlang beider Hochgebirgsstraßen soll die einleitend gestellte Frage, ob diese Verkehrswege als Zubringer oder als Attraktion dienten, geklärt werden.

> „Tourismus ist die Gesamtheit der Beziehungen und Erscheinungen, die sich aus dem Reisen und dem Aufenthalt von Personen ergeben, für die der Aufenthaltsort weder hauptsächlicher und dauernder Wohn- noch Arbeitsort ist.“[62]

Die Kernpunkte dieser Definition sind Mobilität und Aufenthalt an einem Ort außerhalb des gewohnten Lebensumfeldes einer Person. Führt man diesen Gedanken weiter, so kommt man zu dem Schluss, dass sich am Zielort der Reise Unterkunftsmöglichkeiten befinden müssen, damit sich eine Person dort überhaupt aufhalten kann. Da es aber unterschiedliche Touristengruppen gibt, welche auf den Faktoren Einkommen, sozialem

[62] Claude Kaspar, Tourismuslehre im Grundriss, Bern-Stuttgart 1991, S. 18.

Status und Reisemotiven beruhen, entwickelte sich auch eine Differenzierung der Unterkunftsmöglichkeiten entsprechend dieser Faktoren.[63] Anhand der vor Ort vorhandenen Unterkunftsmöglichkeiten müssen sich daher im Umkehrschluss aber auch die Reisemotive der Urlauber ableiten lassen. Dies würde somit auch die Funktion der Straße für den Tourismus offenlegen.

### 5.1. Sommerfrische, Automobiltourismus und Alpinismus in den Dolomiten

Schon vor der Eröffnung der Großen Dolomitenstraße war der Tourismus in seiner Gesamtheit von großer Bedeutung für das östliche Südtirol. Davon profitierten in erster Linie Toblach, Cortina und Bozen, welche in Verbindung mit der Sommerfrische über die Grenzen Österreichs hinaus große Bekanntheit erlangten. Die zumeist adeligen und wohlhabenden Gäste bevorzugten dabei mondän ausgestattete Hotelanlagen, wie beispielsweise das Grand Hotel Toblach, das Karersee Hotel oder das Hotel Miramonti in Cortina.[64] In dieser Hinsicht kann das, von Theodor Christomannos errichtete, Karersee Hotel als „locus typicus“ für viele der großen Luxushotels des Dolomitenraums erachtet werden. Die Anlage verfügte über insgesamt 180 elektrisch beleuchtete und auch beheizbare Zimmer. Personenlifte, großzügige Gesellschaftsräume mit Damen,- Musik,- Lese- und Billardsälen, Sportanlagen und sogar ein gut sortierter Weinkeller ließen keine Wünsche der anspruchsvollen Gäste offen. Des Weiteren konnten Plätze für Autovergnügungsfahrten nach Bozen und Cortina, oder Bergführer direkt im Hotel gebucht werden.[65] Das entstandene Angebot, vor allem in Toblach, Cortina und Bozen, zog ab den 1890er Jahren eine immer größer werdende Zahl von Touristen in die Region. Dies führte dazu, dass sich in den drei genannten Touristenzentren zum Zeitpunkt der Eröffnung der Großen Dolomitenstraße im Jahr 1909 bereits umfangreiche Hotelkolonien entwickelt hatten. So verfügte beispielsweise allein Cortina im Jahr 1910 mit den Hotels „Miramonti“, „Floria“, „Cristallo“, „Concordia“ und dem „Weißen Kreuz“ über mehr als 430 Gästebetten bei lediglich eintausend Einwohnern. Hinzu kamen noch die in Reiseführern nicht mehr im Detail aufgelisteten Beherbergungsbetriebe der unteren Preiskategorie, wie Pensionen und Privatunterkünfte.[66] Nach Fertigstellung der Großen Dolomitenstraße veränderte sich die Ausstattung der Hotels, allen voran jener der gehobenen Preisklasse, bis 1914 beträchtlich. Um Kunden auf das geänderte Angebot aufmerksam zu machen, nutzten viele der größeren Hotels Reiseführer als Werbeplattform. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist der 1914 veröffentlichte „Reiseführer durch die

[63] Werner Kreisel, Trends in der Entwicklung von Freizeit und Tourismus, in: Geographie der Freizeit und des Tourismus. Bilanz und Ausblick, hrsg. v. Christoph Becker/Hans Hopfinger/Albrecht Steinecke, Wien 2007³, S. 74–85, hier S. 77–79.
[64] Scharr/Steinicke, Exkursion Dolomitenraum, S. 2–38, hier S. 16.
[65] Karl Felix Wolff, Führer durch die Dolomiten, Innsbruck 1914, S. 64; Scharr/Steinicke, Exkursion Dolomitenraum, S. 2–38, hier S. 38.
[66] Karl Baedeker, Österreich (ohne Galizien, Dalmatien, Ungarn und Bosnien). Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, 1910[28], S. 226.

Dolomiten“ von Karl Felix Wolff.[67] Dabei geht aus einer Vielzahl von Inseraten hervor, dass sich Hoteliers zusehends auf den Automobilisten als Gast fokussierten. Garagen, Werkstätten und Tankstellen gehörten somit schon zu diesem Zeitpunkt zum Inventar der gehobenen Hotelkategorie. Hinzu kamen noch Autovermietungen in Toblach, Bozen und Cortina, wobei man dort nicht nur den Wagen selbst, sondern auch den dazugehörigen Chauffeur anmieten konnte.[68] Allem Anschein nach reisten die luxusverwöhnten und wohlhabenden Gäste aus allen Teilen Europas komfortabel mit der Bahn nach Südtirol, wohingegen das Automobil erst direkt vor Ort bei Bedarf angemietet wurde. Ausgehend von den Eckpfeilern der Großen Dolomitenstraße Toblach, Cortina und Bozen, welche gewissermaßen als Aufenthaltsort und auch als Sprungbrett der noblen Gäste dienten, befuhren diese die Große Dolomitenstraße mit dem Automobil zum Vergnügen.

Für Personen, welche sich aus finanziellen Gründen kein Automobil mieten konnten oder wollten, bestand allerdings zudem die Möglichkeit die Straße mit Postautomobilen, Stellwägen oder zu Fuß zu bewältigen. Für die 112 Kilometer lange Strecke Bozen-Cortina benötigte ein Postautomobil im Jahr 1910 rund neun Stunden, ein Stellwagen dagegen etwa drei Tage.[69] Die Strecke zu Fuß oder mit dem Stellwagen zurückzulegen, war dabei die „Billig-Variante“ des Reisens. Obwohl Automobile auch im Jahr 1914 lediglich einem sehr betuchten Klientel vorbehalten waren, lässt sich aber anhand der vorliegenden Reiseführer erkennen, dass der Automobilist dennoch ein wichtiger und auch zahlenmäßig sehr bedeutender Faktor war. So wurde schon in Reiseführern des Jahres 1914 Automobilisten verstärkt angeraten langsam zu fahren. Karl Felix Wolff begründete dies in seinem Werk einerseits mit dem Fehlen parallel verlaufender Straßen in der Region, wodurch auch der Viehtrieb über die Große Dolomitenstraße abgewickelt werden musste, und andererseits damit, dass man die bildhafte Landschaft nur bei langsamer Fahrt überhaupt wahrnehmen könne.[70] Allem Anschein nach, sonst wäre dies sicherlich nicht derart explizit erwähnt worden, gab es Probleme mit dem Verkehrsverhalten der Automobilisten. Schon zwölf Jahre später wird in Karl Baedekers Reiseführer „Tirol – Vorarlberg – Etschland. Westliches Salzburg und Kärnten“ Fußgängern vom Wandern auf der Hauptstraße aufgrund des starken Automobilverkehrs sogar gänzlich abgeraten.[71] Auch wenn absolute Zahlen über das Verkehrsaufkommen fehlen und ein übermäßiges Verkehrsaufkommen zudem im Auge des Betrachters liegt, kann davon ausgegangen werden, dass der Automobilverkehr von anderen Touristen und auch Einheimischen als störend empfunden wurde. Dies belegt aber die ständig steigende Bedeutung des Automobiltouristen für die Region, was sich wiederum durch die zunehmende Verbreitung des Automobils an sich begründen lässt. Dass diese Straße aber generell sehr stark befahren wurde, zeigt

[67] Wolff, Durch die Dolomiten.
[68] Wolff, Durch die Dolomiten, S. 80.
[69] Ebd., S. 82–85.
[70] Ebd., S. 30, S. 79.
[71] Karl Baedeker, Tirol – Vorarlberg – Etschland. Westliches Salzburg und Kärnten. Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, 1926[38], S. 381.

sich durch das Erscheinen eigener Reiseführer für Automobilisten. Darin werden neben den fahrbaren Streckenabschnitten auch gefährliche Engstellen und verbotene Straßen detailliert geschildert.[72] Ziel dieser Touristengruppe waren somit nicht die Gipfel der Dolomiten, sondern das Befahren dieser Bergstraße mit den Dolomiten als Kulisse.

Betrachtet man allerdings jene Orte, beispielsweise Buchenstein und Arabba, etwas genauer, so erkennt man hinsichtlich des touristischen Angebotes einige interessante Entwicklungen infolge des Straßenbaus. Buchenstein und Arabba waren vor Fertigstellung der Großen Dolomitenstraße von Norden aus für Touristen faktisch nicht erreichbar, wodurch sich auch so gut wie keine diesbezügliche Infrastruktur entwickeln konnte. So verfügte Buchenstein auch ein Jahr nach Eröffnung der Straße laut einem Reiseführer über lediglich ein Gasthaus, das allerdings nur Zimmer der unteren Preiskategorie anbot.[73] Ein Jahr später verfügte der 300 Einwohner zählende Ort allerdings schon über ein Hotel und drei weitere Gasthäuser, mit zusammen rund einhundert Betten.[74] Diese vormals abgeschiedenen Ortschaften profitierten, in Relation zum Ausgangsniveau, stärker von der Großen Dolomitenstraße als die großen Touristenzentren. Diese rasante wirtschaftliche Entwicklung wurde dabei in hohem Maße von den Haltestellen der Postautomobile und Stellwägen, damit verbunden von den sogenannten „Billig-Reisenden“, beeinflusst. Dies liegt allerdings auch darin begründet, dass Alpinisten und andere „Billig-Reisende“ beispielsweise nach Buchenstein und Arabba kamen, weil andere Orte schlichtweg durch den Nobeltourismus zu teuer geworden waren. Daher entwickelte sich in diesem ehemals abgeschiedenen Raum, vor allem im Vergleich zu Cortina und Bozen, auch eine Reihe von Hotels und anderen Unterkunftsmöglichkeiten im unteren Preissegment. Besonders aber das Auftreten von Alpinisten lässt sich anhand der angebotenen Dienstleistungen und der vorhandenen infrastrukturellen Einrichtungen ebenso deutlich ableiten wie es schon am Beispiel der Automobilisten dargestellt wurde. So wird auch Canazei in Reiseführern des Jahres 1910 nur am Rande erwähnt und dabei zwei Unterkunftsmöglichkeiten genannt.[75] Doch schon sechzehn Jahre später hatte sich aus dem kleinen Ort ein Zentrum des Alpinismus entwickelt, das die Nähe zur Marmolata entsprechend genutzt hatte. So nennt Karl Baedeker 1926 in dem 500 Einwohner umfassenden Dorf mit dem zum „Hotel Karersee“ gehörendem „Hotel Canazei“, dem „Belvedere&Posta“, dem „Croce Bianca“ und dem „Sole“ bereits vier Hotels mit über 195 Betten. Neben diesen durchaus beeindruckenden Zahlen ist aber besonders interessant, dass auch sämtliche Bergführer, insgesamt neun an der Zahl, namentlich und mit Wohnort genannt werden, was zuvor nicht der Fall gewesen war.[76] Zusätzlich werden in diesem Werk auch viele Bergtouren, teilweise sogar mit Nennung der entsprechenden Bergführer, beschrieben. Als Übernachtungsmöglichkeiten dienten auf den Bergen,

[72] Wolff, Durch die Dolomiten, S. 79–82.
[73] Baedeker, Österreich, S. 227.
[74] Scharr/Steinicke, Der zentrale Dolomitenraum, S. 14.
[75] Baedeker, Österreich, S. 227.
[76] Baedeker, Tirol – Vorarlberg – Etschland, S. 383.

vorwiegend das Gebiet um die Marmolata, Schutzhütten des Alpenvereins, welche nach 1918 vom ÖAV an den italienischen Alpenverein übertragen worden und teilweise in äußerst marodem Zustand waren.[77]

Es zeigt sich, dass die Große Dolomitenstraße primär sowohl als Zubringer für Alpinisten und Erholungssuchende in die Bergwelt, als auch als Attraktion für Automobilisten diente. Dabei muss aber betont werden, dass auch Alpinisten und andere Touristengruppen unabhängig von ihren Reisemotiven die Große Dolomitenstraße nicht nur als Zubringer betrachteten. Auch diese Gruppen sahen in dieser Hochgebirgsstraße eine Attraktion. Daher entwickelten sich neben dem Automobil und dem Postautomobil unterschiedliche Ausführungen von Stellwägen, vom Einspänner über den Landauer bis hin zum noblen Viktoriawagen,[78] eine Vielzahl von Transportmöglichkeiten für betuchte und weniger betuchte Touristen, damit auch diese die Große Dolomitenstraße befahren konnten. Ohne eine entsprechende Nachfrage in diesem, verglichen mit dem Automobiltourismus, Niedrigpreis-Markt, hätte sich auch nicht die dazugehörige touristische Infrastruktur entlang der Straße entwickelt. Die Große Dolomitenstraße war somit in erster Linie eine Attraktion, deren Bekanntheit weit über die Grenzen Südtirols hinaus reichte.

### 5.2. Tourismus in den Hohen Tauern

Versucht man anhand der touristischen Infrastruktur im Umfeld der Großglockner Hochalpenstraße die Motive der Reisenden abzuleiten, so lassen sich doch einige Unterschiede zur Großen Dolomitenstraße erkennen, welche auch auf die zeitliche Differenz zwischen der Fertigstellung der beiden Hochgebirgsstraßen zurückzuführen sind. In diesem Zusammenhang nimmt vor allem der Ort Heiligenblut am Südende der Glocknerstraße eine Sonderstellung ein.

#### *5.2.1. Religion und Alpinismus als Reisemotive*

In Baedekers Reiseführer „Österreich (ohne Galizien, Dalmatien, Ungarn und Bosnien)“ von 1910 wird Heiligenblut im Vergleich zu anderen Orten relativ umfangreich auf eineinhalb Seiten geschildert, wobei zwei bedeutende Aspekte zu Tage treten. Einerseits wurde die Kirche des Ortes gesondert erwähnt, da dort ein Behältnis mit dem Blut Christi aufbewahrt würde. Andererseits, allerdings wesentlich umfangreicher, wurde die Bedeutung des Ortes für Alpinisten hervorgehoben. Auf knapp einer Seite werden neben Touren auch Unterkunftsmöglichkeiten in größeren Höhenlagen, wie das „Glocknerhaus“, das „Kaiser-Franz-Josefs-Haus“ oder das „Rauriser Tauernhaus“, angeführt.[79] Hinsichtlich der Verkehrsanbindung war Heiligenblut allerdings durch eine äußerst abgelegene Lage gekennzeichnet. So war der Ort von Lienz aus, wo sich eine Haltestelle der Südbahn befand, durch täglich verkehrende Stellwägen in rund sieben Stunden erreichbar.[80] Diese

[77] Baedeker, Tirol – Vorarlberg – Etschland, S. 383–386.
[78] Wolff, Durch die Dolomiten, S. 82–83.
[79] Baedeker, Österreich, S. 224–225.
[80] Ebd., S. 223.

periphere Lage war auch Hauptursache dafür, dass sich im Vergleich zu anderen Fremdenverkehrsorten wie Cortina oder Toblach so gut wie keine touristische Infrastruktur herausbilden konnte. So nennt Baedeker 1910 lediglich das Gasthaus „Rupertihaus“ und das Hotel „Post“ als Unterkunftsmöglichkeiten für Reisende in Heiligenblut selbst.[81]

Dass Heiligenblut von diesem Zeitpunkt an aber eine immer größere Bedeutung hinsichtlich des Tourismus erlangte, wird dadurch belegt, dass der Ort in Baedekers Reiseführer des Jahres 1926 bereits doppelt so viele Seiten in Anspruch nahm als noch sechzehn Jahre zuvor.[82] Dies war in erster Linie eine Folge des gesteigerten touristischen Angebotes, aber auch eine Folge der besseren Verkehrsanbindung, indem Heiligenblut durch die Errichtung einer Postautomobillinie von Lienz aus in nur knapp zweieinhalb Stunden erreichbar wurde.[83] In Folge dessen kamen auch mehr Touristen in die Region und in Heiligenblut wurden neben dem schon 1910 bestehenden Gasthaus „Rupertihaus“ und dem Hotel „Post“ zwei weitere Gasthäuser, ein Touristenschlafheim und ein Unterkunftsheim des Alpenvereins genannt.[84] Vergleicht man allerdings den Inhalt der Beschreibungen Heiligenbluts aus den Jahren 1910 und 1926 in Baedekers Reiseführern hinsichtlich des Freizeitangebotes miteinander, so wird eine Verschiebung des touristischen Schwerpunktes von religiösen Aspekten hin zum Alpinismus deutlich. Ähnlich wie am Beispiel Canazeis bereits dargestellt, entwickelte sich auch in Heiligenblut der Beruf des Bergführers. Noch 1910 wurde kein einziger Bergführer in Heiligenblut genannt, wogegen es 1926 schon dreizehn an der Zahl waren, welche ebenfalls namentliche Erwähnung fanden.[85] Da aber viele der beschriebenen Bergtouren, auch jene unter Anleitung eines Führers, nur geübten Bergsteigern empfohlen wurden, der Aufstieg zum „Glocknerhaus“ von Heiligenblut aus zudem über neun Stunden betrug,[86] versuchte man ab 1924 die Pasterze[87] einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Nachdem die alte Glocknerhausstraße wieder benutzbar gemacht worden war, verkehrten während der Sommermonate ab 1924 viermal täglich Kraftomnibusse zwischen Heiligenblut und dem „Glocknerhaus“. Die Fahrzeit betrug dabei lediglich eine Stunde, allerdings mussten für die Bergfahrt vierzehn und für die Talfahrt sechs Schillinge bezahlt werden.[88] Bis 1924 handelte es sich somit um zwei dominante Reisemotive, welche Besucher in die Region lockten, wobei die Bedeutung der Religion als Beweggrund zusehends vom Bergsteiger-

[81] Baedeker, Österreich, S. 223.
[82] Baedeker, Tirol-Vorarlberg-Etschland, S. 482–485.
[83] Ebd., S. 481.
[84] Ebd., S. 482.
[85] Ebd., S. 482.
[86] Ebd., S. 485.
[87] Die Pasterze ist mit circa 19 Quadratkilometern der flächenmäßig größte Gletscher der Ostalpen und befindet sich am Fuße des Großglockners. o. A., Pasterze, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 4, Wiesbaden 1974[5], S. 148.
[88] Ebd., S. 482.

tourismus zurückgedrängt wurde. Schon mit der Errichtung einer Buslinie auf den Großglockner kam aber ein drittes Reisemotiv, der Genuss der Hochgebirgslandschaft per Automobil hinzu.

### *5.2.2. Automobilisten und Tagesausflüge*

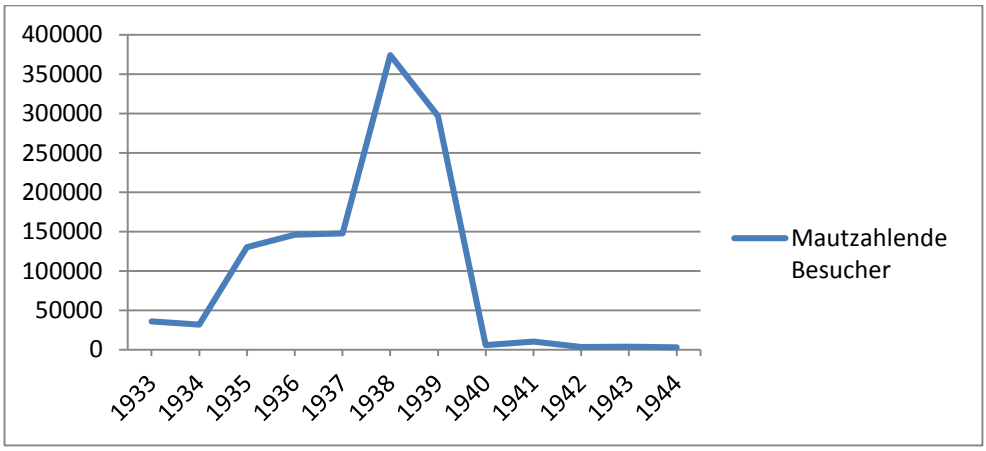


Abbildung 3: Eigene Darstellung. Entwicklung der Besucherzahlen an der Großglockner Hochalpenstraße zwischen 1933 und 1944.[89]

Durch die Eröffnung der Großglockner Hochalpenstraße verstärkte sich vor allem letztgenanntes Reisemotiv rasant. War die Hochgebirgsregion der Hohen Tauern bis 1924 noch ausschließlich Alpinisten vorbehalten gewesen, so konnte ab diesem Jahr jeder zur Pasterze reisen, um sich selbst einen Eindruck von der Landschaft zu verschaffen. Wie bereits ausführlich dargestellt, erhoffte man sich durch den Bau dieser Hochgebirgsstraße einerseits Touristen überhaupt erst ins Land zu locken, andererseits sollten diese in weiterer Folge auch in Österreich bleiben. Franz Wallack fasste dieses Ziel in seinem Werk „Die Großglockner-Hochalpenstraße. Die Geschichte ihres Baues“ auch in Zahlen. Dabei erachtete er einen Besucherandrang in Höhe von etwa 80.000 Personen schon für das Jahr 1924 als durchaus realistisch, sofern die Großglockner Hochalpenstraße zu diesem Zeitpunkt schon bestanden hätte. Als langfristige Zielmarke hielt er nach Fertigstellung der Straße in Verbindung mit einem immer stärker werdenden Kraftwagenverkehr auch 120.000 Besucher pro Jahr für durchaus möglich.[90] Ob es gelang diese enorme Zahl an Touristen ins Land zu locken, lässt sich am Beispiel der Großglockner Hochalpenstraße auch tatsächlich belegen, da sowohl an der Nord-, als auch der Südrampe, Mauthäuser errichtet wurden. Diese detaillierte Erfassung erlaubt auch die

[89] Lackner, Josef, Die Großglockner Hochalpenstraße und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Univ. Dipl., Innsbruck 1958, S. 25; Wallack, Franz, Die Großglockner-Hochalpenstraße. Die Geschichte ihres Baues, Wien 1949, S. 214–215.
[90] Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße, S. 52.

Rekonstruktion der Touristenströme auf den Großglockner zu jedem beliebigem Zeitpunkt ab 1931. Abbildung 3 bietet einen Überblick über die Entwicklung der Besucherzahlen zwischen 1933 und 1944. Dabei sind die Auswirkungen der „Tausend-Mark-Sperre“[91] zwischen 1933 und 1936 wie auch die Folgen des Zweiten Weltkriegs deutlich zu erkennen, da diese zu Einbrüchen der Besucherzahlen führten. Jedoch zeigt diese Darstellung auch, dass Wallacks Schätzungen relativ schnell übertroffen wurden, als schon im Jahr 1935, dem Jahr der Eröffnung der Scheitelstrecke über den Großglockner, 130.571 Touristen auf den Großglockner strömten.[92] Nach dem Ende der „Tausend-Mark-Sperre“ und der Rückkehr deutscher Touristen nach Österreich verzeichneten die Betreiber der Großglockner Hochalpenstraße 1938 mit 374.465 Personen und 76.138 PKWs einen neuen Rekordwert während der Zwischenkriegszeit.[93] Berücksichtigt man dabei auch noch die Zahl der 1937 in Österreich zugelassenen PKWs, da ab 1938 aufgrund des Zweiten Weltkriegs keine Daten mehr erhoben wurden, so ergibt sich ein interessanter statistischer Wert. Demnach wäre rein rechnerisch jeder der 32.373[94] österreichischen Kraftfahrzeugbesitzer allein 1938 zweimal über den Großglockner gefahren.

Bedenkt man bei Betrachtung dieser absoluten Werte, dass die Großglockner Hochalpenstraße im Jahr 1938 lediglich 170 Tage[95] lang befahrbar war, würde dies bedeuten, dass für jeden der 374.465 Besucher, wenn dieser nur einmal entlang der Straße übernachtet hätte, 2203 Gästebetten verfügbar hätten sein müssen. Tatsächlich aber waren die dafür notwendigen Betten nicht in der entsprechenden Zahl entlang der Großglockner Hochalpenstraße vorhanden. Auch noch im Jahr 1956 betrug die Zahl der Gästebetten in Pensionen und Hotels in Bruck, Ferleiten, Heiligenblut und entlang der Großglockner Hochalpenstraße selbst, jedoch ohne Alpenvereinshütten, lediglich 1187, wobei zu diesem Zeitpunkt schon fast 600.000 Besucher jährlich gezählt wurden.[96] Hinzu kommt noch, dass sich der Besucherandrang nicht gleichmäßig auf alle Tage, an denen die Straße geöffnet war, verteilte. Als weitaus wahrscheinlicher ist anzunehmen, dass sich der Großteil des Besucherandranges auf die Wochenenden konzentrierte, wodurch wiederum eine noch größere Anzahl an zur Verfügung stehenden Gästebetten für diese Spitzenzeiten

[91] Am 1. Juni 1933 trat die vom Deutschen Reich verhängte „Tausend Mark Sperre“ entsprechend dem Reichsgesetzblatt 1/ Nr. 57 in Kraft. Demzufolge hatte jeder Reichsbürger bei einem Grenzübertritt von Deutschland nach Österreich eine Gebühr von eintausend Mark zu entrichten. Ziel dieser Sanktion war die wirtschaftliche Schwächung Österreichs. Aufgehoben wurde die Sperre erst durch das sogenannte „Juliabkommen“ vom 11. Juli 1936. Eva Maria Mayrhuber, Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr. Die Geschichte des österreichischen Tourismus zwischen Weltwirtschaftskrise und 1.000-Mark-Sperre, Univ. Dipl., Wien 2010, S. 91, S. 140.

[92] Josef Lackner, Die Großglockner Hochalpenstraße und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Univ. Dipl., Innsbruck 1958, S. 25.

[93] Ebd, S. 25; Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße, S. 215.

[94] Statistik Austria, Fahrzeugbestand ab 1937, 24.5.2012, [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/ kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html], eingesehen 5. 6.2012.

[95] Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße, S. 215.

[96] Karl Baedeker, Tirol – Land Salzburg – Vorarlberg – Oberkärnten. Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, Malente 1956[42], S. 336–337, S. 307, S. 397, S. 400.

hätte vorhanden sein müssen. Die Konsequenz daraus ist, dass viele der Touristen nicht innerhalb der Region übernachteten. Diese Form des Reisens wird in der Fachliteratur allgemein als Tagesausflug bezeichnet und wird wie folgt definiert.

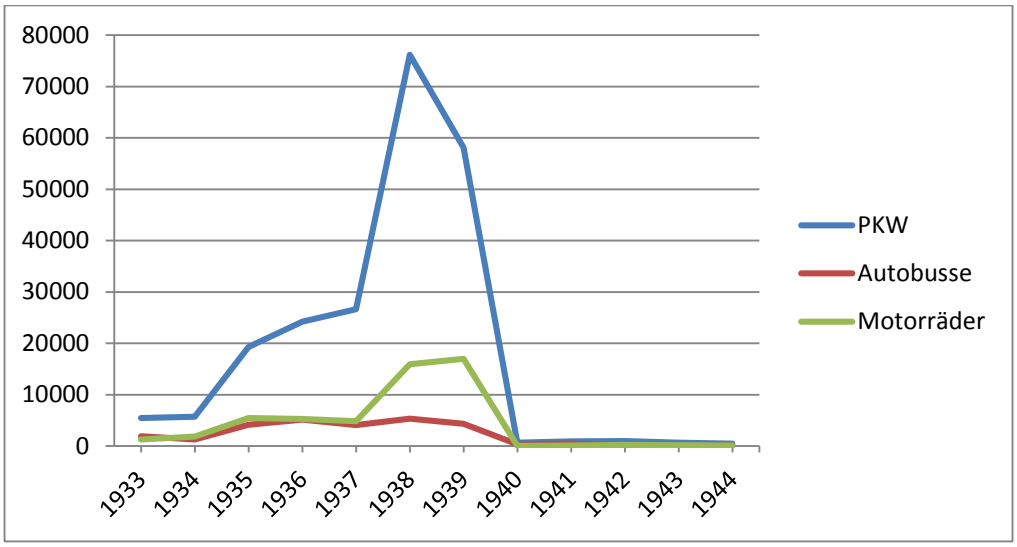


Abbildung 4: Eigene Darstellung. Verkehrsentwicklung an der Großglockner Hochalpenstraße zwischen 1933 und 1944.[97]

> „Jedes Verlassen des Wohnbereichs, mit dem keine Übernachtung verbunden ist und das nicht als Fahrt von oder zur Schule, zum Arbeitsplatz oder zur Berufsausbildung unternommen wird, nicht als Einkaufsfahrt zur Deckung des täglichen Bedarfs dient und nicht einer gewissen Routine unterliegt.“[98]

Der Unterschied zu anderen Formen des Reisens liegt in diesem Fall somit in der fehlenden Übernachtung und dem wesentlich kürzeren Aufenthalt der Personen vor Ort. Im Falle der Großglockner Hochalpenstraße war den Touristen somit nicht so sehr an mehrtägigen Wanderungen durch die Hohen Tauern, was wiederum mit Übernachtungen verbunden gewesen wäre, sondern am Befahren der Straße gelegen. Ob die betreffenden Personen aber außerhalb der Region nächtigten, beispielsweise die Straße im Rahmen eines Aufenthaltes an den Kärntner Seen oder auf dem Weg in den Strandurlaub an der Adria befuhren, oder einen Tagesausflug von zuhause aus unternahmen, lässt sich so gut wie gar nicht erfassen. Es lässt sich allerdings aufgrund der Diskrepanz zwischen den absoluten Besucherzahlen und der vor Ort verfügbaren touristischen Infrastruktur belegen, dass dies geschah und sich bis in die Gegenwart weiter verstärkte. In erster Linie scheinen es daher das Befahren der Strecke selbst und die Hochgebirgslandschaft als

[97] Lackner, Die Großglockner Hochalpenstraße, S. 25; Wallack, Die Großglockner-Hochalpenstraße, S. 214–215.
[98] Schnell, Peter, Tagesausflugsverkehr, in: Geographie der Freizeit und des Tourismus. Bilanz und Ausblick, hrsg. v. Christoph Becker/Hans Hopfinger/Albrecht Steinecke, Wien 2007³, S. 273–284, hier S. 275.

Kulisse der Straße gewesen zu sein, welche zu diesen enormen Besucherzahlen führten. Somit fungierte die Großglockner Hochalpenstraße, wie auch die Große Dolomitenstraße, in erster Linie als Attraktion für Automobilisten und nicht als Zubringer für Erholungssuchende oder Bergsteiger.

## Schluss

Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erachtete man den Straßenbau, vor allem durch die Errichtung möglichst spektakulärer Hochgebirgsstraßen, als Mittel zur Stärkung des Tourismus. Diese Haltung spiegelte sich auch in der zeitgenössischen medialen Berichterstattung der Jahre 1909 und 1930 wider. Jedoch entfaltete der Straßenbau besonders auf Automobilisten, zu jenem Zeitpunkt waren dies ausschließlich Reiche, eine hohe Anziehungskraft. Aufgrund der prekären sozialen Verhältnisse um das Jahr 1935 vermied man es seitens der österreichischen Regierung tunlichst die Errichtung der Großglockner Hochalpenstraße zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung mit dem Luxustourismus in Verbindung zu bringen. Anstelle dessen wurde die Bedeutung des Faktors Arbeit von Seiten der Politik, wie auch von Seiten der österreichischen Printmedien, über die Maßen betont und die Auswirkungen der Bauarbeiten auf den Arbeitsmarkt in den Vordergrund gestellt. Phasenweise stellte man die Leistung der Arbeiter gar als Kampf des Menschen gegen die Natur und das unwirtliche Hochgebirge dar, was sich in einer markanten militärischen Rhetorik äußerte. Um möglichen Vorwürfe, dass die Errichtung einer Straße über den Großglockner lediglich kurzfristige Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielen würde, die Straße selbst zudem lediglich eine Spielwiese der Superreichen wäre, keine Angriffsfläche zu bieten, wurden langfristige Auswirkungen des Bauvorhabens auf den Tourismus betont. So sollten durch den Bau der Großglockner Hochalpenstraße eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Tauernregion und der südlichen Bundesländer, wie auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Tourismus erreicht werden. Dabei verschwieg man allerdings gekonnt, auf welche Touristengruppe das gesamte Vorhaben abzielte.

Die Errichtung beider Hochgebirgsstraßen, die Großen Dolomitenstraße und die Großglockner Hochalpenstraße, förderte, wie von den Erbauern gewünscht, die Entwicklung des Tourismus innerhalb der betreffenden Regionen stark. So konnte durch die Erschließung der südlichen Dolomiten ein bis zu diesem Zeitpunkt landwirtschaftlich dominierter und wirtschaftlich rückständiger Raum nachhaltig gefördert werden. Am Beispiel der Großglockner Hochalpenstraße aber, die sechsundzwanzig Jahre nach der Großen Dolomitenstraße eröffnet wurde, handelte es sich bereits um eine von Bergsteigern und dem DÖAV zumindest rudimentär erschlossene Region. Die Errichtung einer Hochgebirgsstraße zwischen Bruck und Heiligenblut führte allerdings dazu, dass eine neue und vor allem wohlhabendere Touristengruppe, die Automobilisten, in die Region gelockt wurden. In Verbindung mit dem fortschreitenden Ausbau des Straßennetzes und der zunehmenden Verbreitung des Automobils auf immer weitere Teile der Gesellschaft, was

vor allem während der Jahre des Wirtschaftswunders deutlich wurde, erlangte der Tagesreisende einen immer größeren Stellenwert. Dabei zeigt sich anhand der zur Verfügung stehenden Unterkünfte vor Ort und der jährlichen Besucher-zahlen am Großglockner, dass dem Tagestourismus, dabei vor allem dem Auto-mobilisten, ein sehr bedeutender Anteil am gesamten Tourismus zukam.

Ob eine Straße als Zubringer oder als Attraktion für den Tourismus fungiert, hängt in erster Linie von den Reisemotiven der Besucher ab. Dabei ist allerdings nicht auszuschließen, dass ein und dieselbe Touristengruppe im Laufe ihres Aufenthaltes unterschiedliche Interessen verfolgt. Wie am Beispiel der Großen Dolomitenstraße gezeigt, ist es durchaus denkbar, dass Bergsteiger die Straße primär als Zubringer zu ihrem eigentlichen Reiseziel wahrnahmen. Jedoch zeigt das vorhandene Angebot an Transportmitteln unterschiedlicher Preisklassen, dass wohl auch für diese Touristengruppe das Befahren der Strecke selbst von Interesse war. Ansonsten hätten Bergsteiger auch vor dem Jahr 1909 von Süden aus nach Buchenstein und Canazei reisen können. Dass dies nicht geschah, lässt sich anhand der fehlenden und für Bergsteiger unabdingbaren Infrastruktur, wie Bergführer und billige Unterkünfte, belegen. In diesem Fall wurden also mehrere Reisemotive miteinander verknüpft. Dazu kam noch die von Jahr zu Jahr steigende Zahl der Autofahrer, welche vordergründig ausschließlich am Befahren der Hochgebirgsstraßen interessiert waren. Diese Gruppe hielt sich allerdings vorwiegend in den großen Touristenzentren an den Eckpfeilern der Großen Dolomitenstraße und nicht in der Region selbst auf. In die Region zwischen Cortina und Karersee kamen Automobilisten also nicht, um sich dort zu erholen und aufzuhalten, sondern um mit dem Automobil zu fahren. Aufgrund der von Jahr zu Jahr zunehmenden zahlenmäßigen Bedeutung des Automobilverkehrs, welcher zwar nicht am Beispiel der Großen Dolomitenstraße, dafür aber umso exakter an der Großglockner Hochalpenstraße belegen werden kann, lässt dies den Schluss zu, dass es sich bei beiden Hochgebirgsstraßen nicht um Zubringer der Hotels, sondern um Attraktionen handelte. Auch wenn in zeitgenössischen Printmedien vor allem in Bezug auf die Großglockner Hochalpenstraße die Bedeutung der Straße als lebensnotwendige Nord-Südverbindung und auch als Arbeitsplatz nahezu gebetsmühlenartig wiederholt wurde, so zielten die tatsächlichen Interessen auf die Belebung und Stärkung des Luxustourismus durch Schaffung einer Attraktion ab.

## Literatur

Baedeker, Karl, Österreich (ohne Galizien, Dalmatien, Ungarn und Bosnien). Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, Leipzig 1910[28].

Ders., Tirol – Land Salzburg – Vorarlberg – Oberkärnten. Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, Malente 1956[42].

Ders., Tirol – Vorarlberg – Etschland. Westliches Salzburg und Kärnten. Handbuch für Reisende von Karl Baedeker, Leipzig 1926[38].

Christomannos, Theodor, Die Neue Dolomitenstraße Bozen - Cortina - Toblach und ihre Nebenlinien, Wien 1909.

Hutter, Clemens M., Großglockner. Traumstraße der Alpen, Elsbethen 1992.

Ders.., 65 Jahre Großglockner Hochalpenstrasse. Einst geprägt von der rasanten Entwicklung der Motorisierung – heute der Weg in den Nationalpark Hohe Tauern, in: Jubiläum Großglockner. 200 Jahre Erstbesteigung. 120 Jahre Erzherzog-Johann-Hütte, hrsg. v. Großglockner Hochalpenstraßen AG, Salzburg 2000, S. 69–78.

Kaspar, Claude, Tourismuslehre im Grundriss, Bern-Stuttgart 1991.

Kirchner, Fritz Robert, Es fielen auf dem Felde der Arbeit – im ewigen Eis. Die heutigen Eröffnungsfeiern am Fuscher Törl und Hochtor, in: *Das Kleine Blatt*, Nr. 212, 3.8.1935, S. 5–6, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=dkb&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.

Kleindel, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien-Heidelberg 1978.

Kreisel, Werner, Trends in der Entwicklung von Freizeit und Tourismus, in: Geographie der Freizeit und des Tourismus. Bilanz und Ausblick, hrsg. v. Christoph Becker/Hans Hopfinger/Albrecht Steinecke, Wien ³2007, S. 74–85.

Lackner, Josef, Die Großglockner Hochalpenstraße und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Univ. Dipl. Innsbruck 1958.

Lorenzon, Alfieri (Hrsg.), Atlante stradale d'Italia. Volume Nord, Mailand 2004.

Mayrhuber, Eva Maria, Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr. Die Geschichte des österreichischen Tourismus zwischen Weltwirtschaftskrise und 1.000-Mark-Sperre, Univ. Dipl. Wien 2010.

o. A., Der erste Sprengschuß. Feierliche Eröffnung des Baubeginns der Glocknerstraße, in: *Tages-Post*, Nr. 202, 1.9.1930, S. 3–4, [http://anno.onb.ac.at/cgicontent/anno?aid=tpt&datum=19300901&zoom=28], eingesehen 30.5.2012.

o. A., Die Eröffnung der Dolomitenstraße, in: *Innsbrucker Nachrichten*, Nr. 208, 13.9.1909, S. 1–3, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=ibn&datum=19090913&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.

o. A., Die Vollendung der großen Dolomitenstraße Bozen – Toblach, in: *Reichspost*, Nr. 254, 14.9.1909, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19090914&zoom=33], eingesehen 30.5 2012.

o. A., Eine europäische Tat, in: *Reichspost*, Nr. 212, 3.8.1935, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.

o. A., Feierlicher Baubeginn an der Glocknerstraße, in: *Reichspost*, Nr. 240, 31.8.1930, S. 8, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19300831&seite=8&zoom=23], eingesehen 30.5.2012.

o. A., Hochgebirge, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 2, Wiesbaden 1974[5], S. 603.

o. A., Marmolada, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 3, Wiesbaden 1974[5], S. 490.

o. A., Pasterze, in: Der Neue Brockhaus. Ein Lexikon und Wörterbuch in fünf Bänden und einem Atlas, Bd. 4, Wiesbaden 1974[5], S. 148.

o. A., Projekt und Tatsachen von der Großglocknerstraße, in: *Allgemeine Automobil-Zeitung* 36 (1935), Heft 9, S. 3–4, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aaz&datum= 19350901&zoom=14], eingesehen 2.6.2012.

o. A., Triumph der Arbeit, in: *Tages-Post*, Nr. 178, 3.8.1935, S. 1–2, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=tpt&datum=19350803&zoom=33], eingesehen 30.5.2012.

o. A., Zur Geschichte unserer Alpenstraßen, in: *Allgemeine Automobil-Zeitung* 36 (1935), Heft 9, S. 4–8, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aaz&datum=19350901&zoom=14], eingesehen 2.6.2012.

Rigele, Georg, Die Großglockner-Hochalpenstraße. Zur Geschichte eines österreichischen Monuments, Wien 1998.

Scharr, Kurt/Steinicke, Ernst, Der zentrale Dolomitenraum, in: *GW-Unterricht* (2009), Nr. 115, S. 14, [http://www.gw-unterricht.at/index.php?option=com_phocadownload&view=category&id=4:gwu115&Itemid=19], eingesehen 31.5.2012

Dies., Exkursion Dolomitenraum/Bozen, in: Innsbrucker Geographische Studien 33/3, hrsg. v. Ernst Steinicke, Innsbruck 2003, S. 2–38.

Schnell, Peter, Tagesausflugsverkehr, in: Geographie der Freizeit und des Tourismus. Bilanz und Ausblick, hrsg. v. Christoph Becker/Hans Hopfinger/Albrecht Steinecke, Wien [3]2007, S. 273–284.

Statistik Austria, Fahrzeugbestand ab 1937, 24. 5. 2012, [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html], eingesehen 5.6.2012.

Wallack, Franz, Aus der Entstehungs- und Baugeschichte der Großglockner Hochalpenstraße, in: Großglockner-Hochalpenstraße. Festschrift zur Eröffnung, Salzburg 1935, S. 3–15.

Ders., Die Großglockner-Hochalpenstraße. Die Geschichte ihres Baues, Wien 1949.

Wolff, Karl Felix, Führer durch die Dolomiten, Innsbruck 1914.

Zwanowetz, Georg, Das Straßenwesen Tirols seit der Eröffnung der Eisenbahn Innsbruck – Kufstein (1858). Dargestellt unter Berücksichtigung der regionalen Bahnbaugeschichte (Tiroler Wirtschaftsstudien 11), Innsbruck 1986.

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Eigene Darstellung: Arbeitslose in Österreich 1923 bis 1933, Quelle: Kleindel, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien-Heidelberg 1978, S. 333.

Abbildung 2: Eigene Darstellung: Fahrzeugbestand in Österreich ab 1937 bis 1960, Quelle: Statistik Austria, Fahrzeugbestand ab 1937, 24.5.2012, [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_bestand/index.html], eingesehen 5.6.2012.

Abbildung 3: Eigene Darstellung: Entwicklung der Besucherzahlen an der Großglockner Hochalpenstraße zwischen 1933 und 1944, Quelle: Lackner, Josef, Die Großglockner Hochalpenstraße und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Univ. Dipl., Innsbruck 1958, S. 25 und Wallack, Franz, Die Großglockner-Hochalpenstraße. Die Geschichte ihres Baues, Wien 1949, S. 214–215.

Abbildung 4: Eigene Darstellung: Verkehrsentwicklung an der Großglockner Hochalpenstraße zwischen 1933 und 1944, Quelle: Lackner, Großglockner Hochalpenstraße, S. 25 und Wallack, Großglockner-Hochalpenstraße, S. 214–215.

**Christoph Pöll** ist Student der Geschichtswissenschaft und Geographie im 8. Semester an der Universität Innsbruck. Christoph.Poell@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Christoph Pöll, Straßenbau und Tourismus. Am Beispiel der Großen Dolomitenstraße und der Großglockner Hochalpenstraße, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 45–74, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Wer sind die Makedonen?[1]

**Armin Posch**

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Ulf

eingereicht im Semester: WS 2011/12

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**
**Who are the Macedonians?[1]**

This seminar-paper discusses the term ”Volk“ (nation, people) using the example of the Former Yugoslav Republic of Macedonia. The different approaches of building a common ethnicity, language etc. are described and explained. It will be shown that the process constructing the nation takes place multiple times in the history of a modern state.

## Einleitung

„Was ist ein Volk?“ Das war die Frage des Seminars, in dessen Rahmen diese Arbeit entstanden ist. Der Versuch, in der Lehrveranstaltung mit Hilfe der Referate diese Frage aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, führte letztendlich nicht zu einer endgültigen Beantwortung. Es zeigte sich vielmehr, wie vielfältig die Antworten durch die Geschichte hindurch ausfielen und wie Geschichte dazu verwendet wurde und wird, „Völker“ zu schaffen und zu legitimieren. Das Schlagwort der „invented tradition“[2] von

[1] Der Titel der Arbeit wurde aus dem Seminar übernommen. Die Übereinstimmung mit dem gleichlautenden Titel des Buches von Hugh Poulton, das in der Arbeit zitiert wird, ist deshalb zufällig.
[2] Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983.

Eric Hobsbawm, das ein Ausgangspunkt des Seminars war, trat im Laufe der Lehrveranstaltung immer klarer hervor. Einen kleinen Beitrag dazu stellt nun auch diese Arbeit mit dem Titel „Wer sind die Makedonen?“ dar. Dabei wird der Text im Wesentlichen in drei Teile gegliedert. Im ersten Abschnitt soll ein kurzer Abriss über die geschichtliche Entwicklung „Makedoniens“ in einer Ereignisgeschichte vom antiken Makedonien bis zur modernen Republik gezeichnet werden. Dabei wird der Blick allerdings auf die für die modernen Projektionen der Republik Makedonien[3] wichtigen Abschnitte beschränkt. Im zweiten Teil soll dann ein Vergleich von verschiedensten Positionen zum „Volk“ oder der „Nation“ der heutigen Republik gezogen werden, der vor allem aufzeigt, wie emotional aufgeladen die Diskussionen um eine Nation oder allein schon um einen Namen sein können. Dazu wird ein Blick auf die modernen Projektionen, also darauf wie heute die jeweiligen geschichtlichen Abschnitte bewertet und instrumentalisiert werden, geworfen. Im abschließenden Teil folgen als „Spiegel“ für Makedonien einige Ausführungen zur nationalen Identität Italiens.

Natürlich muss zu Beginn auch der Begriff „Makedonien“ selbst geklärt werden, was, wie sich zeigen wird, nicht so einfach ist, wie es vielleicht den Anschein hat. In der Arbeit wird auf mehrere Fragen Bezug genommen. So etwa danach, wie eine Vereinnahmung und Veränderung von Geschichte oder Geschichtsschreibung funktioniert und vonstattengeht. Daran anknüpfend: Ist dieser Vorgang gar legitim und nur problematisch, wenn daraus Konflikte mit anderen entstehen, die dieselbe Geschichte auf unterschiedliche Weise auslegen? Am Beispiel der rasanten Entstehung oder je nach Auffassung auch seit langem bestehenden „Nation“ der Makedonier sollen diese Fragen behandelt werden, um am Ende zu zeigen, dass sich die Konstruktion von Volk und Nation auf mehreren Ebenen vollzieht. Erstens wäre da die Konstruktion des Volkes selbst zu nennen, auf den sich der moderne Staat bezieht – in diesem Fall also die antiken Makedonen. Aber nicht nur in der Antike werden „einheitliche“ Makedonen konstruiert, sondern auch aus heutiger Perspektive. So wird zu unterschiedlichen Zeiten in der Geschichte jeweils die gewünschte Nation herbeigedacht, die dann als immer existierendes Ahnvolk verstanden wird, auf dem die moderne Nation aufbaut. Als solche soll sie dann für die Zukunft abgesichert werden.

## Begriffe und geschichtlicher Überblick

Im ersten Teil der Arbeit wird zunächst der Begriff „Makedonien“ diskutiert, wie er in der Antike und in der Moderne verwendet wurde bzw. wird und welche Bedeutung ihm zukommt. Danach folgt ein geschichtlicher Überblick der betreffenden Region auf dem

[3] Zwecks Einfachheit und Lesbarkeit wird in dieser Arbeit durchgängig von „Makedonien“ und „Republik Makedonien“ die Rede sein, um den umständlichen Begriff F.Y.R.O.M. (Former Yugoslav Republic of Macedonia) und ein Wechseln zwischen „Makedonien“ und „Mazedonien“ zu vermeiden.

Balkan. Dabei beschränkt sich der chronologische Teil auf jene Ereignisse, welche für die moderne Republik Makedonien und ihre Identität wichtig sind.

**Der Begriff „Makedonien“**

„Makedonien ist ein geographischer Begriff.“[4] Das stellt der Historiker Pavlos Tzermias fest und meint damit die Nutzung des Begriffes in der heutigen Zeit. Freilich kann diese geographische Angabe verschieden interpretiert und verstanden werden: In nationalistischen Kreisen der Republik Makedonien etwa anders als in ähnlichen Gruppen in Griechenland. Wenn Tzermias mit seiner Aussage Recht hat, stellt sich die Frage, ob der Begriff schon immer geographisch besetzt war oder, wenn nicht, seit wann dem so ist. Der Althistoriker Michael Zahrnt geht in seinem Artikel in der Zeitschrift *Hermes*[5] genau auf diese Frage in Bezug auf das antike Makedonien ein. Er will zeigen, dass zu dieser Zeit der Begriff hauptsächlich politisch geprägt war. So hätte beispielsweise Hesiod bereits im siebten vorchristlichen Jahrhundert um eine politische Einheit gewusst, die er um das Zentrum der späteren Ausbreitung des makedonischen Gebietes platzierte. Auch beim Geschichtsschreiber und Geographen Hekataios von Milet im sechsten Jahrhundert vermutet Zahrnt ein politisches Verständnis des Begriffes, nämlich als Herrschaftsgebiet des makedonischen Königs, während er für Thrakien einen rein geographischen Bezug feststellt. Schließlich findet er beim Historiographen Herodot (5. Jh. v. Chr.) eine weitere Bestätigung dafür, wenn für Makedonien „[d]er König und das durch ihn repräsentierte Gebiet […] gleichgesetzt“[6] wird. Weitere Aussagen bei Herodot würden nach Zahrnt den politischen Charakter des Begriffes noch stärken. So sei Makedonien bei der Eroberung durch die Perser im Gegensatz zu Thrakien nicht in Gebiete einzelner Stämme zerfallen, sondern in verschiedene „Landschaften“, unter denen dann auch Ober- und Untermakedonien gewesen wären. Allerdings hätten in diesen Landschaften nur Makedonen gewohnt, nicht verschiedene Stammesgruppen.

Den stärksten Beweis für eine politische Verwendung sieht Zahrnt aber in Inschriften aus dem fünften Jahrhundert vor Christus, in denen von einer von der makedonischen Herrschaft abgefallenen Landschaft die Rede ist. Hier würde eine Stadt außerhalb Makedoniens lokalisiert, obwohl sie kurz zuvor noch ein Teil davon war. Makedonien bezeichnet also nach Zahrnt eine politische Zugehörigkeit und keinen geographischen Bereich.[7] Eine geographische Abgrenzung zur „Glanzzeit“ der makedonischen Herrschaft vor dem Alexanderzug würde dann wohl „nach Thukydides’ Worten [...] Pieria, Bottiaia, das

[4] Pavlos Tzermias, Die Identitätssuche des neuen Griechentums: eine Studie zur Nationalfrage mit besonderer Berücksichtigung des Makedonienproblems, Freiburg 1994, S. 64.
[5] Michael Zahrnt, Makedonien als politischer Begriff in vorrömischer Zeit, in: *Hermes* 130 (2002), Heft 1, S. 48–62.
[6] Ebd., S. 52.
[7] Ebd., S. 48–54.

Axiostal, Mygdonie, Eordaia, Almopia, Anthemus, Krestoniau und Bisaltias“ umfassen.[8] Die von dem etwa hundert Jahre vor dieser Zeit lebenden Historiographen Thukydides geschilderten Gebiete entsprechen freilich grob dem modernen Begriff des „geographischen Makedonien“, wie es in Karten aus der Republik Makedonien zu sehen ist.[9] Dieses moderne geographische Makedonien ist aber ein Produkt der Geographen des 19. Jahrhunderts beziehungsweise ein Ergebnis von Verträgen aus dem 20. Jahrhundert.[10] Die Aufteilung dieses Gebietes wird in den folgenden Kapiteln zur geschichtlichen Entwicklung Makedoniens – in politischer und geographischer Hinsicht – noch besprochen.

**Makedonien in der Antike**

Obwohl das Seminar zum Kernfach „Alte Geschichte“ gehört, spielt die Geschichte des antiken Makedonien eine eher untergeordnete Rolle für diese Arbeit. Nachdem sich aber die Republik Makedonien seit einiger Zeit auch immer stärker an eben diese Antike anlehnt, wie zum Beispiel der Bau einer Alexander-Statue in der Hauptstadt Skopje illustriert,[11] ist ein knapper Überblick angebracht.

Ab dem siebten Jahrhundert vor Christus begannen die Makedonen, ausgehend von der Hauptstadt Aigai, nach und nach die umliegenden Gebiete zu erobern. Politisch vereint wurden die im vorigen Kapitel erwähnten Landschaften allerdings erst im Laufe des vierten Jahrhunderts unter Phillipp II. Da sich diese frühe Entwicklung „nur über Könige und Eroberungen zeichnen“[12] lässt, ist es auch kaum nachvollziehbar, ob die Makedonen dieser Zeit ein griechischer Stamm waren oder nicht. Jedenfalls konnten die Griechen weiter südlich vom „Griechentum“ der Makedonen überzeugt werden, auch wenn dies später von Athen wieder angefochten wurde und zwar insofern, dass nur die Führungsschicht griechisch sei. Diese Anschuldigung war möglicherweise nicht nur politischen Ursprungs, sondern durch die im Dunkeln liegende Entstehungsphase der makedonischen Herrschaft bedingt. Unter Phillipp II. wurde Makedonien als „Staat“ konsolidiert, indem Bedrohungen an den Grenzen ausgeschaltet wurden. So wurde unter anderem die Chalkidike in den Herrschaftsbereich integriert. Außerdem konnte das Gebiet nach Norden entlang des Axios (= Vardar) ausgedehnt werden. Nach der Schlacht

[8] Zahrnt, Makedonien, S. 56.
[9] Etwa in der Zeitung: *Nova Makedonia*, 1992, zu sehen in dem Artikel von Marcus A. Templar, The Former Yugoslav Republic of Macedonia. A Challenge to the Macedonism of the Slavs, 2008, [http://history-of-macedonia.com/wordpress/2009/02/19/the-former-yugoslav-republic-of-macedonia-a-challenge-to-the-macedonism-of-the-slavs-chapter-7/], eingesehen 18.3.2012.
[10] Constantinos Farmakis, Die „makedonische Frage“ in der deutschen Politik. Ein Beitrag zum Nationalitätenproblem auf dem Balkan (Europäische Hochschulschriften 254), Frankfurt a. M. u. a. 1994, S. 44–48.
[11] Michael Martens, Namensstreit auf dem Balkan. Mazedonien gehört wem?, in: *FAZ*, 7.12.2011, [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/namensstreit-auf-dem-balkan-mazedonien-gehoert-wem-11554296.html], eingesehen 21.3.2012.
[12] R. Malcolm Errington, Makedonia, Makedones, in: Hubert Cancik/Helmuth Schneider (Hrsg.), Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike, Bd. 7, Stuttgart-Weimar 1999, Sp. 726–739, hier Sp. 727.

von Chaironeia 338 vor Christus gegen Athen und Theben hatte sich Makedonien schließlich zum größten Machtfaktor in Griechenland aufgeschwungen. Von dort aus begannen die Eroberungszüge Alexanders des Großen, die jedoch für diese Betrachtung nicht relevant sind, weil die militärischen Aktionen im Gegensatz zu seiner Person an sich wenig zur makedonischen Identitätsbildung beitragen. Nach den Diadochenkriegen übernahm etwa 60 Jahre später schließlich Antigonos II. Gonatas das ursprüngliche Makedonien, dessen Macht von den Römern 168 vor Christus gebrochen wurde. Makedonien wurde zur römischen Provinz.[13]

Natürlich entsteht bei einer Schilderung wie dieser der Eindruck einer politischen und auch ethnischen oder „nationalen“ Einheit Makedoniens. Genau das wird in der modernen Projektion verwendet, um eine Grundlage für den heutigen Bezug auf eine antike „Nation“ zu schaffen. Dabei ist der „Staat“ Makedonien selbstverständlich in der Antike schon ein Konstrukt. Schließlich wurden in dem Gebiet mehrere Stämme vereint, von denen wohl einer den Namen „makedones“ trug.[14] Jedenfalls schufen sich die Makedonen, wie es auch in den Referaten im Seminar für andere „Völker“ beschrieben wurde, einen eigenen Herkunfts- und Abstammungsmythos, der an sich aber für eine moderne Projektion kaum von Bedeutung ist. Wichtiger ist hier die Frage, ob diese Makedonen Griechen waren, wie im Kapitel „Die ‚makedonische‘ Ethnie“ noch behandelt wird.

## Makedonien vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert

Der nächste wichtige geschichtliche Abschnitt für diese Betrachtung ist das Frühmittelalter. Makedonien wurde zum Schauplatz von Kämpfen des Oströmischen Reiches gegen die Goten und Ziel slawischer und awarischer Einwanderungen. Ab dem 6. Jahrhundert können solche slawische Gruppen auf dem Balkan und somit auch in Makedonien nachgewiesen werden(und auch hier hält sich noch die Vorstellung der Wanderung einheitlicher „Völker“). Teils in Konflikt und teils in Duldung durch das Oströmische Reich besetzten sie größere Gebiete der Halbinsel. Dabei fanden natürlich ein Kulturaustausch und eine ethnische Durchmischung verschiedenster Gruppen statt. Konstantinopel reagierte schließlich im achten Jahrhundert mit einer Neugestaltung der Verwaltungsgliederung. Die Provinzeinteilung wurde durch die Themenverwaltung ersetzt, in der administrative und militärische Aufgaben in „Themen“ – Militärdistrikten – zusammengefasst wurden. So konnte die Lage einigermaßen stabilisiert werden.[15] Trotzdem setzten sich im Norden mit der Zeit die Bulgaren durch, die ihr Territorium vor

[13] Errington, Makedonia, Sp. 726–732.
[14] Fritz Gschnitzer, Name und Herkunft der Makedonen, in: Yoko Nishina (Hrsg.), Europa et Asia polyglotta – Sprachen und Kulturen. Festschrift für Robert Schmitt-Brandt zum 70. Geburtstag, Dettelbach 2000, S. 58–65, hier S. 58 f.
[15] Errington, Makedonia, Sp. 735, zur Themenverwaltung siehe Peter Schreiner, Byzanz 565–1453, München 2008, S. 62–65.

allem im neunten Jahrhundert ausdehnen konnten. Dabei bedrängten sie auch das Oströmische Reich. Durch den Kontakt übernahmen die Bulgaren auch byzantinische Strukturen, unter anderem erfolgte im neunten Jahrhundert die Christianisierung – vor allem vorangetrieben durch die Missionare Kyrill und Method. Im zehnten Jahrhundert wurde der Druck des bulgarischen Reiches auf das geschwächte Byzanz immer größer: Vor allem unter dem Zaren Symeon (893–927) gab es regelmäßige Angriffe.

Erst eine Spaltung des bulgarischen Reiches durch innere Probleme im Jahr 969 ermöglichte eine Entlastung. Das hier entstandene Westbulgarische Reich unter dem Zaren Samuel spielt für die spätere Betrachtung noch eine größere Rolle. Der benannte Zar hatte seine Hauptstadt in Ohrid in der heutigen Republik Makedonien – also im „geographischen Makedonien“ – eingerichtet. Allerdings war dieses Reich nur eine kurzlebige Erscheinung. Byzanz konnte die Spaltung des Bulgarischen Reiches ausnützen, um beide Teile zu zerschlagen. In der entscheidenden Schlacht 1014 wurde das Heer Samuels aufgerieben, er selbst getötet und Kaiser Basileios II. (976–1025) ging als „Basileios Bulgaroktonos“ – Bulgarentöter – in die Geschichte ein.

Das Gebiet Makedonien kam schließlich im 14. Jahrhundert unter serbische Herrschaft. Die Serben wurden wiederum von den Osmanen verdrängt, die sich 1430 Thessalonikis bemächtigten und Makedonien für fast 500 Jahre beherrschten.[16] Die Verwaltungs-gliederung des Osmanischen Reiches kannte „Makedonien“ nicht. Die größte administrative Einheit war Rumelien, dessen Hauptstadt zunächst Adrianopel war, gefolgt von Plovdiv und Sofia. Makedonien war in eigene Verwaltungseinheiten unterteilt, wie etwa die „Markgrafschaft“ Skopje oder den Sandschak Ohrid. Im 19. Jahrhundert schließlich bestand Makedonien nach einer Verwaltungsreform aus drei Einheiten, den Vilayets Saloniki, Monastir und Kosovo.[17]

Im selben Jahrhundert gewann mit dem Nationalismus und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches aber der Begriff „Makedonien“ wieder an Bedeutung. Nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 wurde Bulgarien neben Serbien, Montenegro und Rumänien durch den russischen Sieg als unabhängiger Staat gegründet. Mit eindeutig russischer Note sollte das Gebiet Bulgariens bis an die Ägäis reichen. Im Frieden von San Stefano im Jahr 1878 wurde Bulgarien als autonomes aber dem Osmanischen Reich tributpflichtiges Fürstentum unter russischer Besatzung bestätigt. Damit wären auch Gebiete an Bulgarien gegangen, die gar nicht von Bulgaren bewohnt waren. Das rief

[16] Mit einer interessanten bulgarisch-sozialistischen Perspektive in Dimităr Angelov, Kurze Zusammenfassung der Geschichte der bulgarischen Gebiete und des bulgarischen Staates bis zur Türkenherrschaft, in: Veselin Beševliev/Johannes Irmscher (Hrsg.), Antike und Mittelalter in Bulgarien (Berliner Byzantinistische Arbeiten 21), Berlin 1960, S. 33–50, hier S. 39–47, sowie Schreiner, S. 22–25 und Peter Hill, Die Herausbildung einer Makedonischen Nation, in: Otto Kronsteiner (Hrsg.), Die Makedonische Frage, Salzburg 1995, S. 201–214, hier S. 211.

[17] Fikret Adanır, Skopje – Eine Balkanhauptstadt, in: Harald Heppner (Hrsg.), Hauptstädte in Südosteuropa. Geschichte, Funktion, nationale Symbolkraft, Wien-Köln-Weimar 1994, S. 149–170, hier S. 152–158.

natürlich den Protest anderer Nationalitäten hervor, vor allem der Griechen. Griechenland wiederum war seit 1830 ein vom Osmanischen Reich unabhängiges Königreich, allerdings auf die Peloponnes und Zentralgriechenland beschränkt. Nun erhob der Staat Anspruch auf die nördlichen Teile – als Provinzen Makedonien und Thrakien. Auch die europäischen Großmächte befürchteten durch ein großes Bulgarien eine neue Seemacht im Mittelmeer. Daher wurde schließlich nach dem Berliner Kongress 1878 der Vertrag von San Stefano revidiert und Bulgarien verkleinert, Makedonien und Thrakien gingen wieder an das Osmanische Reich. Das „geographische Makedonien" wurde in der Folge zur Streitfrage und zum Austragungsort für nationalistische Ansprüche von Griechen, Bulgaren und Serben.[18]

**Makedonien im 20. Jahrhundert**

1893 wurde die bulgarische IMRO, die „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation" mit dem Ziel eines autonomen Makedonien gegründet. Die IMRO war zweigeteilt: Eine Gruppe vertrat die Großbulgarieninteressen und eine zweite Gruppe verfolgte eine makedonische Unabhängigkeit. Beide Gruppen innerhalb der Organisation waren aber darauf aus, das „geographische Makedonien" dem Zugriff des Osmanischen Reiches zu entreißen. 1903 ging von der IMRO der sogenannte „Ilinden-Aufstand" am Eliastag – dem 2. August – aus. Im Laufe des Aufstandes gegen die Osmanen wurde die Stadt Kruševo eingenommen und dort die Republik Kruševo, im Südwesten der heutigen Republik Makedonien gelegen, ausgerufen. Auch wenn die Republik nur wenige Tage Bestand hatte und der Aufstand schließlich niedergeschlagen wurde, nimmt er eine wichtige Position für die Schaffung einer „makedonischen Nation" ein. Aber auch die folgenden Krisen spielen eine Rolle und sollen deshalb kurz umrissen werden. So verbündeten sich im ersten Balkankrieg 1912 Griechen, Serben und Bulgaren, um die Osmanische Herrschaft in Europa endgültig zu zerschlagen. Ziel Bulgariens war Makedonien, aber auch Istanbul war ins Auge gefasst worden. Die Koalition ging erfolgreich gegen den „kranken Mann am Bosporus" vor. Gleich nach dem Waffenstillstand mit dem Osmanischen Reich kam es zwischen den neuen Staaten allerdings zum Streit um die Aufteilung der eroberten Gebiete. Der Streit führte zum zweiten Balkankrieg: Als Bulgarien Griechenland und Serbien attackierte, verbündeten sich diese zur Abwehr. Auch Rumänien und das Osmanische Reich rechneten sich Chancen aus und griffen ein, was in einer katastrophalen Niederlage für Bulgarien endete.

Nach dem Ende des zweiten Balkankrieges wurde Makedonien dreigeteilt – von einer Autonomie war nie die Rede. Es gab nun „Vardar-Makedonien" in Serbien, „Pirin-Makedonien" in Bulgarien und „Ägäis-Makedonien" in Griechenland – jeweils benannt

[18] Farmakis, Politik, S. 65–70.

nach geographischen Regionen. In Serbien und Griechenland wurden bulgarische Bevölkerungsteile in der Folge stark unterdrückt. Das führte zu einer Flucht vieler Bulgaren aus dem neuen Serbien und Griechenland. Dort wurden die Slawischen Sprachen verboten und bulgarische Gemeinden zerstört – Ziel war die Beseitigung slawischer Anwesenheit in Ägäis-Makedonien. Überhaupt kam es zu einem umfassenden Bevölkerungsaustausch zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und dem Osmanischen Reich, so dass sich die ethnische Zusammensetzung der Region Makedonien völlig veränderte.[19]

Eine weitere, wenn auch nicht so umfassende Änderung erfolgte durch den Ersten Weltkrieg. Nach dessen Ende wurde Jugoslawien als eigenständiger Nationalstaat gegründet, bis 1929 unter dem Namen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ – wiederum also ohne Erwähnung von „Makedonien“. Die Gebietsaufteilung wurde identisch mit der von 1913 nach den Balkankriegen vorgenommen. Das heißt, dass nunmehr Jugoslawien den nördlichen Teil Makedoniens, den Oberlauf des Vardar-Tales, besaß. Bis zur Machtübernahme durch Tito 1943 wurden nationalistische Tendenzen eher unterdrückt. Tito aber funktionierte Jugoslawien zu einem föderativen Staat um, in dem am 2. August 1944 die „Sozialistische Republik Makedonien“ als Teilrepublik ausgerufen wurde. Als innenpolitisches Ziel Titos können dabei wahrscheinlich befürchtete Nationalitätenkonflikte im Süden gesehen werden. Außenpolitisch wandte sich diese Maßnahme klar gegen Bulgarien, das sich selbst als legitimer Herrscher über das umstrittene Teilgebiet Makedoniens sah.[20]

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges blieb das Verhältnis zwischen Jugoslawien und Bulgarien gespannt. Zwar wurde versucht, die Unstimmigkeiten in Verhandlungen zu überwinden. Allerdings scheiterte dieses Unternehmen und so kam es sogar zu einer Grenzschließung zwischen den beiden Staaten. Bulgarien erkannte die „neue“ Nation und Sprache Makedoniens nicht an.

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts kam in Skopje schließlich die Idee auf, die drei Teile Makedoniens unabhängig zu vereinen, um auch gegen „die Diskriminierung der makedonischen nationalen Minderheit in Griechenland“[21] anzukämpfen. Die Griechen befürchteten einen Angriff auf ihre territoriale Integrität. Dasselbe galt für die angeblichen Minderheiten in Bulgarien und Albanien. Auch nach der Auflösung Jugoslawiens und der Unabhängigkeit der Republik Makedonien im Jahr 1991 kam es immer wieder zum Streit mit Griechenland und Bulgarien. Es lässt sich schon an dem Namen der Partei, die nach der Unabhängigkeit der Republik die Führung übernahm, die Unsicherheit über den eigentlichen Charakter des Staates erkennen: „Innere Makedo-

[19] Hugh Poulton, Who are the Macedonians, London 1995, S. 53–59 und S. 73–75 sowie Farmakis, Politik, S. 70 ff. und Tzermias, Nationalfrage, S. 64–68, S. 70 f. und S. 80 ff.
[20] Farmakis, Politik, S. 69–78.
[21] Tzermias, Nationalfrage, S. 101.

nische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit“ wirkt etwas zu kompliziert für einen Parteinamen. Das kommunistische System wurde ohnehin nur sehr langsam abgebaut: Das von den Kommunisten geschaffene „Makedonentum“ war eine wichtige Stütze für den jungen Staat. In Griechenland und Bulgarien wurde eine eigenständige „makedonische Nation“ hingegen nicht akzeptiert – in Bulgarien wohl aber der Staat als solches. Der bulgarische Präsident ging sogar soweit, die makedonische Nation als „Hirngespinst der Komintern“[22] zu bezeichnen. Griechenland sah wiederum seine territoriale Integrität gefährdet, wenn der Name „Makedonien“ für die Republik verwendet werden sollte. Die Europäische Gemeinschaft hatte in einem Beschluss festgeschrieben, dass die Namenswahl für die Republik keine territoriale Forderung erkennen lassen dürfe. Der Beginn eines bis heute andauernden Namensstreits. Auf UNO-Vermittlung wurde zwar schließlich der Name „Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien“ von Griechenland akzeptiert – bis heute provisorischer Name des Staates – aber der Streit an sich ist noch nicht beigelegt.[23]

Auch in der jüngsten Entwicklung der Republik Makedonien, die immer noch auf der Suche nach Identität ist, zeigen sich Spannungen gegenüber Griechenland und Bulgarien, sei es durch die Aufstellung von Alexander-Statuen oder Zar Samuel-Denkmälern. Die Bildung von Identität und Nation führt nun zum zweiten Teil dieser Arbeit, in der aus verschiedenen Blickwinkeln die Konzeption der modernen Nation der „Makedonen“ beleuchtet wird.

## Der Weg zur Nation

Nach Eric Hobsbawm sind fünf Elemente notwendig, damit im Rahmen des Nationalismus eine neue Nation entstehen kann: Sprache, Ethnos, Religion, (heilige) Symbole und historische Mythen.[24] Im Folgenden soll versucht werden, die gegensätzlichen Ansichten der Erschaffer der „makedonischen Nation“ und ihre Kritiker gegenüber zu stellen. Dabei soll auf die bis zu diesem Punkt geschilderte geschichtliche Entwicklung eingegangen werden. Nachdem aber der Bezug auf die Antike eine eher neue Erscheinung ist, wird diese Darstellung nicht dem zeitlichen Ablauf von Antike bis zur Moderne, sondern dem der Nationsbildung selbst mit ihren Rückgriffen auf die Geschichte folgen.

[22] Tzermias, Nationalfrage, S. 107.
[23] Ebd., S. 101–116 sowie Farmakis, Politik, S. 73–77 und Ulf Brunnbauer, Die Nation erschreiben. Historiographie und Nationsbildung in der Republik Makedonien seit 1944, in: Markus Krzoska/Hans-Christian Maner (Hrsg.), Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2005, S. 167–190, hier S. 168–177.
[24] Eric Hobsbawm, Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality, Cambridge 1990, S. 46–79.

Nach Hugh Poulton gibt es auf dem Balkan drei Identifikationsformen im Zusammenhang mit dem Begriff „Makedonen“. Die erste Form sei die Identifikation als Bewohner des bereits eingangs beschriebenen „geographischen Makedonien“ im Sinne des nach den Balkankriegen festgelegten Gebietes, das auf drei Staaten aufgeteilt wurde. Zweitens seien alle Einwohner der Republik Makedonien als „Staatsnation“, also als Staatsbürger, Makedonen. Bei der dritten Identifikationsschiene nach Poulton, nämlich der von ethnischen (slawischen) Makedonen, setzt die Nationsbildung, wie sie ab Titos Machtübernahme betrieben wurde, an. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die erwähnte Balkanregion als eine ethnisch, sprachlich und religiös sehr differenzierte Gegend der Welt gilt. Und zwar nicht nur heute, sondern durch fast seine gesamte Geschichte hindurch. Die drei „Völker“, die für sich die längste Anwesenheit proklamierten, seien die Griechen, die Walachen und die Albaner, die sich wiederum als Abkömmlinge der Illyrer sähen.[25] Wie bereits beschrieben kamen später Slawen und schließlich Osmanen hinzu, um nur die größten Gruppen zu nennen. Trotzdem wurde 1948 in Skopje das „Institut für Nationalgeschichte“ geschaffen, um einen wissenschaftlichen Beleg für die Existenz einer makedonischen Ethnie zu erbringen. Dabei galt es vor allem, sich gegenüber Bulgarien abzugrenzen, das, wie oben erwähnt, die Gebiete und die Bevölkerung des jugoslawischen Teilstaates als bulgarisch ansah. Da es unbestreitbar in Sprache und Kultur eine große Nähe zu Bulgarien gab, war die Aufgabe des Instituts umso dringlicher. Auf der Gegenseite stritt man konsequent jede Existenz makedonischer Nation oder Sprache ab.[26] Ulf Brunnbauer, der Nationsbildungsprozesse auf dem Balkan intensiv erforscht, erkennt bei dem makedonischen Versuch, eine Nationalgeschichte zu schreiben, drei Probleme: So seien erstens zu Beginn kaum Historiker für das Institut tätig gewesen sondern eher Politiker. Zweitens hätten sich die Grundlagen der neuen Nation mit Teilen anderer Nationalgeschichte überschnitten. Das führte zu Konflikten, die im Folgenden genauer dargelegt werden. Der dritte Punkt, den Brunnbauer nennt, ist „Rücksicht auf die Parteilinie“.[27]

## Die „makedonische“ Sprache

„Nicht alle Völker haben das historische Glück, dass ihre Sprache schon früh manifest wird, – die Mazedonier hatten es.“[28] Mit diesem Satz beginnt der ehemalige deutsche Botschafter in Makedonien die Begründung, warum das Makedonische eine eigenständige Sprache sei. Wie aktuell das Thema immer noch ist, lässt sich am Datum der Publikation des „mazedonischen Knotens“ von Hans-Lothar Steppan erkennen: 2004. Er reiht sich in die seit 1944 bestehenden Versuche ein, Makedonisch als „Nicht-

[25] Poulton, Macedonians, S. 1 ff.
[26] Brunnbauer, Nation, S. 167–170.
[27] Brunnbauer, Nation, S. 170 bzw. S. 170 f.
[28] Hans-Lothar Steppan, Der mazedonische Knoten. Die Identität der Mazedonier dargestellt am Beispiel des Balkanbundes 1878–1914, Frankfurt a. M. 2004, S. 49.

Bulgarisch“ zu definieren. Die ersten Bezugspunkte in der Geschichte werden bei den Missionaren Kyrill und Method gesucht. Dabei wirft Steppan Griechenland und Bulgarien vor, sich jeweils für das Vaterland der Slawenapostel zu halten. Die Bulgaren seien aber zu jener Zeit nicht einmal in der Nähe der Heimatstadt der beiden – Saloniki – gewesen. Und deshalb sei die Sprache, auf dem die Slawenapostel ihr Alphabet aufbauten, in der Gegend von Saloniki zu verorten und Steppan definiert sie deshalb nicht als bulgarisch, sondern als makedonisch. Aus diesem Kirchenslawisch, an dem die „turktatarischen Bulgaren“[29] nur wenig Anteil gehabt hätten, hätte sich dann das Makedonische entwickelt, das Steppan spätestens im 19. Jahrhundert verschriftlicht sieht. Im Folgenden ist dann gar die Rede vom „bulgarischen Hinterhalt“[30] und von der „völlig ungerechtfertigte[n] Vorgehensweise“[31], den Beginn der makedonischen Sprache im Jahr 1944 anzusetzen.[32] Die eingangs erwähnte emotionale Aufladung der gesamten Nationsproblematik wird an den letzten Zitaten mehr als deutlich.

Emotional ist auch die Einleitung zur Abhandlung über „Die Natur der Makedonischen Standardsprache“[33] von Mladen Srbinovski. Als Teilnehmer am 14. Salzburger Slawistengespräch mokiert er sich über die Vorgangsweise in der Republik Makedonien:

> „Ja, noch bevor das Slawistengespräch stattgefunden hat, wurden sein Veranstalter und wir Teilnehmer als ‚Feinde Makedoniens‘ abqualifiziert. Uns wurde geraten, es sei das klügste, nicht zu diesem Slawistengespräch zu fahren. Und warum? Weil Professor Kronsteiner es gewagt hat, ohne die makedonistischen ‚Eingeweihten‘ um Erlaubnis zu bitten, Personen seiner Wahl einzuladen, die verbotenen makedonischen Themen auf fremdem Territorium kritisch und ohne konzessionierte Erlaubnis zu diskutieren. [...]“[34]

Nach Srbinovski haben ab 1944 drei Sprachkommissionen daran gearbeitet, eine Standardsprache zu schaffen. Die Kommissionen hätten einen westmakedonischen Dialekt zu einer Literatursprache erhoben, die in Kontinuität zum alten Kirchenslawisch der erwähnten Missionare stünde. Dass Makedonier mit dieser neu geschaffenen Orthographie ihre eigenen Namen nicht mehr richtig schreiben könnten, ist für Srbinovski der beste Beweis, dass es keine solche Kontinuität gibt.[35] Eine wirkliche Einordnung der Sprache ist sehr schwierig. Constantinos Farmakis will freilich mit sprachwissenschaftlicher Rückendeckung feststellen, dass das moderne Makedonisch aus einer „Mundart“ verschiedenster bulgarischer und serbischer Dialekte entstand.

[29] Steppan, Knoten, S. 50.
[30] Ebd, S. 51.
[31] Ebd.
[32] Ebd, S. 49–52.
[33] Mladen Srbinovski, Die Natur der Makedonischen Standardsprache, in: Kronsteiner, Makedonische Frage, S. 29–36.
[34] Srbinovski, Natur, S. 29.
[35] Ebd., S. 29–33.

Diese Sprache sei dann mühsam kodifiziert und so erst wirklich geschaffen worden und letztendlich ein „oktroyiertes Geschöpf der neuen Zeit“.[36] Aber auch wenn die Sprache eine „künstliche“ ist, bildet sie heute die Amtssprache der Republik und ist als solche ein wichtiger Faktor der Identität.

## Die „makedonische“ Ethnie

Ein weiterer bedeutender Teil von Identitäten ist, wie bereits erwähnt, eine möglichst einheitliche Ethnie. Constantinos Farmakis stellt in seinem Beitrag zu den Europäischen Hochschulschriften fest, „daß bei allen Statistiken bis 1945 keine ‚Makedonier‘ als eine ‚makedonische‘ Bevölkerung aufzufinden sind“.[37] Was bedeutet das nun für das gesamte Nationalitätenproblem?

Es belegt wohl eindrücklich, dass mit der Nationalgeschichtsschreibung auch die Schaffung einer Ethnie unternommen wurde. Das lässt sich beispielsweise daran festmachen, wie unterschiedliche Perioden der Geschichte und ihre Persönlichkeiten kurzerhand als „makedonisch“ erklärt wurden. So zum Beispiel durch Gorgi Malkovski, seines Zeichens Mitglied des Instituts für Nationalgeschichte in Skopje, der über die slawische Besiedlung der Balkanhalbinsel schrieb. Die antiken Makedonen wären in der zahlenmäßigen Übermacht der Slawen aufgegangen. Die dann „makedonischen Slawen“ hätten Aufstände gegen Byzanz unternommen und einer ihrer Anführer, Samuel, wäre „zum ersten Kaiser des Staates der makedonischen Slawen“[38] geworden. Natürlich haben die Byzantiner bei Malkovski dann auch das „makedonische Heer“ zerschlagen. Dass dies derselbe Samuel des Westbulgarischen Reiches ist, nach dessen Niederlage der byzantinische Kaiser Basileios II. seinen Beinamen „Bulgarentöter“ erhielt, wird freilich mit keinem Wort erwähnt. Der Titel des Beitrages Malkovskis, „Makedonien vom frühen Mittelalter bis zum Ilinden-Aufstand“, suggeriert schon die Kontinuität der Ethnie, aus denen die heutigen „Makedonen“ hervorgehen sollen. Dabei hätten sich Traditionen und in ländlichen Gegenden diese ethnische Geschlossenheit erhalten, auch in der Zeit der Osmanischen Herrschaft.[39] Bei Hans-Lothar Steppan, der ebenfalls ein mittelalterliches makedonisches Reich verteidigt, wird eine Problematik sehr deutlich, die in diesem Zusammenhang oft vorkommt: Es werden moderne Begriffe wie „Staatsvolk“, „Staatsgebiet“ und „Staatsgewalt“ auf das Mittelalter übertragen und so ein makedonischer Staat konstruiert.[40]

Bemerkenswert ist, dass die Rückführung der „makedonischen“ Ethnie auf die antiken Makedonen erst in den 1990er Jahren erfolgte. Vorher war der Bezug zu dem

[36] Farmakis, Politik, S. 87 bzw. S. 78–87.
[37] Ebd., S. 58.
[38] Gorgi Malkovski, Makedonien vom frühen Mittelalter bis zum Ilinden-Aufstand, in: Elke Lorenz/Andreas Raab (Hrsg.), Makedonien. Reiches armes Land, Ulm 1997, S. 28–34, hier S. 28.
[39] Ebd., S. 29 f.
[40] Steppan, Knoten, S. 37 f.

beschriebenen mittelalterlichen Makedonien wichtiger. Im Zuge eines intensivierten Streits mit Griechenland nach der Unabhängigkeit der Republik Makedonien wurde aber die Antike wieder bedeutender. Dass eine ethnische Kontinuität von den antiken Makedonen bis heute noch schwieriger zu konstruieren ist als die aus dem Mittelalter, liegt auf der Hand. Das haben die Autoren der Nationalgeschichte aber geschickt umschifft, indem sie sich auf antike Autoren berufen, die die Makedonen nicht als Griechen angesehen hätten. Und durch die Vermischung mit den eingewanderten Slawen sei eine neue Ethnie – die der heutigen Makedonen – entstanden. Pavlos Tzermias sieht darin ganz eindeutig eine Nationalideologie mit einer makedonischen „imagined community", wie sie Benedict Anderson beschreibt.[41]

Ähnlich sieht das auch Hans-Joachim Gehrke, wenn er urteilt, dass „[d]ie Geschichte […] das Argument [ist], aber mit den elementaren Kategorien von Verwandtschaft und Abstammung. Sie verrät sich damit als intentionale Geschichte".[42] Weiters sieht Gehrke die Rückführung auf die Antike als „absurd" an. Absurd ist sicher der Versuch, eine biologische, ethnische Abstammung von den antiken Makedonen nachweisen zu wollen. Das Problem dabei ist, dass Ethnos eben ein wichtiger Bestandteil von Identität ist aber zugleich wohl auch der problematischste, vor allem wenn er so weit zurück reicht.

## Die „makedonische" Religion und „makedonische" Symbole

Tito war bei seinem Bestreben, eine eigenständige „makedonische" Nation zu schaffen, recht gründlich. Das ging sogar soweit, eine eigene Kirche für Makedonien zu kreieren. Als Abspaltung von der serbisch-orthodoxen Kirche sollte eine makedonisch-orthodoxe entstehen. In der serbischen Kirche galten die drei in Frage kommenden Diözesen allerdings als untrennbar verbunden. Die Frage wurde schließlich auf politischer Ebene geklärt und so entstand 1958 die makedonisch-orthodoxe Kirche als autonome Abspaltung, die aber immer noch dem serbischen Patriarchat unterstand. Als sich die neue Gemeinschaft im Jahr 1967 endgültig löste und sich als autokephal erklärte, wurde sie vom serbischen Patriarchat nicht anerkannt.[43] Das Argument der serbischen Kirche, dass es in einem Staat nur eine Kirche geben dürfe, sei nach der Unabhängigkeit aber nicht mehr schlagend und zeige das Streben nach „Oberhoheit der Serbischen Orthodoxie".[44] In der Nationalgeschichtsschreibung wird die Kirche freilich auf das Mittelalter, genauer auf das Patriarchat von Ohrid im elften Jahrhundert, zurückgeführt. Hier bezieht man sich

[41] Tzermias, Nationalfrage, S. 96 f., zur Rückführung auf die antiken Makedonen siehe Brunnbauer, Nation, S. 178 ff.
[42] Hans-Joachim Gehrke, Mythos, Geschichte, Politik – antik und modern, in: *Saeculum* 45 (1994), S. 239–264, hier S. 258 f.
[43] Farmakis, Politik, S. 87–91 und Tzermias, Nationalfrage, S. 99 f.
[44] Elke Lorenz/Andreas Raab, Religionen und Glaubensgemeinschaften in Makedonien, in: Dies. (Hrsg.), Makedonien, S. 118–126, hier. S. 118.

also wieder auf eine Kontinuität aus dem mittelalterlichen „Makedonien“. In der Konstruktion und Abgrenzung ist auch Platz für Feindbilder, die in böser Absicht jede Kontinuität zerstören wollen: „Die autokephale mazedonische Kirche bewahrte ihre Selbständigkeit vom Jahre 1020 nahezu 750 Jahre lang, bis es den Griechen 1767 gelang, Sultan Mustafa zu überreden, das Erzbistum Ochrid aufzulösen.“[45]

Die Griechen sind auch das Feindbild der modernen Republik, wenn es etwa um den Namen oder um die Nationalflagge geht. So beschloss die Republik Makedonien kurz nach der Unabhängigkeit den Stern von Vergina als Staatssymbol zu verwenden. Das rief freilich eine empörte Reaktion Griechenlands hervor. Das Symbol, ein Stern mit 16 Strahlen, wurde bei Ausgrabungen in Vergina zwischen 1976 und 1980 auf einer goldenen Schatulle gefunden – und zwar in einem Kammergrab, das als jenes von Phillipp II. identifiziert wurde.[46]Seither wird der Stern als Zeichen für die Herrschaft des Makedonenkönigs gesehen. Von griechischer Seite kam in Verbindung mit in der Republik Makedonien verbreiteten Großmakedonienkarten der Vorwurf eines „mythisch-imaginären […] expansionistischen Nationalismus“ und einer „provokativen Verletzung des hellenischen kulturellen und nationalen Identitätsgefühls“.[47] 1995 wurde schließlich der Stern gegen eine etwas abstraktere Version mit acht Strahlen ausgetauscht, die seither die Nationalflagge der Republik bildet.[48]

Ein Streit, der bis heute nicht beigelegt ist und dessen Inhalt wohl auch zu den nationalen Symbolen gezählt werden kann, dreht sich um den Namen der Republik. Wie oben bereits erwähnt, hatte Griechenland die Aufnahme des jungen Staates in die UNO blockiert. Der Standpunkt der Republik Makedonien gründet sich hier wie auch bei der Konstruktion des „Volkes“ der Makedonen auf die Behauptung, dass die antiken Makedonen keine Griechen gewesen seien. Beim Recht auf den Namen erfolgt einerseits eine Berufung auf das 19. Jahrhundert, in dem das Gebiet in deutschen Akten „Mazedonien“ genannt worden sei. Andererseits bezieht sich die makedonische Geschichtsschreibung aber eben auch auf die Antike sowie darauf, dass ihre Gegner „den Slawen, die seit 1300 bis 1400 Jahren auf dem Gebiet des antiken Mazedoniens leben, das Recht auf diesen Namen [absprechen]“.[49]

Ist es nicht legitim, dass die Republik diesen Namen beansprucht, überhaupt, nachdem ja kein anderer Staat offiziell diesen Namen trägt? Griechenland sieht den Namen freilich als Teil des griechischen kulturellen Erbes und pocht darauf, dass der Name eben griechisch sei. Aber ist dieses Erbe nicht ebenso ein Konstrukt in Bezug auf das heutige

[45] Steppan, Knoten, S. 38.
[46] Stella Drougou, Vergina, in: Der Neue Pauly, Bd. 15/3, Stuttgart-Weimar 2003, Sp. 991–999, Darstellung des Sterns ebd., Sp. 999, Abb. 4.
[47] Tzermias, Nationalfrage, S. 146.
[48] Tzermias, Nationalfrage, S. 145 f. und Gehrke, Mythos, S. 259.
[49] Steppan, Knoten, S. 48.

Griechenland? Das größte Problem in den zwischenstaatlichen Beziehungen ist wohl die emotionale und „ethnische“ Aufladung des Begriffes „Makedonien“.[50]

## Ein kurzer Vergleich: Italien

Im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde Pavlos Tzermias zitiert, dass dieses „Makedonien“ bloß ein geographischer Begriff sei. Damit hat er sich – gewollt oder nicht – an einen oft gebrauchten Satz Metternichs angelehnt. Dieser habe „Italien“ ebenfalls nur eine geographische Komponente zugesprochen. Dass nicht allein Zuschreibungen von außen ähnlich sein können, sondern auch innere Entwicklungen, soll der folgende Abriss über die nationale Identität in Italien zeigen. Darin werden verkürzt verschiedene Elemente beschrieben, die, wie am Beispiel Makedonien bereits ausgeführt wurde, dazu gedient haben (und immer noch dienen), eine einheitliche Nation zu konstruieren.

Auch wenn die italienische Nationsbildung im Vergleich zu Makedonien vielleicht weniger in Konflikt mit anderen Staaten stand, gab es auch im 20. Jahrhundert noch keine Einigkeit darüber, wer oder was „die Italiener“ sind. Die Probleme liegen hier mehr auf regionaler Ebene – und das betrifft nicht nur Südtirol. Roberta Pergher von der Universität Indiana betont in diesem Zusammenhang, dass gerade weil der Bezug zur Nation Italien von jeher eher schwach gewesen sei, es eine noch immer andauernde „Schaffung“ von italienischer Identität gebe. Sie beschreibt etwa die vor allem im 20. Jahrhundert sehr starken Identitätskonflikte zwischen deutschsprachigen Südtiroler-Innen, den „Trentini“ und den „Italiani“.[51] Dabei hätte v. a. auch das faschistische Regime, aber auch die Bevölkerung selbst, verschiedene Stufen von „Italian-ness“ definiert. An den Konflikten, die daraus entstanden, wird deutlich, wie sehr jede Identität ein Konstrukt darstellt: „[B]y accusing others of not being ‚true Italians‘, by taking on the label of ‚real Italian‘, or conversely by insulting others as ‚Italian‘ (as distinct from an Italian-speaking Trentino, for example).“[52] Wie aber ist das „echte Italienertum“ zu beschreiben, welche Symbole, Mythen und dergleichen wurden für die Schaffung der Nation verwendet? Ähnlichkeiten zur Schaffung der makedonischen Identität sollen im Folgenden kurz dargelegt werden.

Der Rückgriff auf die Antike scheint in Bezug auf Italien beinahe noch naheliegender zu sein als beim bereits beschriebenen Makedonien. Im Unterschied zu letzterem musste die italienische Geschichtsschreibung jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg auf „Verbindung der italienischen Kultur mit der Epoche des imperialen Roms“[53] verzichten, nachdem der Faschismus dieses Szenario sozusagen „verbraucht“ hatte. In neuerer Zeit würde aber

[50] Brunnbauer, Nation, S. 177 f. und Farmakis, Politik, S. 100.

[51] Roberta Pergher, Staging the Nation in Fascist Italy’s „New Provinces“, in: *Austrian History Yearbook* 43 (2012), S. 98–115, hier S. 104–109.

[52] Ebd., S. 113.

[53] Frank Baasner/Valeria Thiel, Kulturwissenschaft Italien, Stuttgart 2004, S. 22.

nach Frank Baasner und Valeria Thiel, die in ihrem Buch „Kulturwissenschaft Italien“ die „Idee Italien“ anhand verschiedener Betrachtungspunkte wie etwa Fremd- und Selbstbilder, politischer Kultur oder Gesellschaftsformen untersuchen, der Bezug auf das Imperium Romanum wieder verstärkt hervortreten, was eine Parallele zu Makedonien darstellt. Vor allem die Aufgabe der Bewahrung des kulturellen Erbes sei heute im italienischen Selbstverständnis verankert. Aber auch der starke Regionalismus und natürlich das römische Recht würde heute die antike Macht wieder zu einem identitätsstiftenden Faktor machen.[54]

Das Römische Reich kann dabei aber nicht als Vorbild für eine für die Identität wichtige Ethnie gelten. Eine einheitliche Ethnie wie in Makedonien zu schaffen oder zu erkennen, wäre hier sogar noch schwieriger. Obwohl bereits der Dichter Dante Alighieri (1265–1321) eine „sprachliche und volkskundliche Einheit“[55] der Italiener definiert habe, was im 18. und 19. Jahrhundert wieder aufgegriffen worden sei, scheinen sich doch die lokalen Identitäten bewährt zu haben.[56] Auch die Herleitung der ItalienerInnen als Nachkommen Noahs, wie sie im 18. Jahrhundert versucht wurde, ist wohl für ein modernes Konstrukt einer einheitlichen Ethnie eher untauglich.[57] Etwas einfacher scheint das bei der Religion zu sein: Auch wenn sie heute sicher nicht mehr dieselbe Bedeutung genießt wie noch vor wenigen Jahrzehnten, so ist doch die Verbindung „Italien“ und „römisch-katholisch“ für die nationale Identität noch von Bedeutung.

Ähnlich verhält es sich nach Baasner/Thiel mit nationalen Mythen. Sie heben hier vor allem jeglichen Widerstand gegen ungewollte Herrschaft oder Fremdherrschaft hervor, seien es die mittelalterlich-frühneuzeitlichen Herzogtümer oder die „resistenza“ gegen Hitlerdeutschland ab 1943.[58] Ähnlich wie in Makedonien mit dessen Bezügen zum Mittelalter bis hin zum Ilinden-Aufstand werden also ganz unterschiedliche Zeitebenen für das Selbstverständnis verwendet.

Auch die Sprache ist ein Merkmal der Identität, das gerade in Italien sehr schwierig zu vereinheitlichen war. Anna Laura und Giulio Lepschy betonen aber, dass damit nicht nur die Minderheitensprachen wie etwa Deutsch gemeint seien, sondern die Vielfalt der italienischen Dialekte: „[D]ie italienischen Dialekte unterscheiden sich so stark voneinander und von der Standardsprache, daß sich Sprecher unterschiedlicher Dialekte manchmal nicht verstehen können.“[59] Der Begriff „Standardsprache“ legt schon die Vermutung nahe, dass auch hier eine einheitliche Sprache mehr oder weniger „erfunden“

[54] Ebd., S. 22 f.
[55] Gualtiero Boaglio, Italianità. Eine Begriffsgeschichte, Wien 2008, S. 93.
[56] Ebd., S. 93–95 und S. 98–101.
[57] Boaglio, Italianità, S. 109 f.
[58] Baasner/Thiel, Kulturwissenschaft, S. 32–36, Zum Einfluss des Kolonialismus auf Identität und Nationsbildung im Sinne eines „nationalen Mythos“ siehe auch Guiseppe Maria Finaldi, Italian National Identity n the Scramble for Africa. Italy’s African wars in the era of nation-building 1870–1900, Bern 2009.
[59] Anna Laura Lepschy/Giulio Lepschy, Die italienische Sprache, Tübingen 1986, S. 6.

wurde: Die Vielfalt führte nämlich dazu, dass zur Zeit des Faschismus versucht wurde, die italienische Sprache zu „bereinigen“, indem Fremdwörter, wie sie in den Dialekten durch verschiedene Einflüsse vorhanden waren, verboten wurden. Überhaupt sollte das „Unkraut der Dialekte“[60] entfernt werden. Zu einer Nationalsprache wurde „Italienisch“ aber erst später durch vereinheitlichte Schulbildung, aber auch dank der Verbreitung durch die Massenmedien. Trotz der Versuche, die Sprache zu nationalisieren, spielen die Dialekte immer noch eine große Rolle für die regionale Identität.[61] Dass in Makedonien die gemeinsame Sprache wichtiger für die gesamtnationale Identität ist, mag daran liegen, dass sie in diesem Fall erst während oder speziell für die Staatsgründung geschaffen wurde. In Italien hatte der mehr oder weniger einheitliche Staat bereits bestanden, bevor eine Standardsprache definiert wurde. Insgesamt lassen sich aber selbst bei einem derart verkürzten Vergleich sehr gut die Mechanismen der Identitätsbildung erkennen.

## Fazit

Bei einer Betrachtung der Geschichte der Balkanregion, die heute die Republiken Griechenland und Makedonien umfasst, fällt vor allem auf, dass sie sehr wechselvoll und auch von großen Schnitten durchzogen ist. Vom Aufbau der Herrschaft der antiken Makedonen, die von den Römern besiegt wurden, die sich ihrerseits dem Druck verschiedenster „Völker“ – und hier ist er wieder, der so schwierige Begriff, um den sich alles dreht – nachgeben mussten. Später gab es in dem besagten Gebiet den Kampf der „Römer“, die wir heute Byzantiner nennen und die damals im Westen „Griechen“ genannt wurden, gegen die eingewanderten Slawen. Diese Slawen, wiederum in verschiedene „Völker“ mit eigenen Herkunftsgeschichten unterteilt, wurden dann längere Zeit von den Osmanen regiert, bis schließlich der Nationalismus des 19. Jahrhunderts die Gegend aufsplitterte und in verschiedenen Staaten wieder ordnete. Dieser Aufsplitterungsprozess ist noch nicht abgeschlossen, wie aktuelle Beispiele wie Makedonien oder Kosovo zeigen. Es ist an sich schon etwas verwunderlich, dass im Angesicht einer so abwechslungsreichen Geschichte so viel Streit um die Identität von modernen Nationen entstehen kann. Salopp gesagt müsste doch in einer so reichen Vergangenheit genügend Stoff zu finden sein, um eine konfliktfreie Kontinuität zu finden oder zu konstruieren. Die Konstruktion von Kontinuität und Nationalgeschichten selbst muss wohl als legitim gelten, schließlich wird kaum ein moderner Staat zu finden sein, der nicht ein „nation building“ durchgemacht hat, wie es auch am knappen Beispiel Italien sichtbar wurde.

[60] Ebd., S. 31.
[61] Ebd., S. 5–35 und Baasner/Thiel, Italien, S. 100–103.

Das größte Problem in der jungen Republik Makedonien ist der Konflikt mit Griechenland. Die strikte griechische Ablehnung des Namens Makedonien für den neu entstandenen Staat muss wohl letztendlich scheitern, nämlich an dem Problem, dass der zur Verteidigung verwendete kulturelle Begriff selbst ein Konstrukt von Kontinuität ist – nur eben eines, das schon länger existiert. Der Konflikt selbst wird auch im 21. Jahrhundert noch getragen von der Vorstellung einer biologischen Abstammung von einem „Volk" der Vergangenheit. Dass dieses „Volk" der Vergangenheit selbst bereits zweimal konstruiert ist, nämlich einerseits in der Vergangenheit selbst und andererseits aus der heutigen Betrachtung heraus, spielt dabei keine Rolle. Aufgrund dieser konstruierten biologischen Abstammung und somit ethnischen Einheit wird die Schaffung von Identität vorgenommen. Dass dies sogar in Form von genetischen Untersuchungen stattfindet[62] sollte dann aber doch zu denken geben!

Schließlich und endlich scheint es aber keine Rolle zu spielen, dass eine Nationalgeschichte ein Konstrukt ist. Die Republik Makedonien hat jedenfalls inzwischen die gleichen Grundlagen für eine „Nation" wie es andere Staaten haben: Eine Standardsprache, die aus einem bulgarischen Dialekt entwickelt wurde, eine makedonische Ethnie, die in Verbindung mit den antiken Makedonen steht, eine eigenständige Kirche und schließlich eigene nationale Symbole und Mythen. Dabei wird auf verschiedene Zeitebenen zurückgegriffen und deren Konstruktionen einfach übernommen oder eben modifiziert. Schlussendlich ist, auch unter Zuhilfenahme dieser Konstruktionen, ein legitimer Staat in die Mitgliederliste der UNO eingetragen worden, den es zu respektieren gilt.

## Literatur

Adanır, Fikret, Skopje – Eine Balkanhauptstadt, in: Harald Heppner (Hrsg.), Hauptstädte in Südosteuropa. Geschichte, Funktion, nationale Symbolkraft, Wien-Köln-Weimar 1994, S. 149–170.

Angelov, Dimităr, Kurze Zusammenfassung der Geschichte der bulgarischen Gebiete und des bulgarischen Staates bis zur Türkenherrschaft, in: Veselin Bešeliev/Johannes Irmscher (Hrsg.), Antike und Mittelalter in Bulgarien (Berliner Byzantinistische Arbeiten 21), Berlin 1960, S. 33–50.

Arnaiz-Villena, Antonio u. a., HLA genes in Macedonians and in the sub-Saharan origin of the Greeks, in: *Tissue Antigens* 57 (2001), Heft 2, S. 118–127, [http://www.makedonika.org/processpaid.aspcontentid=ti.2001.pdf], eingesehen 12.3.2012.

Baasner, Frank/Thiel, Valeria, Kulturwissenschaft Italien, Stuttgart 2004.

[62] Antonio Arnaiz-Villena, HLA genes in Macedonians and the sub-Saharan origin of the Greeks, in: *Tissue Antigens* 57 (2001), Heft 2, S. 118–127, [http://www.makedonika.org/processpaid.aspcontentid=ti.2001.pdf], eingesehen 12.3.2012.

Bešeliev, Veselin/Irmscher, Johannes (Hrsg.), Antike und Mittelalter in Bulgarien (Berliner Byzantinistische Arbeiten 21), Berlin 1960.

Boaglio, Gualtiero, Italianità. Eine Begriffsgeschichte, Wien 2008.

Brunnbauer, Ulf, Die Nation erschreiben. Historiographie und Nationsbildung in der Republik Makedonien seit 1944, in: Markus Krzoska/Hans-Christian Maner (Hrsg.), Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2005, S. 167–190.

Drougou, Stella, Vergina, in: Manfred Landfester (Hrsg.), Der Neue Pauly, Bd. 15/3, Stuttgart-Weimar 2003, Sp. 991–999.

Errington, R. Malcolm, Makedonia, Makedones (Μακεδονια, Μακεδονες, lat. Macedonia, Macedones), in: Hubert Cancik/Helmuth Schneider (Hrsg.), Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike, Bd. 7, Stuttgart-Weimar 1999, Sp. 726–739.

Farmakis, Constantinos, Die „makedonische Frage“ in der deutschen Politik. Ein Beitrag zum Nationalitätenproblem auf dem Balkan (Europäische Hochschulschriften 254), Frankfurt a. M. u. a. 1994.

Finaldi, Guiseppe Maria, Italian National Identity and the Scramble for Africa. Italy’s African wars in the era of nation-building 1870–1900, Bern 2009.

Gehrke, Hans-Joachim, Mythos, Geschichte, Politik – antik und modern, in: *Saeculum* 45 (1994), S. 239–264.

Gschnitzer, Fritz, Name und Herkunft der Makedonen, in: Yoko Nishina (Hrsg.), Europa et Asia polyglotta – Sprachen und Kulturen. Festschrift für Robert Schmitt-Brandt zum 70. Geburtstag, Dettelbach 2000, S. 58–65.

Heppner, Harald (Hrsg.), Hauptstädte in Südosteuropa. Geschichte, Funktion, nationale Symbolkraft, Wien-Köln-Weimar 1994.

Hill, Peter, Die Herausbildung einer Makedonischen Nation, in: Otto Kronsteiner (Hrsg.), Die Makedonische Frage, Salzburg 1995, S. 201–214.

Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983.

Ders., Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality, Cambridge 1990.

Kronsteiner, Otto (Hrsg.), Die Makedonische Frage, Salzburg 1995.

Krzoska, Markus/Maner, Hans-Christian (Hrsg.), Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2005.

Lepschy, Anna Laura/Lepschy, Giulio, Die italienische Sprache, Tübingen 1986.

Lorenz, Elke/Raab, Andreas, Religionen und Glaubensgemeinschaften in Makedonien, in: Dies. (Hrsg.), Makedonien. Reiches armes Land, Ulm 1997, S. 118–126.

Malkovski, Gorgi, Makedonien vom frühen Mittelalter bis zum Ilinden-Aufstand, in: Elke Lorenz/Andreas Raab (Hrsg.), Makedonien. Reiches armes Land, Ulm 1997, S. 28–34.

Martens, Michael, Namensstreit auf dem Balkan. Mazedonien gehört wem?, in: *FAZ*, 7.12.2011, [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/namensstreit-auf-dem-balkan-mazedonien- gehoert-wem-11554296.html], eingesehen 21.3.2012.

Nishina, Yoko (Hrsg.), Europa et Asia polyglotta – Sprachen und Kulturen. Festschrift für Robert Schmitt-Brandt zum 70. Geburtstag, Dettelbach 2000.

Pergher, Roberta, Staging the Nation in Fascist Italy's „New Provinces", in: *Austrian History Yearbook* 43 (2012), S. 98–115.

Poulton, Hugh, Who are the Macedonians, London 1995.

Schreiner, Peter, Byzanz 565–1453, München 2008.

Srbinovski, Mladen, Die Natur der Makedonischen Standardsprache, in: Otto Kronsteiner (Hrsg.), Die Makedonische Frage, Salzburg 1995, S. 29–36.

Steppan, Hans-Lothar, Der mazedonische Knoten. Die Identität der Mazedonier dargestellt am Beispiel des Balkanbundes 1878–1914, Frankfurt a. M. 2004.

Templar, Marcus A., The Former Yugoslav Republic of Macedonia. A Challenge to the Macedonism of the Slavs, 2008, [http://history-of-macedonia.com/wordpress/2009/02/19/the-former-yugoslav-republic-of-macedonia-a-challenge-to-the-mace donism-of-the-slavs-chapter-7/], eingesehen 18.3.2012.

Tzermias, Pavlos, Die Identitätssuche des neuen Griechentums: eine Studie zur Nationalfrage mit besonderer Berücksichtigung des Makedonienproblems, Freiburg 1994.

Zahrnt, Michael, Makedonien als politischer Begriff in vorrömischer Zeit, in: *Hermes* 130 (2002), Heft 1, S. 48–62.

**Armin Posch** ist Student der Geschichtswissenschaft im 9. Semester an der Universität Innsbruck. Armin.Posch@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Armin Posch, Wer sind die Makedonen?, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 75–95, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Franz-Mathis-Preis 2013

historia.scribere

# Illusion oder Holocaust? Vergleich revisionistischer und progressiver Taktiken der Darstellung des Massakers von Nanjing 1937/38

**Franz Kurz**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof.in Dr.in Eva Pfanzelter Sausgruber

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: BA-Arbeit

## Abstract

**Illusion or Holocaust? A Comparison between revisionist and progressive strategies of depicting the Massacre of Nanjing 1937/38**

This paper compares two extreme views on the Massacre of Nanjing, especially focusing on selected works of Japanese revisionists. First, an overview about the discussion whether the crimes committed by Japanese troops in Nanjing are to be classified as genocidal shall be given. It will then be shown that both sides use similar methods to achieve their goals, which means either to portray the Massacre as a minor incident or as a crime comparable to the Holocaust. The revisionist tactics follow patterns that fit into Adam Jones' classification of denials of genocides.

## Einleitung

Mit dem „Zwischenfall auf der Marco-Polo-Brücke“ am 7. Juli 1937[1] begann die japanische Armee, die bereits seit 1931 die Mandschurei besetzt hielt, eine Großoffensive in China. Im November desselben Jahres wurde Shanghai bombardiert. Damit hatte in Ostasien der Zweite Weltkrieg schon begonnen, während in Europa noch über zwei Jahre bis zum deutschen Angriff auf Polen vergehen sollten. Am 13. Dezember 1937 marschierten japanische Truppen in Nanjing[2], der damaligen Hauptstadt der Guomindang-Regierung[3] unter Jiang Jieshi[4], ein. Die in der Zeit nach der Eroberung durch die japanische Armee begangenen Verbrechen gingen als Massaker von Nanjing in die Geschichte ein, das vor allem Massenmord an Kriegsgefangenen und Zivilisten, Brandstiftung, Plünderung und die Massenvergewaltigungen von Frauen umfasste.

Was genau in den Wochen nach der Einnahme Nanjings in- und außerhalb der Stadt geschah, und ob der Begriff „Massaker“ dafür zutrifft, ist Gegenstand heftiger Kontroversen, geführt in Japan zwischen Progressiven (der „Großmassaker-Fraktion“) und japanischen Revisionisten, die oft dem konservativen politischen Spektrum zuzuordnen sind.[5] Daneben existiert die offizielle chinesische Sichtweise, vertreten von chinesischen Forschern. Spätestens ab den 1990er Jahren war das Thema einer breiten Öffentlichkeit im Westen bekannt. In den USA erlangte das populärwissenschaftliche Buch „The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II“ der sino-amerikanischen Autorin Iris Chang, das auch auf Deutsch erschienen ist, den Status eines Bestsellers.[6] Im deutschsprachigen Raum fand Wissen um das Massaker von Nanjing

[1] Es handelte sich um ein Gefecht zwischen chinesischen und japanischen Truppen auf einer Brücke (chinesisch: *lugou qiao,* auf Deutsch Marco-Polo-Brücke genannt) in der Nähe von Beijing.

[2] Nach dem alten Wade-Giles-Transkriptionssystem auch „Nanking“ geschrieben. Ich werde in dieser Arbeit die modernere Pinyin-Umschrift verwenden. Ausnahmen sind Autorennamen bei Zitationen, und Namen, die ausschließlich in der älteren Schreibweise zu finden sind. Auch wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf pauschal gegenderte Sprache verzichtet.

[3] Deutsch: „Nationale Volkspartei“; nach dem Sturz des Kaiserhauses der Qing 1911 stellte die Partei die Regierung der nunmehrigen Republik China.

[4] Auch: Chiang Kai-Shek (1887–1975), chinesischer „Generalissimus“, Führer der Guomindang und Staatsoberhaupt der Republik China, Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen im Krieg gegen Japan. Jiang floh mit der Guomindang nach dem verlorenen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten unter Mao Zedong nach Taiwan, wo er bis zu seinem Tod an der Macht blieb.

[5] Takashi Yoshida, A Battle over History. The Nanjing Massacre in Japan, in: Joshua A. Fogel (Hrsg.), The Nanjing Massacre in History and Historiography (Asia: Local Studies/Global Themes 2), Berkeley-Los Angeles-London 2000, S. 70–132, hier S. 71.

[6] Iris Chang, Die Vergewaltigung von Nanking. Das Massaker in der chinesischen Hauptstadt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, Zürich-München 1999.

durch das Tagebuch des „guten Deutschen von Nanking“, John Rabe[7], Verbreitung, dessen Erinnerungen sogar verfilmt wurden.[8]

Trotz (oder gerade aufgrund) ihrer zum Teil extrem gegensätzlichen Positionen sind japanische Wissenschaftler insgesamt führend in der Erforschung des Themas. Eingeteilt nach den jeweils vertretenen Opferzahlen, werden im Wesentlichen drei „Schulen“ unterschieden: Die Illusionisten, die das Massaker ganz bestreiten, die „(Groß)massaker-Fraktion“, die von 100.000 oder mehr Opfern ausgeht, sowie die Vertreter jener Gruppe, die der Ansicht ist, dass die Wahrheit irgendwo dazwischen liegt.[9] Keineswegs alle davon sind Fachhistoriker; auch eine Reihe von „Laien“, wie etwa Journalisten, ist an der Diskussion beteiligt. Zu den wichtigsten unter ihnen gehört der Journalist Katsuichi Honda, der in den 1970er Jahren nach China reiste und in der linksliberalen Zeitung „Asahi Shinbun“ eine Artikelserie mit Zeitzeugeninterviews über das Massaker von Nanjing veröffentlichte, die später als Buch erschienen ist.[10] Während Honda zur „Großmassaker-Fraktion“ gezählt wird, ist Akira Suzuki, ebenfalls Journalist, gewissermaßen sein Counterpart aus dem revisionistischen Lager. Analog zu Hondas Interviews mit chinesischen Zeitzeugen befragte Suzuki japanische Soldaten nach ihren Kriegserinnerungen.[11]

Ein prominenter Nichtakademiker unter den Leugnern ist Masaaki Tanaka, ein Kriegsveteran, der angeblich unter Iwane Matsui, dem Kommandanten der japanischen Truppen, die Nanjing eroberten, gedient hat.[12] Tanaka ist ein Revisionist der ersten Stunde und mindestens eines seiner Werke (das eben zitierte) ist auf Englisch übersetzt worden.

Ein namhafter Vertreter jener Wissenschaftler, die der „Massaker-Fraktion“ zuzurechnen sind, ist der Historiker Tokushi Kasahara.[13] Darüber hinaus sind noch zwei revisionistische Akademiker zu nennen, Nobukatsu Fujioka, der führende Revisionist der 1990er

[7] John Rabe (1882–1950), Siemens-Mitarbeiter und NSDAP-Mitglied, war Mitglied jener Gruppe von Europäern und US-Amerikanern, die die Nanking Sicherheitszone (NSZ) einrichteten, einen geschützten Bereich innerhalb der Stadt, in dem Zivilisten Zuflucht suchen konnten. Aufgrund seiner Parteimitgliedschaft wird er manchmal auch der „gute Nazi von Nanjing“ genannt.

[8] Erwin Wickert (Hrsg.), John Rabe. Der gute Deutsche von Nanking, Stuttgart 1997.

[9] David Askew, New Research on the Nanjing Incident, in: Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org/-David-Askew/1729], eingesehen 18.5.2012; Daqing Yang, Convergence or Divergence? Recent Historical Writings on the Rape of Nanjing, in: *The American Historical Review* 104 (1999), Nr. 3, S. 842–865, hier S. 846, [http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2650991.pdf?acceptTC=true], eingesehen 7.5.2012.

[10] Katsuichi Honda, Chūgoku no tabi [Chinareisen], Tokio 1972.

[11] Yoshida, Battle over History, S. 81–83; Akira Suzuki, ”Nankin daigyakusatsu“ no maboroshi [Die Illusion des „Nanjing-Massakers“], Tokio 1973.

[12] Masaaki Tanaka, What really happened in Nanking. The Refutation of a Common Myth, Tokio 2000, S. vi.

[13] Tokushi Kasahara, Nankin Jiken to Sankōsakusen [Der Nanjing-Zwischenfall und die 3-Alles-Strategie], Tokio 1999.

Jahre,[14] und Shūdō (auch Osamichi) Higashinakano, der in jüngster Zeit eine dominierende Rolle in seinem Lager einnimmt.[15] Der bedeutendste Vertreter der Mittelfraktion ist wahrscheinlich Ikuhiko Hata, der mit seinem „Nankin Jiken“ ein Standardwerk über das Nanjing-Massaker verfasst hat (wenngleich er das Wort „Massaker“ vermeidet).[16]

Die chinesische Forschung ist aufgrund der politischen Brisanz des Themas zum Teil problematisch, was die Objektivität der Darstellung anbelangt. Eine Relativierung oder gar Leugnung wäre in China unmöglich.[17] Diskussionen finden daher nicht im selben Maße wie in Japan statt. Die offiziell von der Regierung vertretene Opferzahl (mindestens 300.000) ist beinahe sakrosankt, lediglich Korrekturen nach oben wären denkbar. Zu den bedeutendsten chinesischen Nanjing-Forschern gehört Zhaiwei Sun, Mitautor des Werkes „Nanjing Datusha“.[18]

In den letzten zwanzig Jahren erschienen auch vermehrt Publikationen auf Englisch über das Massaker von Nanjing. Neben zahlreichen Artikeln in Fachzeitschriften sind auch zwei Sammelbände erwähnenswert: Joshua A. Fogels „Nanjing Massacre in History and Historiography“[19] und Bob Tadashi Wakabayashis „The Nanking Atrocity 193738. Complicating the Picture“[20]. Das letztere Werk enthält zahlreiche Aufsätze japanischer Forscher, deren Publikationen sonst in der Regel nicht auf Englisch erhältlich sind. Fogels Buch beinhaltetet zwar ebenfalls Beiträge von je einem japanischen und chinesischen Forscher, Takashi Yoshida und Daqing Yang, beide sind jedoch an US-amerikanischen Universitäten tätig.

Die deutschsprachige Literatur zum Thema ist etwas rarer gestreut als die japanische oder englischsprachige. Als einschlägige Werke finden sich beispielsweise das eingangs erwähnte, von Erwin Wickert herausgegebene Tagebuch von John Rabe und das 2007 erschienene „Nanking-Massaker 1937/38“ von Uwe Makino[21], einem an der Chūō-Universität in Tokio lehrenden Germanisten.

Bei der Fülle von Meinungen über den „Tathergang“ des Verbrechens und seine Bewertung stellte sich in erster Linie die Frage, wie die Vertreter der extremen Positionen

[14] Yoshida, Battle over History, S. 98.
[15] Shudo Higashinakano, The Nanking Massacre: Fact versus Fiction. A Historian’s Quest for the Truth, Tokio 2005; siehe hierzu Tokushi Kasahara, Higashinakano Osamichi: The Last Word in Denial, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 304–329.
[16] Ikuhiko Hata, Nankin Jiken. ”Gyakusatsu“ no Kōzō [Der Nanjing-Zwischenfall. Struktur des „Massakers“], Tokio 1986.
[17] Askew, New Research on the Nanjing Incident.
[18] Zhaiwei Sun u. a., Nanjing Datusha [Das Nanjing-Massaker], Beijing 1997.
[19] Fogel, Nanjing Massacre in History and Historiography.
[20] Bob Tadashi Wakabayashi (Hrsg.), The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007.
[21] Uwe Makino, Nanking-Massaker 1937/38. Japanische Kriegsverbrechen zwischen Leugnung und Überzeichnung, Norderstedt 2007.

argumentieren. Ist die „Leugnung“ bzw. „Übertreibung“ des Massakers von Nanjing allein den ideologischen Ansichten der Beteiligten geschuldet oder sind ihre Schlussfolgerungen nachvollziehbar?

Die hier bearbeitete These lautet, dass die Argumentation nur auf den ersten Blick schlüssig erscheint, sich bei eingehender Analyse aber Schwächen offenbaren. Eine objektive und unvoreingenommene Erforschung des Themas findet nicht statt, vielmehr bestimmen die Anschauungen bereits das Ergebnis. Zusätzlich lässt sich feststellen, dass Revisionisten und „Übertreiber“ oftmals dieselben Methoden anwenden. Dabei sind Muster erkennbar, die es erleichtern, die Strategie der Autoren zu durchschauen. Dies soll in dieser Arbeit anhand konkreter Beispiele nachgewiesen werden.

Dazu ist zunächst die Argumentation dreier revisionistischer Werke zu analysieren, die auch in englischer Übersetzung zur Verfügung stehen. Die beiden Hauptquellen sind Masaaki Tanakas „What really happened in Nanking. The Refutation of a Common Myth“ und Shūdō Higashinakanos „The Nanking Massacre: Fact versus Fiction. A Historian’s Quest for the Truth“. Das dritte Werk wurde von Higashinakano mitverfasst, darin werden hauptsächlich Fotos des Massakers als angebliche Fälschungen entlarvt.[22] Tanaka repräsentiert die Nichtakademiker unter den Leugnern, während Higashinakano ein typischer Vertreter der akademischen Revisionisten ist. Die genannten Titel stellen eine repräsentative Auswahl an revisionistischen Büchern über das Thema dar. Dabei soll, sofern dies möglich ist, eine Einteilung ihrer Argumente nach Adam Jones’ Klassifikationen zur Leugnung von Genoziden durchgeführt werden.[23]

Das andere Extrem neben den Leugnungen des Massakers bildet die an Übertreibung grenzende Darstellung des Ereignisses. Diese Sichtweise wird – wie zu erwarten war – vor allem in chinesischen Publikationen vertreten. Da chinesische Werke kaum auf Englisch übersetzt werden und mangels Sprachkenntnissen nicht mit den Originalen gearbeitet werden konnte, wird stattdessen Iris Changs „Die Vergewaltigung von Nanking“ exemplarisch analysiert.[24] Obwohl Chang US-Amerikanerin ist (und erwiesenermaßen von zahlreichen Fehlern durchzogen), stützt sich die Autorin großteils auf chinesische Darstellungen und kommt in ihrer Beschreibung des Massakers von Nanjing der chinesischen Perspektive sehr nahe. Außerdem fanden die von ihr vertretenen Thesen dermaßen große Verbreitung, dass kaum eine Arbeit über das Thema sie unerwähnt lässt, wenngleich sie keine Historikerin ist.

Daneben wird in erster Linie US-amerikanische Fachliteratur herangezogen, mit deren Hilfe die Schwächen in der Argumentation der radikalen Fraktionen aufgezeigt werden

[22] Shudo Higashinakano/Susumu Kobayashi/Shinjiro Fukunaga, Analyzing the „Photographic Evidence“ of the Nanking Massacre, Tokio 2005.
[23] Adam Jones, Genocide. A Comprehensive Introduction, London-New York 2011², S. 517–520.
[24] Chang, Die Vergewaltigung von Nanking.

sollen, insbesondere die Sammelbände von Wakabayashi und Fogel. Hinzu kommen von Wissenschaftlern im Internet veröffentlichte Beiträge, besonders wertvoll war hier die Website „Japan Focus“.[25]

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile; im ersten soll die Frage behandelt werden, ob das Massaker von Nanjing die Kriterien eines Genozids erfüllt. Dies soll eine grundlegende Orientierung über die Problematik bieten. Im zweiten Abschnitt, der den Schwerpunkt der Arbeit darstellt, steht die Fraktion der Revisionisten im Mittelpunkt, anhand der genannten Werke. Der dritte Teil befasst sich vergleichend mit Iris Changs Darstellung, die stellvertretend für die chinesische Seite steht.

Da in diesem Aufsatz die Begriffe „Revisionismus“ und „Leugnung“ mehr oder weniger synonym verwendet werden, soll noch geklärt werden, ob dies überhaupt zu rechtfertigen ist. Die japanischen Autoren, auch die hier behandelten, werden in der Regel als „Revisionisten“ bezeichnet und würden diesen Begriff wohl auch selbst bevorzugen. Prinzipiell ist der Ausdruck nicht negativ konnotiert, vielmehr bringt er nur den Versuch zum Ausdruck, bestehendes (Geschichts)-Wissen zu hinterfragen beziehungsweise auch zu widerlegen. Das Wort „Leugnung“ impliziert bereits die Tendenz, wider besseres Wissen das Gegenteil von etwas zu behaupten und eindeutig belegte Sachverhalte nicht zu akzeptieren. Wie noch gezeigt wird, ist der selbstgestellte Anspruch von Higashinakano, Tanaka und anderen ersteres, bei genauer Prüfung ihrer Darstellungen kommt man aber zu dem Schluss, dass dies fast ausschließlich auf die Leugnung der „Tatsachen“ hinausläuft. Mit der Bezeichnung „Revisionisten“ wird dabei lediglich Objektivität suggeriert, die so aber nicht besteht. Die Strategie besteht von Anfang an darin, zu widerlegen, dass das Massaker von Nanjing stattgefunden habe. Der Begriff der Leugnung wäre hier demnach angemessener. Da aber auch in der Forschung beide Wörter in Gebrauch sind und die Grenzen mitunter verschwimmen, wurde dennoch auf beide Ausdrücke zurückgegriffen.

## 1. „Massaker“, „Gräueltat“ oder „Zwischenfall“?

Die Komplexität des Themas zeigt sich ansatzweise schon daran, dass es keinen einheitlichen Begriff gibt, der durchgehend in der Literatur zu finden ist. Im Westen ist, nicht zuletzt seit Changs Veröffentlichung *The Rape of Nanjing* („Die Vergewaltigung von Nanjing“) die am häufigsten verwendete Bezeichnung. Ebenfalls gängig ist der Begriff „Massaker von Nanjing“ (beziehungsweise *Nanjing Massacre* auf Englisch), die chinesischen und japanischen Entsprechungen sind *Nanjing datusha* und *Nankin daigyakusatsu* („Nanjing-Großmassaker“). In Japan ist hauptsächlich der Terminus *Nankin jiken* („Nanjing-Zwischenfall“) in Gebrauch.[26] Trotz des euphemistischen Klangs

[25] Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org], eingesehen 19.5.2012.
[26] Daqing Yang, A Sino-Japanese Controversy: The Nanjing Atrocity as History, in: *Sino-Japanese Studies* 3 (1990), Nr. 1, S. 14–35, hier S. 14, 29.

wird „Zwischenfall“ nicht ausschließlich von Leugnern des Massakers verwendet, auch linksgerichtete japanische Autoren benutzen den Ausdruck.[27] *Nanjing Atrocity* („Nanjing-Gräueltat“) findet sich in der Fachliteratur, wie in dem von Bob Tadashi Wakabayashi herausgegebenen Sammelband „The Nanking Atrocity“.[28] Mit dem Begriff *Atrocity* soll laut Wakabayashi vermieden werden, sich nur auf einen konkreten Strafbestand, nämlich die Tötung von Menschen, zu beschränken, wie es der Begriff Massaker impliziert. Neben der massenhaften Ermordung von Menschen gab es unter anderem zahlreiche Fälle von Vergewaltigung, Brandstiftung und Plünderung.[29]

Ich habe mich dennoch für die Verwendung des Begriffes Nanjing-Massaker in dieser Arbeit entschieden, da er das schlimmste Verbrechen, die massenhafte Ermordung von Menschen, klar benennt, jedoch andere Straftaten wie Vergewaltigungen, die als Teil des Massakers gesehen werden können, nicht zwangsläufig ausschließt. Wenngleich eine adäquate Benennung sicherlich wichtig ist, kann es ob der regen Diskussionen über den Inhalt wohl keine Formulierung geben, die letztendlich jeden zufrieden stellen würde.

## 2. War das Massaker von Nanjing ein Genozid?

Laut der von Raphael Lemkin geprägten UN-Konvention von 1948 werden unter Genozid Handlungen verstanden, welche zum Ziel haben, eine nationale, „rassische“, ethnische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise auszulöschen. Dies kann durch Tötungen, personelle und strukturelle Gewalt, Geburtenverhinderung oder Umerziehung beziehungsweise Wegnahme von Kindern geschehen.[30] Trotz der zahlreichen Diskussionen über die Schwächen dieser Definition und zahlreicher Änderungsvorschläge hat sie bis heute Gültigkeit, da kein Konsens über eine Alternative besteht.[31]

Aus der Warte der UN-Konvention gehört das Massaker nicht zu den anerkannten Genoziden des 20. Jahrhunderts, Adam Jones bezeichnet es als „weltweites Synonym für Kriegsverbrechen“.[32] Es gab aber vereinzelt Bestrebungen, das Massaker von Nanjing mit dem Holocaust gleichzusetzen, etwa durch den Historiker Wu Tien-wei, der schrieb, verglichen mit dem Massaker von Nanjing „erscheinen die Gaskammern von Auschwitz

[27] Bob Tadashi Wakabayashi, The Messiness of Historical Reality, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 3–28, hier S. 16.
[28] Wakabayashi, The Nanking Atrocity.
[29] Wakabayashi, The Messiness of Historical Reality, S. 16.
[30] Wikipedia, Völkermord, letztmals aktualisiert am 12.5.2012, [http://wikipedia.org/wiki/Genozid], eingesehen 16.5.2012.
[31] Siehe hierzu Jones, Genocide, S. 15–22.
[32] Wikipedia, Völkermord, letztmals aktualisiert 12.5.2012, [http://wikipedia.org/wiki/Genozid], eingesehen 16.5.2012; Jones, Genocide, S. 72.

human."[33] Auch der Originaltitel von Iris Changs bereits erwähntem „The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II" weist in diese Richtung.

Die Größenordnung der tatsächlichen Opferzahlen ist in dieser Diskussion ein entscheidender Punkt, und hier gibt es auch unter seriösen Forschern große Diskrepanzen. David Askew, der das Massaker sowohl zeitlich als auch räumlich eng fasst, geht von mindestens 5.000 durch die Japaner ermordeten Zivilisten aus.[34] Andere Experten (und solche, die vorgeben, Experten zu sein) geben Gesamtzahlen für alle Getöteten an, die von wenigen Dutzend bis hin zu Hunderttausenden reichen. Die offizielle chinesische Opferzahl ist 300.000, allerdings gibt es in China Schätzungen, die von über 400.000 Toten ausgehen.[35] Auch Iris Chang nimmt eine ähnlich hohe Zahl an, „möglicherweise zwischen 300.000 und 400.000 Menschen."[36] Das Internationale Militärtribunal für den Fernen Osten (IMTFE)[37], vor dem einige ranghohe japanische Militärs und Politiker angeklagt waren, geht von über 200.000 Opfern aus.[38]

In Japan werden heute allgemein niedrigere Zahlen angesetzt; wenn jene Schätzungen nicht dazu gezählt werden, die aus revisionistischen Kreisen stammen, bewegen sich die Opferzahlen zwischen etwa 40.000 nach Einschätzung des Militärhistorikers Ikuhiko Hata[39] und 100.000 bis 200.000 laut Tokushi Kasahara[40]. Zugegebenermaßen besteht hier ein gewisser Graubereich zwischen den Fraktionen. So wird Hata manchmal zu den Revisionisten gezählt, obwohl er nicht leugnet, dass ein Massaker stattgefunden hat, aber den chinesischen Opferzahlen vehement widerspricht.[41]

In einer jüngeren Schätzung der in Nanjing (ohne das Umland) getöteten Menschen, die er mit Quellen belegt, kommt Bob Tadashi Wakabayashi auf insgesamt 109.475. Davon seien zwischen 29.240 und 63.260 Opfer des Massakers (also nicht im Kampf um die

[33] "The Auschwitz gas chambers appear humane", Wu Tien-wei, zit. nach: Joshua A. Fogel, The Nanking Atrocity and Chinese Historical Memorial, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 267–284, hier S. 275.
[34] David Askew, Part of the Numbers Issue: Demography and Civilian Victims, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 86–114, hier S. 112.
[35] Daqing Yang, The Challenges of the Nanjing Massacre: Reflections on Historical Inquiry, in: Joshua A. Fogel (Hrsg.), The Nanjing Massacre in History and Historiography (Asia: Local Studies/Global Themes 2), Berkeley-Los Angeles-London 2000, S. 133–179, hier S. 151; Askew, Part of the Numbers Issue, S. 86.
[36] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 111.
[37] *International Military Tribunal for the Far* East, IMTFE, Sitz in Tokio.
[38] HyperWar Foundation, Judgment International Military Tribunal for the Far East, Teil B, Kapitel VIII: Conventional War Crimes (Atrocities), S. 1015, o. D., [http://www.ibiblio.org/hyperwar/PTO/IMTFE/IMTFE-8.html], eingesehen 18.5.2012.
[39] Ikuhiko Hata, zit. nach: Uwe Makino, Nanking-Massaker 1937/38. Japanische Kriegsverbrechen zwischen Leugnung und Überzeichnung, Norderstedt 2007, S. 198 f.
[40] Tokushi Kasahara, zit. nach Makino, Nanking-Massaker 1937/38, S. 202 f.
[41] Joshua A. Fogel, Response to Herbert P. Bix, „Remembering the Nanking Massacre", in Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org/-Joshua_A_-Fogel/1637], eingesehen 18.5.2012.

Stadt gefallen), Wakabayashi selbst bevorzugt hier eine Zahl zwischen dieser Unter- und Obergrenze, nämlich 46.215.[42]

Gründe, warum die Zahlen in der Forschung dermaßen differieren, sind, neben der schwierigen Quellenlage, die unterschiedlichen Auslegungen, wer als Opfer zu betrachten ist. Um auf niedrigere Zahlen zu kommen, argumentieren vor allem japanische Revisionisten, dass die chinesischen Soldaten keinen formellen Status als Kriegsgefangene gehabt hätten. Nach der Schlacht hätten viele ihre Uniformen ausgezogen und sich einfach unter die Zivilisten gemischt. Auch eine formelle Kapitulation durch einen Kommandanten habe es nicht gegeben. Folglich seien die chinesischen Soldaten das gewesen, was heute als *unlawful combatants*[43] bezeichnet wird, und wären deshalb nicht durch das Kriegsrecht geschützt gewesen.[44] Die Gefahr einer möglichen Wiederbewaffnung hätte ihre Exekution durch die japanische Armee gerechtfertigt.

Die Zweifelhaftigkeit dieser Argumentation ist offensichtlich. Es ist zudem unklar, ob für die japanische Armee denn tatsächlich eine derartig große Gefahr bestand. Jedenfalls wird hier versucht, mittels juristischer Spitzfindigkeit die massenhafte Hinrichtung von zu diesem Zeitpunkt wehrlosen Menschen als legitim hinzustellen. Allein schon die von Askew vorsichtig errechnete Zahl von 5.000 zivilen Todesopfern rechtfertigt es aber, von einem Massaker zu sprechen, obwohl getötete Kriegsgefangene darin nicht enthalten sind.

Der kritische Punkt bei der Frage, ob das Massaker von Nanjing die Kriterien eines Genozids erfüllt, ist, ob die Aktionen der japanischen Armee die Vernichtung der Chinesen *als Gruppe* zum Ziel hatten. Tatsächlich ist es äußerst schwer nachzuweisen, inwieweit Planung hinter den Verbrechen stand. Die Exekution von Kriegsgefangenen war Offizieren bekannt und bedurfte in diesem großen Ausmaß an Organisation. Auch der systematische Raub von chinesischen Kulturgütern[45] beweist, dass die Verbrechen teilweise durchaus gezielt ausgeführt wurden. Die massenhaften Vergewaltigungen wurden zwar nicht befohlen, aber die Soldaten praktisch nicht bestraft. Jones bezeichnet dies als einen der schlimmsten Fälle von „genozidaler Vergewaltigung“ mit zehntausenden durch japanische Soldaten vergewaltigten Frauen.[46]

Joshua A. Fogel bezweifelt, dass hinter dem Massaker eine der NS-Ideologie vergleichbare Anschauung bestand, welche die Chinesen als „Untermenschen“ diskriminierte. Die Japaner sahen auf die Chinesen herab; einen Plan, sie auszurotten, wie im Falle des

[42] Bob Tadashi Wakabayashi, Leftover Problems, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 357–393, hier S. 370–372.
[43] Siehe hierzu beispielsweise Wikipedia, Ungesetzlicher Kombattant, aktualisiert 28.1.2012, [http://de.wikipedia.org/wiki/Ungesetzlicher_Kombattant], eingesehen 18.6.2012.
[44] So beispielsweise Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. ii und 274 f.
[45] Makino, Nanking-Massaker 1937/38, S. 149–152.
[46] Jones, Genocide, S. 470.

Armeniengenozids oder des Holocausts, gab es jedoch nicht.[47] Das Massaker war ein „andauerndes, bestialisches Pogrom“, den Massenmorden fehlte jedoch ein „vorgefasster Masterplan“.[48]

Adam Jones hält fest, dass die Japaner sich, ähnlich wie die Deutschen, als überlegen gegenüber anderen Völkern betrachteten, wenngleich er einschränkt, dass diese nicht als „‚Untermenschen‘“ im Sinne der NS-Ideologie angesehen wurden. Ihnen stand zumindest eine Art „Heloten-Status“ zu. Auch hier wird deutlich, dass den Chinesen, trotz rassistischer Vorurteile, das Recht auf Leben nicht abgesprochen wurde, die Japaner wollten sie beherrschen, nicht ausrotten. Dennoch führte dies laut Jones zur Anwendung „genozidaler Technologien“, er nennt hier die „medizinischen“ Experimente der Einheit 731 in Harbin (Mandschurei).[49] Diese sind vergleichbar mit jenen Versuchen, die Joseph Mengele in Auschwitz an Menschen durchführte. Es wurden beispielsweise Personen absichtlich mit Pest- oder Cholerabakterien infiziert oder extremer Kälte ausgesetzt.[50]

Fogel betont, dass die einzige Ideologie, die der japanischen Expansion zugrunde lag, der sich auf den Kaiser gründende Staat (*kokutai*, zu Deutsch „Staatskörper“[51]) war. Wer sich dagegen auflehnte, wurde als Feind betrachtet, der vernichtet werden musste. Dies richtete sich aber nicht ausschließlich gegen die Chinesen, auch japanische Kommunisten wurden deswegen drangsaliert.[52] Folgt man dieser Ansicht konsequent, könnte man argumentieren, dass die Chinesen nicht massakriert wurden, weil sie Chinesen waren, sondern aufgrund der Weigerung, sich unter die Herrschaft des *tennō*[53] zu begeben. Dies rechtfertigt natürlich keinesfalls die Ermordung von Zivilisten und Kriegsgefangenen, aber es bleiben insgesamt berechtigte Zweifel, ob der Begriff Genozid für die Verbrechen der Japaner in Nanjing angewandt werden kann. Die Forschung ist in diesem Fall wie gezeigt sehr vorsichtig mit der Anwendung. Auch Adam Jones vermeidet in seinem Standardwerk das explizite „Label“ Genozid. Das ändert nichts daran, dass während der Besetzung von Nanjing entsetzliche Gräueltaten von japanischen Soldaten verübt worden sind.

[47] Joshua A. Fogel, The Nanking Atrocity and Chinese Historical Memorial, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 267–284, hier S. 278 f.
[48] „continuous, bestial pogrom“; „preconceived master plan“, Ebd., S. 278.
[49] „subhumans“; „helot status“; „genocidal technologies“, Jones, Genocide, S. 73.
[50] Eine ausführliche Beschreibung der Verbrechen an dieser Stelle würde den Rahmen der Arbeit sprengen, siehe hierzu Hal Gold, Unit 731 Testimony, Boston-Rutland, Vermont-Tokio $^{4}$2003.
[51] Zum japanischen Staatssystem siehe beispielsweise Masao Maruyama, Denken in Japan, Frankfurt am Main 1988.
[52] Fogel, Nanking Atrocity and Chinese Historical Memorial, S. 279.
[53] Offizieller Titel des japanischen Kaisers, zur damaligen Zeit war dies Hirohito, posthum *shōwa-tennō*, der von 1926 bis zu seinem Tod 1989 japanischer Kaiser war.

## 3. Die Argumentation der Revisionisten

### 3.1. „Wir würden so etwas nie tun!“

Eines der ersten vorgebrachten Argumente, die suggerieren, in Nanjing hätte kein Massaker stattgefunden, findet sich bereits im Vorwort von Tanakas Buch. Iwane Matsui, Kommandant der japanischen Truppen, vom IMTFE zum Tode verurteilt, wird als rechtschaffener Offizier beschrieben, seine Eroberungen in China seien geradezu heldenhaft gewesen. Insgesamt gleicht dieser Teil einem Loblied auf den japanischen General.[54] Der Sinn und Zweck der Ausführungen erschließt sich durch folgenden Satz: „Hätte ein so ehrenhafter und ethischer Offizier wie Gen. Matsui das Massaker an 300.000 Chinesen befohlen oder sanktioniert?“[55] Hierdurch soll die Unschuld des Kommandanten nahe gelegt werden, nach dem Prinzip: „Ein guter Mensch kann unmöglich etwas so Böses tun.“ Das Problem ist, dass dadurch überhaupt nichts bewiesen wird, die Darstellungen sollen beim Leser lediglich Sympathie für die japanische Armee erzeugen. Es erschließt sich aus dem Text, dass Tanaka eine persönliche Beziehung zu Matsui hatte.[56] Dadurch entsteht bereits der Eindruck, das Buch sei nur geschrieben, um den General (und damit auch seine Armee) von jeglicher Schuld reinzuwaschen. Objektivität kann Tanaka damit nicht für sich in Anspruch nehmen. Es fände sich gar in der gesamten japanischen Geschichte „kein einziges Beispiel für planmäßigen und systematischen Mord.“[57]

Hier ist bereits ein klassisches Muster in der Argumentation von Revisionisten erkennbar, das Adam Jones mit den Worten „We would never do that“[58] beschreibt. Noch bevor die genaueren Ereignisse angesprochen werden, schickt Tanaka voraus, dass es aufgrund der moralischen Überzeugungen der angeblichen Täter undenkbar ist, dass sie das Verbrechen tatsächlich begangen hätten.

Eine ähnliche Stelle findet sich auch im Vorwort bei Higashinakano Shūdō, der allerdings die Institution der japanischen Armee als Ganzes für seine Argumentation benutzt. Die Japaner hätten sowohl jüdischen Flüchtlingen aus dem Deutschen Reich Zuflucht gewährt als auch geflohenen Chinesen geholfen, nach Nanjing zurückzukehren. Dieselben Leute hätten nicht gleichzeitig ein Massaker verübt haben können.[59] Das Muster bleibt dasselbe, es sollen noch vor der eigentlichen Argumentation Zweifel gesät werden, dass die japanische Armee solch schreckliche Verbrechen begehen hätte können.

[54] Tanaka, What really happened in Nanking, S. iv–vi.
[55] „Would an officer as honorable and ethical as Gen. Matsui have ordered or sanctioned the massacre of 300.000 Chinese?”, Ebd., S. vi.
[56] Ebd., S. vi–vii.
[57] Ian Buruma, Erbschaft der Schuld. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan, München-Wien 1994, S. 154.
[58] Jones, Genocide, S. 520.
[59] Higashinakano, The Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. v–vi.

In einem dritten revisionistischen Werk, in dem zeitgenössische Fotoaufnahmen aus Nanjing analysiert werden, wird ebenfalls auf diese Taktik zurückgegriffen.[60] Das Vorwort stammt von Higashinakano, der anhand zweier Fotos (C und D)[61], auf denen japanische Soldaten Kekse und Ähnliches an Chinesen verteilen, wiederum das humane Verhalten der japanischen Armee unterstreicht. Demnach seien hierauf keine Anzeichen von Angst bei den Chinesen zu erkennen, was bei einem vorangegangenen Massaker doch zu erwarten sein müsse. Es wird auch nahegelegt, die Fotos seien authentisch.[62] Hier wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen: Alle Fotos, die japanische Verbrechen zeigen, werden (zu Recht) einer genauen Prüfung unterzogen; hingegen jene, auf denen die Japaner als „Wohltäter des chinesischen Volkes" dargestellt sind, völlig unkritisch akzeptiert. Warum sollten gerade diese Bilder, die in die zeitgenössische japanische Darstellung des Krieges als „Befreiungskampf" Ostasiens gegen den westlichen Imperialismus passen, keine Propaganda sein? Es wäre naiv anzunehmen, dass es solche Versuche nicht gegeben hätte. Das Verteilen von Süßigkeiten an Kinder ist jedenfalls kein Gegenbeweis für japanische Kriegsverbrechen. Letzten Endes werden hier japanische Propagandamotive nur perpetuiert, wodurch das Buch seinem Anspruch, möglicherweise gefälschte oder gestellte Fotos des Massakers zu entlarven, nicht gerecht wird.

Wenn mit dieser Grundeinstellung (um nicht zu sagen, mit diesem Vorurteil) an die Erforschung eines Ereignisses herangegangen wird, steht zu befürchten, dass nun mit allen Möglichkeiten der Versuch erfolgt, das Bild von einer „anständigen" japanischen Armee mit tugendhaften und ehrbaren Offizieren aufrecht zu erhalten.

### 3.2. „Niemand hat es gesehen!"

Eine weitere Strategie, das Massaker von Nanjing zu leugnen, besteht darin, jene Personen, die davon berichten, zu diskreditieren. Higashinakano beispielsweise bezeichnet Miner Searle Bates, Geschichtsprofessor und ebenfalls Mitglied des Internationalen Komitees der Nanking-Sicherheitszone, als „Berater der Guomindang-Regierung".[63] Bates schickte einen Bericht an den britischen Journalisten Harold Timperly, der von jenem in dessen Buch „What War means" verwendet wurde. Darin nimmt Bates aufgrund von Begräbniszahlen eine Opferzahl von 40.000 Menschen an, wovon etwa 30 Prozent Zivilisten gewesen wären. Timperley wird als „Berater der Propagandaabteilung der GMD" tituliert.[64] Zusätzlich betont Higashinakano, dass in den meisten Fällen keine Augenzeugenberichte für Tötungen oder andere Verbrechen existieren, sondern lediglich

[60] Higashinakano u. a., Analyzing the „Photographic Evidence".
[61] Ebd., S. 8.
[62] Ebd., S. 9.
[63] „adviser to the GMD [Guomindang] government", Higashinakano u. a., Analyzing the „Photographic Evidence", S. 4.
[64] „adviser to the Chinese Nationalist Party's [Guomindang (GMD)] central propaganda bureau", Ebd.

vom Hörensagen berichtet wird.[65] Damit schickt er voraus, dass alles, was über japanische Verbrechen verbreitet wird, auf zweifelhaften Quellen, verfasst von Personen mit dubiosem Hintergrund, beruhe.

Higashinakano behauptet zudem, das Propagandabüro habe in einer chinesischen Übersetzung von Timperleys Buch die Erwähnung der 40.000 Opfer absichtlich ausgelassen, da sie in China als Fälschung entlarvt worden wäre. Dies sei lediglich als Propaganda für den „unwissenden Westen“ gedacht gewesen, um antijapanische Ressentiments zu schüren.[66] Damit stellt er die These auf, nicht einmal die chinesische Regierung, für die es wohl genügend Gründe gebe, japanische Kriegsverbrechen propagandistisch auszuschlachten, hätte an ein Massaker in Nanjing geglaubt.[67]

Während zuerst die Zeugen aufgrund ihrer (angeblichen) Kontakte zur GMD implizit als unglaubwürdig diffamiert werden, erscheint die GMD anschließend sogar als Quelle für die Nichtexistenz eines Massakers. Selbst wenn man der Argumentation soweit folgen würde, ist das kein logischer Schluss. Die chinesische Regierung wird wohl kaum aus Angst, der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigt zu werden, auf eine Erwähnung von (angeblich) erfundenen Opferzahlen verzichtet haben. Vielmehr wäre es gerade im eigenen Land zielführend gewesen, Propaganda zu verbreiten, um den Widerstand in der Bevölkerung anzufachen. Hier konstruiert der Autor aus einer vom Original abweichenden Übersetzung, was immer für Gründe diese haben mag, eine großangelegte Verschwörung zwischen GMD und westlichen Beobachtern mit dem Ziel, Gerüchte über die Grausamkeit der Japaner in der Welt zu verbreiten.

John Rabes Tagebuch, sicherlich eine der weltweit bekanntesten Quellen über das Massaker von Nanjing, widmet Higashinakano in einem seiner Werke ein ganzes Kapitel.[68] Jedoch scheint es ihm in erster Linie ein Anliegen zu sein, die Einträge darin in Frage zu stellen und Rabe als zweitklassigen Zeugen hinzustellen, da er Weniges von dem, was er berichte, mit eigenen Augen gesehen habe. Als „Beweise“ für die angebliche Unzuverlässigkeit Rabes führt er Unterschiede im Tagebuch zu Rabes Berichten an Adolf Hitler an. So werden alle Erwähnungen von Verbrechen in den Berichten, die nicht auch im Tagebuch oder in „irgendwelchen anderen Aufzeichnungen“ stehen, schlichtweg als „Erfindungen“ verworfen.[69]

An anderer Stelle wird ein Eintrag von Rabe, dass eine Granate eingeschlagen und 13 Menschen getötet habe[70], mit einer Stelle aus einem Bericht Rabes, laut dem es „sehr

[65] Higashinakano u. a., Analyzing the „Photographic Evidence“, S. 4.
[66] Ebd., S. 6.
[67] Er behauptet dies auch in einem anderen Werk: Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. iv.
[68] Ebd., S. 301–313.
[69] „any other records“; „fiction”, Ebd., S. 305.
[70] Wickert, John Rabe, S. 99.

wenig Zerstörung“ durch Granaten gegeben habe[71], verglichen. Für Higashinakano ist es „seltsam“, dass Rabe nicht angibt, ob es Soldaten oder Zivilisten waren. Schließlich argumentiert er, dass es sich bei den Menschen nicht um Zivilsten handeln konnte, da es in der Zone kaum Schäden gab und folglich Soldaten außerhalb der Sicherheitszone die Opfer gewesen sein müssten.[72] In Rabes Eintrag ist aber von „unserer Zone“ die Rede, und „sehr wenig Zerstörung“ bedeutet auch nicht, dass es überhaupt keine Schäden in der Sicherheitszone gab. Die Schlussfolgerung ist alles andere als logisch und ignoriert die eindeutige Formulierung im Tagebucheintrag, der mit dem Satz „Die ersten Granaten landen in der Flüchtlingszone vor und hinter dem Foo Chong-Hotel“[73] beginnt. Die angeblichen Abweichungen in der Darstellung der Ereignisse in den beiden Quellen sind konstruiert, da sich keine direkten Widersprüche finden ließen.

Zusammenfassend kann zu diesen beiden Beispielen gesagt werden, dass es sich dabei um äußerst durchsichtige Versuche handelt, die jeweiligen Gewährsmänner (Bates bzw. Rabe) zu diskreditieren. Dabei „übersieht“ Higashinakano wahlweise auch jene Stellen, die Klarheit in die behaupteten Fälle von Unstimmigkeiten bringen würden. Das „Erkennen“ (beziehungsweise Erfinden) von scheinbaren Widersprüchen ist dabei nur eine Spielart. Die Quellen werden so gelesen, damit sie in das Konzept der Autoren passen.

Higashinakano wurde sogar von einer Frau, Xia Shuqin, die das Massaker als Kind miterlebt hatte, wegen Verleumdung verklagt. Ihre gesamte Familie wurde von japanischen Soldaten ermordet, nur Frau Xia und ihre Schwester überlebten, da sie sich versteckt hielten.[74] Er behauptete, sie wäre keine Augenzeugin gewesen[75], konnte dies allerdings vor Gericht nicht beweisen, das ihn zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von vier Millionen Yen verurteilte.[76] Higashinakano stützt seine Behauptung auf angebliche Unstimmigkeiten in verschiedenen Berichten, die dasselbe Ereignis dokumentieren. Einen schlüssigen Beweis bringt Higashinakano nicht vor, er sät lediglich Zweifel. Dabei ist es für ihn schon ein Indiz für die Fragwürdigkeit des ereigneten Vorfalls, dass die japanischen Soldaten nicht alle Menschen im Haus ermordeten.[77] Auch unterschiedliche Angaben über das Alter der kleinen Mädchen (sieben, sieben bis acht oder acht Jahre alt bzw. drei bis vier oder vier) sollen Hinweise auf Ungereimtheiten sein, eine äußerst dürftige Begründung.[78] Solche Details sind schwer zu bestimmen, unter Umständen

[71] Shuhsi Hsü, zit. nach Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 302.
[72] Ebd., S. 302 f.
[73] Wickert, John Rabe, S. 99.
[74] Ebd., S. 417–421.
[75] Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 156–163; Kasahara, Higashinakano: Last Word in Denial, S. 319–320.
[76] o. A., Author on Nanjing loses libel appeal, in: *The Japan Times*, 7.2.2009, [http://www.japantimes.co.jp/text /nn20090207b2.html], eingesehen 23.5.2012.
[77] Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 159.
[78] Ebd., S. 160 f.

kannten die Kinder ihr genaues Alter nicht, oder verschiedene Personen, die darüber berichteten, gaben einfach Schätzungen an. Solch geringfügige Abweichungen als Beweis für die Unwahrheit der Aussagen anzunehmen ist überzogen und unseriös. Der Autor bezichtigt Xia Shuqin schließlich sogar implizit der Lüge, indem er schreibt, dass es keine Abweichungen geben hätte dürfen, wenn sie die Wahrheit gesagt hätte.[79]

Der Historiker Kasahara Tokushi kritisiert Higashinakanos Herangehensweise, mangels schlagkräftiger Beweise gegen eine Existenz des Massakers lediglich die bestehenden Berichte auf Fehler und Ungenauigkeiten hin zu prüfen, um sie als unwahr verwerfen zu können. Es wird nur nach negativen Beweisen gesucht, nicht nach positiven. Allein Higashinakanos Vergleich von Aussagen über das Massaker mit der Behauptung, UFOs gesichtet zu haben, spricht Bände über seine Intention. Kasahara weist zu Recht darauf hin, dass es bei Augenzeugenberichten und ähnlichen Dokumenten häufig Abweichungen und Ungenauigkeiten gibt, deswegen eine Quelle insgesamt als unglaubwürdig abzutun, ist dennoch nicht zulässig. Selbstverständlich muss Berichtetes auf seine Glaubwürdigkeit hin überprüft werden. Ein Historiker würde es sich aber zu leicht machen, Quellen von vornherein abzulehnen, die an einzelnen Stellen eventuell einen fragwürdigen Wahrheitsgehalt aufweisen.[80]

### 3.3. „Alles war rechtmäßig!“

Die dritte Argumentationslinie revisionistischer Autoren baut darauf auf, die Definition des Wortes „Massaker“ zu hinterfragen. Ziel dieser Strategie ist nicht, zu behaupten, es wären kaum Leute bei der Einnahme und Besetzung der Stadt gestorben, sondern, dass alle oder wenigstens fast alle Tötungen „legal“ erfolgten.

Tanaka Masaaki beispielsweise teilt die Getöteten in drei Kategorien ein: Erstens die im Kampf Gestorbenen, zweitens im Zusammenhang mit Kampfhandlungen Getötete und drittens jene Personen, deren Tötung „illegal“ war. Dazu zählen lediglich „unschuldige“ getötete Zivilisten und exekutierte Kriegsgefangene. Als in Kämpfen getötet gelten laut Tanaka auch Zivilisten, die im Kampfgebiet oder bei der Jagd nach als Zivilisten verkleideten Soldaten „aus Versehen“ zu Tode kamen.[81] Als Opfer eines Massakers gelten demnach nur Personen aus der dritten Kategorie.

Die beiden ersten Kategorien sind sehr weit gefasst, für die dritte sind die Kriterien hingegen absichtlich streng gewählt, etwa im Falle der Kriegsgefangenen. Higashinakano zitiert dazu die Haager Konvention über Kriegsgefangene von 1907 und behauptet, dass diese hier nicht zur Anwendung kommen könne, da die Kriterien nicht erfüllt worden wären. Die Chinesen hätten sich nicht durch einen Kommandanten ergeben (der geflohen

[79] „If she had a story to communicate, Xia Shuqin should have told the truth, in which case there would have been no inconsistencies.” Ebd., S. 161.
[80] Kasahara, Higashinakano: Last Word in Denial, S. 316–318.
[81] Tanaka, What really happened in Nanking, S. 2.

war), zudem seien sie durch das Ablegen ihrer Uniformen nicht klar als Soldaten erkennbar gewesen, was ihnen den Status sogenannter *unlawful combatants*, also irregulärer Kriegsteilnehmer, gegeben hätte. In weiterer Folge zitiert der Autor auch die früheren US-Außen- und Verteidigungsminister unter George W. Bush, Colin Powell und Donald Rumsfeld, die eine ähnliche Argumentation im „Krieg gegen den Terror" verwendeten.[82] Wie auch immer man die moralische Autorität von Powell und Rumsfeld in dieser Frage bewerten mag, diese Zitate sind problematisch, da sie von Politikern stammen, die sich selbst für das Vorgehen in einem Krieg rechtfertigen mussten. Objektivität bei der Anwendung des Völkerrechts ist dabei oftmals nicht gegeben.

Entscheidend für die Argumentation ist, es sei noch einmal gesagt, die enge Definition von Kriegsgefangenen, die der äußerst großzügigen Auslegung von „Kollateralschäden" gegenübersteht. Tanaka vermutet, „[…] dass chinesische Soldaten, die sich ergeben haben, gelegentlich […] erschossen […]" und „[…] einige Zivilisten […] versehentlich getötet […]" wurden.[83] Wann immer die Japaner jemanden erschießen mussten, gab es irgendwelche Gründe, soweit sie auch hergeholt sein können, die dies rechtfertigten. Mit Formulierungen wie „gelegentlich" und „einige" wird nahegelegt, dass es sich dabei um seltene Ausnahmen handelte, die eher auf Missverständnissen denn auf einem System beruhten. Aufgrund der Verdrehung von Definitionen wird gerechtfertigt, dass praktisch jeder chinesische Soldat, egal ob er sich zuvor ergeben hatte oder nicht, legal getötet wurde. Kasahara bemerkt dazu, dass Higashinakano einen nicht unwesentlichen Punkt unterschlägt, nämlich die Notwendigkeit der Einrichtung von Militärtribunalen vor der Exekution gefangenengenommener Soldaten, selbst wenn diese nicht den Schutz von Kriegsgefangenen genossen hätten.[84] Die von Higashinakano konstruierte Argumentation, die reguläre chinesische Soldaten implizit mit Terroristen oder Guerilleros auf eine Stufe stellt, kann kein Freibrief für Massenexekutionen ohne militärgerichtliche Verfahren sein.

Ausgehend von einer prinzipiell wichtigen Frage, nämlich, wie viele Menschen im Kampf starben und wer tatsächlich Opfer von Verbrechen abseits des Kriegsgeschehens war, nutzen Revisionisten den Spielraum, den diese Definitionen lassen, auf oftmals zynische Art und Weise bis zum Äußersten aus, um möglichst niedrige (oder gar keine) Opferzahlen zu erhalten. Nach Adam Jones Einteilung der Strategien von Genozidleugnung lässt sich diese Herangehensweise mit dem Satz „It wasn't ‚genocide', because they were legitimate targets"[85] zusammenfassen.

[82] Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 273–275.
[83] „that Chinese soldiers who had surrendered were occasionally shot"; „some civilians were killed accidentally", Tanaka, What really happened in Nanking, S. 2.
[84] Kasahara, Higashinakano: Last Word in Denial, S. 324.
[85] Jones, Genocide, S. 519.

So leicht diese Argumentation zu durchschauen ist, so schwierig ist es, sie zu widerlegen. Wenn man Gründe für die Tötung von Menschen sucht und diese glauben will, finden sich sicherlich immer welche. In diesem Fall (wie auch in ähnlichen) wirkt das freilich wie Hohn angesichts des Leids der Opfer.

### 3.4. „Es gab ja kaum Opfer!“

Neben der Definition, wer als Opfer des Massakers zu gelten hat, ist die Hinterfragung der Anzahl an Opfern ein weiterer Ansatz zur Leugnung beziehungsweise Relativierung des Nanjing-Massakers. Ein Überblick über die Diskussion wurde bereits im ersten Kapitel gegeben. Ziel der Revisionisten ist aber nicht, möglichst gewissenhaft konkrete Opferzahlen zu bestimmen, sondern die (mittlerweile auch von seriösen Forschern als zu hoch angesetzt betrachteten) Zahlen der „Großmassaker-Fraktion“ (oder der offiziellen chinesischen Darstellung) zu widerlegen.[86] Die „Logik“ dahinter ist, dass überhaupt kein Massaker stattgefunden habe, wenn es sich nicht in dem Ausmaß ereignete wie allgemein angenommen. So kommt Nobukatsu Fujioka zu dem Schluss, dass das Massaker eine Erfindung der Chinesen und Alliierten sein müsse, wenn die offizielle Zahl von 300.000 Menschen sich nicht belegen lasse.[87] Masaaki Tanaka stützt sich auf eine von Lewis Smythe, einem Mitglied des Internationalen Komitees, errechnete Statistik. Da die dort verzeichneten Opferzahlen wesentlich niedriger sind als 300.000, habe folglich kein Massaker stattgefunden.[88]

Der Unterschied zwischen revisionistischen Widerlegungsversuchen und kritischer Forschung wird bei einem Vergleich der Arbeiten von Tanaka und David Askew offenbar, welcher ebenfalls Smythe als Quelle verwendet. Askew versucht in seinem Aufsatz nicht, möglichst hohe Zahlen zu verteidigen, sondern anhand von Quellen eine Mindestzahl an ermordeten Zivilisten zu rekonstruieren. Dabei sind zugegebenermaßen oftmals Schätzungen nötig; eine exakte Bevölkerungszahl, die die Obergrenze für potentielle Opfer darstellt, fehlt. Selbst die Zeitgenossen konnten nur ungefähre Zahlen angeben.[89]

Hier kommen zwei Autoren (Tanaka und Askew), die dieselben Quellen verwenden und die daraus gewonnenen Informationen im Wesentlichen akzeptieren, zu völlig unterschiedlichen Interpretationen: Während Askew damit eine einigermaßen gesicherte Schätzung für die Morde an Zivilisten bestätigt haben will, sieht Tanaka darin den Beweis, dass das Massaker eine Erfindung sei. Wenn immer die geringstmöglichen

[86] Daqing Yang, Convergence or Divergence? Recent Historical Writings on the Rape of Nanjing, in: *The American Historical Review* 104 (1999), Nr. 3, S. 842–865, hier S. 852, vgl. Tanaka, What really happened in Nanking, S. 5 f.; Higashinakano, Nanking Massacre: Fact or Fiction, S. 150–152.
[87] Nobukatsu Fujioka, zit. nach Yang, Challenges of the Nanjing Massacre, S. 170.
[88] Tanaka, What really happened in Nanking, S. 40–42.
[89] Askew, Part of the Numbers Issue, S. 86–114.

Bevölkerungszahlen angenommen werden, kommt dabei auch eine geringere Zahl an Opfern heraus.

Jones charakterisiert jene Methode der Leugnung mit dem Satz „There weren't many people to begin with."[90] Wenngleich er diese Strategie vor allem in Bezug auf den Genozid an indigenen Völkern als gängig ansieht, findet sie durchaus auch im Fall von Nanjing Anwendung.[91]

Eine andere Herangehensweise, die Zahlen zu verringern, ist, das Nanjing-Massaker zeitlich und räumlich enger einzugrenzen. Je enger das Ereignis gefasst wird, desto weniger Opfer gab es, umgekehrt gilt das allerdings ebenso.[92] Das Massaker kann so von wenigen Tagen bis zu mehreren Monaten dauern. Askew beispielsweise nimmt als Zeitraum sechs Wochen an, beginnend mit dem 13. Dezember 1937, und stimmt darin mit der Angabe der Tokioter Kriegsverbrecherprozesse überein.[93] Das Gebiet des Massakers reicht je nach Ansicht von wenigen Quadratkilometern (die Nanking Sicherheitszone, NSZ) bis hin zum 40.000 km² großen Yangzi-Delta.[94]

Im Gegensatz zu den vorherigen Beispielen wird hier nicht versucht, per Definition die massenhafte Ermordung von Menschen zu rechtfertigen, sondern insgesamt bestritten, dass diese überhaupt stattgefunden hat. Es ist aber festzuhalten, dass mittels des „Tricks", den „Tatort" des Massakers sehr eng einzugrenzen, eigentlich keine Leugnung der Tatsache, dass Verbrechen begangen wurden, erfolgt. Es ist lediglich ein Versuch, den größeren Zusammenhang auszublenden und die Gräueltaten aus ihrem Kontext zu nehmen. Für die Leugner bietet das den Vorteil, das Massaker zu leugnen, ohne dabei die einzelnen Verbrechen an sich bestreiten zu müssen. Dieses Muster erinnert an die Diskussion um „rechtmäßige" und „unrechtmäßige" Tötungen.

Ebenfalls ungeachtet der Berichte über die japanischen Verbrechen wird die Intention eines Massakers geleugnet. Ein Beispiel hierfür ist die Interpretation einer Stelle aus dem Tagebuch von Generalleutnant Kesago Nakajima, des Kommandanten der 16. Division, die beim Angriff auf Nanjing teilnahm. Higashinakano zitiert daraus eine Passage, die mit folgendem Satz beginnt: „Da es prinzipiell unsere Politik ist, keine Gefangenen zu machen, versuchten wir, sie alle zu beseitigen."[95] Er merkt dazu an, dass Forscher wie Akira Fujiwara oder Ikuhiko Hata „keine Gefangenen zu machen" als die Exekution der Kriegsgefangenen interpretieren.[96] Higashinakano kommt zu einem völlig anderen Schluss, nämlich, dass die chinesischen Soldaten *freigelassen* wurden. Er zerlegt das

[90] Jones, Genocide, S. 519.
[91] Ebd.
[92] Wakabayashi, Leftover Problems, S. 361.
[93] Askew, Part of the Numbers Issue, S. 87.
[94] Wakabayashi, Leftover Problems, S. 362.
[95] „Since our policy is, in principle, to take no prisoners, we attempted to dispose all of them.", Tagebuch von Nakajima Kesago, zit. nach Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 77.
[96] Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 78.

Zitat und formuliert den Satz so um, wie er angeblich hätte lauten müssen, um die Exekution von Kriegsgefangenen annehmen zu dürfen.[97] Diese Vorgangsweise ist geradezu skurril, Higashinakano behauptet damit, Gedankengänge von Nakajima zu kennen, die überhaupt nicht in dessen Tagebuch verzeichnet sind. Woher will er denn wissen, wie der Offizier etwas formulieren *würde*?

Eine Reihe von Überlegungen werden aufgestellt, die die gängige Interpretation zweifelhaft erscheinen lassen sollen; so beispielsweise die Bemerkung, dass kein Befehl ausgegeben worden sei, der die Exekution von Kriegsgefangenen anordnete. Da die Quelle aber das Tagebuch eines ranghohen Offiziers, der mit den Gepflogenheiten der japanischen Armee vertraut sein müsste, ist, entsteht eher der Eindruck, dass es sich um die gängige Vorgangsweise der Truppen handelte. Selbst wenn dafür kein offizieller Befehl existierte, kann dies nicht als Erfindung verworfen werden.

Uwe Makino stellt fest, dass Higashinakano einen entscheidenden Teil des Zitates unterschlägt. Darin schreibe Nakajima, dass kein ausreichend großer Graben gefunden werden könne, um die chinesischen Soldaten auf einmal zu „behandeln“, in kleinen Gruppen sei dies einfacher.[98] Die verwendeten Formulierungen wie „behandeln“ oder „erledigen“ seien im Japanischen durchaus als umgangssprachliche Synonyme für „töten“ in Verwendung, ähnlich wie im Deutschen oder Englischen in diesem Zusammenhang.[99]

Liest man sich aber auch nur das verkürzte Zitat bei Higashinakano durch, ist es trotzdem schwer vorstellbar, dass die japanische Armee chinesische Kriegsgefangene lediglich entwaffnen und anschließend freilassen wollte. Auf solch eine Auslegung kann nur dann zurückgegriffen werden, wenn die Möglichkeit, die Japaner hätten Kriegsgefangene in der Regel exekutiert, von Vornherein ausgeschlossen wird. Außerdem widerspricht diese Interpretation im Grunde dem Argument der Leugnerfraktion, die Erschießung von chinesischen Soldaten, die sich bereits ergeben hatten, sei rechtmäßig gewesen. Das ist ein Versuch, sich doppelt abzusichern: Prinzipiell wurden keine Kriegsgefangenen ermordet, falls doch, war dies aber ohnehin dem Kriegsrecht gemäß legal. Die ambivalente Argumentation läuft letzten Endes ins Leere, da beides nicht miteinander vereinbar ist. Polemisch gesagt, entweder müssten die Revisionisten die Exekution von Kriegsgefangenen an sich leugnen oder sie erkennen sie als gegeben an und verteidigen stattdessen die Rechtmäßigkeit des Vorgehens. Beides gleichzeitig zu behaupten ergibt keinen Sinn.

[97] Higashinakano, Nanking Massacre: Fact versus Fiction, S. 79 f.
[98] Masahiro Yamamoto, zit. nach Makino, Nanking-Massaker 1937/38, S. 226; Yang, Convergence or Divergence?, S. 863.
[99] Makino, Nanking-Massaker 1937/38, S. 226.

Würde Ersteres konsequent erfolgen, könnte die revisionistische Grundaussage lauten: „There was no central direction."[100] Auch der von Higashinakano vorgebrachte Einwand, es hätte keinen Befehl gegeben, Kriegsgefangene zu töten, zielt in diese Richtung. Im „Notfall", d. h., bei Beweisen für die Erschießung von Kriegsgefangenen, wird die Systematik bestritten; solche Fälle seien vielmehr die Ausnahme als die Regel gewesen.

### 3.5. „Die anderen waren auch schuld!"

Eine offensivere Form der Leugnung eines Genozids ist die Behauptung, die Opfer (oder auch Dritte) hätten Mitschuld an den begangenen Verbrechen gehabt. Im konkreten Fall bezieht sich dies zum einen auf die Kriegsgefangenen, zum anderen auf die Gründer der Nanking Sicherheitszone. Tanaka beispielsweise führt an, dass die chinesischen Soldaten sich im Gegensatz zu Deutschen oder Russen als Zivilisten „verkleidet" hätten oder nach der Kapitulation an Kampfhandlungen beteiligt gewesen wären. Daher hätte es nicht gegen das Kriegsrecht verstoßen, sie zu töten.[101] Das ist allerdings eine vereinfachende Pauschalisierung, selbst wenn dies vorgekommen ist, stellt das keine Rechtfertigung für die generelle Praxis, Kriegsgefangene zu ermorden, dar. Auch die Tötung von Zivilisten, die nicht mit Kampfhandlungen in Verbindung standen, kann damit nicht „entschuldigt" werden.

Den Organisatoren der NSZ (Nanking Sicherheitszone), also den in Nanjing gebliebenen US-Amerikanern und Europäern, wird ebenfalls unterstellt, mitschuldig an in der Sicherheitszone verübten Straftaten zu sein. Sie hätten es zugelassen, dass chinesische Soldaten in Zivil die Zone betraten, obwohl sich darin nur Zivilisten hätten aufhalten dürfen. Die Sicherheitszone sei deshalb vielmehr eine „Gefahrenzone" gewesen. Nur als Reaktion darauf hätte die japanische Armee versucht, echte Zivilisten von Soldaten in Zivil zu trennen, und „einige" (!) Soldaten hingerichtet.[102] Bei Higashinakano klingt es geradezu, als wäre den Japanern gar keine Wahl geblieben, anstatt so zu handeln. Es trifft zwar zu, dass chinesische Soldaten sich in der NSZ befanden, um sich vor der anrückenden japanischen Armee in Sicherheit zu bringen; die strategischen Fehler der chinesischen Befehlshaber, insbesondere des Kommandanten Tang Shengzhi, werden mittlerweile auch von chinesischen Forschern zugegeben.[103] Allerdings stimmt die Verhältnismäßigkeit nicht, wenn man daraus ableitet, dass die chinesische Armee in erster Linie für das Massaker verantwortlich war. Ebenso ist die Tatsache, dass Soldaten in der Sicherheitszone waren, nicht ausschließlich den Mitgliedern des Internationalen Komitees anzulasten, die sich mit hunderttausenden Flüchtlingen konfrontiert sahen und vermutlich selbst nicht immer unterscheiden konnten, wer Zivilist war und wer nicht.

[100] Jones, Genocide, S. 519.
[101] Tanaka, What really happened in Nanking, S. 26.
[102] „danger zone", „some", Higashinakano u. a., Analyzing the „Photographic Evidence", S. 5.
[103] Yang, Challenges of the Nanjing Massacre, S. 150 f.

Wenngleich er das Massaker nicht leugnet, stellt Ikuhiko Hata eine Überlegung auf, die durchaus Ähnlichkeit mit den Argumenten der Revisionisten aufweist. Laut ihm hätte es kein Massaker bzw. wesentlich weniger Opfer gegeben, wenn die Chinesen die Stadt Nanjing ordnungsgemäß an die Japaner übergeben hätten.[104] Daqing Yang merkt dazu an, dass dies durchaus logisch erscheinen mag, aber dabei nicht vergessen werden dürfe, dass die Chinesen ihre Hauptstadt verteidigten.[105] Es ist aus chinesischer Perspektive kaum vorstellbar, einen strategisch und symbolisch so bedeutenden Ort einfach aufzugeben. Zudem ist diese These kontrafaktisch, da nie bewiesen werden kann, wie die Japaner sich dann verhalten hätten. Konsequent auf einen größeren Rahmen übertragen, entspräche sie der Behauptung, den Chinesen wäre kein (oder viel weniger) Leid wiederfahren, wenn sie den Japanern ihr Land überlassen hätten, ohne Widerstand zu leisten. Das ist zugegebenermaßen eine Überspitzung, aber im Grunde genommen argumentiert Hata so. Es werden letztendlich Täter und Opfer vertauscht bzw. die Grenzen verwischt. Die Chinesen hatten nicht wirklich eine andere Wahl, als ihr Land (und ihre Hauptstadt) zu verteidigen, die Japaner hingegen sehr wohl. Sie waren nicht gezwungen, als Aggressor in China einzufallen, welche Rechtfertigungen dafür auch immer ersonnen werden mögen. Zu behaupten, ein Krieg wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Chinesen den Japanern das Land (bzw. die Stadt) kampflos überlassen hätten, ist eine äußerst zynische Bemerkung.

## 4. Die Argumentation Iris Changs

Während es ein Ansatz der Revisionisten ist, die Japaner als an sich nicht zu einem Massaker fähig darzustellen (siehe Kapitel 3.1.), versucht Iris Chang genau das Gegenteil zu belegen. Obwohl sie in der Einleitung schreibt, dass ihr Buch „nicht als Bewertung des japanischen Charakters gedacht“[106] ist, urteilt sie über diesen indirekt in einem Abriss japanischer Geschichte. Neben zahlreicher faktischer Fehler, u. a. heißt der erste Shogun[107] bei Chang „Yorimoto“ anstatt „Yoritomo“ und das Tokugawa-Shogunat (1603–1868) wird ins 15. Jahrhundert verlegt[108], versucht Chang, Kontinuität in der japanischen Geschichte zu suggerieren, die von Gewalt geprägt zu sein scheint. Demnach lebten „schon bald“ alle (!) Japaner nach dem Kriegerkodex der Samurai (*bushidō*, dt. „der Weg

[104] Ikuhiko Hata, zit. nach Yang, Challenges of the Nanjing Massacre, S. 155.
[105] Yang, Challenges of the Nanjing Massacre, S. 155.
[106] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 19.
[107] Der volle Titel lautet *seii taishōgun* (dt. etwa „Großer General, der die Barbaren vertreiben soll“). Gemeint ist ein Militärherrscher, der ab 1192 die faktische Macht in Japan innehatte, dem Kaiser kamen lediglich noch zeremonielle Aufgaben als eine Art oberster Priester zu. Der erste Shogun war Yoritomo aus der Familie Minamoto, der letzte Shogun, Tokugawa Yoshinobu, wurde 1868 gestürzt und das Kaiserhaus formal wieder in seine Rechte eingesetzt. Diesen Vorgang bezeichnet man daher als Meiji-Restauration, nach der Regierungsdevise des damaligen *tennō*. Der *meiji-tennō* (Mutsuhito, reg. 1868–1912) war der Großvater Kaiser Hirohitos (*shōwa-tennō*, reg. 1926–1989).
[108] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 24 f.

des Kriegers“)[109] und die demütigenden Erfahrungen des 19. Jahrhunderts hätten „zu einer heftigen Fremdenfeindlichkeit des stolzen japanischen Volkes“[110] geführt. Abgesehen davon, dass das Pauschalurteile sind, die allein deswegen anzuzweifeln wären, erwecken diese Passagen den Eindruck, die Japaner seien schon seit jeher ein kriegerisches, gewalttätiges und rassistisches Volk gewesen. Darüber hinaus wird der problematische Begriff „Volk“ ohne gebührende Vorsicht und weitere Erklärung verwendet.

Geschichtliche Ereignisse werden bei Chang vereinfacht und teilweise sogar falsch dargestellt. Auch wenn die Autorin es nicht ausdrücklich so formuliert, impliziert dies, dass das Nanjing-Massaker geradezu die logische Folge der beschriebenen Abläufe gewesen sei.

An anderer Stelle weist Chang darauf hin, „daß sogar Christian Kröger, einer der in der Stadt anwesenden Nazis, schrieb, es habe sich dabei um eine ‚bestialische Maschinerie‘ gehandelt.“[111] Hier ist es eigentlich unnötig zu betonen, dass Kröger (tatsächlich arbeitete er für die Firma Carlowitz & Co. in Nanjing[112]) ein „Nazi“ war, es wird auch nicht erläutert, was der Begriff hier konkret bedeutet (NS-Parteimitglied?). Hier soll lediglich vermittelt werden, dass selbst Nationalsozialisten, zum schrecklichsten aller Verbrechen fähig, angesichts der japanischen Gräueltaten entsetzt waren. Ziel ist es, das Massaker von Nanjing mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleichzusetzen bzw. vergleichbar zu machen. Chang setzt das Massaker auch ausdrücklich in Relation zum Holocaust und den unter Stalin begangenen Massenmorden, mit der Betonung, dass sich das Massaker von Nanjing im Gegensatz dazu in nur wenigen Wochen ereignete.[113]

Chang versucht, durch Vergleiche mit dem Holocaust oder anderen Verbrechen der Geschichte die Bedeutung des Massakers von Nanjing herauszustreichen. Ignoriert wird dabei, ob diese überhaupt angemessen sind, denn die genannten Verbrechen geschahen unter völlig unterschiedlichen Bedingungen. Dieser Punkt kann parallel zu Kapitel 3.4. der Leugnungsstrategien eingeordnet werden.

Ein wesentlicher Faktor in Changs Argumentation ist das quantitative Ausmaß des Massakers. Sie beruft sich auf das Urteil des IMTFE, wonach 260 000 Zivilisten von japanischen Soldaten getötet worden seien.[114] Darin heißt es aber ausdrücklich, dass über 200 000 Zivilisten *und* chinesische Kriegsgefangene ermordet wurden.[115] Das Problem der Definition zeigt sich hier wiederum: Während die Revisionisten Kriegsgefangene gar nicht als Opfer betrachten, zählt Chang sie einfach zu den Zivilisten dazu. Das ist höchst

[109] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 25.
[110] Ebd., S. 26.
[111] Ebd., S. 12.
[112] Wickert (Hrsg.), John Rabe, S. 63.
[113] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 11.
[114] Ebd., S. 11.
[115] HyperWar Foundation, Judgment IMTFE, S. 1015 (siehe Anmerkung 33).

problematisch, da die im Urteil des IMTFE getroffene Unterscheidung einfach ignoriert wird, um möglichst hohe Opferzahlen zu erhalten. Insofern sind sich die Methoden Changs und der Revisionisten durchaus ähnlich (vgl. hierzu Kapitel 3.3.).

Chang weist in einem weiteren Vergleich darauf hin, dass die Opferzahlen des Massakers, basierend auf ihrer Einschätzung, höher sind als bei der Zerstörung Karthagos durch die Römer oder den Eroberungen Timur Lengs.[116] Die Schwäche der Argumentation, das Verbrechen vor allem anhand seiner Opferzahlen zu messen, liegt darin, dass dies letztendlich den Revisionisten in die Hände spielt. Da es sich in diesem Fall als äußerst schwierig erweist, exakte Zahlen zu bestimmen, ist es für Leugner leicht zu behaupten, Massentötungen hätten, wenn überhaupt, in wesentlich geringerem Umfang stattgefunden.

Im Gegensatz zu den revisionistischen Autoren reduziert Iris Chang das Massaker nicht ausschließlich auf die Ermordung von Menschen, sondern behandelt auch andere Verbrechen wie die Massenvergewaltigungen.[117] Anhand von überlieferten Augenzeugenberichten schildert sie detailliert grauenhafte Szenen von Vergewaltigung und Mord. Hier zeigt sich, dass die in den Quellen berichteten Ereignisse unkritisch für glaubwürdig befunden werden. Kritisch zu betrachten ist dies beispielsweise im Falle des sogenannten „100-Mann-Tötungswettbewerbs“.[118] Diese Episode geht auf zwei Artikel der Zeitung „Japan Advertiser“, einer englischsprachigen Zeitung, die sich wiederum auf einen Bericht der „Tokio Nichi Shinbun“ bezog, zurück. Diese schrieb im Dezember 1937, zwei Leutnants der japanischen Armee lieferten sich einen Wettbewerb, dessen Ziel es sei, hundert Chinesen mit dem Schwert zu töten. In den 1970er Jahren war das Thema in Japan Gegenstand einer intensiven Debatte zwischen Progressiven und Revisionisten.[119]

Chang nimmt den Artikel wörtlich, laut Wakabayashi ist es aber unwahrscheinlich, dass ein Tötungswettbewerb unter japanischen Offizieren stattgefunden habe. Das Ereignis werde von chinesischer Seite dennoch als „Parabel“ für japanische Grausamkeiten betrachtet.[120]

Wie gezeigt wurde, verfolgen Tanaka und Higashinakano in erster Linie die Absicht, die Zeugen der Verbrechen zu diskreditieren und Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Überlieferungen zu wecken (siehe hierzu Kapitel 3.2.). Iris Chang macht genau das Gegenteil: Sie zitiert auch aus fragwürdigsten Quellen, um möglichst plakative Beispiele geben zu können, ohne diese kritisch zu hinterfragen. Auch an dieser Stelle zeigen sich

[116] Chang, Vergewaltigung von Nanking, S. 11.
[117] Ebd., S. 96–108.
[118] Chang, S. 62 f.
[119] Bob Tadashi Wakabayashi, The Nanking 100-Man Killing Contest Debate, 1971–75, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 115–148, hier S. 115–119.
[120] Ebd., S. 142 f.

die unverkennbaren Parallelen in der Methodik der beiden Seiten, lediglich die Ergebnisse differieren.

## Zusammenfassung der Ergebnisse

Die hier exemplarisch analysierten Positionen stellen die Extreme des Spektrums an Meinungen über das Massaker von Nanjing dar. Dennoch sind sie durchaus Teil des Diskurses. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Massaker von Nanjing aufgrund seiner Komplexität sehr oft vereinfacht dargestellt wird. Gerade aufgrund der vielen Unsicherheiten, unvollständigen Quellen und ungeklärten Definitionen ist das Ereignis für Revisionisten ein lohnendes Betätigungsfeld. Auch Forscher, die nicht bestreiten, dass entsetzliche Verbrechen vonseiten der japanischen Armee begangen wurden, wobei die massenhafte Ermordung von Menschen gewissermaßen nur die Spitze des Eisberges darstellt, sind sich keineswegs ob des Ausmaßes und der Bewertung einig. Ob das Massaker von Nanjing ein Genozid war, ist äußerst schwierig zu beantworten, hier kommt neben den verschiedenen Ansichten zum konkreten Fall noch das Problem der Definition hinzu. Insgesamt ist es auch schwer zu beurteilen, inwiefern die These, das Massaker von Nanjing sei ein Genozid gewesen, die Diskussion voranbringt. Die Fronten würden sich wahrscheinlich weiter verhärten, wenn ein dermaßen schwerwiegender Begriff verwendet wird. Letztlich wäre dies eine erneute Debatte um Definitionen. Problematisch ist die Nähe des Massakers zum Kriegsgeschehen, anders als etwa im Falle des Holocausts. Das erschwert es, „normale“ Kriegsverbrechen von anderen Gräueltaten, die nicht mit dem Krieg in Zusammenhang stehen, klar zu unterscheiden.[121] Trotzdem kann man, wie gezeigt wurde, in der Argumentationsweise der Revisionisten durchaus gängige Muster der Genozidleugnung feststellen. Ohne dadurch eine endgültige Lösung für diese Problematik der Definition zu bieten, ist das Massaker von Nanjing meiner Ansicht nach dennoch unter die großen Kollektivverbrechen des 20. Jahrhunderts einzuordnen.

Das Hauptproblem ist nicht, dass die Quellen grundsätzlich keine einigermaßen gesicherten Ergebnisse zulassen, sondern dass von Vornherein mit vorgefassten Meinungen gearbeitet wird, nach denen die jeweiligen Dokumente interpretiert und teilweise auch manipuliert werden. Am deutlichsten ist dies bei den Versuchen, die Japaner wahlweise als zum Massenmord unfähig oder historisch bedingt gewalttätig darzustellen, zu erkennen. Solche Stereotype helfen nicht bei der Erforschung des Massakers, sie verstellen vielmehr die Sicht auf die Ereignisse, den Emotionen wird der Vorrang über die Vernunft eingeräumt. Pauschalisierungen dieser Art werden die Diskussion nicht weiterbringen. Es geht nicht darum, ob die Japaner an sich (wiederum eine Pauschalisierung) gut oder böse sind, sondern um die Frage, was in Nanjing geschehen ist. Dass dabei immer Graubereiche und Streitfragen bleiben werden, sollte nicht verschwiegen werden.

[121] Wakabayashi, Leftover Problems, S. 365.

Teilweise ähneln sich die Methoden auf beiden Seiten, nur werden sie mit entgegengesetzten Zielen angewandt. Revisionisten wie Higashinakano und Tanaka versuchen mit eng gefassten Definitionen die Opferzahlen niedrig zu halten, während beispielsweise Iris Chang in Bezug auf die Zahlen überhaupt keine Unterscheidung zwischen Zivilisten, Kriegsgefangenen und im Kampf Gefallenen trifft. Ort und Dauer des Massakers werden ebenfalls unterschiedlich definiert. Durch diese großen Differenzen in den grundsätzlichen Annahmen im Vorhinein ist es praktisch unmöglich, einen Konsens bei den Ergebnissen zu erzielen. Es ist immer leicht zu behaupten, ein Mittelweg wäre hierbei die beste Lösung, aber durch Kompromisse bei den Definitionen könnten zumindest die Dimensionen (zehntausende oder hunderttausende Opfer) des Massakers vereinheitlicht werden, wie Ikuhiko Hata, bezeichnenderweise ein Vertreter der Mittelfraktion, vorschlägt.[122]

Lianhong Zhang, ein chinesischer Historiker, betont, dass die Anerkennung des Massakers vor der Definition erfolgen müsse.[123] Auch diese Forderung hat ihre Berechtigung, denn Angesichts der Berichte aus den Quellen kann nicht geleugnet werden, *dass* japanische Soldaten Verbrechen begangen haben. Die akademische Diskussion sollte sich darum drehen, in welchem Ausmaß dies geschah.

Die hier behandelten Werke von Higashinakano und Tanaka, die als repräsentativ für die revisionistische Seite angesehen werden können, lassen keinen Zweifel daran, dass die Autoren der Meinung sind, ein Massaker habe in Nanjing nicht stattgefunden. Der Eindruck, dass Soldaten systematisch Gräueltaten begingen, soll möglichst vermieden werden. Das Ereignis wird fragmentiert, die einzelnen „Teile“ wiederum bieten mehr Angriffsfläche. Eindeutige Passagen in den Quellen lassen die Autoren bewusst aus (beispielsweise aus John Rabes Tagebuch). Sie konzentrieren sich auf jene Fälle, bei denen tatsächlich Zweifel angebracht sind. So entsteht der Eindruck, das Ereignis sei so dürftig belegt, dass man nicht von einem Massaker sprechen könne.

Demgegenüber steht Iris Changs Versuch, die Verbrechen in ihrer Gesamtheit darzustellen, was oftmals auf Kosten der Genauigkeit bei der Handhabung von Quellen geht. Chang erwähnt Sachverhalte nicht, die ihrem Gesamtbild schaden könnten. Beide Seiten können ihre Argumentation nur auf Kosten des wissenschaftlichen Arbeitens aufrechterhalten. Oftmals gewinnt man bei eingehender Analyse den Eindruck, die Verfasser seien dem Grundsatz „Was nicht passt, wird passend gemacht“ gefolgt.

Die Revisionisten hatten ihre größten Erfolge nicht mit dem Beisteuern neuer Erkenntnisse, sondern vor allem im Aufzeigen der Fehler anderer. Changs Buch hat der revisionistischen Seite letztendlich mehr Nutzen gebracht als den Vertretern der

[122] M. Kajimoto, The Nanking Atrocities Online Documentary, 3.8.2000, [http://www.nankingatrocities.net/Acknowledgment/acknow.htm], eingesehen 27.5.2012.
[123] ”’recognition‘ must come first before ’definition.‘“, Ebd.

„Massaker-Fraktion“, die Changs Thesen aufgrund ihres zweifelhaften Umgangs mit Quellen und Literatur mehrheitlich ablehnen. Die zahlreichen darin enthaltenen Fehler machten es zum idealen Ziel für die Gegner ihrer Ansichten.[124] Dennoch muss gesagt werden, dass dies kein unbedeutender Beitrag in der Diskussion ist. Revisionistische Autoren, die genauestens auf Fehler ihrer ideologischen Gegner achten, zwingen Historiker zu mehr Genauigkeit, was die Qualität der Darstellungen letztlich nur verbessern kann.

Das Massaker von Nanjing war und ist nicht nur Studienobjekt von Wissenschaftlern oder ambitionierten Laien, sondern nach wie vor in erster Linie ein starkes politisches Symbol. Dies gilt für Japaner, Chinesen und Amerikaner chinesischer Abstammung gleichermaßen. Nanjing steht stellvertretend für japanische Aggression und Chinas Opferrolle im Zweiten Weltkrieg.[125] Das Ereignis ist dermaßen mit Emotionen aufgeladen, dass dadurch eine nüchterne Herangehensweise kaum möglich ist. Insofern wird es vermutlich in absehbarer Zeit keine einzelne, „wahre“ Geschichte des Massakers von Nanjing geben, sondern viele unterschiedliche Versionen. Dennoch kann (und muss) zwischen Forschung und Propaganda unterschieden werden, auch wenn die Grenzen mitunter fließend erscheinen. In dieser Arbeit wurde versucht zu beweisen, dass viele scheinbar schlüssige Argumente, die oftmals sogar mit Literatur- oder Quellenzitaten belegt sind, schlussendlich wenig Substanz besitzen. Dies gilt für Leugner und „Holocaust-Vertreter“ gleichermaßen.

## Literatur

Askew, David, New Research on the Nanjing Incident, in: Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org/-David-Askew/1729], eingesehen 18.5.2012.

Ders., Part of the Numbers Issue: Demography and Civilian Victims, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 86–114.

Buruma, Ian, Erbschaft der Schuld. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan, München-Wien 1994.

Chang, Iris, Die Vergewaltigung von Nanking. Das Massaker in der chinesischen Hauptstadt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, Zürich-München 1999.

Fogel, Joshua A., Response to Herbert P. Bix, „Remembering the Nanking Massacre“, in Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org/-Joshua_A_-Fogel/1637], eingesehen 18.5. 2012.

[124] Askew, David, New Research on the Nanjing Incident, in: Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org/-David-Askew/1729], eingesehen 18.5.2012.
[125] Yang, Challenges of the Nanjing Massacre, S. 154 f.

Fogel, Joshua A. (Hrsg.), The Nanjing Massacre in History and Historiography (Asia: Local Studies/Global Themes 2), Berkeley-Los Angeles-London 2000.

Ders., The Nanking Atrocity and Chinese Historical Memorial, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 267–284.

Gold, Hal, Unit 731 Testimony, Boston-Rutland, Vermont-Tokio [4]2003.

Hata, Ikuhiko, Nankin Jiken. ‚Gyakusatsu' no Kōzō [Der Nanjing-Zwischenfall. Struktur des „Massakers"], Tokio 1986.

Higashinakano, Shudo, The Nanking Massacre: Fact versus Fiction. A Historian's Quest for the Truth, Tokio 2005.

Ders./Kobayashi, Susumu/Fukunaga, Shinjiro, Analyzing the „Photographic Evidence" of the Nanking Massacre, Tokio 2005.

Honda, Katsuichi, Chūgoku no tabi [Chinareisen], Tokio 1972.

HyperWar Foundation, Judgment International Military Tribunal for the Far East, Teil B, Kapitel VIII: Conventional War Crimes (Atrocities), S. 1015, o. D., [http://www.ibiblio.org/hyperwar/PTO/IMTFE/IMTFE-8.html], eingesehen 18.5.2012.

Japan Focus, o. D., [http://japanfocus.org], eingesehen 19.5.2012.

Jones, Adam, Genocide. A Comprehensive Introduction, London-New York 2011².

Kasahara, Tokushi, Higashinakano Osamichi: The Last Word in Denial, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 304–329.

Ders., Nankin Jiken to Sankōsakusen [Der Nanjing-Zwischenfall und die 3-Alles-Strategie], Tokio 1999.

Makino, Uwe, Nanking-Massaker 1937/38. Japanische Kriegsverbrechen zwischen Leugnung und Überzeichnung, Norderstedt 2007.

Maruyama, Masao, Denken in Japan, Frankfurt am Main 1988.

Sun, Zhaiwei u. a., Nanjing Datusha [Das Nanjing-Massaker], Beijing 1997.

Suzuki, Akira, "Nankin daigyakusatsu" no maboroshi [Die Illusion des „Nanjing-Massakers"], Tokio 1973.

Tanaka, Masaaki, What really happened in Nanking. The Refutation of a Common Myth, Tokio 2000.

o. A., Author on Nanjing loses libel appeal, in: *The Japan Times*, 7.2.2009, [http://www.japantimes.co.jp/text/nn20090207b2.html], eingesehen 23.5.2012.

Wakabayashi, Bob Tadashi, Leftover Problems, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 357–393.

Ders., The Messiness of Historical Reality, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 3–28.

Ders., The Nanking 100-Man Killing Contest Debate, 1971–75, in: The Nanking Atrocity 1937–38. Complicating the Picture, hrsg. v. Bob Tadashi Wakabayashi (Asia-Pacific Studies 2), New York-Oxford 2007, S. 115–148.

Wickert, Erwin (Hrsg.), John Rabe. Der gute Deutsche von Nanking, Stuttgart 1997.

Yang, Daqing, A Sino-Japanese Controversy: The Nanjing Atrocity as History, in: *Sino-Japanese Studies* 3 (1990), Nr. 1, S. 14–35.

Ders., Convergence or Divergence? Recent Historical Writings on the Rape of Nanjing, in: *The American Historical Review* 104 (1999), Nr. 3, S. 842–865, [http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2650991.pdf?acceptTC=true], eingesehen 7.5.2012.

Ders., The Challenges of the Nanjing Massacre: Reflections on Historical Inquiry, in: Joshua A. Fogel (Hrsg.), The Nanjing Massacre in History and Historiography (Asia: Local Studies/Global Themes 2), Berkeley-Los Angeles-London 2000, S. 133–179.

Yoshida, Takashi, A Battle over History. The Nanjing Massacre in Japan, in: Joshua A. Fogel (Hrsg.), The Nanjing Massacre in History and Historiography (Asia: Local Studies/Global Themes 2), Berkeley-Los Angeles-London 2000, S. 70–132.

Kajimoto, M., The Nanking Atrocities Online Documentary, 3.8.2000, [http://www.nankingatrocities.net/Acknowledgment/acknow.htm], eingesehen 27.5.2012.

Wikipedia, Ungesetzlicher Kombattant, aktualisiert 28.1.2012, [http://de.wikipedia.org/wiki/Ungesetzlicher_Kombattant], eingesehen 18.6.2012.

Wikipedia, Völkermord, aktualisiert 12.5.2012, [http://wikipedia.org/ wiki/Genozid], eingesehen 16.5.2012.

**Franz Kurz** ist Student der Geschichte und Politikwissenschaft im 8. bzw. 4. Semester an der Universität Innsbruck. Franz.Kurz@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Franz Kurz, Illusion oder Holocaust. Vergleich revisionistischer und progressiver Taktiken der Darstellung des Massakers von Nanjing 1937/38, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 99–127, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Helmut-Reinalter-Preis 2013

historia.scribere

# Das „Handwerk“ des Henkers und die Inszenierung des erzwungenen Todes im Tirol des 16.–18. Jahrhunderts

**Hester Margreiter**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Mag. Dr. Andreas Oberhofer

eingereicht im Semester: WS 2011/12

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**

**The Hangmen and the Orchestration of Death in Tyrol from the 16th to the 18th century**

The aim of the following paper is to discuss the social role of Tyrolean hangmen in early modern time. The main points are social interaction related to reputation, professional work and daily life. The conclusion suggests that the extension of work-related reputation to private lives is part of the orchestration of executions.

## Einleitung

Ziel dieser Arbeit ist es, das „Handwerk“[1] des Henkers im Tirol des 16.–18. Jahrhunderts in Hinblick auf dessen gesellschaftliche Rolle zu beleuchten. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Rolle des Scharfrichters bei der Inszenierung des erzwungenen Todes auf die Tätigkeit an sich beschränkte und inwiefern das Leben der Person und ihre Funktion im Sozialgefüge außerhalb der konkreten Tätigkeit Teil des Amtes waren.

[1] Der Begriff „Handwerk“ wurde hier unter Anführungszeichen gesetzt, da die Scharfrichter nicht Teil des Zunftwesens waren. Bezüglich der gruppenspezifischen Selbstwahrnehmung und Normen, vor allem hinsichtlich Ausbildung und Ausübung der Tätigkeit, gab es aber starke Ähnlichkeiten zum zünftischen Handwerk.

Die Begriffe „Scharfrichter“ und „Henker“ werden im Folgenden synonym verwendet, sie wurden bewusst gewählt, da sie zu den wenigen relativ neutralen und überregional verwendeten Bezeichnungen zählen. Textstellen ohne explizite Nennung von Tirol beziehen sich auf den gesamten deutschsprachigen Raum.

Im ersten Teil wird auf das Konzept der „Ehrlichkeit“ bzw. „Unehrlichkeit“ eingegangen, denn darauf beruhte in der Neuzeit die gesellschaftliche Verortung einer Person. Hier sollen auch die privaten Lebensrealitäten, beruflichen Möglichkeiten und gesellschaftlichen Beziehungen untersucht werden. Der zweite Teil untersucht die Hintergründe und die Ambivalenz der „Unehrlichkeit“ des Henkersberufs. Im dritten Teil folgt eine überblicksmäßige Darstellung der Tätigkeit. Folter, Körperstrafen und Hinrichtungen werden insofern behandelt, als sie für das Amt des Henkers und die Inszenierung des Todes und der Todesdrohung relevant sind. Auch auf die Symbolik der diversen Bestrafungen wird eingegangen. Im vierten Teil soll anhand von Arbeitsaufkommen, Verdienst und Nebentätigkeiten die heterogene Lebensrealität von Henkersfamilien beschrieben werden. Die Nebentätigkeiten stellten auch eine wichtige Basis der gesellschaftlichen Rolle dar.

Die Aspekte der Inszenierung in den verschiedenen Bereichen werden im fünften und letzten Teil zusammengefasst. Darauf aufbauend soll abschließend die Inszenierung des erzwungenen Todes als Teil der Tätigkeit argumentiert werden, welche auch in der alltäglichen „Unehrlichkeit“ als berufsspezifische Symbolik durch die Person im Amt des Henkers dargestellt wurde. Die Inszenierung ist ein wichtiger Aspekt, da Todes- und Schandstrafen in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Welt auch symbolhaft zu verstehen waren. Die Bestrafung beschränkte sich nicht nur auf die Tötung an sich, wichtig war ebenso die Art der Vollstreckung und damit auch die ausführende Person.

## 1. Die gesellschaftliche Stellung des Scharfrichters

### 1.1. Die Ehrlichkeit der Person

Ehre oder Ehrlichkeit waren sehr bedeutsam für die Menschen in der frühen Neuzeit. Diese bestimmten die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, inwieweit miteinander verkehrt, geheiratet und gewirtschaftet werden konnte. Unter Ehre war nicht die innere Würde des Menschen gemeint, sondern soziales Ansehen (Beruf und Lebensweise), persönlicher Ruf bzw. (sozialer und rechtlicher) Leumund.[2]

Der Begriff wurde durchaus doppeldeutig verwendet, einerseits war eine Person entweder durch Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer als unehrlich gedachten Profession „unehrlich“, andererseits konnte damit auch ein „moralischer Defekt“ gemeint sein. Unehrlichkeit kann aber nicht mit Ehrlosigkeit gleichgesetzt werden. Scharfrichter als unehrliche Leute verfügten dennoch über eine gruppenspezifische Ehre und konnten für ein

[2] Wolfgang Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen. Rechtssprechung im Mittelalter, Augsburg 2011, S. 43.

von der Norm abweichendes Verhalten auch bestraft werden.[3] Auch unwidersprochen unterstellte Unehrlichkeit oder der Kontakt mit unehrlichen Leuten beeinflussten die eigene Ehrlichkeit. Ein böser Leumund konnte verheerende Folgen haben, da Prozessgesetze, wie die „Peinliche Halsgerichtsordnung“ Karls V. von 1532, einen bösen Leumund als grundlegende Voraussetzung für die Anwendung von Folter hatten.[4]

Der Umgang mit fremdem Eigentum, das sexuelle Verhalten und die berufliche Tätigkeit der Person und auch ihrer Familie waren die Grundlage für die Einschätzung der persönlichen Ehre. Formalisierte Erwartungen und konkrete Erfahrungen bildeten die Basis der Fremdeinschätzung. In beschränktem Umfang konnten durch körperliche Fähigkeiten und Tüchtigkeit die Zuschreibungen positiv beeinflusst werden. Die diesbezügliche Einschätzung durch die Gemeinschaft beeinflusste (verstärkt in den unteren Schichten) sogar Gerichtsurteile. Jahrzehnte zurückliegende Verfehlungen, sowohl eigene als auch jene der Vorfahren, waren von Bedeutung. Unehrlichkeit konnte vererbt werden. Die Ehre wirkte sich (also auch generationenübergreifend) auf die individuellen Möglichkeiten hinsichtlich Allianzenbildung, Heiratspolitik, Almosenzuteilung und beruflichen Anstellungen aus.[5]

Die Ehre sollte als „soziales Kapital“ im Sinne Bourdieus und als ein „knappes Gut“ verstanden werden, dessen Verteilung, Verlust oder angeborenes Fehlen die Gesellschaft strukturierte. So kann „Unehrlichkeit“ sozialgeschichtlich auch als die Definition eines Berufsfeldes gesehen werden. Dessen Mitglieder bildeten ein eigenständiges Sozialsystem am Rande der Gesellschaft, deren Berufe zum Systemerhalt notwendig waren.[6]

### 1.2. Gesellschaftliche Beziehungen

Henker waren von öffentlichen Ehrenämtern ausgeschlossen. In seltenen Fällen konnten sie nach Aufgabe der Tätigkeit für sich und ihre Familie das Bürgerrecht erlangen. Durch das Nichtbürgertum waren sie aber von der Steuerzahlung befreit, was G. Wilbertz dazu veranlasste zu bemerken, dass der Henker „also nicht benachteiligt [war], indem er nicht hätte Bürger werden können, sondern bevorzugt, indem er es nicht werden mußte.“[7] Die Ausgrenzung des Scharfrichters und seiner Familie bestand primär darin, dass er und seine Söhne kein „ehrliches“ Handwerk ausüben durften. Handwerker konnten durch persönlichen Kontakt mit dem Henker oder seinen Gehilfen materiellen Schaden erleiden bzw. von der jeweiligen Zunft ausgeschlossen werden. Vor allem privater Kontakt, also

[3] Wolfgang Scheffknecht, Scharfrichter. Eine Randgruppe im frühneuzeitlichen Vorarlberg, Konstanz 1995, S. 163 f.
[4] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 44.
[5] Werner Troßbach/Clemens Zimmermann, Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 144 ff.
[6] Jutta Nowosadtko, Scharfrichter und Abdecker. Der Alltag zweier „unehrlicher Berufe“ in der Frühen Neuzeit, Paderborn 1994, S. 49.
[7] Zit. nach Michaela Maier, Scharfrichter und Strafvollzug im süddeutschen und Schweizer Raum während des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit, Dipl., Innsbruck 1998, S. 98 f.

das gemeinsame Essen und Trinken, die Teilnahme an einer Hochzeit oder das Tragen seines Sarges bei der Beerdigung waren für Mitglieder der Zünfte und ebenso für Nichthandwerker „gefährlich“. Auch nachdem die Reichshandwerksordnung 1731 die Unehrlichkeit des Scharfrichters aufgehoben hatte, blieb der soziale Druck aufrecht.[8]

War der Kontakt eine Geschäftsbeziehung, also beispielsweise die vom Henker veranlasste Anfertigung von Kleidern, Möbeln und anderen privaten Gebrauchsgegenständen, war diese gefahrlos möglich. Zumeist war auch die Herstellung von Richt- und Folterwerkzeugen unproblematisch. War der Scharfrichter nebenberuflich medizinisch tätig, so war dieser Kontakt ebenso nicht entehrend.[9] Die Reichspolizeiordnung von 1530 empfahl eine kennzeichnende Kleidung für den Henker, im süddeutschen Raum hatten aber nur wenige Städte eine diesbezügliche Kleiderordnung.[10]

Die Kirche sah den Scharfrichter als sündigen Menschen, weshalb er vom Priesteramt ausgeschlossen war. Behauptungen, nach denen ihm (bzw. seinen Nachkommen) Taufe, Heirat oder christliches Begräbnis verweigert worden wären, sind nicht belegbar. Immerhin waren die meisten Tiroler Scharfrichter verheiratet. In den meisten Fällen durften sie an der Kommunion teilnehmen, jedoch war ihnen in der Kirche ein eigener Platz zugewiesen.[11] Die Bürgerschaft wollte die Henker allerdings oft nicht „mitten unter ehrlichen Leuten“ bestatten lassen, daher hatten beispielsweise die Haller Scharfrichter eine eigene Begräbnisstätte.[12]

Die Tiroler Scharfrichter in Meran (ab 1488) und Hall (ab 1497)[13] heirateten in andere Henkersfamilien ein oder nahmen Töchter von „Wasenmeistern“ bzw. „Abdeckern“[14] zur Frau, denn Töchter von „ehrlichen“ Vätern waren für sie nicht erreichbar.[15] Diese Ehe-Problematik lässt sich für den gesamten deutschen Raum nachweisen, so gab es auch den Brauch, dass ein Scharfrichter eine verurteilte Frau mit einem Heiratsanbot freibieten konnte. Ein derartiges Angebot wurde aber durchaus auch abgelehnt, da die Hochzeit mit dem Henker der Ehre abträglicher war als der Tod.[16] Zwischen den Scharfrichtern gab es also häufig verwandtschaftliche Beziehungen und der Beruf wurde vielfach an den Sohn oder Schwiegersohn weitergegeben, da auch die Nachkommen keine Möglichkeit zu

[8] Richard Van Dülmen, Der ehrlose Mensch. Unehrlichkeit und soziale Ausgrenzung in der Frühen Neuzeit, Köln 1999, S. 45 ff.
[9] Nowosadtko, Scharfrichter und Abdecker, S. 294.
[10] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 98.
[11] Ebd., S. 99.
[12] Zit. nach Heinz Moser, Die Scharfrichter von Tirol. Ein Beitrag zur Geschichte des Strafvollzugs in Tirol von 1497–1787, Innsbruck 1982, S. 40.
[13] Ebd., S. 29.
[14] Abdecker oder Wasenmeister wurden jene Personen genannt, die mit der Entsorgung und Verwertung von Tierkadavern beschäftigt waren. Aus den Kadavern wurden Leim, Seife, Fette, Bleichmittel, Viehfutter u. a. hergestellt.
[15] Moser, Scharfrichter von Tirol, S. 38.
[16] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 167.

„ehrlichen“ Berufen hatten. So entstanden regelrechte Henkersdynastien, wie in Tirol die Familien Abrell, Vollmar, Fürst oder Putzer.[17]

Davon unbenommen verfügten die Scharfrichter aber über eine gruppenspezifische Ehre, die jener der Zünfte ähnelte. Die Henker führten den Titel Meister, konnten meist lesen und schreiben, verfügten über eine geregelte Ausbildung und legten auch Wert auf eheliche Herkunft[18] und die Bescheinigung von „ehrlichem“ und anständigem Verhalten beim Berufsausstieg. Mancher Henker leitete de facto einen Handwerksbetrieb, in dem niedere Tätigkeiten (wie beispielsweise Hängen oder Rädern) an Hilfskräfte delegiert wurden, Gesellen das „Handwerk“ erlernten und die Arbeit Wochen voraus geplant wurde, was aufgrund von Tagebüchern eruierbar ist.[19]

In der überlieferten Selbstwahrnehmung wird Unehrlichkeit und Ausgrenzung kaum thematisiert. Die Gegenkultur zum Handwerk dürfte sich primär auf bestimmte Fachtermini beschränkt haben. Vielmehr gab es Übereinstimmungen hinsichtlich Berufsehre (beispielsweise korrekter Vollzug von Strafen), Verhaltensformen und gesellschaftlicher Normen. Jutta Nowosadtko argumentierte folgendermaßen:

> „Die bisherigen Ergebnisse [der neueren Forschung zu „unehrlichen“ Randgruppen] können natürlich nicht so gedeutet werden, als habe es die ‚Unehrlichkeit‘ nie gegeben. […] Daß bei den Betroffenen nicht jene völlige Vereinsamung zu diagnostizieren ist, wie sie gelegentlich angenommen wurde, könnte schließlich auch darauf zurückzuführen sein, daß das unehrliche Berufsfeld schlicht größer als vermutet war und deshalb eine Reihe von Sozialkontakten ermöglichte […]“.[20]

## 1. Die Unehrlichkeit des Amtes

### 2.1. Ehrlichkeit und Unehrlichkeit des Henkers

Für die Neuzeit sind in der Literatur keine einheitlichen Angaben über die (Un)ehrlichkeit eines neuzeitlichen Scharfrichters aus juristischer Sicht zu finden. Nach den Gesetzen Maria Theresias von 1753 und 1772 waren Scharfrichter nur während ihrer Tätigkeit, nicht jedoch nach Pensionierung oder Kündigung unehrlich. Damit galt die Familie eines Scharfrichters zwar als „ehrlich“, dennoch wurde sie von der Bevölkerung nicht als ihresgleichen betrachtet. Der Zugang zu einer zünftischen Handwerksausbildung sowie zu politischen Ämtern war versagt.[21]

Zunächst war der Henker ein Phänomen der Städte, beispielsweise im Augsburger Stadtrecht von 1276 wird die Funktion erstmals erwähnt. Im 14. Jahrhundert war der

[17] Moser, Scharfrichter von Tirol, S. 37 ff.
[18] „Eheliche Herkunft“ bedeutet, dass die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet waren.
[19] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 100 f.
[20] Nowosadtko, Scharfrichter und Abdecker, S. 265.
[21] Moser, Scharfrichter von Tirol, S. 37.

Beruf des Scharfrichters bereits bis in die Kleinstädte verbreitet. Der in lateinischen Quellen „suspensor“ Genannte hatte viele deutsche Namen, überregional verbreitet waren jedoch nur die Bezeichnungen der „Henker“ und der „Nachrichter“. Bis ins 15. Jahrhundert war es ein städtischer Beruf, in den Dorfgemeinschaften war vielfach noch ein „Richten zu gesamter Hand“[22] üblich, und ursprünglich oblag es dem Geschädigten selbst Hand anzulegen.[23]

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts war der „Freimann“ oder „Züchtiger“ in Österreich nicht unehrlich, sondern ein freier und „rechtlicher“[24] Mann. Das Amt war ihm „als einem freyen manne zugepuerdett“ (nach einem Revers des Züchtigers Hans Kolb, 1434).[25] Die Unterschiede zwischen spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Stigmatisierung sind auch aufgrund von Überlieferungen einer beliebten Spielart des Betrugsbettels im späten 15. Jahrhundert nachweisbar: Bettler behaupteten, sie seien Henker gewesen und sammelten Almosen für eine Bußfahrt nach Rom, um ihre Sünden zu tilgen. Tatsächlich gaben die Städte ihren Nachrichtern „Urlaub“ um eine Wallfahrt zu unternehmen, in Empfehlungsschreiben des Rates war „brieflich Fürdrung und Kuntschaft …, heilige Almusen einzuheben“ festgehalten. Erst in der frühen Neuzeit wurde die Unehrlichkeit untilgbar und übertragbar.[26]

Oft werden die häufigen Nebentätigkeiten des Scharfrichters als Grund für seine Unehrlichkeit genannt, jedoch argumentiert Karl von Amira, dass ihm die zusätzlichen Aufgaben wie Abdecker, Kloakenreiniger, Hundefänger oder Frauenwirt[27] historisch gesehen erst *nach* und *wegen* der Infamierung[28] aufgetragen wurden. Die Unehrlichkeit des Henkers sei damit *nicht* aus dem berufsmäßigen Töten herzuleiten. Darauf aufbauend interpretierte Werner Danckert die Todesstrafe als ursprünglich kultische Handlung, als entsühnendes Opfer an die beleidigte Gottheit. Anstelle einer ambivalenten Ehrfurcht wären mit dem Verschwinden des „heidnischen“ Kultverständnisses negative Gefühle hinsichtlich der Vollstreckung von Todesstrafen entstanden. Diese Gegengefühle wären in der Ablehnung und Stigmatisierung des Henkers ausgedrückt worden.[29] Ein weiterer psychologischer Ansatz nach Joachim Gernhuber ist die Deutung der Unehrlichkeit des

[22] „Richten zu gesamter Hand“ bedeutete die Ausführung einer Körper- oder Todesstrafe durch Personen aus der Gemeinschaft. Diese „Laien-Scharfrichter“ führten oft nur ein einziges Mal in ihrem Leben eine Bestrafung durch.
[23] Ernst Schubert, Räuber, Henker, arme Sünder. Verbrechen und Strafe im Mittelalter, Darmstadt 2007, S. 66 f.
[24] Ein „rechtlicher“ Mann ist „ehrlich“ im Sinne der Rechtssprechung, kann aber sozial bereits als „unehrlich“ stigmatisiert sein.
[25] Zit. nach Werner Danckert, Unehrliche Leute. Die verfehmten Berufe, Bern 1963, S. 31.
[26] Zit. nach Schubert, Räuber, Henker, arme Sünder, S. 74.
[27] Der Frauenwirt war ein Zuhälter, dem das städtische Frauenhaus, also ein Bordell, verpachtet wurde.
[28] Infamierung bedeutet, dass eine Person als unehrlich erklärt wird.
[29] Danckert, Unehrliche Leute, S. 37.

Scharfrichters als eine unbewusste Ablehnung des peinlichen Strafsystems, dessen Opfer der Henker geworden sei.[30]

In katholischen Gebieten wurde der Scharfrichter eher als unehrlicher Mann gesehen, während der Beruf des Nachrichters in den reformierten Gebieten als ein von Gott gegebenes Amt beschrieben wurde.[31] Es sind regionale Unterschiede in der Ehrlichkeit des Henkers zu beachten, er wurde beispielsweise im süddeutschen Raum unehrlicher als in Nordwestdeutschland gesehen. Als „per se“ unehrlich wurden Scharfrichter von Rechtsgelehrten jedoch nicht bezeichnet. Richard Van Dülmen deutete diese Unehrlichkeit ausschließlich im Kontext der Handwerkerehre:

> „Erst die Professionalisierung des Scharfrichteramtes im Zusammenhang mit der Entwicklung des modernen Strafverfahrens seit dem 16. Jahrhundert, in Verbindung mit anderen Tätigkeiten machte diesen Beruf vor allem für Handwerker unehrlich.“ [32]

Die zunehmende Arbeitsteilung in der spätmittelalterlichen bzw. frühneuzeitlichen (städtischen) Gesellschaft, kann aber auch dahingehend verstanden werden, dass Tätigkeiten, die gemeinschaftlich ausgeübt worden waren, nunmehr delegiert und im Laufe der Zeit als schmutzig und niedrig verstanden wurden. In Verbindung mit zusätzlichen anrüchigen Aufgaben, wie beispielsweise Kloakenreiniger oder Abdecker, verfestigte sich dieser Zustand. Ernst Schubert meinte, „[…] die Gemeinschaft also verachtet denjenigen, der eine Tätigkeit ausübt, die ursprünglich ohne jeden Ehrenmakel in der Verantwortung dieser Gesellschaft selbst gelegen hatte, von ihr als Strafe vollzogen werden mußte, was noch Teil des Richtens war.“[33] Diese Stigmatisierung hielt über Jahrhunderte an und betraf auch die Familienmitglieder. Der Vormund der Kinder des 1786 verstorbenen letzten Haller Scharfrichters suchte 1793, nachdem die Kinder zu Vollwaisen geworden waren, um staatliche Unterstützung an, da die Waisen im Ort keine Arbeit finden konnten:

> „Sie sind Scharfrichterkinder und haben deswegen Verachtung zu befürchten, weil das zwar unvernünftige, aber doch bei gemeinen Leuten allgemeine Vorurteil, daß die Unehrlichkeit den Stand dieser Leute brandmarke und sie immer infam seien, unüberwindliche Wurzeln geschlagen hat.“[34]

[30] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 96.
[31] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 44.
[32] Zit. nach Van Dülmen, Der ehrlose Mensch, S. 43 f.
[33] Zit. nach Schubert, Räuber, Henker, arme Sünder, S. 72 f.
[34] Zit. nach Moser, Scharfrichter von Tirol, S. 39.

### 2.2. Ehrschädigende Interaktionen mit dem Scharfrichter

Die größten Probleme ergaben sich für jene Menschen, die mit dem Scharfrichter bei der Ausführung seiner eigentlichen Tätigkeit zu tun hatten. Van Dülmen fasste wie folgt zusammen:

> „Wenn schon der alltägliche und zufällige Umgang mit Scharfrichtern zu unberechenbaren Konflikten führen konnte, so waren umso mehr die Berührungen mit dem Henkersamt selbst höchst ehrenschädigend. Kaum jemand, der mit der Folter zu tun gehabt hätte, ob er nun unschuldig war oder eine Strafe erlitten hatte, konnte seine frühere Tätigkeit einfach wieder aufnehmen.“[35]

Die Zünfte nahmen vom Scharfrichter gezüchtigte Straftäter, aber auch unschuldig verdächtigte und deshalb gefolterte Handwerker meist erst wieder auf, wenn durch das Gericht bestätigt wurde, dass „die ausgestandene Peinlichkeit […] an Ehren, gutem Namen und Handwerck, gestalten Sachen nach unschädlich“[36] gewesen sei. Auch wer einen verurteilten Handwerkskollegen zur Richtstätte begleitete, konnte Probleme bekommen, denn der Galgenplatz war tabuisiert, so auch das (bereits benutzte) Folterwerkzeug. 1599 hatte das Wagner-Handwerk der oberdeutschen Städte beschlossen:

> „Es soll auch […] kein Meister und Gesell, unter uns ein Rad oder Hochgericht, nicht helffen auffrichten, oder sonst einige Anleitung dazu geben, ob ihm ein solches zu thun von seiner Obrigkeit, aufferlegt und befohlen wäre, auff solchen Fall solle er sich, daß es wieder Handwercks Gebrauch, und demselben zum Nachtheil gereichen thäte, beklagen und fleissig darvor bitten […]“[37]

Der Bau oder die Ausbesserung einer Richtstätte wurde von einzelnen Zimmerleuten verweigert und war nur möglich, wenn das gesamte Handwerk teilnahm und nach getaner Arbeit offiziell wieder ehrlich gemacht wurde. Die „Galgenfeste“ rund um den Bau eines Galgens waren dadurch feierliche Kulthandlungen. Für Hallstadt 1681 ist beispielsweise überliefert, dass Zimmerleute, Bürgermeister, Rat, Gerichtsmänner und schließlich alle Handwerker (mit Ausnahme der Metzger), danach Feldscher, Fähnrich und Trommler und schließlich die gesamte Bürgerschaft dreimal um die Gerichtsstätte gezogen wären. Beim Grundlegen mussten Bürgermeister und Rat helfen, es fand ein gemeinsames Mittagessen statt und nach der Fertigstellung wurde die Gerichtsstätte wieder dreimal von allen umrundet. Die Unehrlichkeit bei solchen Tätigkeiten konnte nur abgewendet werden, wenn alle mitmachten und die Arbeit unentgeltlich erfolgte.[38]

Galgen, Pranger und Gefängnisse wurden durch die dreifache Umrundung oder auch drei Schläge von Bürgermeister oder Gerichtsvorsteher „ehrlich“ gemacht, so dass sie aus-

[35] Zit. nach Van Dülmen, Der ehrlose Mensch, S. 49.
[36] Zit. nach Ebd., S. 50.
[37] Zit. nach Ebd., S. 50 f.
[38] Ebd., S. 51 f.

gebessert oder abgerissen werden konnten. Ähnliche Bräuche sind für den gesamten deutschen Raum bis ins 19. Jahrhundert hinein überliefert. Wurde Werkzeug nicht kultisch gereinigt, so musste es nach getaner Arbeit auf rituelle Weise weggeworfen werden.[39]

## 3. Die Tätigkeit des Scharfrichters

### 3.1. Die peinliche Befragung – die Tortur

Die peinliche Befragung oder Tortur ist seit dem 12. Jahrhundert nachgewiesen und verschiedene Formen sind in der Tiroler Landesordnung des 16. Jahrhunderts erwähnt. Eine erste Einschränkung auf Fälle mit wahrscheinlicher Schuldvermutung geschah 1532 durch Kaiser Karl V. und 1769 wurde im Rahmen des „Constitutio Criminalis Theresiana“ genau festgelegt, welche Foltermethoden eingesetzt werden durften und wie diese durchzuführen waren.[40]

Der erste Grad der Folter war die „territio verbalis“, welche durch Vorzeigen und Erklären der Folterwerkzeuge, also allein durch Angsteinflößung, ein Geständnis hervorrufen sollte. Im zweiten Grad wurden Angeklagte mittels Daumenschrauben malträtiert und als dritter Grad galt das „Aufziehen“ der Person an den am Rücken zusammengebundenen Händen, die „kluege Schnur“[41] (das Zusammenbinden der Hände mit den Beinen, eine besonders schmerzhafte Tortur), sowie der „hölzerne Esel“ oder „Schragen“, eine in Tirol besonders häufige Foltermethode, bei der die angeklagte Person sitzend auf der Kante eines Holzblocks festgebunden wurde. Die Aussagen während der Tortur waren (noch) nicht rechtsgültig, sondern jene, die im anschließenden Verhör gemacht wurden.[42]

Die Folter sollte Schmerzen verursachen, aber dem Charakter einer Leibesstrafe entsprechend keine Verletzungen erzeugen[43] und wurde meist von den Gerichtsdienern durchgeführt. Wurde der Scharfrichter dazu bestellt, war die Tortur für den Angeklagten entehrender. Daher führte manchmal bereits die Androhung oder das Vorführen des Scharfrichters zu Geständnissen. [44]

1776 wurde die Folter durch kaiserliches Reskript aufgehoben, allerdings sah die „Allgemeine Kriminalgerichtsordnung“ ab 1788 Stockstreiche vor, wenn Antworten verweigert wurden.[45]

[39] Danckert, Unehrliche Leute, S. 44 f.
[40] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 59.
[41] Ebd., S. 59.
[42] Hansjörg Rabanser, Hexenwahn. Schicksale und Hintergründe. Die Tiroler Hexenprozesse, Innsbruck-Wien 2006, S. 26 f.
[43] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 59.
[44] Ebd., S. 61.
[45] Ebd., S. 65.

### 3.2. Die öffentliche Zurschaustellung am Pranger

Die öffentliche Zurschaustellung und der Verlust von Ehre waren der Sinn der Prangerstrafen. Der Pranger war ein mannshoher Holzpfahl, an dem die zu bestrafende Person mittels Kette oder Halseisen fixiert wurde. Mit Symbolen wurde das Verbrechen gekennzeichnet, so standen beispielsweise Strohkränze und Kerzen für Inzest bzw. Ehebruch.[46] Im Ofener Stadtrecht war ein Tanz mit dem Scharfrichter eine Strafe, die Frauen für Unzucht erhielten. Daraus ist gut ersichtlich, wie entehrend und damit bestrafend die Berührung durch den Henker sein konnte.[47]

Ursprünglich wurden alle Prangerstrafen vom Scharfrichter durchgeführt, da dies die Schande erhöhte. Um Amts- und Reisegebühren des Henkers einzusparen wurden ab 1699 in Tirol leichte Prangerstrafen vom jeweiligen Gerichtsdiener durchgeführt. An den Pranger gestellt zu werden konnte auch Teil einer Begnadigung sein. Für schwere Prangerstrafen, die mit Körper- oder Todesstrafen verbunden waren, war weiterhin der Scharfrichter zuständig.[48] 1848 wurde der Pranger mit Hinweis auf die „Gesittung und Bildungsstufe der Völker des österreichischen Kaiserstaates“ verboten.[49]

### 3.3. Ehr- und Verstümmelungsstrafen

Mit dem öffentlichen Bestrafen eines Verbrechens durch den Henker geschah bereits eine Infamierung, welche auch die Familie der bestraften Person betraf. Mit „unehrlichen“ Strafen (für „unehrliche“ Verbrechen) ging auch der Verlust von Bürgerrechten und sozialem Ansehen einher. Oft wurden diese Strafen auch mit Landesverweis gekoppelt. „Unehrliche“ Verbrechen mussten heimlich und in böser Absicht erfolgen, die Hauptdelikte waren Mord und Diebstahl, während Totschlag und Raub als „ehrliche“ Verbrechen galten.[50]

Die körperlichen Bestrafungen wie das Abhauen von Hand oder Schwurfinger, das Abschneiden/Ausreißen der Zunge, das Riemen- oder Ohrenabschneiden sowie das Brandmarken und die Prügelstrafe sollten sowohl als Ehr- als auch als Verstümmelungsstrafen betrachtet werden. Das entehrende Element steht im Vordergrund, da die bestrafte Person als Verbrecher oder Verbrecherin gekennzeichnet wurde und dadurch eine Rückkehr in die Gesellschaft nicht möglich war.[51]

Beim Brandmarken stand die Markierung im Vordergrund, so konnte im Falle späterer Verbrechen verstärkt bestraft werden. In Tirol wurde ein Galgen und ein „T“ auf Rücken oder Wangen eingebrannt. Der Schwurfinger wurde für Meineid bzw. Falschaussage

[46] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 68.
[47] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 166.
[48] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 69.
[49] Ebd., S. 71.
[50] Van Dülmen, Der ehrlose Mensch, S. 67 f.
[51] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 79.

abgehauen, womit der Bestrafte auch seine Schwurfähigkeit verlor. Dieben wurde die Hand abgeschlagen, in Hinblick auf die spätere Arbeitsfähigkeit wurde die schwächere Hand gewählt. Die brutaleren Körperstrafen wurden in Tirol eher selten verhängt, meist in Verbindung mit der Todesstrafe, um diese entehrender zu gestalten, beispielsweise wurden Verurteilte zuvor mit glühenden Zangen gezwickt oder gerissen.[52]

Diese Strafen wurden vom Henker ausgeführt, der für die einzelnen Tätigkeiten regional unterschiedlich entlohnt wurde und die verwendeten Materialien in Rechnung stellte. Die Verstümmelungsstrafen wurden 1787 verboten, Brandmarken und Prügelstrafen waren noch bis 1848 erlaubt.[53]

## 3.4. Todesstrafen

### *3.4.1. Ehrenhafte Enthauptungen*

Die „angenehmste", ehrenvollste und am häufigsten angewandte Todesstrafe war das Enthaupten. Der Verurteilte kniete oder saß, während der Henker mit dem Richtschwert in einem wuchtigen Hieb genau zwischen zwei Wirbel treffen musste. Es erforderte Können und eine große Geschicklichkeit, mit einem Hieb den Kopf vom Rumpf zu trennen. Dies gelang jedoch nicht in allen Fällen. Der Meraner Scharfrichter benötigte im Jahr 1700 bei einer Hinrichtung 5 Hiebe, ähnlich erging es dem Haller Henker 1739. [54]

In den meisten Fällen wurden zusätzlich zur Enthauptung vorher und nachher noch Strafen hinzugefügt, die den Verurteilten entehren sollten. So wurde es als „Begnadigung" verstanden, wenn das Enthaupten vor der eigentlichen Todesstrafe wie Vierteilen oder Verbrennen angeordnet wurde. Bis zur Aufhebung der Todesstrafe 1787 (Wiedereinführung 1795) war dies die gängigste Hinrichtungsart.[55]

### *3.4.2. Unehrenhafte Hinrichtungen*

Das Erhängen war eine reine Männerstrafe und für schweren Diebstahl vorgesehen. Besonders entehrend war das Hängen an einem „liechten Galgen", also dem verdorrten Ast eines Baumes. Der Delinquent musste auf eine Leiter steigen, dann wurde ihm die Schlinge eines Hanfseils um den Kopf gelegt und die Leiter vom Scharfrichter umgestoßen. Ein Genickbruch trat aber nur ein, wenn der Henker sein Handwerk perfekt beherrschte. Der Scharfrichter Marx Philipp Abrell sollte beispielsweise einen Dieb richten, jedoch brach das Hanfseil. Der Verurteilte wurde daraufhin begnadigt. Der Sohn und Nachfolger des genannten Scharfrichters, Johann Jakob Abrell, wurde sogar entlassen, weil er das Erhängen nicht beherrschte. Eine leichter umsetzbare Methode des

[52] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 78–82.
[53] Ebd., S. 82.
[54] Ebd., S. 83 f.
[55] Ebd., S. 90.

Hängens, nämlich das Erdrosseln an einem Pfahl, führte wesentlich schneller zum Tod und lässt sich auch für Tirol nachweisen. Beide Varianten wurden bis ins 20. Jahrhundert angewandt.[56]

Der Tod durch Ertränken war in erster Linie eine Frauenstrafe für schwere Verbrechen, analog zum Hängen für Männer. Im beginnenden 16. Jahrhundert wurden „Hexen“ und Wiedertäuferinnen zumeist auf diese Art hingerichtet. Die Verurteilten wurden in einen Sack eingenäht und unter Wasser gedrückt bis sie ertranken. Ab der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde diese Strafe zumeist in den „Tod durch das Schwert“ umgewandelt.[57]

„Ein jeder Mörder soll mit dem Rad gerichtet werden“, besagte die Maximilianische Halsgerichtsordnung von 1499. Verurteilte wurden auf einen Lattenrost aus dreikantigen Hölzern gebunden. In der grausameren Variante wurde bei den Füßen begonnen, in der anderen beim Hals. Zur Verkürzung des Todeskampfes wurde dem Verurteilten ein Nagel, der ins Herz eindringen sollte, untergelegt. Insgesamt wurden fünfzehn Stöße mit dem Rad ausgeführt, was eine große Körperkraft von Seiten des Henkers erforderte. Der Tote wurde dann auf ein Rad geflochten, welches am Hochgericht zur Abschreckung aufgehängt wurde. Der Meraner Scharfrichter sah sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts krankheitsbedingt nicht mehr zu einer Hinrichtung mit dem Rad im Stande, also musste sein Haller Amtskollege einspringen. Vermutlich wurde die Strafe des Räderns (am lebenden Körper) in Tirol nur selten durchgeführt.[58]

### *3.4.3. Schandstrafen*

Für Tirol ist keine (lebende) Pfählung belegt, dennoch wurde diese Schandstrafe in den Landesordnungen von 1526, 1532 und 1573 genannt. „Die […] auf Kindesabtreibung gesetzte Strafe des Lebendig-Eingrabens und Pfählens wird gemeinlich in die Strafe des Schwertes verändert“[59] schrieb ein Tiroler Jurist 1696.[60] Das Einmauern stellt eine Spätform des Lebendig-Begrabens dar, welches eine „Gnadenstrafe“ für Adelige oder Geistliche war und nicht vom Scharfrichter vollzogen wurde, wodurch die Schande geringer wurde. In dieser Version gab es eine tödliche und eine symbolische Variante. Bei letzterer wurde eine Öffnung für Brot und Wasser freigelassen und nach einiger Zeit wurde die eingemauerte Person wieder freigelassen.[61]

Das Vierteilen war die Strafe für Hochverrat und Mord an Schwangeren. Sie wurde selten (lebend) angewandt, sondern meist erst nach der Enthauptung. Die Körperviertel wurden

[56] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 92 ff.
[57] Ebd., S. 96 f.
[58] Ebd., S. 98–102.
[59] Es kam jedoch durchaus zu Pfählungen von Leichnamen.
[60] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 102.
[61] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 173 f.

an eigens errichteten „Schellgalgen“ am Hochgericht aufgehängt.[62] Eine weitere überwiegend erst an der Leiche durchgeführte Schandstrafe war das Verbrennen am Scheiterhaufen, in Tirol auch „Scheiterkasten“ genannt. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden allerdings „Zauberer“, „Hexen“ und Wiedertäufer bei lebendigem Leib verbrannt. Um den Todeskampf zu verkürzen, wurde den Delinquenten ein kleines Säckchen mit Schießpulver ans Herz gebunden. In Meran wurde beispielsweise ein Vierzehnjähriger wegen „Zauberei“ hingerichtet, ein Siebenjähriger in letzter Minute begnadigt. Auch Münzfälscher und Brandleger wurden verbrannt.[63]

Die Grausamkeit des damaligen Strafvollzuges wurde durch handwerkliche Mängel in der Durchführung erhöht. Fehlhinrichtungen aufgrund der Widerstandsfähigkeit von Delinquenten oder (häufiger) der Ungeschicklichkeit der Scharfrichter wurden „nach allgemeinen Dafürhalten durch ein Mirakel“ verursacht und die Begnadigung „als lebendiges Zeichen des vorgefallenen Wunders“ ausgesprochen. 1663 etwa überlebte Thomas Hanns aufgrund hervorragender körperlicher Widerstandsfähigkeit das Rädern, der Nagel, der ins Herz hatte dringen sollen, wurde durch ein geweihtes Scapulier aufgehalten. Nasses Holz andererseits verzögerte 1538 in Brixen eine Verbrennung, und Enthauptungen, die mehr als einen Streich benötigten, waren durchaus gängig. 1739 wurde ein Delinquent „ganz unvollkommen mit dem Schwert hingerichtet“, da Medizinstudenten und Jesuitenschüler so nahe an und auf der Richtstätte standen, dass „der arme Sünder leicht in Verwirrung gebracht und der Scharfrichter an der ordentlichen Vollziehung seines Dienstes gehindert“ worden war, wie nachträglich festgestellt wurde. Auch und gerade beim Hängen waren Fehlhinrichtungen häufig.[64]

Dem muss allerdings entgegengehalten werden, dass ein Scharfrichter eine solide Ausbildung erhielt. Er lernte bei seinem Vater bzw. Schwiegervater oder ging auf Wanderschaft. Nach der Ausbildung bewarb er sich zur „Machung seines Probestücks“, er absolvierte also eine oder (zumeist) mehrere Hinrichtungen, um sich Meister nennen zu dürfen. So bestätigte die Regierung in Innsbruck 1724, dass Johann Jakob Abrell „unlängst auf von uns allda und zu Bozen an dreien vom Leben zum Tode mit dem Schwert hingerichteten Delinquenten in Anwesenheit vieler hundert Personen seinen Probestreich ganz glücklich vollbracht“ habe. 1768 gewährte die Regierung Johann Georg Putzer 80 Gulden, womit er je einen Meisterbrief in Schwabmünchen und in Ungarn erwarb. Zeugnisse, Meisterbriefe und Probeexekutionen waren die Voraussetzung für eine Scharfrichterstelle in Tirol.[65]

[62] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 110 f.
[63] Ebd., S. 105 f.
[64] Zit. nach Ebd., S. 112–115.
[65] Zit. nach Ebd., S. 27 ff.

### *3.4.4. Spiegelnde Strafen*

Viele Strafen sollten die Tat des Verurteilten widerspiegeln, auf symbolische und auf magische Weise. So wurden „Zauberer“ und Brandstifter „ihrem Element“ übergeben. Die typischen Frauenstrafen, das Lebendig-Begraben und Ertränken, können als Heimgabe der Delinquentinnen an „untere“ Elemente verstanden werden. Die Strafe für Ehebruch und Notzucht war die Durchbohrung (selten von Lebenden, zumeist von hingerichteten Toten) mit einem „phallischen“ Pfahl.[66] Beim Verbrennen sollte der Leichnam zu Asche verbrannt werden und diese in den Wind oder in den Fluss geworfen werden, um jede Erinnerung an Tat und Täter auszumerzen. Auch Vorstellungen von einer Reinigung durch Feuer dürften eine bedeutende Rolle gespielt haben. Dieses stand aber auch für das Höllenfeuer, in dem religiöse Delikte gebüßt werden sollten.[67]

Das Ertränken und Vergraben dürfte einen ähnlichen magischen Zweck erfüllt haben, da auch dem Wasser und der Erde reinigende Kraft zugeschrieben wurde. Wiedergängertum, also das Wiederkehren von Toten als Geister oder Untote, sollte durch das Einhüllen des Leichnams in Dornen verhindert werden, ähnlich dem Einschlagen des Pfahls im Vampirglauben.[68] Hingerichtete Delinquenten, die unter dem Galgen begraben wurden, mussten „ein unerlöst leidendes, meist örtlich gebundenes Dasein“ führen. Es ist als Teil der Strafe zu werten, wenn die Gerichteten nicht in geweihter Erde am Friedhof begraben wurden.[69]

## 4. Scharfrichten als Lebensgrundlage

### 4.1. Häufigkeit und Anlass der Hinrichtungen

Der Haller Scharfrichter hatte folgende Hochgerichte, die etwa dem Gebiet des heutigen Nordtirols entsprechen, zu betreuen: Kitzbühel, Kufstein, Rattenberg, Rottenburg (Rotholz), Freundsberg (Schwaz), Hall/Thaur, Sonnenburg (Innsbruck), Steinach, Hörtenberg (Oberhofen), Imst, ev. Brennwald (Wenns), Petersberg, Landeck, Laudegg (Prutz) und Naudersberg. Ehrenberg (Reutte) wurde vom Füssener Scharfrichter betreut, Vils gehörte zum Außenbezirk des Augsburger Scharfrichters.[70]

Dem Meraner Scharfrichter unterstanden Glurns (das drei Richtstätten hatte), Schlanders, Meran (eines der bedeutendsten Hochgerichte des Landes, da es Landesgericht war und ihm somit Verbrecher aus zwölf Gerichten zugewiesen wurden; hier gab es, wie in Innsbruck/Sonnenburg und Rattenberg ein „Köpflplatzl“ für Enthauptungen), Kaltern (Tramin), Breitbach (Kurtatsch), Enn/Kaldiff, Karneid/Steinegg, Bozen/Gries (nahe an

[66] Danckert, Unehrliche Leute, S. 47.
[67] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 170 ff.
[68] Ebd., S. 172 f.
[69] Scheffknecht, Scharfrichter, S. 166.
[70] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 125−133.

der Stadt, sodass die Bewohner unter dem Geruch verwesender Delinquenten litten), Stein (Ritten), Neuhaus/Terlan, Sarnthein, Gufidaun, Völs (am Schlern), Wolkenstein, Welsberg (Ampezzo), Altrasen, Heinfels (in Klettenheim), Rodenegg (in Schabs), St. Michelsburg (bei St. Lorenzen), Kastelruth, Sterzing und Lienz.[71]

Hans Frey, Haller Scharfrichter 1528–1571 hat in den 43 Jahren seiner Tätigkeit geschätzte 300 Menschen exekutiert. Neben Wiedertäufern werden zwei bis drei „gewöhnliche" Hinrichtungen pro Jahr vermutet.[72] Johann Georg Putzer hingegen, der letzte Haller Scharfrichter, der rund 250 Jahre später tätig war, nämlich 1772–1786, suchte mehrmals um Erhöhung seines Grundgehaltes an, von dem er aufgrund der seltenen Hinrichtungen und seiner großen Kinderschar mehr schlecht als recht leben konnte.[73]

Leonard Oberdorfer war 1632–1672 mit fast 40 Dienstjahren der längstdienende Scharfrichter Merans. Er hat geschätzte 100 Exekutionen vorgenommen, jedoch in manchen Jahren nur eine, während eine Welle von Hexenprozessen dazu führte, dass in anderen Jahre fast monatlich eine „Hexe" oder ein „Zauberer" hingerichtet wurden.[74] Der Regierung in Innsbruck war es wichtig, das Haller Scharfrichteramt durchgängig besetzt zu halten. So wurde bei Bedarf der Meraner Scharfrichter nach Hall versetzt und musste von dort aus die vakante Stelle in Meran mitbetreuen.[75]

Grundsätzlich sind drei Hauptgruppen von Hinrichtungen festzustellen: Erstens die Verfolgung der Wiedertäufer 1529–1539, der mindestens 365 Menschen (jährlich durchschnittlich 14 in Meran und 22 in Hall) zum Opfer fielen. Zweitens die „Hexerei- und Zaubereiprozesse" 1501–1540, 1590–1540, sowie 1679–1685. Drittens sind die „eigentlichen Verbrecher" zu nennen, diese Hinrichtungen waren aber auch nicht gleichmäßig verteilt, so gab es Jahre in denen keine und welche in denen vier bis sechs Hinrichtungen dieser Art vollzogen wurden. Im Zeitraum 1655–1755 wurden in Tirol jährlich durchschnittlich 3,8 Todesurteile vollstreckt, wobei 1,5 Exekutionen auf den Meraner Henker und 2,3 auf seinen Haller Kollegen entfielen. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert sind in Tirol rund 1.500–1.700 Menschen den Scharfrichtern zum Opfer gefallen.[76]

### 4.2. Die Bezahlung des Scharfrichters

Im europäischen Mittelalter und in der Neuzeit war Getreide die Konstante in der Ernährung der Menschen und machte den Hauptteil der verzehrten Kalorien aus. Wein, Fleisch, Fisch, Gemüse, Obst und Fett wurden, auch an Fürstenhöfen, lediglich als

[71] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 134–141.
[72] Ebd., S. 147 f.
[73] Ebd., S. 158 f.
[74] Ebd., S. 179 f.
[75] Ebd., S. 173.
[76] Ebd., S. 22–26.

Zuspeise verstanden. Die Mindestration in normalen Zeiten pro Tag und Kopf war 1430 bei 400–500 Gramm Brot oder vergleichbaren Nahrungsmitteln aus Getreide und konnte auch auf ein Kilogramm steigen.[77]

Zur Veranschaulichung folgt untenstehend ein Modell[78], welches einen Kalorienverbrauch von 800 Gramm Brot pro Person und Tag in einem acht Personen umfassenden Haushalt annimmt (2.336 Kilogramm Weizen pro Haushalt und Jahr) und die Weizenpreise[79] (in Gulden[80]) mit dem Grundgehalt[81] des Henkers (in Gulden) vergleicht.

| *um 1500* | *Jahresgrundgehalt* | *Weizen für 100 fl* | *Weizen absolut* | *Deckung der Ernährung* |
|---|---|---|---|---|
| Hall | 80 fl | 7.750 kg | 6.200 kg | 265% |
| Meran | 50 fl | 7.750 kg | 3.875 kg | 166% |

Folgende Abweichungen für das Grundgehalt sollten beachtet werden: Ab 1503 in Hall 100 Gulden, ab 1509 in Meran 80 Gulden und 1513–1525 in Hall 115 Gulden.

Im Modell ist die Ernährung der Familie durch das Grundgehalt um 1500 noch gesichert, mit den steigenden Weizenpreisen ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts jedoch nicht mehr ausreichend:

| *um 1600* | *Jahresgrundgehalt* | *Weizen für 100 fl* | *Weizen absolut* | *Deckung der Ernährung* |
|---|---|---|---|---|
| Hall | 104 fl | 1.550 kg | 1.612 kg | 69% |
| Meran | 80 fl | 1.550 kg | 1.240 kg | 53% |
| *um 1700* | *Jahresgrundgehalt* | *Weizen für 100 fl* | *Weizen absolut* | *Deckung der Ernährung* |
| Hall/Meran | 104 fl | 960 kg | 998 kg | 43% |

| *Jahr: 1750* | *Jahresgrundgehalt* | *Weizen für 100 fl* | *Weizen absolut* | *Deckung der Ernährung* |
|---|---|---|---|---|
| Hall/Meran | 104 fl (?) | 1420 kg | 1.477 kg | 63% |

Im oben entworfenen Modell ist aber nicht berücksichtigt, dass der Scharfrichter für jede einzelne seiner Tätigkeiten zusätzlich einen Stücklohn[82] bekam, geregelt waren folgende Gebühren:

| *Hall/Meran* | *ab 1503 / ab 1509* | *um 1600* | *ab 1708* |
|---|---|---|---|

[77] Bruno Laurioux, Tafelfreuden im Mittelalter. Kulturgeschichte des Essens und Trinkens in Bildern und Dokumenten, Stuttgart-Zürich 1992, S. 16 ff.
[78] Modell nach eigenen Berechnungen, anhand von Grundgehältern und Weizenpreisen nach Ebd., S. 10–11. und S. 30.
[79] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 10 f.
[80] 1 Gulden (fl) = 60 Kreuzer (kr)
[81] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 30.
[82] Alle Angaben nach Ebd., S. 30 f.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Hinrichtungsgebühr | 2 fl | 3 fl | 6 fl |
| Taggeld | 24 kr | 36 kr | 1 fl |
| Weggeld (pro Meile) | 6 kr | 6 kr | 18 kr |
| Handschuhgebühr | (ab 1534) 30 kr | 48 kr | 48 kr |

Abweichende Hinrichtungsgebühren galten für das Unterengadin in der Höhe von acht Gulden und für das Oberengadin mit zehn Gulden. Seit 1708 gab es eine genauere Gebührenordnung. Die detailliertere Auflistung von 1750 für Hall[83] entspricht, soweit nicht anders angegeben, jener von Meran:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Grundgehalt | 104 fl | Hochgericht: Annageln v. Hand/Kopf | 1 fl |
| Hinrichtungsgebühr | 6 fl | Nagel zum Annageln v. Körperteilen | 1 fl |
| Ausführen der Verbrecher | 48 kr | Tortur | 5 fl |
| Handschuhgebühr | 2 fl | Territion m. Vorzeigen Foltergeräte | 2 fl 30 kr |
| Bestatten des Gerichteten | 3 fl | Territion m. Anwesenheit d. Henkers | 2 fl 30 kr |
| Radflechten/Pfählen/Vierteilen | 5 fl | Begraben eines Selbstmörders | 45 fl |
| o. g. außerhalb des Hochgerichtes | 8 fl | mittellosem Selbstmörder begraben | 20 fl |
| Anfertigung des Rades | 3 fl | Prangerstrafe: Anhängen Zettel o. ä. | 1 fl |
| Anfertigung des Pfahles | 1 fl | Leihgebühr Daumenschraube | 1 fl |
| Schellgalgen für Körperviertel | 1 fl | Verbrennen von Buch/Portrait | 4 fl |
| Aufhängen pro Körperviertel | 3 fl | Hochgericht: Annageln Buch/Portrait | 6 fl |
| o. g. am Hochgericht | 5 fl | Abnahme Leichnam u. Bestattung | 3 fl |
| Leitertransport zur Sonnenburg | 9 fl 30 kr | Riemenschneiden/Brustzwicken | 3 fl |
| Gebühr für neue Leiter | 15 fl | Zungenabschneiden | 3 fl |
| Verbrennen eines Gerichteten | 6 fl | Zungenausreißen | 5 fl |
| Ausführen mit Schinderkarren | 15 fl | Lohn für Henkersknecht | 3 fl |
| Prangerstellen | 1 fl 30 kr | Weggeld (pro Meile) | 24 kr |
| Nasen-/Ohrenabschneiden | 1 fl 30 kr | Weggeld Henkersknecht (pro Meile) | 15 kr |
| Brandmarken | 1 fl 30 kr | Taggeld | 1 fl |
| Abhauen v. Hand/Schwurfinger | 3 fl | Taggeld für Henkersknecht | 30 kr |

[83] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 32–35.

Folgende Abweichungen für Meran sollten erwähnt werden: Radflechten, Pfählen und Vierteilen wurde mit drei Gulden veranschlagt, wenn es außerhalb des Hochgerichtes durchgeführt wurde mit fünf Gulden. Auch für diverse andere Tätigkeiten wurden niedrigere Gebühren eingehoben, beispielsweise wurden für das Verbrennen des Leichnams vier Gulden, für Nasen- bzw. Ohrenabschneiden und Brandmarken jeweils ein Gulden und als Weggeld pro Meile 18 Kreuzer für den Henker bzw. 12 Kreuzer für den Henkersknecht verrechnet. Für den Leitertransport oder eine neue Leiter wurde kein Äquivalent genannt.

Die Gebühren (bestehend aus Wegegeld für Henker und Knecht/e, Taggeld für Wartezeiten, Hinrichtungsgebühr, Gebühr für Strick, Scheiterhaufen oder ähnliches, Kosten für das Ausführen des Verurteilten an die Richtstätte, Lohn für Knecht/e, ev. Bestattungsgebühr, ev. Handschuhgebühr, etc.) für eine Hinrichtung konnten sich damit auf über 30 Gulden belaufen.[84]

Während ihrer Tätigkeit wurde den Tiroler Scharfrichtern kostenlos ein Wohnhaus zur Verfügung gestellt.[85] Je nach „Konjunktur“ der Hinrichtungen und Bestrafungen konnten die Scharfrichterfamilien gut verdienen oder waren darauf angewiesen dazuzuverdienen. Nicht alle konnten Geld für den Ruhestand zur Seite legen. Wenige übten ihr Amt bis zum Tod aus, und nur ein einziger Scharfrichter in Tirol wurde pensioniert und erhielt eine Gnadenpension. Deshalb suchte der Haller Henker Sebastian Waldl um höheren Lohn an, da „ich mich mit Weib und vier Kindern ehrlich [!] verhalte und nicht im Alter wie meine Vorfahren von Almosen leben möchte.“[86]

Ironischerweise wurde mit der zunehmenden „Unehrlichkeit“ der Henker ihre ökonomische Situation verbessert. Mit der Professionalisierung wurde auch das Einkommen höher. Festanstellungen in den (großen) Städten wurden besser bezahlt.[87] Die Tiroler Henker[88] waren im Vergleich zu ihren Kollegen in anderen Städten relativ gut bezahlt.[89]

## 4.3. Die Nebentätigkeiten des Henkers

### *4.3.1. Heilpraktiker und Chirurg*

Die scharfrichterliche Medizin war in der Frühen Neuzeit weit verbreitet und lässt sich bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts belegen.[90] Die Chirurgie, (damals) also die

[84] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 36.
[85] Ebd., S. 39.
[86] Zit. nach Ebd., S. 40.
[87] Schubert, Räuber, Henker, arme Sünder, S. 78.
[88] Kurzbiographien zu Anstellung, Verhalten, Richttätigkeit, Verwandtschaftsverhältnissen und Privatleben der Haller und Meraner Henker finden sich im Buch „Die Scharfrichter von Tirol“ von Heinz Moser.
[89] Ebd., S. 32.
[90] Kathy Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand. Medizin und Ehre in der Frühen Neuzeit, in: Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen (Colloquia Augustana 8), hrsg. v. Sybille Bachmann/Hans-Jörg Künast/Sabine Ullmann/B. Ann Tlusty, Berlin 1998, S. 316–347, S. 321.

Behandlung von Knochenbrüchen, Verrenkungen, Verstauchungen und äußeren Verletzungen, war das Kernaufgabengebiet. Patientenbriefe berichten von der Rettung durch Scharfrichter, nach Gefährdung durch Bader, Chirurgen und Ärzte. Doch nicht alle Scharfrichter beschränkten sich darauf, manche drangen auch in die innere Medizin ein, was zu Beschwerden studierter Ärzte führte, beispielsweise ein Scharfrichter habe sich

> „erkühnet […] interna Medicamenta […] nicht alleine zu verschreiben, sondern auch […] selbsten zu praeparieren, die urin zue besichtigen, auch mit Rath, purgationen, und Arzeneyen Ausgebung, haimblich und offentlich, Inner: und Ausser seines Hauses zu praktizieren.“[91]

Unehrlichkeit war bei der medizinischen Tätigkeit des Scharfrichters nie ein Problem. Seine Patienten konsultierten ihn öffentlich, auch der Behandlungsprozess war öffentlich. Letzteres entsprach der generellen Heilpraxis im frühneuzeitlichen Europa.[92] Autorisierte Heilkundige sahen die heilkundige Praxis von Scharfrichtern als Konkurrenz und Verletzung ihres rechtlichen Monopols. Handwerkschirurgen (Wundärzte) und Ärzte nahmen in ihren Beschwerden jedoch nie auf das Ehrkonzept Bezug, sondern bemängelten das Fehlen einer medizinischen Ausbildung. Die Scharfrichter betonten jedoch ihre Qualifikation, welche sie praktisch und theoretisch erlernt hatten.[93]

Henker hatten jedenfalls einen leichteren Zugang zu Leichen als Ärzte, und die Obduktion von Verurteilten durch Scharfrichter scheint allgemein üblich gewesen zu sein. Während anatomische Untersuchungen studierter Ärzte bis ins 18. Jahrhundert selten blieben, hatten Scharfrichter regelmäßig „abdomiert und geschnitten“.[94] Im 18. Jahrhundert wurden die Henker verpflichtet, ihre Opfer zur Anatomie zu bringen. Zusätzlich professionalisierten sich die gelehrten Ärzte und den Scharfrichtern wurde nach und nach allerorts die Human- und später auch die Tiermedizin untersagt. Einige führten ihre Tätigkeit jedoch illegal weiter.[95]

Die Selbstdarstellung als gelehrter, qualifizierter Heilkundiger wurde auch in den Petitionen verfolgt, mit welchen Scharfrichter versuchten, eine Legitimation als Arzt zu erlangen. Die Mithilfe ihrer Frauen wurde in diesen Petitionen nicht erwähnt. Auch abergläubische Praktiken wie die Behandlung von „maleficarum“, also von Krankheiten deren Entstehen man auf Schadenszauber zurückführte, wurden darin nicht erwähnt, obwohl diese Praktiken ebenso von klassischen Medizinern ausgeführt wurden.[96] Die praktischen Qualitäten der Scharfrichtermedizin wurden auch von der Obrigkeit geschätzt, was zu einem ambivalenten Verhalten führte. Theoretisch unterstützten sie das Monopol

[91] Zit. nach Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand, S. 329 f.
[92] Ebd., S. 334 ff.
[93] Ebd., S. 336.
[94] Ebd., S. 325.
[95] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 64 f.
[96] Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand, S. 339.

der autorisierten Heilkundigen, praktisch wurden medizinisch praktizierende Scharfrichter geduldet und protegiert.[97]

Unbestritten war nur die Aufgabe der Scharfrichter, die körperliche Verfassung der Delinquenten einzuschätzen, damit diese bei der Tortur nicht starben. Weiters waren sie dafür zuständig, ihre Opfer nach erfolgter Folter wieder gesund zu pflegen.[98] Für Tirol ist aus dem 17. Jahrhundert überliefert, dass vor jeder Tortur ein Protokoll dem „Freimann auferlegt und ernstlich anbefohlen worden sei, daß er zuerst den Constituten an dem Leib besichtigen und beobachten sollte, ob er ein tadelhaftes Glied, Leibschaden habe, ob er zu der zuerkennten Tortur Leibsbeschaffenheit halber tüchtig sei“. Die Pflege von Gefolterten wird im Buch von Heinz Moser nicht erwähnt, jedoch die gesetzlich festgelegte Pflicht, zur Durchführung von Verstümmelungsstrafen eine Heilsalbe mitzubringen und unmittelbar nach dem Vollzug der Strafe die Verstümmelten zu verbinden.[99]

### *4.3.2. Wunderheiler und Hellseher*

Obrigkeiten, gelehrte „medici“, Scharfrichter und Patienten glaubten an die medizinische Wirksamkeit menschlicher Leichen. Die Körperteile und Extrakte von hingerichteten Verbrechern wurden als noch wesentlich wirksamer eingeschätzt. Ein Kontakt mit einer Leiche konnte infamieren, im medizinischen Kontext jedoch heilen und beschützen.[100] Der Verurteilte wurde ab dem Urteil von den Geistlichen als armer Sünder umgedeutet. Der Tod durch Hinrichtung war eine Schande, durch den Läuterungsprozess (Reue, Beichte, Absolution, Eucharistie, öffentliches Geständnis und öffentliche Strafe) wurde er gereinigt und „geheiligt“. Nach einer misslungenen Hinrichtung 1438 in München wurde ein noch lebender Gehenkter vom Galgen geschnitten, denn „do er hailig ward am galgen, half man ihm davon.“[101]

Praktisch alle Teile des Toten wurden heilmagisch verwendet. Auch Kopf, Hirn und Schädel dienten als Heilmittel. In Streifen geschnittene Haut und Knochen dienten als Amulette. Das Hemd des Gerichteten, ein Holzspan von Galgen oder Rad, Galgenstrick oder Nägel und vor allem das Richtschwert galten als zauberkräftig. Weiters wurden Blut und „Armesünderfett“ aus den Leichen der Hingerichteten gewonnen. „Schädelmoos“, Alraunenamulette und andere Wundermittel wurden von vielen Henkern verkauft.[102] Hier gereichte die „Unehrlichkeit“ den Henkern zum Vorteil, da ihre Tätigkeit ihnen einerseits Zugriff auf die genannten Zaubermittel erlaubte und sie diverse Utensilien in diesen Zusammenhang verkaufen konnten.

[97] Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand, S. 347.
[98] Ebd., S. 323.
[99] Zit. nach Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 42 f.
[100] Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand, S. 342.
[101] Zit. nach Ebd., S. 344 f.
[102] Danckert, Unehrliche Leute, S. 42 f.

Mehrere Haller Scharfrichter des 17. Jahrhunderts nützten den Ruf ihrer „Zunft“, magische Kräfte zu besitzen, und betätigten sich als Hellseher, meist mit dem Versprechen, verlorene oder gestohlene Dinge wiederfinden zu können. Die Regierung in Innsbruck wies den Stadtrichter an, „damit sich nun der Nachrichter künftig der zauberischen, hochverbotenen Werke, die er, wie sich herausstellt, mehrfach zu unserem Ärger gebraucht, zu enthalten weiß, so befehlen wir euch in Christi Namen, daß ihr dem Nachrichter solches nochmals allen Ernstes untersagt.“[103] Der Haller Scharfrichter Sebastian Wadl suchte 1705 erfolgreich um die Lizenz zur Entnahme von „Armesünderfett“ aus den Leichen der Hingerichteten an.[104] Die Verwendung von „Menschenschmalz“ dürfte weithin als Heilmittel angesehen worden sein, denn beispielsweise Münchner Scharfrichter belieferten damit die städtischen Apotheken bis Mitte des 18. Jahrhunderts.[105]

#### *4.3.3. Sonstige Tätigkeiten*

Während anderenorts das Scharfrichteramt häufig in Verbindung mit der Wasenmeisterei vergeben wurde oder die Henker freiwillig zusätzlich als Wasenmeister tätig waren, wurden diese Ämter in Tirol selten miteinander verbunden. Die jeweiligen Amtsinhaber waren aufgrund ihrer „Unehrlichkeit“ jedoch häufig verwandtschaftlich oder freundschaftlich verbunden. Wenn es um das Begraben von Selbstmördern ging, kamen sich Scharfrichter und Wasenmeister aber manchmal in die Quere. Der Wasenmeister wurde häufig vom Dorfpfarrer damit beauftragt, während dies eigentlich Aufgabe des Henkers war. Die Regierung in Innsbruck bestätigte das 1699 ausdrücklich.[106]

Von zwei Tiroler Scharfrichtern aus dem 15. und 16. Jahrhundert ist überliefert, dass sie bei Gelegenheit ihr Einkommen auch als Zuhälter aufbesserten,[107] was in anderen Gegenden durchaus üblich oder und in seltenen Fällen sogar angeordnet war. Generell waren die Nebentätigkeiten der Henker regional sehr unterschiedlich und reichten vom „ehrlichen“ Stadtmedicus bis zum „unehrlichen“ Hundefänger oder Kloakenreiniger.[108]

## 5. Die Inszenierung des erzwungenen Todes

### 5.1. Prozess und Hinrichtung als Schauspiel

Die Gerichte tagten öffentlich und vielfach im Freien, oft neben mächtigen Bäumen wie Eichen und in Dörfern vor allem bei Linden. Diese Orte, wie auch die Verfahren, waren

[103] Zit. nach Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 43 f.
[104] Ebd., S. 43.
[105] Stuart, Des Scharfrichters heilende Hand, S. 325.
[106] Moser, Die Scharfrichter von Tirol, S. 44 f.
[107] Ebd., S. 44. Meister Konrad, Züchtiger in Bozen, bewarb sich 1484 um die Übernahme des dortigen Bordells. Ab 1597 sind Klagen überliefert, dass im Haushalt des Haller Scharfrichters Christof Tollinger Prostituierte leben würden.
[108] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 164.

frei zugänglich. Neben Dorf- und Stadtplätzen wurde auch auf Friedhöfen und in Kirchen Gericht gehalten. Es wurde ein „Theater des Rechts“ inszeniert. Bevor das Verfahren von wissenschaftlich ausgebildeten Juristen (oftmals auf Latein und damit unverständlich) verschriftlicht wurde und ohne Publikum in geschlossenen Räumen stattfand, war der Ort des Gerichts für alle in der Gemeinschaft interessant. Hier konnte das Recht als Grundlage des Zusammenlebens sinnlich erfahren und erlernt werden. Die Öffentlichkeit hatte keine kontrollierende Funktion, sondern konstituierte die rechtliche Legitimität des Geschehens. Mit den Inquisitionsprozessen wurden zuvor niedergeschriebene Urteile vor den versammelten Menschen als Verfahren mit Urteilsfindung „vorgespielt“, da auch im 17. Jahrhundert nur eine öffentliche Darbietung ein Urteil mit Rechtsanspruch erzeugen konnte.[109]

Auch die Hinrichtungen der frühen Neuzeit wurden in der Öffentlichkeit inszeniert. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, ob arm oder reich, Kind oder Greis, gebildet oder ungebildet, nahmen daran Teil. Die Hinrichtung war ein Schauspiel, welches abschrecken und gleichzeitig den gebrochenen Rechtsfrieden wiederherstellen sollte. Doch die Menschen kamen auch aus Sensationsgier und Schaulust. Das Schauspiel wurde damit auch zu einem Volksfest. Letzteres lässt sich anhand erhaltener Verkaufslisten über Brot, Fleisch, Fisch, Wurst, Wein und Bier bekräftigen.[110]

### 5.2. Inszenierung und Gnade

Gnade spielte eine wichtige Rolle im Zuge der Verurteilung und der Exekution. Im ganzen deutschen Raum gab es den Brauch, dass eine verurteilte Person, der eine Jungfrau oder ein junger Mann die Ehe versprach, dadurch verschont wurde. Beispielsweise in Augsburg wurde 1562 ein Mörder aber trotz dieses Versprechens gerichtet.[111] Die obrigkeitliche Gnade erfolgte durch das Gericht, auch auf Gesuch des Verurteilten und Fürbitten von Geistlichen und Adeligen. Wurde dem Gesuch stattgegeben verstärkte dies die gesellschaftliche Wichtigkeit der um Gnade bittenden Personen, was meist das eigentliche Ziel dieser Fürbitten war.[112] Die Form der Strafe, Ort und Zeit, sowie die Dauer waren wichtig. Gnadenhalber wurden Strafen ehrbarer gemacht, beispielsweise eine Verbrennung in eine Enthauptung umgewandelt, das Urteil in der Nacht vollstreckt oder der Leichnam schon nach wenigen Tagen vom Galgen genommen.[113]

Durch ein Henkersmahl sollte der Angeklagte sich mit seinem Schicksal versöhnen, „sich beim Richter für das gnädige Urteil bedanken und dem Scharfrichter verzeihen.“ Er sollte ohne böse Blicke und Verwünschungen zu äußern aus der Welt scheiden und bereit sein

[109] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 53–56.
[110] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 43 f.
[111] Ebd., S. 46.
[112] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 49.
[113] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 46 f.

zu sterben. Symbolische Handlungen waren wichtig, beispielsweise wurde eine „Armsünderglocke“ als Abwehrzauber geläutet. Nach dem Verlesen des Urteils brach der Richter seinen Stab und warf ihn vor die Füße des Verurteilten. Damit sollte gezeigt werden, dass das Urteil unwiderruflich war und ein Abschneiden des Lebensfadens symbolisiert werden.[114]

Die Hinrichtung sollte als öffentliche Demonstration der Konsequenzen von Vergehen und Verbrechen zur Abschreckung und Mahnung des Volkes dienen. Gleichzeitig wurde damit Macht und Verfügungsgewalt bewiesen. Der Bezug zu Täter und Tat wurde durch die „Urgicht“, die Verlesung des Geständnisses, hergestellt. Die Strafe spiegelte die Art und die Schwere des Verbrechens wider.[115] Da aber auch der Hinzurichtende bei dem Schauspiel mitwirken sollte, kam es zu Vereinbarungen über den Vollzug. Vorherige (heimliche) Tötung bei Feuerstrafen oder die Ablösung des Hängens und Räderns durch das Enthaupten können auch dahingehend interpretiert werden, dass dieses Entgegenkommen Verurteilte ermutigte, sich bis zur Hinrichtung gemäß den Erwartungen zu verhalten.[116] Misslungene Hinrichtungen kamen regelmäßig vor und erregten den Zorn der Zuschauer. Oft warteten die Menschen, bis der durch den mißlungenen Hieb verstümmelte Delinquent erfolgreich hingerichtet worden war. Erst dann stürzten sie sich auf den Henker.[117]

## Resümee

Das „Handwerk“ des Henkers kann in zwei annähernd gleich wichtige Teilbereiche gegliedert werden: die Tätigkeit an sich und ihre Inszenierung. So wurde beim Ausführen der Verurteilten zur Richtstätte und bei der Hinrichtung einerseits eine konkrete Leistung erbracht, andererseits war der Henker in seiner Amtstracht Mittelpunkt der Inszenierung.

Wenn der Scharfrichter dramatisch von der Richtstätte sprang und leise wieder hinaufging, um den Delinquenten in einem von jenem unbemerkten Moment zu töten, dann war dies einerseits einer sauberen Enthauptung zuträglich, aber andererseits wieder ganz im Sinne des Schauspiels. Sollte eine „Hexe“ verbrannt werden, so musste einerseits das Feuer lodern, um die Verurteilte auch entsprechend der Vorgaben zu verbrennen, andererseits sollte die Strafe, gerade als eine der deutlicheren Spiegelstrafen, eine „ästhetische“ Qualität haben. Auch bei der Tortur wurde sowohl mit dem Können als auch mit dem bloßen Erscheinen des Henkers gedroht und gearbeitet. Die ehrschädigenden Behandlungen sterbender und toter Körper, beispielsweise das Rädern oder das Begraben des Leichnams am Galgenhügel, waren Bestrafung und Inszenierung zugleich.

[114] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 47–50.
[115] Rabanser, Hexenwahn, S. 29
[116] Schild, Folter, Pranger, Scheiterhaufen, S. 51.
[117] Maier, Scharfrichter und Strafvollzug, S. 51 ff.

Das Spektakel konnte durch die vom Amt auf die Person übergehende Unehrlichkeit an Eindruckskraft gewinnen, daher ist zu vermuten, dass die Infamierung des Henkers zum Teil auch als eine Verstärkung der Inszenierung über das Amt hinaus hin zur Person verstanden werden sollte. Aus dieser Sicht müssten, neben den bekannten Hintergründen, in den ehrschädigenden Folgen, die aus der Berührung durch den Scharfrichter entstanden sind, Aspekte der Inszenierung vermutet werden. Auch die speziellen Bedingungen für die Teilnahme am Gottesdienst oder in der Wahl des Begräbnisortes müssten dann dahingehend interpretiert werden. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, dass die „Unehrlichkeit“ der Person allein auf der Inszenierung des erzwungenen Todes beruhte, jedoch sollte dieser Aspekt in der Diskussion zu Ursache und Ausmaß der scharfrichterlichen „Unehrlichkeit“ stärker berücksichtigt werden.

## Literatur

Danckert, Werner, Unehrliche Leute. Die verfehmten Berufe, Bern 1963.

Laurioux, Bruno, Tafelfreuden im Mittelalter. Kulturgeschichte des Essens und Trinkens in Bildern und Dokumenten, Stuttgart-Zürich 1992.

Maier, Michaela, Scharfrichter und Strafvollzug im süddeutschen und Schweizer Raum während des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit, phil. Dipl. Innsbruck 1998.

Moser, Heinz, Die Scharfrichter von Tirol. Ein Beitrag zur Geschichte des Strafvollzugs in Tirol von 1497–1787, Innsbruck 1982.

Nowosadtko, Jutta, Scharfrichter und Abdecker. Der Alltag zweier „unehrlicher Berufe“ in der Frühen Neuzeit, Paderborn 1994.

Rabanser, Hansjörg, Hexenwahn. Schicksale und Hintergründe. Die Tiroler Hexenprozesse, Innsbruck-Wien 2006.

Scheffknecht, Wolfgang, Scharfrichter. Eine Randgruppe im frühneuzeitlichen Vorarlberg, Konstanz 1995.

Schild, Wolfgang, Folter, Pranger, Scheiterhaufen. Rechtssprechung im Mittelalter, Augsburg 2011.

Schubert, Ernst, Räuber, Henker, arme Sünder. Verbrechen und Strafe im Mittelalter, Darmstadt 2007.

Stuart, Kathy, Des Scharfrichters heilende Hand. Medizin und Ehre in der Frühen Neuzeit, in: Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen (Colloquia Augustana 8), hrsg. v. Sybille Bachmann/Hans-Jörg Künast/ Sabine Ullmann/B. Ann Tlusty, Berlin 1998, S. 316–347.

Troßbach, Werner/Zimmermann, Clemens, Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart, Stuttgart 2006.

Van Dülmen, Richard, Der ehrlose Mensch. Unehrlichkeit und soziale Ausgrenzung in der Frühen Neuzeit, Köln 1999.

**Hester Margreiter** ist Studentin der Geschichte und der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck. Hester.Margreiter@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Hester Margreiter, Das „Handwerk“ des Henkers und die Inszenierung des erzwungenen Todes im Tirol des 16.-18. Jahrhunderts, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 131–155, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Josef-Riedmann-Preis 2013

historia.scribere

# Schuldig? Nationale und internationale Medien im Genozid in Ruanda 1994

**Rabensteiner Alexandra**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof.in Dr.in Eva Pfanzelter

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: BA-Arbeit

**Abstract**

**Guilty? National and International Media and the Genocide in Rwanda 1994**

The following paper is about the Rwandan Genocide and the role of national media, especially radio and newspaper, and the international media. The paper is divided into three sections: Firstly, an introduction on the Genocide in Rwanda between April and July 1994, secondly, the national media and the question, whether they were responsible for the Genocide and thirdly, the question, if the international media prevented the termination of genocide.

## Einleitung

„[…] you take your spears, clubs, guns, swords, stones, everything, sharpen them, hack them, those enemies, those cockroaches, those enemies of democracy, show that you can defend yourselves […]“[1]

[1] *RTLM*, zit. n. Anna-Maria Brandstetter, Die Rhetorik von Reinheit, Gewalt und Gemeinschaft: Bürgerkrieg und Genozid in Rwanda, in: *Sociologus* 51 (2001), Heft 1/2, S. 148–184, hier S. 166.

So fordert der Radiosender *Radio-Tèlèvision Libre des Mille Collines*, kurz *RTLM*, eine Bevölkerungsgruppe auf, eine andere zu töten. Am Ende werden etwa eine Million Opfer gezählt und das Radio wird zum Symbol einer geplanten Ausrottung.

Im April 1994 begann im ostafrikanischen Staat Ruanda ein von der Hutu-dominierten Regierung geplanter Genozid der Bevölkerungsmehrheit der Hutu an der Minderheit der Tutsi. Beinahe 60 Prozent der Hutu-Bevölkerung beteiligten sich aktiv am Genozid und töteten Tutsi sowie oppositionelle Hutu mit Speeren, Schwertern, angespitzten Bambusstöcken, vor allem aber mit Macheten. Der Genozid in Ruanda zeichnete sich durch ein hohes Maß an Brutalität aus, durch soziale Nähe – Täter und Opfer hatten oft jahrelang in Frieden nebeneinander gewohnt –,[2] und durch die Medien, die in allen Genoziden des ausgehenden 20. Jahrhunderts von besonderer Bedeutung waren.[3]

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit diesem neuen Phänomen und mit der Frage, welche Rolle nationale und internationale Medien im Genozid in Ruanda spielten. Ausgegangen wird davon, dass die nationalen Medien, die Printmedien, vor allem aber die beiden Radiosender *Rwanda* und *RTLM*, maßgeblich zur Ausbreitung der Gewalt beitrugen. Da 1994 ein großer Teil der Bevölkerung analphabetisch war, kommt den Radiosendern eine besondere Bedeutung zu. Durch falsche Mitteilungen schürten sie die Angst der ZuhörerInnen und damit die Gewalt gegen die Tutsi vor und während des Genozids. Im Gegensatz dazu ignorierten oder unterschätzten die internationalen Medien die Ereignisse in Ruanda. Dadurch wurden einem Eingreifen und einer frühzeitigen Beendigung des Mordens entgegengewirkt.

Um diese These zu untermauern wird – nach einer Klärung des hier verwendeten Genozid-Begriffs – eine Einführung in den konkreten Fall in Ruanda 1994 gegeben, um die Rolle der nationalen und internationalen Medien verstehen zu können. Auch die Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert sind für die Entstehung und den Verlauf des Genozids wichtig und beeinflussten darüber hinaus die Sprache der nationalen Medien während des Genozids.

Den Kern der Arbeit bilden die Kapitel zu den nationalen und internationalen Medien. Zuerst soll die Frage geklärt werden, welche Medien es kurz vor und während des Genozids gegeben hatte. Der Fokus wird dabei auf zwei Beispiele gelegt, die Zeitung *Kangura* und den Radiosender *RTLM*, deren Gründer 2003 vom ICTR, dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, wegen Anstiftung zum Genozid verurteilt wurden. Eine Besonderheit dieser Medien bildet die Rhetorik, mit der sie zum Genozid aufforderten und mit der sich auch die Arbeit auseinandersetzt. Die Frage nach der Verant-

[2] Karen Krüger, Worte der Gewalt: Das Radio und der kollektive Blutrausch in Rwanda 1994, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 10, S. 923–939, hier S. 923.
[3] Wolfgang Benz, Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert, München 2006, S. 183.

wortung, die die Medien am Genozid von Ruanda tragen, wird anschließend anhand zweier verschiedener Ansichten diskutiert: die des amerikanischen Politikwissenschaftlers Scott Straus, der meint, die Medien hätten nur bedingt zum Genozid beigetragen, und die der Historikerin Karen Krüger, die in den Medien eine Hauptvoraussetzung für den Genozid sieht. Inwiefern den internationalen Medien eine Teilschuld vorgeworfen werden kann, soll anhand der aktuellen Forschung und einer Zeitungsanalyse beantwortet werden.

Basis der Arbeit bildet vor allem englischsprachige Literatur – die deutschsprachige wissenschaftliche Forschung setzt sich nur vereinzelt mit der hier diskutierten Fragestellung auseinander. Dazu passt der Vergleich von Wikipedia-Artikeln in deutscher und englischer Sprache: Während im englischsprachigen Aufsatz der Rolle der Medien ein eigenes Kapitel („media propaganda") gewidmet wird, fließt dieser Aspekt im deutschen Artikel nur in das Kapitel „Vorbereitung des Genozid" ein.[4]

Die häufigsten Bearbeitungen in der englischen Version fanden im Jahre 2006 (108 Bearbeitungen) statt, gefolgt von den Jahren 2008 und 2007. Im Gegensatz dazu wurde der deutsche Artikel im Jahre 2008 am häufigsten verändert, nämlich 338 Mal und davon allein im Februar 117 Mal. Die Frage, warum gerade in diesen Jahren das Thema so häufig überarbeitet wurde, ist nicht so leicht zu beantworten. Aufgrund von Recherchen im Archiv von *Spiegel-Online* kann vermutet werden, dass im Jahre 2008 die deutsche Version deshalb so häufig verändert wurde, weil in der ehemaligen deutschen Kolonie Kenia zu dieser Zeit große Unruhe herrschte – *Spiegel* titelte z. B. einen Artikel vom 1. Jänner 2008 mit „Chaos in Kenia. Massaker-Szenen wie beim Völkermord von Ruanda"[5]. Dadurch wurden die Geschehnisse in Ruanda wieder aktuell. Zwar wurde auch der englische Artikel in diesem Jahr 103 Mal, am häufigsten wurde der Artikel allerdings im November 2006 überarbeitet. Ein Zusammenhang könnte mit den Konflikten in Darfur bestehen, die zu dieser Zeit ihren Höhepunkt fanden und in den USA einen großen Widerstand auslösten, der bis heute anhält.[6]

---

[4] Ansonsten konnte bei diesem Vergleich festgestellt werden, dass es sich beim deutschen Beitrag „Völkermord in Ruanda" um einen sogenannten „exzellenten Artikel" handelt. Im Gegensatz zu den meisten Wikipediaeinträgen ist der deutschsprachige in diesem Fall außerdem länger als der englischsprachige, der unter dem Titel „Rwandan Genocide" einzusehen ist. Der deutsche Text umfasst 24 Seiten „reinen Text", also ohne Fußnoten und Literaturverzeichnis, was ca. 12.828 Wörtern entspricht (19.974 Wörter mit Literaturverweisen), während der englischsprachige etwas mehr als 16 Seiten (ohne Fußnoten und Literaturverzeichnis) und 10.185 Wörter (mit Fußnoten und Literaturverzeichnis 13.352) zählt.

[5] Tilo Thielke, Chaos in Kenia. Massaker-Szenen wie beim Völkermord in Ruanda, 1.1.2008, [http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,526069,00.html], eingesehen 29.3.2012.

[6] Wikipedia, Page history statistic, o. D., [http://toolserver.org/~tparis/articleinfo/index.php?article=Rwandan&lang=en&wiki=wikipedia], eingesehen am 24.3.2012.; Wikipedia, Page history statistic, o. D., [http://toolserver.org/~tparis/articleinfo/index.php?article=Ruanda&lang=de&wiki=wikipedia&begin=&end=], eingesehen 24.3.2012.

Anders sieht das in der wissenschaftlichen Literatur aus: Die erste wichtige Auseinandersetzung mit dem Thema ist die Arbeit von Christine Kellow und Leslie Steeves „The Role of Radio in Rwandan Genocide“ aus dem Jahre 1998. Der Großteil der wissenschaftlichen Literatur erschien allerdings nach 2003. Laut Scott Straus erklärt sich dieser Boom mit der Verurteilung dreier Journalisten vom ICTR in diesem Jahr.[7] Im Jahre 2007 wurde ein für die Arbeit als Hauptquelle dienender Sammelband von Allan Thompson veröffentlicht: „The Media and the Rwandan Genocide“. Daneben bildet das Überblickswerk der Historikerin Alison des Forges „Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda“ eine wichtige Grundlage.

Ergänzend zur Beschäftigung mit Sekundärliteratur wurde für das Kapitel „Der Vorwurf der Schuld an internationale Medien“ auch eine qualitative Zeitungsanalyse der beiden Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *New York Times* durchgeführt. Dabei sollte anhand dieser Beispiele die Frage geklärt werden, ob die internationalen Medien den Genozid ignorierten. Dafür wurden die Artikel vom 1. April 1994 bis 1. August 1994 ausgewertet.

## 1. Genozid – ein Definitionsversuch

Der Begriff *Genozid* geht auf den polnisch-jüdischen Anwalt Raphael Lemkin zurück. Aufgewachsen in einem umkämpften polnischen Grenzgebiet und geprägt von einem konkreten Ereignis im Jahre 1921,[8] setzte er sich früh für eine übernationale Legislative ein:[9] Bereits im Jahre 1933 schlug er bei der 5. Internationalen Konferenz für Vereinheitlichung des Kriminalrechts erfolglos ein Gesetz gegen die Vernichtung von rassischen, religiösen und sozialen Gruppen dem Völkerbund vor.[10] 1944 setzte er das Wort *Genozid* aus dem griechischen Wort *genos* (dt. Stamm, Rasse, Volk) und *cadere*, dem lateinischen Begriff für töten, zusammen. Seine Definition wurde am 9. Dezember 1948 von der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Genozids aufgenommen und erweitert.[11] Demnach ist Genozid eine Handlung „with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such”[12]. Fünf verschiedene Handlungen gelten als Genozid:

---

[7] Scott Straus, What Is the Relationship between Hate Radio and Violence? Rethinking Rwanda’s “Radio Machete”, in: *Politics & Society* 35 (2007), Heft 4, S. 609–637, hier S. 610, [http://pas.sagepub.com /content/35/4/609], eingesehen 3.5.2012.

[8] Ein Armenier wurde inhaftiert, nachdem er einen der Hauptverantwortlichen des Armenien-Genozids erschossen hatte.

[9] Adam Jones, Genocide. A Comprehensive Introduction, New York 2011, S. 9.

[10] Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorien – Kontroversen, München 2006, S. 8.

[11] Ebd., S. 15.

[12] Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Nr. 15, hrsg. v. Bundestag, Bonn 1954, S. 729–739, hier S. 729.

„(a) Killing members of the group;

(b) Causing serious bodily or mental harm to members of the group;

(c) Deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part;

(d) Imposing measures intended to prevent births within the groups;

(e) Forcibly transferring children of the group to another group."[13]

Die Definition von *Genozid* erwies sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens allerdings als äußerst problematisch.[14] Nach der Konvention geriet der Begriff *Genozid* für mehrere Jahrzehnte in Vergessenheit und erst mit den Geschehnissen in Ruanda 1994 und im ehemaligen Jugoslawien gewann der Begriff an Aktualität.[15]

Bis heute ist der Genozid in Ruanda der einzige, auf den alle Merkmale der UN-Konvention von 1948 zutreffen.[16] Nur wenige Monate nach den Ereignissen in Ostafrika, im Oktober 1994, wurde er von der UNO offiziell anerkannt.[17]

## 2. Der Genozid in Ruanda

Zwischen April und Juli 1994 kamen in Ruanda nach heutigen Schätzungen eine Million Menschen um. Es war ein Massenmord der Bevölkerungsmehrheit der Hutu an der Minderheit der Tutsi und an moderaten Hutu, durchgeführt im Auftrag des Staates, der damit seine Macht sichern wollte.[18]

Dabei handelte es sich nicht um einen „spontanen Akt der Wut",[19] vielmehr gab es seit Ende der 1950er, Beginn der 1960er Jahre immer wieder Konflikte und Zusammenstöße zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen.[20] Grundlegend für die Konflikte waren die deutsche und belgische Kolonialherrschaft und die „Fantasie der Anthropologen in

[13] Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Nr. 15, hrsg. v. Bundestag, Bonn 1954, S. 729–739, hier S. 729.
[14] Für eine intensive Beschäftigung mit dem Definitionsproblem vgl. Barth, Genozid, S. 761; Jones, Genocide, S. 3–63.
[15] Barth, Genozid, S. 18.
[16] Wolfgang Benz, Völkermorde im 20. Jahrhundert (Wiener Vorlesungen im Rathaus 137), Wien 2008, S. 50.
[17] Barth, Genozid, S. 19.
[18] Barth, Genozid, S. 112; Benz, Völkermorde im 20. Jahrhundert, S. 50 f.
[19] Zit. n. Fatuma Ndangiza, „Wir sind alle Verlierer in diesem ‚Spiel'". Wie die Rwander die jüngste Vergangenheit bewältigen, in: Genozide und staatliche Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Verena Radkau/Eduard Fuchs/Thomas Lutz (Konzepte und Kontroversen – Materialien für Unterricht und Wissenschaft. Geschichte – Geographie – Politische Bildung 3), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 70–78, hier S. 71.
[20] Barth, Genozid, S. 114.

der Kolonialzeit“,[21] welche den beiden Bevölkerungsgruppen ethnische Ungleichheit zugesprochen hatten.[22]

### 2.1. Der Weg in den Genozid seit dem 19. Jahrhundert

Bereits vor der deutschen Kolonialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Ruanda zwischen drei Bevölkerungsgruppen unterschieden: den Hutu als Ackerbauern, den Tutsi als Viehbesitzern und den Twa als Jägern und Sammlern. Die Unterscheidung beruhte auf sozialen Differenzen, wobei die Grenzen fließend waren. Demnach konnten Hutu, wenn sie genug Vieh besaßen, zu Tutsi aufsteigen und umgekehrt konnten Tutsi ihren Status verlieren und zu Hutu werden. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen lebten in Clans zusammen, die wiederum einem König unterstanden. Alle zusammen teilten sie eine gemeinsame Geschichte, Sprache und Religion.[23]

Die reicheren Tutsi stellten zumeist den König und die Stammes-Häuptlinge. Das führte dazu, dass sich mit der Zeit eine Elite herausbildete und die Bezeichnung *Tutsi* zu einem Synonym für die herrschende Schicht wurde, während der Begriff *Hutu* die breite Bevölkerung bezeichnete.[24] Unter König Mwami Kigeri Rwabugiri (1860–1895) verschärften sich die Gegensätze, indem den Hutu die gesamte Fronarbeit auferlegt wurde.[25] Diese Strukturen verfestigten sich unter der deutschen Kolonialherrschaft zwischen 1899 und 1916, indem die Kolonialherren auf diese aufbauten und damit die führende Schicht begünstigten.[26]

Im Ersten Weltkrieg vertrieben die Belgier die Deutschen aus der Kolonie.[27] Ähnlich wie ihre Vorgänger errichteten die Belgier ab 1916 ihre Macht zuerst auf dem vorgefundenen Herrschaftssystem. Mit 1926 wurde allerdings eine Reihe von Änderungen in der Verwaltung vorgenommen, worunter auch der Ausschluss der Hutu von Staatsdiensten und höherer Schulbildung fiel. Dies spiegelte die rassische Ideologie, die in Europa verbreitet war, wider.[28] Sie berief sich insbesondere auf die *Hamitentheorie* des Afrikaforschers John Hanning Speke, nach der die Tutsi aus der Gegend des klassischen Ägypten gekommen waren und dementsprechend den Hutu überlegen seien, die wiederum von Ham, dem schwarzen Sohn Noahs, den Gott verflucht hatte, abstammen würden.[29] Eine Volkszählung in den Jahren 1933/34 legte diese Teilung in verschiedene

[21] Benz, Völkermorde im 20. Jahrhundert, S. 51.
[22] Ebd.
[23] Barth, Genozid, S. 112 f.
[24] Julia Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord und Kriminalisierung von Hasspropaganda im Internationalen Recht. Die jüngsten Entscheidungen des ICTR zur Rolle der Medien in Ruanda, Dipl. Innsbruck 2006, S. 8.
[25] Jones, Genocide, S. 348.
[26] Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 8 f.
[27] Ebd.
[28] Ebd., S. 10.
[29] Jones, Genocide, S. 349.

Ethnien endgültig fest: In Ausweisen wurde die ethnische Herkunft festgehalten, wobei weniger die tatsächliche Abstammung eine Rolle spielte als vielmehr die Machtpolitik, da die Gruppen durch ihr langes Zusammenleben eigentlich nicht mehr als zwei unterschiedliche Ethnien identifiziert werden konnten.[30] Dieses Ausweissystem bestand auch 1994 noch und wurde zu einem entscheidenden Faktor des Genozids: Bei Straßenblockaden konnte anhand der Ausweise die Ethnienzugehörigkeit festgestellt werden.[31]

Bis in die 1950er Jahre wurden die Tutsi von den Belgiern unterstützt. Als jedoch die Forderung nach Unabhängigkeit immer lauter wurde, begannen die Kolonialherren – aus Angst vor einer Revolution und auf Druck der UNO hin –, die Hutu-Mehrheit zu fördern. Bei den ersten freien Wahlen von 1956 gewannen die Hutu klar. Es kam in der Folge zu Parteigründungen mit ethnischen Ausrichtungen, wodurch die Gräben zwischen den Bevölkerungsteilen immer weiter aufgerissen wurden. Die Hutu-Parteien sprachen von einer jahrhundertelangen Unterdrückung durch die Tutsi, während sich die Tutsi-Parteien als die rechtmäßigen Herrscher des Landes sahen. 1959 kam es zu den ersten Unruhen, gefolgt von einer neuerlichen Wahl, bei der abermals die Hutu-Parteien siegten. 1961 wurde die Republik ausgerufen und im Juli des darauffolgenden Jahres erhielt das Land die Unabhängigkeit. Der Umbruch in der politischen Macht zwischen 1959 und 1962 ging als *Hutu-Revolution* in die Geschichte ein.[32]

Auf die Machtübernahme der Hutu folgte zuerst die Vertreibung der Tutsi aus den hohen Staatsämtern und schließlich aus dem Land.[33] Der Historiker Adam Jones spricht von einer angestauten Frustration, die zu den ersten proto-genozidalen Massakern gegen Tutsi führte.[34] Bis in die 1970er Jahre gab es immer wieder Gewalttaten gegen die Tutsi, die einen Höhepunkt 1972/73 fanden. Beeinflusst wurden diese Übergriffe von den Ereignissen im Nachbarstaat Burundi, der ebenfalls aus den drei Gruppen Hutu, Tutsi und Twa bestand. Dort kam es 1972 zu einem Massaker, bei dem 80.000 bis 150.000 Hutu ermordet wurden.[35]

Mit dem Regierungsantritt von Juvénal Habyarimana 1973 und der Einparteienstaat-Gründung in Ruanda beruhigte sich die Lage vorerst wieder.[36] Sein Augenmerk lag zu Beginn der Regierungszeit darauf, die bis dahin aus dem Süden stammenden Führungsmächte durch Hutu aus dem Norden zu ersetzen, die allerdings weniger tolerant waren. Grund dafür waren die Unterwerfungen durch die Tutsi, durch südliche Hutu und durch die deutschen Kolonisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit

[30] Barth, Genozid, S. 113.
[31] Jones, Genocide, S. 350.
[32] Barth, Genozid, S. 114; Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 11–13.
[33] Ebd., S. 13.
[34] Jones, Genocide, S. 350.
[35] Barth, Genozid, S. 114 f.
[36] Ebd., S. 117.

bildete sich auch die tutsifeindliche Gruppe *akazu* rund um Agathe Habyarimana, die Frau des Präsidenten, und dessen Schwager Protais Zigiranyirazo heraus, die bald eine dominierende Stellung in der Regierung einnahmen und sich zu Beginn der 1990er Jahren zur sogenannten *Hutu-Power* organisierten, die maßgeblich für den Genozid an den Tutsi verantwortlich sein sollte.[37]

Durch verschlechterte wirtschaftliche Verhältnisse am Ende der 1980er Jahre stieg der soziale Druck auf den Präsidenten und die Forderungen nach einer Demokratie wurden laut. Um dies zu verhindern, entstand ein auf Milizen aufgebautes Unterdrückungssystem.[38]

### 2.2. Entwicklungen in den 1990er Jahren

Mitte September 1990 wurden Stimmen über einen bevorstehenden Angriff der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) laut.[39] Dabei handelte es sich um eine Armee von ruandischen Flüchtlingen aus der zweiten Generation, hauptsächlich Tutsi, die sich seit 1988 in Uganda bewaffnet und organisiert hatten. Mit dem Ziel, die Rückkehr ihrer Familien zu ermöglichen, Habyarimana zu vertreiben und eine Demokratie aufzubauen sowie den Lebensstandard der Tutsi im Land zu verbessern, kam es am 1. Oktober 1990 zum Angriff auf Ruanda.[40] Der Einfall der RPF führte zu einer Radikalisierung der Regierung, und Gewalt wurde zu einem fixen Bestandteil der Politik: Die Tutsi wurden als Verräter und Komplizen der RPF dargestellt und verfolgt, moderate Hutu ebenso.[41] Der Krieg, durch den Einfall ausgelöst, wurde „zum Vorwand […] Minderheiten zu dezimieren."[42] Durch hauptsächlich französische Unterstützung konnte es der ruandischen Armee gelingen, die RPF zurückzudrängen. Ab 1992 wechselten sich Guerilla-Angriffe der RPF und Gegenangriffe der ruandischen Armee ab, immer wieder unterbrochen von Waffenstillstandsverhandlungen.[43]

Der deutsche Historiker Boris Barth teilt die Ereignisse zwischen Oktober 1990 und dem 6. April 1994 in drei „Phasen der Eskalation"[44] ein: die erste zwischen dem Einfall der RPF und März 1992.[45] Im April 1992 kam es durch nationalen und internationalen Druck zu einer Koalitionsregierung. Außerdem wurde eine Tutsi, Agathe Uwilingiyimanda, Ministerin für Grund- und höhere Schulbildung.[46] Im Juni 1992 kam es bei

[37] Ben Kiernan, Erde und Blut. Völkermord und Vernichtung von der Antike bis heute, München 2009, S. 717–720.
[38] Barth, Genozid, S. 117.
[39] Des Forges, Zeuge, S. 76.
[40] Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 17 f.
[41] Barth, Genozid, S. 117 f.
[42] Ebd., S. 117.
[43] Des Forges, Zeuge, S. 78, S. 89.
[44] Barth, Genozid, S. 118.
[45] Ebd.
[46] Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 19.

Arusha zu einem Waffenstillstand und im August desselben Jahres zur Unterzeichnung erster Teilverträge des sogenannten *Arusha-Abkommens*. Durch den Druck des Militärs und der Extremisten im Land rückte Präsident Habyarimana im November vom Abkommen erstmals wieder ab.[47] Bis März 1993 dauerten die Kämpfe zwischen RPF und Armee an.[48] Diese Zeit bis zur endgültigen Unterzeichnung des *Arusha-Abkommens* am 4. August 1993 bezeichnet Barth als zweite Phase der Eskalation. In dieser Phase setzte die Planung des Genozids ein. Die dritte Phase legt er zwischen Herbst 1993 und dem Beginn des Genozids im April 1994 fest, in der Hutu-Extremisten zunehmend die Macht im Land übernahmen und die Hasskampagne gegen die Tutsi vorantrieben.[49]

### 2.3. 100 Tage Massenmord

Der konkrete Anlass für den Genozid war der Tod des Präsidenten Habyarimana, dessen Flugzeug am 6. April 1994 abgeschossen wurde. Bis heute ist nicht geklärt, wer die Täter waren – sowohl die RPF, politische Gegner als auch Leute aus seinen eigenen Reihen hätten ein Motiv gehabt.[50] Barth teilt allerdings die Ansicht mit anderen WissenschaftlerInnen, dass die Präsidentengarde für den Mord an dem Präsidenten verantwortlich war, worauf die nur wenige Stunden nach dem Absturz einsetzende Gewalt gegen die Tutsi hinweist.[51]

Fest steht, dass der Flugzeugabschuss als Vorwand genommen wurde, um den Genozid zu beginnen, der seit sechs Monaten in Planung war. In der Hauptstadt Kigali, im Südwesten, im Nordwesten und im Nordosten standen seit Ende März Soldaten und Milizen bereit.[52] Die ersten, die verfolgt und getötet wurden, waren moderate Hutu-Politiker. Bereits am ersten Tag nach Beginn des Genozids waren sie alle beseitigt oder untergetaucht, was ein Machtvakuum entstehen ließ, das sich die *Hutu Power* zu Nutze machte und die Kontrolle des Staates an sich riss. An ihrer Spitze stand Oberst Theoneste Bagosora, der den Platz des Präsidenten einnahm.[53]

Durch vorgefertigte Listen war es den Soldaten und Milizen möglich, bereits in den ersten Tagen systematisch gegen Tutsi und moderate Hutu vorzugehen:[54] In Kigali zogen sie von Haus zu Haus und töteten ihre Opfer, deren Flucht aus der Hauptstadt durch Straßensperren verhindert wurde. Mit organisierten Suchkommandos wurden jene aufgespürt, die sich versteckten.[55] Dieser organisierte Verlauf sowie die Erbarmungslosig-

[47] Des Forges, Zeuge, S. 89.
[48] Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 18.
[49] Barth, Genozid, S. 118 f.
[50] Des Forges, Zeuge, S. 223.
[51] Barth, Genozid, S. 121.
[52] Ebd., S. 21.
[53] Barth, Genozid, S. 120 f.
[54] Jones, Genocide, S. 352.
[55] Des Forges, Zeuge, S. 26.

keit, mit denen die Täter vorgingen, ermöglichten die Ermordung einer hohen Anzahl an Personen.[56] Am 11. April, fünf Tage nach Beginn des Genozids, waren bereits 20.000 Menschen getötet worden.[57] Zunehmend erfolgte die Tötung durch in Operationen organisierte Massenmorde, bei denen die Opfer in öffentlichen Gebäuden wie Kirchen oder Schulen zusammengetrieben wurden bzw. sich auf der Flucht dort versteckt hatten und gezielt getötet wurden. Ab Ende April verlief – auch durch zunehmende Kritik aus dem Ausland – der Genozid kontrollierter ab, da die „Lizenz zum Töten“[58] häufig für persönliche Rachefeldzüge missbraucht worden war: Opfer sollten nicht mehr an Ort und Stelle getötet, sondern zuerst an Behörden ausgeliefert werden. Ab Mitte Mai sollten auch die letzten Tutsi aufgespürt und ermordet werden, auch damit sie später nicht über das Geschehene berichten konnten.[59]

Insgesamt starben etwa 75 Prozent der Tutsi in Ruanda.[60] Etwa ein Zehntel der Opfer waren moderate Hutu, insbesondere Intellektuelle.[61]

Alison Des Forges, eine amerikanische Historikerin, spricht von einem „Feldzug, dessen Teilnehmer im Laufe der Zeit mit Hilfe von Drohungen und Anreizen rekrutiert wurden“.[62] Arbeitslosen jungen Männern wurden Alkohol, Nahrung und sogar Bezahlung geboten, den Bauern die Felder der getöteten Tutsi versprochen und den Unternehmern Häuser, Fahrzeuge oder Computer. Besonders Ruander unter zwanzig Jahren, die keine Aussicht auf eine Zukunft hatten, ließen sich davon locken. In Gebieten, in denen die Tutsi gut integriert waren, wie zum Beispiel in der Mitte und im Süden des Landes, drohten die Behörden mit Geldstrafen und sogar mit dem Tod, um die Hutu zum Mord an den Tutsi zu zwingen.[63] Bis zum Ende des Genozids beteiligten sich etwa 60 Prozent aller Hutu aktiv am Mord.[64] Der Genozid konnte schließlich am 19. Juli 1994 durch den Sieg der RPF, die seit dem Beginn der Morde die Kämpfe gegen die Regierung wieder aufgenommen hatte, beendet werden.[65]

Heute sind die WissenschaftlerInnen größtenteils davon überzeugt, dass der Genozid in Ruanda hätte verhindert werden können.[66] Er fand unter den Augen der UNAMIR-Gruppen, einer Friedenstruppe der UNO, statt, die nach Ruanda geschickt worden waren, um die Friedensverhandlungen zu beobachten.[67] Bereits im April 1993, nach-

[56] Barth, Genozid, S. 121.
[57] Des Forges, Zeuge, S. 244.
[58] Ebd., S. 27.
[59] Ebd., S. 26 f.
[60] Ebd., S. 34.
[61] Kiernan, Erde und Blut, S. 721.
[62] Des Forges, Zeuge, S. 22.
[63] Ebd., S. 28 f.
[64] Krüger, Worte der Gewalt, S. 923.
[65] Barth, Genozid, S. 124 f.
[66] Ebd., S. 123–125; Benz, Völkermorde im 20. Jahrhundert, S. 19.
[67] Barth, Genozid, S. 119.

dem es zwischen 1990 und 1993 immer wieder zu Übergriffen gegen die Tutsi gekommen war, bezeichnete der UN-Sonderberichterstatter Bacre Waly Ndiaye diese als Genozid.[68] Aufgrund von Koordinationsschwierigkeiten wurde der Bericht allerdings nie dem Sicherheitsrat vorgelegt. Erst im Herbst 1994 sprach die UNO offiziell von Genozid. Des Forges vertritt allerdings die Meinung, den Vertretern von Großbritannien, den USA und Frankreich sei bereits zu Beginn des Mordens dessen Dimension bewusst gewesen. [69]

## 3. Die Rolle der nationalen Medien

Am 3. Dezember 2003 verurteilte der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) drei ruandische Journalisten zu einer lebenslangen Haft – erstmals seit den Nürnberger Prozessen wurde Propaganda in der Presse als „crime of genocide“[70] gesehen.[71] Bei den Verurteilten handelte es sich um Hassan Ngeze, den Gründer und Verantwortlichen der Zeitschrift *Kangura*, Ferdinand Nahimana, Gründer und Direktor des Radiosenders *Télévision Libre des Mille Collines* (*RTLM*), sowie um dessen Verwalter Jean-Bosco Baraygwiza, die der direkten und öffentlichen Anstiftung zum Genozid für schuldig erklärt wurden.[72]

War dem Genozid in Ruanda bis dahin von den englischsprachigen Industriestaaten wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden, kam es 2004 zu einem Boom an wissenschaftlicher, literarischer und filmischer Beschäftigung mit den Ereignissen von 1994. Das Radio war durch die Prozesse zu einem Symbol für die Katastrophe geworden und damit zum Mittelpunkt der meisten Auseinandersetzungen. Dadurch war die Ansicht verbreitet, dass die Medien im Genozid von Ruanda negativ und beinahe flächendeckend gewirkt hätten.[73]

Im neueren Diskurs wird die Rolle der Medien nicht mehr ganz so eindeutig gesehen. Das Radio – ebenso wie die Zeitungen – war rassistisch und hetzerisch und die Verantwortlichen sollten dafür zur Rechenschaft gezogen werden, darüber ist man sich einig.[74] Inwiefern den Medien aber die Schuld am Ausbruch des Genozids vorgeworfen werden

---

[68] Jones, Genocide, S. 351.
[69] Barth, Genozid, S. 122–124.
[70] Jean-Marie Biju-Duval, ’Hate Media‘ – Crimes Against Humanity and Genocide: Opportunities Missed by the International Criminal Tribunal for Rwanda, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 343–361, hier S. 343.
[71] Ebd.
[72] The Harvard Law Review Association (Hrsg.), International Law. Genocide. U.N. Tribunal Finds That Mass Media Hate Speech Constitutes Genocide, Incitement to Genocide, and Crimes against Humanity. Prosecutor v. Nahimana, Barayagwiza, and Ngeze (Media Case), Case no. ICTR-99-52-T (Int’l Crim. Trib. for Rwanda Trial Chamber I Dec. 3, 2003), in: *Harvard Law Review 117* (2004), Nr. 8, S. 2769–2776, hier S. 2769, [http://www.jstor.org/stable/4093416], eingesehen 23.6.2012.
[73] Straus, Relationship Radio Violence, S. 610.
[74] Ebd., S. 610.

kann, darüber gibt es verschiedene Ansichten, die nun genauer beleuchtet werden sollen.

### 3.1. Die Medienlandschaft in Ruanda 1994

Das Jahr 1990 gilt als Wendepunkt in der Geschichte von Ruanda: Der Einfall der Rebellen führte zu einer „Reaktion eskalierender Bösartigkeit“.[75] Diese zeigte sich auch in der Ausbildung von „aggressiven“ Medien in den folgenden Jahren.[76] Bis zum Beginn des Massenmordens entstanden die meisten Medien, denen heute eine Teilschuld am Genozid vorgeworfen wird, darunter 1990 die Zeitschrift *Kangura* und 1993 *Radio Télévision Libre des Mille Collines* (*RTLM*).[77]

Insbesondere das Radio galt als effektives Mittel zur Verbreitung von Hass und Anstiftung zur Gewalt vor und während des Genozids, da es viele Menschen erreichen konnte. Etwa 29 Prozent der Haushalte besaßen 1991 ein Radiogerät. Bereits früher war Radiohören beliebt, obwohl es nur den nationalen Radiosender *Radio Rwanda* gab.[78] Das Radio spielte insofern eine große Rolle, da es als einziges Medium die drei großen Probleme des Landes in Bezug auf Informationsverbreitung überwinden konnte: Analphabetismus, geografische Entfernung und fehlende Transportmöglichkeiten.[79] Die Analphabetenrate belief sich im Jahr 1990 auf etwa 66 Prozent.[80] Seit den 1970er Jahren trieben internationale Hilfsorganisationen die Verbreitung von Radios als „Werkzeug der Entwicklungshilfe“[81] voran.

Auch im Bereich der Printmedien gab es seit der Mitte der 1980er Unterstützung vom Ausland. Die meisten Journalisten und Herausgeber von Zeitungen, abgesehen von den staatlichen Journalisten, waren nicht ausgebildet, sondern vielmehr politisch aktiv. Zur Verbesserung der Qualität der Presse gab es deutsche sowie später belgische und amerikanische Programme und Seminare. Die Ausbilder versuchten den Teilnehmern der Seminare zu verdeutlichen, dass Medien nie für Hass, Krieg oder rassistische Ideologie missbraucht werden dürften. Doch Beispiele von Hass in Artikeln fanden sich in allen privaten Zeitschriften, egal welcher politischen Ausrichtung.[82]

Das Radio war allerdings das wichtigste Medium in Ruanda und darüber hinaus in ganz Afrika, was auch damit zusammenhängt, dass die Batterien und Radiotransistoren als

---

[75] Kiernan, Erde und Blut, S. 719.
[76] Jean-Marie Vianney Higiro, Rwandan Private Print Media on the Eve of the Genocide, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 73–89, hier S. 82.
[77] Marcel Kabanda, *Kangura*: the Triumph of Propaganda Refined, in: Ebd., S. 62–72, hier S. 62.; Des Forges, Zeuge, S. 98.
[78] Ebd., S. 96.
[79] Krüger, Worte der Gewalt, S. 928.
[80] Des Forges, Zeuge, S. 96.
[81] Krüger, Worte der Gewalt, S. 928.
[82] Higiro, Rwandan Private Print, S. 78 f.

reichlich vorhanden und preiswert galten.[83] Im Gegensatz dazu war eine Zeitung in Ruanda sehr kostspielig. Insgesamt gestaltete sich der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften schwierig, besonders außerhalb der Hauptstadt Kigali.[84]

### *3.1.1. Zeitungen und Zeitschriften*

Elf von insgesamt 42 Zeitungen, die 1991 gegründet wurden, standen der radikalen Regierungsgruppe *akazu* nahe.[85] Dabei handelte es sich um jene Printmedien, die in ihren Artikeln Angst vor den Tutsi und den Hass gegen sie schürten. Als die bekannteste – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – gilt die Zeitung *Kangura*.[86] Auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung steht *Kangura* meistens im Mittelpunkt.

Alison des Forges bezeichnet sie als „eine der bösartigsten Quellen des Hasses".[87] *Kangura* war jene Zeitung, die am heftigsten gegen die Tutsi vorging. Sie erschien zwischen 1990 und 1995 und zeichnete sich durch große Nähe zu den politischen Führern des Landes aus. Dennoch scheute sie nicht zurück, die Friedensverhandlungen und das angestrebte Arusha-Abkommen zu kritisieren. Sie stellte sich gegen alles, was zu einer Aussöhnung zwischen den beiden Parteien geführt hätte. Die Journalisten hetzten sogar gegen die moderaten Hutu und riefen dazu auf, diese ebenso zu diskriminieren wie den „Feind".[88] Darüber hinaus forderten sie die Auflösung des Staates zugunsten einer neuen, „reinen" Gemeinschaft.[89]

Die Zeitung erfreute sich großer Beliebtheit, obwohl ein großer Teil der Bevölkerung weder lesen noch schreiben konnte. Karikaturen vermittelten die Hassbotschaften. Zusätzlich wurde vorgelesen, bald sogar auf öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen der Hutu-Miliz *Interahamwe*.[90]

Die Hetzjagd auf die Tutsi ging so weit, dass *Kangura* Namen der vermeintlichen Feinde druckte. Wer auf diesen Listen aufschien, konnte damit rechnen, verfolgt und verhaftet oder getötet zu werden.[91] Dies geschah in Zusammenarbeit mit den Behörden. Auch politische Autoritäten waren vor dieser öffentlichen Denunziation nicht geschützt.[92] Daneben gab es weitere Formen der Aufhetzung der Hutu. Im Heft Nr. 6 der Zeitung

---

[83] Straus, Relationship Radio Violence, S. 612.
[84] Hirigo, Rwandan Private Print, S. 81 f.
[85] Des Forges, Zeuge, S. 96.
[86] Parmeggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 24.
[87] Des Forges, Zeuge, S. 96.
[88] Parmeggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 24–27.
[89] Kabanda, Kangura, S. 62.
[90] Linda Melvren, Ruanda. Der Völkermord und die Beteiligung der westlichen Welt, Kreuzlingen-München 2004, S. 66; Des Forges, Zeuge, S. 96.
[91] Melvren, Ruanda, S. 66; Des Forges, Zeuge, S. 96.
[92] Parmeggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 27.

wurde in den *Zehn Geboten der Hutu*, einem, „Manifest gegen die Tutsi“[93], zum Hass aufgerufen.[94] Die Tutsi seien Feinde und alle Beziehungen zu ihnen, seien sie geschäftlich oder privat, sollten abgebrochen werden. Immer wieder kam es in der Zeitschrift zu Andeutungen bezüglich einer geplanten Vernichtung der Minderheit. Dabei war es bezeichnend für *Kangura*, dass sie vor den Tutsi warnte und sie als Sündenböcke darstellte. In einer Zeit, die von Armut geprägt war, erreichten sie damit insbesondere den Großteil der jungen Bevölkerung mit ihren düsteren Zukunftsaussichten.[95]

Dem Muster von *Kangura* folgten im Laufe der beginnenden 1990er Jahre immer mehr Zeitungen, zum Beispiel die Zeitung *Umrava*.[96] Mit der Gründung des Radiosenders *RTLM* kam ein neues Medium hinzu, welches noch erfolgreicher in der Verbreitung von Angst und Gewalt war.[97]

### *3.1.2. Radio*

Bis 1990 gab es nur nämlich *Radio Rwanda*, der als Sprachrohr für Präsident und Regierung diente. Das Fehlen von unabhängigen Medien ermöglichte es, während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren Falschmeldungen zu senden und damit die Angst unter den Hutu vor den Tutsi zu schüren. Mit der Koalitionsbildung von 1992 kam es allerdings zu einem Wechsel in der Führung und einer weniger parteilichen Orientierung des Senders. Die moderatere Ausrichtung von *Radio Rwanda* sowie die Entstehung eines Radiosenders der RPF, *Radio Muhabura*, führte im Jahre 1993 zur Gründung von *Radio Télévision Libre des Mille Collines*,[98] das „den ganzen Rundfunk des Landes, ja schließlich die ganze Gesellschaft revolutionierte.“[99] Offiziell von einer unabhängigen Rundfunkgesellschaft gegründet, die laut Gründungsdokument „eine harmonische Entwicklung in der ruandischen Gesellschaft fördern“[100] wollte, zeichnete sich der Sender in Wahrheit durch eine große Nähe zur Regierung und zu *Radio Rwanda* aus. *RTLM* nutzte dessen Frequenz zwischen acht und elf Uhr vormittags, wenn *Radio Rwanda* nicht sendete und stellte außerdem dessen Personal ein.[101] Während die Regierung durch den Sender *Radio Rwanda*, der auf Hassnachrichten verzichtete, offiziell saubere Hände behielt, war es *RTLM*, der Angst und Gewalt durch Hassbotschaften verbreitete. Allerdings gehörten zu seinen Investoren Personen aus dem engsten Umkreis des Präsidenten. Mit Ausbruch des Genozids etablierte sich *RTLM* als langer

[93] Melvren, Ruanda, S. 66.
[94] Ebd.
[95] Kabandan, Kangura, S. 62 f.; Melvern, Ruanda, S. 68.
[96] Parmiggiani, Aufhetzung zum Völkermord, S. 29.
[97] Des Forges, Zeuge, S. 96.
[98] Des Forges, Zeuge, S. 96–98.
[99] Melvern, Ruanda, S. 70.
[100] Zit. n. Ebd.
[101] Des Forges, Zeuge, S. 98 f.

Arm der Übergangsregierung[102] und *Radio Rwanda* fiel in den Wirkungsbereich von *RTLM*.[103] Seit der Gründung des Radiosenders gab es auch plötzlich auf Straßenmärkten Radiogeräte zu unglaublich günstigen Preisen.[104]

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Medien im Genozid in Ruanda spielt der Radiosender *RTLM* eine entscheidende Rolle. „Radio Machete“[105] oder „Hass-Radio“[106] wird *RTLM* häufig in der Literatur bezeichnet, das, laut Des Forges, bald alle anderen „Sprachrohre des Extremismus“[107] verdrängt hatte.

Seit dem Beginn der Sendetätigkeit im August 1993 wuchs die Zahl der Hörer schnell. Der Stil war locker, Hörer konnten beim Sender anrufen, um sich Musik zu wünschen oder auch um Nachrichten und Gerüchte zu verbreiten. Die Sendungen erinnerten, laut Aussagen des Leiters von *Radio Rwanda*, an ein Kneipengespräch zwischen Befreundeten, die über alles sprechen.[108]

Der Ton der Moderatoren änderte sich mit dem Abschuss der Präsidentenmaschine am 6. April 1994 und wurde mit dem Eindringen der RPF in Kigali am 11. April noch härter. Ab diesem Zeitpunkt, bis Mitte Mai, forderte der Sender offen dazu auf, sowohl Mitglieder der RPF als auch die Tutsi in der Zivilbevölkerung und ihre Komplizen zu ermorden:[109] „The graves are only half empty; who will help us to fill them?“[110] Es wurden Namen von Menschen veröffentlicht, teilweise mit Anweisungen, was mit den betreffenden Personen zu tun sei.[111]

### 3.3. Die Rhetorik der Medien

Sowohl in Zeitungen als auch im Radio wurde mit einer „Rhetorik von Reinheit, Gewalt und Gemeinschaft“,[112] wie es die Ethnologin Anna-Maria Brandstetter ausdrückt, gearbeitet. Die Journalisten und Moderatoren sprachen vom „echten ruandischen Volk“ und den „fremden Eindringlingen“, von „Kakerlaken“ und „tollwütigen Hunden“ und vom „wachsam“ bleiben.[113] Damit wurden mehrere Ziele verfolgt: Zum

---

[102] Christine L. Kellow/H. Leslie Steeves, The Role of Radio in the Rwandan Genocide, in: *Journal of Communication* (1998), S. 107–128, hier S. 118 f., [http://ics-www.leeds.ac.uk/papers/pmt/exhibits/2192/-Rwandaradio.pdf], eingesehen 3.5.2012.
[103] Des Forges, Zeuge, S. 100.
[104] Melvern, Ruanda, S. 70.
[105] Straus, Relationship, S. 609.
[106] Melvern, Ruanda, S. 70.
[107] Des Forges, Zeuge, S. 100.
[108] Ebd., S. 99 f.
[109] Mary Kimani, RTLM: the Medium that Became a Tool of Mass Murder, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 110–123, hier S. 123.
[110] *RTLM*, zit. n. Darryl Li, Echoes of violence: considerations on radio and genocide in Rwanda, in: *Journal of Genocide Research* 6 (2001), Nr. 1, S. 9–27, hier S. 9.
[111] Kimani, RTLM, S. 123.
[112] Brandstetter, Rhetorik, S. 148.
[113] Vgl. Ebd., S. 160–169.

einen ging es darum, die Tutsi zu entmenschlichen, indem man sie als „Kakerlaken“, „Stechmücken“, „Affen“ oder „zu zertretendes Gewürm“ bezeichnete.[114] Der Begriff „inyenzi“ (Kakerlake) war seit 1990 verbreitet. Unter dem Titel „Eine Kakerlake kann keinen Schmetterling gebären“ veröffentlichte *Kangura* im März 1993 einen Artikel:

> „Zuerst haben wir gesagt, eine Kakerlake kann keinen Schmetterling gebären. Das ist wahr. Eine Kakerlake gebiert eine weitere Kakerlake […]. Die Geschichte Ruandas zeigt uns deutlich, daß (!) ein Tutsi immer derselbe bleibt, er hat sich nie geändert. Die Arglist, die Bosheit, sie sind genauso so, wie wir sie in der Geschichte unseres Landes kennengelernt haben […].“[115]

Durch die Entmenschlichung erhielt das Morden Legitimation. Diese wurde auch durch die Bezeichnung „Arbeit“ für die Morde verliehen, insbesondere für arbeitslose Jugendliche, die dadurch nicht nur „Lohn“ erhielten, zum Beispiel durch Plünderungen, sondern darüber hinaus auch noch den Status eines Staatsbediensteten, weil sie auf Befehl der Politik agierten.[116]

Zum anderen wollten die die Medien unter den Hutu ein Gemeinschaftsgefühl schaffen: „Trust your armed forces; they trust you. Trust your government, and support them; they trust you. There is no other Rwanda; fight for it. Give moral support to your people […].”[117] Daneben war es aber auch Ziel der Rhetorik, die Grenze zwischen Hutu und Tutsi klar festzulegen, indem vom echten und fremden Volk Ruandas gesprochen wurde. Die „Eindringlinge“, als welche die Tutsi bezeichnet wurden, sollten auf dem Fluss Nyabarongo in ihre eigentliche Heimat nach Äthiopien zurückgeschickt werden.[118] Aufgegriffen aus der sogenannten Hamitentheorie,[119] folgten viele Hutu dieser Forderung während des Genozids und warfen Tutsi-Leichen in den Fluss, die von dort aus in den Victoria-See trieben.[120] Man griff dabei auf das zurück, was bereits in der Schule gelernt wurde – dass Hutu und Tutsi unterschiedliche Völker seien, vergleichbar mit den Unterschieden zwischen Mann und Frau. Kinder aus Mischehen nannte man „Hybriden“.[121]

Die Gemeinschaft sollte auch durch das Sprechen in Metaphern beschworen werden. Dabei griffen sowohl die Übergangsregierung als auch die Medien auf Metaphern aus dem Bereich der Arbeit zurück. Neben der Bezeichnung „Arbeit“ für das Morden, sprachen sie von „Werkzeugen“ anstatt von Waffen. Gleichzeitig wurde der Genozid

---

[114] Brandstetter, Rhetorik, S. 165 f.
[115] Kangura, März 1993, zit. n. Des Forges, Zeuge, S. 105.
[116] Brandstetter, Rhetorik, S. 166 f.
[117] *RTLM*, zit. n. Ebd., S. 164.
[118] Brandstetter, Rhetorik., S. 160–167.
[119] Vgl. Kapitel 1.2.
[120] Brandstetter, Rhetorik, S. 161.
[121] Des Forges, Zeuge, S. 102.

dadurch zu einer alltäglichen Handlung gemacht. Propagandisten sprachen vom „Fällen der großen Bäume“ und vom „Säubern des Busches“, wobei nicht nur das „hohe Gras“, sondern auch die „jungen Triebe“ zerstört werden sollten, also nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche getötet werden sollten.[122]

Neben der Entmenschlichung der Tutsi und der Betonung der Unterschiede war eine weitere wichtige Strategie der Medien, Angst unter den Hutu vor den Tutsi zu schüren. Es waren u. a. Berichte über fiktive Massaker an Hutu – Tutsi wurden beschuldigt, die Hutu völlig vernichten zu wollen. Von RPF-Soldaten, die Innereien getöteter Hutu herausschneiden und essen würden, berichtete *RTLM* im Juni 1994.[123] Nach dem Beginn des Genozids verbreiteten die Medien die Nachricht von Massengräbern für Hutu, die von der RPF ausgehoben worden seien, wobei es sich in Wahrheit um Gräben zur Sicherung ihrer Stellungen handelte. Häufig schrieben die Propagandisten den Tutsi Aussagen zu, die später Hutu-Extremisten benutzten, um die Bevölkerung gegen die Tutsi aufzuhetzen. Man warnte in Zeitungen und Radio außerdem vor einer Unterwanderung: Die Tutsi hätten bereits die Wirtschaft und die Kirche, aber auch internationale Organisationen wie die UNO infiltriert und würden ihre Frauen schicken, um Hutu in Führungspositionen zu verführen. Darüber hinaus wurden Hutu, die den Tutsi gegenüber tolerant waren, angeklagt, eigentlich selbst Tutsi zu sein und nur anzugeben, Hutu zu sein. Der RPF warfen Propagandisten und Behörden vor, die totale Kontrolle der Tutsi wiederherstellen zu wollen.[124] Die Hutu sollten wachsam sein und sich verteidigen. *Kangura* bebilderte solche Aufrufe häufig mit Macheten, die zu einem Symbol für den Genozid in Ruanda wurden. Durch ihre Darstellung als traditionelles Werkzeug der Bauern, was sie nicht waren, sollte der Schein der Selbstverteidigung aufrechterhalten werden.[125] Mehr als ein Drittel aller Opfer war am Ende des Genozids mit der Machete getötet worden.[126]

### 3.4. Nationale Medien – Schuldige des Genozids?

Dass die Medien im Genozid in Ruanda eine Rolle spielten, wird heute in der wissenschaftlichen Diskussion nicht mehr angezweifelt. Wie groß diese Rolle allerdings war, darüber sind sich die WissenschaftlerInnen nicht einig. Entgegen der allgemein vorherrschenden Meinung, die Medien und insbesondere der Radiosender *RTLM* hätten eine wichtige Rolle für den Ausbruch des Genozids gespielt, geht Scott Straus in seinem Aufsatz „What Is the Relationship between hate Radio and Violence? Rethinking Rwanda’s ‘Radio Machete’“ nur von einem bedingten Medieneffekt aus: „I conclude

[122] Brandstetter, Rhetorik, S. 168.
[123] Ebd., S. 160–165.
[124] Des Forges, Zeuge, S. 106–110.
[125] Brandstetter, Rhetorik, S. 163.
[126] Barth, Völkermord, S. 112.

that radio alone cannot account for either the onset of most genocidal violence or the participation of most perpetrators."[127] Vielmehr, so Straus, habe das Radio nur eine kleine Zahl an Individuen und Ereignissen beeinflusst und als Rahmen für die öffentliche Meinung fungiert sowie die Nachricht der Face-to-face-Mobilisierung bestätigt.[128]

Scott Straus ist Professor of Political Science and International Studies an der Universität Wisconsin-Madison in den USA. Für sein Werk „The Order of Genocide: Race, Power, and War in Rwanda" erhielt er 2006 u. a. den „Award for Excellence in Political Science and Government". Im November 2007 wurde sein Aufsatz zur Schuldfrage des Radiosenders *RTLM* in der Zeitschrift *Politics & Society* veröffentlicht, in welchem er die gängige Meinung systematisch und empirisch hinterfragt.[129]

Nach Straus weist diese drei Schwächen auf. Erstens bildet die Idee einer indirekten Mobilisierung durch das Radio einen Widerspruch zur allgemeinen Meinung der etablierten politischen Kommunikationsforschung, welche von einem geringen Einfluss ausgeht. Zweitens impliziert es ein vereinfachtes und unwahrscheinliches Modell der Wirkung: Der Standpunkt ist geprägt von dem Stereotyp, die ruandische Öffentlichkeit sei leicht zu manipulieren und würde blind Befehle ausführen. Drittens steht diese Überzeugung abseits einer großen Diskussion über Dynamik der Gewalt oder einer Auseinandersetzung mit anderen Erklärungsmodellen.[130]

Straus kritisiert am Beispiel der ICTR, dass nicht die Auswirkungen der Radiopropaganda erforscht werden, sondern dass vielmehr bereits das Anstiften zum Verbrechen als Verbrechen gilt, ob es funktioniert oder nicht: „The court`s claim may work for legal arguments, but it is less satisfying from a social science perspective."[131]

Damit übt er u. a. Kritik an der Ruanda-Expertin Linda Melvern und dem Kommandeur der Blauhelm-Truppen der UN, Roméo Dallaire.[132] Dieser beschreibt in seinem Buch „Handschlag mit dem Teufel. Die Mitschuld der Weltgemeinschaft am Völkermord in Ruanda" die Wirkung des Radios auf die Ruander folgendermaßen: „In Ruanda war das Radio fast die Stimme Gottes; wenn das Radio zu Gewalt aufrief, reagierten viele Ruander darauf in dem Glauben, die Untaten würden gutgeheißen."[133] Dallaire spricht von einer Massenmobilisierung, die das Radio ausgelöst habe: Mitte April, so schrieb er, hätte die Übergangsregierung alle Ruander aufgefordert, zu den Waffen zu greifen, Barrikaden und Straßenblockaden zu errichten, um sich vor den Rebellen zu schüt-

[127] Straus, Relationship Radio Violence, S. 611.
[128] Ebd.
[129] Ebd.
[130] Ebd., S. 614 f.
[131] Ebd., S. 616.
[132] Straus, Relationship Radio Violence, S. 612.
[133] Roméo Dallaire, Handschlag mit dem Teufel. Die Mitschuld der Weltgemeinschaft am Völkermord in Ruanda, Frankfurt am Main 2003, S. 317.

zen.[134] Roméo Dallaire war als Kommandeur der UNAMIR-Truppen im Herbst 1993 nach Ruanda geschickt worden, um den Frieden zu überwachen.[135] Sein Buch gibt, wie er im Vorwort schreibt, seine Sicht der Ereignisse wider, die auf schriftlichen Quellen, wie zum Beispiel verschlüsselten Telexen, UN-Dokumenten und selbst verfassten Berichten, aufbaut.[136]

Auch wissenschaftliche Beiträge kamen in Bezug auf die Rolle der Medien zu ähnlichen Ergebnissen wie Dallaire. Als Beispiel soll der Aufsatz „Programmierter Genozid? Das Radio und die mediale Erzeugung von Angst in Rwanda 1994“ der Historikerin Karen Krüger dienen. Ihrer Fragestellung nach der Rolle der Radiosendungen von *RTLM* versucht sie sich mit einer medien- und emotionshistorischen Analyse zu nähern, da herkömmliche geschichts- und politikwissenschaftliche Methoden nicht ausreichend seien. Radiotranskripte des UN-Gerichtshofs und Ausschnitte von Sendungen dienen ihr als Quellen. Ergänzt werden diese Quellen durch Interviews mit Opfern und Tätern, die von der Autorin im Sommer 2003 und 2004 durchgeführt wurden.[137] Sie kommt zum Ergebnis, dass die Erzeugung von Angst durch *RTLM* eine Voraussetzung für die Teilnahme der Bevölkerung am Genozid war. Durch das Schüren von Angst in den Radiosendungen wurde in den Menschen eine Gewaltbereitschaft ausgelöst und während des Genozids aufrecht gehalten.[138]

Solchen Ergebnissen stellt Straus seine Forschung gegenüber. Die zentrale Frage für ihn ist, wie viele Ruander tatsächlich Zugang zu einem Radio hatten. Laut einer US-Studie hätten nur zehn Prozent aller Ruander ein Radiogerät besessen, wobei bedacht werden muss, dass man zusammen zuhören konnte. Die Frage ist also vielmehr, wie weit die Frequenz des Radiosenders reichte. Die meisten Indizien weisen darauf hin, so Straus, dass *RTLM* nicht national empfangen werden konnte und insbesondere im ländlichen Bereich nur mit wenigen Radiohörern gerechnet werden kann.[139] Im Gegensatz dazu spricht der Kulturanthropologe Charles Mironko davon, dass der Radiosender im gesamten Land und sogar bis nach Burundi empfangen wurde.[140]

Straus argumentiert, dass die Radioreichweite nicht mit den Ausbrüchen der Gewalt zusammenhängt, dass der Genozid also auch dort begann, wo das Signal des Radiosenders nicht hinreichte. Eine minimale temporäre Beziehung zwischen Gewalt und Radio

---

[134] Dallaire, Handschlag, S. 353.
[135] Barth, Genozid, S. 119.
[136] Dallaire, Handschlag, S. 15.
[137] Karen Krüger, Programmierter Genozid? Das Radio und die mediale Erzeugung von Angst in Rwanda 1994, in: Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne, hrsg. v. Frank Bösch/Manuel Borutta, Frankfurt am Main 2006, S. 387–406, hier S. 391.
[138] Ebd., S. 406.
[139] Straus, Relationship Radio Violence, 116 f.
[140] Charles Mironko, The Effect of RTLM's Rhetoric of Ethnic Hatred in Rural Rwanda, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 123–135, hier S. 126.

konnte er bei der Untersuchung, inwiefern das Nennen von konkreten Namen und Orten Angriffe auslöste, feststellen. Doch auch hier bemerkt er, dass sich solche Meldungen ab dem 13. Mai 1994 verstärkten, der Höhepunkt des Tötens zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits vorüber war. Diese These belegt er anhand der inhaltlichen Analyse von aufgezeichneten Radiosendungen, bei denen er beobachten konnte, dass zwar hassfördernde und anstiftende Sendungen ausgestrahlt wurden, allerdings nicht überragend viele während des ersten Monats. Erst mit der Abnahme der Tötungen wurden sie häufiger.[141]

Eine weitere Quelle, auf die Scott Straus zurückgreift, sind Interviews, die er 2002 mit 210 Tätern in 15 verschiedenen Gefängnissen führte. Laut diesen Befragungen war das Radio nicht der primäre Grund zur Beteiligung am Genozid, sondern vielmehr die Face-to-face-Mobilisierung. 85 Prozent der Befragten antworteten auf die Frage, ob *RTLM* sie mobilisiert hätte, mit Nein. Interessant ist allerdings das Ergebnis, dass diejenigen, die sich von den Radiosendungen anstiften ließen, gewaltbereiter waren und eher die Führung übernahmen. Dies lässt darauf schließen, dass das Radio überwiegend von Autoritäten, nicht von der breiten Bevölkerung gehört wurde.[142]

Straus resümiert: *RTLM* habe keine Gewalt entfesselt, der Effekt sei marginal und bedingt gewesen. Der Sender würde die Intention und die Anweisungen der Autoritäten widergeben, die Autoritäten verstärken und einen Rahmen für die politische Krise bieten. Nicht negiert werden konnte die Tatsache, dass *RTLM* zu bestimmten Attacken angestiftet hatte, indem in Sendungen Namen und Orte genannt wurden, allerdings beschränkten sich solche Angriffe auf den Raum Kigali. Keinesfalls, so Straus, könne eine Wirkung der Medien auf die Bevölkerung geleugnet werden, aber es könne auch nicht behauptet werden, der Genozid sei durch das Radio ausgelöst worden. Diese häufig vertretene Meinung erklärt er sich damit, dass es ein einfacher Weg sei, sich die Gewalttaten in Entwicklungsländern zu erklären, indem moderne Medien hervorgehoben werden. Dies greife zu kurz, denn um zu verstehen, müssten Geschichte und Kontext mitbetrachtet werden.[143]

Wie groß die Bedeutung der nationalen Medien im Genozid tatsächlich war, ist schwer zu klären. Insofern sollte allerdings Straus berücksichtigt werden, als dass das Radio nicht allein die gesamte Bevölkerung zum Genozid aufgehetzt haben konnte, sondern dass auch besonders die Face-to-face-Mobilisierung eine wichtige Rolle spielte. Auch die Frage, ob das Radio tatsächlich wie die Stimme Gottes vernommen wurde, wie von Dallaire wahrgenommen, soll dahingestellt bleiben. Wichtig ist vielmehr, ob das Radio

[141] Straus, Relationship Radio Violence, S. 619–623.
[142] Ebd., S. 626–628.
[143] Ebd., S. 630–632.

und die Zeitung auf die Bevölkerung Einfluss hatten und diese wird von allen drei angeführten Experten bejaht.

## 4. Die Rolle der internationalen Medien

Bis heute wird der westlichen Welt eine Teilschuld am Genozid in Ruanda vorgeworfen. Dazu gehört auch die Kritik an den Medien der Industrieländer. Romèo Dallaire ist davon überzeugt, dass eine ausreichende Berichterstattung zu einem Bewusstsein in der Öffentlichkeit und in weiterer Folge zu Versuchen geführt hätte, eine Ausbreitung des Genozids zu verhindern.[144] Auch die erste internationale Untersuchung ergab, dass es die westlichen Medien verpasst hätten, durch Berichterstattung genügend öffentlichen Druck auszuüben und dadurch zur internationalen Untätigkeit und womöglich auch zum Genozid selbst beigetragen hätten.[145]

Die nachstehenden Kapitel setzen sich mit der Frage auseinander, inwieweit den internationalen Medien eine Teilschuld am Genozid vorgeworfen werden kann. Dabei soll versucht werden, sich in einem ersten Teil durch Sekundärliteratur einer Antwort zu nähern. Den zweiten Teil bildet die eingangs erwähnte qualitative Analyse der deutschen Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung* und der amerikanischen Tageszeitung *New York Times*. Die Berichte wurden dahingehend ausgewertet, ab welchem Zeitpunkt und wie oft das Wort *Genozid* bzw. *Völkermord*, das häufig synonym zu Genozid benutzt wird, vorkommt. Welche Begriffe wurden davor verwendet? Werden die Befunde durch die Literatur bestätigt?

### 4.1. Der Vorwurf der Schuld an internationale Medien

Vielen Medienbeobachtern galt der Genozid in Ruanda als Chance für die westlichen Medien, die bis dahin auf Afrika angewandten Stereotype fallen zu lassen und die tatsächlichen Gründe für die Gewalt in Afrika zu erklären: Der Kalte Krieg war inzwischen beendet und somit fiel die gängige Einrahmung in den Ost-West-Konflikt weg. Auch Stammesfehden als Erklärung sollten der Vergangenheit angehören. Immer wieder waren die westlichen Medien aufgrund ihrer eindimensionalen Berichterstattung kritisiert worden.[146]

Doch auch die Berichterstattungen über den Genozid von Ruanda standen großteils in dieser Tradition, arbeiteten mit Stereotypen, Verzerrung und Vereinfachung.[147] Melissa Wall, ehemalige Journalistin und heute Professorin für Journalismus an der California

---

[144] Melvern, Ruanda, S. 273.
[145] Linda Melvern, Rwanda and Darfur: The Media and the Security Council, in: *International Relations* 20 (2006), Heft 1, S. 93–104, [http://ire.sagepub.com/content/20/1/93], eingesehen 6.6.2012, hier S. 95.
[146] Melissa Wall, An Analysis of News Magazine Coverage of the Rwanda Crisis in the United States, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 261–273, hier S. 261.
[147] Ebd., S. 270 f.

State University, analysierte 38 Artikel aus den amerikanischen Nachrichtenmagazinen *Newsweek*, *Time* und *U.S. News and World Report*.[148] Die Darstellung des Genozids in diesen Zeitschriften fasst Wall in fünf Themenbereiche zusammen:

> „1. The Rwanda violence was the result of irrational tribalism.
>
> 2. Rwandan people are little better than animals, ranging from the barbaric to the helpless and pathetic.
>
> 3. The violence is incomprehensible and, thus, is explained through comparison to biblical myths, supernatural causes, natural disasters or diseases.
>
> 4. Neighboring African countries are just as violent and, thus, unable to help solve Rwanda's problems.
>
> 5. Only the West is capable of solving Rwanda's problems."[149]

Besonders beliebt in den westlichen Medien war der Begriff *Stammesfehde*. In den von Wall untersuchten Artikeln konnte 55 Mal der Begriff *tribal* oder *ethnic* gefunden werden.[150] Linda Melvern sieht darin einen der großen Fehler der Berichterstattung: Der Genozid wurde nicht als geplante Mordkampagne, die er war, dargestellt, sondern als der Höhepunkt eines uralten Stammeskonflikts, der auch vom Westen nicht hätte verhindert werden können.[151] Dadurch wurde der Druck auf die UN-Mitglieder verringert, das Geschehen als Genozid anzuerkennen und dagegen vorzugehen.[152]

Alan Kuperman, Assistenzprofessor an der LBJ School of Public Affair's der Universität Texas, nennt insgesamt vier große Fehler der westlichen Medien in den ersten Wochen des Genozids. So wurde der Genozid als Bürgerkrieg bezeichnet, es wurde berichtet, dass die Gewalt abnähme, obwohl sie zunahm. Außerdem wurde die Zahl der ersten Todesopfer manchmal um das zehnfache verringert. Als vierten Fehler nennt Kuperman, dass in den ersten Wochen hauptsächlich aus der Hauptstadt Kigali berichtet wurde, in der allerdings nur vier Prozent der gesamten Bevölkerung lebten.[153]

Nach dem Genozid warfen die westlichen Medien der UNO und den westlichen Staaten häufig vor, dass sie nichts gegen den Genozid unternommen hätten. Zwar ist diese Schuldzuweisung teilweise berechtigt – der Begriff *Genozid* wurde lange Zeit vermieden, um nicht eingreifen zu müssen –, aber auch die Medien haben ihn lange Zeit nicht benutzt. Es sei aber die Aufgabe der Medien gewesen, so Kuperman, die Regierung

---

[148] Wall, Analysis News Magazine, S. 263.
[149] Ebd., S. 265.
[150] Ebd.
[151] Melvern, Ruanda, S. 274.
[152] Ebd., S. 96.
[153] Alan J. Kuperman, How the Media Missed the Rwanda Genocide, in: The Media and the Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, 2007, [http://web.idrc.ca/openebooks/338-0/#page_256], eingesehen 1.6.2012.

aufmerksam zu machen.[154] Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton meinte 1998, er hätte zu wenig gewusst, um die Geschehnisse richtig erfassen zu können.[155]

Kuperman nennt aber auch drei Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass die Berichterstattung über Ruanda 1994 unzureichend war. Einen ersten Grund sieht er in der Tatsache, dass nach der Evakuierung der Europäer und Amerikaner aus Ruanda nur mehr wenige Journalisten vor Ort waren. Außerdem sei die Situation in Ruanda verwirrend gewesen, da tatsächlich ein Bürgerkrieg zwischen der RPF und den Hutu-Extremisten stattgefunden hatte. Drittens verstanden auch Experten bis Mitte April nicht, dass es sich hier um einen Genozid handelte.[156]

Häufig lag es auch an den Führungsetagen, dass nichts mehr gemeldet wurde. Melvern berichtet von Reportern, deren Artikel durch den Widerstand der Herausgeber nicht veröffentlicht werden konnten.[157]

#### *4.1.1. Zeitungsanalyse: Die Süddeutsche Zeitung zwischen April und August 1994*

Die *Süddeutsche Zeitung* ist mit 1,16 Millionen Lesern täglich die größte überregionale Abonnement-Tageszeitung Deutschlands.[158] Über ihr Archiv ist es möglich, online alle Artikel seit dem 1. Januar 1992 einzusehen. Anhand der Option „Suchbegriffe“ konnten die für die Analyse wichtigen Artikel gesucht werden. Insgesamt 263 Einträge zwischen dem 1. April und dem 1. August 1994 beinhalteten den Begriff *Ruanda*, was bedeutet, dass im Durchschnitt zwei Berichte pro Tag zum Thema Ruanda veröffentlicht wurden. Allerdings beschäftigen sich einige wenige Einträge nicht mit dem Genozid, so berichtete die Tageszeitung am 9. April 1994 z. B. davon, dass im Osten Afrikas fast 21 Millionen Menschen hungern.[159]

Von den 263 Berichten beinhalten allerdings nur zehn den Begriff *Genozid*, zur Stichwortfolge *Ruanda Völkermord* lassen sich 26 Ergebnisse finden. Die erste Genozid-Erwähnung erfolgte am 21. April 1994 im Beitrag „100.000 Tote in Ruanda befürchtet. Die UNO zieht ‚nicht erforderliche‘ Truppen ab“. Dabei wird allerdings von den Geschehnissen selber als „Gewaltexzesse“ und „Gemetzel“ gesprochen, das Wort *Genozid* spielt nur insofern eine Rolle, als dass darüber berichtet wird, dass „[e]in Sprecher der Tutsi-Organisation in New York […] von Genozid“[160] sprach. Das nächste Mal wird der Begriff eine Woche später, am 28. April benutzt. *Völkermord* findet erstmals

---

[154] Kuperman, How Media Missed.
[155] Allan Thompson, The Responsibility to Report: a New Journalistic Paradigm, in: Media, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 433–445, hier S. 434.
[156] Kuperman, How Media Missed.
[157] Vgl. Melvern, Ruanda, S. 275.
[158] Süddeutscher Verlag, *Süddeutsche Zeitung*, o. D. [http://www.sueddeutscherverlag.de/business/sueddeutsche_zeitung/sueddeutsche_zeitung], eingesehen 20.6.2012.
[159] *Süddeutsche Zeitung*, 9. April 1994.
[160] Ebd., 21. April 1994.

tags darauf Eingang in einen Bericht. Im Titel findet sich *Genozid* nie, *Völkermord* nur einmal, nämlich am 4. Mai: „Schlimmster Völkermord seit Kambodscha."[161] Bevor die beiden Begriffe verwendet wurden, war insbesondere von Bürgerkrieg, Bluttaten, Gräueltaten, Gemetzel oder Stammeskämpfen gesprochen worden. Ab Ende April firmieren die Geschehnisse in Ruanda als *Genozid* bzw. *Völkermord*, allerdings nicht ausschließlich. *Bürgerkrieg* kommt in 51 der 263 Artikel vor. Noch am 15. Juli 1994 hieß es, dass dem Bürgerkrieg bereits 600.000 Menschen zum Opfer gefallen seien.[162] Der Begriff *Stamm* taucht in 27 Artikeln auf, darunter in einem vom 11. April, wonach sich in Ruanda „nach Stammeskämpfen immer mehr die Anarchie"[163] ausbreitete.

Der erste Beitrag im Untersuchungsraum zum Schlagwort *Ruanda* findet sich am 6. April, an dem Tag, an dem nach dem Flugzeugabschuss des Präsidenten Habyarimana die Morde beginnen. Diese finden Erwähnung erstmals am 8. April, kategorisiert als „Chaos und Gewalt".[164]

Noch bevor die Geschehnisse explizit als *Genozid* bezeichnet wurden, gab es Berichte, die Hinweise auf einen solchen lieferten. Am 14. April veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* einen Beitrag zu einem Priester, der von der Ermordung von 85 Tutsi sprach, die zusammengetrieben worden waren und von den Regierungstruppen erschossen wurden.[165] Am 16. April verwies die Zeitung auf die spanische Tageszeitung *El Pais*, die darüber schrieb, dass Angehörige der Hutu-Ethnie ein Massaker an 1.200 Tutsi verübt haben sollen, darunter viele Kinder.[166]

Die im vorhergehenden Kapitel angeführte These von Kuperman, dass Medien anfänglich nur aus Kigali berichteten,[167] konnte bestätigt werden. Zudem lag in den ersten Tagen des Genozids der Fokus der Berichterstattungen insbesondere auf den Morden am Präsidenten und an weiteren Ministern, weniger auf der Zivilbevölkerung.

Einige Beiträge zum Thema Ruanda schafften es auf die Titelseite, wobei die Artikel auf Seite 1 mit dem fortschreitenden Genozid zunahmen, im April war dies drei Mal der Fall gewesen: Am 8. April informiert ein kurzer Beitrag von 130 Wörtern unter dem Titel „Chaos in Ruandas Hauptstadt Kigali" hauptsächlich vom Mord am Präsidenten Habyarimana.[168] Im zweiten Beispiel vom 11. April standen die Ausländer, die vor den

[161] *Süddeutsche Zeitung*, 4. Mai 1994.
[162] Ebd., 15. Juli 1994.
[163] Ebd., 11. April 1994.
[164] Ebd., 8. April 1994.
[165] Ebd., 14. April 1994.
[166] Ebd., 16. April 1994.
[167] Vgl. Kuperman, Media Missed Rwanda.
[168] *Süddeutsche Zeitung*, 8. April 1994.

Kämpfen in Ruanda flohen, im Mittelpunkt.[169] Beim dritten Eintrag handelt es sich um ein Foto von ausländischen Flüchtlingen, die gut zu Hause angekommen waren.[170]

Im Mai 1994 sind es fünf, im Juni sieben und im Juli elf Titelstories, im letzteren Fall großteils nach dem Ende des Genozids veröffentlicht und insbesondere den Flüchtlingen aus Ruanda gewidmet. Es ist, wie Allan Thompson in „The Responsibility to Report: a New Journalistic Paradigm" beschreibt:

> „When the media finally descended on the story, it was to cover the cholera epidemic in refugee camps across the border in Zaire, camps populated by Hutu who fled Rwanda at the tail end of the genocide."[171]

Im Juli erschienen auf Seite 1 zwei Beiträge: Am 18. Juli „Bundesluftwaffe soll sich an Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge aus Ruanda beteiligen",[172] am 25. Juli „Internationale Hilfe noch völlig unzureichend. Jede Minute stirbt ein Flüchtling aus Ruanda. Kinkel: Katastrophe bisher unbekannten Ausmaßes."[173] Typisch ist, dass bei beiden Berichten die internationalen Mächte bzw. die Bundesluftwaffe im Mittelpunkt standen und nicht der Genozid. „Europa war wichtiger",[174] nicht nur, dass in den drei Monaten insgesamt mehr über Europa berichtet wurde, wie Melvern anmerkt, sondern auch, dass Europäer meist eine Rolle in den Berichten zu Ruanda spielten.

### *4.1.2. Zeitungsanalyse: New York Times zwischen April und August 1994*

Die *New York Times* gehört wohl zu den bekanntesten Tageszeitungen weltweit – mit einer täglichen Auflage von einer Million Exemplaren.[175] Wie die *Süddeutsche Zeitung* verfügt auch die *New York Times* über ein Online-Archiv, allerdings gibt es im Unterschied zur *Süddeutschen* keine Angaben zu den ursprünglichen Seitenanzahlen.

Unter dem Suchbegriff *Rwanda* finden sich im selben Zeitraum 377 Treffer, im Durchschnitt somit drei Artikel pro Tag. Auch hier beschäftigt sich nicht jeder Beitrag direkt mit dem Genozid. 41 der 377 Resultate enthalten den Begriff *genocide*. Der erste stammt vom 9. April 1994 („2 Nations Joined by Common history of Genocide"), der allerdings nicht den aktuellen Genozid in Ruanda behandelte. Vielmehr ging es im Artikel um die vergangenen Auseinandersetzungen zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda

---

[169] *Süddeutsche Zeitung*, 11. April 1994.
[170] Ebd., 12. April 1994.
[171] Thompson, Responsibility to Report, S. 433.
[172] Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 18. Juli 1994.
[173] Vgl. Ebd., 25. Juli 1994.
[174] Melvern, Ruanda, S. 274.
[175] David W. Dunlap, The New York Times, in: *The New York Times*, o. D. [http://topics.nytimes.com/top/reference/timestopics/organizations/n/newyorktimes_the/index.html], eingesehen 20.6.2012.

und Burundi.[176] Zum ersten Mal wurde der Genozid in Ruanda als solcher am 23. April 1994 im Bericht „Cold Choices in Rwanda“ bezeichnet:

> „What looks very much like genocide had been taken place in Rwanda. People are pulled from cars and buses, ordered to show their identity papers and then killed on the spot if they belong to the wrong ethnic group. Thousands of bodies have already piled up, and the killing continues despite the presence of 1,700 United Nations peacekeepers.“[177]

Im Mittelpunkt der Meldung steht Kritik an der UNO und ihrem Unwillen, den Genozid zu stoppen. Auffallend ist hier die zeitliche Nähe zu den ersten Berichten der *Süddeutschen*, die explizit einen Genozid anprangern. Während die *Süddeutsche* am 21. April dem Sprecher der Tutsi-Organisation zitiert, der der ruandischen Übergangsregierung Genozid vorwirft,[178] schreibt die *New York Times* am 28. April,[179] offenbar eine Reaktion darauf, dass am selben Tag die Hilfsorganisation Oxfam einen Appell an die Weltöffentlichkeit zum Stopp des Genozids gerichtet hatte.[180]

Von den 41 Artikeln, in denen *genocide* vorkommt, führten ihn allerdings nur zwei im Titel. Zum einen jener vom 10. Juni, „Officials told to avoid calling Rwanda Killings ’Genocide‘“,[181] und zum anderen der vom 31. Juli, dem letzten Beitrag, in dem *Genozid* benutzt wurde: „Editorial Notebook; U.N. Troops Cannot Stop Genocide“.[182] In beiden Meldungen findet sich Kritik: Im Bericht vom Juni richtete sich die Kritik an Präsident Clinton und im Beitrag von Ende Juli an die Welt, die zu wenig unternommen hätte, und an die UN-Truppen, die es nicht geschafft hätten, den Genozid in Ruanda aufzuhalten. Der erste Artikel ist außerdem eine intensive Auseinandersetzung mit der Definition und der Geschichte von Genoziden.[183]

Bevor *genocide* Eingang in die Berichterstattung fand, wurden die Vorkommnisse in Ruanda als „heavy fighting“, „tribes battle“ oder „strife“ bezeichnet. Insgesamt kommt in vier Meldungen der Begriff *tribalism* und in 14 *tribes* vor. Am 9. April berichtete die *New York Times* unter der Überschrift „Terror convulses Rwandan capital as tribes battle“ von „tribal bloodletting“.[184] Die Begriffe werden allerdings nicht nur zu Beginn des Genozids benutzt, sondern auch noch nach dessen Ende.

---

[176] *New York Times*, 9. April 1994.
[177] Ebd., 23. April 1994.
[178] *Süddeutsche Zeitung*, 21. April 1994.
[179] Ebd., 28. April 1994.
[180] Des Forges, Zeuge, S. 753.
[181] *New York Times*, 10. Juni 1994.
[182] *New York Times*, 31. Juli 1994.
[183] Ebd., 10. Juni 1994.
[184] Ebd.

Am häufigsten wird allerdings *civil war* zur Benennung der Vorgänge benutzt, mit 209 Resultaten zwischen April und August und damit in mehr als der Hälfte der Artikel.

Die Frage, ob und wie die nationalen Medien Ruandas zu diesem Zeitpunkt im Ausland wahrgenommen wurden, konnte anhand der Zeitungsartikel untersucht werden. Diese Analyse ergab, dass im Unterschied zur *Süddeutschen*, in der der Radiosender *RTLM* nur in einem Nebensatz erwähnt und nicht auf dessen Funktion eingegangen wird, die *New York Times* bereits darüber berichtete. Kurz vor Beendigung des Genozids, am 11. Juli, schrieb die *New York Times* über *RTLM*:

> „Many of the calls to hate were disseminated by a private radio station, *RTLM*. When the slaughter of the Tutsi began in April, the station exhorted Hutu to continue, calling on them to fill the half-empty graves.“[185]

Ein zweites Mal schreibt die Tageszeitung am 27. Juli über *RTLM*. Über die Zeitschrift *Kangura* findet sich allerdings weder *Süddeutsche Zeitung* noch die *New York Times* ein Artikel.

#### *4.1.3. Ergebnisse der Zeitungsanalyse*

Anhand der qualitativen Zeitungsanalysen sollten die Thesen aus der wissenschaftlichen Literatur hinterfragt werden. Wie sich herausstellte, lassen sich einige der Behauptungen nicht bestätigen, wie jene, dass den Geschehnissen in Ruanda vorerst keine Beachtung geschenkt wurde. Seit dem Beginn des Genozids am 6. April 1994 bis zu dessen Ende wurden in der *Süddeutschen Zeitung* durchschnittlich zwei Artikel pro Woche gedruckt, in der *New York Times* waren es sogar drei. Allerdings – darin kann der These von Linda Melvern zugestimmt werden – wurde der Genozid nie als geplanter Massenmord dargestellt. Der Begriff *Genozid* kam bei beiden Zeitungen erst Ende April vor. Davor wurde von *Bürgerkrieg* oder *Stammesfehde* gesprochen, wie bereits von Melissa Wall und Alan Kuperman festgestellt.

## 5. Resümee

Inwieweit die nationalen Medien, und dabei insbesondere der Radiosender *RTLM*, zu einer Mobilisierung der Bevölkerung beigetragen haben und damit einen direkten Einfluss auf ihre Hörer ausübten, ist aus heutiger Sicht schwer zu beantworten und auch ForscherInnen sind sich diesbezüglich uneins. Anhand der Thesen von Straus Scott und Karen Krüger bzw. Romèo Dallaire wurden zwei verschiedene Positionen aufgezeigt. Trotz ähnlicher Verfahren waren Krüger und Straus zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen: Straus spricht von einem marginalen Effekt der Medien, im besonderen Fall des Radiosenders *RTLM*. Die Medien hätten „lediglich“ die Face-to-face-

[185] *New York Times*, 11. Juli 1994.

Mobilisierung gestärkt. Für Krüger war die Verbreitung von Angst über das Radio hingegen eine der Voraussetzungen für die Beteiligung der Bevölkerung am Genozid. Allerdings sind sie sich die beiden einig, dass die Radioberichte die Gewaltbereitschaft hoben, bei Straus allerdings nur in Hinblick auf die Autoritäten, die, seinen Forschungen zufolge, die Hörer von *RTLM* waren. Daher soll der Blick weniger auf die Frage gelegt werden, inwiefern die Medien in Ruanda einen direkten oder indirekten Einfluss auf die Hörer hatten, sondern vielmehr darauf, dass sie durch rassistische und hetzerische Botschaften die Angst unter den Hutu gesteigert und damit die Gewaltbereitschaft erhöht hatten. Auch Straus nennt die Angst als einen der wichtigsten Gründe, die die Täter zum Eingreifen in den Genozid bewegten.

Wie die Angst unter den Hutu geschürt wurde, konnte im Kapitel zur Rhetorik der Medien aufgezeigt werden. Das Ziel dieser Rhetorik war neben dem Schüren von Angst die Steigerung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Hutu und die Tutsi vom „echten ruandischen Volk“ abzutrennen. Dass diese hetzerischen Botschaften ihren Teil zum Genozid beigetragen haben, konstatierte auch der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR), als im Jahre 2003 drei Journalisten schuldig gesprochen wurden. Dabei handelte es sich zum einen um den Gründer der Zeitung *Kangura* und zum anderen um zwei der Hauptverantwortlichen des Radiosenders *RTLM*. In vielen Forschungen steht *RTLM* im Mittelpunkt, weil ein Großteil der ruandischen Bevölkerung im Jahre 1994 nicht lesen konnte. Allerdings muss beachtet werden, dass Zeitungen wie *Kangura* zum einen mit Karikaturen arbeiteten und zum anderen aber auch vorgelesen wurden, sogar auf Kundgebungen der *Interhamwe*.

Direkt nach dem Genozid, bei dem mindestens 49 Journalisten getötet wurden, wurde in Ruanda versucht, die Medienlandschaft neu zu gestalten. Innerhalb eines Jahres wurden mehr als zwanzig neue Zeitungen gegründet, viele mit Unterstützung aus dem Ausland.[186]

Doch auch fast zwanzig Jahre nach dem Genozid benötigen die Medien in Ruanda noch immer Unterstützung in Aus- und Weiterbildung. Zwar wurde bereits 1996 eine Schule für Journalismus und Kommunikation an der Staatlichen Universität von Ruanda in Butare gegründet und seit 2006 gibt es eine Zusammenarbeit mit der School of Journalism and Communication der Universität Carleton, jedoch wird die Regierung unter Paul Kagame noch immer wegen ihres Umgangs mit Medien von Hilfsorganisationen kritisiert. Noch immer sind Menschenrechte und Pressefreiheit in Ruanda kaum etwas wert.[187]

---

[186] Marie-Soleil Frère, After the hate media: regulation in the DRC, Burundi and Rwanda, in: *Global Media and Communication* 5 (2009), Heft 3, [http://gmc.sagepub.com/content/5/3/327], eingesehen 14.6.2012.
[187] Thompson, Responsibility to Report, S. 435 f.

Während den nationalen Medien häufig eine direkte Schuld am Genozid in Ruanda vorgeworfen wird, beziehen sich die Vorwürfe gegen die westlichen Medien darauf, dass sie die Ereignisse in Ruanda ignoriert und unterschätzt hätten und dadurch ein früher Stopp des Genozids verhindert worden sei.

Die These, dass die Ereignisse in Ruanda ignoriert wurden, konnte durch die Zeitungsanalyse widerlegt werden. Allerdings – diesbezüglich konnte die These bestätigt werden – wurden die Geschehnisse in Ruanda unterschätzt. Die Presse verpasste den Zeitpunkt, rechtzeitig auf den Genozid aufmerksam zu machen. Zu betonen ist jedoch, dass selbst bei einer ausreichenden und frühen Berichterstattung ein Aufhalten des Genozids nicht automatisch erfolgt wäre. Vieles weist darauf hin, dass weder die UNO noch die US-Regierung unter Clinton eine Intervention in Ruanda wollten. Dies zeigt sich u. a. darin, dass sowohl vom Weißen Haus als auch bei der UNO der Begriff *Genozid* lange Zeit vermieden wurde. Am 2. Mai berichtete z. B. die *Süddeutsche Zeitung* darüber, dass die UNO keine Truppen nach Ruanda zu senden beabsichtigte, aber eine Erklärung veröffentlicht hatte, in der stand, dass „das Töten von Menschen einer ethnischen Gruppe, mit dem Ziel, diese auszulöschen, […] ein international strafwürdiges Verbrechen“[188] sei, das Wort *Genozid* kam nicht vor. Ebenso kritisierte die *New York Times* am 10. Juni Präsident Clinton, der die Geschehnisse in Ruanda nicht als Genozid bezeichnen wollte.[189]

Der Genozid in Ruanda gilt heute als traurigstes Beispiel für das Versagen der UNO,[190] aber auch die Medien reagieren heute anders auf Konflikte, die an Ruanda erinnern. Als Reaktion auf ihr Scheitern wird heute bei ethnischen Konflikten tendenziell übertrieben, damit nicht wieder dieselben Vorwürfe gemacht werden können.[191]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sowohl die nationalen Medien als auch die internationalen Medien ihren Beitrag zum Genozid leisteten. Die nationalen Medien trugen durch ihre Rhetorik dazu bei, dass unter der Hutu-Bevölkerung Angst vor den Tutsi verbreitet wurde und damit die Gewaltbereitschaft stieg, auch wenn keineswegs klar ist, wie viele Täter tatsächlich auf Anweisung des Radiosenders *RTLM* und der Zeitschrift *Kangura* am Genozid mitwirkten. Im Gegensatz dazu verpassten es die westlichen Medien, früh genug von einem Genozid zu sprechen, womit kein Druck auf die Regierungen und die UNO ausgeübt wurde. Inwiefern dadurch aber ein frühzeitiges Stoppen der Morde verhindert wurde, bleibt dahingestellt.

---

[188] Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 2. Mai 1994.
[189] Vgl. *New York Times*, 10. Juni 1994.
[190] Thompson, Responsibility to Report, S. 434.
[191] Kuperman, How Media missed.

## Literatur

Barth, Boris, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorien – Kontroversen (Beck'sche Reihe), München 2006.

Benz, Wolfgang, Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert, München 2006.

Ders., Völkermorde im 20. Jahrhundert (Wiener Vorlesungen im Rathaus 137), Wien 2008.

Biju-Duval, Jean-Marie, „Hate Media" – Crimes Against Humanity and Genocide: Opportunities Missed by the International Criminal Tribunal for Rwanda, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 343–361.

Brandstetter, Anna-Maria, Die Rhetorik von Reinheit, Gewalt und Gemeinschaft: Bürgerkrieg und Genozid in Rwanda, in: *Sociologus* 51 (2001), Heft 1/2, S. 148–184.

Dallaire, Roméo, Handschlag mit dem Teufel. Die Mitschuld der Weltgemeinschaft am Völkermord in Ruanda, Frankfurt am Main 2008.

Des Forges, Alison, Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda, Hamburg 2002.

Frère, Marie-Soleil, After the hate media: regulation in the DRC, Burundi and Rwanda, in: *Global Media and Communication* 5 (2009), Heft 3, [http://gmc.sagepub.com/content/5/3/327], eingesehen 14.6.2012.

Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Nr. 15, hrsg. v. Bundestag, Bonn 1954, S. 729–739.

Higiro, Jean-Marie Vianney, Rwandan Private Print Media on the Eve of the Genocide, in: The Media and the Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 73–89.

Jones, Adam, Genocide, A Comprehensive Introduction, New York 2011.

Kabanda, Marcel, *Kangura*: the Triumph of Propaganda Refined, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 62–72.

Kellow, Christine L./Steeves H. Leslie, The Role of Radio in the Rwandan Genocide, in: *Journal of Communication* (1998), S. 107–128, [http://ics-www.leeds.ac.uk/papers/pmt/exhibits/2192/Rwandaradio.pdf], eingesehen 3.5.2012.

Kiernan, Ben, Erde und Blut. Völkermord und Vernichtung von der Antike bis heute, München 2009.

Kimani, Mary, RTLM: the Medium that Became a Tool for Mass Murder, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 110–123.

Krüger, Karen, Programmierter Genozid? Das Radio und die mediale Erzeugung von Angst in Rwanda 1994, in: Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne, hrsg. v. Frank Bösch/Manuel Borutta, Frankfurt am Main 2006, S. 387–406.

Dies., Worte der Gewalt: Das Radio und der kollektive Blutrausch in Rwanda 1994, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 10, S. 923–939.

Kuperman, Alan J., How the Media Missed the Rwanda Genocide, in: The Media and Rwandan Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, 2007, [http://web.idrc.ca/openebooks/338-0/#page_256], eingesehen 1.6.2012.

Li, Darryl, Echoes of violence: considerations on radio and genocide in Rwanda, in: *Journal of Genocide Research* 6 (2001), Nr. 1, S. 9–27.

Melvern, Linda, Ruanda. Der Völkermord und die Beteiligung der westlichen Welt, München 2004.

Dies., Rwanda and Darfur: The Media and the Security Council, in: *International Relations* 20 (2006), Heft 1, S. 93–104, [http://ire.sagepub.com/content/20/1/93], eingesehen 6.6.2012.

Mironko, Charles, The Effect of RTLM's Rhetoric of Ethnic Hatred in Rural Rwanda, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 123–135.

Ndangiza, Fatuma, „Wir sind alle Verlierer in diesem ‚Spiel'". Wie Rwander die jüngster Vergangenheit bewältigen, in: Genozide und staatliche Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Verena Radkau/Eduard Fuchs/Thomas Lutz (Konzepte und Kontroversen – Materialien für Unterricht und Wissenschaft. Geschichte – Geographie – Politische Bildung 3), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 70–78.

Parmiggiani, Julia, Aufhetzung zum Völkermord und Kriminalisierung von Hasspropaganda im Internationalen Recht. Die jüngsten Entscheidungen des ICTR zur Rolle der Medien in Ruanda, Dipl. Innsbruck 2006.

Straus, Scott, What Is the Relationship between Hate Radio and Violence? Rethinking Rwanda's "Radio Machete", in: *Politics & Society* 35 (2007), Heft 4, S. 609–637, [http://pas.sagepub.com/content/35/4/609], eingesehen 3.5.2012.

Süddeutscher Verlag, *Süddeutsche Zeitung*, o. D., [http://www.sueddeutscher-verlag.de/business/sueddeutsche_zeitung/sueddeutsche_zeitung], eingesehen 20.6.2012.

The Harvard Law Review Association (Hrsg.), International Law. Genocide. U.N. Tribunal Finds That Mass Media Hate Speech Constitutes Genocide, Incitement to

Genocide, and Crimes against Humanity. Prosecutor v. Nahimana, Barayagwiza, and Ngeze (Media Case), Case no. ICTR-99-52-T (Int'l Crim. Trib. for Rwanda Trial Chamber I Dec. 3, 2003), in: *Harvard Law Review* 117 (2004), Nr. 8, S. 2769–2776, [http://www.jstor.org/stable/4093416], eingesehen 23.6.2012.

Thielke, Tilo, Chaos in Kenia. Massaker-Szenen wie beim Völkermord in Ruanda, 1.1.2008, [http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,526069,00.html], eingesehen 29.3.2012.

Thompson, Allan (Hrsg.), The Media and the Rwandan Genocide, 2007, [http://web.idrc.ca/openebooks/338-0/], eingesehen 20.6.2012.

Ders., The Responsibility to Report: a New Journalistic Paradigm, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 433–445.

Wall, Melissa, An Analysis of News Magazine Coverage of the Rwanda Crisis in the United States, in: The Media and Rwanda Genocide, hrsg. v. Allan Thompson, London 2007, S. 261–273.

Wikipedia, Page history statistic, o. D., [http://toolserver.org/~tparis/articleinfo/index.php?article=Rwandan&lang=en&wiki=wikipedia], eingesehen 24.3.2012.

Wikipedia, Page history statistic, o. D., [http://toolserver.org/~tparis/articleinfo/index.php?article=Ruanda&lang=de&wiki=wikipedia&begin=&end=], eingesehen 24.3.2012.

## Quellen

*New York Times*, 9. April 1994.

*New York Times*, 23. April 1994.

*New York Times*, 10. Juni 1994.

*New York Times*, 11. Juli 1994.

*New York Times*, 31. Juli 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 8. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 9. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 11. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 12. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 14. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 16. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 21. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 28. April 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 4. Mai 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 11. Mai 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 18. Juni 1994.

*Süddeutsche Zeitung*, 15. Juli 1994.

**Alexandra Rabensteiner** ist Studentin der Geschichtswissenschaft an der Universität Innsbruck und Absolventin der Europäischen Ethnologie. Alexandra.Rabensteiner@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Alexandra Rabensteiner, Schuldig? Nationale und internationale Medien im Genozid in Ruanda, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 159–191, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Rolf-Steininger-Preis 2013

# Détente am Ende

**Joachim Romen**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: SSc Mag.[a] Dr.[in] Ingrid Böhler

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**
**Détente to end**

Why was the détente-policy terminated as the 1970s drew to a close? The central thesis in the following paper is that changes in the socio-economic environment made a turn to confrontation in the Cold War a reasonable tactic for the West.

## Einleitung

Je näher man in der Zeitgeschichte der Gegenwart kommt, desto weniger Quellenmaterial und offizielle Dokumente sind verfügbar. Für den in dieser Arbeit betrachteten Zeitraum gäbe es sicher schon diverse Quellen zu erforschen, obwohl vorher Erwähntes natürlich trotzdem zutrifft, dieser mühsame Weg wird hier allerdings nicht beschritten. Vielmehr versuche ich dem Mangel an Quellen mit der möglichst weiten Perspektive beizukommen, die im Werk der von mir konsultierten Autoren eingenommen wird. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang Carroll Quigley zu nennen, der nicht nur mir, sondern auch Kees van der Pijl als Standbein dient. Mit diesem, wie auch mit Susan Strange, steht wiederum Stephen Gill in enger intellektueller Wechselbeziehung. Die letzten drei stammen aus dem weiten Forschungsfeld der *International Political Economy*. Carroll Quigleys Historiographie ist sein Alleinstellungsmerkmal. Alle vier sind hier von zentraler Bedeutung.

Die Frage nach dem Grund der Eskalation des Kalten Krieges in der zweiten Hälfte der 1970er bildet die Basis für die folgende Abhandlung. Es wird die These vertreten, dass Veränderungen in der *Global Political Economy*[1] eine neue politische Grundrichtung vorgaben, die eine Eskalation des Kalten Krieges einschloss. Kapitel 1 („Kraft") und Kapitel 2 („Krise") bilden eine lose Einheit. In ihnen werden wirtschaftliche Veränderungen analysiert und in Zusammenhang mit der Position des Staates und der Gesellschaft gestellt. Kapitel 1 fragt nach der Stärke des Westens beziehungsweise der USA. Kapitel 2 behandelt Veränderungen in der globalen Wirtschaftsstruktur. In Kapitel 3 („Konsens") wird die Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen dargelegt. Das abschließende Kapitel 4 („Konfrontation") versucht die Eskalation des Kalten Krieges während der Carter-Administration unter Bezugnahme auf Kapitel 1 bis 3 zu erklären.

## Kraft

Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika nutzte von Beginn des Bretton-Woods-Systems an die außerordentliche Stellung des Dollars als Leitwährung, um Defizite von immer größerem Ausmaß anzuhäufen. Für Rüstung, Kriege, aber auch ein ausgebautes Sozialsystem wurden Summen aufgewendet, die man dem amerikanischen Steuerzahler nicht direkt aufbürden wollte. Folglich wurde ein beträchtlicher Teil des Budgets über Staatsverschuldung finanziert.[2]

Im August 1971 schloss Präsident Richard M. Nixon das Goldfenster. Der Konvertibilität des Dollars in Gold war ein Ende bereitet. Dies wurde von vielen Zeitgenossen, Wirtschaftstheoretikern und Politikwissenschaftlern als Zeichen der Schwäche der amerikanischen Hegemonialmacht interpretiert: Die USA hätten an Macht gegenüber anderen Staaten eingebüßt und wären deshalb nicht mehr in der Lage gewesen, das Bretton-Woods-System aufrechtzuerhalten. Diese Interpretation der Ereignisse bedient sich jedoch einer altmodischen, interstaatlichen Auslegung von Macht und gibt nicht die eigentlichen Gründe wieder, derentwegen das Bretton-Woods-System nicht mehr tragfähig war.[3]

Die Macht der USA, die alte monetäre Ordnung zu gewährleisten, war zwar eingebüßt worden, allerdings nicht an andere Staaten, sondern an die Kräfte des freien Marktes, der erst durch die bewusste Entscheidung der USA erstarken hatte können. Als Nixon die

[1] Ich verwende den Begriff *Global Political Economy* als den umfassendsten, deskriptiven Begriff für das Zusammenspiel von politischen und ökonomischen Strukturen und Prozessen auf globaler Ebene. Dieser Begriff wird hier dem Begriff der *International Political Economy* vorgezogen, der die Rolle von einzelnen Staaten stärker betont. Vgl. dazu: Stephen Gill, American Hegemony and the Trilateral Commission, Cambridge-New York (u. a.) 1990, S. 243.

[2] Susan Strange, Casino Capitalism, Manchester-New York 1986, S. 67 f.

[3] Gill, American Hegemony, S.72–75; Strange, Casino, S. 21 f., S. 67–69; Dies., The Persistent Myth of Lost Hegemony, in: *International Organization*, 41, (1987), Nr. 4, S. 551–574, hier S. 553–556, S. 558, [http://www.jstor.org/stable/2706758], eingesehen 21.4.2012.

Goldkonvertibilität aufhob, war auch dies eine willentliche, unilaterale Entscheidung, die die strukturelle Macht der USA in der *Global Political Economy* weiter stärkte. Mit diesem Schritt verzichteten Nixon und sein *Secretary of Finance* John Connally auf eine verhandelte Neuordnung des internationalen Geldsystems und lösten eine erzwungene Revalorisierung des Yen und der D-Mark und eine Devaluation des Dollars aus. Der Übergang vom Goldstandard zu einem reinen Fiat-Dollarstandard war vollbracht.[4]

Als 1973 der Öl-Preis als Folge des arabischen Embargos und aufgrund des Erfolges der Politik der Organisation der Petroleumexportierenden Länder (OPEC) neue, ungekannte Höhen erklomm, traf das die Länder der Dritten Welt sowie die Westeuropäer und Japaner, welche kein Öl förderten, in einem wesentlich größeren Ausmaß als die USA, die einen beträchtlichen Teil ihres Energiebedarfs noch aus eigenen Quellen deckten und ihre Importe per frischgedrucktem Papiergeld finanzieren konnten.[5]

Die Vertreter der Theorie eines Abstiegs der amerikanischen Hegemonialmacht beziehen sich nicht nur auf die eben beschriebenen Ereignisse der Jahre 1971 und 1973, sondern versuchen ihre Schlussfolgerungen aus den wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen seit 1945 zu ziehen. Als grundlegende Basis ihres Arguments dient meist die Annahme, dass die USA mit ihrer Entscheidung für eine liberale Wirtschaftsordnung und zum ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas und Japans in der Nachkriegszeit den Samen ihres eigenen Untergangs selbst gesät hätten.[6] Es hatte zwar eine weltweit breitere Verteilung der ökonomischen und militärischen Kapazitäten stattgefunden, auf der wirtschaftlichen Ebene hauptsächlich hin zu den westlichen Alliierten der USA, militärisch in Richtung Sowjetunion, was aus einer Perspektive, die Macht als das relative Verhältnis von einem Staat zum anderen definiert, auf einen Abstieg der USA hinweisen mochte. Betrachtet man allerdings den Westen als eine ökonomische und politische Einheit[7] und die gesammelten militärischen Kapazitäten des Westens (bzw. der NATO) vis-à-vis der Sowjetunion, so bietet sich das Bild einer gestärkten strukturellen Basis.[8]

[4] Strange, Casino, 67 f.
[5] Robert W., Cox, The Crisis of World Order and the Problem of International Organization in the 1980s, in: *International Journal* 35 (1980), Nr. 2, S. 370–395, hier S. 370, [http://www.jstor.org/stable/40201868], eingesehen 21.4.2012.; Strange, Casino, S. 89.
[6] Gill, American Hegemony, S. 203 f.
[7] Dieser Standpunkt wird weiter unten auf Basis der Arbeiten und Gedanken von Stephen Gill, Robert Cox, Kees van der Pijl und Carroll Quigley näher ausgeführt.
[8] Gill, American Hegemony, S. 204 f.

Des Weiteren hatte das Auftreten Chinas als unabhängiger Machtfaktor auf der Weltbühne, für Leser Edgar Snows bereits vor dem Sieg Maos über die Kuomintang absehbar,[9] von George F. Kennan antizipiert,[10] von Konrad Adenauer vorhergesehen,[11] von Henry Kissinger gefördert[12] und durch Zbigniew Brzezinski schließlich formalisiert,[13] den Einfluss der USA zwar reduziert, wichtiger jedoch, die sicherheitspolitische Lage der Sowjetunion in einem weit größeren Ausmaß untergraben.[14]

Die Argumentation einer andauernden Stärke der USA ergibt sich auch aus der Definition der vier Aspekte der strukturellen Macht, wie sie Susan Strange bildlich anhand der vier Seiten einer Hohlpyramide, die sich gegenseitig aufrecht halten, beschreibt. Strukturelle Macht liegt demnach bei der Instanz, die erstens in der Lage ist, die Sicherheit einer anderen vor Gewaltanwendung zu senken oder zu erhöhen, die zweitens fähig ist, das System der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu kontrollieren, die drittens die Struktur des Finanz- und Kreditsystems bestimmen kann, und die viertens die Sphäre des Wissens entscheidend beeinflussen oder kontrollieren kann. In allen vier Aspekten dominierten die USA, nur in der sicherheitspolitischen Sphäre stand den USA mit der Sowjetunion ein annähernd ebenbürtiger Rivale gegenüber, was im Gegenzug die militärstrategische Dependenz der Westeuropäer gegenüber ihrem nordamerikanischen Alliierten weiter festigte.[15]

Es war also eine Position der Stärke, aus der die USA, und mit ihr der Westen, in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre agieren konnten und die ihnen die Kraft zu gestalten verlieh.

## Krise

Während des ganzen Jahrzehntes der 1970er schritt die Transnationalisierung der Wirtschaft mit immer höherem Tempo voran, es entstand eine internationale Arbeitsteilung, die einzelne Staaten abhängiger von der Politik des transnationalen Kapitals machte.[16] Das Wachstum des unregulierten Eurodollar-Marktes vergrößerte die Unabhängigkeit der Märkte von nationalen Regierungen noch weiter. Hier konnte ohne Rücksicht auf die Geldpolitik der Nationalbanken ein Kreditmarkt entstehen, der

[9] Vgl. Edgar Snow, Roter Stern über China, Mao Tse-tung und die chinesische Revolution, Frankfurt a. M. 1974.
[10] Walter Isaacson/Evan Thomas, The Wise Men, Six Friends and the World They Made, New York 1986, S. 529 f.
[11] Henry Kissinger, Diplomacy, New York 1994, S. 558 f.
[12] Ebd., S. 726.
[13] Zbigniew Brzezinski, Power and Principle, Memoirs of the National Security Advisor 1977–1981, New York 1985, S. 196–232.
[14] Gill, American Hegemony, S. 205; Kissinger, Diplomacy, S. 730.
[15] Strange, Hegemony, S. 565–571.
[16] Susan Strange, The Global Political Economy, 1959–1984, in: *International Journal* 39 (1984), Nr. 2, S. 267–283, hier S. 273–275, [http://www.jstor.org/stable/40202334], eingesehen 21.4.2012.

vollkommen unabhängig agierte, der im Gegenteil sogar Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Staaten nehmen konnte. Nur die USA waren nicht im selben Ausmaß verwundbar gegenüber den Finanzströmen des Eurodollar-Marktes – ein weiterer Faktor, der die relative Machtposition der USA bestärkte.[17]

Diese Veränderungen in der weltweiten Wirtschaftsstruktur untergruben auch die alte Ordnung des institutionalisierten Konfliktes zwischen Arbeitskraft und Industrie. Nicht nur die einzelnen Staaten hatten an Spielraum gegenüber den Kräften des freien Marktes eingebüßt, auch die Gewerkschaften waren nicht mehr in der Lage ihre Positionen gegenüber den transnationalen Konzernen durchzusetzen.[18]

Der Westen erlebte eine Krise der politisch-ökonomischen Konfiguration der Weltordnung. Die Balance zwischen Kapital und Arbeit, Kapital und Staat und ganz allgemein zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen war aufgebrochen. Kapital und Wirtschaft, insbesondere transnationale Formen von Kapital,[19] nahmen eine zunehmend stärkere Stellung im System ein.[20]

Als Reaktion auf diese Systemkrise wurde die alte Gesellschaftsordnung von verschiedensten Seiten in Frage gestellt.[21] Drei unterschiedliche Hauptströmungen in den Visionen für eine zukünftige Weltordnung kristallisierten sich im Verlauf des politischen Diskurses heraus. Von Seiten der Entwicklungsländer kontemplierte man, einen eigenständigen Entwicklungsweg einzuschlagen. Die Pläne reichten von der Entwicklung einer relativen Autonomie bis zu einer kompletten Abkoppelung vom Norden. Eine zweite Denkrichtung vertrat die Ansicht, dass die Welt in verschiedene Handelsblöcke zerfallen würde, und verkündetete den Beginn eines neo-merkantilistischen Zeitalters. Die dritte Zukunftsvision, mit der wir uns in der Folge noch weiter auseinandersetzen wollen, strebte ein rekonstituiertes westliches politisches Primat über die Weltwirtschaft, unter stärkerer Einbindung Westdeutschlands und Japans sowie des transnationalen Finanzkapitals, an. Diese Strömungen entstanden natürlich auch in gegenseitiger Wechselwirkung. So muss die dritte Vision insbesondere auch als Reaktion auf andere Zukunftsstrategien gesehen werden, die den inneren Zusammenhalt des Westens und den freien Kapitalverkehr untergraben hätten.[22]

---

[17] Strange, Economy, S. 277 f.
[18] Robert W. Cox, Labor and the Multinationals, in: *Foreign Affairs* 54 (1976), Nr. 2, S. 344–365, hier S. 352–354, [http://www.jstor.org/stable/20039576], eingesehen 21.4.2012.
[19] Susan Strange, The Retreat of the State, The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge 1996, S. 53.
[20] Stephen Gill, Reflections on Global Order and Sociohistorical Time, in: *Alternatives: Global, Local, Political* 16 (1991), Nr. 3, S. 275–314, hier S. 278, [http://www.jstor.org/stable/40644716], eingesehen 6.4.2012.
[21] Ebd., S. 286.
[22] Cox, Crisis, S. 288 f.; Gill, American Hegemony, S. 48.

Die Veränderungen in der *Global Political Economy*, in erster Linie die neue, höhere Stufe der Transnationalisierung des Kapitals, lösten einen Denkprozess in den politischen Planungszirkeln des Westens aus. Die alte Ordnung, die ihre Wurzeln in den 1930er Jahren hatte und die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im transatlantischen Raum etabliert worden war, repräsentierte nicht mehr die reale Machtkonfiguration in der *Global Political Economy*. Eine Reformulierung der politischen Pläne und Zielsetzungen des Westens wurde als notwendig erachtet. Zu diesem Zweck wurde Anfang der Siebzigerjahre unter anderem das *1980s Project* im New Yorker *Council on Foreign Relations* (CFR), unter Mitarbeit von Cyrus Vance, initiiert. Ein weiterer Schritt war die Schaffung eines neuen, ebenfalls privat geführten Planungskörpers, der Trilateralen Kommission, die Zbigniew Brzezinski leiten sollte.[23] Vance und Brzezinski waren später auch für die Außenpolitik der Carter-Administration verantwortlich.[24]

## Konsens

Die zentrale Stellung, die private und semi-offizielle Planungszirkel wie das CFR oder die Trilaterale Kommission in der Formulierung der Außenpolitik des Westens einnehmen, soll anschließend in Bezugnahme auf transnationale historisch-materialistische Konzepte erklärt werden, die Kees van der Pijl und Stephen Gill basierend auf der Arbeit von Robert Cox, der Antonio Gramsci in einen modernen Kontext gestellt hatte, entwickelten.

Funktions- und Wirkungsweise dieser Councils können mit der von Antonio Gramsci ausgearbeiteten Hegemonialtheorie und seinem Konzept eines *Blocco Storico* nachvollzogen werden. Nach Gramsci festigt die führende gesellschaftliche Kraft ihre Hegemonie nicht durch ein dominantes Gewaltpotential, sondern anhand einer politischen Synthese einer Reihe von Klasseninteressen. Durch Zugeständnisse der dominanten Klasse werden eine Reihe von Klassenfraktionen zu einem *Historischen Block* geformt, ohne dass die dominante Klasse ihre führende Stellung aufgeben müsste. Hegemonie nach Gramsci beruht also auf dem Einverständnis der Beherrschten. Die Theorien Gramscis hat Stephen Gill auf ein transnationales Level umgelegt.[25]

Die Nachkriegsordnung der 1940er bis mindestens einschließlich der 1960er Jahre beruhte nach Gill auf einem *International Historic Bloc*, der die Interessen von nationalem und transnationalem Kapital sowie der organisierten Arbeiterschaft und der Staaten einbezog. Ein breiter Konsens der politischen Mitte, ruhend auf einer sozialen Marktwirtschaft, auf transatlantischer Kooperation und der Betonung von Freiheit gegenüber

[23] Kees van der Pijl, Ruling Classes, Hegemony, and the State System: Theoretical and Historical Considerations, in: *International Journal of Political Economy* 19 (1989), Nr. 3, S. 7–35, hier S. 8 f., [http://www.jstor.org/stable/40470522], eingesehen 11.4.2012.; Gill, American Hegemony, S. 122–142.
[24] Brzezinski, Power, S. 36–44.
[25] Gill, American Hegemony, S. 41–46.

dem totalitären Osten wurde geschaffen, in dessen Zentrum eine liberale internationale Weltwirtschaftsordnung stand.[26]

Zu Beginn der 1970er Jahre hatten die bereits besprochenen sozio-ökonomischen Veränderungen die Basis dieses historischen Blocks erodiert. Der Faktor Arbeit und das nationale Kapital sowie die einzelnen Staaten hatten an Einfluss verloren. Ein neuer historischer Block begann sich zu formen, der den Interessen des transnationalen Kapitals eine stärkere Rolle einräumte. Monetaristische und dem freien Markt verbundene Theorien gewannen an Einfluss im politischen Diskurs, parallel zum Aufstieg insbesondere des transnationalen Finanzkapitals.[27]

Kees van der Pijl entwickelte analog dazu das Konzept eines *Lockeian State*, beziehungsweise eines *Lockeian Heartland*, in welchem die Rolle des Staates zugunsten von Kräften aus der Zivilgesellschaft zurückgedrängt ist. Diese gesellschaftliche Konstitution, welche sich in England zu entwickeln begann und sich von dort kontinuierlich ausbreitete, findet ihre politische Ausrichtung über eine normative Struktur sozialer Verhältnisse und Verbindungen persönlicher, wie auch institutionalisierter Form. Der Begriff *Lockeian Heartland* soll zum Ausdruck bringen, dass in einem immer stärker transnationalisierten Westen diese Prozesse nicht nur auf nationalem, sondern eben auch auf transnationalem Level ablaufen. Auch van der Pijl bedient sich Gramscis Konzept des historischen Blocks, der sich in dieser selbstregulierten Zivilgesellschaft bildet und mittels eines hegemonialen Konsenses die allgemeine Verfasstheit des *Lockeian Heartland* bestimmt.

Eine zentrale Rolle bei der Konstituierung und Formalisierung eines hegemonialen Konsenses auf transnationaler Ebene schreiben van der Pijl und Gill semi-offiziellen und privaten Councils zu, in denen unterschiedliche Ansichten und Interessen synthetisiert, Politik formuliert und Strategien ausgearbeitet werden. Es können in der Folge nur die prestigereichsten solcher Councils kurz benannt werden, neben denen eine Großzahl von anderen wirkt.[28]

Die Trilaterale Kommission ist nur die letzte in einer ganzen Reihe von solchen Planungszirkeln im 20. Jahrhundert. Angefangen bei Cecil Rhodes' *Roundtable Groups*, die helfen sollten, eine gemeinsame Politik des britischen Commonwealth zu formulieren, über eine Ausweitung des Aktionsraumes dieser Diskussionsrunden auf den gesamten englischsprachigen Raum im Kontext der Zwanzigerjahre, als das CFR als Schwesterorganisation des Royal Institute of International Affairs in London geschaffen wurde.[29] Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, als das westliche Kontinentaleuropa

[26] Gill, American Hegemony, S. 48.
[27] Ebd. S. 50 f.
[28] Pijl, Ruling Classes, S. 18 f., 24 f.; Gill, American Hegemony, S. 122–142.
[29] Carroll Quigley, Tragedy and Hope, A History of the World in our Time, New York $^{3}$o. J. (1966), S. 130–133, S. 950–956; vgl. Carroll Quigley, The Anglo-American Establishment, From Rhodes to Cliveden, New York 1981.

stärker an den angelsächsischen Raum gebunden werden sollte, wurden exakt zu diesem Zweck die Bilderberg-Treffen ins Leben gerufen, die auch als der Geburtsort der Europäischen Gemeinschaft bezeichnet werden können. Und schließlich die Trilaterale Kommission, die um 1973 im Kontext einer weiteren geographischen Ausweitung des Westens sowie einer veränderten Gewichtung der Machtaufteilung in der Gesellschaft gegründet wurde.[30]

Auf die Krise der alten Ordnung gab es, wie bereits erwähnt, jedoch auch andere Reaktionen. Die Nixon-Administration zeigte starke neo-merkantilistische Züge in ihrer Wirtschaftspolitik, beispielsweise die unilaterale Devaluation des Dollar und eine 10 Prozent Steuer auf Importe. Diese Politik sollte ein entscheidender Faktor für die Mobilisierung der internationalistischen Elemente des amerikanischen Establishments sein, die ein Auseinanderbrechen des Westens fürchteten.[31]

Die Gründe, die bei der Formierung der Trilateralen Kommission eine Rolle spielten, sind bereits angeklungen. Eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse, auf geographischer Ebene hauptsächlich in Richtung Japan und Westdeutschland, auf gesellschaftlicher Ebene weg von einzelnen Staaten und Personen in Richtung transnationaler Formen von Kapital, sind besonders zu betonen. Der Gedanke der komplexen Interdependenz sowie die Ablehnung neomerkantilistischer, die Freiheit von Kapital einschränkender Politik spielten ebenfalls eine Rolle.

Nachdem der Versuch einer Reform der Bilderberg-Treffen gescheitert war, gründete man die Trilaterale Kommission, in der den neuen Verhältnissen Rechnung getragen wurde. Ein neuer hegemonialer Konsens, den Gill *Disciplinary Neo-liberalism* nennt, begann sich zu entwickeln.[32] Die Trilaterale Kommission sollte einer der entscheidenden Apparate bei der Formierung des neoliberalen Wirtschaftsraumes in den 1970er Jahren sein.[33]

Das Wesen des Neoliberalismus kann hier nicht erklärt werden. Es bleibt lediglich festzustellen, dass die Gründung der Trilateralen Kommission eines der zentralen Ereignisse der 1970er war, ohne Einbeziehung dessen eine Analyse der Politik der damaligen Zeit nicht möglich scheint.

## Konfrontation

Wie kam es zur Erneuerung des Ost-West-Konflikts? Welche Gründe spielten dabei eine Rolle?

[30] Gill, American Hegemony, S. 122–142;
[31] Kees van der Pijl, The Making of an Atlantic Ruling Class, London 1984, S. 257.
[32] Stephen Gill, Power and Resistance in the New World Order, New York (u. a.) 2008[2], S. 123–149.
[33] Dies ist die zentrale These in Stephen Gills Buch „American Hegemony and the Trilateral Commission“. Vgl. Gill, American Hegemony.

In Kapitel 1 („Kraft“) haben wir bereits festgestellt, dass der Westen, mit den USA als zentralem Teil, während der Siebzigerjahre aus einer Position der Stärke agieren konnte, die ihm die Kraft verlieh, die Zukunft aktiv zu gestalten. In Kapitel 2 („Krise“) wurden Veränderungen in der *Global Political Economy* dargelegt, die den alten gesellschaftlichen Konsens untergruben. Kapitel 3 („Konsens“) behandelte die Reaktion der politischen Eliten auf diese Veränderungen, die am Beispiel der Gründung der Trilateralen Kommission erkannt und analysiert werden kann. Mit diesen Voraussetzungen wagen wir uns an die Besprechung der gesteigerten Konfrontation zwischen Ost und West, die die Phase der Détente beendete.

Eine entscheidende Rolle in unserer Analyse soll der Person Zbigniew Brzezinskis zukommen. Brzezinski begann seine Karriere als Sowietologe. Sein Opus Magnum aus der Frühphase seines intellektuellen Wirkens ist das 1960 erschienene Buch „*The Soviet Bloc, Unity and Conflict*“, dessen Titel den zentralen Bestandteil in Brzezinskis Denken auf den Punkt bringt.[34]

Man würde Brzezinski allerdings Unrecht tun, ihn nur auf sein ursprüngliches Forschungsgebiet zu reduzieren. Mit der Zeit entwickelte er seine politischen Theorien graduell zu einer immer umfassenderen Sichtweise, von der Analyse des Sowjetischen Raumes als solchem hin zu einer Konzeptualisierung der Wirkungsweisen des Ost-West-Konfliktes im internationalen System und schließlich bis zu einer globalen Theorie der internationalen Beziehungen.[35] In seinen Büchern „*The Grand Chessboard*“ sowie seinem neuesten Werk „*Strategic Vision*“ zeigt er eine kühl kalkulierte, im ureigensten Sinn geopolitische Herangehensweise an strategische Fragen der Außenpolitik.[36]

Dass Brzezinski aus einer adeligen polnischen Diplomatenfamilie stammt und mit einer Angehörigen des Benes-Klans verheiratet ist, lässt eine russophile Veranlagung zumindest unwahrscheinlich erscheinen. Seine absolute Loyalität gegenüber den USA wurde aufgrund seines persönlichen Hintergrunds immer wieder in Frage gestellt. War seine Priorität die Befreiung Polens und damit die Zerschlagung der sowjetischen Einflusssphäre? Würde Brzezinski die USA für die Freiheit Polens in einen Krieg mit der Sowjetunion führen?[37]

[34] Zbigniew K. Brzezinski, The Soviet Bloc, Unity and Conflict, Cambridge-Massachusetts-London 1967[2].
[35] Raimo Väyrynen, East-West Relations and Global Change: The foreign policy ideology of Zbigniew Brzezinski, in: *Current Research on Peace and Violence* 2 (1979), Nr. 1, S. 20–37, hier S. 21 f., [http://www.jstor.org/stable/40724866], eingesehen 6.4. 2012.
[36] Zbigniew K. Brzezinski, Strategic Vision, America and the Crisis of Global Power, New York 2012; Zbigniew K. Brzezinski, The Grand Chessboard, American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York 1997.
[37] Väyrynen, East-West, S. 21; Isaacson/Thomas, Wise Men, S. 727 f.

Die Geschichte Brzezinskis war David Rockefeller wohlbekannt, als er ihn 1972 zum ersten Vorsitzenden der Trilateralen Kommission erkor. Eine konziliatorische Ausrichtung der Kommission gegenüber der Sowjetunion war nicht nur deshalb auszuschließen. Man konnte auch Brzezinskis damaligen Schriften entnehmen, dass er eine Fortsetzung der Entspannungspolitik seines langjährigen akademischen Rivalen Kissinger nicht für sinnvoll erachtete.[38]

Als *President-Elect* Jimmy Carter Zbigniew Brzezinski zu seinem sicherheitspolitischen Berater und Cyrus Vance zum *Secretary of State* erkor, war zunächst nicht klar, welche Aufgabenverteilung zwischen der Taube Vance und dem Falken Brzezinski stattfinden sollte.[39] Es stellte sich jedoch bald heraus, dass Brzezinskis Ansichten die Ost-West-Beziehungen und allgemeine sicherheitspolitische und strategische Fragen bestimmen sollten, während Vance sich mehr für die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern und für Nord-Süd-Fragen verantwortlich zeigen sollte. Damit war der Schwenk zu einer Politik der Eskalation des Kalten Kriegs offiziell vollzogen.[40]

Eine konfrontative Linie gegenüber der Sowjetunion wurde auch gewählt, um mittels eines Feindes von außen die innere Kohärenz des Westens zu stärken, dessen Zusammenhalt nicht durch neutralistische Tendenzen oder eine bestärkte Beziehung Europas zur Sowjetunion untergraben werden sollte.[41]

Obwohl der *Military-Industrial Complex* in keinem besonders starken Ausmaß in der Trilateralen Kommission vertreten war, stellte die teilweise Einbeziehung der Industrien des Sunbelt dennoch einen Schritt der Inkorporation von konfrontativen Elementen in den politischen Diskurs auf höchster Ebene dar.[42] Seit den 1950ern machte sich der Einfluss dieser neuen Industrien, die im Süd-Westen und Westen der USA ihr Zentrum hatten, immer stärker bemerkbar. Ein Konkurrenzkampf zwischen dem *Old-Wealth*, kultiviert in Stiftungen, und dem *New-Wealth*, gespeist von den Profiten des Sunbelt, wurde auf der politischen Bühne ausgetragen. Richard Nixons Karriere, die McCarthy-Episode und auch die Politik Henry Jacksons, des Senators von Boeing, sowie der Aufstieg der Neo-Konservativen sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Die neoliberale Linie, die in der Trilateralen Kommission ausgearbeitet wurde, bot die Möglichkeit für einen Kompromiss, da sich die Interessen beider Seiten im Bereich der Außenpolitik nun einfacher vereinbaren ließen.[43] Dazu Henry Kissinger: „Conservatives

[38] Vgl. Zbigniew K. Brzezinski, The Balance of Power Delusion, in: *Foreign Policy* (1972), Nr. 7, S. 54–59, [http://www.jstor.org/stable/1147753], eingesehen 6.4.2012.
[39] Isaacson/Thomas, Wise Men, S. 726.
[40] Väyrynen, East-West, S. 21.
[41] Brzezinski, Balance, S. 57–59.
[42] Gill, American Hegemony, S. 16.
[43] Quigley, Hope, S. 1245–1248; Kees van der Pijl, Global Rivalries, From the Cold War to Iraq, London 2006, S. 232.

who hated Communists and liberals who hated Nixon came together in a rare convergence, like an eclipse of the sun.“[44]

## Konklusion

Die besprochenen Veränderungen in der *Global Political Economy* und die Reaktionen darauf bildeten die Basis für eine neue politische Grundrichtung. In deren Zentrum stand die Sicherung eines möglichst großen und barrierefreien Atmungsraumes für die kapitalistische Wirtschaft. Ein entscheidender Apparat bei der Formulierung dieser neuen Politik war die Trilaterale Kommission. Die erneuerte Kooperation im Westen wurde im Wesentlichen durch drei Faktoren garantiert. Erstens, die strukturelle Kraft der USA. Zweitens, die Transnationalisierung der Wirtschaft. Drittens, durch die Wahl einer konfrontativen Linie gegenüber der Sowjetunion.

Ein angeheizter Kalter Krieg bot mehrere Vorteile. Während in Europa neutralistische, nationalistische und neo-merkantilistische Tendenzen untergraben wurden, stellte man in den USA die nationalistisch denkenden Elemente mit der harten Linie gegenüber der Sowjetunion zufrieden. Ein *Bipartisan Compromise on Foreign Policy* war gefunden. Nicht nur zwischen Republikanern und Demokraten, sondern auch zwischen Neoliberalen und Neokonservativen. Die Politik der Détente war an ihrem Ende angelangt.

In der Folge geriet die Sowjetunion an allen geopolitischen Fronten immer mehr in die Defensive. Im Osten lauerte China. Vom Pamirgebirge bis zum Kaukasus schwelten Nationalitätenkonflikte, die durch die Lage in Afghanistan[45] an Sprengkraft gewannen. Und in Ost-Mitteleuropa organisierten sich Bürgerbewegungen wie Solidarność und Charta 77. Die außenpolitischen Entwicklungen während der zweiten Hälfte der 1970er Jahre konnten hier nicht im Detail besprochen werden, ein wesentlicher Aspekt wurde jedoch benannt.

[44] Henry Kissinger, Years of Upheaval, Boston 1982, zit. n. Walter Isaacson, Kissinger, New York 2005[2], S. 607.

[45] In Bezug auf den afghanischen Krieg ist oft vom Vietnam der Sowjetunion die Rede. Diese Beschreibung des Konfliktes in Zentralasien negiert allerdings die geopolitische Lage Afghanistans direkt am „weichen Unterleib“ der Sowjetunion. Ausgehend davon müsste das Afghanistan der USA Mexiko sein und die Mudschaheddin Mexikos radikalisierte Katholiken, die eine blutige Gegenreformation in den hispanischen Gebieten im Süden der Vereinigten Staaten auslösen wollen, an deren Ende ein von Jesuiten geführter Gottesstaat stünde.

## Literatur

Brzezinski, Zbigniew K., Power and Principle, Memoirs of the National Security Advisor 1977–1981, New York 1985.

Ders., Strategic Vision, America and the Crisis of Global Power, New York 2012.

Ders., The Balance of Power Delusion, in: *Foreign Policy* (1972), Nr. 7, S. 54–59, [http://www.jstor.org/stable/1147753], eingesehen 6.4.2012.

Ders., The Grand Chessboard, American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York 1997.

Ders., The Soviet Bloc, Unity and Conflict, Cambridge-Massachusetts-London 1967[2].

Cox, Robert W., Labor and the Multinationals, in: *Foreign Affairs* 54 (1976), Nr. 2, S. 344–365, [http://www.jstor.org/stable/20039576], eingesehen 21.4.2012.

Ders., The Crisis of World Order and the Problem of International Organization in the 1980s, in: *International Journal* 35, (1980), Nr. 2, S. 370–395, [http://www.jstor.org/stable/40201868], eingesehen 21.4.2012.

Gill, Stephen, American Hegemony and the Trilateral Commission, Cambridge-New York (u. a.) 1990.

Ders., Hegemony Consensus and Trilateralism, in: *Review of International Studies* 12 (1986), Nr. 3, S. 205–222, [http://www.jstor.org/stable/20097082], eingesehen 6.4.2012.

Ders., Power and Resistance in the New World Order, New York (u. a.) 2008[2].

Ders., Reflections on Global Order and Sociohistorical Time, in: *Alternatives: Global, Local, Political* 16 (1991), Nr. 3, S. 275–314, [http://www.jstor.org/ stable/40644716], eingesehen 6.4.2012.

Isaacson, Walter, Kissinger, New York 2005[2].

Ders./Thomas, Evan, The Wise Men, Six Friends and the World They Made, New York 1986.

Kissinger, Henry, Diplomacy, New York 1994.

van der Pijl, Kees, Global Rivalries, From the Cold War to Iraq, London 2006.

Ders., Ruling Classes, Hegemony, and the State System: Theoretical and Historical Considerations, in: *International Journal of Political Economy* 19 (1989), Nr. 3, S. 7–35, [http://www.jstor.org/stable/40470522], eingesehen 11.4.2012.

Ders., The Making of an Atlantic Ruling Class, London 1984.

Quigley, Carroll, The Anglo-American Establishment, From Rhodes to Cliveden, New York 1981.

Ders., The Anglo-American Establishment, From Rhodes to Cliveden, New York 1981, [http://www.carrollquigley.net/pdf/The_AngloAmerican_Establishment. pdf], eingesehen 10.3.2013.

Ders., Tragedy and Hope, A History of the World in our Time, New York [3]o. J. (1966).

Ders., Tragedy and Hope, A History of the World in our Time, New York [2]1974, [http://www.carrollquigley.net/pdf/Tragedy_and_Hope.pdf], eingesehen 10.3. 2013.

Snow, Edgar, Roter Stern über China, Mao Tse-tung und die chinesische Revolution, Frankfurt a. M. 1974.

Strange, Susan, Casino Capitalism, Manchester-New York 1986.

Dies., The Global Political Economy, 1959–1984, in: *International Journal* 39 (1984), Nr. 2, S. 267–283, [http://www.jstor.org/stable/40202334], eingesehen 21.4. 2012.

Dies., The Persistent Myth of Lost Hegemony, in: *International Organization* 41 (1987), Nr. 4, S. 551–574, [http://www.jstor.org/stable/2706758], eingesehen 21.4.2012.

Dies., The Retreat of the State, The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge 1996.

Väyrynen, Raimo, East-West Relations and Global Change: The foreign policy ideology of Zbigniew Brzezinski, in: *Current Research on Peace and Violence* 2 (1979), Nr. 1, S. 20–37, [http://www.jstor.org/stable/40724866], eingesehen 6.4. 2012.

**Joachim Romen** ist Student der Geschichte an der Universität Innsbruck. Joachim.Romen@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Joachim Romen, Détente am Ende, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 195–207, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Preis der Vorarlberger Landesregierung

historia.scribere

# „Pester Lloyd“ und „Vorarlberger Landeszeitung“ als Quellen zum Ersten Weltkrieg: Ein Vergleich

**Armin Posch**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Ao. Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in phil. Gunda Barth-Scalmani

eingereicht im Semester: WS 2011

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**

**Comparing the ”Pester Lloyd“ and the ”Vorarlberger Landeszeitung“: Newspapers as Academic Sources Concerning the First World War**

The following seminar-paper compares two newspapers from different parts of the Austro-Hungarian Empire in the early 20th century. It will examine how mass media are influenced by the state and on their part try to influence the population. This will be achieved based on the analysis of six significant events during the period between 1908 and 1918. As we will see there were major differences in the way the two newspapers illustrated these events.

## Einleitung

Die vorliegende Seminararbeit, welche im Rahmen der Lehrveranstaltung „Österreichische Geschichte II: Österreichische Printmedien in Friedens- und Kriegszeiten“ entstand, stellte in zweierlei Hinsicht eine Besonderheit des Universitäts-Alltages dar: Erstens erforderte sie eine im Vergleich mit vorangegangenen Seminaren ungewöhnlich intensive Beschäftigung mit Quellen und als Folge davon wurde, zweitens der Versuch einer Analyse des bearbeiteten Materials vorgenommen. Die Grundlage der Arbeit ist der Vergleich zwischen den beiden Zeitungen „Pester Lloyd“ und der „Vorarlberger Landeszeitung“ anhand von mehreren Ereignissen am Beginn des 20. Jahrhunderts,

wobei der Schwerpunkt auf der Zeit des Ersten Weltkrieges liegt. Ein Vergleich gerade dieser beiden Zeitungen hebt zusätzlich zu den in der Diskussion im Plenum entstandenen Fragen die Unterschiede der Berichterstattung in Zentrum und Peripherie hervor. Dabei wurde in der Lehrveranstaltung Folgendes als wichtig und untersuchenswert erarbeitet:

1. Wie gestaltete und drückte sich die Loyalität zur Dynastie der Habsburger in den Zeitungen aus?
2. Was hat Österreich-Ungarn zusammengehalten?
3. Wie haben sich die Reichsteile untereinander wahrgenommen?

Diese drei Fragestellungen sollen mit Hilfe der Analyse der Zeitungstexte beantwortet werden. Dazu ist es notwendig, vorher einen Blick auf die Zeitung als Quelle zu werfen. Deshalb wird in einem ersten Schritt das Augenmerk auf den Diskurs über die Bewertung dieser Medien als Basis für wissenschaftliche Erkenntnis gelegt. Die vom österreichischen Historiker Fritz Fellner so genannten „Spiegeldissertationen“, in denen ausgewählte historische Ereignisse „im Spiegel“ einer bestimmten Zeitung beschrieben wurden, seien häufige Ergebnisse der frühen wissenschaftlichen Verwendung von Zeitungen als Quellen zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewesen. In diesen Arbeiten sei die mangelhafte methodisch-kritische Beschäftigung mit der Quellengattung ersichtlich.[1] Auch der deutsche Historiker Axel Schildt beschreibt eine ähnliche Problematik im Umgang mit Massenmedien bzw. Zeitungen. Mit Hilfe der methodischen Überlegungen von Schildt und Fellner wird versucht, eine differenziertere Herangehensweise zu erreichen.[2]

In einem zweiten Schritt folgt dann ein kurzer Abriss der Geschichte der zu vergleichenden Zeitungen von ihrer jeweiligen Gründung bis heute. Ziel dieses Abschnittes ist es, einerseits zu zeigen, in welchen Umfeldern und aus welchen Gründen die Zeitungen geschaffen wurden, und andererseits eine erste Einschätzung der jeweiligen politischen Ausrichtung auf Basis der Literatur zu geben. Daran anschließend folgt die Analyse der Medien zu den im Folgenden noch beschreibenden Ereignissen vor und während des Ersten Weltkrieges. Die Auswahl dieser Ereignisse, während des Seminars „Suchschnitte“ genannt, erfolgte wie auch der Weg zur Fragestellung gemeinsam in der Diskussion im Laufe der Lehrveranstaltung. Für diese Arbeit wurden die besagten Ereignisse meist wie besprochen übernommen oder nur leicht modifiziert, indem eine Eingrenzung des jeweiligen Suchzeitraumes auf ein präziseres Ereignis erfolgte. Die „Suchschnitte“ wurden chronologisch bearbeitet und lauten: 1. Der Geburtstag und das Regierungsjubiläum

[1] Fritz Fellner, Die Zeitung als historische Quelle, in: Sigurd Paul Scheichl (Hrsg.), Zeitungen im Wiener Fin de siècle. Eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900 der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien-München 1997, S. 59–73, hier S. 64.
[2] Axel Schildt, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 27 (2001), S. 177–206, hier S. 179.

Kaiser Franz Josephs I. im August 1908, 2. Die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand im Juli 1914, 3. Das „Augusterlebnis“, 4. Der Tod Kaiser Franz Josephs I. im November 1916, 5. Der Frieden von Brest-Litowsk im März 1918, 6. Die zweite Piaveschlacht im Juni 1918.

Diese Daten und die Analyse der entsprechenden Zeitungsberichte unter Berücksichtigung der oben genannten Fragen soll zeigen, in welcher Weise die Redaktionen der Zeitungen das Bild von Stärke und Einigkeit Österreich-Ungarns an die Bevölkerung weitergaben, obwohl sie um die Schwäche des Reiches wussten. Darüber hinaus können auch Unterschiede in der Wahrnehmung der Wichtigkeit des jeweils „eigenen“ Reichsteils in Konkurrenz und Abgrenzung zu den anderen festgestellt werden. Dabei versuchten die vorgestellten Zeitungen aus ihren spezifischen Blickwinkeln meist eine positivere Meinung der Monarchie und des Zusammenhaltes zu bilden, was die meinungsbildende Funktion von Zeitungen, wie sie im Folgenden erläutert wird, bestätigt.

Eine beim Festlegen der „Suchschnitte“ im Seminar zu wenig beachtete Schwierigkeit beim Vergleich der beiden Zeitungen war die im Krieg verschärfte Zensur, die zusammen mit in den Hintergrund gedrängten Konflikten zwischen den Völkern der Monarchie die Analyse erschwerte. Hier wäre es möglicherweise günstiger gewesen, Ereignisse, die vor dem Krieg stattfanden, als Untersuchungspunkte heranzuziehen. Nichtsdestotrotz versucht diese Seminararbeit die oben genannten Fragen ausreichend zu bearbeiten und zu beantworten.

## Die Bewertung der Zeitung als Quelle bei Fritz Fellner und Axel Schildt

Die Zeitung als historische Quelle rückte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in das Forschungsinteresse der Geschichtswissenschaften. Bis dahin galten Zeitungen als nicht verwertbare und unwürdige Quellen. Der österreichische Historiker Fritz Fellner sieht das Interesse an Zeitungen parallel zu neuen Entwicklungen wie der Sozialwissenschaft und vor allem der Veränderung des Pressewesens von reiner Nachrichtenvermittlung zum meinungsbildenden Medium. Dabei seien vor allem die technischen Fortschritte in der Nachrichtenübertragung ausschlaggebend gewesen. Dass dieses beginnende Zeitalter des Journalismus wissenschaftlich noch kaum auf seine Bedeutung und seinen Einfluss untersucht wurde, liege an einem Methodenproblem. Nachdem in dieser Zeit immer noch der Historismus vorherrschte, schienen Zeitungen als Quelle für politische Geschichte einfach nicht geeignet und an andere Auswertungsrichtungen wurde gar nicht gedacht. Erst im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts sei die Bedeutung der Zeitungen erkannt worden. Aber trotz dieser Erkenntnis, die Fellner hauptsächlich den Historikern Wilhelm Mommsen und Wilhelm Bauer zuschreibt, wurde lange Zeit keine Methode zur quellenkritischen Untersuchung der Zeitungen gesucht. So entstanden viele der von Fellner als „Spiegeldissertationen“ bezeichneten Arbeiten, die bestimmte Ereignisse „im Spiegel“ einer bestimmten Zeitung zu beleuchten versuchten. Und dabei sei eben die

Quellenkritik zu kurz gekommen Natürlich wäre sie aber speziell bei Zeitungen angebracht: Sie bilden Meinungen und waren bzw. sind bis heute politisch beeinflusst.[3]

Ähnlich argumentiert auch der deutsche Historiker Axel Schildt, der sich in seiner Forschungstätigkeit unter anderem mit der Entwicklung der Massenmedien beschäftigt. Schildt beschreibt analog zu Fellner die bisherige Beschäftigung mit Zeitungen als „Spiegel der Zeitläufe“[4] und den Beginn des 20. Jahrhunderts als Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Untersuchung von Zeitungen. Der Autor kritisiert, dass ein „Strukturwandel der Öffentlichkeit“[5] kaum bis nie untersucht wurde. Zu beachten sei vor allem der „radikale Konstruktivismus“[6], der besage, dass Medien die Welt ihrer Zeit nicht abbilden, sondern die Realität einzelner Individuen aus deren Sicht konstruieren würden. Das Problem dabei sei, dass die Wirkung der Medien auf ihre KonsumentInnen nicht direkt messbar sei und deshalb die Annahme bestünde, dass jeder Mensch völlig frei in der Nutzung von solchen Medien sei. Für Schildt aber sind Massenmedien, wie es eben auch Zeitungen sind, „Ausdruck […] [und] Bestandteil […] moderner Gesellschaftsentwicklung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert.“[7] Der in dieser Seminararbeit hauptsächlich bearbeitete Erste Weltkrieg wurde nach Schildt bisher sehr einseitig thematisiert, nämlich als „‚Kommunikationsereignis‘ […] hinsichtlich der pressepolitischen Rahmenbedingungen und der jeweiligen Feindpropaganda“[8]. Er schlägt deshalb vor, die Massenmedien als „moralisches Lebens- und Überlebensmittel“[9] für die Menschen zu begreifen und somit als bedeutenden Bestandteil der Gesellschaft im Krieg.[10]

Um der neuen Sichtweise auf Zeitungen als Quellen gerecht zu werden, geht Fellner daran, eine Methode vorzuschlagen, wie Zeitungstexte ausgewertet werden könnten: Zu Beginn sei zwischen Meinung und Information zu unterscheiden, welche eine Zeitung als Einheit den Lesenden näher bringt. Außerdem würde eine Zeitung unbeabsichtigt vor allem über Inserate von wirtschaftlichen und sozialen Zuständen sowie technischem Fortschritt zeugen. Trotz der Vermischung von Meinung und Information sei um 1900 und danach viel ausführlicher von Ereignissen berichtet worden als beispielsweise heute. Diese Ansicht findet sich etwa bei den seiten- und tagelangen Berichten über die Ermordung Erzherzogs Franz Ferdinands, die im entsprechenden Abschnitt näher betrachtet werden, bestätigt.[11] Die Interpretation hatte dabei einen geringeren Stellenwert, was die

[3] Fellner, Zeitung, S. 59–66.
[4] Schildt, Massenmedien, S. 179.
[5] Ebd., S. 180.
[6] Ebd., S. 182.
[7] Ebd., S. 188.
[8] Ebd., S. 194.
[9] Ebd., S. 195.
[10] Ebd., S. 179–194.
[11] Wie beispielsweise im Pester Lloyd (im Folgenden PL), 1.7.1914, S. 1–6. Alle Zeitungszitate sind im „ANNO“-Projekt bei der entsprechenden Ausgabe einsehbar. Für die Vorarlberger Landeszeitung: Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Historische Österreichische Zeitungen und Zeitschriften. Jahresübersicht

Zeitungen von damals zu einer wichtigen Quelle machen würde. Trotzdem sei, wie bei allen schriftlichen Quellen, bereits bei deren Abfassung eine Auswahl getroffen sowie der Text in allgemein verständliche Sprache transformiert worden, und eine persönliche Perspektive eingeflossen. Bis aber ein Text in einer Zeitung stehe, sei er bereits durch mindestens drei Filter gegangen, nämlich der Verarbeitung der Beobachtung eines Ereignisses durch den Journalisten, der Auswahl einer Nachricht durch die Redaktion und Gewichtung der Nachricht und damit Form der Abfassung des Textes selbst. Das heißt, eine Nachricht über ein Ereignis wird mehrmals ausgelesen, gekürzt und „in Form" gebracht. Das größte Problem dabei sei, dass die Akteure dieser Kürzungen und Auswahlen so gut wie nie nachvollziehbar sind – etwa im Gegensatz zu Verfassern von Briefen, Akten oder Tagebüchern. Nach Fellner müssten also fünf Punkte berücksichtigt werden, die als Basis für die folgende Analyse hier zusammengefasst werden:

1. Die Herkunft der Nachricht mit Berücksichtigung der ersten Filterung durch den Journalisten.

2. Die Auswahl in der Redaktion nach Platz, Wichtigkeit, politischer Einstellung und so fort.

3. Kürzungen der Nachricht durch die Redaktion.

4. Die Stilisierung durch die Sprache und die damit zusammenhängende Möglichkeit der absichtlichen Veränderung der Nachricht.

5. Die Platzierung innerhalb der Zeitung.[12]

Hinter all diesen Punkten sollte immer die Frage stehen, wann und warum eine Nachricht in eine Zeitung überhaupt aufgenommen wurde. Dabei spielt dann die Meinungsbildung eine große Rolle, die Fellner wiederum an fünf Punkten festmacht:

1. „Die Zeitung als Sprachrohr der Regierung."[13]

2. Die parteipolitische Einflussnahme sowie die Einstellung und Ziele der Eigentümer einer Zeitung.

3. Interessensgruppen, die auf entsprechende Bereiche wie Wirtschafts-, Sport- und Reiseberichte einwirken.

4. Urteile von Kritikern, zum Beispiel über Theatervorstellungen, die ebenso meinungsbildend seien.

---

Vorarlberger Landes-Zeitung, 2011, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vlz], eingesehen 18.2.2013. Für den Pester Lloyd: ÖNB, ANNO. Jahresübersicht Pester Lloyd, 2011, [http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=pel], eingesehen 18.2.2013.

[12] Fellner, Zeitung, S. 68 f.

[13] Ebd., S. 70.

> 5. Die Schaffung und Beeinflussung von Geschehen und Meinung durch die bloße Auswahl und Platzierung von Nachrichten – und der Zurückhaltung von Informationen.[14]

Fellner sieht in der Zeitung als Quelle eine zweifache Funktion: Erstens sei sie eine Quelle für konkrete und genaue Berichte über Ereignisse und zweitens eine Quelle für „Meinungen, Urteile und Vorurteile, wie sie von der Zeitung teils bewußt referiert, teils verdeckt vorgetragen werden“.[15] Als zusätzliche Funktion gibt Fellner auch noch die Möglichkeit einer Hineinversetzung in die damalige „Atmosphäre“ an. Somit sei die Zeitung ein Instrument, historische Ereignisse aus der Perspektive von damals zu sehen und zu Zeitgenossen der Ereignisse zu werden, anstatt wie üblich, in einer Rückschau darauf zu blicken.[16]

Die hier wiedergegebenen Argumentationen von Fellner und Schildt zu Zeitungen als Quellen sollen durchaus einen Leitfaden für diese Seminararbeit darstellen. Die Umsetzung fällt allerdings aus den eingangs erwähnten Gründen schwer, weshalb ein gelegentliches Abrutschen in den beschreibenden „Spiegeldissertationsstil“ wohl zu bemerken sein wird.

## Die „Vorarlberger Landeszeitung“

Die Vorarlberger Landeszeitung (VLZ) erschien unter diesem Namen seit dem 11. August 1863. [17] Neben diesem Datum ist gelegentlich auch das Jahr 1864 als Gründungsjahr zu finden.[18] Die erste Ausgabe erschien bereits als Amtsblatt, womit die Zeitung als Nachfolgerin des „Bregenzer Wochenblattes“ gilt. Dieses wiederum erschien durchgehend seit 1786 in der Buchdruckerei von Josef Brentano. Ausgesetzt hatte das Blatt nur während der Bayerischen Regierungszeit in Vorarlberg. Außerdem trug es 1811 bis 1814 und noch einmal 1858 den Namen „Bregenzisches Intelligenzblatt“, was laut der Kommission für historische Pressedokumentation der ÖAW auf eine Anzeigenfunktion hindeutet.[19] Als die Zeitung ab 1863 „Landeszeitung“ hieß, erschien sie dreimal in der Woche, jeweils am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Ab 1887 schließlich wurde die „Vorarlberger Landeszeitung“ täglich außer Sonntag herausgegeben, blieb allerdings im Erfolg hinter dem „Vorarlberger Volksblatt“ zurück. Die Zeitung konnte sich bis zum

---

[14] Fellner, Zeitung, S. 70 f.
[15] Ebd., S. 72.
[16] Ebd., S. 66–73.
[17] Vorarlberger Landeszeitung (im Folgenden VLZ), 11.8.1863.
[18] Hans Nägele, Buch und Presse in Vorarlberg (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 8), Dornbirn 1970, S. 83 und Joseph Kürschner, Handbuch der Presse für Schriftsteller, Redaktionen, Verleger überhaupt für Alle, die mit der Presse in Beziehung stehen, Berlin-Eisenach-Leipzig 1902, Sp. 1134.
[19] Josef Seethaler, Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt (Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation 2), [http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht Nr 2_v 2.pdf], Wien 2005², eingesehen 27.1.2012.

„Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich halten. Die 1945 gegründeten „Vorarlberger Nachrichten“ gelten heute als Nachfolger der VLZ.[20]

Der Aufbau und die Gestaltung der Zeitung haben sich von der Gründung bis zum Untersuchungszeitraum kaum bis gar nicht verändert. Die Zeitung beginnt immer mit dem „Amtlichen Teil“ gefolgt vom „Nichtamtlichen Teil“. Optisch orientiert sie sich an den großen Tageszeitungen der Zeit wie zum Beispiel der „Neuen Freien Presse“[21]. Das bedeutet, dass die Berichte in drei Spalten pro Seite untergebracht wurden. Gleichartig ist auch die Positionierung des „Feuilletons“, welches auf der ersten Seite im unteren Drittel beginnt und mit einer dicken Linie vom Rest der Berichte abgetrennt ist. Der Umfang bewegt sich dabei meist zwischen vier und acht Blättern, wobei vier Seiten hauptsächlich während der Kriegszeit ab und an überschritten werden.[22]

Obwohl die VLZ als Amtsblatt veröffentlicht wurde, war die Redaktion laut dem Historiker Hans Nägele bemüht, den Status als Regierungsorgan zu vermeiden und vor allem nicht als Parteiblatt zu gelten. Dieser Vorsatz wurde aber eher nicht eingehalten, vielmehr richtete sich das Blatt „mehr oder weniger nach der Farbe der herrschenden Partei“.[23] Im Untersuchungszeitraum des Ersten Weltkrieges ist jedenfalls ist ein regierungskonformes Berichten nicht zu verleugnen. Die VLZ liefert dabei meistens kurze Nachrichten aus den europäischen Ländern, um dann mit einem großen Lokalteil für Vorarlberg fortzufahren. Nach dem Lokalteil prangt meist die Überschrift „Aus den Nachbarländern“[24]. Darunter fallen allerdings keineswegs Nachrichten aus den Nachbarländern der Monarchie oder Cisleithaniens, sondern aus kleineren an Vorarlberg grenzenden Gebieten. Hier wird vor allem aus der Gegend Innsbruck, Bozen und Lindau berichtet. Gemeint sind unter „Nachbarländern“ also kleinere Einheiten wie das Land Tirol oder das Kanton Graubünden. Der Begriff „Nachbarland“ wird also in einem anderen Sinn verstanden als heute. Im untersuchten Zeitraum ist auffallend, dass die Berichterstattung während des Krieges allgemein „internationaler“ wird. Aus der Monarchie hingegen kommen kaum Nachrichten, abgesehen von politischen Vorgängen in Wien und wie erwähnt Tirol in der Rubrik „Nachbarländer“.

## Der „Pester Lloyd“

Der Pester Lloyd (PL) wurde im Jahr 1853 gegründet. Verantwortlich dafür zeigte sich die „Pester-Lloyd-Gesellschaft“, welche eine kaufmännische Organisation war. Deshalb war die ursprüngliche Ausrichtung des PL auch auf Handel und Industrie in Ungarn fokussiert. Die Namen der Unternehmer und Händler Jakob Kern, Franz von Jálics und

[20] Nägele, Handbuch, S. 83 f.
[21] Neue Freie Presse, 18.7.1872, S. 1.
[22] VLZ, 12.5.1917.
[23] Zur VLZ siehe Nägele, Handbuch, S. 80 und S. 83 f., Zitat S. 84.
[24] VLZ, 11.6.1909, S. 3.

Anton Oswald sind untrennbar mit der Gründung dieser Zeitung verbunden.[25] Zwar lehnte sich die Zeitung in Format und Aufbau ebenfalls an die großen Wiener Zeitungen der Zeit an, platzierte aber auf der ersten Seite in den Anfangsjahren statt einem Leitartikel „Geschäftsberichte“, Börsenberichte und volkswirtschaftliche Nachrichten, was den Schwerpunkt auf die Wirtschaft deutlich macht.[26] Erst allmählich lösten kurze wirtschaftliche Leitartikel und Anfang des 20. Jahrhunderts schließlich politische Leitartikel die genannten Berichte ab.[27] Politisch entwickelte sich die Zeitung dann zu einem wichtigen Informationsblatt für den Südosten Europas. Vor allem Nachrichten aus dem Osmanischen Reich konnten im PL um einiges früher gelesen werden als zum Beispiel in Wien. Der deutschsprachige „Lloyd“ wurde auch im Ausland gelesen, was ihn zu einem Sprachrohr der ungarischen Nation machte, innerhalb und außerhalb der Monarchie. Die Umstellung von vier auf drei Spalten mit dem Feuilleton im unteren Drittel erfolgte am 25. Dezember 1907[28]. 1908 wurde das Blatt unter Zsigmond Singer, der bereits für die „Deutsche Zeitung“ und als Korrespondent für die „Neue Freie Presse“ gearbeitet hatte, schließlich weiter modernisiert und noch mehr an die westeuropäische Presse angeglichen.[29] Obwohl deutschsprachig, war der „Pester Lloyd“ eindeutig eine Vertretung der Ungarn in der Monarchie. Es war also nicht eine Zeitung für Deutsche in Ungarn, sondern für deutschsprachige Ungarn. Da dieser Blickwinkel im Zentrum stand, rückte auch immer wieder die Frage der politischen Selbstständigkeit in den Vordergrund, die mit Hinweis auf eine Rechtskontinuität Ungarns eingefordert wurde. Das Pochen auf Eigenständigkeit wurde auch immer damit verknüpft, dass sich Ungarn als „konstitutionelle Speerspitze“ der Monarchie sah, was auch die liberale Grundhaltung der Zeitung widerspiegelt. Trotzdem war dem PL eine Bindung an das westliche Europa wichtig, wie das oben erwähnte Beispiel der Modernisierung zeigt.[30]

Der PL existierte bis 1945. Danach setzte der Druck aufgrund der veränderten politischen Verhältnisse und des Verlustes der deutschsprachigen Zielgruppe für annähernd 50 Jahre aus, bis die Zeitung als „Neuer Pester Lloyd“ 1994 wieder gegründet wurde. Im Jahr 2009 erfolgte aus wirtschaftlichen Gründen die Umstellung auf eine online-Zeitung, als die sie heute recht erfolgreich ist. Im Zuge der Neugründung meinte der ungarische Schriftsteller László F. Földenyi über den „neuen“ PL: „Der ‚Pester Lloyd‘ ist eine Zeitung, die sehr viel über die ungarische Kultur, ungarische Situation, ungarische Wirt-

[25] Petronilla Ehrenpreiß, Die „reichsweite” Presse in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hrsg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Die Habsburger Monarchie 1848–1918 8, 2. Teilband), Wien 2006, S. 1715–1818, hier S. 1799.
[26] PL, 1.1.1891, S. 1.
[27] PL, 8.6.1907.
[28] PL, 25.12.1907, S. 1.
[29] Theodor Venus, Singer Sigmund (Zsigmond), in: ÖBL 1815–1950, Bd. 12, Lfg. 57, Wien 2004, S. 300 f.
[30] Ehrenpreiß, Presse, S. 1799–1809.

schaft oder Politik berichtet, aber darüber hinaus ist diese Zeitung auch ein Sammelbecken für mitteleuropäische Ideen."[31] Damit scheint die Neugründung an den ursprünglichen Ansatz, ein ungarnorientiertes und doch „westliches" Medium darzustellen, Anschluss gefunden zu haben.

Die ursprüngliche Zeitung erschien jeweils in einer Morgen- und Abendausgabe und wirkt auch in den Artikeln der in dieser Arbeit betrachteten Zeit sehr modern, auch wenn vor allem die Kriegsberichte sehr propagandistisch sind. Die Leitartikel kommen generell ohne Überschrift oder Schlagzeile aus. Diese Artikel sind meist länger als die ersten zwei oder drei Zeitungsteile der VLZ, was aber auch an dem sehr ausführlichen und blumigen Schreibstil liegt, welcher im PL verwendet wird. Berichtet wird dabei aus aller Welt, allerdings mit einem Europa-Schwerpunkt. Der Lokalteil wird „Provinzielles" genannt und bringt kurze Nachrichten aus Ungarn. Aus anderen Teilen der Monarchie wird verständlicherweise zunächst vom zu Ungarn gehörigen Kroatien berichtet, gefolgt von Österreich und dem „Rest". Ab und an gibt es auch Sportnachrichten, gefolgt von einem größeren Teil über Volkswirtschaft inklusive Börsenneuigkeiten, der mit der Modernisierung an das Ende der Zeitung gerückt wurde. Insgesamt finden sich beim PL öfter als bei der VLZ Angaben zu den Redakteuren oder der Herkunft der Artikel. Zudem findet sich auf der letzten Seite ein Impressum mit verantwortlichem Redakteur und dem Verlag.

## Analyse der ausgewählten Ereignisse

Im folgenden Abschnitt der Arbeit werden die vorgestellten „Suchschnitte" anhand der Fragestellung und der These untersucht. Dabei nimmt der „Pester Lloyd" meist die prominentere Rolle ein. Das liegt einerseits am viel größeren Umfang dieser Zeitung im Vergleich zur „Vorarlberger Landeszeitung". Andererseits ist es gerade die ungarische Perspektive, die Hinweise zur Beantwortung der Fragen liefert. Dazu kommt noch die Tatsache, dass die VLZ als Amtsblatt kaum kritische Aussagen über die gesamte Monarchie zulässt. Die unterschiedliche Länge der einzelnen Analysen ist durch die Eignung der ausgewählten Ereignisse für die Fragestellung bedingt.

### Der Geburtstag und das Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josephs I. im August 1908

Bei den Berichten zum Geburtstag von Kaiser Franz Joseph im Jubiläumsjahr 1908 fällt zuerst die unterschiedliche Perspektive der beiden untersuchten Zeitungen ins Auge. Während in Vorarlberg die Geburt des Kaisers und das 60-jährige Regierungsjubiläum

[31] Erwähnt im Film zum Pester Lloyd des Goethe-Kulturinstitutes: Goethe-Institut e.V., Pester Lloyd, 2004, [http://www.goethe.de/kue/flm/prj/kub/pol/de4078537.htm] eingesehen 20.1.2012, zit. nach Michael Kluth, KuBus 59 – Pester Lloyd, 2004, [http://www.goethe.de/wis/pro/kub/pdf/59_pester_lloyd_de.pdf], eingesehen 18.2.2013.

gefeiert werden, steht in Ungarn der König und damit die Huldigung derjenigen Persönlichkeit im Vordergrund, unter der der Ausgleich von 1867 zustande kam. In der Berichterstattung zu den Jubiläen ist der „Vorarlberger Landeszeitung“ durchaus anzumerken, dass sie eine Provinzzeitung ist. Es wird feierlich vom Anlass berichtet, allerdings hauptsächlich von den Festlichkeiten in Wien und Vorarlberg. Und dabei überwiegen sogar noch Lokalnachrichten aus Vorarlberg: Hervorgehoben wird ein Festgottesdienst in Bregenz, das Glückwunschtelegramm des Vorarlberger Landesausschusses, das „elektrotechnische Meisterwerk“ einer beleuchteten Kaiserkrone sowie ein Volksfest in Dornbirn.[32] Es ist kaum der Eindruck zu gewinnen, dass der Geburtstag beziehungsweise das Jubiläum ein Festanlass für die gesamte Monarchie wäre. Andere Teile Österreich-Ungarns werden kaum einmal erwähnt. Stattdessen kommt ein sehr Österreich-zentrierter Blickwinkel zum Vorschein, wenn am Tag vor den Feierlichkeiten geschrieben wird, dass der Kaiser „vom alten Oesterreich zum neuen Oesterreich“[33] regiert habe. Nichts ist in der VLZ zu finden von Problemen der Nationalitäten in der Monarchie. Der Zusammenhalt wird mit Ausdrücken wie „die Völker Österreichs“ suggeriert. Ob die Leserschaft darunter alle Nationalitäten oder nur die Deutschen zu verstehen hat, bleibt vorerst offen.[34] Die Redaktion des „Pester Lloyd“ schreibt im Vergleich zur VLZ mit mehr Pathos und Feierlichkeit zum Jubiläum ihres Königs. Die Loyalität zu ihm wird in den ersten Sätzen der Artikel hervorgehoben, so am 18. August:

> „Es bedarf in diesem Lande nicht des kalendarischen Anlasses, um in Ehrfurcht der Person des greisen Monarchen zu gedenken. Viel zu innig sind die Schicksale der ungarischen Nation mit dem Träger der heiligen Stefanskrone verwoben, als daß der König nicht jedem Ungar auch ohne die Mahnung des Kalenders nahe wäre.“[35]

Ganz allgemein wird im PL überraschenderweise viel ausführlicher und genauer über alle Feiern, Auszeichnungen und Amnestien berichtet, und zwar aus allen Teilen der Monarchie. Es entsteht viel mehr der Eindruck, dass der Staat aus vielen Einzelteilen besteht, ganz im Gegensatz zur einseitigen Perspektive in der VLZ. Die viel weitere Sichtweise des PL kommt zudem zum Vorschein, wenn der Blick auch ins Ausland fällt und darauf, wie dort das Jubiläum aufgenommen wird.[36] Außerdem finden sich im PL ab und an Hinweise auf Probleme in der Monarchie, wenn etwa über die Rede des kroatischen Bans Baron Pavao Rauch in Agram/Zagreb berichtet wird, der von den „Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie“[37], die sich in „mehr oder minder berechtigten

[32] VLZ, 18.8.1908, S. 2.
[33] VLZ, 17.8.1908, S. 1.
[34] weiteres dazu siehe Kapitel zum Tod Franz Josephs, S. 15.
[35] PL, 18.8.1908, S. 4.
[36] Ebd.
[37] PL, 19.8.1908, S. 3.

Streitigkeiten um die Erfüllung ihrer speziellen Wünsche und Errungenschaften“[38] befänden, spricht. Die Liebe und Ergebenheit zur Majestät würden allerdings alle Völker vereinen. So zeigen dann auch die vielen Berichte von Feierlichkeiten in allen Teilen der Monarchie, dass die Person des Kaisers und Königs ein verbindendes Element war, ein Element des Zusammenhalts. Andererseits hätte es sich wohl kaum eine Stadt oder Region leisten können, das Jubiläum nicht zu feiern.

**Die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand im Juli 1914**

Auch wenn die Ermordung des Thronfolgers logischerweise in der ganzen Monarchie Bestürzung auslöst, lassen sich hier zumindest Unterschiede im Detail zwischen den beiden Zeitungen ausmachen. Die Berichterstattung im PL ist wieder voll von Pathos und blumiger Sprache. Das geht allerdings bei diesem Ereignis soweit, dass in den ersten Zeilen nur wenig über das Attentat an sich zu lesen ist. Vielmehr liest sich der Text wie ein Heldenepos, in dem folgerichtig auch die Frau des Erzherzogs, Sophie von Hohenberg, als „Heldenweib“[39] bezeichnet wird. Erst auf den folgenden Seiten wird sachlich mit Hilfe von Telegrammen über das Attentat berichtet. Gleich im Anschluss wird der Schwerpunkt auf antiserbische Berichte gesetzt, wobei peinlich darauf geachtet wird, die „einheimischen“ Serben der Monarchie zu entlasten. Österreich-Ungarn wird dabei mit verschiedenen Bezeichnungen versehen. Gerne werden im PL die Bezeichnungen „Die Völker dieser Monarchie“ oder allgemein „diese Monarchie“ verwendet.[40] Dadurch wird immer der Bezug zu einer Person hergestellt, über die sich die Völker vereinen, wie auch schon beim Geburtstag des Kaisers 1908. Dieser Personenbezug verstärkt sich noch, indem ein dreiseitiger Lebenslauf Franz Ferdinands folgt. Hier wird auf die „Ungarnliebe“ des Thronfolgers, aber auch auf die Bedeutung seiner Politik für die gesamte Monarchie eingegangen.[41] Dabei wird freilich der Hinweis auf eine mögliche „Slawenliebe“ desselben oder die Idee des Trialismus vermieden. Trotzdem sind auch in den Berichten über Franz Ferdinand die Probleme und somit die Sicht auf die Monarchie erkennbar. Indem Franz Ferdinand nachgesagt wird, dass er mit seiner Politik auf dem Weg war, der Monarchie einen notwendigen Verjüngungsprozess zu beschaffen, lässt sich die Wahrnehmung einer Schwäche des reformbedürftigen Staates erkennen. Und durch den Tod des Thronfolgers scheint diese Erneuerung bedroht, nämlich eine „intensivere Mitarbeit“ der verschiedenen Völker.[42] Aber nicht nur eine bessere Zusammen-

[38] PL, 19.8.1908, S. 3.
[39] PL, 29.6.1914, S. 1.
[40] Ebd.
[41] PL, 29.6.1914, S. 7–10.
[42] PL, 30.6.1914, S.1.

arbeit wurde als Basis für den Zusammenhalt gesehen, sondern auch ein stärkerer Imperialismus, der wohl in Bezug auf den Erfolg Großbritanniens positiv gewertet wurde.[43] Die Monarchie wird als „geschlossener Bau“[44] gesehen, allerdings meist in Bezug zum Herrscher oder dessen Nachfolger als verbindendes Element.

Der erste und auffälligste Unterschied in der VLZ ist der, dass hier des Öfteren vom „Reich“ gesprochen wird. Während der Begriff der Monarchie wohl einen stärkeren Herrscherbezug suggeriert, hat „Reich“ mehr einen territorialen Klang. Österreich-Ungarn wird also als ein einiger Staat dargestellt. In der VLZ wird dann auch mehr als im PL die Einigkeit beschworen, und hier bleibt nicht der Herrscherbezug allein, sondern steht immer zusammen mit dem Staat. So wird von der „Einheit zwischen Volk und Thron“ als Fundament des Staates und der Vereinigung der Völker zur „Ehre des Reiches“ berichtet.[45] Allerdings fehlt trotz dieser Wahrnehmung eines Gesamtstaates manchmal der Hinweis auf andere Reichsteile abgesehen von Österreich.

In den folgenden Tagen gehen die Berichte von VLZ und PL in verschiedene Richtungen. Während die VLZ eher auf den neuen Thronfolger zu sprechen kommt[46], bemüht sich der PL um eine genaue Darstellung der Ereignisse und druckt stark antiserbische Texte ab.[47] Der Aufschrei, der tagelang durch beide Zeitungen ging, lässt gut erkennen, welche Bedeutung dieses Ereignis in der Monarchie hatte. Die Empörung und der Schock, der in den Zeitungen zum Ausdruck gebracht wird, wirken ehrlich und wurden so sicherlich auch auf die Bevölkerung übertragen. Auffallend ist die Schaffung des Feindbildes Serbien als Feind des gesamten Staates (insofern wirkt das Ereignis der Ermordung Franz Ferdinands einigend) durch diese Medien.[48]

### Das „Augusterlebnis“

„Rußland beschwört den europäischen Krieg herauf“[49]. So lautet die Schlagzeile auf der ersten Seite des Pester Lloyd am 1. August 1914. Während allein an dieser Aussage schon die antirussische Einstellung der Zeitung erkennbar ist, lässt sich im dieser Schlagzeile folgenden Text kaum Kriegsbegeisterung feststellen. Es ist sogar eher eine zwar nicht

---

[43] PL, 30.6.1914, S. 4, erkennbar in dieser Aussage: „In der Partei [der nationalen Arbeit, Anm.] wurde allgemein die Auffassung laut, daß das Hinscheiden des Thronfolgers vom Standpunkte der Monarchie einen großen Verlust bedeute, weil die imperialistischen Bestrebungen des Erzherzogs Franz Ferdinand als ein starkes Band des Zusammenhaltes gewertet werden konnten.“
[44] PL, 1.7.1914, S. 2.
[45] VLZ, 30.6.1914, S. 1.
[46] VLZ, 4.7.1914, S. 1.
[47] PL, 30.6.1914, S. 4 und 1.7.1914, S. 1.
[48] Meine persönliche Erinnerung an die 1990er Jahre fördert eine zu dieser Zeit sehr negative Einstellung meiner Eltern gegenüber „den Serben“ zutage. Auch wenn das wohl kein Überbleibsel der antiserbischen Haltung von 1914 war, sondern durch die Ereignisse auf dem Balkan der 90er Jahre bedingt, mag dieses Beispiel durchaus die Macht der Meinungsbildung durch die Medien illustrieren.
[49] PL, 1.8.1914, S. 1.

ablehnende, aber doch pessimistische Grundstimmung wahrnehmbar: Dort ist von einem „mörderischen Gewühl“ die Rede, vom „furchtbarsten aller bisherigen Kriege“, von einer Katastrophe und von blankem Entsetzen, dass so ein tödliches Ringen sich im zivilisierten und modernen Europa abspielen könne.[50] Der Redakteur des Pester Lloyd versucht im Folgenden vor allem, die Gerechtigkeit des Krieges gegen Serbien hervorzuheben und Russland die Schuld zuzuschieben. Selbst der Angriff auf Serbien wird mehr als Verteidigung dargestellt, als Überwindung, endlich die Ehre der Monarchie zu verteidigen, die in jahrelangen Schmähungen, die Serbien begangen habe, immer wieder verletzt worden wäre. Die Schuld daran, dass Serbien es überhaupt gewagt habe, immer wieder die Monarchie zu reizen, wurde nun auf Russland abgewälzt und dieser Seite überhaupt vorgeworfen, dass die Situation jetzt ihretwegen eskaliere und es zu einem europäischen, ja zu einem Weltkrieg kommen würde.[51] Erkennbar ist hier nicht nur der stark meinungsbildende Faktor der Zeitung – schließlich war den Redakteuren bewusst, dass der Angriff auf Serbien eine Kettenreaktion auslösen könnte. Ebenso spielt wohl die Ungewissheit und vielleicht sogar Angst eine Rolle, dass ein Krieg gegen Russland nahe der ungarischen Grenzen beginnen würde. Russland wird jedenfalls als Aggressor wahrgenommen oder zumindest als solcher dargestellt, obwohl ja das Deutsche Reich dem russischen den Krieg erklärte und nicht umgekehrt. Die Ausgabe des Pester Lloyd vom 1. August liefert aber für die Fragestellung dieser Seminararbeit auch noch weitere Hinweise. So zum Beispiel darauf, wie die Monarchie gesehen wurde, oder zumindest wie die Zeitung ihren Lesenden die Monarchie darstellen wollte, nämlich als „friedlichste Macht in Europa“[52]. Obwohl der „Pester Lloyd“ selbst in seinen Artikeln den Krieg also nicht mit der Begeisterung aufnimmt, wie sonst das „Augusterlebnis“ so häufig beschrieben wurde, berichtet er doch über die Hochstimmung in der Bevölkerung in Wien und Budapest.[53] In den folgenden Tagen beschränken sich die Berichte über eine Kriegsbegeisterung überhaupt auf „Patriotische Kundgebungen“[54]. Dabei rückt vor allem die ungarische Provinz in das Blickfeld, die anderen Reichsteile werden meist über ihre Hauptstädte wahrgenommen, ohne genauer auf Ereignisse einzugehen. Nach der Positionierung dieser Berichte innerhalb der Zeitung zu urteilen, ist aber die Wichtigkeit dieser Texte eher gering einzuschätzen. Hier findet sich also bestätigt, dass sich der „Pester Lloyd“, wie oben beschrieben, an deutschsprachige Ungarn und nicht an Deutsche in Ungarn wandte: „Nationale“ Kriegsbegeisterung zu suggerieren, scheint nicht im Fokus der Zeitung gestanden zu haben.

[50] PL, 1.8.1914, S. 1 f.
[51] Ebd.
[52] PL, 1.8.1914, S. 2.
[53] Ebd, S. 3.
[54] PL, 5.8.1914, S. 7 sowie PL, 7.8.1914, S. 7 und PL, 8.8.1914, S. 4.

Die „Vorarlberger Landeszeitung“ bildet hier offensichtlich mehr ein Organ der Regierung als der „Pester Lloyd“. So strotzt der Bericht vom 29. Juli 1914 nur so vor Begeisterung für den Krieg. In der Monarchie wird die Einigkeit beschworen ohne allerdings auf einen Seitenhieb Richtung Tschechien zu verzichten, dessen Zeitungen sich nicht immer „einwandfrei“ verhalten hätten.[55] Es stellt sich freilich die Frage, was genau unter „einwandfrei“ zu verstehen ist. Wird den Tschechen hier allgemein mangelnde Loyalität vorgeworfen? Oder kritisiert die Zeitung wirklich bloß die tschechischen Medien, sozusagen als „zu wenig“ gleichgeschaltet? Insgesamt lässt sich an dem genannten Bericht aber hauptsächlich die Betonung der Einheit Österreich-Ungarns feststellen, in der sich die Nationen „wie zu Maria Theresiens Zeit um ihren König“[56] sammeln würden. Dasselbe gilt auch für den PL, in dem am 9. August das Lob für die patriotische Berichterstattung hervorgehoben wird.[57] Der Begriff „patriotisch“ ist hier allerdings auf das gesamte Reich bezogen und nicht wie sonst eher üblich auf die eigene Nation. So auch in dem genannten Artikel der VLZ, in dem „die Völker Oesterreich-Ungarns wie in alten Zeiten [...] für die Ehre und Macht ihres Vaterlandes [einstehen]“.[58] Allerdings wird dieser Gesamtpatriotismus durch die kritischen Teile gegenüber den anderen Nationen gleich wieder abgeschwächt. So zum Beispiel bei einem der seltenen Blicke auf Ungarn, das wie auch Tschechien nicht ohne ein negatives Attribut davonkommt. Ungarn habe seinen „tötlichen [sic!] Haß“[59] hintangestellt und sich sozusagen ausnahmsweise mit den anderen Völkern verbunden. Wie wenig dann doch der Gesamtpatriotismus für die VLZ zählt und stattdessen das Österreichische und vor allem Vorarlberg, lässt sich an der Schlagzeile und dem Ende desselben Artikels ablesen. Die Schlagzeile lautet: „Oesterreich hat sich wiedergefunden“ und am Ende wird das „Oesterreichertum“ der Vorarlberger beschworen.

Der Text vom 29. Juli zeigt somit auf einmalige Weise zugleich die Begeisterung für den Krieg, die Sichtweise auf die anderen Reichsteile und die starke Konzentration der VLZ auf das Lokale und Österreichische. So liegt auch bei Berichten über „Patriotische Kundgebungen“ der Schwerpunkt auf Vorarlberg.[60]

### Der Tod Kaiser Franz Josephs I. im November 1916

Auch in der Berichterstattung über den Tod Franz Josephs 1916 ist in der VLZ der Blick beinahe ausschließlich auf Österreich gerichtet, das seinen Kaiser verloren hat. Auch

[55] VLZ, 29.7.1914, S. 2.
[56] Ebd.
[57] PL 9.8.1914, S. 3.
[58] VLZ, 29.7.1914, S. 2.
[59] Ebd.
[60] VLZ, 1.8.1914, S. 2 und VLZ, 3.8.1914, S. 2.

wenn die transleithanischen Teile der Monarchie mit Bezeichnungen wie „österreichische Völkerfamilie“[61] oder „Österreichs Völker“[62] wohl miteinbezogen sind, weil zusammenfassend auch immer wieder vom „Vaterland“ berichtet wird, ist die Sprachverwendung doch eindeutig: Österreich und die Deutschen sind der wichtigste Teil. Zumindest einmal wird aber auf Ungarn Bezug genommen. Franz Joseph habe nämlich den Ungarn mehr Verständnis entgegengebracht als alle seine Vorgänger seit 400 Jahren. Deshalb würden die Ungarn auch ihren König loben.[63] Es wird also die Sichtweise auf die Monarchie weiterhin von der Vorstellung eines Gesamtstaates „Österreich“ geprägt, allerdings verlagert sich im Vergleich zu 1914 der Blick auf das Gesamte hin zu einer stärkeren Wahrnehmung des Dualismus Österreich-Ungarn. Sichtbar wird das vor allem in der Biographie Franz Josephs, die in der VLZ am 25. November abgedruckt wird. Dort wird zwar auch von den Niederlagen der Monarchie berichtet, aber die positive Darstellung der Entwicklung unter Franz Joseph wird hervorgehoben. Der Kaiser wäre mit vollem Eifer hinter der Verständigung gestanden, die den Dualismus zwischen Österreich und Ungarn erzielte. Dies sei seither die Grundlage der Monarchie.[64] Der Dualismus wird auch im PL oft erwähnt und wie schon 1914 wird von Trauerkundgebungen aus anderen Teilen der Monarchie berichtet, und zwar in der Reihenfolge Kroatien, Österreich, Böhmen, Balkan.[65] Trotzdem überwiegt bei diesem Ereignis der Blick auf Ungarn, und es lassen sich durchaus auch nationalistische Töne feststellen. Der Staat Ungarn kommt in der Reihenfolge der Wichtigkeit vor der Gesamtmonarchie, sichtbar an der Beschreibung der Größe des Verlustes, „den das Ableben Franz Josephs für Ungarn und Oesterreich-Ungarn bedeutet“.[66] Fehler, die von Seiten der Regierung gegenüber Ungarn zu Zeiten der Revolution gemacht worden seien, werden aber natürlich nicht Franz Joseph selbst angelastet. Hier zeigt sich wiederum der starke Bezug zum Herrscher, der den Zusammenhalt des Reiches begründet. Aber offensichtlich wurde dies nicht nur von der Redaktion des PL so wahrgenommen, sondern auch im Ausland: „In den Ländern, die uns jetzt als Feinde gegenüberstehen, munkelte man schon seit geraumer Zeit, daß einzig des gekrönten Patriarchen Ansehen und Regentenkunst die auseinanderstrebenden Kräfte irgendwie niederzuhalten vermochte“[67]. Also wird Zusammenhalt außerdem noch in der Armee und in dem „treuen und zuverlässigen staatsbürgerlichen Geist“[68] der Völker der Monarchie gesucht und gefunden. Interessant dabei ist vor allem die Wahl der Wörter,

[61] VLZ, 24.11.1916, S. 2.
[62] VLZ, 23.11.1916, S. 2.
[63] VLZ, 24.11.1916, S. 2.
[64] VLZ, 25.11.1916, S. 1–2.
[65] PL, 23.11.1916, S. 4–5. Die Reihenfolge zeigt die Sichtweise der Redakteure: Zuerst wird Kroatien als Teil Ungarns erwähnt, dann die cisleithanischen Gebiete und zum Schluss der kürzlich gewonnene „Rest“.
[66] PL, 22.11.1916, S. 1.
[67] PL, 24.11.1916, S. 1.
[68] Ebd.

die dem Ausland in den Mund gelegt werden. Die Monarchie würde im Ausland als vermorscht und baufällig wahrgenommen. Sie hätten einen Zersetzungsprozess beobachtet, der sie zum Angriff auf die Monarchie verleitet hätte.[69]

Es stellt sich die Frage, ob solche Zuschreibungen wirklich nur aus dem Ausland kamen oder ob diese Probleme auch im Inneren wahrgenommen wurden. Wenn dem so ist, will die folgende Beschreibung der Monarchie ein überaus positives Bild unter die Bevölkerung bringen und wirkt mehr wie eine Durchhalteparole und nicht wie echte Überzeugung: Durch den Druck des Krieges hätten nämlich „die beiden Staaten dieser Monarchie […] für immer zusammengefunden“.[70]

**Der Frieden von Brest-Litowsk im März 1918**

Mit dem Frieden von Brest-Litowsk schied bekanntlich Russland endgültig aus dem Weltkrieg aus. Die Darstellung des Krieges gegen die Großmacht wird in beiden betrachteten Zeitungen mittels Rückschauen nach dem Friedensschluss sehr heroisierend gestaltet. Im PL findet sich in einer dieser teils recht pathetischen Artikel zusammen mit einem sehr kritischen Artikel im Feuilleton. Dieser hat zwar nicht direkt mit dem Friedensschluss zu tun und kann somit für diese Seminararbeit als Zufallsfund gelten, aber nichtsdestotrotz lassen sich in dem Text für die Fragestellung wertvolle Informationen finden.

Aber vorerst zurück zum Friedensschluss und den Rückschauen. In der Ausgabe des PL vom 5. März 1918 berichtet der Leitartikel vom Bezwingen eines Gegners, der übermächtig erschienen war. Dabei werden die Eigenschaften hervorgehoben, die Russland von der Monarchie und von Europa und seinen Werten allgemein unterscheiden. Russland wird regelrecht als Monster hingestellt, als „menschen- und völkerfressende[s] Ungeheuer“[71], das nun endlich besiegt und geschlagen sei. Für die Fragestellung interessanter scheinen aber die Bezüge zur Monarchie zu sein, aus denen Vorstellungen über den Staat und ein Hinweis zum Zusammenhalt desselben zu finden sind. Österreich-Ungarn wird zusammen mit dem Deutschen Reich als starker Damm gegen die alles vereinheitlichende „östliche Hochflut“[72] dargestellt. Als solcher Damm würde die Monarchie die nationalen Individualitäten gegen eine einheitliche Masse aus dem Osten verteidigen. An dieser Darstellung ist die in Ungarn sehr auf nationale Eigenständigkeit bedachte Grundhaltung klar erkenntlich. In der weiteren Abgrenzung von Russland ist dann ein Hinweis erkennbar, warum die Monarchie trotz aller Schwierigkeiten so lange zusammengehalten hat. Es geht dabei um gemeinsame Werte

[69] PL, 24.11.1916, S. 1.
[70] Ebd.
[71] PL, 5.3.1918, S. 1.
[72] Ebd.

wie Vaterlandsliebe, Heim und Herd, alte Kulturarbeit, Freiheit des Denkens und Wirkens, aufrechten Bürgerstolz und die europäische Lebensform.[73]

Gemeinsame Werte sind immer ein gutes Argument für Zusammenschlüsse oder Zusammenhalt. Ein modernes Beispiel dafür wäre natürlich die Europäische Union, die ebenfalls auf ein einheitliches Wertesystem baut. Ein solches ist aber immer auch eine Abgrenzung nach außen. Im Falle Österreich-Ungarns gegenüber Russland nach dem Frieden von Brest-Litowsk und im Falle der Europäischen Union gegenüber der Türkei, wenn es etwa um Beitrittsverhandlungen geht. Im behandelten Artikel des PL lässt sich in den aufgezählten Werten außerdem noch die Begründung finden, warum der übermächtige Gegner überhaupt besiegt werden konnte. Die Beschreibung des Kampfes bis zu diesem Sieg wiederum ist in der VLZ[74] wie auch im PL in Bezug auf die Monarchie viel positiver dargestellt, als er es war. Der einzige Hinweis darauf, dass die Hauptlast und auch die wesentlichen Erfolge von der Armee des Deutschen Reiches getragen wurden ist der, dass bei den Rückschauen fast durchgehend von den Mittelmächten berichtet wird oder vom „Deutschen Reich und Österreich-Ungarn“. Auch wenn die jeweiligen Redakteure vielleicht wussten, dass Österreich-Ungarn allein gegen Russland kaum Erfolge zu verbuchen hatte, sondern nur durch deutsche Hilfe bestehen konnte, wollen sie dieses Wissen nicht oder nur stark gefiltert an die Bevölkerung weitergeben. Bei genauerem Hinsehen steht die Monarchie in den Texten nur allein, wenn von der Feindschaft der Russen ihr gegenüber berichtet wird.[75] Selbst in dem zweiteiligen „kritischen Rückblick“[76] sind die Niederlagen der k. u. k.-Armee kaum zu finden, die Rolle der Monarchie im Kampf gegen Russland wird in positiver Weise an die Leserschaft weitergegeben. Weit weniger positiv ist hingegen der Artikel mit dem Titel „Ungarn im Auslande“ von Bernard Alexander im Feuilleton des „Pester Lloyd“. Auch wenn der Text grundsätzlich von dem Problem handelt, dass sich die Völker untereinander nicht kennen würden und auch nicht kennenlernen wollten, lässt sich der Inhalt auch auf die Monarchie und ihr Nationalitätenproblem übertragen. Dabei fährt der Autor zum Teil schwere Geschütze auf, wenn er glaubt, dass die Ungarn „mit den Deutschen in Oesterreich […] schwerlich je fertig“[77] würden, weil sie eine sehr negative Einstellung zu den Magyaren hätten: Das Bild Ungarns im Ausland sei schwarz wie das Unwissen. Dazu kämen Gelb, Rot und Weiß als Symbole für Neid, Hass und Naivität. Ist damit gemeint, dass Ungarn im Ausland nicht als eigenständige Nation, sondern als Erweiterung von Habsburg (Schwarz, Gelb) und Österreich (Rot, Weiß) wahrgenommen wurde? Wenn dem so ist, dann kann der Artikel wohl als weiterer Hinweis für das

[73] PL, 5.3.1918, S. 1.
[74] VLZ, 5.3.1918, S.1 f.
[75] Ebd.
[76] PL, 5.3.1918, S. 4 und PL, 6.3.1918, S. 2.
[77] PL, 5.3.1918, S. 1.

Bröckeln des Zusammenhaltes der Monarchie gelten, vor allem was Ungarn betrifft. Der Autor sieht Ungarn als „einzige verläßliche Stütze im ganzen Habsburgerreich“[78], während die Deutschen in Österreich die Ungarn „selbstmörderisch [...] mit sich selber in den Abgrund stürzen wollen“.[79] Zur Erinnerung: Der beschriebene Artikel befindet sich auf derselben Seite wie der Bericht vom Sieg über Russland. Nach dieser teils herben Kritik wandelt sich der Artikel allerdings in ein Plädoyer gegen den Krieg und für eine Völkerverständigung, in dem wiederum die Kriegsmüdigkeit und die Hoffnung auf Frieden zu sehen ist. Insgesamt lässt der Artikel wohl folgenden Schluss zur Sicht auf die Monarchie zu: Ungarn wird als eigenständiger und wichtigster Teil der Monarchie gesehen. Die Vormachtstellung der Deutschen in der Monarchie wird heftig kritisiert, während die anderen Bestandteile des Reiches nur im allgemeinen Sinnieren über die „Völker“ enthalten sind.

**Die zweite Piaveschlacht im Juni 1918**

Die Berichterstattung über die versuchte Überschreitung der Piave im Juni 1918 liefert wohl die besten Hinweise, dass die Monarchie betreffende Ereignisse grundsätzlich positiv dargestellt wurden. Natürlich hat dabei die Kriegspropaganda die positive Darstellung noch verstärkt. Trotzdem lässt sich zwischen den Zeilen über die Piaveschlacht und auch in anderen Teilen der Zeitungen durchaus eine gewisse Kriegsmüdigkeit und negative Einstellung herauslesen. Dabei versucht die Redaktion des PL durch eigene Texte Stimmung zu machen, während die VLZ eher Berichte direkt von der Kriegspresseabteilung des Generalstabs und Propaganda abdruckt. Gerade diese Propaganda beziehungsweise Werbung für Kriegsanleihen kann in ihren teilweise verzweifelt anmutenden Tönen vielleicht die Kriegsmüdigkeit am ehesten illustrieren. In der Berichterstattung über die Piaveschlacht ist beiden Zeitungen gemein, dass sie die Texte im Laufe der Schlacht immer weiter hinten im Medium platzieren, bis sie schließlich ohne eine „Abschlussmeldung“ oder ähnlichem verschwindet. Der Leserschaft der Zeitungen muss dabei wohl klar gewesen sein, dass es in Italien nicht so gut aussah, wie die Berichte glauben machen wollten. Schließlich wären sonst Meldungen über einen glorreichen Sieg auf den Titelseiten abgedruckt worden.

Aber vorerst zurück zur Propaganda in der VLZ. Dort herrscht am 15. Juni, also zu Beginn der Piaveschlacht, noch eine relativ positive Stimmung. Die Feinde seien schon öfter niedergeworfen worden und die Monarchie hätte es nicht nötig, die „von Hochmut und Haß diktierten Friedensbedingungen“[80] anzunehmen. Deshalb sei eine Fortsetzung

[78] PL, 5.3.1918, S. 1.
[79] Ebd.
[80] VLZ, 15.6.1918, S. 2.

der Kämpfe unausweichlich, welche mit Kriegsanleihen zu unterstützen sei.[81] Ganz anders klingt die Werbung für dieselbe Kriegsanleihe dann einige Tage später: „Das ist alles nicht genug was Sie bisher als Staatsbürger für das bedrängte Vaterland getan haben. Sie müssen auch für die 8. Kriegsanleihe zeichnen und arbeiten!“[82] Es ist vielleicht etwas gewagt, diese Verschiebung zu einer negativeren Haltung auf den Verlauf der Piaveschlacht zurückzuführen, allerdings nimmt diese in der Zeitung bereits am 22. Juni nur mehr einen kleinen Platz auf den hinteren Seiten ein, wo trotz der problematischen Situation eher Erfolgsmeldungen abgedruckt werden, während der Hauptteil von den herrschenden Ernährungs- und Versorgungsproblemen berichtet.[83] Die schlecht verlaufenden Kämpfe an der Piave werden also einerseits „verdrängt“, indem die Berichte darüber weiter hinten abgedruckt werden und andererseits durch die positiven Meldungen beschönigt. Nach dem Ende der Schlacht wird von der VLZ überhaupt nur mehr ein Bericht des „Berliner Tageblatts“ übernommen, der einigermaßen positiv über die Schlacht berichtet, obwohl die Brückenköpfe jenseits der Piave längst zurückgenommen waren. Die Hinweise auf das schlechte Wetter lassen die Richtung erahnen, wie der Rückzug begründet wird.[84]

Der PL lässt zunächst von Kriegsmüdigkeit oder negativer Einstellung wenig bis gar nichts bemerken. Begeistert von den Anfangserfolgen werden die Zahlen der Gefangenen präsentiert und stolz darauf hingewiesen, dass durch das Handeln der Monarchie nun eine durchgehende Front geschaffen wurde. Der gesamte Kriegsverlauf wird in wenigen Zeilen zusammengefasst, die kaum auf eine sich anbahnende Niederlage hindeuten:

> „Wie ein Rudel Wölfe haben sich in diesem Kriege die begehrlichen Nachbarn Oesterreich-Ungarns über die alte Monarchie gestürzt, jeder mit Heißhunger nach einem Stück der Beute langend, die sie so leicht zu erringen hofften. Die Monarchie, deren unerschöpfliche Lebenskräfte den kurzsichtigen Gegnern ein unverständliches Wunder geblieben sind, hat nacheinander alle Feinde, die es nach ihrem Gute lüstete, zurückgewiesen.“[85]

Wie kritisch aber die Lage in der gesamten Monarchie war, wird auch durch das Fehlen der Zeitung von 23. bis 27. Juni bewiesen. Durch einen Massenstreik in Budapest konnte die Zeitung in diesen Tagen nicht herausgegeben werden. Am 28. Juni benützt die Redaktion des PL die Vorgänge für Eigenwerbung und Lob an die Bevölkerung auch der unteren Schichten, die die Reife der ungarischen Nation zeigen würden.[86] In den Berichten zu den Kämpfen an der Piave lässt sich aus dem PL zumindest ansatzweise

[81] VLZ, 15.6.1918, S. 2.
[82] VLZ, 20.6. 1918, S. 2.
[83] VLZ, 22.6.1918, S. 1 f.
[84] VLZ, 25.6. 1918, S. 3.
[85] PL, 16.6.1918, S. 1.
[86] PL, 28.6.1918, S. 1.

herauslesen, dass die Operation in Italien gescheitert war. Auf der ersten Seite wird zwar nur berichtet, dass durch die schlechte Witterung die Versorgung abgeschnitten worden sei, und deshalb der Rückzug über die Piave unternommen werden musste. Interessanter wird es in doppeltem Sinn auf den Seiten fünf und sechs. Zum einen ist die Positionierung der Artikel so weit hinten in der Zeitung und zum anderen der Inhalt aussagekräftig. Es wird dort versucht, den „Gerüchten“ über den schlechten Verlauf der Schlacht entgegenzutreten. Der Redakteur des PL will aus gut unterrichteten Quellen wissen, dass „nicht im mindesten die Rede davon sein kann, als ob ganze Heeresteile abgeschnitten worden wären“[87] und dass es überhaupt „[i]m ganzen betrachtet [irrig wäre], unsere Unternehmung als einen Mißerfolg hinzustellen“.[88] Es werden somit die Erfolge der Monarchie hervorgehoben und versucht, die negative Stimmung in der Bevölkerung, die durch „Gerüchte“ vor allem von ausländischen Zeitungen geschürt wurde, zu beeinflussen. Hier zeigt sich ganz offen der meinungsbildende Charakter einer Zeitung.

## Fazit

Die Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit mit den Zeitungsquellen soll nun in derselben Reihenfolge geschehen, wie die Fragestellung in der Einleitung auch aufgebaut wurde.

Somit wäre zuerst die Frage danach zu beantworten, wie der Loyalität zur Dynastie der Habsburger Ausdruck verliehen wurde. Dabei ist natürlich zu beachten, dass die Perspektive in Bezug auf den Herrscher in den Zeitungen unterschiedlich ausfallen musste: In der VLZ auf den Kaiser und im PL auf den König. Wie in den Ausführungen zum Regierungsjubiläum und Geburtstag Franz Josephs (siehe Seite 10 f.) ersichtlich, wurde in Vorarlberg die Kaisertreue durch teils sehr detaillierte Berichte – sogar über technische Gerätschaften, die zu Ehren des Kaisers gebaut wurden – über die Feierlichkeiten in Vorarlberg ausgedrückt. Im PL steht hingegen die Ehrung des Königs als Begründer der ungarischen Selbständigkeit im Vordergrund, während seine Funktion als Oberhaupt eines verbundenen Österreichisch-Ungarischen Staates eher in den Hintergrund tritt. Außerdem wird über die Feiern in allen Teilen der Monarchie berichtet, die nach Ansicht der Redaktion des PL die Einigung der Völker durch die Liebe zum Monarchen widerspiegeln. Ganz allgemein wird die Dynastie in beiden Zeitungen verehrt und ist unantastbar – Fehler werden nicht beim Herrscher gesucht, sondern bei anderen Instanzen. Die Mittel, derer sich die Zeitungen bedienen, um die Loyalität zur Habsburgerdynastie auszudrücken, unterscheidet sich also im Detail. Beiden gemeinsam ist aber, dass sie ein sehr positives Bild des Herrschers zeichnen, der die (Nationalitäten)-Probleme des Reiches zu überwinden vermag.

[87] PL, 28.6.1918, S. 6.
[88] Ebd.

Bei der Frage nach dem Zusammenhalt der Monarchie gibt es einige Unterschiede zwischen VLZ und PL. Während in der Vorarlberger Zeitung der Zusammenhalt selten überhaupt thematisiert, sondern als gegeben vorausgesetzt wird, suchen die Redakteure des PL manchmal nach Faktoren, die den Staat festigen. Das sind zum einen die Persönlichkeit des Herrschers, aber auch gemeinsame verbindende Werte und schließlich der Krieg selbst, der die Völker zusammenschweißt. In der VLZ überwiegt das Bild eines einzigen Staates – dem Vaterland – dem alle Völker treu dienen. Im PL ist die Wahrnehmung der einzelnen Nationen und vor allem der eigenen Selbständigkeit viel stärker ausgeprägt. Die Monarchie wird eher als Überbau gesehen, der über dem eigenen Staat steht. Das spiegelt sich dann auch in der Wahrnehmung der anderen Reichsteile wider: In der VLZ werden die anderen Nationen kaum explizit erwähnt. Somit wird der Eindruck eines Gesamtstaates geschaffen, und zwar meist unter dem Namen Österreich. Das liegt zum einen sicher an dem Charakter der Zeitung, die an der Peripherie eine sehr eingeschränkte Perspektive hat. Zum anderen kommt natürlich dazu, dass sie eine Amtszeitung war und somit von vornherein die Einstellung der deutschen Führung im Staat mit auf den Weg bekam. Im PL wird mehr über die anderen Nationen berichtet, es kommen durchaus auch Probleme zwischen den verschiedenen Völkern zur Sprache. Hier vor allem zwischen Deutschen und Ungarn, die sich als stärkste Stütze in der Monarchie sehen und deshalb den Führungsanspruch der Deutschen bestreiten.

Auch wenn es zum Teil Kritik gab, insgesamt überwiegt doch vor allem während des Krieges die positive Darstellung der Monarchie und ihres Zusammenhaltes. Sei es anhand von Schlachtverläufen wie der versuchten Piaveüberschreitung, wo der Grund für den Rückzug nur im Wetter gesucht wird oder bei Berichten über den Tod Franz Josephs, in denen zwar im PL ungarischer Nationalismus zu spüren ist, die Zukunft der gesamten Monarchie aber in einem unzerstörbaren Zusammenhalt der Reichsteile gesehen wird, der auch unter dem Nachfolger Franz Josephs fortbestehen würde. Trotz allen Problemen der Nationalitäten und Niederlagen des Krieges wird also in beiden Zeitungen bis zum Ende versucht, ein positives Bild vom Gesamtstaat zu erzeugen.

Bei der Frage nach der gegenseitigen Wahrnehmung der Reichsteile der Monarchie ergab die Analyse ebenfalls einige Unterschiede: Generell ist zu sagen, dass die VLZ als „Provinzzeitung“ kaum über Österreich bzw. den deutschen Teil der Monarchie hinausblickt. Der PL hingegen nimmt eine weitere Perspektive ein, die aber trotzdem auf Ungarn fokussiert ist. Der bedeutendere Unterschied scheint aber darin zu liegen, dass bei der Lektüre der VLZ oft der Eindruck entsteht, dass die nicht mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete als „Anhang“ der Monarchie gesehen werden, die für das gesamte Reich „wichtigen“ Ereignisse sich aber nicht dort abspielen würden. Im PL hingegen wird versucht, die Ebenbürtigkeit der Reichsteile darzustellen, vor allem was die Zentren Budapest bzw. Wien betrifft. Trotzdem gab es offensichtlich die Wahrnehmung einer Ungleichheit zwischen den Reichsteilen, was der Druck des sehr kritischen Kommentars

(siehe Seite 18) gegen die deutsche Führungsstellung verdeutlicht. Umgekehrt steht in der VLZ nicht etwa Österreich bzw. „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ im Mittelpunkt, sondern wie erwähnt hauptsächlich die mehrheitlich deutschen Gebiete: Ersichtlich wird das etwa bei der auf Seite 14 beschriebenen Kritik der VLZ an der tschechischen Presse. Mit der dritten Frage sind also offensichtlich die größten Reibungspunkte verbunden: Die Zeitungen geben zum Teil sehr kritische Meinungen über andere Gebiete der Monarchie weiter oder verschweigen diese schlicht. Erst mit Beginn des Krieges setzen beide Nachrichtenblätter verstärkt auf die Darstellung von vereinten Völkern in einem zusammengehörigen Reich.

Die Darstellung der Loyalität zur Dynastie der Habsburger war sowohl der Redaktion der VLZ als auch der des PL sehr wichtig. So wurde der Herrscher zu einem leuchtenden Stern stilisiert, um den sich die Völker der Monarchie versammeln und ihre Differenzen beiseitelegen. Dies erfolgte trotz des Bewusstseins darüber, dass Außenstehende genau dieses Zusammenhalten des Reiches durch eine einzige Persönlichkeit als Schwäche wahrnahmen. Neben der Vermittlung der Loyalität zum Herrscherhaus versuchte der PL auch andere Stützen des Zusammenhalts zu finden. Als solche wurden etwa gemeinsame Werte der Völker der Monarchie – in Abgrenzung zu Russland – gesehen. In der VLZ hingegen wird der Zusammenhalt kaum thematisiert und trotz bekannter Nationalitätenkonflikte als gegeben vorausgesetzt bzw. durch den Kaiser garantiert gesehen. Auf unterschiedliche Weise vermittelten beide Zeitungen also trotz des Wissens um das Auseinanderdriften des Vielvölkerstaats ein positives Bild der Einigkeit. Schließlich scheint bei der Thematik der gegenseitigen Wahrnehmung der Reichsteile am wenigsten auf eine vorteilhafte Berichterstattung geachtet worden zu sein. Trotzdem werden auch hier spätestens mit Kriegsbeginn die Zusammengehörigkeit der Völker und des Staates beschwörende Artikel veröffentlicht.

Inwieweit die so betriebene Meinungsbildung auch wirklich bei der Bevölkerung angekommen ist, lässt sich anhand der Zeitungen natürlich kaum feststellen. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass dieses positive Bild der Monarchie, wie es durch die Medien verbreitet wurde, Streiks, Demonstrationen oder gar nationalistische Tendenzen zumindest ein wenig verzögert hat.

## Quellen und Literatur

Ehrenpreiß, Petronilla, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hrsg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Die Habsburger Monarchie 1848–1918 8, 2. Teilband), Wien 2006, S. 1715–1818.

Fellner, Fritz, Die Zeitung als historische Quelle, in: Sigurd Paul Scheichl (Hrsg.), Zeitungen im Wiener Fin de siècle. Eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900 der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien-München 1997, S. 59–73.

Goethe-Institut e.V., Pester Lloyd, 2004, [http://www.goethe.de/kue/flm/prj/kub/pol/de4078537.htm], eingesehen 20.1.2012

Kluth, Michael, KuBus 59 – Pester Lloyd, 2004, [http://www.goethe.de/wis/pro/kub/pdf/59_pester_lloyd_de.pdf], eingesehen 18.2.2013.

Kürschner, Joseph, Handbuch der Presse für Schriftsteller, Redaktionen, Verleger überhaupt für Alle, die mit der Presse in Beziehung stehen, Berlin-Eisenach-Leipzig 1902.

Nägele, Hans, Buch und Presse in Vorarlberg (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 8), Dornbirn 1970.

*Neue Freie Presse*, 18.7.1872.

*Pester Lloyd*, 1.1.1891.

*Pester Lloyd*, 8.6.1907.

*Pester Lloyd*, 25.12.1907.

*Pester Lloyd*, 18.8.1908.

*Pester Lloyd*, 19.8.1908.

*Pester Lloyd*, 29.6.1914.

*Pester Lloyd*, 30.6.1914.

*Pester Lloyd*, 1.7.1914.

*Pester Lloyd*, 1.8.1914.

*Pester Lloyd*, 5.8.1914.

*Pester Lloyd*, 7.8.1914.

*Pester Lloyd*, 8.8.1914.

*Pester Lloyd*, 9.8.1914.

*Pester Lloyd*, 22.11.1916.

*Pester Lloyd*, 23.11.1916.

*Pester Lloyd*, 24.11.1916.

*Pester Lloyd*, 5.3.1918.

*Pester Lloyd*, 6.3.1918.

*Pester Lloyd*, 16.6.1918.

*Pester Lloyd*, 28.6.1918.

Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Die Habsburger Monarchie 1848–1918 8, 2. Teilband), Wien 2006.

Scheichl, Sigurd Paul (Hrsg.), Zeitungen im Wiener Fin de siècle. Eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900 der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien-München 1997.

Schildt, Axel, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 27 (2001), S. 177–206.

Seethaler, Josef, Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt (Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation 2), [www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht Nr 2_v 2.pdf], Wien 2005², eingesehen 27.1.2012.

Venus, Theodor, Singer Sigmund (Zsigmond), in: ÖBL 1815–1950, Bd. 12, Lfg. 57, Wien 2004, S. 300–301.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 11.8.1863.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 17.8.1908.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 18.8.1908.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 11.6.1909.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 30.6.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 4.7.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 29.7.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 1.8.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 3.8.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 23.11.1916.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 24.11.1916.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 25.11.1916.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 12.5.1917.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 3.8.1914.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 5.3.1918.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 15.6.1918.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 20.6.1918.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 22.6.1918.

*Vorarlberger Landeszeitung*, 25.6.1918.

**Armin Posch** ist Student der Geschichtswissenschaft im 9. Semester an der Universität Innsbruck. Armin.Posch@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Armin Posch, „Pester Lloyd“ und „Vorarlberger Landeszeitung“ als Quellen zum Ersten Weltkrieg: ein Vergleich, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 211–235, http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum)

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Rubrik Proseminar-Arbeiten

# Sierra Leone: Spirale der „bad governance“?

**Nikolaus Bliem**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Mag. Dr. Thomas Spielbüchler

eingereicht im Semester: WS 2011/12

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**
**Sierra Leone: A Helix of Bad Governance?**

Sierra Leone had a very turbulent history following its independence from Great Britain in 1961. The West African country serves as case study to examine the circular-flow concept on African postcolonial politics by Thomas Spielbüchler. The present paper aims at demonstrating the concept's validity on this particular country.

## Einleitung

Am Ende des über ein Jahrzehnt andauernden Bürgerkrieges in den 1990er-Jahren war Sierra Leone das ärmste Land der Welt, der HI-Virus breitete sich aus, die Lebenserwartung betrug nur 35 Jahre, und lediglich 36 Prozent der Bevölkerung konnten lesen und schreiben.[1] Die Auswirkungen des Krieges sind bis heute nicht überwunden.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der postkolonialen Geschichte dieses gebeutelten Landes, die mit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1961 begann. Ziel der Arbeit ist es, zu untersuchen, ob das von Thomas Spielbüchler entworfene Kreislaufmodell auf dieses Land zutrifft.[2] Spielbüchler versucht darin Gemeinsamkeiten zu erkennen, die sich

[1] Rolf Hofmeier/Andreas Mehler (Hrsg.), Afrika Jahrbuch 2002. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Opladen 2003, S. 178 ff.
[2] Thomas Spielbüchler, Afrikanischer Teufelskreislauf? Ein roter Faden durch die postkoloniale Geschichte des Kontinents, in: *zeitgeschichte* 36 (2009), Bd. 1, S. 4–19.

durch die postkoloniale afrikanische Politik ziehen und auf Grund der Ergebnisse ein allgemeines Modell für Politik in Afrika zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit diesem Konzept führt in Anwendung auf ein konkretes Land zu einigen Fragen: Wie viele Zyklen durchläuft der Staat? Wann und wie oft scheitert er? Scheitert der Staat überhaupt? Muss das Kreislaufmodell abgeändert werden, damit es auf Sierra Leone zutrifft? Diese Fragen führen zu der für diese Arbeit zentralen These: Das Kreislaufmodell lässt sich nicht auf die postkoloniale Geschichte Sierra Leones anwenden.

Die Arbeit gliedert sich in sechs große Abschnitte. Zu Beginn wird der postkoloniale Rumpfstaat untersucht, d.h. der Unabhängigkeitsprozess sowie das politische System des neuen Staates. Im nächsten Abschnitt werden die Problemfelder und Spannungsverhältnisse Sierra Leones betrachtet. Ein weiterer Teil der Arbeit wird sich mit der Rolle der „Chiefdoms“ auseinandersetzen, dabei wird der Frage nachgegangen, wie groß deren Stellenwert in der nationalen Politik ist. Der Abschnitt über die Machtkämpfe und Wirren der Jahre 1967/68 im Rahmen der Wahlen 1967 ist für diese Arbeit äußerst wichtig. So stellt sich die Frage, ob der Staat scheitert oder „nur“ als „troubled state“ bezeichnet werden sollte. Das folgende Einparteiensystem unter den Präsidenten Siaka Stevens und Joseph Momoh ist die unweigerliche Vorgeschichte zum Bürgerkrieg und bedarf daher einer genauen Betrachtung. Als letzter Punkt wird kurz das „große Scheitern“ thematisiert: der Bürgerkrieg als ein dauerhafter Zustand des Gescheitert-Seins. Auf die Nachkriegsgeschichte wird in dieser Arbeit verzichtet, da die Entwicklung, die Sierra Leone seit dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges 2002 durchläuft, noch nicht abgeschlossen ist und Rückschlüsse (noch) nicht ermöglicht.

Die gegenwärtige Forschung zu Sierra Leone beschränkt sich sehr stark auf die Zeit des Bürgerkrieges. Von zentraler Bedeutung für diese Arbeit ist das Werk von Lansana Gberie.[3] Auch ein Artikel von Humphry J. Fisher ist hervorzuheben. [4] Zum Verständnis der „Chiefdoms“ haben die Aufsätze von Roger Tangri[5] und Victor Minikin[6] einen wesentlichen Teil beigetragen. Die Arbeit wird daher vornehmlich auf Sekundärliteratur beruhen, die zumeist von PolitikwissenschaftlerInnen sehr zeitnah zu den jeweiligen Ereignissen verfasst wurde. Sierra Leone wurde von HistorikerInnen leider weitgehend vernachlässigt. Hier besteht noch eine relativ große Lücke in der Forschung, die es verdient hätte, gefüllt zu werden.

[3] Lansana Gberie, A Dirty War in West Africa. The R.U.F. and the Destruction of Sierra Leone, London 2005.
[4] Humphry J. Fisher, Elections and Coups in Sierra Leone 1967, in: *The Journal of Modern African Studies* (1969), Bd. 7, S. 611–636.
[5] Roger Tangri, Conflict and Violence in Contemporary Sierra Leone Chiefdoms, in: *The Journal of Modern African Studies* (1976), Bd. 14, S. 311–321.
[6] Victor Minikin, Indirect Political Participation in Two Sierra Leone Chiefdoms, in: *The Journal of Modern African Studies* (1973), Bd. 11, S. 129–135.

## Der postkoloniale Rumpfstaat

In einer Rede zur 50-jährigen Unabhängigkeit Sierra Leones bezeichnete der ehemalige britische Premierminister Tony Blair die damalige Bevölkerung als hoffnungsvoll in Bezug dessen, was die Unabhängigkeit bringen werde.[7] Doch die Realität sollte sich anders gestalten. Mit der Unabhängigkeit musste der junge Staat seine Probleme alleine bewältigen, die zu lösen damit nicht einfacher wurden.

In den letzten Jahren als Kolonie entwickelte sich die „Sierra Leone Peoples Party" (SLPP) unter Führung des Mediziners Milton Margai. 1951 gegründet, zielte die SLPP auf die Erhaltung des Protektorates Sierra Leone und zwang die Kolonialmacht zur Einführung einer Verfassung. Margai, der nach den Wahlen 1957 Premierminister wurde, betrieb eine vorwiegend konservative und pro-britische Politik. Er hielt Sierra Leone für zu arm und unterentwickelt, um ohne mächtige Freunde, vor allem ohne die Kolonialmacht Großbritannien, überlebensfähig zu sein.[8]

Mit der nahenden Unabhängigkeit musste sich Margai allerdings den Problemen stellen und versuchen, sie alleine zu bewältigen. In seiner Rede zur Unabhängigkeit, die am 27. April 1961 in Kraft trat, sprach er dies auch an:

> „[...] life must go on all the same, with the same justice in our courts, the same taxes and other responsibilities […] the significant change is that we are now in control of our destiny and for the formulation of our external as well as internal policies."[9]

Kurz vor der Unabhängigkeit formte sich als Abspaltung von der SLPP unter der Führung von Siaka Stevens die neue Partei „All People's Congress" (APC), die bis heute neben der SLPP die wichtigste Partei des Landes ist.[10] Stevens, ein ehemaliger Minister unter Margai, fühlte sich aus dem Spiel der Mächtigen ausgeschlossen und wollte sich so eine Möglichkeit schaffen, um an die Macht zu gelangen. Die APC wurde zu einer radikalen Kraft in Sierra Leone. So befand sich Stevens zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitsfeiern mit weiteren APC–Mitgliedern in Haft, nachdem Bombendrohungen für die Feiern eingegangen waren, die der APC zugeschrieben wurden.[11]

Das politische System Sierra Leones war dann in den 1960er-Jahren eine Mehrparteiendemokratie, die erstaunlich gut funktionierte, was an den Ergebnissen der Wahlen 1957 und 1962 zu erkennen ist. Auch die Wahlen von 1967 können als fair und frei bezeichnet

[7] Youtube, Tony Blair congratulates Sierra Leone on its 50th anniversary of independence, 21.4.2011, [http://www.youtube.com/watch?v=ID2a8-KAIEk], eingesehen 20.2.2012.
[8] Gberie, Dirty War, S. 20.
[9] Joe A. D. Alie, A New History of Sierra Leone, New York 1990, S. 280.
[10] Vgl. African Elections Database, Elections in Sierra Leone, 4.4.2011, [http://africanelections.tripod.com/sl.html], eingesehen 16.2.2012.
[11] Gberie, Dirty War, S. 21.

werden, selbst wenn die darauf folgende Entwicklung nicht positiv für das Land war. Darauf wird in dieser Arbeit allerdings später noch eingegangen.

1964 starb Milton Margai überraschend. Nachfolger als Premierminister wurde sein Bruder Albert, der sich gegen seine eigentlich favorisierten, Konkurrenten innerhalb der eigenen Partei durchsetzen konnte. Die APC und vor allem Siaka Stevens warfen in der Folge Albert Margai vor, eine „Mende-Hegemonie“ einzurichten.[12] Gberie bekräftigt dies so: „The message proved to be a potent one, as in succeeding his brother Albert Margai seemed to have robbed John Karefa-Smart (a Temne), who many believed was closer to the late Prime Minister, of the premiership.”[13] Dem Amtsantritt Albert Margais haftet daher ein fahler Beigeschmack an.

## Probleme des postkolonialen Sierra Leone

### Religiöse und ethnische Vielfalt

Sierra Leone hatte, wie so viele afrikanische Staaten, nach der Unabhängigkeit mit dem Problem zu kämpfen, dass es durch die großteils willkürlichen kolonialen Grenzen kein einheitlich definierbares Staatsvolk im völkerrechtlichen Sinne gab. Trotz der geringen Größe hat das Land mindestens 13 bedeutende Ethnien. Die zwei größten mit jeweils ca. 30 Prozent bilden Temne und Mende, gefolgt von Limba und Kono mit ca. acht bzw. fünf Prozent.[14] Eine vergleichsweise kleine Gruppe sind die Kreolen (zwei Prozent), die hauptsächlich um die Hauptstadt Freetown leben, die Elite des Landes bilden und überproportional in Regierungen vertreten waren. Unter den Kreolen gibt es die größte Alphabetisierungsrate in Sierra Leone.[15]

Heute fühlen sich in Sierra Leone etwa 60 Prozent dem Islam zugehörig und etwa zehn Prozent dem Christentum. In den 1960er-Jahren war die Zahl der Muslime jedoch weitaus geringer. Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Ländern führte die ethnische und religiöse Diversität jedoch kaum zu Spannungen oder Gewalt. Dies lässt sich auch gut an den Wählerschichten der Parteien erkennen, die Fisher in seinem Artikel erwähnt:

> „In the party line-up the Mende, mass supporters of the S.L.P.P., are among the most receptive of the interior peoples to Christianity, while the Temne, on the A.P.C. side, have a long association with Islam. But the Creoles, in a sense the A.P.C. élite, are mainly Christian; the Fula, prominent S.L.P.P. adherents, are

[12] Die Mende sind neben den Temne die größte ethnische Gruppe in Sierra Leone; im folgenden Abschnitt wird auf die ethnische Diversität des Landes stärker eingegangen.
[13] Gberie, Dirty War, S. 26.
[14] Central Intelligence Agency, The World Factbook, 8.2.2012, [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sl.html], eingesehen 16.2.2012.
[15] Gberie, Dirty War, S. 21 f.

> Muslim. Within most tribes, also, there are religious minorities: Muslim Mende or Creoles, or Christian Temne."[16]

Auch Fisher zeigt sich in seinem Artikel überrascht von den nicht vorhandenen religiösen Konflikten und führt die geringe Rolle, die die verschiedenen Ethnien spielten, darauf zurück, dass keine Ethnie eine einheitliche politische Einheit gebildet habe.[17]

### „Fluch" der Rohstoffvorkommen

Sierra Leone ist ein Land mit enormen Rohstoffreserven, von denen das Land selbst aber kaum bis gar nicht profitieren kann. Diamanten sind zweifelsfrei der wichtigste abbaubare Stoff, aber auch andere natürliche Vorkommen wie Erdöl, Gold, Bauxit und Rutil werden in Sierra Leone gewonnen.[18] Die Förderung von Diamanten gestaltet sich aber sehr schwierig und ist kaum kontrollierbar, denn im Gegensatz zu den Diamantengebieten in Südafrika oder auch Botswana werden diese in Sierra Leone nicht in einem so genannten „Kimberlitschlot" gefunden. Durch Erosion wurden die Diamanten auf Gebiete verteilt, die mehrere tausend Quadratkilometer groß sind und kontrollierte Förderung daher kaum möglich macht.[19]

Diamanten haben sich schließlich in den 1990er-Jahren endgültig als Fluch erwiesen, als sie die Finanzierungsgrundlage beider Seiten für den Krieg wurden und sich auch zu dem Faktor entwickelten, der den Krieg aufrechterhielt. Campbell beschreibt die Rohstofflage Sierra Leones sehr treffend: „Eigentlich müsste es das Saudi-Arabien Afrikas sein, aber das ist es nicht."[20]

### Die Wirtschaft

Trotz der hervorragenden Möglichkeiten, die das Land bietet, ist Sierra Leone ein wirtschaftlich sehr schwaches Land. Neben den bereits erwähnten Rohstoffvorkommen birgt der Boden in Sierra Leone viel landwirtschaftliches Potenzial.[21] Dazu kommt der weltweit zweitgrößte natürliche Hafen in der Bucht von Freetown.[22]

Die Erzeugnisse der Landwirtschaft waren äußerst gering, obwohl die Fläche, die zur Verfügung stand, sehr wohl genutzt wurde. John Weeks beschreibt die Lage der Landwirtschaft in seinem 1992 erschienenen Buch:

---

[16] Fisher, Elections and Coups, S. 622.
[17] Ebd., S. 621 ff.
[18] David Fashole Luke/Stephen P. Riley, The Politics of Economic Decline in Sierra Leone, in: *The Journal of Modern African Studies* (1989), Bd. 27, S. 133–141, S. 136.
[19] Youtube, Blutdiamanten (1) – 2/3, 3.10.2010, [http://www.youtube.com/watch?v=xImGKb9TW3s], eingesehen 5.1.2012.
[20] Greg Campbell, Tödliche Steine. Der globale Diamantenhandel und seine Folgen, Hamburg 2003, S. 16.
[21] Fashole Luke/Riley, Politics of Economic Decline, S. 136.
[22] Youtube, Tony Blair congratulates Sierra Leone on its 50th anniversary of independence, 21.4.2011, [http://www.youtube.com/watch?v=ID2a8-KAIEk], eingesehen 20.2.2012.

> „Along with the high degree of subsistence production went a low input, low yield technique of production relying on extensive use of land. The essence of the production strategy of the smallholder was liberal use of fallow periods, with the majority of land not planted during a growing season.”[23]

Weeks sieht auch, dass das Land knapp 15 Jahre nach der Unabhängigkeit in eine tiefe strukturelle, ökonomische Krise schlitterte, dabei aber immer noch im Prozess des „Nationbuilding“ war.[24] Auch Fashole Luke und Riley beschäftigten sich mit der Wirtschaftskrise Sierra Leones und gehen dabei unter anderem auf die Fehler und die Verantwortung der Regierungen ein, die Weeks vermissen lässt: „Although the basic structure of Sierra Leone’s economy were created under colonial rule, […] responsibility for its current predicament has to be assumed by the leaders of the post-colonial régimes.“[25] Umso bedauerlicher ist diese wirtschaftliche Krise, da Sierra Leone, insbesondere Freetown, in der Kolonialzeit als „Athens of West Africa“ bezeichnet wurde, als ein Zentrum der Bildung und der Wirtschaft.[26]

Auf die Einmischung externer Kräfte darf jedoch nicht vergessen werden, insbesondere in den finanziell und wirtschaftlich interessanten Branchen wie dem Bergbau. Die Zeit von der Unabhängigkeit bis zum Bürgerkrieg charakterisieren Hoering und Wichterich als „drei Dekaden Ausplünderung durch ausländische Unternehmen, Libanesen und die eigene Elite.“[27] Fashole Luke und Riley heben die Rolle der Libanesen hervor:

> „Sierra Leone’s economy has been dominated by a number of Lebanese and Afro-Lebanese entrepreneurs […]. Although excluded from any formal political rôle [sic], they had considerable informal influence in tandem with their economic power.”[28]

**Die Rolle der „Chiefdoms”**

Eine wesentliche Rolle in der Innenpolitik Sierra Leones spielen die so genannten „Chiefdoms”. Sie stellen die niedrigste Ebene des Verwaltungsapparates dar, an dessen Spitze der gewählte, so genannte „paramount chief“ steht. Für jeweils zwanzig Steuerzahler wird ein Vertreter bestimmt, der für die Wahl stimmberechtigt ist.[29] Minikin führt an, wieso „Chiefdoms“ so wichtig sind:

[23] John Weeks, Development Strategy and the Economy of Sierra Leone, New York 1992, S. 70.
[24] Weeks, Development Strategy, S. 51.
[25] Fashole Luke/Riley, Politics of Economic Decline, S. 138.
[26] Ebd., S. 133.
[27] Uwe Hoering/Christa Wichterich, Afrika in den neunziger Jahren. Kein Zustand dauert ewig, Göttingen 1991, S. 176.
[28] Fashole Luke/Riley, Politics of Economic Decline, S. 137.
[29] Tangri, Conflict and Violence, S. 311.

> „For the majority of the inhabitants, voting was not a matter of expressing any party preference, but of supporting that candidate favoured by their faction in the Chiefdom. Parties were generally considered to be alien institutions [...]. Thus they [die Bevölkerung, Anm.] were not participating directly in national politics, as much as voting according to their preferences and allegiances in a chiefdom-level dispute."[30]

Die lokale Politik in den „Chiefdoms" war der Bevölkerung wichtiger als Politik auf nationaler Ebene. So führte die Absetzung einiger „paramount chiefs" durch Premierminister Siaka Stevens (APC) zu erhöhter Unruhe im Land, sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene.[31]

Zusätzlich sind bis heute zwölf Sitze im Parlament von indirekt gewählten „paramount chiefs" besetzt, die bei knappen Wahlergebnissen entscheidend für die Sitzverteilung sein können.[32] Bei den Wahlen 1967 sollten die „paramount chiefs" tatsächlich diese Rolle spielen, die zum ersten großen Umbruch in der postkolonialen Geschichte Sierra Leones führte.

## Machtkämpfe 1967/68

### Die Wahlen 1967

Die Wahlen 1967 waren ein Machtkampf zwischen den beiden großen Parteien des Landes, der Regierungspartei SLPP mit Albert Margai als Spitzenkandidaten und der APC unter Siaka Stevens. Der Wahlkampf der beiden Parteien drehte sich um vier Hauptpunkte: Außenpolitik, Wirtschaft, Militär und Wahlmodalitäten.[33]

Die Wahl fand am 17. März 1967 statt, doch erst vier Tage später sollte die Wahl der zwölf „paramount chiefs" erfolgen. Fisher zitiert eine oppositionsnahe Zeitung, die diesen ungewöhnlich erscheinenden Ablauf erklärt, zumal bei den letzten Wahlen die „paramount chiefs" vor den eigentlichen Wahlen gewählt wurden:

> „The only fair and honest way of deciding the outcome of the forthcoming general elections is to hold the election of the ordinary constituency members first. […] the elections would have been decided and the elected chiefs would give their support to the government of the day."[34]

[30] Minikin, Indirect Political Participation, S. 131.
[31] Ebd., S. 135.
[32] Vgl. African Elections Database, Elections in Sierra Leone, 4.4.2011, [http://africanelections.tripod.com/sl.html], eingesehen 16.2.2012.
[33] Fisher, Elections and Coups, S. 614.
[34] Ebd., S. 624.

Genau diese Regelung, so führt Fisher weiter aus, war der Hauptgrund dafür, dass derartige Verwirrung und Chaos entstehen konnten. Denn der von der Queen entsandte „Governor-General“ erklärte noch vor der Wahl der „paramount chiefs“ Siaka Stevens zum Sieger und zum künftigen Premierminister.[35]

Die Wahl selbst war jedoch formal noch nicht zu Ende. Der erste Wahlgang war zudem noch sehr knapp mit 32 zu 28 Sitzen zu Gunsten der APC ausgegangen. Die „paramount chiefs“ spielten daher noch eine wesentliche Rolle, je nachdem welcher Partei sie den Vorzug geben würden. Zwar sollten sie moralisch für die siegreiche Partei stimmen, waren jedoch in keiner Weise dazu verpflichtet, wie Fisher nachweist: „ […] paramount chiefs must be taken into account as members [des Parlaments, Anm.]; and that they are free to opt for the party of their choice.“[36]

**Die Staatsstreiche**

Die Tatsache, dass die Wahl noch nicht abgeschlossen war und Siaka Stevens schon zum Premierminister erklärt wurde, nahm der Kommandeur der Streitkräfte, Brigadier David Lansana, dem bisherigen Premier Margai treu ergeben, zum Anlass, die Angelobung Stevens durch den „Governor-General“ zu verhindern und damit zu putschen.[37] Am selben Tag fand später die Wahl der „paramount chiefs“ statt, die sich mit nur zwei Ausnahmen für die SLPP entschieden.[38]

In der Forschung können widersprüchliche Angaben und Argumente gefunden werden, ob der Putsch gerechtfertigt war oder nicht. So hebt Gberie zwei Punkte hervor:

> „The argument that it was unnecessary to wait for the conclusion of the election of the chiefs because the chiefs traditionally voted for the winning party in Parliament, […] is bogus for two reasons. First, the 1967 elections were only the second nation-wide elections with any claim to seriousness, and voting patterns in only one or even two elections cannot constitute tradition. Second, there were good reasons for chiefs to prefer the SLPP because it was distinctly the more conservative and chief-friendly party.“[39]

Dementgegen steht Fisher, der die Aufgabe des „Governor-General“ beleuchtet und zu folgendem Schluss kommt:

> „[…] the Governor-General has the right, even the duty, to exercise his own judgement. He did so, and to disagree with his decision is not at all to prove that he should not have done so. Even if the Governor-General’s critics had a

[35] Fisher, Elections and Coups, S. 624.
[36] Ebd., S. 627.
[37] Gberie, Dirty War, S. 26.
[38] Fisher, Elections and Coups, S. 629.
[39] Gberie, Dirty War, S. 27.

> legitimate grievance, that would be far from demonstrating that military revolution was the proper way to express it.“[40]

Die Zeit, die Lansana an der Spitze des Staates stand, war nur kurz. Lansana war keineswegs beliebt in der Armee, so wurde bereits Anfang Februar 1967 ein Putschkomplott gegen Margai und Lansana enthüllt.[41] Nur zwei Tage nach Lansanas Staatsstreich wurde er am 23. März von einer Gruppe Offiziere abgesetzt, die erklärten:

> „We, the senior officers, have since noticed that the attitude of the Brigadier [Lansana, Anm.] was not to bring about the creation of a national government, but to impose Sir Albert Margai as the Prime Minister of this country.“[42]

Der nun errichtete „National Reformation Council“ (NRC) regierte das Land ein ganzes Jahr, obwohl angekündigt worden war, so schnell wie möglich die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben.[43] Ohne dass große Veränderungen stattgefunden hätten, wurde gegen den NRC schließlich 1968 von einer Gruppe junger Offiziere geputscht, die die Macht direkt an Siaka Stevens weitergaben.[44] Damit wurde eine mehr als zwanzigjährige Phase eingeläutet, in der die APC die Macht nicht mehr abgab und in der alleine Siaka Stevens 17 Jahre lang regierte.

**Scheitern oder nicht?**

Das Jahr, das auf die Wahlen von 1967 folgte, war zweifelsfrei ein sehr turbulentes für Sierra Leone, doch es wäre verfehlt hier von einem gescheiterten Staat zu sprechen. Der Staat war zu diesem Zeitpunkt sehr schwach und labil, doch das Ausbleiben von großer Gewalt, wozu das Potenzial unter solchen Umständen auf jeden Fall gegeben war, deutet darauf hin, dass der Staat sich „nur“ in einer tiefen Krise befand, die bewältigt werden konnte. Auch Monty G. Marshall stufte die Zeit des NRC als „Interregnum“ ein,[45] zumal diese Phase nur ein Jahr andauerte. Mit der Machtübergabe an den vom „Governor-General“ bestimmten Gewinner der Wahl wurde die relative politische Stabilität in Sierra Leone wieder hergestellt.[46] Auch wenn Stevens zweifelsohne eine „bad governance“ ausübte, wie im Anschluss ausgeführt werden wird, war die Gefahr eines baldigen erneuten Umsturzes gebannt.

[40] Fisher, Elections and Coups, S. 627.
[41] Ebd., S. 619 f.
[42] Zit. nach Ebd., S. 631.
[43] Ebd., S. 632.
[44] Gberie, Dirty War, S. 42.
[45] Monty G. Marshall, Polity IV Regime Trends. Sierra Leone, 1961-2010, 2011, [http://www.systemicpeace.org/polity/sie2.htm], eingesehen 17.11.2011.
[46] Fashole Luke/Riley, Politics of Economic Decline, S. 133.

## Einparteiensystem und der Weg in den Abgrund

### Verfassungsänderung und Ausrufung der Republik

In Siaka Stevens ersten Regierungsjahren hatte er es sich zum erklärten Ziel gesetzt, ein Einparteiensystem zu errichten. Diese Bestrebungen waren keinesfalls neu. Schon Mitte der 1960er-Jahre wurde von der SLPP ein Komitee damit beauftragt, herauszufinden, wie ein Einparteiensystem funktionieren könne. Nach dem Sturz von Kwame Nkrumah in Ghana 1966 wurde das Vorhaben jedoch aufgegeben.[47]

Die APC machte jedoch ernst. Nachdem sie es 1973 bei den Wahlen schaffte, jeden Sitz des Parlaments mit ihren Kandidaten zu besetzen, war ein de facto Einparteiensystem etabliert.[48] Fünf Jahre später war es dann so weit: „In 1978 APC organised a referendum that showed that 97% of the voters were in favour of a one-party system. *De jure*, Sierra Leone had become a one-party system.“[49] Daraufhin erklärte Stevens jegliche Opposition für illegal, was zu einem massenhaften Übertritt von SLPP-Mitgliedern in die APC führte. Gberie zitiert hier Cyril Foray, Außenminister unter Stevens, der diesen Prozess später als „legal violence“ bezeichnet habe.[50]

Stevens sollte noch acht weitere Jahre regieren, bevor er die Macht an seinen Wunschkandidaten übergab.[51] Joseph Momoh regierte auf dieselbe Weise wie Stevens zuvor und übernahm einen Staat, der kaum noch zu retten war. Es folgte der Bürgerkrieg, der 1991 durch den Einmarsch der Rebellenorganisation „Revolutionary United Front“ (RUF) aus Liberia begann. Doch was machte den Staat so schwach?

### Patronagesystem und Liberalisierung

Fashole Luke und Riley finden eine treffende Charakterisierung für Stevens Regierungszeit: „[…] Stevens showed great artfulness in using various stratagems – patronage especially – to secure and maintain support.“[52] Hinzu kommt, wie Kpundeh anmerkt, dass die Staatskasse mit den persönlichen Konten Siaka Stevens praktisch ident war, was seine Möglichkeiten, an der Macht zu bleiben, erheblich verbesserte, aber auch notwendig machte. Aufgrund dessen und der vielen Fehler, die das Regime in den 1970er- und 1980er-Jahren beging, kam Sierra Leone in die Nähe des politischen und wirtschaftlichen Abgrundes.[53]

---

[47] Fisher, Elections and Coups, S. 616.
[48] Morten Bøås, Liberia and Sierra Leone: Dead Ringers? The Logic of Neopatrimonial Rule, in: *Third World Quarterly* (2001), Bd. 22, S. 697–723, S. 708.
[49] Bøås, Liberia and Sierra Leone, S. 708.
[50] Gberie, Dirty War, S. 28.
[51] Bøås, Liberia and Sierra Leone, S. 708.
[52] Fashole Luke/Riley, Politics of Economic Decline, S. 136.
[53] Sahr John Kpundeh, Limiting Administrative Corruption in Sierra Leone, in: *The Journal of Modern African Studies* (1994), Bd. 32, S. 139–157, S. 140.

Es sackten vor allem die Einkünfte von wichtigen Exportgütern, wie Diamanten, ab. Ein weiterer Schritt, der den Staat schwer belastete, war die Privatisierung. Neben der Auflösung des Monopols auf den Diamantenexport betraf dies auch die Fischerei, den Agrarsektor und die Banken. Die Privatisierung erzeugte allerdings keine funktionierende Wirtschaft, wie sich der Internationale Währungsfonds (IWF) dies vorgestellt hatte, da die Regierung die neuen privaten Unternehmen kaum effektiv besteuern konnte. Aus dem Ausland kamen vor allem vom IWF und der World Bank Kredite, von denen die Regierung annahm, sie nicht zurückzahlen zu müssen. Weiters hatte der IWF eine Abwertung der Währung verlangt, was die anhaltende Inflation noch weiter verstärkte.[54]

Ein zusätzliches Problem in Sierra Leone war, wie in vielen anderen afrikanischen Staaten, die grassierende Korruption. David Keen führt in diesem Zusammenhang die Privatisierung sowie die Durchsetzung des Neoliberalismus als die zwei Hauptgründe für die Entstehung oligopolistischer Märkte und administrativer Korruption. Von diesen beiden Faktoren habe eine kleine Gruppe rund um den Präsidenten profitiert während die Bevölkerung die Folgen tragen musste.[55]

Momoh übernahm von Stevens „an economy in shambles“[56], wie Kpundeh es nennt. Die Bestellung Momohs als Präsident war zunächst von der Bevölkerung großteils positiv aufgenommen worden, denn in seiner Antrittsrede, die Bøås erwähnt, versprach er eine „Neue Ordnung“ für Sierra Leone. Die Interessen der Nation sollten über jenen des Einzelnen oder kleiner Gruppen stehen, Korruption sollte überwunden und die Wirtschaft neu belebt werden.[57]

Das Gegenteil war der Fall. Auch seine Politik war genauso unproduktiv wie die Stevens, denn er führte sie fort.[58] 1991 sah sich Momoh schließlich zu einem Referendum zur Wiedereinführung des Mehrparteiensystems gezwungen, das mit großer Zustimmung angenommen wurde.[59] Doch kurz vor Ostern 1991 kam es zum Einfall der RUF, was den Bürgerkrieg und den Putsch des Militärs 1992 gegen Momoh auslöste. Der Staat war nun gescheitert.

### Das „große Scheitern“ – Bürgerkrieg

Aufgabe dieser Arbeit ist nicht, den Verlauf dieses Krieges darzustellen, daher sei an dieser Stelle nur der unmittelbare Auslöser des Krieges erwähnt. Sierra Leone

[54] David Keen, Liberalization and Conflict, in: *International Political Science Review/Revue internationale de science politique* (2005), Bd. 26, S. 73–89, S. 76 f.
[55] Keen, Liberalization and Conflict, S. 75 f.
[56] Kpundeh, Limiting Administrative Corruption, S. 140.
[57] Bøås, Liberia and Sierra Leone, S. 708.
[58] Kpundeh, Limiting Administrative Corruption, S. 140.
[59] Vgl. African Elections Database, Elections in Sierra Leone, 4.4.2011, [http://africanelections.tripod.com/sl.html], eingesehen 16.2.2012.

unterstützte die Operationen der „Economic Community of West African States“ (ECOWAS) bei ihrer militärischen Intervention im Nachbarland Liberia, wo bereits ein Bürgerkrieg tobte. Dies nahm der liberianische „Warlord“ Charles Taylor zum Anlass, seine Truppen zusammen mit der RUF in Sierra Leone einmarschieren zu lassen.[60] Damit löste der spätere Präsident von Liberia den sierra-leonischen Bürgerkrieg aus.

Die Lage in Sierra Leone wurde zunehmend chaotischer und brachte den „troubled state“ zum Zusammenbruch. Erst 2002 konnte die RUF, nach einer Intervention des britischen Militärs, geschlagen und mit der Friedenskonsolidierung begonnen werden.

Empfehlenswert zur genaueren Betrachtung ist dabei vor allem das Werk von Lansana Gberie.[61] Sorious Samuras Dokumentarfilm „Cry Freetown“ erzählt die Brutalität dieses Krieges,[62] während sich Monika Heupel in ihrer Arbeit der Friedenskonsolidierung angenommen hat.[63]

## Resümee

Nach den Betrachtungen zur Entwicklung des postkolonialen Sierra Leone ist klar geworden, dass das Kreislaufmodell so nicht zutrifft. Vielmehr sah sich das Land seit der Unabhängigkeit in einer Abwärtsspirale gefangen, die zum Bürgerkrieg und dem „großen Scheitern“ der 1990er-Jahre führen musste. Zwar durchläuft das Land dabei mehrere (negative) Zyklen, diese enden jedoch nicht zwingend in einem gescheiterten Staat. Das Land befindet sich hingegen in einem permanenten Zustand der Schwäche, der als „troubled state“ bezeichnet werden kann. Vor allem die 1980er-Jahre sind ein Ankämpfen gegen das Scheitern, das aber nicht mehr aufzuhalten war.

Das von Spielbüchler entwickelte Kreislaufmodell[64] muss daher an Sierra Leone angepasst werden, da im Gegensatz zu dem ursprünglichen Modell der Status des schwachen Staates („troubled state“) vom gescheiterten Staat abgetrennt werden muss. Das ist für Sierra Leone notwendig, da die Kombination und modellhafte Gleichsetzung von Schwäche und Scheitern hier nicht angebracht ist. Zu dem Zeitpunkt, an dem Sierra Leone als Staat scheitert, entsteht nicht nur eine humanitäre Katastrophe. Der Unterschied zu den Krisen der vorangegangenen Jahrzehnte ist gewaltig, und daher kann eine solche Gleichstellung im Fall Sierra Leone nicht zulässig sein. Sierra Leone hatte, wie gezeigt wurde, 1967/68 eine Phase außerordentlicher Schwäche, die jedoch – verglichen mit dem Bürgerkrieg und dem damit einhergegangen Zerfall des Staates – das

[60] Colin M. Waugh, Charles Taylor and Liberia. Ambition and Atrocity in Africa’s lone star state, London 2011, S. 209.
[61] Gberie, Dirty War.
[62] Sorious Samura (Regie), Cry Freetown (vertrieben von: CNN International), Sierra Leone 2000.
[63] Monika Heupel, Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“. Der Wandel der Gewaltökonomien als Herausforderung, Wiesbaden 2005.
[64] Spielbüchler, Afrikanischer Teufelskreislauf?, S. 3.

Land nicht ernsthaft bedrohte. Es ist daher ausreichend, von einem „troubled state“ zu sprechen.

## Literatur

Alie, Joe A. D., A New History of Sierra Leone, New York 1990.

Bøås, Morten, Liberia and Sierra Leone: Dead Ringers? The Logic of Neopatrimonial Rule, in: *Third World Quarterly* (2001), Bd. 22, S. 697–723.

Campbell, Greg, Tödliche Steine. Der globale Diamantenhandel und seine Folgen, Hamburg 2003.

Fashole Luke, David/Riley, Stephen P., The Politics of Economic Decline in Sierra Leone, in: *The Journal of Modern African Studies* (1989), Bd. 27, S. 133–141.

Fisher, Humphrey J., Elections and Coups in Sierra Leone 1967, in: *The Journal of Modern African Studies* (1969), Bd. 7, S. 611–636.

Gberie, Lansana, A Dirty War in West Africa. The R.U.F. and the Destruction of Sierra Leone, London 2005.

Heupel, Monika, Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege”. Der Wandel der Gewaltökonomien als Herausforderung, Wiesbaden 2005.

Hoering, Uwe/Wichterich, Christa, Afrika in den neunziger Jahren. Kein Zustand dauert ewig, Göttingen 1991.

Hofmeier, Rolf/Mehler, Andreas (Hrsg.), Afrika Jahrbuch 2002. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Opladen 2003.

Keen, David, Liberalization and Conflict, in: *International Political Science Review/Revue internationale de science politique* (2005), Bd. 26, S. 73–89.

Kpundeh, Sahr John, Limiting Administrative Corruption in Sierra Leone, in: *The Journal of Modern African Studies* (1994), Bd. 32, S. 139–157.

Minikin, Victor, Indirect Political Participation in Two Sierra Leone Chiefdoms, in: *The Journal of Modern African Studies* (1973), Bd. 11, S. 129–135.

Spielbüchler, Thomas, Afrikanischer Teufelskreislauf?. Ein roter Faden durch die postkoloniale Geschichte des Kontinents, in: *zeitgeschichte* 36 (2009), Bd. 1, S. 4–19.

Tangri, Roger, Conflict and Violence in Contemporary Sierra Leone Chiefdoms, in: *The Journal of Modern African Studies* (1976), Bd. 14, S. 311–321.

Waugh, Colin M., Charles Taylor and Liberia. Ambition and Atrocity in Africa’s lone star state, London 2011.

Weeks, John, Development Strategy and the Economy of Sierra Leone, New York 1992.

## Primärquellen

African Elections Database, Elections in Sierra Leone, 4.4.2011, [http://africanelections.tripod.com/sl.html], eingesehen 16.2.2012.

Central Intelligence Agency, The World Factbook, 8.2.2012, [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sl.html], eingesehen 16.2.2012.

Marshall, Monty G., Polity IV Regime Trends. Sierra Leone, 1961-2010, 2011, [http://www.systemicpeace.org/polity/sie2.htm], eingesehen 17.11.2011.

Samura, Sorious (Regie), Cry Freetown (vertrieben von: CNN International), Sierra Leone 2000.

Youtube, Blutdiamanten (1) – 2/3, 3.10.2010, [http://www.youtube.com/watch?v=xImGKb9TW3s], eingesehen 5.1.2012.

Youtube, Tony Blair congratulates Sierra Leone on its 50th anniversary of independence, 21.4.2011, [http://www.youtube.com/watch?v=ID2a8-KAIEk], eingesehen 20.2.2012.

**Nikolaus Bliem** ist Student des Bachelor Geschichte im 5. Semester. Nikolaus.Bliem@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Nikolaus Bliem, Sierra Leone: Spirale der „bad governance”?, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 239–252, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Der Krieg in den Alpen und am Isonzo

**Karl Elmar Laimer**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: ao. Univ.-Prof. Dr. Klaus Eisterer

eingereicht im Semester: WS 2011/12

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**
**War in the Alps and the Battles of the Isonzo**

With the entry of Italy into World War I on 23rd May 1915, the three-front war of the Habsburg monarchy became a reality. In addition to the Eastern Front and the Balkan Front the border between Italy and Austria-Hungary became the scene of intensive fighting. This paper aims at providing a concise overview of the operational activities of the Austro-Hungarian army on the so-called Southwestern Front in the years between 1915 and 1918.

## Einleitung

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 erklärte Rom zunächst seine Neutralität. Auf diesen Schritt folgte ein monatelanges diplomatisches Tauziehen zwischen den kriegführenden Staaten um die Gunst Italiens. Die Mittelmächte (Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich) waren bestrebt, Rom von einem Kriegseintritt abzuhalten; die Triple-Entente (Frankreich, Großbritannien und Russland) versuchte hingegen Italien für das eigene Lager zu gewinnen. Schließlich entschied sich die römische Regierung für eine Allianz mit den Alliierten, die im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 großzügige Gebietszugewinne in Aussicht stellte: Tirol südlich des Brenners, Triest, Istrien und Dalmatien, Gebiete im nördlichen Albanien sowie die

Dodekanes-Inseln in der Ägäis.[1] Wenige Tage nach der Unterzeichnung des geheimen Bündnisvertrages kündigten die Italiener den Dreibund.[2] Am Nachmittag des 23. Mai 1915 überbrachte der diplomatische Vertreter Italiens in Wien, Herzog Giuseppe von Avarna, dem k. u. k. Außenminister Stephan Baron Burian eine diplomatische Note.[3] Darin erklärte König Viktor Emanuel II., „daß [sic] er sich von morgen an, als im Kriegszustande mit Österreich-Ungarn befindlich betrachtet."[4]

Durch den „Intervento" wurde die Habsburgermonarchie in einen Dreifrontenkrieg verwickelt: Neben den Fronten im Osten und auf dem Balkan wurde nun auch der Grenzraum zwischen Italien und Österreich-Ungarn zum Schauplatz erbitterter Kämpfe. Die Südwestfront verlief großteils durch gebirgiges Gebiet und stellte die Streitkräfte vor besondere Herausforderungen. Auf beiden Seiten mussten die Soldaten nicht nur gegen die feindlichen Truppenverbände, sondern auch gegen die Gefahren dieses extremen Geländes ankämpfen.[5]

Am Isonzo, dem „Verdun Österreich-Ungarns"[6] entwickelte sich hingegen ein blutiger Abnutzungskrieg, der den Materialschlachten an der deutsch-französischen Westfront um nichts nachstand. Trotz außerordentlicher menschlicher und materieller Anstrengungen konnten die angreifenden italienischen Truppen in elf Offensiven nur marginale Geländegewinne erzielen.[7] In der zwölften Isonzoschlacht, die am 24. Oktober 1917 begann, gelang es den verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, die Gegner in einem schnell vorgetragenen Angriff bis an den Piave zurückzuwerfen. Hier stabilisierte sich die Frontlinie für einige Monate, ein weiterer Durchbruchversuch der k. u. k. Armee im Sommer 1918 scheiterte aber. Einem alliierten Gegenangriff – die Italiener hatten inzwischen britische und französische Truppenhilfe erhalten – hatten die Soldaten der sich auflösenden Donaumonarchie nichts mehr entgegenzusetzen. Die italienische Front brach in sich zusammen.[8]

---

[1] Volker R. Berghahn, Der Erste Weltkrieg, München [3]2003, S. 46, S. 56.

[2] Der Dreibund vom 20. Mai 1882 war ein geheimes Defensivbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien, das alle fünf Jahre verlängert wurde. Laut Artikel 3 trat der Bündnisfall dann ein, „wenn ein oder zwei vertragsschließende Parteien von zwei oder mehreren Großmächten angegriffen werden sollten." Holger Afflerbach, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien-Köln-Weimar 2002, S. 88.

[3] Walter Schaumann/Peter Schubert, Süd-West-Front. Österreich-Ungarn und Italien 1915–1918, Klosterneuburg-Wien 1995, S. 20.

[4] Der Wortlaut der italienischen Kriegserklärung, in: Amtliche Kriegsdepeschen nach Berichten des Wolff'schen Telegr.-Bureaus, Bd. 1, Berlin 1915, S. 634, [http://www.archive.org/details/amtliche kriegsde02contuoft], eingesehen 20.2.2013.

[5] Alexander Jordan, Krieg um die Alpen. Der Erste Weltkrieg im Alpenraum und der bayerische Grenzschutz in Tirol (Zeitgeschichtliche Forschungen 35), Berlin 2008, S. 17 f., S. 87.

[6] Ebd., S. 305.

[7] Franz Felberbauer, Die 12. Isonzoschlacht. Der Operationsplan und seine Durchführung, in: Manfried Rauchensteiner (Hrsg.), Waffentreue. Die 12. Isonzoschlacht 1917. Begleitband zur Ausstellung des österreichischen Staatsarchivs, Wien 2007, S. 13–33, hier S. 13.

[8] Jordan, Krieg, S. 21.

Dem vielschichtigen Thema „Südwestfront“ können sich Historiker aus unterschiedlichen Richtungen nähern. Im Sinne eines militärhistorischen Ansatzes will der nachfolgende Beitrag dem Lesenden einen kompakten Überblick über die strategischen und operativen Aktivitäten des österreichisch-ungarischen Heeres auf dem italienischen Kriegsschauplatz verschaffen.

Im ersten Abschnitt werden die topografischen Besonderheiten des Frontraumes und die taktischen Überlegungen des k. u. k. Generalstabes für den Kriegsfall I(talien) besprochen. Die darauf folgenden Kapitel beschäftigen sich mit den militärischen Ereignissen an der Südwestfront in den Kriegsjahren 1915 bis 1918. Inhaltlich setzt die Arbeit dabei die folgenden Schwerpunkte: a) Der Aufmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen und die ersten Wochen der Kampfhandlungen. b) Die Besonderheiten des Hochgebirgskriegs – unter besonderer Berücksichtigung der Dolomitenfront. c) Die sogenannte „Strafexpedition“ von 1916 und die Ursachen für das Scheitern dieser Offensive. d) Der Stellungskrieg am Isonzo, die Schlacht am Piave und die Auflösung der Italienfront im Jahr 1918.

Die Südwestfront ist Gegenstand zahlreicher Publikationen. Hervorzuheben sind dabei die Arbeiten von Alexander Jordan „Krieg um die Alpen“ und Manfried Rauchensteiner „Der Tod des Doppeladlers“[9]. Beide Autoren liefern eine gelungene Zusammenfassung der wichtigsten Geschehnisse sowie eine präzise Analyse der kriegsentscheidenden Momente. Besondere Erwähnung verdient auch der Aufsatz von Wolfgang Etschmann „Die Südfront 1915–1918“[10], der im Sammelband „Tirol und der Erste Weltkrieg“ erschienen ist und den Kriegsverlauf an der Südwestfront detailliert beschreibt.

## Topographie und Taktik an der Südwestfront

Die Südwestfront führte vom Stilfser Joch (am Dreiländereck zwischen Italien, Österreich-Ungarn und der Schweiz) entlang der Tiroler und der Kärntner Grenze bis an den Isonzo. Ihre Gesamtlänge betrug rund 600 Kilometer, wovon 450 Kilometer in hochalpinem Gelände verliefen.[11] Diese Angaben beziehen sich auf Luftlinienmessungen. Berücksichtigt man die natürlichen Geländeformen, die vielen Joche, Gipfel und Grate mit den sich daraus ergebenden Höhenunterschieden, ergibt sich eine effektive Länge von mehreren Tausend Kilometern.[12]

Der italienische Kriegsschauplatz kann nach Helmut Peter in fünf Hauptfronten gegliedert werden:

[9] Manfried Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz-Wien-Köln [2]1994.
[10] Wolfgang Etschmann, Die Südfront 1915–1918 in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.) Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 12), Innsbruck-Wien 1995, S. 27–60.
[11] Helmut Peter, Das Wesen des Hochgebirgskrieges 1915–1917/1918. phil. Dipl., Wien 1997 (masch.), S. 6.
[12] Jordan, Krieg, S. 88; Schaumann/Schubert, Süd-West-Front, S. 21.

1) Die Front zwischen Stilfser Joch und Gardasee
2) Die Front vom Gardasee zum Kreuzbergsattel bei Sexten (Dolomitenfront)
3) Die Front auf den Kämmen der Karnischen und Julischen Alpen
4) Die Front entlang des Isonzo
5) Die Piave-Grappa-Front[13]

Die Front berührte sehr unterschiedliche geografische Räume: Auf den ersten drei Abschnitten – vom Stilfser Joch bis zu den Julischen Alpen im Bereich von Tarvis – verlief sie durch gebirgiges Gebiet, in der die durchschnittlichen Kammhöhen 2.700 bis 3.200 Meter erreichten. Die höher gelegenen Gebirgsregionen weisen ein stark zerklüftetes Relief mit wenig Vegetation auf; Geländeerhebungen über 2.500 Meter sind außerdem von Gletschern bedeckt. Die karge Landschaft und das Fehlen von ausreichend landwirtschaftlich nutzbarem Boden führten zu einer geringen Erschließung dieser hohen Lagen; die Besiedelung beschränkt sich weitgehend auf die tiefer gelegenen Zonen. Von den Julischen Alpen bis hin zur Adria verlieren die Berge kontinuierlich an Höhe und erreichen in Gebiet um Görz und Laibach nur mehr selten 1.000 Meter. Auch dieser Landstrich ist gering besiedelt und durch ein raues Klima mit kalten Wintern und sehr heißen, trockenen Sommern gekennzeichnet. Die engen Alpentäler weiten sich im Bereich des Villacher-, Klagenfurter- und Laibacher Beckens. Rund um das Isonzotal breitet sich eine zerfurchte Karstlandschaft aus, der sich im Südwesten das italienische Alpenvorland anschließt.[14]

Die topographischen Besonderheiten des Frontraumes hatten konkrete Auswirkungen auf die Kriegführung. Durch den felsigen Boden war es beispielsweise nur schwer möglich Schützengräben zu errichten. Außerdem sollte sich das Karstgestein im Isonzotal als zusätzliche Gefahr für die Soldaten herausstellen. Explodierten Granaten auf dem porösen Untergrund, erhöhte sich ihre Splitterwirkung durch die dabei freigesetzten Gesteinsteilchen um ein Vielfaches. Stahlhelme wurden in den ersten Monaten des Krieges noch nicht verwendet (ab 1916 in der k. u. k. Armee eingeführt) und so kam es

[13] Peter, Hochgebirgskrieg, S. 6. Helmut Peter orientiert sich bei seiner Einteilung der Südwestfront an geographischen Gesichtspunkten. Der österreichisch-ungarische Generalstaat teilte den italienischen Kriegsschauplatz unmittelbar nach Kriegsbeginn in vier Verteidigungsbereiche ein: a) Hauptrayon Tirol, b) Hauptrayon Kärnten, c) Hauptrayon Küstenland (Isonzofront), d) Bereich des Kriegshafens Pola. Die Tiroler Front wurde zusätzlich in fünf Subrayone gegliedert: Rayon I (Ortler), Rayon II (Tonale), Rayon III (Südtirol, mit den Abschnitten Judikarien, Riva, Etschtal, Folgaria, Lavarone und Valsugana), Rayon IV (Fleimstal), Rayon V (Pustertal). Hansjörg Ubl (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg 1914–1918. Die Tiroler Front 1915–1918, Die große Ausstellung zum Krieg in den heimatlichen Bergen. Katalog zur Wanderausstellung in Toblach, Neustift, Lana und Bozen vom 30. April bis 30. Oktober 2005, Bozen 2005, S. 4; Josef Fontana, Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie 1848–1914 (Geschichte des Landes Tirol 3), Bozen-Innsbruck-Wien 1987, S. 439.

[14] Jordan, Krieg, S. 89.

durch die herumfliegenden Metall- und Gesteinssplitter zu schweren Kopf- und Gesichtsverletzungen.[15]

## Strategische Überlegungen des k. u. k. Generalstabes

In der strategischen Planung des österreichisch-ungarischen Generalstabes wurden drei mögliche Kriegsszenarien ausgearbeitet. Neben dem Kriegsfall R(ussland) und dem Kriegsfall B(alkan), wurde auch ein Kriegseintritt des verbündeten Italien in Betracht gezogen. Federführend bei der Ausarbeitung des Aufmarschplanes I(talien) war FM Franz Conrad von Hötzendorf, der 1906 zum Chef des k. u. k. Generalstabes ernannt worden war.[16] Conrad war stark von sozialdarwinistischen Ideen beeinflusst. „Die Anerkennung des Kampfes ums Dasein als Grundprinzip alles irdischen Geschehens“[17] bildete für ihn „die einzige, reelle und vernünftige Grundlage jedweder Politik.“[18] Ein „großer Krieg“ war folglich unausweichlich; gleichzeitig ging Conrad aber davon aus, dass sich die militärische Ausgangslage zu Ungunsten der Habsburgermonarchie entwickeln würde. Seinem engen Vertrauten, Leopold von Chlumecký, teilte er im Juli 1914 mit: „1908/09 war es ein Spiel mit aufgelegten Karten, 1912/13 noch ein Spiel mit gleichen Chancen, jetzt ist es ein Hasardspiel.“[19] Diese Überlegungen veranlassten ihn dazu, bereits wenige Monate nach seiner Ernennung zum Generalstabschef einen Präventivschlag gegen Italien zu fordern.[20]

Aufgrund seiner „bastionsartig“[21] hervorspringenden Gestalt sollte Südtirol[22] in Conrads Planungen zu einem wichtigen Ausgangspunkt für Offensiven der österreichisch-ungarischen Streitkräfte werden. Die wichtigste Aufgabe eines Aufmarsches war demnach die Kontrolle der Sieben Gemeinden (Sette Comuni), des oberen Tagliamentos und des Piave-Oberlaufes im Cadore. Daneben wurde für einen alleinigen Krieg gegen Italien ein Offensivstoß über die nördlich von Verona gelegenen Lessinischen Alpen (Monti Lessini) in Richtung Bassano-Streló angedacht. Zur Sicherung der Flanken sollte ein Entlastungsangriff im Bereich des Karnischen Hauptkammes und der Julischen Alpen

[15] Vasja Klavora, Die Karstfront 1915–1916, Klagenfurt-Laibach-Wien 2008, S. 21 f.; Etschmann, Südfront, S. 85; Manfried Rauchensteiner, Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg: ein Bildband, Graz 1998, S. 82; Hew Strachan, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2004, S. 190.
[16] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 54; Jordan, Krieg, S. 112 ff.
[17] Kurt Peball (Hrsg.), Conrad von Hötzendorf. Private Aufzeichnungen. Erste Veröffentlichungen aus den Papieren des k. u. k. Generalstabs-Chefs, Wien-München 1977, S. 148.
[18] Ebd.
[19] Ebd., S. 238.
[20] Ebd., S. 96, Jordan, Krieg, S. 113 f., S. 115.
[21] Ebd. S. 108.
[22] Heute bezeichnet Südtirol die Provinz Bozen-Südtirol/Bolzano-Alto Adige. Vor dem Ersten Weltkrieg war Südtirol hingegen die Bezeichnung für Welschtirol, die heutige Provinz Trentino. Schaumann/Schubert, Süd-West-Front, S. 108.

ausgeführt werden. Am Isonzo und am Küstenland war hingegen die Verteidigung der Stellungen das vorrangige operative Ziel.[23]

Die für Offensivpläne besonders gut geeignete Lage Südtirols wurde durch „den negativen physischen Charakter des Landes konterkariert."[24] Zwar hatten die österreichisch-ungarischen Einheiten den Vorteil der inneren Linie, schnelle Truppenverschiebungen wurden aber durch das hochalpine Gelände und der wenig ausgebauten Versorgungsstraßen erschwert. Die italienischen Truppen konnten aus drei Richtungen angreifen, während sich die Verteidiger nur durch das Etsch- beziehungsweise das Eisacktal zurückziehen konnten. Außerdem verfügten die Streitkräfte der Donaumonarchie über eine ungenügende Verbindung mit dem Hinterland und es mangelte an Sammelplätzen, Unterkunftsmöglichkeiten und Ressourcen.[25]

## Der Kriegsbeginn 1915

Am Tag des italienischen Kriegseintrittes verfasste Conrad ein Memorandum, in dem er die strategischen und operativen Ziele an der neu entstandenen Südwestfront festlegte. Die k. u. k. Einheiten sollten demnach zunächst eine „Verteidigungslinie ‚möglichst weit vorne' bilden"[26] und die Stellungen „bei zähem Widerstand"[27] so lange als möglich halten. Nach einem erfolgreichen Vorgehen an der Ostfront sollten weitere Truppenverbände an den italienischen Kriegsschauplatz verlegt werden, um das gegnerische Heer in „ein[em] entscheidende[n] Schlag" zu besiegen.[28] Die Denkschrift zeigt, dass Conrad auch weiterhin einen Offensivkrieg gegen Italien ins Auge fasste. Dabei verkannte er aber die realen Bedingungen, denn durch die geringe Präsenz österreichisch-ungarischer Streitkräfte waren die Voraussetzungen für einen Angriff zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise gegeben.[29]

Bereits seit Mitte August 1914 hatte die Armee der Donaumonarchie, aufgrund der latenten Kriegsgefahr mit Italien, einen „losen Sicherheitsschleier"[30] an der südwestlichen Grenze errichtet. Im Mai 1915 waren im gesamten Grenzraum zwischen Italien und Österreich-Ungarn lediglich die fünf Divisionen der „Armeegruppe Rohr" stationiert: Diese bestanden vor allem aus schlecht ausgerüsteten Ergänzungsbataillonen sowie Landsturm- und Landwehrverbänden. Rechnet man noch die über 17.000 eingezogenen Standschützen sowie die zehn neu formierten Tiroler Landsturmbataillone hinzu, waren

[23] Jordan, Krieg, S. 108, S. 115.
[24] Jordan, Krieg, S. 109.
[25] Ebd., S. 108 f., S. 111.
[26] Martin Müller, Die österreichische Kriegführung an der Südwestfront 1915–18 aus der Sicht der deutschen Obersten Heeresleitung, phil. Dipl., Innsbruck 1993 (masch.), S. 33.
[27] Ebd.
[28] Ebd.
[29] Jordan, Krieg, S. 120.
[30] Etschmann, Südfront, S. 27.

knapp 100.000 Mann für die Landesverteidigung vorhanden. Der Großteil der regulären Truppen war indessen an anderen Fronten im Einsatz. Die Kaiserjäger, Tirols Eliteeinheiten, waren beispielsweise in Galizien gebunden und erlitten dort schwere Verluste.[31]

Unmittelbar nach dem Kriegsbeginn wurde die Südwestfront neu gegliedert. Die 5. k. u. k. Armee unter dem Kommando von GdI Svetozar Boroević wurde von der Südostfront abgezogen und an den Isonzo verlegt. Das Landesverteidigungskommando Tirol (LVK) unter GdK Viktor Dankl wurde zum Schutz der Tiroler Grenzen eingesetzt und die „Armeegruppe Rohr" sollte die Kärntner Front absichern. Den Oberbefehl erhielt GO Erzherzog Eugen, der bereits das Kommando über die Balkan-Streitkräfte innehatte; sein Generalstabschef wurde GdI Alfred Krauß.[32]

Die Verlegung der 5. Armee und zusätzlicher Truppenkontingente aus dem Osten verlief reibungslos; innerhalb weniger Wochen unterstanden Erzherzog Eugen rund 225.000 Soldaten. Als zusätzliche Verstärkung trafen Freiwilligen-Schützenverbände aus Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark und Triest ein. Im Juli kamen schließlich auch die vier Kaiserjäger-Regimenter sowie drei Landesschützen-Regimenter aus Galizien hinzu. Das Deutsche Reich entsandte das 23.000 Mann starke Deutsche Alpenkorps, das für Einsätze im Hochgebirge geeignet war, an die Tiroler Front. Die ersten Divisionen trafen am 26. Mai ein; kurze Zeit später beteiligte sich das Alpenkorps bereits an Kampfhandlungen gegen italienische Armeeverbände, obwohl sich das Deutsche Reich bis zum 28. August 1916 offiziell nicht im Kriegszustand mit Italien befand.[33] Österreich-Ungarn hätte sich von Beginn an eine stärkere deutsche Unterstützung erwartet. Die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) war aber nicht bereit, größere Heeresverbände zu entsenden, da der bewaffnete Konflikt mit Italien, wie auch die Militäraktion gegen Serbien als „ureigenste Krieg[e]" der Habsburgermonarchie angesehen wurden.[34]

Trotz des erfolgreichen Ausbaus der österreichisch-ungarischen Truppen war das italienische Heer quantitativ und qualitativ überlegen. Nachdem am 22. Mai 1915 die allgemeine Mobilmachung erfolgt war, marschierten bis Ende Juni vier Armeen mit rund 500.000 Mann und 1.900 mobilen Geschützen in Venetien auf. Im direkten Bereich der Frontlinie wurden zudem 25 Infanterie-Bataillone sowie ein Bersaglieri-Regiment und mehrere Reserve- und Kavallerieeinheiten aktiviert. Die italienischen Gebirgsjäger (Alpini) verfügten zu Beginn des Jahres 1915 über 55 Bataillone. Bis Kriegsende wurden sie auf 88 aufgestockt, wodurch sie rund 90.000 Mann umfassten.[35]

Im Aufmarschplan des italienischen Generalstabes (Commando Supremo) unter der Leitung von FM Graf Luigi Cadorna wurden drei Schwerpunkte gesetzt: Die 1. Armee

[31] Klavora, Karstfront, S. 27 ff., Jordan, Krieg, S. 216.
[32] Rauchensteiner, Doppeladler; S. 244, Etschmann, Südfront, S. 27.
[33] Etschmann, Südfront, S. 27, S. 29 f.
[34] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 244 f.
[35] Etschmann, Südfront, S. 30.

sollte die Tiroler Front von Westen und Süden her umklammern. Die 4. Armee sollte im Drau-, Gail- und Pustertal durchbrechen und die gegnerischen Stellungen aufrollen – somit wäre der Weg nach Tarvis und Villach frei geworden. Die 2. und die 3. italienische Armee wurden hingegen in den Julischen Alpen und am Isonzo gegen die 5. k. u. k. Armee eingesetzt, wo sie nach Triest und Istrien sowie in das Laibacher Becken vorstoßen sollten.[36]

Obwohl die italienischen Streitkräfte zahlenmäßig überlegen waren, blieb es an der Südwestfront zunächst erstaunlich ruhig. Ein Durchbruchsversuch an der Tiroler Front wurde nicht durchgeführt und auch am Isonzo blieb eine Großoffensive aus. Durch die zögerliche Umsetzung von Cadornas Angriffsplänen wurde die Chance verspielt, gleich zu Beginn den entscheidenden Schlag zu erzielen.[37] Dazu schrieb FML Cletus Pichler, der Generalstabschef des LVK Tirol:

> „Ein allgemeiner Angriff an den wichtigsten Einbruchsstellen, wie Stilfser Joch, Etschtal, Valsugana, Rollepaß [sic], [und] Kreuzbergpass, […] hätte angesichts der in den Maitagen überaus schwachen Verteidigungskräfte zu bedeutenden gegnerischen Erfolgen führen können.“[38]

Dass die Gelegenheit zu einem schnellen Durchbruch nicht genutzt wurde, lag einerseits an der schleppenden Mobilmachung des italienischen Heeres. Durch das schlecht ausgebaute Verkehrswegenetz konnte die Bereitstellung von Truppen und Kriegsmaterial erst Mitte Juni, also einen Monat später als von der militärischen Führung veranschlagt, abgeschlossen werden.[39] Andererseits wollte Cadorna „methodisch und unter Berücksichtigung des Möglichen“[40] vorgehen und die eigenen Truppen nicht durch einen überhasteten Vorstoß schwächen. Die italienischen Angriffsversuche der ersten Kriegstage wurden in der Folge nicht mit letzter Konsequenz durchgeführt, was den österreichisch-ungarischen Truppen Zeit verschaffte, die eigenen Stellungen auszubauen.[41]

## Materialschlachten am Isonzo 1915/1916

Cadorna erwartete einen kurzen und militärisch erfolgreichen Feldzug gegen die Donaumonarchie. Noch im April 1915 erklärte er in einem Gespräch mit römischen Parlamentariern, „dass Italien im Krieg mit Österreich-Ungarn mit Sicherheit in einem Monat in Triest sein werde.“[42] Cadornas Optimismus war angesichts der schwachen gegnerischen

[36] Peter, Hochgebirgskrieg, S. 41.
[37] Jordan, Krieg, S. 220–223.
[38] Cletus Pichler, Der Krieg in Tirol 1915/1916, Innsbruck 1924, S. 33 f.
[39] Klavora, Karstfront, S. 21; Hans Jürgen Pantenius, Der Angriffsgedanke gegen Italien bei Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Koalitionskriegsführung im Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Wien 1984, 613 ff.,
[40] Ebd, 593.
[41] Ebd, S. 593 ff.; Müller, Kriegsführung, S. 34.
[42] „[…] che l’Italia, entrando in guerra, poteva essere sicura di essere dopo un mese a Trieste […]“, Francesco Saverio Nitti, Scritti Politici Bd. 6, Rivelazioni, Mediatzione e ricordi, (Edizione Nazionale delle Opere di

Verteidigungslinien, die teilweise nur aus einer „Linie von seichten Schützengräben“[43] bestanden, durchaus legitim: Alles deutete auf einen relativ gesicherten Vormarsch hin. Bereits in der Nacht des 23. Mai überschritten die italienischen Streitkräfte die Reichsgrenze und begannen gegen die feindlichen Stellungen vorzurücken. Dieser erste Offensivstoß (primo sbalzo offensivo) verfehlte aber sein Ziel, da das italienische Heer seine anfängliche Übermacht nicht auszunutzen wusste und nur sehr langsam und zu wenig energisch vorging. Schließlich wurde der erfolglose Angriff, in dem lediglich ungesicherte Gebiete besetzt werden konnten, am 13. Juni eingestellt.[44]

Am 23. Juni 1915, einen Monat nach der offiziellen Kriegserklärung, begann die erste italienische Großoffensive am Isonzo. Der Angriffsplan sah vor, die Brückenköpfe Görz und Tolmein einzunehmen und anschließend über das Karstplateau ins Laibacher Becken vorzudringen. Nach heftig geführten Kämpfen konnten die italienischen Truppen die feindlichen Linien aber nicht durchbrechen.[45] Nach einer elftägigen Feuerpause holten die Angreifer am 18. Juli zu einem weiteren großangelegten Militärschlag aus. Cadorna richtete sein Hauptaugenmerk diesmal auf die südliche Flanke der Isonzofront. In einer entschlossenen Aktion sollte ein Durchbruch im Karstgebiet in Richtung Triest gelingen. Nach erbitterten Gefechten mit massivem Artillerieeinsatz brachte auch die zweite Isonzoschlacht nicht den gewünschten Erfolg und wurde schließlich am 10. August abgebrochen.[46] Ähnlich wie an der deutsch-französischen Westfront nahmen die Kampfhandlungen an der Isonzofront in zunehmenden Maß den Charakter eines langwierigen Abnützungskrieges an. Wie im Westen gelang es den Angreifern am Isonzo trotz starken Artillerieeinsatzes und stundenlangen Trommelfeuers nicht, eine Entscheidung herbeizuführen. Belanglose Geländegewinne standen außerordentlichen personellen und materiellen Verlusten gegenüber.[47]

Indessen wuchs der Druck auf Cadorna stetig an. Der erhoffte schnelle Erfolg rückte in immer weitere Ferne, die Alliierten drängten auf eine kriegsentscheidende Offensive und auch die Stimmung in der italienischen Bevölkerung wurde angesichts des sinnlosen Massensterbens am Isonzo zusehends schlechter. Die militärische Führung der k. u. k. Armee konnte hingegen mit der operativen Situation zufrieden sein, gelang es ihr doch die Angriffe eines scheinbar übermächtigen Gegners erfolgreich abzuwehren. Allerdings

Francesco Saverio Nitti 15), Bari 1936. Eine deutsche Übersetzung findet sich bei Klavora, Karstfront, S. 38; Holger Afflerbach, Vom Bündnispartner zum Kriegsgegner. Ursachen und Folgen des italienischen Kriegseintritts im Mai 1915, in: Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915, hrsg. v. Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi, München 2007, S. 53–69, hier, S. 62.

[43] Klavora, Karstfront, S. 37.

[44] Ebd., S. 38 f., S. 57 f.

[45] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 250; Klavora, Karstfront, S. 58; Etschmann, Südfront, S. 30 f.

[46] Klavora, Karstfront, S. 75 f.

[47] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 252 ff.

hatte der neue Kriegsschauplatz viele Kräfte gebunden. Kräfte, die auch auf dem Balkan oder an der Ostfront dringend benötigt worden wären.[48]

Die Italiener standen folglich unter Zugzwang und versuchten durch weitere Angriffe den angestrebten Durchbruch zu erzwingen. Die dritte und vierte Isonzoschlacht, die vom 18. Oktober bis zum 5. November bzw. vom 10. November bis zum 11. Dezember wütete, brachten schließlich bescheidene Geländegewinne für die Angreifer. Die Verluste für beide Seiten waren aber enorm: 120.000 italienische und 70.000 österreichisch-ungarische Soldaten verloren ihr Leben.[49] In den ersten Monaten des Jahres 1916 sah sich die k. u. k. Armee neuen Gefahren ausgesetzt. Zum einen ließ der Druck der Angreifer nicht nach – am 11. März begann die fünfte Isonzoschlacht, die ebenfalls ergebnislos verlief. Durch die verlustreichen Kämpfe, und wegen der Vorbereitungen auf die Südtirol-Offensive (Vgl. Unterkapitel „Die ‚Strafexpedition' 1916) machte sich zusehends ein Mangel an verfügbaren Einheiten bemerkbar. Um die arg in Bedrängnis geratenen Stellungen zu entlasten, wurde nun der Einsatz von chemischen Kampfstoffen vom AOK angedacht.[50] Bei dem geplanten Giftgasangriff sollte das sogenannte „Blasverfahren" zum Einsatz kommen, wobei die Chemikalien über ein Röhrensystem abgeblasen und anschließend über die Luft – vorausgesetzt es herrschen günstige Windverhältnisse – zu den gegnerischen Stellungen geleitet werden. Kaiser Franz Joseph hatte sich zunächst gegen die Anwendung von chemischen Waffen ausgesprochen. Nach wiederholten Aufforderungen von Seiten des AOKs, lenkte er schließlich ein und genehmigte die Offensive im Frühjahr 1916. Kurz darauf begannen die österreichisch-ungarischen Streitkräfte die Vorbereitungen für einen Gasangriff in die Wege zu leiten.[51]

Am 28. Juni nahmen die italienischen Truppen die gegnerischen Stellungen unter Beschuss. Die k. u. k. Armee befürchtete einen erneuten Durchbruchversuch und begann am folgenden Tag den „Blasangriff" mit einem Chlor-Phosgengemisch. Die Italiener wurden von der Offensive völlig überrascht. Zu diesem Zeitpunkt besaßen sie keine Gasmasken und waren den Chemikalien somit schutzlos ausgeliefert.[52] Tausende italienische Soldaten starben an den Folgen des Giftgasangriffes; doch die ungünstige Windlage verhinderte eine großflächige Ausbreitung der Kampstoffe, wodurch weit weniger feindliche Stellungen getroffen wurden als man sich auf österreichisch-ungarischer Seite erhofft hatte. So konnte der italienische Angriff zwar abgewehrt werden, letztlich brachte aber auch der brutale Chemiewaffeneinsatz keine Veränderung der Gesamtlage.[53]

[48] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 255 f.
[49] Etschmann, Südfront, S. 30 f.
[50] Klavora, Karstfront, S. 245.
[51] Ebd., 253 f.; Rauchensteiner, Doppeladler, S. 360.
[52] Klavora, Karstfront, S. 255 f.
[53] Klavora, Karstfront, S. 266 f.

Am 4. August begann die nächste Großoffensive Italiens. Der „Schock“ des Gasangriffes war überwunden und durch die missglückte österreichisch-ungarische Frühjahrsoffensive („Strafexpedition“) verspürte Cadorna neuen Rückenwind. Die italienische Armee wurde verstärkt und der genaue Zeitpunkt des bevorstehenden Angriffes konnte dieses Mal geschickt verschleiert werden. Außerdem musste die k. u. k. Armee auf Grund der Brussilov-Offensive in Russland große Truppenkontingente in den Osten verlegen. So gelang es den italienischen Einheiten die unvorbereiteten Gegner zurückzudrängen und größere Geländegewinne zu erzielen. Am 8. August wurde Görz besetzt und auch der Monte San Michele, sowie der Monte Sabotino konnten eingenommen werden.[54] In der siebten und achten Isonzoschlacht verzeichneten die Italiener wiederum nur geringe Gebietsgewinne. In der neunten Isonzoschlacht, die vom 31. Oktober bis zum 4. November 1916 dauerte, wurde die italienische Offensive zum ersten Mal von Fliegertruppen begleitet. Durch die Wucht des gegnerischen Angriffes wurden die österreichisch-ungarischen Nachschublinien empfindlich gestört. Nach heftigen Gefechten gelang es den Italienern strategisch wichtige Positionen einzunehmen.[55]

## Die Kampfhandlungen an der Tiroler Front

### Der Hochgebirgskrieg

Wie bereits besprochen rückten die italienischen Streitkräfte an der Tiroler Front zunächst nur langsam vor. Dies entsprach zum Teil auch der Planung der italienischen Armee, die ihr Hauptaugenmerk auf die Isonzofront legte.[56] Die Kampfhandlungen an der Gebirgsfront in den Monaten Mai bis Juni 1915 zerfielen in unzählbare, zusammenhanglose Einzelgefechte. Die Italiener versuchten an mehreren Stellen die gegnerischen Linien zu durchbrechen. Bei diesen Manövern handelte es sich aber nicht um großangelegte Offensiven, sondern um kleinere, regional begrenzte Aktionen. Die Kommandoeinheiten erreichten selten die Stärke eines Bataillons, da die Beschaffenheit des Hochgebirges Aufmärsche von größeren Verbänden nicht gestattete. Aus dieser Ausgangskonstellation entwickelte sich in den ersten Gefechtstagen der „Krieg der Bergführer“.[57] Beispielhaft für diese Art der Kriegsführung waren die sogenannten

[54] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 361; Etschmann, Südfront, S. 31.
[55] Etschmann, Südfront, S. 31.
[56] Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 68.
[57] Jordan, Krieg, S. 233. Der Historiker Oswald Überegger weist darauf hin, dass der „Krieg der Bergführer“ in der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg überproportional stark präsent war und zum Teil immer noch ist. Der Krieg im Gebirge wurde nachträglich zu einem heroischen Kampf Mann gegen Mann und Mensch gegen Natur hochstilisiert, während weitgehend außer Acht gelassen wurde, dass die Kriegsführung an der Südwestfront enorm technisiert war (Minenkrieg, Seilbahnbau, Einsatz von chemischen Kampfstoffen) und durchaus Parallelen zur Westfront aufwies (Stellungs- bzw. Abnützungskrieg; abgesehen von der 6. und 12. Isonzoschlacht kaum nennenswertem Eroberungen). Oswald Überegger, Erinnerungskriege. Der Erste Weltkrieg, Österreich und die Tiroler Kriegserinnerung in der Zwischenkriegszeit (Tirol im Ersten Weltkrieg. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 9), Innsbruck 2011, S. 235, 247.

„fliegenden Patrouillen“, die aus berg- und klettererfahrenen Alpinisten gebildet wurden. Sie hatten die Aufgabe durch ständiges Patrouillieren diejenigen Bergstellungen zu überwachen, deren ständige Besetzung nicht möglich war. Den Italienern sollte durch diese Taktik eine stärkere Präsenz von österreichisch-ungarischen Einheiten an der Tiroler Front vorgetäuscht werden, als dies in Wirklichkeit der Fall war.[58]

Im Sommer 1916 zeigte sich bereits, dass es den italienischen Truppen nicht gelingen würde, den angestrebten schnellen Durchbruch über die Alpen zu erzielen. An der Gebirgsfront gelang eine einigermaßen erfolgreiche Kriegsführung vorerst aber nur auf den Hochflächen von Folgaria und Lavarone. Hier konnten die italienischen Verbände auch kleinere Gebietsgewinne erringen, während die österreichisch-ungarische Armee die Front auf leichter zu haltende Stellungen zurücknehmen musste. Der Angriffsschwung geriet aber schon bald an allen Abschnitten ins Stocken. Die Fronten erstarrten und aus dem „Krieg der Bergführer“ wurde ein hochalpiner Stellungskrieg, in dem es zusehends „darum ging, […] in alpinistisch kühnen, ungeheuer opferreichen, aber begrenzten Operationen gegnerische Stellungen aus dem Berg herauszuschießen oder zu sprengen.“[59]

Der Krieg im Gebirge spielte sich in schwierigstem Gelände ab. Vor 1914 hätte wohl niemand damit gerechnet, dass es auch auf dem 3.902 hohen Ortler am westlichen Ende der Tiroler Front zu blutigen Gefechten kommen würde. Im Mai 1915 befürchteten die österreichisch-ungarischen Truppen aber einen italienischen Angriff über das Stilfser Joch und begannen ihre Stellungen auszubauen. Mit Hilfe von russischen Kriegsgefangenen wurden auf dem Ortler-Vorgipfel zwei Gebirgsgeschütze in Stellung gebracht und ab dem 27. Juli 1916 eingesetzt – sie bildeten die am höchsten gelegene Artilleriestellung des Ersten Weltkrieges. Auch wenn sich die italienischen Soldaten mit den Verteidigern zum Teil heftige Kämpfe lieferten, blieb der Frontverlauf bis zum November 1918 nahezu unverändert.[60]

Auch auf dem Marmolata-Massiv entwickelte sich ein erbitterter Stellungskrieg. Bei Kriegsbeginn kam es in diesem Gebiet nur zu vereinzelten Patrouillengefechten, da auf Grund der Beschaffenheit des Gletschers eine dauerhafte Besetzung zunächst unmöglich erschien.[61] Das erklärte Ziel der italienischen Armee an diesem Frontabschnitt war die Überwindung der Marmolata, um über den Fedaja-Pass ins Fassatal (Val di Fassa) vorzustoßen. Von dort aus hätten die angreifenden Truppen über das Fleimstal (Val di Fiemme) bis in das Etschtal vordringen können. Eine andere Variante sah einen Vorstoß über Arabba und Corvara vor, um anschließend über das Abteital (Val Badia) in das Pus-

[58] Jordan, Krieg, 234 f.; Peter, Hochgebirgskrieg, S. 43.
[59] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 248.
[60] Etschmann, Südfront, S. 33 f.
[61] Peter, Hochgebirgskrieg, S. 88; Etschmann, S. 34.

tertal zu gelangen. Aus Angst vor einem feindlichen Durchbruch begann das österreichisch-ungarische Heer damit, seine Stellungen zu verstärken. Im Frühjahr 1916 gelang es den k. u. k. Einheiten die Marmolata zu besetzten, allerdings konnten auch die Alpini einen Erfolg verbuchen: Sie eroberten die höher gelegenen Serautnen (Punta Serauta) und nahmen die gegnerischen Stellungen unter anhaltenden Artilleriebeschuss.[62]

Um die eigenen Stellungen und Nachschublinien vor dem italienischen Artilleriefeuer zu schützen, wurde im Juli 1916 nach den Plänen von Ingenieur Leo Handl mit dem Bau einer „Stadt im Eis“ begonnen. Innerhalb weniger Monate wurden große Kavernen sowie kilometerlange Kampf- und Versorgungsstollen errichtet, die bis zu 40 Meter unter der Oberfläche des Gletschers lagen. Für die Verwirklichung dieses Großprojekts wurden hunderte russische und serbische Kriegsgefangene sowie eine Landsturmkompanie aus Bosnien eingesetzt. Den Trägerformationen kam dabei eine besondere Bedeutung bei der Versorgung der vordersten Linien zu. In mehrstündigen, erschöpfenden Märschen hatte jeder Träger rund 25 Kilogramm Verpflegung von den Seilbahnendstellen zu den Kavernen und Gletscherstollen zu bringen.[63]

Der Gletscher bot Schutz vor feindlichen Angriffen, andererseits barg das Leben auf und im Inneren des Gletschers unzählige Gefahren. Viele Soldaten kamen auf den vereisten Steigen, Brücken oder Leitern zu Sturz, zahlreiche verirrten sich in den unüberschaubaren Gletscherspalten und blieben vermisst. Außerdem verschlechterte sich der allgemeine Gesundheitszustand der Soldaten durch das nasskalte Klima stetig.[64] Lawinenabgänge, Kälteeinbrüche und Blitzschläge forderten ebenfalls viele Todesopfer. Allein der Lawinenabgang vom 13. Dezember 1916, der das österreichische Lager am Gran Poz zerstörte, begrub rund 300 Mann unter 200.000 Tonnen Schnee.[65]

Obwohl beide Seiten große Anstrengungen unternahmen, um die feindlichen Linien zu durchbrechen, blieb der Frontverlauf ein Jahr lang beinahe unverändert. Erst im Sommer 1917 konnte dieses Patt zumindest im Bereich der strategisch wichtigen Vesura-Scharte (Forcella Vu) von italienischen Pionieren beseitigt werden. Ihnen war es in wochenlanger Arbeit gelungen, einen Stollen zu den gegnerischen Stellungen zu graben. Am 20. September bohrten die Italiener die Wand einer österreichisch-ungarischen Kaverne an, und am Morgen des 21. Septembers besetzten sie diese nach einem kurzen Nahkampf. Wenige Tage später konnten k. u. k. Mineure ebenfalls eine erfolgreiche Sprengung an der Vesura-Scharte durchführen. Sie zerstörten einen feindlichen Stollen, der für die Zündung einer Gegenmine angelegt worden war. Die weiteren italienischen Sprengversuche vom 24. und 29. Oktober schlugen fehl. Noch eine Woche nach dem österreichisch-

[62] Jordan, Krieg, S. 288.
[63] Etschmann, Südfront, S. 36 f.
[64] Jordan, Krieg, S. 291 f.
[65] Ebd., S. 295; Etschmann, Südfront, S. 37.

ungarischen Durchbruch bei Flitsch-Tolmein (Vgl. Unterkapitel „Die Durchbruchsschlacht von Flitsch–Tolmein“) gelang es den italienischen Streitkräften, einen wichtigen Posten am Westhang der Vesura-Schlucht einzunehmen. Damit endeten aber die Aktivitäten der Italiener in diesem Frontabschnitt, denn durch den erfolgreichen Vormarsch der österreichisch-ungarischen Armee in Venetien bestand für die Marmolata-Einheiten nun die Gefahr, von ihren Versorgungslinien abgeschnitten zu werden. Am 4. November begannen die italienischen Soldaten mit dem Rückzug; die letzten Kaiserschützen räumten am 7. November ihre Stellungen.[66]

Einer der bekanntesten Schauplätze des hochalpinen „Mienenkrieges“ wurde der Col di Lana Er bildete er einen wichtigen „Sperrriegel“ an der Dolomitenfront und wurde kurz nach Kriegsbeginn von Kaiserjägern besetzt. Die italienischen Soldaten konnten trotz verlustreicher Angriffe – die dem Col di Lana den Beinahmen Col di Sangue (Berg des Blutes) einbrachten – den Gipfel nicht einnehmen; deshalb begannen sie im Dezember 1915 damit, den Berg zu unterminieren.[67] Italienische Pioniere gruben einen 105 Meter langer Stollen unter die Gipfelkavernen der Gegner und füllten ihn mit fünf Tonnen Nitrogelatine. Am Abend des 17. Aprils 1916 erfolgte die Sprengung. Die gewaltige Detonation riss einen rund 12 Meter tiefen, 50 Meter langen und 35 Meter breiten Krater in den Berg. 200 österreichisch-ungarische Soldaten starben infolge der Sprengung und des anschließenden Artilleriebeschusses, die restlichen gerieten in Kriegsgefangenschaft.[68]

Nach der Sprengung am Col di Lana entwickelten sich vor allem im Gebiet des Falzaregopasses am Kleinen Lagazuoi massive Kämpfe. Auch dieser strategisch wichtige Gipfel war bei Kriegsbeginn von k. u. k. Soldaten besetzt worden. Den italienischen Alpini war es aber gelungen, auf halber Höhe mehrere Kavernen und Stollen zu errichten. Am 1. Jänner und am 22. Mai 1916 versuchten die österreichisch-ungarischen Einheiten, durch Sprengungen die tiefer gelegenen italienischen Stollenanlagen zu zerstören. Die Sprengversuche glückten und verursachten schwere Schäden an den feindlichen Stellungen. Allerdings blieb der große Erfolg aus, denn es gelang nicht, die italienischen Verbände zu einem vollständigen Rückzug zu zwingen.[69]

### Die „Strafexpedition“ 1916

Nachdem Serbien und Montenegro im Winter 1915/1916 von den Mittelmächten erfolgreich niedergeworfen worden waren, wandte sich Conrad der Südwestfront zu.[70] Im Rückgriff auf einen Angriffsplan aus Vorkriegszeiten sollte das österreichisch-ungarische Heer in einer entscheidenden Offensive aus Südtirol die Vizentiner Alpen

[66] Etschmann, Südfront, S. 38 f.
[67] Peter, Hochgebirgskrieg, S. 57.
[68] Jordan, Krieg, S. 280 ff.
[69] Etschmann, Südfront, S. 40 f.
[70] Etschmann, Südfront, S. 41.

überqueren, die Ortschaften Bassano und Thiene erreichen und weiter in die Tiefebene Venetiens vordringen.[71] Durch diesen Vorstoß in den Rücken der italienischen Streitkräfte, die vor allem in Nordostitalien entlang des Isonzo stationiert waren, wollte Conrad eine Entscheidung auf dem italienischen Kriegsschauplatz herbeiführen.[72]

Nach seinen Vorstellungen sollte der Angriff in einer gemeinsamen Aktion von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen vorgetragen werden. Am 10. Dezember unterbreitete Conrad dem Chef des deutschen Generalstabes GdI Erich Falkenhayn bei einem Treffen im Hauptquartier des AOKs in Teschen seine Offensivpläne. Falkenhayn zeigte sich aber nicht bereit, deutsche Kampfeinheiten für dieses Unternehmen an die Südwestfront zu entsenden. Dafür dürften zwei Gründe ausschlaggebend gewesen sein: Einerseits war er davon überzeugt, dass der Krieg in Frankreich und nicht im am Isonzo entschieden werden würde, anderseits schätzte er die Kampfkraft der österreichisch-ungarischen Armee nicht sonderlich hoch ein. Bei einem Scheitern des Großangriffes wären zusätzliche deutsche Verbände an der italienischen Front auf Dauer gebunden gewesen.[73] Auch alle weiteren Versuche Conrads, die deutsche Armeeführung doch noch zu einer gemeinsamen Initiative zu überreden scheiterten. Falkenhayn hatte sich bereits entschieden bei Verdun anzugreifen und leitete die Offensive – ohne Conrad davon in Kenntnis zu setzen – neun Tage nach einer letzten diesbezüglichen Besprechung am 12. Februar 1916 ein. Das einseitige Vorgehen Falkenhayns bekräftigte nun Conrad seinerseits Fakten zu schaffen. Ohne weitere Absprachen mit der OHL gingen die Vorbereitungen für die „Strafexpedition“ weiter. Zwei Armeen mit rund 200.000 Soldaten sollten in Tirol zusammengezogen werden.[74]

Laut Conrads Anweisungen fiel der neu gebildeten 11. Armee unter der Leitung von GO Dankl die Aufgabe zu „zwischen Etsch und Suganatal […] über die Hochflächen von Folgaria-Lavarone auf Thiene-Bassano [vorzustoßen].“[75] Die 3. Armee unter FM Hermann von Kövess sollte nachzurücken und den Vorstoß in die venezianische Ebene fortsetzen.[76] Bei der Umsetzung der Offensive erwies sich die Bereitstellung der Truppen zunächst als größtes Problem. Conrad stand Anfang 1916 nur eine von 14 benötigten Divisionen zur Verfügung. In der Folge waren enorme Truppenbewegungen notwendig, um die restlichen 13 Divisionen, inklusive der erforderlichen Munition, Artillerie und dem restlichen Kriegsmaterial an die Tiroler Front zu bringen. Die Soldaten wurden vor allem von der Ost- und der nahen Isonzofront abgezogen. Begünstigt durch die milde

[71] Müller, Kriegsführung, S. 39 f.
[72] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 330.
[73] Fontana, Tirol, S. 458.
[74] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 333.
[75] Österreichisches Bundesministerium für Heereswesen/Kriegsarchiv (Hrsg.), Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918, Wien 1939, Bd. 4, S. 173 f., Zit. nach Fontana, Tirol S. 458.
[76] Fontana, Tirol, S. 458.

Witterung, konnten die Truppen zunächst erstaunlich schnell verlegt werden; aber bereits Anfang März begann es zu schneien.[77]

Durch das schlechter werdende Wetter konnte der Aufmarsch der Streitkräfte und der schweren Artillerie auf dem Hochplateau von Folgaria-Lavarone nur unter größten Anstrengungen der beteiligten Truppen bewältigt werden. Tausende Soldaten wurden für die Instandsetzung der Verbindungswege verwendet, viele starben durch Lawinen oder andere Unfälle; und so musste der Angriffstermin gleich mehrfach verschoben werden. Da der Angriff so lange wie möglich geheim gehalten werden sollten, um den erhofften „Überraschungseffekt" nicht zu gefährden, wurde die Wartezeit nicht für weitere Erkundungsgänge oder zum Einschießen der Artillerie verwendet. Trotz aller österreichisch-ungarischen Bemühungen die Truppenbewegungen zu verschleiern, war es den Italienern nicht entgangen, dass ein feindlicher Militärschlag geplant wurde. Sie ergriffen nun ihrerseits die Gelegenheit um die eigenen Heeresverbände in Gefechtsbereitschaft zu versetzten.[78]

Über einen Monat später als geplant, begann die „Strafexpedition" am 15. Mai 1915. Die österreichisch-ungarischen Armeen verfügten insgesamt über rund 157.000 Mann, denen die 1. Armee der Italiener mit 114.000 Mann gegenüberstand. Der von Conrad erhoffte 2:1 Vorteil wurde somit nicht erreicht.[79] Nach einem mehrstündigen Artilleriefeuer starteten die k. u. k. Einheiten ihren Vormarsch. Im Gebiet von Rovereto konnten sie relativ schnell vorrücken, auch im Terragnolotal (Val Terragnolo) und im Suganatal (Val Sugana) stießen sie auf wenig Widerstand. Die Italiener hatten dem wuchtigen gegnerischen Angriff wenig entgegenzusetzen und mussten sich trotz schnell nachrückender Reserveeinheiten immer weiter zurückziehen. So wurde bereits am fünften Gefechtstag das erste strategische Ziel, das Asticotal (Val d'Astico) erreicht. Die österreichisch-ungarischen Streitkräfte hatten sich damit eine günstige Ausgangsposition für die geplante Invasion der venezianischen Ebene erkämpft.[80]

Warum wurde es nun aber versäumt den entscheidenden Durchbruchsversuch zu unternehmen? Neben den planerischen Mängeln, wirkten sich auch die Unstimmigkeiten innerhalb der k. u. k. Armeeführung verheerend auf den weiteren Verlauf der „Strafexpedition" aus. Bereits in der Vorbereitungsphase hatte Conrad die Ermächtigung, Details der geplanten militärischen Operation auszuarbeiten, an den Kommandanten der Südwestfront FM Erzherzog Eugen und seinen Stabsleiter GdI Alfred Krauß abgegeben. Das Frontkommando wurde hingegen zwischen Kövess und Dankl aufgeteilt. Innerhalb dieser Befehlsstruktur ergaben sich von Beginn an Abstimmungsprobleme, da Dankl und Kövess „Schützlinge" Conrads waren – nicht aber Krauß. Dankl hegte zudem persönliche

[77] Lawrence Sondhaus, Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse, Wien-Graz 2003, S. 196.
[78] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 334; Sondhaus, Conrad, S. 196 f.
[79] Sondhaus, Conrad, S. 197.
[80] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 339 f.

Ressentiments gegenüber Krauß und wandte sich deshalb lieber gleich an Conrad, wenn er und Krauß nicht derselben Meinung waren. Die Tatsache, dass der Thronfolger Erzherzog Karl – gegen den Willen Conrads – den Oberbefehl über das XX. Armeekorps in Dankls Armee erhielt verkomplizierte die Lage weiter.[81] Karl sollte ein ungefährdeter Sieg ermöglicht werden, weshalb Krauß die von Conrad ausgearbeiteten Angriffspläne einseitig abänderte. In der Folge wurden die übrigen Truppenverbände der 11. Armee unzureichend mit schwerem Kriegsmaterial versorgt.[82]

Zwischen dem Heeresgruppenkommando und dem AOK kam es zu erneuten Meinungsverschiedenheiten, als Erzherzog Eugen im April einen Befehl formulierte, der die Kommandanten dazu anhielt, die menschlichen Verluste möglichst gering zu halten. Diese Anweisung stand im Widerspruch zur Auffassung Conrads, der durch ein rücksichtsloses Vorantreiben der Truppen einen schnellen Durchbruch erreichen wollte. Erzherzog Karl hatte zudem für sein Korps einen noch weiter reichenden Befehl ausgegeben und jedem Kommandanten angedroht, dass er zur Verantwortung gezogen werde, falls er übermäßig Verluste mache. Folglich rückte die k. u. k. Armee nur zögerlich voran und versäumte vielfach die Gelegenheit, den zurückweichenden Italienern nachzustoßen. Auch das in der Planung wenig berücksichtigte schwierige Gelände sowie die oft fehlende Artillerieunterstützung und der einsetzende Munitionsmangel ließen den anfänglichen Schwung der Offensive zusehends verloren gehen. Das zu langsame Vorrücken der Streitkräfte veranlasste schließlich Krauß nach Trient zu fahren, um Dankl zu einem energischeren Vorgehen aufzufordern.[83] Nach Krauß' Plan sollte die 11. Armee nun versuchen durch die breiten Talsohlen der Valsugana und des Fleimstales nach Bassano und Thiene vorzustoßen. Diese „Talstoß"-Strategie war aber unvereinbar mit der Lehrmeinung des „Höhenangriffes", wonach die Inbesitznahme der Bergrücken entscheidend für den positiven Verlauf einer Militäraktion im Gebirge war. Dankl erteilte den Vorschlägen von Krauß eine klare Absage und weigerte sich den „Talstoß" zu versuchen, ohne die Höhenzüge vorher zu sichern.[84]

Die operativen und strategischen Defizite, das bedächtige Vorgehen der Armeeverbände und die Unstimmigkeiten in der militärischen Führung begünstigten letztlich die Italiener. Innerhalb kürzester Zeit gelang es ihnen, große Truppenbewegungen in Gang zu setzen und die Verteidigungslinien neu zu ordnen. Der österreichisch-ungarische Vormarsch rannte sich am 8. Juni 1915 im Talbecken von Asiago fest. Zudem setzte die russische Brussilov-Offensive[85] an der Ostfront ein. Der Angriff an der Südwestfront

[81] Sondhaus, Conrad, S. 197.
[82] Ebd.; Fontana, Tirol, S. 461.
[83] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 340 f.
[84] Fontana, Tirol, S. 459; Rauchensteiner, Doppeladler, S. 341.
[85] Für den Historiker Josef Fontana war die Brussilov-Offensive nicht die entscheidende Ursache für das Scheitern der Südtirol-Offensive. Er weist darauf hin, dass die „Strafexpedition […] schon zwei, drei Tage vor Beginn der Brussilov-Offensive ins Stocken geraten [war]." Selbst wenn es der k. u. k. Armee gelungen

wurde eingestellt und das Heeresgruppenkommando erließ den Befehl, zur Verteidigung überzugehen.[86]

Die Bilanz der Südtirol-Offensive fiel auf österreichisch-ungarischer Seite ernüchternd aus. Einerseits verlor die k. u. k. Armee „nur“ 44.000 Mann, während auf der italienischen Seite 76.000 Mann starben. Zudem konnte die Frontlinie um etwa 12 Kilometer tiefer in feindliches Gebiet geschoben werden und band nun das Dreifache an italienischen Soldaten. Andererseits wurden die österreichisch-ungarischen Stellungen an der Isonzofront durch die Herauslösung großer Truppenverbände geschwächt. In der Folge gelang der italienischen Armee mit der Besetzung des strategisch wichtigen Brückenkopfes von Görz ein Prestigeerfolg, während das AOK durch den militärischen Fehlschlag stark an Ansehen einbüßte.[87]

## Die Kämpfe am Isonzo 1917

### Die 10. und die 11. Isonzoschlacht

Der „alte Kaiser“ Franz Joseph I. starb am 21. November 1916 nach einer 68-jährigen Regierungszeit. Sein Nachfolger, Kaiser Karl I., nahm im AOK eine tief greifende Umstrukturierung vor. Er setze diejenigen Personen in Schlüsselpositionen ein, denen er zutraute seine Vorstellungen umsetzen zu können.[88] Karl übernahm nun selbst den Oberbefehl und Anfang Jänner 1917 wurde das AOK aus Teschen nach Baden bei Wien (beziehungsweise Bad Vöslau) verlegt. Am 11. Februar 1917 wurde der Stellvertretende Armeeoberkommandant FM Erzherzog Friedrich seines Amtes enthoben, wenige Tage später demissionierte der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf. Conrad wollte zunächst in den Ruhestand treten, ließ sich dann aber dazu überreden, das Kommando über eine Heeresgruppe an der italienischen Front zu übernehmen. Sein Nachfolger als Generalstabschef wurde GdI Arthur Arz von Straussenburg.[89]

An der Südwestfront kam es indessen nach der ergebnislosen neunten Isonzoschlacht sechs Monate lang zu keinen größeren Kampfhandlungen. Am 12. Mai 1917 starteten die Italiener eine weitere Offensive. Der Hauptstoß richtete sich diesmal gegen die feindlichen Stellungen zwischen Görz und Tolmein, die von drei Seiten angegriffen werden sollten. Die österreichisch-ungarischen Verbände konnten sich einmal mehr erfolgreich verteidigen und kleinere Gegenangriffe vortragen. Trotzdem mussten sie aber

wäre die venezianische Ebene zu erreichen, hätten sie die dort stationierten italienischen Truppenverbände wohl kaum besiegen können. Dafür wären die Soldaten zu „müde und ausgelaugt“ gewesen. Fontana, Tirol, S. 465.

[86] Etschmann, Südfront, S. 33.

[87] Fontana, Tirol, S. 465.

[88] Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 83 ff.

[89] Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 87 f.

die Front an mehreren Stellen zurücknehmen und den Angreifern strategisch wichtige Punkte überlassen.[90]

Bereits im August rüstete Cadorna für einen weiteren Angriff. In der elften und bis dahin blutigsten Schlacht am Isonzo konnten die Italiener durch massiven Artillerieeinsatz die Verteidiger zur Rücknahme der nördlich des Monte San Gabriele verlaufenden Frontlinie zwingen. Die Kämpfe auf dem Monte San Gabriele wurden noch bis in den September fortgesetzt; hier gelang es den österreichisch-ungarischen Truppen ihre Stellungen erfolgreich zu halten. Erneut hatten die Italiener sehr hohe Verluste (rund 40.000 Tote und 108.000 Verwundete) zu verzeichnen, ohne eine Kriegsentscheidung herbeizuführen. Die Kampfmoral der italienischen Soldaten litt unter den anhaltenden Misserfolgen und den hohen Opferzahlen schwer. Aber auch auf der österreichisch-ungarischen Seite machte sich auf Grund der enormen Verluste (100.000 Mann, davon rund 10.000 gefallen) Kriegsmüdigkeit breit.[91]

**Die Durchbruchsschlacht von Flitsch–Tolmein**

Noch während der 11. Isonzoschlacht mussten die Entscheidungsträger im AOK erkennen, dass die österreichisch-ungarischen Verteidigungslinien einem weiteren gegnerischen Angriff nicht mehr standhalten würden. Die Italiener konnten nämlich die personellen und materiellen Verluste ersetzten, die Donaumonarchie war dazu kaum noch in der Lage. Als einzige Möglichkeit einen drohenden Zusammenbruch zu verhindern, wurde deshalb am 25. August 1917 der Plan ausgearbeitet, eine Gegenoffensive aus den Becken von Flitsch (Plezzo/Bovec) und Tolmein (Tolmino/Tolmin) zu starten. Generalstabschef Arz ging davon aus, dass für die Durchführung des geplanten Militärschlages 15 weitere Divisionen benötigt würden, die das österreichisch-ungarische Heer aber nicht alleine stellen konnte.[92] Hilfe sollte von den deutschen Verbündeten kommen, deren Truppen über eine „viel reichlichere Dotierung […] mit Kampfmitteln jeder Art“ verfügten.[93] Kaiser Karl genehmigte die Offensive, worauf das AOK den Chef der Operationsabteilung, GM Alfred von Waldstätten in das deutsche Hauptquartier nach Bad Kreuznach schickte. Er sollte die Offensivpläne erläutern und die OHL um acht gebirgsfähige Divisionen sowie schwere Artillerie ersuchen.[94]

Der Generalquartiermeister GdI Erich Ludendorff konnte den österreichisch-ungarischen Plänen nur wenig abgewinnen. Die deutsche Armee an der Westfront war aufgrund der verlustreichen Flandernschlachten in starke Bedrängnis geraten; zudem erschien ihm ein Angriff im Osten strategisch sinnvoller. Waldstätten wurde daraufhin mitgeteilt, dass

[90] Jordan, Krieg, S. 326.
[91] Etschmann, Südfront, S. 41.
[92] Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 13 ff.; Müller Kriegsführung S. 86.
[93] Arthur Arz von Straußenburg, Zur Geschichte des Großen Krieges 1914–1918. Aufzeichnungen, Wien 1924, S. 170 f.
[94] Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 13.

höchstens sechs Divisionen bereitgestellt werden könnten, davon wären drei bis vier auf einen Einsatz im Gebirge vorbereitet. Die übrigen deutschen Einheiten wären in Riga gebunden und daher „müsse [zunächst] das Ende dieses deutschen Angriffes abgewartet werden.“[95] Nachdem Waldstätten auf die „zwingende Notwendigkeit“[96] einer Verbesserung der militärischen Situation hingewiesen hatte, wurde beschlossen GLt Krafft von Dellmensingen an den Isonzo zu entsenden, um dort die Lage zu überprüfen. Eine endgültige Entscheidung sollte nach seiner Rückkehr getroffen werden.[97]

Neben Ludendorff gab es auch auf österreichisch-ungarischer Seite Bedenken gegen einen Einsatz deutscher Soldaten. Kaiser Karl hatte den Aufmarschplänen des AOKs zwar bereits zugestimmt, trotzdem verfasste er am 26. August ein Schreiben an den deutschen Kaiser Wilhelm II. Darin gab Karl an, die Offensive nur mit eigenen Soldaten durchführen zu wollen, da sich Truppenhilfe aus dem Deutschen Reich „niederdrückend“ und „[lähmend] auf die Begeisterung“ auswirken würde.[98] Um die erforderliche Divisionsstärke zu erreichen, sollten die an der Ostfront stationierten Heeresverbände der Donaumonarchie von deutschen Reservedivisionen abgelöst werden.[99] In seinem Antwortbrief vom 2. September machte Wilhelm II. deutlich, dass er Karls Forderungen nicht nachkommen werde. Angesichts der schwierigen Lage der deutschen Streitkräfte in Flandern, wäre es nicht möglich die geforderten Divisionen durch eigene Truppen zu ersetzen. Durch die anhaltende Bedrohung am Isonzo lenkte Karl schließlich ein und erteilte Arz noch am 2. September 1917 die Erlaubnis, zusätzliche Deutsche Heeresverbände anzufordern.[100]

Am 8. September kehrte Krafft von seiner Erkundungsreise an den Isonzo zurück und erstattete der OHL in Bad Kreuznach Bericht.[101] Er bestätigte die Darstellung Waldstättens und stellte fest, dass die „küstenländische Front der Österreicher ohne deutsche Hilfe in der nächsten Schlacht wohl nicht standhalten würde.“[102] Daher sollte der österreichisch-ungarische Plan, ungeachtet aller Schwierigkeiten, umgesetzt werden.[103] Ludendorff schwenkte daraufhin um, da der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie Deutschland von seinen Bündnispartnern Bulgarien und der Türkei abschneiden würde. Schließlich stimmte die OHL, trotz der ungewissen Lage in Flandern, dem gemeinsamen Vorgehen zu. Unter dem Tarnnamen „Waffentreue“ wurde Kaiser Karl als nomineller Oberbefehlshaber eingesetzt. Neben der bestehenden „Heeresgruppe Conrad“ wurde eine zweite Heeresgruppe, das sogenannte „Kommando

[95] Müller, Kriegsführung, S. 88.
[96] Ebd.
[97] Ebd.
[98] Rauchensteiner, S. 501. Ein vollständiger Abdruck des Schreibens findet sich bei, Arz, Geschichte, S. 171.
[99] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 501.
[100] Rauchensteiner, Doppeladler S. 501; Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 16.
[101] Müller, Kriegsführung, S. 89.
[102] Ebd., S. 91.
[103] Ebd.

der Südwestfront“ unter dem Befehl von Erzherzog Eugen aufgestellt. Die neue Heeresgruppe setzte sich aus der 10. k. u. k. Armee unter FM Alexander von Krobatin, der „Heeresgruppe Boroević“, die aus der 1. und 2. Isonzoarmee (ehemalige 5. Armee) gebildet wurde, und der neu aufgestellten deutschen 14. Armee zusammen.[104]

Am frühen Morgen des 24. Oktobers begann die 12. Isonzoschlacht. Die Italiener besaßen zwar gut ausgebaute Verteidigungsstellungen; auf dem massiven Gegenangriff waren sie aber nicht vorbereitet. Cadorna hatte es nämlich verabsäumt seine Truppen gestaffelt aufzustellen und konzentrierte sie hauptsächlich in der ersten Linie. Auch die eingesetzten chemischen Kampfstoffe forderten zahlreiche Todesopfer unter den italienischen Soldaten, da sie nicht mit ausreichend Gasmasken ausgerüstet waren. Nach knapp zwei Stunden war der Großteil der gegnerischen Artillerie außer Gefecht gesetzt.[105] Um 8:00 Uhr begann der österreichisch-ungarische Infanterieangriff auf allen Frontabschnitten. Im Tolmeiner Becken gelang es der deutschen 12. Division entlang des Isonzotals bei Karfreit (Caporetto) durchzubrechen. Begünstigt wurden die Angreifer dabei von Nebel und Schlechtwetter, wodurch der gegnerischen Artillerie die Sicht genommen wurde. Auch im Becken von Flitsch konnte die „Armeegruppe Krauß“ (österreichisch-ungarischer I. Korps der 14. Armee) erfolgreich vorgehen.[106]

Am 28. Oktober standen die verbündeten Armeen bereits in Görz und Udine, am 30. Oktober am Tagliamento. Trotz der hartnäckigen italienischen Gegenwehr gelang es den Angreifern am 7. November die Livenza zu überschreiten und am 10. November den Piave zu erreichen. Hier geriet der Vormarsch aber ins Stocken. Durch den starken gegnerischen Widerstand – die Italiener hatten mittlerweile Hilfe von Entente-Verbänden bekommen – und der mangelhaften Artillerieunterstützung mussten mehrere Stellungen westlich des Piave aufgegeben werden. Eine Offensive im Grappa-Massiv schlug fehl und auch der Versuch, südlich davon zwischen Asiago und dem Piave durchzubrechen, scheiterte.[107]

Auf italienischer Seite fanden im Zuge der Kampfhandlungen 10.000 Mann den Tod, 30.000 wurden verwundet, 293.943 Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft und rund 400.000 desertierten. Die Mittelmächte hatten hingegen geringe Verluste (rund 5.000 Mann an Gefallenen und Verletzten), zudem konnten die Verbündeten 3.512 Feldgeschütze, über tausend Minenwerfer und rund 300.000 Schusswaffen erobern.[108] Die Frontlinie wurde 150 Kilometer weit nach Westen verschoben und verlief nun vom Pasubio über den Monte Grappa entlang des Piave bis an die Adria.[109]

[104] Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 17.
[105] Ebd.; Strachan, Weltkrieg, S. 313; Etschmann, Südfront S. 42.
[106] Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 27.
[107] Etschmann, Südfront, S. 42 f.
[108] Felberbauer, 12. Isonzoschlacht, S. 32.
[109] Etschmann, Südfront, S. 43.

## Die Schlachten am Piave und der Zusammenbruch der Südwestfront

Im Frühjahr 1918 stand Österreich-Ungarn bereits am Rande des Abgrunds. Zwar ließen der Untergang des russischen Zarenreiches und die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk[110] auf ein baldiges Ende des Krieges im Osten hoffen, aber die politische und wirtschaftliche Lage im Inneren der Donaumonarchie war prekär. Die slawischen Nationalitäten fühlten sich nicht mehr an den habsburgischen Vielvölkerstaat gebunden und forderten ihre Selbstbestimmung. Die Nahrungsmittelknappheit hatte dramatische Ausmaße angenommen; nicht nur an der Heimatfront, sondern auch bei den Frontsoldaten wurde Unterernährung ein großes Problem. Hungerrevolten, Streiks und Meutereien erschütterten den Staat zutiefst.[111]

An der Südwestfront hatte die militärische Leistungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Truppen seit der letzten Isonzoschlacht mehr und mehr abgenommen. Außerdem wurde die deutsche 14. Armee am 18. März an die Westfront verlegt um die „Michaeloffensive“[112] zu unterstützen. Das italienische Heer konnte sich hingegen nach der schweren Niederlage von Karfreit neu sammeln und baute nun seine materielle und personelle Vormachtstellung stetig aus.[113]

Um einer drohenden Niederlage zuvorzukommen, sollte durch eine weitere österreichisch-ungarische Offensive eine endgültige Entscheidung auf dem italienischen Kriegsschauplatz herbeigeführt werden. Bei der Umsetzung der „Junioffensive“ traten aber von Beginn an Probleme auf. Neben der schwindenden Leistungsfähigkeit der Streitkräfte kam es bereits in der Planungsphase zu „konzeptionellen Differenzen“.[114] Conrad, der inzwischen zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Tirol ernannt worden war, beabsichtigte erneut, über die Sieben Gemeinden in Richtung Süden durchzu-brechen. Boroević forderte hingegen einen Frontalangriff vom Piave aus in den Großraum von Vicenza. Das AOK, unter der Leitung von Kaiser Karl wollte keinen der beiden Kommandeure düpieren und erarbeitete eine Kompromisslösung. Der neue Operationsplan sah keinen gebündelten Schlag gegen die feindliche Armee vor, sondernd bestand aus

[110] Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde nach langwierigen Verhandlungen am 3. März 1918 zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien und Sowjetrussland unterzeichnet. Damit war der Erste Weltkrieg im Osten beendet. Volker R. Berghahn, Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa (20 Tage im 20. Jahrhundert), München 1997, S. 21 f.
[111] Müller, Kriegsführung, S. 111 f.; Jordan, Krieg, S. 393.
[112] Nach der erfolgreichen 12. Isonzoschlacht und dem Friedensschluss von Brest-Litowsk konzentrierte sich das Deutsche Reich auf die Westfront. Die Michaeloffensive (Frühjahrsoffensive) begann am 21. März 1918 und sollte den Krieg zugunsten der Mittelmächte entscheiden. Zunächst glückten Raumgewinne, nach einer Woche kam die Offensive aber zum Stillstand. Am 18. Juli begannen die Alliierten mit ersten Gegenangriffen; vier Wochen später brachen die deutschen Verteidigungslinien zusammen. Am 29. September erklärte die OHL, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Berghahn, Erster Weltkrieg, S. 97 ff.
[113] Etschmann, Südfront, S. 45 f.
[114] Jordan, Krieg, S. 398.

„eine[r] Vielzahl von Angriffsplänen“.[115] Es fehlte eine klare Schwerpunktsetzung, was letztendlich zu einer Verzettelung der knappen Reserven führte.[116]

Am 13. Juni begann der Militärschlag mit einem Ablenkungsangriff im Bereich des Tonalepasses (Passo Tonale), der aber nach starkem italienischem Widerstand eingestellt werden musste. Zwei Tage später wurde der Hauptangriff eingeleitet, für den beide Heeresgruppen insgesamt 24 Divisionen zusammenziehen konnten. Der Offensivstoß der „Heeresgruppe Conrad“ auf dem Hochplateau von Asiago missglückte; Munitionsmangel und die massive Gegenwehr verhinderten einen erfolgreichen Vormarsch. Auch im Grappa-Massiv scheiterten die österreichisch-ungarischen Soldaten. Nach anfänglichen Gebietsgewinnen mussten sie sich aufgrund des starken italienischen Widerstandes wieder auf ihre Ausgangspositionen zurückziehen. Boroević gelang es hingegen, den Piave zu überschreiten und Brückenköpfe zu errichten.[117] Bis zum 18. Juni konnte sogar eine geschlossene Frontlinie auf der westlichen Seite des Piave aufgebaut werden. Die wuchtigen Gegenangriffe der italienischen Armee, die immer größer werdenden Nachschubschwierigkeiten und nicht zuletzt die fehlenden Reserven zwangen Boroević den Angriff am 22. Juni abzubrechen. Damit war auch die „Junioffensive“ gescheitert und die k. u. k. Armee geriet an der italienischen Front endgültig in die Defensive.[118]

Nach der Enttäuschung am Piave spitzte sich die innenpolitische Lage zu. Im Reichsrat brachen heftige Kämpfe zwischen der Staatsspitze (Kaiser Karl und die cisleithanische Regierung) und slawischen Abgeordneten aus. Während die eine Seite nach Lösungsmöglichkeiten für einen zukünftigen „Modus vivendi“[119] der verschiedenen Volksgruppen suchte, wurde auf der anderen Seite der Ruf nach Sezession immer lauter. Die aussichtslose Lage der Frontsoldaten wie auch der Zivilbevölkerung im Hinterland bewogen Kaiser Karl am 14. September 1918 ein einseitiges Friedensangebot an die Alliierten zu übermitteln. Der Krieg war zu diesem Zeitpunkt bereits verloren, da sich auch ein Scheitern der „Michaeloffensive“ des Deutschen Reiches in Flandern gegen Frankreich anbahnte. Für die k. u. k. Monarchie war somit auch der letzte Garant für einen möglichen Sieg der Mittelmächte ins Wanken geraten.[120]

Am selben Tag, als die Friedensnote übermittelt wurde, begann der militärische Zusammenbruch der Balkanfront. Einem alliierten Angriff, dem die Truppen der Mittelmächte nichts mehr entgegenzusetzen hatten, folgte am 26. September die Kapitulation Bulgariens. Die erneute militärische Niederlage beschleunigte die Auflösungsprozesse im Inneren der Monarchie. Am 6. Oktober gründeten Landtags- und

[115] Jordan, Krieg, S. 399.
[116] Ebd.
[117] Etschmann, Südfront. S. 46 f.
[118] Jordan, Krieg, S. 403 f.
[119] Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 197.
[120] Ebd., S. 196–199.

Reichstagsabgeordnete aus Slowenien, Serbien und Kroatien in Zagreb den „Südslawischen Nationalrat“. Wenige Wochen später folgte die Proklamation der Republik Tschechoslowakei in Prag und am 31. Oktober gab Ungarn seinen Austritt aus der Realunion mit Österreich (Cisleithanien) bekannt.[121] Das von Kaiser Karl Mitte Oktober formulierte „Völkermanifest“, das den zentrifugalen Kräften durch Zusicherung von Autonomie entgegenwirken sollte, kam viel zu spät. Vielmehr erkannten die Volksgruppen darin ein zusätzliches „Signal zur Auflösung“.[122] Die politischen Umwälzungen wirkten sich auch auf die Soldaten an der Front aus: nun standen Meutereien und Desertationen an der Tagesordnung. Außerdem tat die geschickte Propaganda der Alliierten ihr Übriges, um die Unzufriedenheit der Soldaten und nationalistische Ressentiments innerhalb der „Vielvölkerarmee“ zu schüren.[123]

Den Italienern blieben die Zerfallserscheinungen des österreichisch-ungarischen Heeres nicht verborgen. Trotzdem wartete man mit einer Offensive zunächst noch ab. Genau ein Jahr nach Beginn der Durchbruchsschlacht von Flitsch-Tolmein, am 24. Oktober 1918, sahen die alliierten Verbände die Zeit für einen „letzte[n] Angriff“[124] gekommen. In einer konzentrierten Aktion griffen sie mit starker Artillerieunterstützung auf der gesamten Frontlänge an, trafen zunächst aber auf unerwartet harten Widerstand. Die stark dezimierten Streitkräfte der Donaumonarchie konnten dem Druck aber nicht lange standhalten; die militärische Leistungsfähigkeit und ihre Einsatzbereitschaft verringerten sich von Stunde zu Stunde. Bereits am 24. Oktober weigerte sich das Gebirgsschützenregiment Nr. 2 den bewaffneten Kampf fortzusetzen, Meutereien von tschechischen und kroatischen Divisionen folgten. Die ungarische Regierung hatte zusätzlich die Anordnung erlassen, ihre Honvéd-Truppen nach Hause zurückzubeordern, um die eigenen Landesgrenzen zu sichern. Die österreichisch-ungarische Front brach in sich zusammen und die alliierten Truppen konnten ohne größere Schwierigkeiten die gegnerischen Linien überwinden. Ende Oktober war die militärische Niederlage der Habsburgermonarchie besiegelt.[125]

Am 29. Oktober ersuchte das AOK die italienische Heeresleitung um Waffenstillstandsverhandlungen. Nach einigen Verzögerungen – Italien wollte Zeit gewinnen – begannen die Verhandlungen am 1. November in der Villa Giusti bei Padua. Italien forderte die vollständige Kapitulation, den Rückzug Österreich-Ungarns aus den eroberten italienischen Gebieten, sowie die Räumung Tirols südlich des Brenners, des Österreichischen Küstenlandes (mit Görz, Triest und Istrien) und Dalmatiens. Außerdem sollte der freie Durchmarsch für die alliierten Armeen sichergestellt werden. Durch weitere Verzögerungen wurde der Vertragsentwurf erst am späten Abend des 2. Novembers an das AOK

[121] Jordan, Krieg, S. 406 ff.; Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 239.
[122] Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 200.
[123] Ebd., S. 198.
[124] Rauchensteiner, Doppeladler, S. 613.
[125] Ebd, S. 613 ff.

übermittelt, das die Bedingungen akzeptierte. Am 3. November um 15.00 Uhr wurde der Waffenstillstand von GdI Viktor Weber unterzeichnet. Die Waffenruhe sollte 24 Stunden später, am 4. November um 15.00 Uhr in Kraft treten. Bereits um 1.45 Uhr des 3. Novembers erließ das AOK den Befehl zur sofortigen Einstellung aller Kampfhandlungen, während die italienischen Streitkräfte ihre Waffen erst am Nachmittag des folgenden Tages niederlegten. Dieser Umstand führte dazu, dass die italienische Seite noch am letzten Kriegstag rund 300.000 österreichisch-ungarische Soldaten gefangen nehmen konnte.[126]

## Schluss

Die Kampfhandlungen an der Südwestfront forderten von beiden Seiten hohe Verluste. Das italienische Heer beklagte nicht weniger als 636.000 Gefallene und 975.799 Verwundete. Auf der österreichisch-ungarischen Seite dürfte der Gesamtverlust rund 2.578.000 Mann betragen – eingerechnet sind in diese Zahl auch die vielen Verwundeten und die Todesfälle infolge von Seuchen, Lawinenunfällen oder Blitzschlägen.[127] Dazu kommen noch die rund 477.000[128] österreichisch-ungarischen Soldaten, die von Mai 1915 bis November 1918 in italienische Kriegsgefangenschaft gerieten.[129]

In Tirol dürften rund 30.00 Menschen dem Krieg zum Opfer gefallen sein.[130] Die materiellen Verluste hielten sich, abgesehen von den Gebieten in unmittelbarer Frontnähe, aber in Grenzen. Schwerer wogen die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die mit der militärischen Niederlage der Habsburgermonarchie einhergingen. Neben Görz und Triest wurde auch der südliche Teil Tirols von Italien annektiert. Das heutige Südtirol wurde vorübergehend einer Militärregierung unterstellt und die Lebensbedingungen der deutschsprachigen Bevölkerung sollten in den folgenden Jahrzehnten erheblich verschlechtern.[131]

Mit dem Waffenstilltand von Villa Giusti ging die habsburgische Herrschaft ihrem Ende entgegen. Am 11. November 1918 verzichtete Kaiser Karl auf eine Beteiligung an den Staatsgeschäften; eine Abdankung lehnte er jedoch ab. Die nationalen Gruppen (wie die Ungarn und die Slawen) waren nun nicht mehr zu halten; die einstige multinationale

[126] Etschmann, Südfront, S. 51; Fontana, Tirol, S. 521–524.
[127] Jordan, Krieg, S. 543.
[128] Über die Gesamtzahl der in italienische Kriegsgefangenschaft gekommen österreichisch-ungarischen Soldaten gibt es in der Forschungsliteratur unterschiedliche Angaben. Die von Etschmann angegebene Zahl von 671.800 erscheint zu hoch. Etschmann, Südfront, S. 58. Der italienische Historiker Alessandro Tortato bezieht sich auf eine „Relazione ufficiale“ (einen Amtsbericht) aus dem Jahre 1929, in der 530.000 bis 610.000 österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen veranschlagt werden. Alesandro Tortato, La prigionia di guerra in Italia 1915–1919, Mailand 2004, S. 18. An anderer Stelle bezweifelt Tortato die Richtigkeit der oben erwähnten Zahlenangaben. Realistischer erscheint ihm eine offizielle Statistik vom 1. Juni 1919, die von 477.024 österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen ausgeht. Tortato, prigionia, S. 49.
[129] Etschmann, Südfront, S. 58.
[130] Fontana, Tirol, S. 530.
[131] Etschmann, Südfront, S. 58.

Doppelmonarchie löste sich auf – neue, souveräne Staaten konstituierten sich auf ihrem Territorium.[132]

Auch für das siegreiche Italien war die Situation nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wenig zufriedenstellend. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Arrondierung des italienischen Staatsgebietes nicht auch ohne Krieg möglich gewesen wäre, zumal Österreich-Ungarn in den Bündnisverhandlungen von 1915 seine Bereitschaft zu territorialen Zugeständnissen signalisiert hatte. Bis zum inneren Zusammenbruch der k. u. k. Armee konnte Italien seine militärischen Ziele nicht erreichen – erst durch die Hilfe der Alliierten änderte sich die Lage. Die erhoffte Anerkennung bei den anderen Großmächten blieb aus und auch die großzügigen territorialen Versprechungen der Ententemächte sollten in den Friedensverhandlungen von St. Germain nur teilweise erfüllt werden. Der Krieg überforderte Italien militärisch und wirtschaftlich, wodurch sich die innenpolitischen Probleme und Spannungen verschärften.[133] Die liberale Regierung fand auf die Wut und die Enttäuschung der Bevölkerung keine Antworten mehr; Italien stürzte in eine tiefe „Systemkrise“.[134] In dieser schwierigen Situation griffen die von Benito Mussolini gegründeten „fasci di combattimento“ (faschistische Kampfbünde), nach der Macht im Staat. Mit dem „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 hatten sie ihr Ziel erreicht; Mussolini wurde vom italienischen König Viktor Emanuel III. mit der Regierungsbildung beauftragt.

## Anhang

### Abkürzungsverzeichnis

FM = Feldmarschall

FML = Feldmarschall-Leutnant

GdI = General der Infantrie

GdK = General der Kavallerie

GLt = Generalleutnant

GO = Generaloberst

GM = Generalmajor

[132] Stephan Gruber, Untergang und Neubeginn, [http://www.habsburger.net], eingesehen 2.1.2012.
[133] Berghahn, Untergang, S. 136–140; Jordan, Krieg, S. 542.
[134] Ebd.

**Personenverzeichnis**

Arz von Straußenburg, Arthur (1857–1935), österreichisch-ungarischer Offizier und Generalstabschef der k. u. k. Streitkräfte (1917–1918).

Avarna di Gualtieri, Giusieppe Duca di (1843–1916), italienischer Botschafter in Wien (1905–1915) und Politiker, seit 1909 Senator auf Lebenszeit.

Boroević von Bojna, Svetozar (1856–1920), österreichisch-ungarischer General der Infanterie (ab 1918 Feldmarschall), 1916 Kommandant der 5. Armee bzw. der Isonzoarmee.

Burián von Rajecz, Stephan Graf (1852–1922), österreichisch-ungarischer Politiker und Diplomat. 1915–1916 und vom 18.4 bis zum 24.10 1918 k. u. k. Außenminister.

Cadorna, Luigi (1850–1928), italienischer Feldmarschall und Chef des italienischen Generalstabes (1914–1917). Nach der verlustreichen 12. Isonzoschlacht (24. Oktober 1917–27. Oktober 1917) wurde ihm der Oberbefehl entzogen; als italienischer Vertreter war er bis März 1918 Mitglied im Obersten Kriegsrat der Alliierten (Supreme War Council).

Conrad von Hötzendorf, Franz Xaver Josef (1852–1925), österreich-ungarischer Feldmarschall und Chef des Generalstabs für die gesamte bewaffnete Macht (1912–1917). Im November 1911 wurde er zum Rücktritt gedrängt, im Dezember 1912 aber wieder zurückberufen. Nach Meinungsverschiedenheiten mit Kaiser Karl I. wurde Conrad im März 1917 von seinen Ämtern enthoben und zum Ober-Kommandanten der Südwestfront ernannt; seit Juli 1918 Oberst aller Leibgarden, nach anhaltenden Misserfolgen wurde er im selben Jahr verabschiedet.

Chlumecký, Leopold Freiherr von, (1873–1940) österreichisch-ungarischer Politiker und Journalist.

Eugen von Österreich, Erzherzog (1863–1954), österreichisch-ungarischer General der Kavallerie, ab 1915 Generaloberst und seit 1916 Feldmarschall. 1914 Kommandant der 5. Armee am Balkan, 1915 und 1917–1918 Kommandant der Südwestfront, zuvor 1916–1917 Kommandant der „Heeresgruppe Erzherzog Eugen“.

Falkenhayn, Erich Georg von (1861–1922), preußischer General der Infanterie und von 1913–1915 preußischer Kriegsminister. Nach der erfolglosen Ersten Marneschlacht im September 1914 löste er Helmuth Moltke als Chef des deutschen Generalstabes ab. Am 29. August 1916 wurde er des Amtes enthoben.

Dankl, Viktor Freiherr von Krásnik (1854–1941), österreichisch-ungarischer General der Kavallerie, 1914 Kommandant der 1. Armee, 1915–1916 Kommandant des Landesverteidigungskommandos Tirol, Beförderung zum Generaloberst und ab März

1916 Kommandant der 11. Armee in Tirol. Im Juni 1916 tritt er aus gesundheitlichen Gründen von seinen Ämtern zurück.

Franz Joseph I. (1830–1916), seit der Abdankung seines Onkels Ferdinand I. 1848 bis zu seinem Tod 1916 Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn.

Friedrich von Österreich, Erzherzog (1856–1936), österreichisch-ungarischer Feldmarschall und 1914–1917 Armeeoberkommandant der gesamten k. u. k. Streitkräfte.

Karl I. (1887–1922), seit dem Tod seines Vaters Franz Joseph I. im November 1916 Kaiser von Österreich und als Karl IV. apostolischer König von Ungarn. Nach dem militärischen Zusammenbruch der k. u. k. Monarchie dankte er am 11. November 1918 ab.

Kövess von Kövessháza, Hermann (1854–1924), österreichisch-ungarischer Feldmarschall, 1915–1916, Kommandant der 3. Armee am Balkan und in Tirol.

Krafft von Dellmensingen, Konrad (1862–1953), bayerischer Generalleutnant und 1914–1915 Chef des Generalstabes der 6. Armee, 1915–1917 Kommandeur des Deutschen Alpenkorps, von April bis Dezember 1918 kommandierender General des zweiten bayerischen Armeekorps

Krauß Alfred (1862–1938), österreichisch-ungarischer General der Infanterie, 1915–1916 Generalstabschef der Südwestfront, 1916 Kommandant der Heeresgruppe „Erzherzog Eugen“.

Krobatin, Alexander von (1849–1933), österreichisch-ungarischer Feldmarschall, 1915–1917 Kriegsminister, 1915 Kommandant der 10. Armee in Kärnten.

Ludendorff, Erich (1865–1937), preußischer General der Infanterie, ab 1914 Erster Generalquartiermeister der Dritten Obersten Heeresleitung.

Waldstätten, Alfred Freiherr von (1872–1952), österreichisch-ungarischer Generalmajor, 1915 Generalstabschef des Landesverteidigungskommandos Tirol , 1916 Generalstabschef der „Heeresgruppe Erzherzog Karl“, 1917 Chef der Operationsabteilung des Armeeoberkommandos, 1918 Stellvertretender Chef des Generalstabes.

Weber, Viktor Maria Willibald Edler von Webenau (1861–1932), österreichisch-ungarischer General, 1918 Vorsitzender der Waffenstillstandskommission Österreich-Ungarns.

Wilhelm II. von Preußen (1859–1941), seit 1888 bis zu seiner Abdankung am 9. November 1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

**Die Südwestfront 1915–1918**[135]

## Literatur

Afflerbach, Holger, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien-Köln-Weimar 2002.

Ders., Vom Bündnispartner zum Kriegsgegner. Ursachen und Folgen des italienischen Kriegseintritts im Mai 1915, in: Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915, hrsg. v. Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi, München 2007, S. 53–69.

Amtliche Kriegsdepeschen nach Berichten des Wolff'schen Telegr.-Bureaus, Bd. 1, Berlin 1915, [http://www.archive.org/details/amtlichekriegsde02contuoft], eingesehen 20.2.2013.

Berghahn, Volker R., Sarajewo. 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa (20 Tage im 20. Jahrhundert), München 1997.

Ders., Der Erste Weltkrieg, München [3]2003.

Etschmann, Wolfgang, Die Südfront 1915–1918 in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.) Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 12), Innsbruck-Wien 1995, S. 27–60.

Felberbauer, Franz, Die 12. Isonzoschlacht. Der Operationsplan und seine Durchführung, in: Manfried Rauchensteiner (Hrsg.), Waffentreue. Die 12. Isonzoschlacht 1917. Begleitband zur Ausstellung des österreichischen Staatsarchivs, Wien 2007, S. 13–33.

Fontana, Josef, Geschichte des Landes Tirol. Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie 1848–1914 (Geschichte des Landes Tirol 3), Bozen-Innsbruck-Wien 1987.

[135] Aus: Gerhard Hirschfeld u. a., Enzyklopädie. Erster Weltkrieg, Paderborn-München-Wien-Zürich, 2004[2], S. 331.

Gruber, Stephan, Untergang und Neubeginn, [http://www.habsburger.net], eingesehen 2.1.2012.

Hirschfeld, Gerhard, u. a., Enzyklopädie. Erster Weltkrieg, Paderborn-München-Wien-Zürich, 2004[2].

Jordan, Alexander, Krieg um die Alpen. Der Erste Weltkrieg im Alpenraum und der bayerische Grenzschutz in Tirol (Zeitgeschichtliche Forschungen 35), Berlin 2008.

Klavora, Vasja, Die Karstfront 1915–1916, Klagenfurt-Laibach-Wien 2008.

Müller, Martin, Die österreichische Kriegsführung an der Südwestfront 1915–1918 aus der Sicht der deutschen Obersten Heeresleitung, phil. Dipl., Innsbruck 1993 (masch.).

Nitti, Francesco Saverio, Scritti Politici Bd. 6, Rivelazioni, Mediatzione e ricordi, (Edizione Nazionale delle Opere di Francesco Saverio Nitti 15), Bari 1936.

Pantenius, Hans Jürgen, Der Angriffsgedanke gegen Italien bei Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Koalitionskriegsführung im Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Wien 1984.

Peball, Kurt (Hrsg.), Conrad von Hötzendorf. Private Aufzeichnungen. Erste Veröffentlichungen aus den Papieren des k. u. k. Generalstabs-Chefs, Wien-München 1977.

Peter, Helmut, Das Wesen des Hochgebirgskrieges 1915–1917/1918, phil. Dipl., Wien 1997 (masch.).

Pichler, Cletus, Der Krieg in Tirol 1915/1916, Innsbruck 1924.

Rauchensteiner, Manfried, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz-Wien-Köln [2]1994.

Ders., Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg 1914–1918: ein Bildband, Graz 1998.

Schaumann, Walter/Schubert, Peter, Süd-West-Front. Österreich-Ungarn und Italien 1914–1918, Klosterneuburg-Wien 1995.

Sondhaus, Lawrence, Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse, Wien-Graz 2003.

Strachan, Hew, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2004.

Überegger, Oswald, Erinnerungskriege. Der Erste Weltkrieg, Österreich und die Tiroler Kriegserinnerung in der Zwischenkriegszeit (Tirol im Ersten Weltkrieg. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 9), Innsbruck 2011.

Ubl, Hansjörg, (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg 1914–1918. Die Tiroler Front 1915–1918, Die große Ausstellung zum Krieg in den heimatlichen Bergen. Katalog zur

Wanderausstellung in Toblach, Neustift, Lana und Bozen vom 30. April bis 30. Oktober 2005, Bozen 2005.

**Karl Elmar Laimer** ist Student der Geschichte und Sprachwissenschaft im 9. Semester an der Universität Innsbruck. Karl.Laimer@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Karl Elmar Laimer, Der Krieg in den Alpen und am Isonzo, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 253–283, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Tansania: Die postkoloniale Geschichte und der afrikanische Teufelskreislauf

**Justina Rauch**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Mag. Dr. Thomas Spielbüchler

eingereicht im Semester: WS 2011/12

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**

**Tanzania. The Postcolonial History and the African Vicious Circle**

The following essay attempts to outline the postcolonial history of Tanzania while comparing it to the paradigm of the African Vicious Circle. The main focus is set on the reign of Julius Nyerere and on how the state developed under the TANU-government. It will be demonstrated that Tanzania's history since independence cannot be described in cycles but has to be seen as a linear progression, interrupted by periods of intermittent stagnation.

## Einleitung

In dieser Arbeit wird der Frage auf den Grund gegangen, ob das Modell des Afrikanischen Teufelskreislaufes,[1] welches die postkoloniale Geschichte zyklisch darstellt, auf Tansania anwendbar ist. Es werden die internen und externen Faktoren analysiert, wobei gezeigt werden soll, dass vor allem die externen Faktoren für eine negative Entwicklung oder für die Stagnation verantwortlich sind. Es ist schwierig, die bisherige Geschichte Tansanias seit der Unabhängigkeit in verschiedene Zyklen einzuteilen, denn seit 1961

[1] Thomas Spielbüchler, Afrikanischer Teufelskreislauf? Ein roter Faden durch die postkoloniale Geschichte des Kontinents, in: *Zeitgeschichte* 36 (2009), Heft 1, S. 4−19.

ist immer noch dieselbe Partei an der Macht[2] und es gab weder einen Putsch noch einen Bürgerkrieg, wie in vielen anderen afrikanischen Staaten, der einen neuen Zyklus im Kreislaufmodell einleiten könnte. Das „Teufelskreislaufmodell“ geht von einer erheblichen Mitschuld der Regierung aus, die es neben den externen Bedingungen nicht schafft, daraus auszubrechen. Es soll in dieser Arbeit gezeigt werden, dass dies auf Tansania nicht zutrifft und deshalb wird die These aufgestellt, dass das Kreislaufmodell auf Tansania nicht anwendbar ist.

Zu Beginn wird ein kurzer geschichtlicher Überblick über die koloniale Vergangenheit gegeben. Dies ist notwendig, um die Ausgangslage des „Postkolonialen Rumpfstaates“ besser zu verstehen. Von diesem Stadium aus werden die weiteren Entwicklungen geschildert. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die politischen und wirtschaftlichen Prozesse und Ereignisse gelegt werden. Das Ziel im Modell Spielbüchler wäre es, aus dem Kreislauf auszubrechen und das Stadium eines stabilen Staates zu erreichen. Dem „Failed State Index“ zufolge, kann Tansania heute nicht als ein stabiler Staat bezeichnet werden.[3] Jedoch bedeutet dies nicht, dass deshalb das Modell auf Tansania zutreffen muss, denn gerade dies soll die folgende Arbeit zeigen.

Ab dem späten 19. Jahrhundert war Tanganjika Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrikas.[4] Sansibar hingegen wurde 1890 im Sansibar-Helgoland-Abkommen den Engländern zugesichert.[5] Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Festland als Völkerbund-Mandat Großbritannien zugeteilt. Die Engländer verwalteten das Gebiet anders als ihre Vorgänger: Das System der „indirect rule“[6] wurde eingeführt, welches versuchte die traditionellen Strukturen zu festigen.

1961 wurde Tanganjika mit Julius Nyerere als Staatsoberhaupt in die Unabhängigkeit entlassen und zwei Jahre später zogen sich die Briten auch aus Sansibar zurück. 1964 vereinigten sich Tanganjika, Sansibar und Pemba, den beiden Inseln an der Küste, zum Staat Tansania.[7] Eine komplette Vereinigung gibt es jedoch nicht, denn der Sansibar-Archipel hat seine eigene Verwaltungsstruktur unabhängig vom Festland.[8]

---

[2] Auch wenn Namensänderungen vorgenommen wurden. Von TANU zu CCM.

[3] Tansania befindet sich auf Platz 65. Und fällt somit in den orangen Bereich, was bedeutet, dass sich Tansania im Warnbereich befindet. Fund for Peace, 2011, [http://www.fundforpeace.org/global/?q=fsigrid2011], eingesehen 22.2.2011.

[4] Walter Schicho (Hrsg.), Nord- und Ostafrika (Handbuch Afrika 3), Frankfurt am Main 2004, S. 312.

[5] Ebd.

[6] „indirect rule“: Begriffserklärung bei Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte-Formen-Folgen, München 1995, S. 55 f.

[7] Manuel Sarapatka, Die sozioökonomische Entwicklung Tansanias im Vergleich Kolonialzeit und Unabhängigkeit, Dipl. Innsbruck 2004, S. 15.

[8] Hans Hecklau, (Hrsg.), Ostafrika. Kenya, Tanzania, Uganda (Wissenschaftliche Länderkunden 33), Darmstadt 1989, S. 323.

## Julius Nyerere und die TANU

1954 wurde die Tanganyika African National Union (TANU) ins Leben gerufen. Julius Nyerere, damals ein junger Lehrer, wurde zum Vorsitzenden gewählt.[9] Die TANU verstand sich als starke Unabhängigkeitsbewegung, die es auch schaffte, Tanganjika auf friedlichem Wege in die Unabhängigkeit zu führen, welches im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten keinesfalls als selbstverständlich angesehen werden kann.[10]

Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit spielte die TANU am Festland und die Afro-Shirazi-Party (ASP) auf Sansibar eine wichtige Rolle. 1977, also mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung wurden die beiden Parteien aufgelöst und eine neue einheitliche politische Partei gegründet: Die Chama cha Mapinduzi (CCM), auf Deutsch die Partei der Revolution, die aber weiterhin unter der Führung Julius Nyereres stand.

## Der Postkoloniale Rumpfstaat

Der postkoloniale Rumpfstaat stellt in Spielbüchlers Modell die Ausgangslage für die Theorie dar. Bis zur Unabhängigkeit waren fast ausschließlich Engländer in der Verwaltung tätig. Nyerere vereinbarte, dass diese nicht gleich nach der Unabhängigkeit das Land verlassen sollen, weil er ernsthafte Probleme vermeiden und einen kompletten Zusammenbruch der verwaltenden Strukturen verhindern wollte. Auf der anderen Seite wurde aber von der TANU eine rasche Afrikanisierung von Verwaltung und Wirtschaft gefordert.[11] Der Großteil der Bevölkerung wünschte sich einen möglichst raschen Abzug der ehemaligen Kolonialmacht. Julius Nyerere hingegen war anderer Ansicht und erkannte, dass seine Vorstellungen nicht im Sinne der Bevölkerungsmehrheit und vieler Parteimitglieder gewesen wären und überließ deshalb Rashidi Kawawa für einige Monate die Regierung. Dieser wollte alle Posten umgehend mit tansanischen Staatsbürgern besetzen. Er war überzeugt: „Gib den Burschen einen Job und sie werden es schon lernen.“[12]

Zur Zeit der Unabhängigkeit lebten 90 Prozent der Bevölkerung am Land und so konzentrierte man sich zuerst auf die Landwirtschaft und dies laut Walter Schicho „nicht zuletzt auf Anweisung der Weltbank.“[13] Des Weiteren war sich die Regierung bewusst, dass es wichtig ist, die Bildung zu fördern und so mehr eigene gut ausgebildete Leute in

[9] Jan-Georg Deutsch, Vom Bezirkshauptmann zum Mehrparteiensystem – Transformationen politischer Herrschaft im kolonialen und nachkolonialen Tansania, in: Tansania: Koloniale Vergangenheit und neuer Aufbruch, hrsg. v. Ulrich van Heyden/Achim von Oppen (Afrikanische Studien 7), Münster 1996, S. 21−47, hier S. 36.
[10] Franz Ansprenger, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, München 2009[6], S. 77.
[11] Schicho, Handbuch Afrika, S. 324.
[12] Ebd.
[13] Ebd., S. 324 f.

Verwaltung und Wirtschaft aufnehmen zu können. Deshalb war das Errichten von Schulen von Anfang an ein Schwerpunkt in der Politik.[14]

## Nationbuilding

Es benötigt drei Bedingungen, um einen funktionierenden Staat aufbauen zu können: „ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsgewalt.“ [15] An diesen Voraussetzungen scheiterten schon viele Staaten in Afrika nach ihrer Unabhängigkeit. In Tansania war das Staatsgebiet mit den Grenzen von 1964 klar festgelegt (s. o.). Die Staatsgewalt bildete die TANU mit Julius Nyerere als Oberhaupt. Der problematischste Punkt, nämlich das Bestehen eines einheitlichen Staatsvolkes, war auch in Tansania gegeben. Dies ist auf zwei Hauptgründe zurückzuführen. Erstens, wenn man einen Blick auf die deutsche Kolonialverwaltung wirft, so „hat eine Tribalisierung sprachlicher und kultureller Differenzen im Gebiet des heutigen Tansanias nur in einem begrenzten Umfang stattgefunden.“[16] Die Deutschen errichteten neue Distrikte, die sich nur in seltenen Fällen an die vorkolonialen Strukturen anpassten.[17] Die britische Verwaltung mit dem System der „indirect rule“ hingegen förderte geradezu den Tribalismus,[18] denn diese versuchte sich an die Verwaltungsstrukturen vor der deutschen Kolonialzeit anzulehnen. Um politische Funktionäre zu legitimieren orientierte sich die britische Kolonialmacht an den vermeintlichen Traditionen der Bevölkerung in Tanganijka.[19] Die Idee war die Kolonie in unterschiedliche Gemeinschaften, sogenannte „Stämme“ einzuteilen an deren Spitze ein „Häuptling“ steht.“[20] Dieses Verwaltungssystem, dachten sich die Engländer, sollte aufgrund alter Traditionen von der Bevölkerung anerkannt und respektiert werden. Allerdings muss gesagt werden, dass die Formierung dieser „Stämme“, wie es sich die Kolonialmacht vorgestellt hatte, nicht wirklich in die Praxis umgesetzt werden konnte, weil die Bedingungen und Strukturen dafür kaum vorhanden waren und die britische Verwaltung dafür zu kurz an der Macht war, um diese erfolgreich durchzusetzten.[21]

Zweitens ist sicherlich auch Julius Nyerere dafür mitverantwortlich, dass sich die Tribalisierung kaum bzw. gar nicht durchsetzten konnte. Denn die TANU wollte, dass keine Gegenbewegung aufkam. Die Partei strebte dieses Ziel nicht durch Unterdrückung an, sondern versuchte die lokalen „Chiefs“ in die Partei mit aufzunehmen.[22] Es war „eine Sammlungs- und Einigungsbewegung, die durch ihren gemeinsamen politischen Gegner,

[14] Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Tansania 1989, Wiesbaden 1989, S. 32.
[15] Spielbüchler, Afrikanischer Teufelskreislauf, S. 5.
[16] Deutsch, Vom Bezirksamtmann zum Mehrparteiensystem, S. 24.
[17] Ebd., S. 28.
[18] Schicho, Handbuch Afrika, S. 316.
[19] Deutsch, Vom Bezirksamtmann zum Mehrparteiensystem, S. 29 ff.
[20] Ebd., S. 33.
[21] Ebd., S. 34 f.
[22] Deutsch, Vom Bezirksamtmann zum Mehrparteiensystem, S. 37.

die Kolonialverwaltung [...] zusammengehalten wurde."[23] Auf diese Weise gelang es der TANU Einheit zu schaffen und regionale politische Akteure in das staatliche System einzugliedern, denn „Aufgabe und Ziel der ersten Staatsmänner in Afrika war -zumindest theoretisch- Modernisierung und Überwindung des Tribalismus."[24] Im Fall Tansanias kann also behauptet werden, dass das „Nationbuilding" ein abgeschlossener Prozess ist und die drei Voraussetzungen eines Staates erfüllt sind.

## Externe und interne Faktoren

Mit der guten Voraussetzung des erfolgreichen Nationbuilding wirken laut dem Afrikanischen Kreislaufmodell externe, interne und strukturelle Faktoren auf die Entwicklung ein. Die internen Interessen, welche die Politik in den Jahren nach der Unabhängigkeit beeinflussten, waren in erster Linie die Interessen der TANU. So wurde das Einparteiensystem eingerichtet, das Julius Nyerere als demokratischer einschätzte. Er glaubte, dass die TANU die Interessen aller vertreten könne, aber mehrere Parteien immer nur die Interessen einer Bevölkerungsgruppe vertreten.[25] Das zweite Hauptinteresse war die vollständige Unabhängigkeit und die Afrikanisierung des Verwaltungsapparates.[26] Tansania war zwar politisch unabhängig, jedoch war es in Bezug auf die Wirtschaft nach wie vor unter starker Abhängigkeit vom Westen.[27] Später kam der Sozialismus als internes Interesse hinzu, der dieses Ziel verwirklichen sollte.

In wirtschaftlicher Hinsicht waren die ersten drei Jahre nach der Unabhängigkeit von externen Faktoren bestimmt. Von der Weltbank wurde ein Dreijahresplan vorgelegt, der die Wirtschaft ankurbeln sollte.[28] Ausländische Unternehmer sollten in die Industrie investieren. Jedoch kam es zu einigen Fehlschlägen und aufgrund der Kapitalflucht führte dies zu wenig Erfolg.[29] Als Grund dafür können die „unklaren rechtlichen Verhältnisse was Investitionen betrifft" und auch das geringe Vertrauen in den Staat und dessen Währung gesehen werden.[30] Der Misserfolg dieses Dreijahresplans hatte auch zur Folge, dass sich die Politik in Tansania immer mehr dem Sozialismus näherte.[31]

In diesem Zusammenhang spielt die Arusha-Deklaration 1967 eine wichtige Rolle. In der Konferenz von Arusha wurde ein neuer politischer Weg eingeschlagen, in dem der Sozialismus und die Eigenständigkeit Tansanias im Vordergrund standen.[32] Die

[23] Deutsch, Vom Bezirksamtmann zum Mehrparteiensystem, S. 37.
[24] Spielbüchler, Afrikanischer Teufelskreislauf, S. 5.
[25] Jürgen Herzog, Geschichte Tansanias. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Berlin 1986, S. 183.
[26] Ebd., S. 177.
[27] Sapartka, Entwicklung Tansanias, S. 86.
[28] Harald Suitner, Tanzania unter dem Einfluß internationaler Organisationen, Dipl. Innsbruck 1994, S 27.
[29] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 203.
[30] Suitner, Tanzania unter dem Einfluß internationaler Organisationen, S. 28.
[31] Ebd., S. 27.
[32] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 216 f.

Deklaration beinhaltete einige Punkte, welche die weitere Zukunft prägen sollten: Die Ausbeutung durch den Kapitalismus müsse gestoppt, die Demokratie durchgesetzt und das Ziel angestrebt werden, dass alle Staatsbürger von den Hauptproduktion profitieren können. Diese Punkte sollten in der von Nyerere entwickelten Ujamaa Politik verwirklicht werden.[33]

## Die Ujamaa Politik

> „Ein Ujamaa Dorf ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Menschen, die freiwillig entscheiden, dass sie für ihr gemeinsames Wohl zusammen leben und zusammen arbeiten wollen. Nur sie und niemand anders entscheiden, wieviel Land sie von Anfang an gemeinsam bebauen und wieviel sie individuell kultivieren wollen. Nur sie und niemand anders, wie sie das gemeinsam verdiente Geld verwenden wollen – ob sie einen Ochsenpflug kaufen, eine Wasserleitung installieren oder etwas anderes damit machen wollen. Nur sie und niemand anders fassen alle Entschlüsse über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen.“[34]

Mit der Ujamaa-Politik versuchte Nyerere einen eigenen Weg zu gehen und sich weder für den Kapitalismus noch für den Marxismus entscheiden zu müssen.[35] Das Kiswahili-Wort Ujamaa bedeutet in etwa: das Zusammenleben in der Großfamilie.[36] So war das Ziel, die Bevölkerung in Ujamaa-Dörfer umzusiedeln, wo sie in der Form von Großfamilien zusammen leben sollten, um für die Gemeinschaft zu arbeiten.[37] Die Idealvorstellung dieser Dörfer sah so aus, dass man an alten, traditionellen Werten festhielt, sich trotzdem moderner Geräte bediente und alle Menschen für die Gemeinschaft und nicht für den individuellen Zweck arbeiteten. Das Modell der Ujamaa-Dörfer sollte später die ganze Landwirtschaft in Tansania bestimmen.[38] Das Ziel der Regierung war es, dass der Großteil der Bauern und Arbeiter in einer Ujamaa-Gemeinschaft leben sollte, allerdings stieg die Anzahl der sozialistischen Dörfer nur schleppend. Ein Jahr nach der Arusha Deklaration schrieb Nyerere 1978 zu den Ujamaa-Dörfern:

> „Es ist wichtig, daß man die Leute nicht durch Versprechungen, daß sie gewisse Dinge bekommen, wenn sie ein Ujamaa Dorf gründen, dazu überredet, dies zu tun. Eine Gruppe muß beschließen ein Ujamaa Dorf zu gründen, weil sie

[33] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 217.
[34] Julius Nyerere, Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. Nyerere, hrsg. v. Dienste in Übersee, Frankfurt am Main 1981, S. 22 f.
[35] Engelhard, Tansania, S. 182.
[36] Ebd.
[37] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 225.
[38] Ebd., S. 225.

> eingesehen hat, daß sie nur durch diese Methode in Würde und Freiheit leben und sich entwickeln kann [...].“[39]

Die Gründung von Dörfern geschah nicht auf Eigeninitiative der Bevölkerung und so trat das ein, was Nyerere ursprünglich abgelehnt hatte. Die Umsiedelung wurde durch staatliche finanzielle Unterstützungen forciert, es wurden Krankenhäuser und Schulen für neu gegründete Dörfer gebaut.[40] Aber diese Maßnahmen reichten nicht aus, um das Ziel, dass die ganze ländliche Bevölkerung in Ujamaa-Dörfern lebt, zu erreichen. Es kam zu Zwangsumsiedlungen oder man ernannte bereits vorhandene Dörfer zu Ujamaa-Dörfern, ohne die Struktur zu ändern.[41] Nyereres Erwartungen an die sozialistischen Dörfer konnten nicht erfüllt werden, und viele Siedlungen verfielen innerhalb weniger Jahre.[42] Es scheint, als ob Nyereres Befürchtungen sich bewahrheiteten, wonach das Experiment bei fehlender Grundüberzeugung der Bauern zum Scheitern verurteilt sei.[43] Man kann daraus also nicht schlussfolgern, dass die Ujamaa-Politik an sich nicht funktionierte, sondern es muss festgehalten werden, dass es nicht gelungen war den Ujamaa-Sozialismus der Bevölkerung näherzubringen. Aber dies allein für den Fehlschlag verantwortlich zu machen, wäre zu einseitig.

Hinzu kam, dass es der staatlichen Verwaltung an ökonomischem Wissen fehlte und deshalb Dörfer häufig in ungünstigen Gebieten errichtet wurden oder, dass Umsiedelungen teilweise zu Aussaatterminen stattfanden, was wiederum zu Ernteausfällen führte. Dies kann wiederum als Grund dafür gesehen werden, dass die Subsistenzwirtschaft kontinuierlich anwuchs. Außerdem kam ein erheblicher Widerstand der Bevölkerung hinzu, die die neue Regierung teilweise als neue Kolonialmacht ansah.[44] Schlussendlich musste die Regierung erkennen, dass das Projekt der Ujamaa-Dörfer nicht die erhofften Ziele erreichen würde, aber „die theoretischen Überlegungen, die der Idee der Ujamaa-Dörfer zugrunde liegen, haben weltweite Beachtung gefunden und in vielen Kreisen Hoffnungen geweckt, dass das Ujamaa Konzept, zumindest für die afrikanischen Völker, menschenwürdige Entwicklungsperspektiven eröffnet.“[45]

## Die Wirtschaftskrise

In den späten 1970ern verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage zusehends. Externe Faktoren trugen außerdem zur Verschlimmerung der Krise bei: So steigt die Staatsverschuldung 1981 von 11,6 Prozent auf 60,9 Prozent im Jahr 1984. Auch ging der Export

[39] Nyerere, Freiheit und Entwicklung, S. 23.
[40] Hecklau, Ostafrika, S. 334.
[41] Engelhard, Tansania, S. 185.
[42] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 224.
[43] Nyerere, Freiheit und Entwicklung, S. 23.
[44] Sarapatka, Entwicklung Tansania, S. 92 f.
[45] Hecklau, Ostafrika, S. 335.

von 1981 bis 1985 um ein Drittel zurück.[46] Diese Zahlen sind auf mehrere Gründe zurückführen. Zum einen stiegen die Rohölpreise massiv in die Höhe und da Tansania keine eigenen Vorkommen hat ist es auf Importe angewiesen. Der Erdölpreis erhöhte sich 1973 innerhalb von einem Jahr um knapp das Dreifache.[47] Strukturelle Faktoren wie extreme Dürreperioden, die zu geringem Ernteertrag führten, waren mitverantwortlich dafür, dass die Regierung gezwungen war, Nahrungsmittel zu importieren.[48] Ein weiterer Grund für die Verschärfung der Krise war der Krieg mit Uganda 1978 bis 1979. Nyerere gab dem gestürzten Milton Obote Asyl. Verärgert darüber marschierte der ugandische Diktator Idi Amin im November in Tansania ein. Die Kosten für den Krieg waren hoch und belasteten die Wirtschaft zusätzlich.[49] Die Preise für agrarische Exporte sanken, und auf der anderen Seite wurden industrielle Importe immer teurer - eine wirtschaftliche Entwicklung, die gerade für Länder wie Tansania, die hauptsächlich von der Landwirtschaft leben, besonders verheerend ist.[50] Die logische Konsequenz war, dass der Schwarzmarkt und die Korruption geradezu florierten.[51]

Die Ursachen für die Krise „lagen vor allem außerhalb des Einflusses Tansanias“[52] schreibt Jürgen Herzog. Allerdings war die gescheiterte Ujamaa-Politik zu einem großen Teil der Regierung zuzuschreiben ist. Doch muss an diesem Punkt die Fragen gestellt werden: „Hätten Julius Nyerere und die TANU die wirtschaftliche Krise auf eine andere Art und Weise verhindern können?“

## Nyereres Machtübergabe

Auch in den darauffolgenden Jahren änderte sich die wirtschaftliche Situation nicht und die negativen externen Einflüsse nahmen immer mehr zu. Dies war sicherlich auch Grund für Präsident Julius Nyerere, sich 1985 nicht für die Wiederwahl aufstellen zu lassen.

An dieser Stelle muss erklärt werden, warum dennoch nicht von dem Beginn eines neuen Zyklus wie in Spielbüchlers Modell beschrieben, die Rede sein kann. Denn bei Betrachtung der bisherigen Geschichte seit der Unabhängigkeit lässt sich erkennen, dass viele positive Entwicklungen stattgefunden hatten, auf die Nyereres Nachfolger aufbauen konnte. Es hat sich gezeigt, dass das Nationbuilding erfolgreich durchgeführt wurde oder dass Nyerere und die TANU, später die CCM, ein stabiles politisches Gebilde geschaffen hatten. Während seiner Amtszeit verbesserte Nyerere auch das Schulsystem in einem erheblichen Maße. Am Ende seiner Regierungszeit gab es fast in jedem Dorf eine

[46] Hecklau, Ostafrika, S. 38.
[47] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 230.
[48] Engelhard, Tansania, S. 208.
[49] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 244.
[50] Ebd., S. 245.
[51] Schicho, Handbuch Afrika, S. 331.
[52] Ebd., S. 243.

Grundschule.[53] Deshalb baute Ali Hassan Mwinyi als zweiter Präsident von Tansania auf den Errungenschaften seines Vorgängers auf und musste nicht wieder beim postkolonialen Rumpfstaat beginnen. Ein weiteres Argument, warum man nicht von einem neuen Zyklus sprechen kann ist, dass es sich nicht um einen wirklichen Machtwechsel handelte, sondern Ali Hassan Mwinyi als vorheriger Vizepräsident nun den Platz des Präsidenten einnahm. Natürlich hinterließ Nyerere neben positiven Entwicklungen auch eine kriselnde Wirtschaft. Allerdings soll die Regierungszeit Nyereres auch veranschaulichen, dass viele externe Faktoren und strukturelle Begebenheiten dafür verantwortlich waren, dass es Tansania nicht zu einem stabilen Staat geschafft hatte. Die Regierungszeit unter Nyerere kann trotz der misslungenen Ujamaa-Politik als sehr positiv gewertet werden, vor allem, wenn man sie mit anderen afrikanischen Staaten vergleicht.

Diese Meinung wird auch vehement von Gerhard Hauck vertreten:

> „Ich kann dieses Kapitel nicht abschließen, ohne darauf hin zu weisen, dass das Beispiel Tansania die [...] immer wieder zu hörende These, die ganze Misere Afrikas liege an der Korruption, dem Machtrausch, der Bereicherungs- und Prunksucht seiner politischen Führer, gültig widerlegt. Korruption, Bereicherungs- und Prunksucht können Nyerere selbst seine ärgsten Feinde nicht vorwerfen.“[54]

## Die CCM und ihre Präsidenten

Mit Ali Hassan Mwinyis Regierungsantritt wurde ein neuer wirtschaftlicher Kurs eingeschlagen.[55] Nyerere war überzeugt gewesen, dass der Sozialismus der richtige Weg sei. Er hatte sich stets geweigert, mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) näher in Kontakt zu treten, weil er geglaubt hatte, dass dieser ideologisch anders ausgerichtet sei, als seine Politik in Tansania.[56] Mit Ali Hassan Mwinyi kam es zur Liberalisierung der Wirtschaft und es wurden private Investoren zugelassen.[57] 1986 kam es erstmals zu einer Einigung zwischen dem IWF und Tansania: Kredite wurden nur vergeben, wenn sich Tansania an bestimmte Auflagen hielt. Diese verlangten eine Sparpolitik und die Fortsetzung von Importliberalisierung und Privatisierung. Um letzteres zu fördern musste der Staat seine wirtschaftliche Involvierung soweit wie möglich abbauen. Eine weitere Maßnahme war auch die Abwertung der tansanischen Währung. Wie schon in den letzten Jahren seit der Unabhängigkeit, soll nach wie vor ein Schwerpunkt der Investitionen auf der Landwirtschaft liegen. [58]

[53] Herzog, Geschichte Tansanias, S. 251.
[54] Gerhard Hauck, Gesellschaft und Staat in Afrika, Frankfurt am Main 2001, S. 206.
[55] Engelhard, Tansania, S. 251.
[56] Suitner, Tanzania unter dem Einfluß internationaler Organisationen, S. 36.
[57] Ebd., S. 40.
[58] Engelhard, Tansania, S. 252.

In den achtziger Jahren macht sich ein wirtschaftliches Wachstum bemerkbar. So stiegen Importe und Exporte und auch das BSP verzeichnete einen Zuwachs.[59] Es muss an dieser Stelle aber angemerkt werden, dass dies nicht zwingend Indizien dafür sein müssen, dass es einen wirtschaftlichen Fortschritt gibt. So bräuchte es genauere Angaben zum Bevölkerungswachstum und zur Verteilung des Kapitals, um zu prüfen, ob dieses Wirtschaftswachstum gesellschaftlich positive Auswirkungen hatte.

Auch muss erwähnt werden, dass es einige Faktoren gab, die einem erfolgreichen wirtschaftlichen Aufschwung im Wege standen. Die Infrastruktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen mussten weiter ausgebaut werden. Die großen Probleme, mit denen die Unternehmen konfrontiert waren, waren oft schlecht ausgebildete Arbeiter.[60] Mit der Strukturanpassung kam es allerdings zu weiteren Verschlechterungen im Bildungswesen, so forderte der IWF z. B. die Einführung des Schulgeldes. In einem Land wie Tansania, in dem die Menschen den Großteil ihres Einkommens für Nahrung ausgeben, ist es nicht verwunderlich, dass dadurch vielen das Privileg auf Bildung verwehrt wurde.[61] Auch hatte die Liberalisierung der Wirtschaft eine steigende soziale Ungleichheit zur logischen Folge. [62]

Zu einer positiven politischen Entwicklung kam es 1992, als das Mehrparteiensystem eingeführt wurde.[63] Bei der Wahl 1995, zu der erstmals andere Parteien zugelassen wurden, gewann jedoch Benjamin Mkapa von der CCM mit 61,8 Prozent.[64] Mkapa als dritter Präsident von Tansania verfolgte weiterhin die Strukturanpassung des IWF. Internationale Finanzinstitutionen beurteilten Tansania als eines der großen Vorbilder derselben. Der Tansanian-Schilling war eine stabile Währung und die Inflation war tendenziell am Sinken. Für den größten Teil der Bevölkerung bedeuteten allerdings die Auflagen des IWF eine Verschlechterung des Lebensstandards.[65] Benjamin Mkapa war während seiner Amtszeit sehr bemüht gegen die weitverbreitete Korruption vorzugehen und leitete dementsprechende Maßnahmen ein. Erfolg brachten diese allerdings nicht.[66] Laut Le Monde blühte die Korruption „vor allem aber durch die massive Verarmung der Bevölkerung.“[67]

[59] Engelhard, Tansania, S. 252.
[60] Ebd., S. 253.
[61] Suitner, Tanzania unter dem Einfluß internationaler Organisationen, S. 47.
[62] Elke Grawert, Übergänge zur Demokratie im Spiegel von Landkonflikten in Tansania, in: Gesellschaft und Provokation der Moderne. Gerhard Hauck zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Reinhart Kößler/Daniel Kumitz/ Ulrike Schult (PERIPHERIE-Sonderband 1), Münster 2005, S. 153−156, hier S. 155.
[63] Ebd.
[64] Schicho, Handbuch Afrika, S. 333.
[65] Ebd., S. 334.
[66] Ebd., S. 333.
[67] Augusta Conchiglia, Ist Afrika selber schuld? Urteile und Vorurteile über die Defizite eines Kontinents, in: *Le Monde Diplomatiques*, Afrika. Stolz & Vorurteile (2009), Heft 5, S. 6−10, hier S. 7.

Alle fünf Jahre finden Wahlen statt. Auch 2000 konnte Mkapa sich seinen Platz als Präsident sichern, jedoch nicht ohne dem Vorwurf des Wahlbetruges ausgeliefert zu sein. Dies führte sogar zu blutigen Ausschreitungen, die Lage konnte allerdings beruhigt werden, als die CCM und die Civic United Front (CUF) öffentlich zu einer Einigung kamen.[68] Auch änderte sich bei den nächsten Wahlen 2005 nichts, die die CCM mit Jakaya Kikwete mit großem Vorsprung gewann. Auch während seiner Regierungszeit sind es die Grundbedürfnisse, die der Staat nicht befriedigen kann: Mehr Schulen, ein besseres Gesundheitssystem und Ausbau der Infrastruktur.[69] Der Economist schreibt 2006: „But donors, disillusioned by the corruption and/or brutality that goes on elsewhere, are happy to pour money into somewhere that is, at least, both peaceful and stable.“ Dieser Satz sagt zwei Dinge aus: Einerseits, dass in Tansania die politische Lage besser ist als in vielen anderen Staaten, aber andererseits es noch weit davon entfernt ist, auf eigenen Beinen zu stehen und eine souveräne Wirtschaft zu betreiben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Tansania seit der Unabhängigkeit eine gewisse Stabilität erreicht hat. Es gab weder einen politischen Putsch noch eskalierte eine Situation in einem Bürgerkrieg.[70] Aber in wirtschaftlicher Hinsicht konnte es nie der Misere entkommen und ist nach wie vor abhängig von den Krediten der Geberländer und vom Weltmarkt, der die Preise bestimmt und deshalb großen Einfluss auf Tansanias Wirtschaft hat.

## Schluss

Nach Betrachtung der postkolonialen Geschichte Tansanias wird offensichtlich, dass das Afrikanische „Teufelskreislaufmodell“ nicht auf diesen Staat anwendbar ist.

Erstens, weil die Zeit nach der Unabhängigkeit nicht in sinnvolle Zyklen unterteilt werden kann. Nyereres Nachfolger Ali Hassan Mwinyi änderte zwar den wirtschaftlichen Kurs, baute aber auf der politischen Stabilität seines Vorgängers auf. Die Präsidenten die nach Ali Hassan Mwinyi an die Macht kamen, orientierten sich politisch jeweils an ihren Vorgängern und ihre Wirtschaft war oder ist stark von außen beeinflusst. Deswegen würde es besser passen, Tansanias Geschichte als einen Entwicklungsstrang zu sehen, der teilweise stagniert, aber die Vorstellung von mehreren Zyklen ist nicht sehr treffend. Natürlich würde es Spielbüchlers Modell zulassen, zu behaupten, dass sich Tansania im ersten Zyklus befindet. Doch in welcher Phase befindet sich Tansania dann? Im Stadium des „Postkolonialen Rumpfstaates“ oder des „gescheiterten Staates“ bzw. des „stabilen Staates“? Irgendwo dazwischen.

[68] Schicho, Handbuch Afrika. S. 334.
[69] Tanzania Bye-bye poverty. An African country that deserves the money it gets, in: *The Economist* (2006), Sep 30th, [http://www.economist.com/node/7971118,] eingesehen 22.2.2012.
[70] Ansprenger, Politische Geschichte Tansanias, S. 181 ff.

Zweitens drückt Spielbüchlers Modell, wie in der Einleitung bereits erwähnt, eine Mitschuld der Regierung oder des Machthabers aus. Die Frage „ist Afrika selber Schuld?“, mit der Augusta Conchiglia ihren Aufsatz in *Le Monde Diplomatique* betitelt, ist provokant.[71] Ist auch Tansania selbst schuld, dass es das Ziel des stabilen Staates nicht erreicht hat? Nein. Besonders Nyereres Regierungszeit, aber auch jene seiner Nachfolger zeigen das. Keineswegs heißt das, dass jede politische Maßnahme positive Auswirkungen hatte, aber man kann sie nicht allein dafür verantwortlich machen, dass es keinen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat. Denn wie man gesehen hat, misslang die Ujamaa-Politik Nyereres, aber auch die Konzepte der Weltbank und des IWF waren bis jetzt nicht erfolgversprechend. Ob sie das jemals sein werden, ist fraglich. Die Auflagen des IWF verlangen Sparmaßnahmen und einen Schwerpunkt auf der Landwirtschaft. Kann ein Konzept gelingen, wenn es die Politik dazu zwingt, das Bildungssystem durch Einführung des Schulgeldes für wenige zugänglich zu machen und wenn es einen wirtschaftlichen Aufschwung durch agrarische Exporte erzielen will, wobei es doch kein reiches westliches Land gibt, das durch die Landwirtschaft seinen Aufschwung erzielt hat?

Tansania ist mit wenigen anderen Staaten in Afrika vergleichbar, denn hier liegt das Hauptproblem in der schwachen Wirtschaft. Die politische Stabilität ist in einem großen Maße gegeben und ein so friedliches Land gibt es auf diesem Kontinent kaum.

## Literatur

Ansprenger Franz, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, München 1992.

Conchiglia, Augusta, Ist Afrika selber schuld? Urteile und Vorurteile über die Defizite eines Kontinents, in: *Le Monde Diplomatique*, Afrika. Stolz & Vorurteile (2009), 5, S. 6−10.

Deutsch, Jan-Georg, Vom Bezirksamtmann zum Mehrparteiensystem – Transformationen politischer Herrschaft im kolonialen und nachkolonialen Tansania, in: Tansania: Koloniale Vergangenheit und neuer Aufbruch, hrsg. Ulrich van Heyden/Achim von Oppen (Afrikanische Studien 7), Münster 1996, S. 21–47.

Engelhard, Karl, Tansania, o. O. 1994.

Fund for Peace, 2011 [http://www.fundforpeace.org/global/?q=fsi-grid2011], eingesehen 22.2.2011.

Grawert, Elke, Übergänge zur Demokratie im Spiegel von Landkonflikten in Tansania, in: Gesellschaft und Provokation der Moderne. Gerhard Hauck zum 65. Geburtstag, hrsg.

[71] Conchiglia, Ist Afrika selber schuld? S. 6−10.

v. Reinhart Kößler/Daniel Kumitz/Ulrike Schult (PERIPHERIE-Sonderband 1), Münster 2005, S. 153−156.

Hauck, Gerhard, Gesellschaft und Staat in Afrika, Frankfurt am Main 2001.

Hecklau, Hans (Hrsg.), Ostafrika. Kenya, Tanzania, Uganda (Wissenschaftliche Länderkunden 33), Darmstadt 1989.

Herzog, Jürgen, Geschichte Tansanias. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Berlin 1986.

Nyerere, Julius, Freiheit und Entwicklung. Aus neuen Reden und Schriften von Julius K. Nyerere, hrsg. v. Dienste in Übersee, Frankfurt am Main 1981.

Osterhammel, Jürgen, Kolonialismus. Geschichte-Formen-Folgen, München 2009[6].

Sarapatka, Manuel, Die sozioökonomische Entwicklung Tansanias im Vergleich Kolonialzeit und Unabhängigkeit, Dipl. Innsbruck 2004.

Schicho, Walter (Hrsg.), Nord- und Ostafrika (Handbuch Afrika 3), Frankfurt am Main 2004.

Spielbüchler, Thomas, Afrikanischer Teufelskreislauf? Ein roter Faden durch die postkoloniale Geschichte des Kontinents, in: *Zeitgeschichte* 36 (2009), 1, S. 4–19.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Tansania 1989, Wiesbaden 1989.

Suitner, Harald, Tanzania unter dem Einfluß internationaler Organisationen, Dipl. Innsbruck 1994.

Tanzania Bye-bye poverty. An African country that deserves the money it gets, in: *The Economist* (2006), Sep 30th. [http://www.economist.com/node/7971118], eingesehen 22.2.2012.

**Justina Rauch** ist Studentin der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Justina.Rauch@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Justina Rauch, Tansania: Die postkoloniale Geschichte und der afrikanische Teufelskreislauf, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 285–297, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Einflussmöglichkeiten von Mitgliedern des Herrscherhauses auf das politische Geschehen am Beispiel des Films „Kronprinz Rudolf“ von Robert Dornhelm

**Michaela Seewald**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Mag.[a] Dr.[in] Ellinor Forster

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: PS-Arbeit

**Abstract**

**Influence of Members of the Dynasty on Political Events Using the Example of the Film ”Kronprinz Rudolf“ by Robert Dornhelm**

The following paper is about members of a dynasty trying to influence political events. Especially aspirants to the throne often did not agree with the decisions of the monarch. The focus of this paper lies on Crown Prince Rudolf and analyses the film ”Kronprinz Rudolf“, directed by Robert Dornhelm in 2006. Rudolf unsuccessfully tried to gain influence by writing newspaper articles – and Dornhelm’s film quite realistically communicates Rudolf’s intentions.

## Einleitung

Thronfolger waren von politischen Entscheidungen weitestgehend ausgeschlossen, waren aber bestrebt, ihre Ideen für politische Entscheidungen einzubringen und damit Wege zur Mitbestimmung zu finden. Kronprinz Rudolf[1] ist ein Beispiel dafür. Die

[1] Rudolf von Österreich-Ungarn: 1858–1889; Erzherzog von Österreich, Kronprinz; Sohn von Kaiser Franz Joseph I. und Elisabeth; 1881 heiratete er Prinzessin Stephanie von Belgien, die beiden hatten eine Tochter, Erzherzogin Elisabeth Marie, geb. 1883.

Verfilmung „Kronprinz Rudolf“[2], gedreht im Jahr 2006 in englischer Sprache, beleuchtet unter anderem diesen Aspekt. Regie führte Robert Dornhelm[3]; Brigitte Hamann[4], die eine Biografie über Rudolf veröffentlicht hatte[5], stand als Beraterin zur Seite. Der Film behandelt die Jahre von 1879 bis zu Rudolfs Tod 1898 und wirft – im Gegensatz zu früheren Verfilmungen, die seine Affären, Liebschaften und den rätselhaften Selbstmord zum Thema haben – auch einen Blick auf seine Versuche, Anerkennung von seinem Vater, Kaiser Franz Joseph I., zu erlangen und Einfluss in politischen Angelegenheiten auszuüben.

Im Folgenden werden die Einflussmöglichkeiten von Mitgliedern des Herrscherhauses auf das politische Geschehen untersucht. Im Mittelpunkt der Ausführungen steht Kronprinz Rudolf in Zusammenhang mit der Fragestellung, inwiefern er durch seine journalistische Tätigkeit Einfluss auf die Politik ausüben konnte. Als Ausgangspunkt wird die Verfilmung „Kronprinz Rudolf“ herangezogen. Die Analyse orientiert sich am Konzept von Helmut Korte, der vier Aspekte für eine Untersuchung nennt: Der erste Aspekt, die Filmrealität, untersucht die filmische Darstellung im Hinblick auf Inhalt, Form und Handlung. Die Bezugsrealität bezieht sich auf das tatsächliche Wissen über die im Film dargestellten Ereignisse. Nach der Intention des Films fragt die Bedingungsrealität, während sich die Wirkungsrealität mit der Rezeption des Films beschäftigt.[6] Die Betrachtung aller vier Ebenen ist insofern von Bedeutung, da sowohl Handlung und Inhalt als auch der zeitgeschichtliche Hintergrund der Filmproduktion erst durch Einbeziehung von Intention und Rezeption gesamtheitlich untersucht werden kann.

Eingangs wird auf das Thema „Einfluss von Mitgliedern des Herrscherhauses in der historischen Forschung und der filmischen Umsetzung“ Bezug genommen. Näher analysiert werden die Beweggründe von Kronprinz Rudolf als Journalist des „Neuen Wiener Tagblatts“ im Zusammenhang mit der Bedeutung der Presse zur damaligen Zeit. Darüber hinaus beziehen sich die Ausführungen auf die Reaktionen, die seine schriftstellerische Tätigkeit am Kaiserhof, insbesondere beim Kaiser, hervorrief.

Das daran anschließende Kapitel lenkt das Augenmerk auf Bedingungsrealität und Wirkungsrealität. Die Darlegungen erschließen, welche Intention der Film hinsichtlich Rudolfs Einflussnahme verfolgt und wie er rezipiert wurde.

Die persönliche Geschichte von Kronprinz Rudolf im historisch-politischen Zusammenhang stützt sich auf die Biografie von Brigitte Hamann, kürzlich in einer

---

[2] Robert Dornhelm, Kronprinz Rudolf. Der Rebell (Teil 1); Mayerling (Teil 2), Österreich- Deutschland-Italien 2006 (Im Folgenden: Dornhelm, Rudolf 1; Dornhelm, Rudolf 2).
[3] Robert Dornhelm: geb. 1947; Filmregisseur.
[4] Brigitte Hamann: geb. 1940; Historikerin, Autorin.
[5] Brigitte Hamann, Kronprinz Rudolf. Ein Leben, München 2010[2].
[6] Helmut Korte, Filmwahrnehmung – Filmanalyse, Grundlagen, in: Ders., Einführung in die Systematische Filmanalyse. Ein Arbeitsbuch, Berlin 2010[4], S. 13–80, hier S. 23 f.

vollständig überarbeiteten Neuausgabe erschienen. Da sie überdies dem Filmteam beratend zur Seite stand, wurde die Biografie über Kronprinz Rudolf von Jean-Paul Bled[7] herangezogen, um eine differenzierte Sichtweise zur Person Kronprinz Rudolfs im historischen Kontext zu ermöglichen. Die weitere Literatur beschäftigt sich mit der Bedeutung, dem Einfluss und den Auswirkungen von Presse und Zensur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

## Einfluss von Mitgliedern des Herrscherhauses im historischen und filmischen Kontext

Kronprinz Rudolf war keineswegs der einzige Adelige, der das politische Geschehen mitzugestalten beabsichtigte. Sowohl adelige Familien als auch Einzelpersonen bemühten sich um gute Kontakte zu Zeitungsherausgebern und unterstützten Zeitungen finanziell, die ihre politischen Interessen vertraten. Für die meisten von ihnen war der politische Einsatz nur eine Betätigung unter vielen.[8] Hannes Stekl kommt zum Ergebnis, dass „die politisch Aktiven, nicht aber die politisch Interessierten innerhalb des Adels eine Minderheit“[9] bildeten.

Die politischen Ideen von Kronprinz Rudolf, Sohn von Kaiser Franz Joseph I. und Elisabeth, wurden von seinen Lehrern, die liberale Ansichten vertraten, geprägt. Seine Ansichten unterschieden sich völlig von jenen seines Vaters und des Ministerpräsidenten Eduard Taaffe[10]. Kaiser Franz Joseph hielt ihn von den Regierungsgeschäften fern und betraute ihn mit Repräsentationstätigkeiten und Aufgaben im Heer, die Kronprinz Rudolf jedoch nur ungern erfüllte, galt sein Interesse doch der Politik.[11] Um sich bei seinem Vater Gehör zu verschaffen und politisch Einfluss nehmen zu können, verfasste Kronprinz Rudolf anonym Denkschriften und Zeitungsartikel.

Anders stellte sich die Situation bei Wilhelm II.[12] in Preußen dar. Sein Großvater Wilhelm I., Kaiser von Preußen, hatte Differenzen mit Wilhelms Vater, Friedrich III., sowohl in Erziehungsfragen als auch in politischer Hinsicht. Die Ansichten Wilhelms II. stimmten zumeist mit denen seines Großvaters überein. Obwohl Friedrich in der Thronfolge der nächste war, beauftragte der Kaiser seinen Enkelsohn mit repräsentativen Aufgaben, schickte ihn unter anderem zu einer Unterredung nach Russland mit Zar

[7] Jean-Paul Bled, Kronprinz Rudolf, Wien-Köln-Weimar 2006.
[8] Hannes Stekl, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: Ders., Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie 18. bis 20. Jahrhundert (Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien 31), Wien 2004, S. 14–34, hier S. 29 f.
[9] Ebd., S. 30.
[10] Eduard Graf Taaffe: 1833–1895; ab 1852 im Staatsdienst; Leiter des Verwaltungsministeriums (1867), Minister des Inneren (1867–1871); Ministerpräsident von Cisleithanien (1869–1870); Statthalter in Tirol (1871–1879); Ministerpräsident von Cisleithanien (1879–1893).
[11] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 57–89, S. 179.
[12] Wilhelm II.: 1859–1941; König von Preußen, Kaiser des Deutschen Reichs (1888–1918).

Alexander III. Hier habe er „allem Anschein nach großen Eindruck bei seinen russischen Gesprächspartnern“[13] gemacht.[14] Somit wuchs Wilhelm II. im Unterschied zu Kronprinz Rudolf frühzeitig in die Politik hinein.

## Die Ambitionen Kronprinz Rudolfs

Die Gründe für Kronprinz Rudolfs Versuche, Einfluss zu nehmen, sind im höfischen Umfeld und in der Politik zu finden. In einer Szene im Film äußert er sich dazu im Gespräch mit Moriz Szeps[15], dem Herausgeber des Neuen Wiener Tagblatts:

> „Ich glaub’ nicht, dass Ihn [Anm.: Franz Joseph I.] meine Briefe erreichen. Ich darf nicht nach Wien zurückkehren, es sei denn Er ruft mich. Es ist mir sogar verboten, Ihn anzusprechen, bevor er das Wort an mich richtet. Im Gespräch muss ich mich auf die Themen beschränken, die er vorgibt. Das für mich vorgesehene Thema ist die Jagd. Politisch hab’ ich Redeverbot, bis ich den Thron besteige. Ich brauche Sie – und Ihre Zeitung.“[16]

Der Film befasst sich eingehend mit dem Beziehungsverhältnis Vater und Sohn, beziehungsweise Kaiser und Kronprinz. Die Handlung bringt zum Ausdruck, dass Kaiser Franz Joseph I. Rudolf vom politischen Geschehen fernhielt und mit Aufgaben im Heer betraute. Dieser Eindruck wird gleich zu Beginn des Films in jener Szene vermittelt, in der Rudolf von Franz Joseph I. nach Prag geschickt wurde, um dort Militärdienst zu leisten. Nach der Aufforderung von Franz Joseph: „Lerne Soldat zu sein!“, versucht Rudolf verzweifelt, seinen Vater umzustimmen: „Schick mich nicht schon wieder weg!“[17] In der Biografie über Kronprinz Rudolf vermittelt Jean-Paul Bled ein anderes Bild: Demzufolge fand Rudolf Gefallen an seiner Aufgabe und hoffte noch darauf, in der Folge wichtigere Aufträge erfüllen zu können.[18]

Auch nach seiner Rückkehr an den Hof nach Wien wurden Kronprinz Rudolf, neben seinen Verpflichtungen beim Heer, Repräsentationstätigkeiten und Reisen ins Ausland zugeteilt, die er mit Eifer erfüllte, nach wie vor in der Hoffnung, sich zu bewähren und somit an politischen Entscheidungen teilnehmen zu können. Dieser Wunsch wurde ihm jedoch nicht erfüllt, denn die Vorstellung Franz Joseph I. hinsichtlich Ausübung monarchischer Gewalt sah keine Teilung der Machtverhältnisse vor. Er bestimmte Rudolf für die Militärlaufbahn, als Vorbereitung zum obersten Befehlshaber.[19]

---

[13] Christopher Clark, Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers, München 2008, S. 25.
[14] Ebd., S. 23–40.
[15] Moriz Szeps: 1835–1901; Journalist, Zeitungsverleger.
[16] Dornhelm, Rudolf 1, 0:35:03–0:35:30.
[17] Ebd., 0:10:02–0:10:08.
[18] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 49.
[19] Ebd., S. 69–70; S. 45 f.

Ein weiteres Motiv für Rudolfs politisches Engagement liegt in der Person Eduard Taaffes. Dieser, geboren 1833, war ein Spielkamerad von Kaiser Franz Joseph I. und trat 1852 in den Staatsdienst. Zu Beginn des Jahres 1879 wurde er zum Innenminister ernannt, am 12. August desselben Jahres zum Ministerpräsidenten.[20] Rudolf war der Meinung, dass Taaffe seinen Vater in politischen Entscheidungen falsch beriet. Er selbst fühlte sich durch ihn abgeschirmt von der Politik.[21] Jean-Paul Bled kommt zum Ergebnis, dass Rudolfs Wahrnehmung sich nicht mit der historischen Forschung deckt, insofern Taaffe die Aufgabe seines Amtes weniger in der Beratung des Monarchen als vielmehr darin sah, die politischen Vorgaben des Monarchen umzusetzen.[22] Dies ändert nichts an der Tatsache, dass Rudolf mit der konservativen Politik, seien es nun die Ideen seines Vaters oder Taaffes, unzufrieden war. Während Rudolf Anhänger der liberalen Ideen war, lehnten beide, sein Vater wie auch Taaffe, diese ab.

Rudolf beabsichtigte trotz der Widerstände in politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Da ihm direkte politische Mitsprache verwehrt worden war, suchte er nach anderen Möglichkeiten, um den Staat in seinem Sinne mitgestalten zu können. Eine Chance bot ihm der Kontakt mit Journalisten, insbesondere mit Moriz Szeps, in dessen Zeitung er anonym Artikel veröffentlichte. Im Film äußerte sich Szeps gegenüber Rudolf dazu treffend: „Sie benutzen mich, um mit Seiner Majestät zu reden."[23]

## Moriz Szeps und das „Neue Wiener Tagblatt"

Kronprinz Rudolf traf Moriz Szeps zum ersten Mal im Oktober 1881 in der Wiener Hofburg. Gegenüber seinem Erzieher und Freund Carl Menger[24] hatte er den Wunsch geäußert, Publizisten kennenzulernen. Dieser machte ihn daraufhin mit Moriz Szeps, dem Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblattes", bekannt. Auch wenn beide in ihrem ersten Gespräch ihre Ansichten zu politischen Fragestellungen noch nicht preiszugeben wagten, zeichnete sich doch ab, dass sie Interessen und Ansichten teilten.[25] Im Film wird der Eindruck vermittelt, dass Rudolf selbst den Kontakt zu Szeps suchte; außerdem erfolgt die Kontaktaufnahme durch Charles Graf Bombelles, den Obersthofmeister des Kronprinzen, nicht, wie historisch überliefert, durch Carl Menger. Eine kleine Abweichung, die wahrscheinlich der Einfachheit wegen in Kauf genommen wurde.[26]

---

[20] Alfred Fischel, Taaffe, Eduard, in: Allgemeine Deutsche Biographie 55 (1910), S. 234–255, Online-fassung: [http://www.deutsche-biographie.de/pnd 11860428.html?anchor=adb], eingesehen 19.9.2012.
[21] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 179.
[22] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 65–68.
[23] Dornhelm, Rudolf 1, 0:34:58–0:35:03.
[24] Carl Menger: 1840–1921; Ökonom; ab 1876 Lehrer und enger Freund von Kronprinz Rudolf.
[25] Julius Szeps (Hrsg.), Kronprinz Rudolph. Politische Briefe an einen Freund. 1882–1889, Wien-München-Leipzig 1922, S. XV–XVI; Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 178 f.
[26] Dornhelm, Rudolf 1, 0:33:40–0:34:33.

Rudolf und Szeps verband eine enge Freundschaft. In einem Briefwechsel[27] tauschten sich die beiden über politische Geschehnisse und ihre politischen Ansichten aus. War die Anrede anfänglich noch förmlich („Sehr geehrter Herr Szeps“), ging er bald zu „Lieber Herr Szeps“ und schließlich zu „Lieber Szeps“ über. Rudolf äußerte sich in einem Brief über ihre gemeinsame „Ideen- und Gesinnungsgemeinschaft“, durch die sie verwandt seien. Sie würden „denselben Zielen“ zustreben. „Und wenn auch die Zeiten sich momentan verschlimmern, wenn auch Rückschritt, Fanatismus, Verrohung der Sitten und ein Zurückgehen auf alte, längst überwunden geglaubte Zustände Platz zu greifen scheinen, wir vertrauen doch auf eine schöne große Zukunft, auf ein Durchdringen jener Prinzipien, denen wir dienen, denn der Fortschritt ist ein Naturgesetz!“[28]

Moriz Szeps, Sohn einer jüdischen Familie, kaufte das „Wiener Tagblatt“ kurze Zeit nach seiner Gründung im Jahr 1867 und benannte es in „Neues Wiener Tagblatt“ um. Nachdem er das Blatt 1872 verkaufte hatte, blieb er weiterhin Herausgeber.[29] Leo Woerl teilte das Neue Wiener Tagblatt in einem Bericht über die Presse aus dem Jahr 1881 der Kategorie „akatholische politische Presse“ zu, die in der Monarchie sehr zahlreich vertreten war. Viele Redakteure und Mitarbeiter waren jüdischer Abstammung. Außerdem „brilliren [Anm.: diese Blätter] nicht weniger durch die Schnelligkeit, mit der sie neue Nachrichten ins Publicum bringen, welche ihnen durch ihre einflussreichen und potenten Protectoren zufliessen“.[30] Aus diesem Grund erfreuten sie sich großer Beliebtheit.[31] Auch Kronprinz Rudolf war ein Informant des Neuen Wiener Tagblattes, der in seinen Briefen an Szeps immer wieder Nachrichten aus seinem höfischen Umfeld weitergab, mit dem Hinweis: „Ich bitte das alles zu verwenden, doch in einer Weise, die nicht den geringsten Verdacht auf mich wirft.“[32]

Die Ausrichtung des Blattes war liberal-demokratisch, der Untertitel des Blattes lautete entsprechend „Demokratisches Organ“. Hamann beschreibt die Linie als „links-liberal, nicht nur verfassungstreu, sondern auch antiklerikal, antifeudal und religiös tolerant, wissenschaftsgläubig“[33]. Außerdem zeigte diese Zeitung den stärksten Widerstand gegenüber Taaffe[34] – dies sollte dem Neuen Wiener Tagblatt schlussendlich auch zum

[27] Die Briefe von Kronprinz Rudolf an Moriz Szeps vom 19. April 1882 bis zum 27. Dezember 1888 wurden veröffentlicht von Julius Szeps.
[28] Brief von Kronprinz Rudolf an Moriz Szeps vom 3. November 1884, in: Szeps, Kronprinz Rudolf, S. 103 f., hier S. 103.
[29] Edith Walter, Österreichische Tageszeitungen der Jahrhundertwende. Ideologischer Anspruch und ökonomische Erfordernisse, Wien-Köln-Weimar, 1994, S. 98.
[30] Leo Woerl, Die Pressverhältnisse im Kaiserstaat Österreich-Ungarn (Die Publicistik der Gegenwart), Würzburg-Wien 1881, S. 64.
[31] Ebd., S. 63 f.
[32] Brief von Kronprinz Rudolf an Moriz Szeps vom 2. Juni 1882, in: Szeps, Kronprinz Rudolf, S. 5 f., hier S. 6.
[33] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 180.
[34] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 98.

Verhängnis werden: Im Jänner 1883 wurde die Steuerpolitik Taaffes derart kritisiert, dass dies zum Verbot des Trafikverschleißes führte. Szeps umging diese Maßnahme zwar, indem er eigene Verschleißstellen einrichtete. Dies war aber mit einem derart hohen finanziellen Aufwand verbunden, dass Szeps 1886 schließlich als Herausgeber abgesetzt wurde.[35] Die Auflage des Tagblattes betrug in der Zeit 1880/81 mehr als 30.000 Exemplare, gemeinsam mit dem Abendblatt konnte eine Auflage von 45.000 Exemplaren[36] erzielt werden. Die Reichweite war demnach beeindruckend.

Nachdem Szeps als Herausgeber des Neuen Wiener Tagblattes abgesetzt worden war, gründete er das „Wiener Tagblatt", mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren, und hatte mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.[37]

Im Folgenden werden anhand einer aussagekräftigen Filmszene[38] Rudolfs journalistische Ambitionen analysiert. Rudolf sah eine Chance, mit Hilfe von Moriz Szeps und dem Neuen Wiener Tagblatt, ein breiteres Publikum für seine Ideen zu erreichen. Aus diesem Grund lässt Rudolf Szeps von Graf Bombelles zu sich einladen, um ihm einen von ihm verfassten Zeitungsartikel auszuhändigen. Als Szeps diesen gelesen hatte, äußerte er Rudolf gegenüber seine Bedenken: „Legen Sie es darauf an, dass Taaffe mich einsperrt?"[39] Rudolfs Schreibstil war sehr kämpferisch, aggressiv, mitunter sarkastisch; also geradezu daraufhin angelegt, zensuriert zu werden. Szeps' Zögern ist also allzu verständlich. Um die Einziehung der Zeitung zu verhindern, musste Szeps das Geschriebene überarbeiten.[40] Ebenso war Rudolf stets darauf bedacht, dass keine Spuren zu seiner Autorschaft führten. So erfolgte die Veröffentlichung anonym. Gegenüber Szeps äußerte er sich, er solle die Artikel abschreiben und die Originale verbrennen. Die erste Begegnung spielt in Rudolfs Aufenthaltsort in Prag, in einem dunklen, von Kerzen beleuchteten Zimmer. Dies untermauert eindrucksvoll die geheimnisvolle Grundstimmung.

Die Filmszene dreht sich um eine geplante Schulgesetz-Novelle und knüpft damit an einen tatsächlichen Vorgang an: Taaffe hatte alles daran gesetzt, die liberalen Schulgesetze, die 1869 verabschiedet worden waren, rückgängig zu machen. Mit Erfolg: Am 28. April 1883 wurde die Novelle mit knapper Mehrheit beschlossen. Rudolf zeigte sich zutiefst enttäuscht, wie aus einem Brief an Szeps hervorgeht:

> „Die Schulgesetz-Novelle! Dieser Rückschritt, diese Erniedrigung. Wie hat sich dieses stolze, liberale, hoffnungsvoll sich entwickelnde Österreich in wenigen

[35] Walter, Österreichische Tageszeitungen der Jahrhundertwende, S. 99.
[36] Woerl, Die Pressverhältnisse im Kaiserstaat Österreich-Ungarn, S. 71, S. 195.
[37] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 99.
[38] Dornhelm, Rudolf 1, 0:33:41–0:36:35.
[39] Dornhelm, Rudolf 1, 0:34:51–0:34:55.
[40] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 183.

> Jahren verändert! Das sind trübe Zeiten und was jetzt geschieht, ist nur der erste Schritt auf der Bahn des Rückganges."[41]

Während Rudolf zu Beginn des Films wie auch zu Beginn der Szene einen tatkräftigen Eindruck vermittelte, wirkte er, nachdem er von der Gesetzesnovelle erfahren hatte, ernüchtert und entmutigt: „Dieses beschämende Gesetz!", und weiter: „Taaffe und Seinesgleichen drehen die Uhr zurück und ich kann nur dasteh'n und zuschau'n … Wenn ich das nur ändern könnte!"[42] Sein Kammerdiener, Johann Loschek, antwortete ihm, dass seine Zeit noch kommen werde. Die „Menschen auf der Straße zählen auf Sie. Sie wissen, dass Sie anders sind. Dafür werden Sie geliebt. Sollen sie versuchen, uns aufzuhalten. Meine Enkel werden auf die Universität gehen, auch wenn meine Kinder es noch nicht können."[43] Dieses Gespräch mit Loschek scheint Rudolf wieder Hoffnung zu verleihen, um weiterzukämpfen. Dies spiegelt sich dahingehend wieder, dass die Atmosphäre aufgelockert wird durch das Tageslicht und die musikalische Untermalung. Auch der Umstand, dass Rudolf in nachdenklicher Pose am Arbeitstisch sitzt, lässt auf die wiederbelebte Tatkraft schließen.

**Presse und Zensur**

Das Revolutionsjahr 1848 bewirkte eine Intensivierung, Professionalisierung und Kommerzialisierung der Presse; Aufschwung und Erfolg waren einem breiteren Lesepublikum zu verdanken. Die politische Presse erreichte ihre Blütezeit in den 1870er Jahren, ausgehend von der Pressefreiheit, die in Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger im Dezember 1867 zugesichert worden war. Die Funktion dieses Mediums gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren Information und Publizität. Eine politisch interessierte Öffentlichkeit hatte sich gebildet.[44] In den letzten Jahrzehnten der Monarchie wurde die Presse „zu einem bestimmenden Faktor des öffentlichen Lebens"[45].

Auch wenn das Staatsgrundgesetz die Pressefreiheit garantierte, blieben doch Maßnahmen aufrecht, die die Gründung und Erhaltung von Zeitungen erschwerten und zudem das Staatsbudget aufbessern sollten. Eine schwere Belastung bei der Gründung einer Zeitung stellte die Kautionspflicht dar, wobei für drei Monate ein Geldbetrag überwiesen werden musste, um garantieren zu können, dass ausreichend finanzielle

---

[41] Brief von Kronprinz Rudolf an Moriz Szeps vom 22. April 1883, in: Szeps, Kronprinz Rudolf, S. 46–47, hier S. 46.
[42] Dornhelm, Rudolf 1, 0:35:38–0:36:10.
[43] Dornhelm, Rudolf 1, 0:36:10–0:36:35.
[44] Gabriele Melischek/Josef Seethaler, Entwicklung und literarische Vermittlungsfunktion der Tagespresse in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, in: Zur Medialisierung gesellschaftlicher Kommunikation in Österreich und Ungarn. Studien zur Presse im 18. und 19. Jahrhundert (Finno-Ugrian Studies in Austria 4), hrsg. von Norbert Bachleitner und Andrea Seidler, Wien-Berlin 2007, S. 235–263, hier S. 239–242.
[45] Ebd., S. 245.

Mittel zur Verfügung stünden. Sollten keine Verstöße begangen worden sein, wurde das Geld zurückerstattet. Diese Bestimmung war bis zum Jahr 1894 gültig. Das Pressegesetz von 1862 ermöglichte eine vorläufige Beschlagnahme und Hinterlegungspflicht. Trotz Garantie der Pressefreiheit war auch nach 1867 eine Konfiskation möglich, wenn ein Artikel die politischen Verhältnisse erschüttern könnte. Die gerichtliche Verurteilung des Herausgebers führte bis zum Jahre 1868 zur Einstellung der Zeitung. Eine Inseratensteuer wurde zwischen 1850 bis 1899 eingehoben. Die Einführung des Zeitungsstempels, einer Abgabe für jedes Exemplar, erfolgte 1841. Dies hatte zur Folge, dass der Kaufpreis erhöht werden musste und bewirkte geringere Verkaufszahlen. Diese Maßnahme blieb bis zum Jahr 1899 aufrecht.[46]

Das bereits erwähnte Pressegesetz vom 17. Dezember 1862, das mit März 1863 in Kraft trat, galt bis zum Ende der Monarchie. Die vorherigen strengen Bestimmungen wurden zum Teil beseitigt oder aufgelockert, die Regierung behielt dem Staat aber Maßnahmen vor, die die Freiheit der Presse trotz Erleichterungen einschränkten. Die periodischen Druckschriften mussten nun nicht mehr vor Beginn des Verkaufs bei Sicherheitsbehörde und Staatsanwaltschaft vorgelegt werden, sondern erst zugleich mit Beginn des Verkaufs. Sollte ein Inhalt gesetzwidrig sein, war jedoch eine Beschlagnahme möglich, die vom Gericht abgesegnet werden musste.[47]

Die Presse-Prozessordnung von 1862 beinhaltete auch Neuerungen für das Strafverfahren. Ermöglicht wurde ein sogenanntes „objektives Verfahren“. Diesbezüglich richtete sich die Anklage nicht gegen eine Person; der Prozess konnte sich nunmehr auf die Druckschrift beziehen. Die Staatsanwälte hatten die Wahlmöglichkeit, entweder gegen die Person oder gegen die Druckschrift vorzugehen. Zumeist wurde das objektive Verfahren gewählt. Mit ein Grund war, dass das Verfahren schneller durchgeführt werden konnte: Der Staatsanwalt stellte einen Antrag, das Gericht hatte zu entscheiden. Vernehmungen waren hier mangels Angeklagter nicht notwendig. Seit der Novelle des Gesetzes im Jahr 1868 war ausschließlich das objektive Verfahren möglich, der Betroffene konnte dagegen Einspruch erheben.[48] Dieses Verfahren „blieb bis zum Ende der Monarchie ein wirksames Mittel der Regierung, gegen unliebsame Blätter vorzugehen“[49].

Bei der Beurteilung von Pressefreiheit und Zensur sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: Die Zensur darf als Instrument der Disziplinierung nicht unterschätzt werden; die

[46] Walter, Österreichische Tageszeitungen der Jahrhundertwende, S. 11–16.
[47] Philip Czech, Der Kaiser ist ein Lump und Spitzbube. Majestätsbeleidigung unter Kaiser Franz Joseph, Wien-Köln-Weimar 2010, S. 302 ff.
[48] Ebd., S. 306 f.
[49] Ebd., S. 307.

Redakteure und Herausgeber waren sich aber der Grenzen bewusst, die Sanktionen waren Abschreckung genug.[50]

Die Presse war insbesondere in politischen Belangen in ihrer freien Meinungsäußerung eingeschränkt. Aus diesem Grund war es für Szeps sehr riskant, die Artikel von Kronprinz Rudolf zu veröffentlichen, dessen Meinung sich ja grundlegend von jener des Herrschers und anderer Regierungsmitglieder unterschied. Die Gefahr, der sich Szeps aussetzte, kommt wiederholt in Szenen des Films zum Ausdruck. Zum Beispiel auf einer Kutschen-Fahrt, bei der Kronprinz Rudolf und Szeps die Bedrohung durch Zensur thematisieren. Im Gespräch zwischen den beiden bekräftigt Szeps, dass er sich der Gefahr aussetzen werde, denn er „ziehe es vor, die Wahrheit zu sagen".[51] Im Vorfeld wird eine antisemitische Kundgebung gezeigt, die während der Szene im Hintergrund hörbar bleibt. Dadurch wirkt die Darstellung bedrohlich und von Wichtigkeit. Die Enge der Situation entspricht im Film der Enge des Ortes. Das Gespräch findet in einer fahrenden Kutsche statt, die Gesichter sind in der Nahaufnahme erkennbar, die übrigen Konturen sind in dunkelgrau und schwarz gehalten. Der Dialog verleiht der Szene an Wichtigkeit.[52]

## Reaktionen am Kaiserhof

Rudolf lebte in großer Angst, dass seine Kontakte und Tätigkeiten am Hof bekannt werden könnten. Er war stets darauf bedacht, dass die Spuren nicht zu ihm führten. An Szeps schrieb er im Jahr 1882 einen Brief, der deutlich zum Ausdruck bringt, dass er „leider schon einige Male besonders in Äußerungen unvorsichtig war und seither in Wiener sehr hohen, konservativen Kreisen den Ruf eines ‚Unberechenbaren' habe". Dies sei für ihn verhängnisvoll, „da man bei Sachen, wo man sonst gar nicht an mich denken würde, gleich mißtrauensvolle Blicke auf mich wirft."[53]

Bereits 1883 glaubte sich Rudolf von Spionen umgeben und äußerte den Verdacht, dass seine Post geöffnet worden wäre. Sicherlich stand er unter polizeilicher Beobachtung, die nicht nur seine Sicherheit gewährleisten sollte. Seine Vorstellungen eines Komplotts gegen ihn erscheinen, aus heutiger Sicht, übertrieben. Trotz seiner Vorsicht war die Bekanntschaft mit Moriz Szeps bald auch in Regierungskreisen bekannt, worin die Minister einen weiteren Grund sahen, um Rudolf gegenüber keine vertraulichen Informationen weiterzugeben.[54] Zum Verhängnis wurde Rudolf, dass er Informationen aus dem höfischen Umfeld und über politische Angelegenheiten an Moriz Szeps weiterleitete. Dies vergrößerte das Misstrauen Taaffes, der im Gegenzug Rudolf über

[50] Czech, Majestätsbeleidigung, S. 340.
[51] Dornhelm, Rudolf 2, 0:23:43–0:23:45.
[52] Ebd., 0:22:31–0:24:33.
[53] Brief von Kronprinz Rudolf an Moriz Szeps vom 28. Juni 1882, in: Szeps, Kronprinz Rudolf, S. 7–9, hier S. 8.
[54] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 99 f.

Regierungsangelegenheiten möglichst im Dunkeln tappen ließ.[55] Auch Otto von Bismarck, der Ministerpräsident von Preußen, wusste durch seine Informanten über die Beziehungen Rudolfs zu Journalisten Bescheid.[56]

Die Angst als ständiger Begleiter wurde auch filmisch umgesetzt: War er anfänglich noch sehr gut gelaunt zeigt er sich zusehends hektischer und ängstlicher. Im Film wird aufgrund eines Artikels von Kronprinz Rudolf, der einen Bündniswechsel Österreichs mit Deutschland durch ein Bündnis mit Frankreich vorschlägt, über die Zensurierung des Neuen Wiener Tagblattes diskutiert. Während Franz Joseph eine gelassenere Haltung einnimmt, ist Taaffe mit Blick auf das Verhältnis zu Deutschland anderer Meinung. Zu diesem Zeitpunkt ist der anonyme Schreiber des Artikels noch nicht bekannt. Franz Joseph I. beendet die Sitzung mit den Worten: „Bringt Ihn zum Schweigen, wer er auch ist!“ [57]

Inwiefern der Kaiser von den journalistischen Tätigkeiten und Kontakten seines Sohnes mit Journalisten, insbesondere mit Moriz Szeps, wusste, ist nach wie vor nicht eindeutig geklärt. Er war zwar informiert, vermutlich aber nicht über das Ausmaß dieser Beziehungen und erst recht nicht darüber, dass sein Sohn politische Leitartikel verfasste. Franz Joseph veranlasste Rudolf nicht, diese Kontakte aufzugeben, band ihn dafür noch weniger in Regierungsgeschäfte ein.[58]

Sehr deutlich wird dies in einer Szene im Film, als Franz Joseph seinen Sohn fragt: „Ach, du liest auch diesen Julius-Felix-Unsinn[59]?“[60] In diesem Gespräch kommen die unterschiedlichen Ansichten über Bündnispolitik deutlich zum Ausdruck. Der Versuch Rudolfs, Anerkennung von seinem Vater zu erlangen und eingebunden zu werden in politische Entscheidungen, wird von Kaiser Franz Joseph I. ignoriert. Tritt Kronprinz Rudolf mit voller Überzeugungskraft vor seinen Vater, verliert er diese gegen Ende des Gespräches und wirkt resigniert. Die Szene ist bereits in düsterer, dunkler Atmosphäre gedreht und verstärkt den Eindruck, dass Rudolf seine Hoffnung bald aufgeben werde.[61] Denn: Während zu Beginn des Filmes die Kulisse sehr farbenfroh gestaltet ist, werden gegen Ende hin die Einstellungen zunehmend düsterer und dunkler; symbolisch ist damit die Hoffnung dargestellt, die Rudolf anfangs noch hegte und die später einer Resignation weicht.

[55] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 184 ff.
[56] Bled, Kronprinz Rudolf, S. 94.
[57] Dornhelm, Rudolf 1, 1:03:55–1:04:50.
[58] Hamann, Kronprinz Rudolf, S. 190–192; Bled, Kronprinz Rudolf, S. 100.
[59] Unter dem Pseudonym „Julius Felix“ veröffentlichte Kronprinz Rudolf mehrere Denkschriften.
[60] Dornhelm, Rudolf 2, 0:44:21–0:44:31.
[61] Ebd., 0:43:47–0:45:50.

**Vergleich mit anderen habsburgischen Thronfolgern: Einzelphänomen oder Regelfall?**

Ein Blick zurück ins 18. Jahrhundert zeigt folgendes Ergebnis: Die Erziehung von Joseph II., Sohn von Maria Theresia und Franz Stephan von Lothringen, war darauf ausgelegt, ihn auf seine Rolle als künftiger Herrscher vorzubereiten. Seine Französisch-Kenntnisse ermöglichten es ihm, Schriften französischer Aufklärer zu lesen, die seine Ideen und Politik stark beeinflussten. Er verfasste Denkschriften, in denen er einige seiner Ansichten ausarbeitete, die er später in seinen Reformwerken umsetzte.[62] Auch Kronprinz Rudolf hatte seine Ideen anhand von Denkschriften zum Ausdruck gebracht; im Unterschied zu Joseph ging Rudolf jedoch einen Schritt weiter und veröffentlichte seine Meinung in einer Zeitung – hatte somit eine höhere Chance gehört zu werden, setzte sich damit aber auch einem höheren Risiko aus. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Reichweite und der Stellenwert der Zeitungen zur Zeit Josephs II. geringer war als im 19. Jahrhundert. Demzufolge ist anzunehmen, Joseph hätte nicht dieselbe Wirkung erzielen können.

Nach dem Tod ihres Mannes ernannte Maria Theresia im Jahr 1765 Joseph zum Mitregenten. Zu verschiedenen Themen vertraten sie unterschiedliche Auffassungen, woraufhin Joseph II. nachgeben musste. Lediglich die Außenpolitik war ihm weitgehend übertragen worden.[63] Joseph II. erhielt – im Gegensatz zu Rudolf – Möglichkeiten zur Mitsprache, wenngleich seine Macht als Mitregent noch eingeschränkt war.

Franz Ferdinand, der nach dem Tod Rudolfs und dem seines Vaters Karl Ludwig 1896 zum neuen Thronfolger wurde, musste bereits kurz nach den Ereignissen in Mayerling außenpolitische Termine wahrnehmen.[64] Ihm wurden vor allem Aufgaben im Heer zugeteilt: Truppeninspektionen, Berichte verfassen, Manöver befehligen. Auch er durfte – wie Rudolf – seine politischen Gedanken öffentlich nicht äußern.[65] Doch seine politischen Vorstellungen unterschieden sich in vielen Bereichen von jenen Kaiser Franz Josephs. Er konnte dahingehend Einfluss ausüben, als er Wechsel in militärischen und politischen Spitzenpositionen durchsetzte. Die kaiserlichen Beamten ließen auch Franz Ferdinand über viele Begebenheiten im Ungewissen. Doch seine „Kleine Militärkanzlei“ ermöglichte ihm, durch Vertrauensleute an Informationen heranzukommen.[66]

[62] Helmut Reinalter, Joseph II. Reformer auf dem Kaiserthron, München 2011, S. 10–14.
[63] Ebd., S. 14–20.
[64] Max Polatschek, Franz Ferdinand. Europas verlorene Hoffnung, Wien-München 1989, S. 20–25.
[65] Ebd., S. 83–88.
[66] Ebd., S. 100–108.

## Rezeption und Intention

Das Leben von Kronprinz Rudolf war ein beliebtes Thema für Verfilmungen, vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als dramaturgisch spannend schien sich der tragische Tod zu eignen. Die Recherchen konnten für den Zeitraum zwischen 1919 und 2006 sieben Filme zu Kronprinz Rudolf ausfindig machen. Die ersten vier Filme[67] wurden innerhalb von neun Jahren (1919–1928) produziert, drei davon in Deutschland, einer in Österreich. Auf diese Produktionen wird hier mangels eingehender Informationen nicht Bezug genommen.

„Mayerling" (in Deutschland unter dem Titel „Kronprinz Rudolfs letzte Liebe" verliehen)[68], eine österreichische Produktion, gedreht 1955, thematisiert die Liebschaft Rudolfs zu Baronesse Mary Vetsera[69]. Das Lexikon des internationalen Films beschreibt den Film als in „einem zurückhaltend-malerischen, um Stimmung bemühten Stil inszeniert, aber schwach in der Motivierung."[70] Die Verfilmung ist typisch für den Beginn der 1950er Jahre[71], reiht sie sich doch in eine Vielzahl von Filmen über österreichische Persönlichkeiten ein; als wohl bekanntestes Beispiel ist die Sissi-Trilogie[72] zu nennen.[73]

1968 startete eine Produktion von Großbritannien und Österreich unter dem Titel „Mayerling"[74], als „einer schauprächtigen Neuverfilmung à la ‚Sissi' mit dem Versuch, den Thronfolger als scheiternden Kämpfer wider ‚Establishment' und Autoritätsblindheit darzustellen"[75].

Knapp vierzig Jahre später verfilmte Robert Dornhelm, unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Brigitte Hamann, erneut die Biografie Kronprinz Rudolfs. Diesmal liegt der Fokus auf den letzten zehn Lebensjahren und beabsichtigt, im Gegensatz zu den vorherigen Produktionen, den Blick auf die politischen Tätigkeiten des Kronprinzen zu

---

[67] Rolf Randolf, Kronprinz Rudolph oder: Das Geheimnis von Mayerling, Deutschland 1919; Kronprinz Rudolf und die Tragödie von Mayerling, Deutschland 1923/24; Hans Otto Löwenstein, Leibfiaker Bratfisch (oder: Das Geheimnis von Mayerling, oder: Die Tragödie eines Prinzen), Österreich 1925; Geheimnisse aus Fürstenhöfen (Der Liebestod in Mayerling), Deutschland 1928. Informationen dazu: filmportal.de, o. D. [http://www.filmportal.de], eingesehen 24.9.2012.

[68] Rudolf Jugert, Mayerling (oder: Kronprinz Rudolfs letzte Liebe), Österreich 1955.

[69] Marie Alexandrine Freiin von Vetsera, genannt Mary Vetsera: 1871–1889; österreichische Adelige.

[70] o. A., Kronprinz Rudolfs letzte Liebe, in: Lexikon des internationalen Films. Das komplette Angebot in Kino und Fernsehen seit 1945, Bd. 4, Hamburg 1991, S. 2116.

[71] Walter Fritz, Kino in Österreich 1945–1983. Film zwischen Kommerz und Avantgarde, Wien 1984, S. 51–92.

[72] Ernst Marischka, Sissi, Österreich 1955; Ders., Sissi, die junge Kaiserin, Österreich 1956; Ders., Sissi – Schicksalsjahre einer Kaiserin, Österreich 1957. Informationen dazu: filmportal.de, o. D. [http://www.filmportal.de], eingesehen 24.9.2012.

[73] Fritz, Kino in Österreich, S. 67–76.

[74] Terence Young, Mayerling, Großbritannien-Frankreich 1968.

[75] o. A., Mayerling, in: Lexikon des internationalen Films. Das komplette Angebot in Kino und Fernsehen seit 1945, Bd. 5, Hamburg 1991, S. 2519.

lenken. Dass in der filmischen Bearbeitung nicht bis ins letzte Detail geschichtlich korrekt gespielt wurde, begründet Hamann: „[D]as musste wohl auch wegen der Dramaturgie sein, damit's nicht zu düster wird. […] Auf jeden Fall stimmt viel mehr als in sämtlichen Rudolf-Filmen vorher. Die waren alle nur Märchengeschichten“[76].

Genau dies unterscheidet den für diese Arbeit herangezogenen Film „Kronprinz Rudolf“ zu früheren filmischen Produktionen über Rudolf. Im Mittelpunkt steht laut Moderation des Making-Of „das tragische Leben eines politischen Visionärs und Querdenkers, der von einem friedlich geeinten Europa träumte“.[77] Der Film lenkt die Aufmerksamkeit nicht auf einen einzelnen Aspekt, sondern beabsichtigt demgegenüber sowohl Rudolfs politische Tätigkeiten, seine Beziehungen zu Familienmitgliedern als auch seine Frauengeschichten und seine Krankheit aufzugreifen, um ein möglichst umfassendes Bild seiner Lebensgeschichte zu vermitteln. Von den Visionen Rudolfs für die künftige Entwicklung der Monarchie und ein künftiges Europa zeugen seine zahlreich erhalten gebliebenen Briefe.

Der Film spielt zudem mit der Frage: „Was wäre gewesen, wenn …“[78] – eine Frage, die sich auch in Zusammenhang mit der Forschungsfrage dieser Arbeit verknüpfen lässt: Was wäre gewesen, wenn Rudolf sein Ziel erreicht hätte und Einfluss auf die Politik seines Vaters und der Regierung ausüben hätte können?

Die Kritiken fielen nicht sehr positiv aus. *Die Presse* schreibt von einem „enttäuschende[n] Ergebnis“[79], *Der Standard* von einer „als historischer Spielfilm getarnte[n] Telenovela“[80]. Der Versuch, ein umfassendes Bild von Rudolfs letzten zehn Lebensjahren zu vermitteln – dies beinhaltet sowohl das politische Engagement, die familiären Verstrickungen, als auch seine Affären – scheint somit nicht vermittelbar gewesen zu sein. Hinsichtlich seiner Historizität kann angeführt werden, dass der Film sich um möglichst korrekte historische Wiedergabe bemüht, zu nennen sind die wissenschaftliche Betreuung und das Drehen der Szenen an Originalschauplätzen. Die Liebesgeschichte mit Mary Vetsera, die Beziehung zu Mizzi Caspar – dies publikumswirksam in Szene gesetzt – sind Teil des Filmes, da sie zum Gesamtbild des Kronprinzen beitragen, ebenso wie die politischen Ambitionen.

---

[76] Anne-Catherine Simon, „Rudolfs Verfall war zu furchtbar für den Film“, in: *Die Presse*, 29.4.2006, Onlinefassung: [http://diepresse.com/home/kultur/film/94823/print.do], eingesehen 25.4.2012.
[77] Werner Horvarth/Uta Gruenberger, Kronprinz Rudolf. Making Of, Österreich-Deutschland-Italien 2006, 0:03:16–0:03:27.
[78] Ebd., 0:15:00–0:15:25.
[79] Patricia Käfer, TV: „Kronprinz Rudolf“, in: *Die Presse*, 29.4.2006, Onlinefassung: [http://diepresse.com/home/kultur/film/94825/print.do], eingesehen 25.4.2012.
[80] Doris Priesching, „Ich liebe dich so sehr, Rudolf!“, in: *Der Standard*, 22./23.4.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/2421459], eingesehen 1.5.2012.

Mit Ironie ist wohl zu bemerken: Für die Ausstrahlung im deutschen Fernsehkanal des ARD musste der zweiteilige Film auf 90 Minuten gekürzt werden – dem zum Opfer fielen interessanterweise Szenen, die sich mit dem politischen Leben beschäftigen. Liebesverhältnisse und Affären sind offensichtlich unterhaltsamer und bringen eher Erfolg und Quote mit sich. Gegenüber dem *Standard* bemerkte Regisseur Dornhelm dazu: „Im Vergleich zu dem, was die wollten, haben wir einen geradezu politischen Film gemacht."[81]

Auch beim Publikum kamen durchaus kritische Meinungen zum Ausdruck, wie der User „robert kock" im Standard-Forum schreibt: „Wieso Visionär? Warum nicht Melancholiker, Neurotiker, depressiver Schwärmer? Warum erklären, wenn verklärt werden kann!"[82]

## Zusammenfassung

Wie die Ausführungen gezeigt haben, war Kronprinz Rudolf keineswegs der einzige Thronfolger, der nach Einflussmöglichkeiten suchte, um die Politik mitzugestalten. Vergleiche mit Joseph II., Franz Ferdinand und Wilhelm II. haben aufgezeigt, dass jeder auf seine Art versuchte, unter den persönlichen Umständen und im historisch-soziokulturellen Kontext, die politischen Vorgänge zu beeinflussen. Kronprinz Rudolf hatte hingegen nicht wie Franz Ferdinand die Möglichkeit, Spitzenpositionen nach seinen Wünschen besetzen zu lassen. Joseph II. konnte als Mitregent wenigstens in einigen Bereichen nach seinem Ermessen entscheiden. Wilhelm II. wurde mit diplomatischen Aufgaben betraut. Die genannten Thronfolger vermochten also durchaus aktiv und direkt auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen, im Gegensatz zu Kronprinz Rudolf, der dies auf indirektem Wege versuchte, da er viel Zeit in Prag verbrachte, wohin ihn sein Vater schickte.

Ein derartiger Weg erschloss sich für ihn im Verfassen von politischen Leitartikeln, ermöglicht durch Moriz Szeps, den Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblattes". Dieses Blatt erfreute sich eines zahlreichen Absatzes. Einschränkungen der Pressefreiheit erfolgten durch die Zensur. Drohte durch einen Artikel die Erschütterung der politischen Verhältnisse, war die Zeitung in Gefahr, beschlagnahmt zu werden; so geschehen beim „Neuen Wiener Tagblatt". Um die aggressiven Artikel Rudolfs zu veröffentlichen, musste Szeps diese umschreiben.

Trotz enormer Reichweite blieben Rudolfs Versuche, Einfluss auf journalistischem Wege auszuüben, erfolglos, obwohl sein Vater, Kaiser Franz Joseph I., und

[81] Claus Philipp, „Kronprinz Rudolf": „Schmerz und Schnulze liegen nah beieinander", in: *Der Standard*, 29.4./30.4./1.5.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/2429926], eingesehen 1.5.2012.
[82] robert kock, 22.4.2006, zum Beitrag: Priesching, Doris: „Ich liebe dich so sehr, Rudolf!", in: *Der Standard*, 22./23.4.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/2421459], eingesehen 1.5.2012.

Ministerpräsident Eduard Taaffe über den Inhalt dieser Artikel Kenntnis hatten. Die politische Linie blieb davon unbeeinflusst.

Rudolfs Leben war Grundlage für zahlreiche Verfilmungen im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Diese hatten größtenteils die Liebschaften und den tragischen Tod zum Inhalt. Die filmische Aufarbeitung von Robert Dornhelm verfolgte die Absicht, ein umfassenderes und realistischeres Bild der letzten zehn Lebensjahre Kronprinz Rudolfs zu vermitteln. Obgleich der, nach Meinung der Verfasserin unwesentlichen, Abweichungen von historischen Tatsachen, vermittelt der Film bezüglich der Bestrebungen von Kronprinz Rudolf, das politische Geschehen über das Medium Zeitung zu beeinflussen, einen glaubhaften Eindruck.

## Quellen

Dornhelm, Robert, Kronprinz Rudolf. Der Rebell (Teil 1); Mayerling (Teil 2), Österreich-Deutschland-Italien 2006.

filmportal.de, o. D. [http://www.filmportal.de], eingesehen 24.09.2012.

Horvarth, Werner/Gruenberger, Uta, Kronprinz Rudolf. Making Of, Österreich-Deutschland-Italien 2006.

Käfer, Patricia, TV: „Kronprinz Rudolf“, in: Die Presse, 29.4.2006, Onlinefassung: [http://diepresse.com/home/kultur/film/94825/print.do], eingesehen 25.4.2012.

Philipp, Claus, „Kronprinz Rudolf“: „Schmerz und Schnulze liegen nah beieinander“, in: Der Standard, 29.4./30.4./1.5.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/2429926], eingesehen 1.5.2012.

Priesching, Doris, „Ich liebe dich so sehr, Rudolf!“, in: Der Standard, 22./23.4.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/2421459], eingesehen 1.5.2012.

robert kock, 22.4.2006, zum Beitrag: Priesching, Doris: „Ich liebe dich so sehr, Rudolf!“, in: Der Standard, 22./23.4.2006, Onlinefassung: [http://derstandard.at/ 2421459], eingesehen 1.5.2012.

Simon, Anne-Catherine, „Rudolfs Verfall war zu furchtbar für den Film“, in: Die Presse, 29.4.2006, Onlinefassung: [http://diepresse.com/home/kultur/film/94823/ print.do], eingesehen 25.4.2012.

Szeps, Julius (Hrsg.), Kronprinz Rudolph. Politische Briefe an einen Freund. 1882–1889, Wien-München- Leipzig 1922.

## Literatur

Bled, Jean-Paul, Kronprinz Rudolf, Wien-Köln-Weimar 2006.

Clark, Christopher, Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers, München 2008.

Czech, Philip, Der Kaiser ist ein Lump und Spitzbube. Majestätsbeleidigung unter Kaiser Franz Joseph, Wien-Köln-Weimar 2010.

Fischel, Alfred, Taaffe, Eduard, in: Allgemeine Deutsche Biographie 55 (1910), S. 234–255, Onlinefassung: [http://www.deutsche-biographie.de/pnd 11860428.html?anchor=adb], eingesehen 19.9.2012.

Fritz, Walter, Kino in Österreich 1945–1983. Film zwischen Kommerz und Avantgarde, Wien 1984.

Hamann, Brigitte, Kronprinz Rudolf. Ein Leben, München 2010[2].

Korte, Helmut, Filmwahrnehmung – Filmanalyse, Grundlagen, in: Ders., Einführung in die Systematische Filmanalyse. Ein Arbeitsbuch, Berlin 2010[4], S. 13–80.

Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef, Entwicklung und literarische Vermittlungsfunktion der Tagespresse in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, in: Zur Medialisierung gesellschaftlicher Kommunikation in Österreich und Ungarn. Studien zur Presse im 18. und 19. Jahrhundert (Finno-Ugrian Studies in Austria 4), hrsg. von Norbert Bachleitner und Andrea Seidler, Wien-Berlin 2007, S. 235–263.

o. A., Kronprinz Rudolfs letzte Liebe, in: Lexikon des internationalen Films. Das komplette Angebot in Kino und Fernsehen seit 1945, Bd. 4, Hamburg 1991, S. 2116.

o. A., Mayerling, in: Lexikon des internationalen Films. Das komplette Angebot in Kino und Fernsehen seit 1945, Bd. 5, Hamburg 1991, S. 2519.

Polatschek, Max, Franz Ferdinand. Europas verlorene Hoffnung, Wien-München 1989.

Reinalter, Helmut, Joseph II. Reformer auf dem Kaiserthron, München 2011.

Stekl, Hannes, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: Ders., Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie 18. bis 20. Jahrhundert (Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien 31), Wien 2004, S. 14–34.

Walter, Edith, Österreichische Tageszeitungen der Jahrhundertwende. Ideologischer Anspruch und ökonomische Erfordernisse, Wien-Köln-Weimar 1994.

Woerl, Leo, Die Pressverhältnisse im Kaiserstaat Österreich-Ungarn (Die Publicistik der Gegenwart), Würzburg-Wien 1881.

**Michaela Seewald** ist Studentin der Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck. Michaela.Seewald@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Michaela Seewald, Einflussmöglichkeiten von Mitgliedern des Herrscherhauses auf das politische Geschehen am Beispiel des Films „Kronprinz Rudolf“ von Robert Dornhelm, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 299–316, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Rubrik Seminar-Arbeiten

historia.scribere

# Die Rheinüberquerung der Vandalen, Alanen und Sueben – Ursachen, Datierung und Übergang

**Anna Magdalena Schmidt**

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Mark Mersiowsky M.A.

eingereicht im Semester: SS 2011

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**

**The Rhine-Crossing of the Vandals, Alans and Suebi – Causes, Dating and Crossing**

This study examines the Rhine-Crossing of the Vandals, the Alans and the Suebi. It begins with an overview of the relation between Romans and Barbarians in the fourth century A. D. and the possible causes of the migration. The most controversial point of the Rhine-Crossing is the dating. Well known arguments as well as new ideas will be presented. In a further step the possibilities of an actual crossing of the Rhine are discussed. The work concludes with a brief outlook on further events in Gaul.

## Einleitung

Viele Fragen zur Rheinüberquerung der Vandalen, Alanen und Sueben auf ihrem Weg nach Gallien sind bis heute unbeantwortet geblieben. Zwar haben sich einige Historiker mit ihrer Westwanderung beschäftigt, doch nicht selten wird die Rheinüberquerung dabei aus praktischen Gründen ausgelassen. Zu unsicher sind die wenigen Informationen, die überliefert sind.

Die wichtigsten Werke zu den Vandalen wurden von Helmut Castritius und Guido M. Berndt verfasst. Castritius skizziert die Entwicklung der Vandalen von den Anfängen bis

zum Untergang des Königreichs in Afrika. Dabei widmet er auch der Rheinüberquerung ein Kapitel.[1] Berndt schildert ebenso die Geschichte der Vandalen, doch geht er etwas ausführlicher auf die Ethnogenese ein. Was aber in diesem Fall noch wichtiger ist, er hinterfragt den bisherigen Forschungsstand zur Rheinüberquerung und scheut nicht davor zurück, neue Überlegungen einzubringen. Auch wenn Berndt dabei nicht immer stichhaltig argumentiert, ist sein Werk ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die Vorgänge an der Rheingrenze im frühen 5. Jahrhundert.[2] Auch Walter Pohl[3] und Herwig Wolfram[4] trugen zur Rekonstruierung der Wanderung der Vandalen, Alanen und Sueben bei. (Ein etwas älteres Standardwerk über die Vandalen von Ludwig Schmidt lag leider nicht zur Bearbeitung vor.)

Schriftlich überlieferte Quellen stammen von Jordanes[5], Claudius Claudianus[6], Sophronius Eusebius Hieronymus[7], Prosper Tiro von Aquitanien[8], Zosimus[9] und Prokop[10]. Hieronymus ist die wichtigste Quelle für die Zeit nach der Rheinüberquerung.[11] Jordanes[12] und Claudian[13] hingegen geben Einblicke in die Zeit davor und in das Verhältnis zwischen Römern und Vandalen, Alanen und Sueben. Zosimus gibt wichtige Hinweise für die Datierung der Rheinüberquerung, da er die Usurpationen in Britannien beschreibt, die Aufschluss über die Lage innerhalb des Reiches geben[14] Eine weitere wichtige Quelle ist die Chronik von Prosper von Aquitanien,[15] in der er für jedes Jahr ein Ereignis vermerkt. Dass er dabei für Diskussionen sorgt, wird im Kapitel zur Datierung aufgezeigt. Prokops Werk ist in dieser Arbeit deshalb von Bedeutung, da er einen möglichen Grund für die Abwanderung angibt.[16]

[1] Helmut Castritius, Die Vandalen. Etappen einer Spurensuche, Stuttgart 2007.
[2] Guido M. Berndt, Konflikt und Anpassung. Studien zu Migration und Ethnogenese der Vandalen, Husum 2007.
[3] Walter Pohl, Die Völkerwanderung. Eroberungen und Integration, Stuttgart-Berlin-Köln 2002.
[4] Herwig Wolfram, Das Reich und die Germanen. Zwischen Antike und Mittelalter, Berlin 1994².
[5] Römischer Bürokrat und später Historiker, ca. 6. Jahrhundert.
[6] Bekannt als Claudian, Dichter, ca. 370–404.
[7] Bekannt als Hieronymus, Theologe und Schriftsteller, 347–420.
[8] Schriftsteller, ca. 390–455.
[9] Auch Zosimos, Historiker, ca. 2. Hälfte des 5. Jahrhunderts–6. Jahrhundert.
[10] Eigentlich Prokopios von Caesarea, Historiker, ca. 500–562.
[11] Sophronius Eusebius Hieronymus, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe Bd. 2 (Bibliothek der Kirchenväter 16), Kempten-München 1936.
[12] Iordanis, Romana et Getica, hrsg. v. Theodor Mommsen (MGH Auctores antiquissimi 5.1), Berlin 1882, S. 53–138.
[13] Claudii Claudiani, Carmina, hrsg. v. Theodor Birt (MGH Auctores antiquissimi 10), Berlin 1892, S. 189–203.
[14] Zosimus, Neue Geschichte, hrsg. v. Stefan Rebenich (Bibliothek der Griechischen Literatur 31), Stuttgart 1990.
[15] Prosperi Tironis, Epitoma de Chronicon, hrsg. v. Theodor Mommsen (MGH: Auctores antiquissimi 9), Berlin 1892, S. 385–485.
[16] Procopius, Vandalenkriege, hrsg. v. Otto Veh, München 1971.

Die vorliegende Arbeit soll einen Überblick über die Situation zwischen Römern und Barbaren im vierten Jahrhundert geben, sowie die Ursachen und die möglichen Auslöser der Wanderung diskutieren. Der wohl umstrittenste Punkt ist die Datierung, weil an ihr eine Reihe von wichtigen Fragen hängt. Einige Thesen dazu sollen vorgestellt werden, es wird aber auch versucht, neue Überlegungen einzubringen. In einem weiteren Schritt wird diskutiert, welche Möglichkeiten sich zur Überquerung des Rheins boten. Am Ende der Arbeit wird ein kurzer Ausblick auf das weitere Geschehen in Gallien gegeben.

## 1. Die an der Rheinüberquerung beteiligten *gentes*

Die Vandalen siedelten im 4. Jahrhundert in zwei verschiedenen Gegenden: Die Silingen saßen nördlich der Karpaten im heutigen Schlesien, die Hasdingen hingegen siedelten an der oberen Theiß bis in die Karpatenländer.[17] Walter Pohl weist darauf hin, dass die Differenzierung zwischen Silingen und Hasdingen nicht aus dieser Zeit stammt und es deshalb auch keine Quellen dafür gibt. Die Silingen würden das erste Mal vor der Überfahrt nach Afrika und die Hasdingen erst dort in den Quellen als solche bezeichnet werden.[18] Dennoch werden diese Bezeichnungen verwendet, um die Existenz zweier Gruppen bereits vor der Rheinüberquerung deutlich zu machen.

Zwischen Silingen und Hasdingen siedelten unter anderem Quaden und Markomannen, die sich als Sueben der Wanderung anschlossen. Östlich der Hasdingen waren die Alanen ansässig, die ebenfalls in Richtung Westen wanderten.[19] Laut Helmut Castritius dürften diese *gentes* zusammen mit den Goten unter Radagaisus[20] aufgebrochen sein, sich aber unterwegs schon in drei Gruppen aufgeteilt haben: Radagaisus sei mit seinem Zug nach Italien gezogen, wo er auf Flavius Stilicho[21] traf. Die zweite Gruppe sollen die Alanen unter der Anführung Respondials[22] und die dritte die Vandalen und Sueben unter Godegisel[23] gewesen sein.[24] Diese Einteilung in verschiedene Gruppen ist allerdings nicht restlos gesichert, es könnte sein, dass die Radagaisus-Goten schon vor den anderen Gruppen aufgebrochen sind. Dass sich die Alanen und Vandalen/Sueben zu einem Zeitpunkt getrennt haben, ist sehr wahrscheinlich: Es ist überliefert, dass es entweder vor oder nach der Rheinüberquerung eine Auseinandersetzung der Vandalen/Sueben mit den Franken gab, die Föderaten in Gallien waren und das Land verteidigen mussten. Die Franken hätten diese Schlacht gewonnen, wären nicht die Alanen unter Respondial eingeschritten und hätten auf Seiten der Vandalen/Sueben gekämpft.[25] Die Aussagen

[17] Pohl, Die Völkerwanderung, S. 72.
[18] Ebd., S. 71.
[19] Ebd., S. 72.
[20] Gotischer Heerführer, ca. 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts–406.
[21] Römischer Heermeister, ca. 360–408.
[22] König der Alanen, ca. 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts–5. Jahrhundert.
[23] König der Vandalen, ca. 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts–406.
[24] Castritius, Die Vandalen, S. 48.
[25] Ulrich Nonn, Die Franken, Stuttgart 2010, S. 70.

über den Zeitpunkt und Ort dieser Auseinandersetzung variieren von vor der Rheinüberquerung bis nach Spanien. Das heißt nun, dass man nicht mit Sicherheit sagen kann, wann sich die Alanen und Vandalen/Sueben getrennt und wieder zusammen gefunden haben.

## 2. Die Entwicklungen im 4. Jahrhundert

Die erste Hälfte des 4. Jahrhunderts soll nach Jordanes von kriegerischen Auseinandersetzungen der Vandalen mit den Goten dominiert gewesen sein, woraus Letztere als Sieger hervorgingen.[26] Walter Pohl vertritt die Auffassung, dass es sich bei diesen Vandalen um die Gruppe der Hasdingen handelte, die zu dieser Zeit an der Theiß siedelten[27] und Herwig Wolfram gibt an, dass ihre Gegner die Terwingen waren.[28] Nach einem dieser Kriege suchte eine Gruppe der Vandalen bei Kaiser Konstantin dem Großen[29] um Aufnahme ins Römische Reich an. Der Kaiser stimmte zu und so erhielten sie 332 n. Chr. einen Siedlungsraum in Pannonien, wo sie sechzig Jahre lang blieben und Teil des römischen Heeres waren.[30]

Über die anderen Gruppen der Vandalen sind für die zweite Hälfte des 4. Jahrhunderts allerdings keine Informationen überliefert. Helmut Castritius meint deswegen, dass sie sich während dieser Zeit von den Kriegen gegen die Goten erholten und aus römischer Sicht keine Gefahr darstellten, was auch erklären würde, warum sie nicht im erhaltenen Teil des Werkes von Ammianus Marcellinus[31] erwähnt wurden.[32] Dieser These schließt sich auch Herwig Wolfram an: Zwar gab es Kriege zwischen Barbaren und Römern im vierten Jahrhundert, jedoch spielten die Vandalen dabei nur eine kleinere Rolle.

Es gibt dennoch zwei Quellen, die vom Eindringen der Vandalen ins Römische Reich vor 400 berichten: Jordanes gibt an, dass sie sich bereits 380 n. Chr. in Gallien aufhielten.[33] Hieronymus hingegen spricht davon, dass sich die Vandalen zwanzig Jahre nach dem Hunneneinfall im Donauraum innerhalb des Reiches aufhielten.[34] Beide Aussagen sind sehr umstritten, weil weitere Belege fehlen.[35] Hans-Joachim Diesner nennt eine Stelle aus Claudians *De bello Pollentino sive gothico*,[36] die man als Beleg dafür interpretieren könnte, dass um 400 eine Gruppe von Vandalen in Rätien einwanderte und dann

[26] Iordanes, Romana et Getica, S. 87.
[27] Pohl, Völkerwanderung, S. 71.
[28] Wolfram, Reich und die Germanen, S. 231.
[29] Römischer Kaiser von 306–337.
[30] Iordanes, Romana et Getica, S. 87 f.
[31] Historiker, ca. 330–400.
[32] Castritius, Vandalen, S. 43 f.
[33] Iordanes, Romana et Getica, S. 87 f.
[34] Hieronymus, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe, S. 210.
[35] Castritius, Vandalen, S. 44 f.
[36] Claudii Claudiani, De bello Pollentino sive Gothico, hrsg. v. Theodor Birt (MGH Auctores antiquissimi 10), Berlin 1892, S. 259–283.

auf der Grundlage eines Vertrages mit Stilicho in Vindelikien und Noricum ansässig wurde.[37] Laut Guido M. Berndt waren das Hasdingen unter der Führung von Godegisel.[38] Castritius vermutet, dass es sich um Silingen gehandelt habe.[39] Berndt geht aber davon aus, dass sie von Stilicho in Noricum und nicht in Rätien angesiedelt wurden, die Region aber dann plünderten, statt sie im Sinne der Römer zu verteidigen, woraufhin sie wieder außerhalb des Römischen Reiches siedeln mussten.[40] Auch er stützt sich hierbei auf das Werk Claudians. Es wäre denkbar, dass Hieronymus und Claudian von demselben Ereignis sprachen, zumindest unterscheiden sich ihre Angaben nur durch fünf oder zehn Jahre und bei der Quellenlage des Frühmittelalters ist eine derartige Abweichung oder Ungenauigkeit nicht außergewöhnlich.

Selbst wenn es so war, dass die Vandalen vor 400 ins Römische Reich eindrangen, so stellten sie für die Römer zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit keine ernstzunehmende Gefahr dar. Diese waren während der Mitte des 4. Jahrhunderts in Auseinandersetzungen mit Franken und Alemannen verwickelt, die sich bereits jenseits des Rheins niedergelassen hatten und um die Wende zum 5. Jahrhundert gingen sie gegen die vorrückenden Goten unter Alarich vor.[41]

Dass barbarische Gruppen bereits im vierten Jahrhundert vermehrt ins Römische Reich eindrangen, lag nicht zuletzt daran, dass es innerhalb des Römischen Reiches immer mehr Probleme gab. Man war gezwungen, zuallererst diese zu lösen, bevor man sich auf potentielle Feinde von außen konzentrieren konnte.

Innerhalb des Reiches kam es in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts immer öfter zu Usurpationen und der amtierende Kaiser war gezwungen, so effizient wie möglich, also mit der ihm zur Verfügung stehenden militärischen Kapazität, dagegen vorzugehen. Guido M. Berndt weist darauf hin, dass die Gallischen Provinzen wesentlich besser geschützt waren, als sich die Kaiserresidenz noch in Trier befand. Sie wurde im 3. Jahrhundert eben wegen der drohenden Gefahr der Barbaren dorthin verlegt. Am Ende des 4. Jahrhunderts übersiedelte die Kaiserresidenz aber wieder nach Italien, erst nach Mailand und 402 nach Ravenna. Das hatte zur Folge, dass auch die kaiserlichen Truppen nach Italien abgezogen wurden und die Rheingrenze nicht mehr ausreichend geschützt werden konnte.[42] Zurück blieben lediglich Grenzsicherungstruppen (Limitaneinheiten) und Teile des Bewegungsheeres (*Comitatenses*). Als zu Beginn des fünften Jahrhunderts die Ostgoten in Italien einfielen, war der Oberbefehlshaber des Militärs des Ost- und Westreichs [43] Stilicho gezwungen, Teile der *Comitatenses* von der Rheingrenze

[37] Hans-Joachim Diesner, Das Vandalenreich. Aufstieg und Untergang, Stuttgart 1966, S. 23.
[38] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 87.
[39] Castritius, Vandalen, S. 58.
[40] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 87.
[41] Wolfram, Reich und Germanen, S. 109.
[42] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 85.
[43] Claudii Claudiani, Carmina, S. 196–201.

abzuziehen. Guido M. Berndt erwähnt, dass in der älteren Forschung der Vorwurf gegen Stilicho erhoben wurde, er habe mit dieser Aktion den Barbaren absichtlich geholfen. Berndt selbst aber ist der Auffassung, dass Stilicho richtig gehandelt habe, schließlich seien am Rhein die Limitaneinheiten weiterhin zur Verfügung gestanden. Außerdem hätten die Franken als Schutztruppen fungiert.[44] Zudem hält er Stilicho zugute, dass er nicht alle Truppen der *Comitatenses* abgezogen hatte, sondern Einheiten zurückgeblieben waren. Laut Berndt war die Rheingrenze im Laufe des vierten Jahrhunderts anständig gesichert, nicht nur durch die militärischen Einheiten, sondern auch durch technische Instandsetzungen, „[…] indem neue Brückenköpfe und Befestigungsanlagen konstruiert worden waren“.[45]

Berndt nimmt klar Stellung dazu, wer die Schuld am Versagen der Rheingrenze zu tragen habe: „Das Versagen der Abwehrmechanismen am Rhein ist nicht den dort stationierten Truppen, sondern der nachlässigen Politik der römischen Kaiser selbst anzulasten.“[46] Wenn es nun stimmt, dass Stilicho die Limitaneinheiten und Teile der *Comitatenses* am Rhein zurückließ und nur einen geringen Teil für den Kampf gegen die Ostgoten abzog, und wenn er sich des Weiteren darauf verließ, dass die Sicherung des Rheins im 4. Jahrhundert erneuert und ausgebaut worden war, so kann man wahrlich die These Berndts unterstützen, dass Stilicho nicht falsch gehandelt habe.

Vor allem ist das Handeln Stilichos, aber auch des weströmischen Kaisers Flavius Honorius,[47] verständlich, wenn man sich der These Wolframs anschließt. Dieser geht davon aus, dass die Römer die Barbaren ganz einfach nicht für einen ernstzunehmenden Gegner hielten. Laut ihm wurde von römischer Seite nicht angenommen, dass eine Gruppe von Barbaren ein Reich wie das der Römer errichten könnte.[48] Selbst wenn sie als Föderaten auf römischem Reichsgebiet siedelten, so hätten sie laut Wolfram nie einen Herrschaftsanspruch erhoben. Auf Grund der verschiedenen, schon angeführten, Abkommen zwischen Römern und Barbaren, könnte man auch behaupten, sie wären Teil des Römischen Reiches gewesen, immerhin waren sie zeitweise Teil des militärischen Abwehrsystems. Allerdings trifft das für die Vandalen nur mehr im 4. Jahrhundert zu, denn sobald sie gegen Westen zogen und spätestens als sie in der Provinz Afrika angekommen waren, änderte sich das schlagartig. Man kann hier durchaus von einer gewissen Arroganz der Römer sprechen, zumal sie sich offensichtlich nicht darüber im Klaren waren, wie prekär die Lage innerhalb ihres Reiches war. Die Anzahl der Usurpationen und die schlechte wirtschaftliche Lage des Westreichs um die

[44] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 88.
[45] Ebd.
[46] Ebd.
[47] Weströmischer Kaiser von 395–423.
[48] Wolfram, Reich und Germanen, S. 96.

Jahrhundertwende lassen keine Zweifel über die Instabilität des Reiches zu. Und diese Instabilität kam gerade den Barbaren sehr gelegen.[49]

## 3. Mögliche Auslöser für die Abwanderung

Der bekannteste und wahrscheinlichste Auslöser für die Westwanderung der Vandalen, Sueben und Alanen ist der Einfall der Hunnen, der nicht genau datierbar ist. Felix Dahn nennt in seinem 1881 erschienen Werk *Geschichte der Völkerwanderung* verschiedene Quellen, die den Einfall zwischen 370 und 375 n. Chr. ansiedeln. Zwar ist es erfreulich, dass für dieses Ereignis mehrere Quellen vorhanden sind, allerdings erschwert es die Datierung insofern, als sie unterschiedlich und ungenau sind.[50] Heute wird davon ausgegangen, dass der Hunneneinfall 375 stattgefunden habe.[51] Vom Hunneneinfall als Auslöser für die Abwanderung ausgehend, dürften die Siedlungsgebiete der Vandalen zu dieser Zeit noch nicht Teil des hunnischen Einflussgebietes gewesen sein, da sie sonst schon vor 400 ihre Reise Richtung Westen begonnen hätten. Wenn man den Aufbruch der Vandalen zwischen 400 und 405 datiert, so stellten die Hunnen rund dreißig Jahre lang keine direkte Bedrohung für sie dar.[52] Am Ende des 4. Jahrhunderts zogen die Hunnen dann weiter westwärts und versuchten, ins Römische Reich einzudringen.[53] Um dem hunnischen Druck zu entfliehen, machte sich zuerst in den 390er Jahren[54] eine Gruppe Goten unter Alarich[55] auf und suchte bei den Römern um Aufnahme ins Reich an. Dem wurde stattgegeben.[56]

Neben den Hunnen gibt es noch weitere mögliche Gründe für die Westwanderung der mitteleuropäischen Barbaren: Die von Prokop genannte Hungersnot[57] wird in der neueren Literatur zwar weiterhin erwähnt und diskutiert, aber eindeutig als nicht unmittelbar ausschlaggebend bewertet.[58]

Interessant ist die These von Herwig Wolfram, der darauf hinweist, dass der Tod Kaiser Theodosius I.[59] durchaus ein Beweggrund gewesen sein könnte. Als Theodosius 395 starb und das Römische Reich zerfiel, bedeutete dies auch für die Barbaren eine Zeit der Unsicherheit.[60] Allerdings müsste zur Stützung dieser These die Frage nach dem direkten Einfluss der Römer auf die barbarischen *gentes* in ihren damals noch sehr weitläufigen

[49] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 90.
[50] Peter Heather, Invasion der Barbaren. Die Entstehung Europas im ersten Jahrtausend nach Christus, Stuttgart 2011, S. 201.
[51] Ebd.
[52] Ebd., S. 202.
[53] Castritius, Vandalen, S. 45.
[54] Wolfram, Reich und Germanen, S. 150.
[55] König der Westgoten, ca. 370–410.
[56] Peter Heather, Goths and Romans 332–489, Oxford 1991, S. 211.
[57] Procopius, Vandalenkriege, S. 6.
[58] Castritius, Vandalen, S. 45.
[59] Oströmischer Kaiser von 379–394 und letzter gesamtrömischer Kaiser.
[60] Wolfram, Reich und Germanen, S. 231.

Siedlungsräumen geklärt werden. Ob die Silingen im heutigen Schlesien von den Römern genauso beeinflusst wurden wie jene an der mittleren und oberen Theiß, ist fraglich. Auf jeden Fall war diese Unsicherheit im römischen Reich eine gute Ausgangslage für den Zug der Hunnen in Richtung Westen und somit ist sie auch ein indirekter Auslöser für die Wanderung der Vandalen. Ein weiterer möglicher Aspekt wäre, laut Wolfram, die Hoffnung auf Aufnahme im Reich nach Vorbild der Alarich-Goten,[61] wobei sich die Frage stellt, in wie weit die Vandalen, Alanen und Sueben darüber informiert waren, dass sich diese Gruppe im Reich niedergelassen hatte.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass mehrere Gründe zur Westwanderung beigetragen haben: Wenn die Hunnen in den Bereich der Vandalen vorgedrungen sind und dort plünderten, erscheint auch die These Prokops nicht mehr unwahrscheinlich. Dass sich mehrere *gentes* aufmachten, um ihre Siedlungsräume für immer zu verlassen ist nichts Alltägliches und muss durch eine Verkettung von Umständen ausgelöst worden sein.

## 4. Theorien zur Datierung

Das Problem der Datierung besteht in diesem Fall doppelt: Wann zogen die Vandalen, Alanen und Sueben aus ihren Siedlungsgebieten weg? Und wann überquerten sie den Rhein?

Die erste der beiden Fragen kann nur mit einer groben Schätzung beantwortet werden. Castritius spricht von einem Aufbruch *um* 400 und nennt dabei die von Claudian berichteten Plünderungen,[62] allerdings würde es sich hierbei um die Gruppe der Vandalen handeln, die sich auf der Grundlage eines Vertrages in Rätien niedergelassen hatte. Wann aber die Gruppen in Schlesien und an der oberen Theiß aufgebrochen sind, bleibt weiter unklar.[63] Herwig Wolfram vertritt die These, dass sich die Vandalen bereits *vor* 400 aufmachten, um nach Gallien zu wandern.[64] Aber auch hier ist davon auszugehen, dass es sich nicht um den Großteil der Vandalen handelte, sondern lediglich um eine einzelne Gruppe, die schon früher ins Römische Reich einwanderte und den Rhein dabei noch nicht überquerte. Günstige Gelegenheiten für einen Zug nach Gallien hätten sich auch Dank Alarich und Radagaisus ergeben: 401/2 war das römische Heer unter Stilicho mit dem Kampf gegen Alarich beschäftigt und 405/6 mit dem gegen Radagaisus. Wenn die Vandalen das Vordringen der Goten als Ablenkung von ihrem eigenen Vordringen erfasst hätten, wäre es eine günstige Gelegenheit für sie gewesen. Für Michael Kulikowski stellten die Vandalen, Sueben und Alanen die Nachhut der Goten unter Radagaisus dar,[65]

[61] Wolfram, Reich und Germanen, S. 231.
[62] Siehe dazu Kapitel 1.
[63] Castritius, Vandalen, S. 46.
[64] Herwig Wolfram, Das Reich und die Germanen. Zwischen Antike und Mittelalter, Berlin 1990, S. 90.
[65] Michael Kulikowski, Barbarians in Gaul. Usurpers in Britain, in: *Britannia* 31 (2000), S. 325–345, hier S. 326.

so wie es auch Helmut Castritius vorgeschlagen hat.[66] Jedoch kann darüber nur spekuliert werden, ein endgültiges Datum für den Aufbruch aus ihren damaligen Siedlungsgebieten ist nicht überliefert.

Das Datum für die Rheinüberquerung wird in der Forschung heftiger diskutiert als das des Aufbruchs. Das liegt vor allem daran, dass es dafür mehr Quellen gibt. Dies bedeutet aber keine Erleichterung, da die Angaben unterschiedlich sind.[67] Die Quelle, die dabei am häufigsten diskutiert wird, stammt von Prosper von Aquitanien, einem zeitgenössischen[68] Schriftsteller: „Arcadio VI et Probo. Wandali et Halani Gallias traiecto Rheno ingressi II k. Ian."[69]

Man ist sich in der Forschung einig, dass es sich bei der Datumsangabe von Prosper von Aquitanien um den 31. Dezember handelt. Ungesichert ist allerdings die Jahreszahl: *Arcadio VI et Probo* steht mit Sicherheit für das Jahr 406, da es das sechste Jahr des Arcadius als Konsul darstellte. Die Frage ist nun, ob von den Kalenden des Jänners 406 zurückgerechnet werden muss, sodass man als Ergebnis den 31.12.405 erhalten würde, oder aber ob das Jahr als Fixum notiert ist und nur Tag und Monat zu berechnen sind. Die gewöhnliche römische Zeitrechnung sieht Letzteres vor und da Prosper von Aquitanien unter anderem Kanzleischreiber von Papst Leo I.[70] war,[71] könnte man durchaus annehmen, dass er mit der Zeitrechnung vertraut war. Allerdings soll er für seine Chronik bis zum Jahr 412 fremde Quellen herangezogen haben, sodass Überlieferungsfehler nicht ausgeschlossen werden können.[72] Laut Michael Kulikowski könnte aber auch das Jahr 405 gemeint sein. Er argumentiert damit, dass Prosper von Aquitanien generell nicht genau datierte.[73]

Zudem wurde dieser Satz in einer Chronik veröffentlicht, die pro Jahr einen Eintrag vorsah. Das Jahr 405 wurde mit dem Eindringen des Radagaisus beschrieben, 407 mit der Usurpation des Konstantin.[74] Die Frage ist hierbei, ob er das Hauptereignis von 406 wirklich am letzten Tag des Jahres festmachte. Wäre es nicht bezeichnender, wenn er davon berichten würde, dass die Vandalen, Sueben und Alanen im Jahr 406 nach Gallien eindrangen, nachdem sie am Silvestertag 405 den Rhein überquert hatten? Nachdem man ohnehin nicht davon ausgehen kann, dass die Rheinüberquerung dreier Völker an einem

[66] Siehe dazu Kapitel 1.
[67] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 89.
[68] Ca. 390 – 455 n. Chr.
[69] Prosperi Tironis, Epitoma de Chronicon, S. 465.
Im 6. Jahr des Arcadius und Probus. Die Vandalen und Alanen fielen einen Tag vor den Kalenden des Jänners in Gallien ein, nachdem sie den Rhein überquert hatten.
[70] Ca. 400–461.
[71] Traugott Bautz (Hrsg.), Prosper von Aquitanien, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7, Herzberg 1994, Sp. 1002.
[72] Bautz, Prosper von Aquitanien, Sp. 1002.
[73] Kulikowski, Barbarians in Gaul, S. 329.
[74] Ebd.

Tag geschehen konnte,[75] dauerte die Überquerung mindestens bis in den Jänner hinein und so wären sie also tatsächlich im Jahr 406 nach Gallien eingedrungen.

Ein weiterer Versuch die Datierungsfrage zu klären, wird mit Hilfe der Usurpationen in Britannien unternommen. Im Wesentlichen geht es darum, zu klären, ob die Usurpationen vor der Rheinüberquerung oder wegen derselben stattfanden. Als erster wurde Marcus[76] im Sommer 406 zum Kaiser ernannt, er wurde allerdings bald ermordet und Ende 406 wurde Gratian[77] neuer Kaiser. Ebenso wie sein Vorgänger konnte er die Erwartungen nicht erfüllen und wurde nach vier Monaten abgesetzt. Ihm folgte im Februar 407 Konstantin III.[78] Wenn man nun versucht, die Rheinüberquerung zeitlich mit den Usurpationen einzuordnen, so kommt man zu zwei unterschiedlichen Ergebnissen: Geht man vom 31. Dezember 406 aus, so wurde gerade Gratian zum Kaiser erhoben, das heißt, das Eindringen der Vandalen in Gallien war nicht der Auslöser für die Usurpation von Marcus und eventuell auch nicht für die von Gratian. Erst Konstantin könnte also als Reaktion auf die Vandalen in Gallien eingesetzt worden sein. Wenn aber der Rhein schon am 31. Dezember 405 überquert wurde, so wäre der Grund für alle drei Usurpationen geklärt. Der griechische Historiker Zosimus gibt in seinem Werk *Historia nea* das Eindringen der Vandalen in Gallien als Grund für Aufstände in Britannien an, die schließlich zu den Usurpationen geführt hätten.[79] Also müsste der Einzug in Gallien nach seinem Bericht zufolge vor dem Sommer 406 vollzogen oder zumindest begonnen worden sein.

Michael Kulikowski, der für den 31. Dezember 405 plädiert, sieht auch das Nicht-Eingreifen Stilichos als Argument für seine These: Stilicho war bis zum Sommer 406 mit der Abwehr der Goten unter Radagaisus in Italien beschäftigt,[80] konnte also keine zusätzlichen Truppen nach Gallien schicken. Da er aber die Goten im Sommer 406 geschlagen hatte, hätte er nach dem Silvestertag 406 durchaus Truppen für Gallien zur Verfügung gehabt.[81] Wieso hätte er die Invasion in Gallien ignorieren sollen, wenn er doch zu dieser Zeit keinen Angriff an einem anderen Ort zu bewältigen hatte? Hätte Konstantin III. nicht eingegriffen, hätte das Römische Reich nicht auf die Invasion reagiert. Allerdings ist zu beachten, dass auch Konstantin erst im Februar 407, nach seiner Usurpation, eingreifen konnte.[82] Ausgehend vom Jahreswechsel 405/6, also mehr als ein Jahr nach der Überquerung des Rheins. Dennoch wäre diese lange Zeitspanne im Falle Konstantins III. einfacher zu erklären, als die fehlende Reaktion von offizieller römischer

[75] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 90.
[76] Ca. 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts–406.
[77] Ca. 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts–407.
[78] Kulikowski, Barbarians in Gaul, S. 327 f., Bezugnehmend auf Zosimus, Neue Geschichte, VI, 3. Konstantin III., ca. 2. Hälfte 4. Jahrhundert–411.
[79] Kulikowski, Barbarians in Gaul, S. 328.
[80] Heather, Goths and Romans, S. 212.
[81] Ebd., S. 330.
[82] Zosimus, Neue Geschichte, S. 259.

Seite: Konstantin III. war ja erst der dritte Usurpator, seine beiden Vorgänger waren gescheitert, er konnte Gallien also gar nicht früher schützen.[83]

Es ist also schwierig, zu einer endgültigen Antwort auf die Frage der Datierung zu kommen: Zwar sind die Argumente Kulikowskis einleuchtend, doch fehlt schlichtweg eine Quelle, die seine These untermauern würde. In der allgemeinen Forschung wird immer noch vom Silvestertag 406 ausgegangen, rezipiert wird er etwa von Helmut Castritius,[84] Walter Pohl[85] und Herwig Wolfram.[86] Guido M. Berndt kritisiert Kulikowski Umdatierung stark, da Kulikowski „[…] die Passage literarisch [versteht], […]".[87] Allerdings scheint Berndt Kulikowski zu missverstehen:

> „Die Chronologie dreier aufeinanderfolgender Usurpationen Marcus, Gratian und Constantin III., die ihren Ausgang in Britannien nahmen, dient ihm [Kulikowski, Anm.] als Argument, dass der Rheinübergang in den Jahreswechsel 405/6 zu verlegen sei. Die Invasion Galliens habe demnach bereits begonnen, als sich die Erhebung Gratians vollzog. Aus dem Zeugnis des Zosimus geht aber deutlich hervor, dass die Usurpationen eine Reaktion auf die Invasion waren, […]".[88]

Zum Einen argumentiert Kulikowski, dass der 31. Dezember 405 als Grund für alle drei Usurpationen sprechen würde, die Invasion Galliens hätte also bereits vor der Erhebung des Marcus begonnen und nicht erst – wie von Berndt geschlussfolgert – vor der Erhebung Gratians. Zum anderen scheint Berndt das Zeugnis von Zosimus[89] falsch zu verstehen, der ebenfalls von *den* Usurpationen und nicht nur von der von Konstantin III. spricht. Diese Beweisführung Berndts gegen Kulikowskis These ist also nicht schlüssig.

Das Problem der Datierung der Rheinüberquerung konnte als bis heute nicht gelöst werden: Der 31. Dezember 406 ist von Prosper von Aquitanien in seiner Chronik notiert, wirft allerdings eine Vielzahl von Fragen auf. Der 31. Dezember 405 wird bislang nur von Michael Kulikowski vertreten, ist allerdings nicht belegbar, würde aber zumindest einige der Fragen beantworten, die der 31. Dezember 406 stellt.

## 5. Der Rheinübergang der Vandalen, Sueben und Alanen

Die Silingen, Hasdingen, Alanen und Sueben brachen also um das Jahr 400 auf und zogen in Richtung Westen. Helmut Castritius hat den Weg ihres Zuges durchaus glaubwürdig beschrieben. So hätten sie die Donaustraße benützt, und zwar innerhalb des Römischen

[83] Zosimus, Neue Geschichte, S. 259.
[84] Castritius, Vandalen.
[85] Pohl, Völkerwanderung.
[86] Wolfram, Reich und Germanen.
[87] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 90.
[88] Ebd., S. 89
[89] Zosimus, Neue Geschichte, S. 259.

Reiches, wo sich ihnen auch kleinere Gruppen der römischen Bevölkerung anschlossen. Der Donau entlang gelangten sie in den Ostalpenraum, nach Rätien und von dort bis ins Alpenvorland und schließlich zum Rhein.[90]

Wo sie an den Rhein stießen und wie sie ihn überquerten, gilt es nun zu hinterfragen. Dass der Rhein zugefroren war und der ganze Zug darüber gegangen ist, wird heute stark bezweifelt. Zwar gibt es keine Beweise und Quellen, die dagegen sprechen, doch ist es sehr unwahrscheinlich, dass der gesamte Rhein zugefroren war und zwar so, dass eine Gruppe von Menschen darüber gehen hätte können.[91] Eine Möglichkeit für eine einfache Überquerung wäre die Römerbrücke bei Mainz gewesen, wenn sie noch erhalten war. Da Hieronymus darüber schrieb, dass die Vandalen zu allererst Mainz zerstörten,[92] ist ein Übergang bei Mainz sehr wahrscheinlich. Ob die Brücke noch erhalten war, ist umstritten. Jürgen Oldenstein ist davon überzeugt, dass sie noch existierte: „[…] als in der Silvesternacht des J.es 406 über die immer noch intakte Rheinbrücke ein großes germ. Heer in die Rheinzone einfiel und zw. Andernach und Seltz große Verwüstungen anrichtete“.[93] Er nennt allerdings nur Hieronymus als Quelle, diese bezieht sich aber auf die verwüsteten Städte und nicht auf die Römerbrücke. Oldenstein gibt also keinen Beleg für das Bestehen der Römerbrücke an und so beruht seine Aussage auf reiner Spekulation. Herwig Wolfram meint jedoch, dass die Römer immer bemüht waren, Stützpunkte außerhalb ihres Territoriums, und somit in barbarischen Gebieten, anzulegen. Dafür wäre es für die Römer durchaus praktisch gewesen, die Brücke zu erhalten.[94]

Guido M. Berndt zeigt noch weitere Möglichkeiten auf, wie die Vandalen den Rhein überquert haben könnten: Wenn sie etwa eine Stelle gefunden hätten, die seicht genug gewesen wäre, um durchzugehen, hätten sie durchaus nach Gallien wandern können. Um diese Möglichkeit zu verfolgen, müsste aber zuerst geklärt werden, wie wahrscheinlich eine solche Furt im Rhein ist. Berndt hat noch eine andere Theorie: „Ferner ist zu bedenken, dass es in der Spätantike durchaus möglich war, mobile Brücken zu erstellen, wenn keine Furt gefunden wurde.“[95] Als Beweis für diese Möglichkeit, nennt er eine Grabrede von Libanios aus dem 4. Jahrhundert, der erzählt, dass Römer auf diese Weise einen Fluss überquerten.[96] Dabei hatte es sich allerdings um römische Truppen gehandelt und es ist fraglich, ob man das technische Wissen und die technischen Möglichkeiten der Vandalen mit denen des römischen Militärs vergleichen kann. Es ist dennoch zu beachten, dass der Bau von mobilen Brücken zu dieser Zeit bereits auf eine lange Tradition zurückblicken

[90] Castritius, Vandalen, S. 46.
[91] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 91.
[92] Hieronymus, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe, S. 210.
[93] Jürgen Oldenstein, Mogontiacum, in: RGA 20 (2002), S. 144–153, hier S. 152.
[94] Wolfram, Reich und Germanen, 1994², S. 110 f.
[95] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 91.
[96] Libanius, Libanii opera. Orationes XII–XXV, hrsg. v. Richard Foerster (Bibliotheca scriptorum Graecorum et Romanorum Teubneriana), Leipzig 1907, S. 50.

konnte. Schon im 5. Jahrhundert v. Chr. wurden im Perserreich mobile Brücken strategisch eingesetzt.[97] Das Wissen über den Brückenbau war also weit verbreitet, was den Schluss nahelegt, dass auch die Vandalen, Alanen und Sueben damit vertraut waren.

Dass die Vandalen Schiffe oder Flöße benützt haben könnten, wird in der Forschung nicht diskutiert. Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zu der zu bewältigenden Strecke, doch ist diese Möglichkeit nicht ganz zu verwerfen. Als die Vandalen Jahre später von Spanien nach Afrika übersetzten, hatten sie Schiffe gebaut und es wird bis heute darüber spekuliert, wie und wo sie sich die Techniken des Schiffbaus angeeignet hatten.[98] Dass dies schon bei der Rheinüberquerung geschehen sein könnte, ist nicht sehr wahrscheinlich, aber dennoch eine Diskussion wert. Selbst wenn am Rhein nur ein paar Baumstämme aneinander gebunden worden wären, so könnte man es zum einen als Vorstufe für die Schiffe nach Afrika und zum anderen als einfache und schnelle Taktik für den Rheinübergang bewerten.

Mainz als ungefährer Ort des Übergangs ist letzten Endes auch nicht bewiesen. Betrachtet man den Weg aus den ehemaligen Siedlungsgebieten nach Gallien, so ist es auf den ersten Blick verwunderlich, dass der Rhein nicht schon weiter im Süden überquert wurde, etwa im heutigen Baden-Württemberg. Dorthin müssten die Vandalen gekommen sein, wenn sie die gesamte Donau entlang gezogen sind. Auf den Brief von Hieronymus stützend, gibt es tatsächlich Spekulationen darüber, ob nicht eine Gruppe bei Straßburg über den Rhein gegangen ist, da Straßburg von Hieronymus ebenfalls als eine der verwüsteten Städte genannt wird.[99] Sie könnte allerdings auch erst beim Zug von Mainz in Richtung Süden geplündert worden sein. Helmut Castritius, der ja von zwei verschiedenen Rheinüberquerungen ausgeht, meint, die Alanen hätten die Römerbrücke bei Mainz gewählt und die Vandalen einen anderen Übergang, nahe einer von Hieronymus erwähnten Stadt.[100] Aus praktischen Gründen wäre es einleuchtend, hätten die Vandalen den Rhein im Süden überquert, warum hätten sie den zusätzlichen Weg in den Norden in Kauf nehmen sollen? Für Peter Heather ist es sehr wahrscheinlich, dass sie nicht sofort eine geeignete Stelle für den Übergang ausmachen konnten, und erst in Mainz fündig wurden.[101]

Es ist also immer noch offen, wo und wie die Barbaren den Rhein überquerten. In der Forschung scheint mit Mainz ein allgemeiner Konsens gefunden worden zu sein. Die Frage nach der Art und Weise der Überquerung wird damit allerdings nicht beantwortet, wobei die alte Römerbrücke eine naheliegende Lösung wäre.

---

[97] Christoph Höcker, „Straßen- und Brückenbau" in: Der Neue Pauly. Brill Online, [http://referenceworks.brillonline.com/entries/der-neue-pauly/straen-und-bruckenbau-e1123690], eingesehen 11.3.2013.
[98] Castritius, Vandalen, S. 80.
[99] Hieronymus, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe, S. 210.
[100] Castritius, Vandalen, S. 52 f.
[101] Peter Heather, The Fall of the Roman Empire, London 2005, S. 206.

## 6. Nach der Überquerung – Ein Ausblick

Wie Hieronymus berichtete, zogen die Vandalen nach der Rheinüberquerung durch weite Teile Galliens, plünderten und verwüsteten die Städte.[102] Hieronymus ist dabei nicht der einzige Zeuge, die Plünderungszüge der Invasoren lassen sich vereinzelt auch archäologisch ausmachen, durch Münzfunde. Auf Grundlage dieser und anderer Quellen fertigte Ludwig Schmidt ein Itinerar der Vandalen an, das in fast allen Werken, die sich mit dem Thema beschäftigen, rezipiert wird.[103]

Ob diese Plünderungen wirklich alle auf das Konto der Vandalen, Sueben und Alanen gehen, wird jedoch bezweifelt, zu weit verstreut sind die einzelnen Städte. So weit umherzuziehen dürfte zu viel Zeit in Anspruch genommen haben. Die Vandalen hatten bereits zwischen September und Oktober 409 die Pyrenäen überquert[104] und waren demnach zwischen zweieinhalb und dreieinhalb (je nach Datierung der Rheinüberquerung) Jahren in Gallien unterwegs. Es ist zweifelhaft, dass sie in dieser Zeit wirklich über zwanzig Städte plündern konnten.

Berndt weist darauf hin, dass die Vandalen möglicherweise Schwierigkeiten gehabt hätten, die Pyrenäen zu passieren und deshalb in der Zwischenzeit Gallien geplündert hätten.[105] Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass die Barbaren nach der Bewältigung einer Hürde im Süden Galliens suchten, während sie im Norden die Städte plünderten. Viel glaubwürdiger ist seine These, dass sich das Bündnis der verschiedenen *gentes* nach der Rheinüberquerung löste und sie getrennt voneinander umherzogen und plünderten.[106] Wenn es sich nicht um eine einzelne Gruppe gehandelt hat, ist es viel wahrscheinlicher, dass alle angegebenen Städte von den Invasoren heimgesucht worden sind.

## Fazit

Dem Stammesverband aus Vandalen, Alanen, Sueben und anderen Kleingruppen ist es also zu Beginn des 5. Jahrhunderts gelungen, die Rheingrenze zum Römischen Reich zu überwinden. Erleichtert wurde das indirekt dank anderer *gentes*, die die Römer in Italien bekämpfen mussten und dank innerer Unruhen im Reich. Die Ausgangslage war günstig und trotz der am Rhein verbliebenen römischen und fränkischen Truppen, ist es den Eindringlingen gelungen, weiter nach Gallien vorzudringen.

Wann genau die Überquerung stattfand, ist immer noch nicht geklärt. Der allgemeine Konsens ist noch immer die Silvesternacht 406, doch sollte in Erwägung gezogen werden, die Thesen Michael Kulikowskis eingehend zu prüfen und zu diskutieren. Doch

[102] Hieronymus, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe, S. 210.
[103] etwa Wolfram, Reich und Germanen, 1994², S. 233.
[104] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 101.
[105] Berndt, Konflikt und Anpassung, S. 96.
[106] Ebd.

welche Primärquelle hier „richtig“ und welche „falsch“ ist, ist schwierig zu belegen: Hat Prosper von Aquitanien ein falsches Datum übermittelt? Hat Zosimus die Zusammenhänge zwischen der Rheinüberquerung und den Usurpationen in Britannien missverstanden? Es gilt weiterhin, eine Antwort auf diese Fragen zu suchen.

Darüber, wie der Rhein überquert wurde, kann auch nur spekuliert werden. Da keine schriftlichen Quellen vorliegen, kann alleine die Archäologie neue Erkenntnisse liefern. Wenn der Rhein eines Tages einen Teil der alten Römerbrücke freigibt, so wie kürzlich eine Fliegerbombe aus dem zweiten Weltkrieg, bestünde noch die Möglichkeit zur Aufklärung.

Dennoch macht die Ungewissheit den Reiz dieses Themas aus, der Diskussionsstoff ist beinahe unerschöpflich. Aus diesem Grund wäre es auch sehr spannend, die frühere Geschichte der Vandalen zu untersuchen, etwa ob die Unterscheidung zwischen Hasdingen und Silingen nicht doch schon vor der Westwanderung getroffen wurde. Aber auch die Ereignisse zwischen Rhein- und Pyrenäenüberquerung sind ein spannendes Gebiet: Wie groß waren die unterschiedlichen Gruppierungen nach der Rheinüberquerung? Fanden sie sich zur Überquerung der Pyrenäen wieder zusammen? Wo waren sie in der Zwischenzeit? Und wie überquerten sie die Pyrenäen? All diese Fragen wären weitere interessante Untersuchungsfelder.

## Quellen

Claudii Claudiani, De bello Pollentino sive Gothico, hrsg. v. Theodor Birt (MGH Auctores antiquissimi 10), Berlin 1892, S. 259–283.

Claudii Claudiani, Carmina, hrsg. v. Theodor Birt (MGH Auctores antiquissimi 10), Berlin 1892, S. 189–203.

Hieronymus, Sophronius Eusebius, Des heiligen Kirchenvaters Eusebius Hieronymus Sanctus ausgewählte Briefe 2 (Bibliothek der Kirchenväter 16), Kempten-München 1936.

Iordanis, Romana et Getica, hrsg. v. Theodor Mommsen (MGH Auctores antiquissimi 5.1), Berlin 1882.

Libanius, Libanii opera. Orationes XII–XXV, hrsg. v. Richard Foerster (Bibliotheca scriptorum Graecorum et Romanorum Teubneriana), Leipzig 1907.

Procopius, Vandalenkriege, hrsg. v. Otto Veh, München 1971.

Prosperi Tironis, Epitoma de Chronicon, hrsg. v. Theodor Mommsen (MGH Auctores antiquissimi 9), Berlin 1892, S. 385–485.

Zosimus, Neue Geschichte, hrsg. v. Stefan Rebenich (Bibliothek der Griechischen Literatur 31), Stuttgart 1990.

## Literatur

Bautz, Traugott (Hrsg.), Prosper von Aquitanien, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7, Herzberg 1994.

Berndt, Guido M., Konflikt und Anpassung. Studien zu Migration und Ethnogenese der Vandalen, Husum 2007.

Castritius, Helmut, Die Vandalen. Etappen einer Spurensuche, Stuttgart 2007.

Dahn, Felix, Geschichte der Völkerwanderung, Leipzig 1881².

Diesner, Hans-Joachim, Das Vandalenreich. Aufstieg und Untergang, Stuttgart 1966.

Heather, Peter, Goths and Romans 332–489, Oxford 1991.

Ders., The Fall of the Roman Empire, London 2005.

Ders., Invasion der Barbaren. Die Entstehung Europas im ersten Jahrtausend nach Christus, Stuttgart 2011.

Höcker, Christoph, „Straßen- und Brückenbau", in: Der Neue Pauly. Brill Online, [http://referenceworks.brillonline.com/entries/der-neue-pauly/straen-und-bruckenbau-e1123690], eingesehen 11.3.2013.

Kuliwoski, Michael, Barbarians in Gaul. Usurpers in Britain, in: *Britannia* 31 (2000), S. 325–345.

Nonn, Ulrich, Die Franken, Stuttgart 2010.

Oldenstein, Jürgen, Mogontiacum, in: *RGA* 20 (2002), S. 144–153.

Pohl, Walter, Die Völkerwanderung. Eroberung und Integration, Stuttgart-Berlin-Köln 2002.

Wolfram, Herwig, Das Reich und die Germanen. Zwischen Antike und Mittelalter, Berlin 1990.

Ders., Das Reich und die Germanen. Zwischen Antike und Mittelalter, Berlin 1994².

**Anna Magdalena Schmidt** ist Absolventin des Diplomstudiums Geschichte. Annamagdalena.Schmidt@gmail.com

## Zitation dieses Beitrages

Anna Magdalena Schmidt, Die Rheinüberquerung der Vandalen, Alanen und Sueben – Ursachen, Datierung und Übergang, in: *historia.scribere 5* (2013), S. 319–335, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Paměti Mistra Jana Husa[1]. Die bildliche Darstellung von Jan Hus zwischen Ketzerei, Martyrium und Nationalismus.

**Jack Wolfgang Geronimo Schropp**

Kerngebiet: Mittelalter/Mittelalter- und Neuzeitarchäologie

eingereicht bei: ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus Brandstätter/Univ.-Prof. Dr. Harald Stadler

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**

**Paměti Mistra Jana Husa. The Pictorial Representation of Jan Hus between Martyrdom, Heresy and Nationalism**

Most of the studies about Jan Hus and his significance for the Czechs in the 19th and 20th century have not analyzed his importance for the memorial culture in public space. The first object of this research is to determine the influence of Czech nationalism for the change in the portrayal of Jan Hus. The second is to depict its effects on the Czech population. The conclusion will show how Hus was remembered by the Czechs.

## Jan Hus: Ketzer oder Märtyrer. Der Ursprung einer bildlichen Erinnerungskultur

Jan Hus wird am 6. Juli 1415 in Konstanz verbrannt. Das seit 1414 tagende geistliche Konzil verurteilt den Priester, Rektor und Reformer dazu, auf dem Scheiterhaufen zu sterben. Doch brennt ihn das Feuer zu Recht oder ist ein Unschuldiger an den Mast gebunden? Stirbt am 6. Juli ein Ketzer oder ein Märtyrer? 500 Jahre später, während des

[1] Der Titel in der Überschrift „Paměti Mistra Jana Husa“ ist tschechisch und bedeutet: Die Erinnerung an Meister Jan Hus.

Ersten Weltkrieges (1915), wird zu Hus' Ehren in Prag ein Denkmal errichtet – im Zentrum der Stadt, auf dem Altstädter Ring. Es gilt für die Bevölkerung als ein Zeichen, dass Hus nicht nur eine historische Figur der Vergangenheit, sondern ein Symbol ihrer Kultur, ein Bezugspunkt ihrer städtischen Identität ist. Die Bevölkerung tritt mit der Errichtung des Denkmals das Erbe Hus' an und bewahrt seine Tradition. Zudem ist das Monument ein gegenwärtiger Bezugspunkt zu seinen vergangenen Handlungen. Zehn Jahre nach der Errichtung erklärt die Tschechoslowakei (1925) den 6. Juli zum Staatsfeiertag. Hus ist nicht mehr nur ein kulturelles Symbol der Stadt Prag, sondern für eine ganze Gemeinschaft und wird somit zu einem Identifikationspunkt der tschechischen Nation. Der zum Tode Verurteilte wird zu einem „Nationalhelden". Doch die römisch-katholische Kirche sieht in der Ernennung *der* Tschechen[2] einen ketzerischen Akt, denn Hus wäre nicht ohne Grund in Konstanz verbrannt worden. Die Verurteilung zum Tode war das Ergebnis seiner Ansichten über die Rolle der römisch-katholischen Kirche. Er stellte die Aufgabe der Kirche in Frage und auch die Personen, die ihr vorstanden.[3] Darum fühlt sich die römisch-katholische Kirche, 500 Jahre später, immer noch vor den Kopf gestoßen, wenn *die* Tschechen Hus zum „Nationalhelden" erheben. Die Reaktion des Heiligen Stuhles erfolgt schnell und deutlich, sie verurteilt das Vorgehen *der* Tschechen und bricht jeden diplomatischen Kontakt zur Tschechoslowakei ab, sie wird zum „Ketzerstaat".

Die Verbrennung, die über 500 Jahre zurückliegt, ist also auch im 20. Jahrhundert noch ein geschichtliches Ereignis, das die Gemüter hochkochen lässt. Doch wie kommt es, dass Hus immer noch eine solche Dynamik auf politischer Ebene besitzt? Insbesonders, wenn man sich vor Augen hält, dass ein erheblicher Teil *der* damaligen Tschechen katholisch war. Dieser Umstand erscheint wie eine Antinomie, denn obwohl *die* Tschechen einen langen Weg der Rekatholisierung hinter sich haben (im 17. Jahrhundert setzten die ersten Wellen der Glaubensbekehrung ein),[4] hielten sie an Hus, ihrem späteren „Nationalhelden" fest.

Das Denkmal in Prag und die Erhebung des 6. Julis zum Staatsfeiertag sind aber nur zwei Zeugnisse des Gedenkens in der tschechischen Geschichte. Neben diesen beiden gibt es weitere Quellen, die verdeutlichen, dass Jan Hus im Gedächtnis der Bevölkerung präsent blieb und noch ist. So gibt es figürliche Darstellungen, Denkmäler und Statuen, die bereits vor 1915 errichtet wurden und welche die Erinnerung an ihn wachhielten.

Es stellt sich die Frage, ob Hus in den letzten 500 Jahren in der tschechischen Gemeinschaft einen Gegenpart zur römisch-katholischen Kirche verkörpert hat. Ist die

[2] Der Artikel vor Tschechen wird kursiv angegeben, um zu zeigen, dass es so etwas wie „die Tschechen" als eindimensionale Gruppe nicht gab, sondern dies nur eine Bezeichnung für unterschiedliche Gruppen (wie Choden, Mährer oder tschechische Schlesier) ist, die sich unter dieser Bezeichnung zusammenfinden.
[3] Hus, Jan, Knížky o svatokupectví (Büchlein über die Simonie), in: Magistri Iohannis Hus Opera omnia 4, hrsg. v. Jiří Daňhelka, Praha 1985.
[4] Hilsch, Peter, Johannes Hus (um 1370–1415). Prediger Gottes und Ketzer, Regensburg 1999, S. 288 f.

Errichtung des Monuments und die Ausrufung des Staatsfeiertages also nur das Endprodukt des Kampfes zwischen römisch-katholischer Kirche und seinen Anhängern? Welche der beiden Seiten hat Recht? Die Einen, die Hus als Ketzer verschreien? Oder die Anderen, die in ihm einen Held und Märtyrer sehen? Berechtigte Fragen, doch sie wurden schon beantwortet und sollen nicht im Zentrum der folgenden Untersuchung stehen.[5] Hier soll danach gefragt werden, wie *die* Tschechen sich im öffentlichen Raum an Hus erinnert haben: einmal, weil die oben gestellten Fragen ein solche Analyse indirekt bedingen und zweitens, dies bis dato nur am Rande der wissenschaftlichen Forschung stand.[6] Um eine Antwort geben zu können, sollen einzelne Kristallisationspunkte im topographischen Feld gesucht und untersucht werden. Diese räumlichen Punkte sollen zeigen, wie die tschechische Gemeinschaft ihn wahrgenommen bzw. seiner gedacht hat. Der Diskurs zwischen Hus und der römisch-katholischen Kirche soll, dort wo es geht, aber ausgeklammert werden.

In der folgenden Untersuchung soll zuerst anhand von ausgewählten Beispielen auf die bildliche Darstellung von Jan Hus im 15. und 16. Jahrhundert eingegangen werden, um sich ein bessere Vorstellung machen zu können, wie er in der Frühen Neuzeit dargestellt worden ist. Daraufhin sollen die Bedingungen für die Entwicklung der Darstellung und deren Veränderung seit der Frühen Neuzeit für das 19. Jahrhundert aufgezeigt werden. Anschließend sollen die einzelnen Bildwerke über Jan Hus deskriptiv veranschaulicht werden. Dazu werden Denkmäler, Skulpturen, Inschriften und bildhauerische Studien beschrieben, die ihn bildlich darstellen und inhaltlich über ihn berichten. Dadurch kann in Ansätzen festgestellt werden, auf welche Art und Weise man sich an ihm am Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts erinnert hat. Da es noch keine zusammenfassende Publikation mit einem breiten Bildmaterial zu den einzelnen Bildwerken gibt, konnten nur plastische Arbeiten berücksichtigt werden, die singulär abgedruckt, durch die eigene Sichtung dokumentiert oder durch die Recherche im Internet erschlossen wurden. Deshalb sei an vereinzelten Stellen um Nachsicht gebeten, wenn das Bildmaterial tiefere Erkenntnisse versperrt, wo es aber möglich war, sind genaue Beschreibungen angeführt und Übersetzungen der tschechischen Inschriften beigelegt. Am Ende werden die gewonnen Ergebnisse zusammengeführt und hinsichtlich

[5] Hoffmann, Roland J., T.G. Masaryk und die tschechische Frage. I. National Ideologie und politische Tätigkeiten bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuchs vom Februar 1909, München 1988.
[6] Die angeführten wissenschaftlichen Arbeiten geben einen kurzen Einblick über die Erinnerungskultur *der* Tschechen im öffentlichen Raum (mit dem Fokus auf Denkmälern): Krausová, Milada, Artikel Husovy pomníky v západních Cechách, in: *Minulosti zapadoceskeho kraje* 39 (2004) S. 355–378; Hus, Jan, Schriften zur Glaubensreform und Briefe der Jahre 1414 – 1415, hrsg. v. Walter Schamschula, Frankfurt am Main 1969, S. 21 f.; Seibt, Ferdinand, Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne, Berlin 1995, S. 281–294; Seibt, Ferdinand, Jan Hus. Das Konstanzer Gericht im Urteil der Geschichte, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 153–173, hier S. 154–166; Hilsch, Johannes Hus, S. 293 f.

der Erinnerungskultur *der* Tschechen ein komprimiertes Bild gezeichnet, wie diese Hus im öffentlichen Raum wahrgenommen haben.

## 1. Die doppeldeutige Darstellung von Hus an Beispielen des 15. und 16. Jahrhunderts

In einem Brief an seine Freude in Konstanz schreibt Hus am 9. Juni 1415 „Sieh, ich werde sterben oder, falls ich genesen sollte, wohl verbrannt werden."[7] Dies gesteht er sich während seiner Haft im Barfüßerkloster zu Konstanz ein. Er spricht offen und ungeschönt über seine Lage, denn er ist sich bewusst, dass es keinen Ausweg aus der Situation, in der er sich befindet, gibt. Hus sieht, dass er so oder so, entweder durch die Krankheit oder durch den Scheiterhaufen, sterben wird. Für ihn gibt es keine Möglichkeit, der Haft zu entkommen, in der er sich seit 1414 befindet. Er wurde nämlich im Verlaufe des Konzils, das seit 1414 zu Konstanz tagte,[8] eingekerkert. Das Konzil wollte anfänglich im Gespräch herausfinden, inwieweit seine Ansichten ketzerischer Natur seien. Das Urteil des Konzils fiel nach kurzer Zeit: Es sah in ihm einen Ketzer und forderte ihn auf, seine Lehren zu widerrufen. Doch der Prager blieb hartnäckig, ließ sich nicht beirren und brach nicht mit seinen Ansichten. Nachdem er am 9. Juni den Brief an seine Freunde geschrieben hat, wurde er einen Monat später vom Konzil zum Tode verurteilt und endete – wie er befürchtet hatte – auf dem Scheiterhaufen.[9]

Mit der Hinrichtung ist das Ende des Glaubenskampfes zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Prager Prediger erreicht; zugleich verkörpert dessen Tod aber auch den Beginn einer neuen Auseinandersetzung zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Anhängern seiner Lehren. Der Gegenspieler hat sich zwar verändert, aber die Streitpunkte zwischen den „Parteien" sind größtenteils gleichgeblieben. Neben der Infragestellung von der Rolle des Papstes und seiner Bedeutung als oberster Vorsteher der Kirche gewinnt ein neuer Punkt in der Glaubensauseinandersetzung an Bedeutung: Auf

[7] Hus, Jan, Schriften zur Glaubensreform, S. 137.

[8] Über das Konstanzer Konzil siehe: Schelle, Klaus, Das Konstanzer Konzil 1414–1418. Eine Reichsstadt im Brennpunkt europäischer Politik, Konstanz 2010[2]; Brandmüller, Walter, Das Konzil von Konstanz 1414–1418. Bis zur Abreise Sigismunds nach Narbonne, Paderborn-Wien 1991; Brandmüller, Walter, Das Konzil von Konstanz 1414–1418. Bis zum Konzilsende, Paderborn-Wien 1997; Seibt, Ferdinand, Geistige Reformbewegungen zur Zeit des Konstanzer Konzils, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 97–111; Hilsch, Johannes Hus, S. 248–263.

[9] Näheres zu den Umständen der Verbrennung Hus' siehe dazu: Seibt, Jan Hus. Das Konstanzer Gericht, S. 167–173; Seibt, Ferdinand, Hus in Konstanz, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 229–240, hier S. 229 ff., S. 237–240; Hilsch, Johannes Hus, S. 264–283; Werner, Ernst, Jan Hus. Welt und Umwelt eines Pragers Frühreformers, Weimer 1991, S. 200–215; Kejr, Jiri, Die Causa Johannes Hus und das Prozessrecht der Kirche. Mit einem Vorwort des Erzbischofs von Prag Miloslav Kardinal Vlk, Regensburg 2005, S. 135 ff., S. 141–165; Brandmüller, Walter, Hus vor dem Konzil, in: Jan Hus. Zwischen Zeiten, Völkern, Konfessionen, hrsg. v. Ferdinand Seibt, München 1997, S. 235–242, hier S. 238–242.

welche Art und Weise soll man sich an Hus erinnern? Soll er als Märtyrer oder als Ketzer in Erinnerung bleiben? Wenn man sich die Entwicklung der letzten 500 Jahre im tschechischen Gebiet ansieht, kann diese Frage beantwortet werden: Für die tschechische Bevölkerung bleibt er in den vergangenen Jahrhunderten ein steter Bestandteil der kulturellen Identität. Auch wenn es im Laufe der Zeit unterschiedlichste Gewichtungen bei der Zuschreibung gab, welche Bedeutung er für die tschechische Bevölkerung hatte, so lässt sich festhalten, dass der Prager Prediger von *den* Tschechen nicht nur als Märtyrer sondern auch als Ketzer gesehen wurde. Zwar erinnerte man sich an den häretischen Hus nicht in demselben Ausmaß wie als Märtyrer, dennoch stark genug, um in der Erinnerung der tschechischen Bevölkerung den Eindruck zu hinterlassen, dass er Ansichten in seiner Lehre vertrat, die von der römisch-katholischen Seite als ketzerisch ausgelegt wurden. Diese beiden unterschiedlichen Auslegungen in der Erinnerung an Jan Hus lassen darauf schließen, dass man sich an den Prager Prediger in der tschechischen Bevölkerung auf zwei unterschiedliche Arten erinnerte. Einmal als Märtyrer und zweitens als Ketzer, wobei die Vertreter der ersteren Meinung Anhänger seiner Lehren, die der letzteren Anhänger der römisch-katholischen Kirche waren. Diese Form der unterschiedlichen Interpretation schlägt sich in der bildlichen Darstellung der Frühen Neuzeit nieder – es lässt sich eine Ambivalenz bei den figürlichen Abbildungen erkennen. Diese zwiespältige Deutung auf bildlicher Ebene geht wohl auf die doppeldeutige Auslegung von Jan Hus' Lehren zurück.

Zwei der frühesten bildlichen Zeugnisse, die diese Dichotomie in der tschechischen Erinnerung deutlich werden lassen, stammen aus dem 15. und 16. Jahrhundert: zum einen ein Liederbuch aus dem Jahr 1517[10] und zum anderen ein Altar mit einem Triptychon aus dem Jahr 1486.[11] Wer diese beiden Werke geschaffen hat, lässt sich aber nicht mehr in Erfahrung bringen.[12] Das jüngere der beiden Werke wurde in der St. Wenzel Kirche in Roudniky, in der Nähe von Teplice, im Jahr 1966 wiedergefunden. Der Altar wurde anlässlich der Renovierung der Kirche in den 80ern des 15. Jahrhunderts errichtet. Wie oben bereits gesagt, kennt man den Künstler nicht, doch vermutet man, dass er zu den Schülern des Meisters gehörte, der den Altar des Nonnenklosters St. Georges in Prag errichtete.[13] Das Triptychon ist ein Gemälde, das aus drei Teilen besteht: Im Zentrum befindet sich das Mittelfeld und auf den beiden Seiten zwei schmälere Flügel.

Der Rahmen der drei Teile ist in roter, schwarzer und goldener Farbe gehalten. Im Mittelfeld sieht man zwei kniende Engel, einer in Rot und einer in Gold. Beide richten

[10] Das Faksimile des Liederbuches mit den Illustrationen von Janicka Zmileleho von Piska steht im Hussiten Museum Tabors.
[11] Der Triptychon des Altars aus der St. Wencelaus Kirche in Roudniky steht im Hussiten Museum Tabors.
[12] Vybíral, Zdeněk (Hrsg.), HUSITÉ – na cestě za poznáním husitského středověku. SLOVA – OBRAZY – VÉCI, (The Hussites. On the way to understanding the hussite middel ages, WORDS – IMAGES – THINGS), Tabor 2011, S. 174.
[13] Vybíral, HUSITÉ, S. 174.

ihren Blick auf einen Kelch, der sich zwischen ihnen befindet. Auf den Seitenflügeln wurden christliche Märtyrerszenen abgebildet. Bei dem oberen Bild des links Seitenflügels handelt es sich um die Enthauptung von Jakobus dem Älteren unter der Herrschaft Herodes' I. Agrippa über Judäa.[14] Darunter befindet sich die Darstellung des Heiligen Laurentius von Rom, der unter der Herrschaft von Kaiser Valerian im Jahr 258 unter Folter getötet wurde. Laurentius wurde, wie im Gemälde dargestellt, auf dem Rost zu Tode gemartert.[15] Auf der gegenüberliegenden Seite sieht man im oberen Bild des rechten Flügels die misslungene Hinrichtung des Heiligen Sebastians, der unter der Herrschaft des Kaisers Diokletian am Ende des 3. Jahrhunderts mit Pfeilen beschossen wurde, aber dennoch überlebte.[16] Schließlich reiht sich an diese christlichen Märtyrer der römischen Kaiserzeit die Hinrichtung Jan Hus' an. Dieser wird im unteren Bereich des rechten Flügels bei seiner Verbrennung gezeigt. Er befindet sich in der Mitte des Bildes mit weißem Gewand, einem Ketzerhut und ist an den Mast gekettet; seine Füße sind mit Holzscheiten bedeckt, die von zwei Männern angezündet werden. Der Verbrennung wohnen mehrere Personen bei, von diesen meint man den Reichsmarschall Hoppe von Pappenheim zu erkennen, die rechts von Hus stehende Person, die ihre Hände öffnet, um das Signal zu geben, den Scheiterhaufen anzuzünden [17] Aufgrund dieser Gebärde meint man Pappenheim identifizieren zu können, da dieser im Bericht des Peter von Mladoniowitz erwähnt wird (wohnte dem Konzil bei und war ein Augenzeuge der Verbrennung), wie er kurz vor der Hinrichtung noch mit Hus redete.

Jan Hus stellt auf dem Triptychon den Abschluss einer Kette von Martyrien dar; alle vier Bilder zeigen den jeweiligen Märtyrer kurz vor der Vollstreckung des Todesurteiles: So hat Jakobus seinen Kopf noch auf seinen Schultern, Laurentius scheint noch nicht verbrannt zu sein, da seine Haut unversehrt ist, der Pfeil, der für Sebastian bestimmt ist, liegt noch auf der Sehne des Bogens und bei Hus beginnen die Flammen erst zu lodern. Doch der Prager Prediger unterscheidet sich von den anderen Figuren, indem er ein Gewand trägt, das ihn von den anderen Personen, die ihn umgeben, deutlich abhebt. Ihm wurde der Ketzerhut aufgesetzt, eine weiße „Papiertüte" mit drei aufgemalten Teufeln, die ihn deutlich als Ketzer stigmatisiert. Durch den Hut wird den Anwesenden deutlich

[14] Vybíral, HUSITÉ, S. 174. Siehe dazu: Apg 12,1 f.; Mk 10,39; Mt 20,23. Bezüglich der Identifikation der enthaupteten Person herrscht Uneinigkeit, so steht im Museum von Tabor, dass es sich hier um Johannes den Täufer handelt; doch kann dies nicht zutreffen, da dieser um 35 n. Chr. hingerichtet worden ist, aber Herodes I. Agrippa erst 37 n. Chr. an die Macht kam.

[15] Vybíral, HUSITÉ, S. 174. Fälschlicherweise wurde im Katalog des Tabor Museums Decius als Kaiser genannt, doch dieser herrschte von 249 bis 251 n. Chr., deshalb kann der Verweis auf Decius nicht stimmen. Siehe dazu: Prud. Peri. 2

[16] Vybíral, HUSITÉ, S. 174.

[17] Vybíral, HUSITÉ, S. 174. Die Zuschreibung es sei Pappenheim ist nur schwer haltbar, da Peter von Mladoniowitz nichts von einer klatschenden Geste berichtet und er vom rheinischen Pfalzgraf Ludwig, Sohn Ruprechts III, begleitet wurde. Siehe: Mladoniowitz, Peter von, Hus in Konstanz. Der Bericht des Peter von Mladoniowitz, hrsg. v. Günther Stökl (Slavische Geschichtsschreiber 3), Graz-Wien-Köln 1963, S. 249–257.

gemacht, dass er nicht mehr Teil der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft ist.[18] Er ist ganz in Weiß gekleidet, die Farbe des Gewandes ist aber ungewöhnlich, denn auf anderen Darstellungen wird er mit einem schwarzen Gewand abgebildet (so die Illustrationen in der Chronik Ulrich Richentals (1420–1430) und in der Chronik über das Konstanzer Konzil aus Augsburg, 1536); das schwarze Gewand ist gleichbedeutend mit dem Kleid des Ketzers. Weshalb der Künstler ein weißes Gewand gewählt hat, muss aber offen bleiben – es würde sich natürlich die assoziative Hypothese anbieten, dass man Weiß als die Farbe der Unschuld gewählt hat.[19] Doch wiederspricht dieser Vermutung der Kontext des Bildes, der deutlich darauf hinweist, dass er hier als Ketzer an den Scheiterhaufen gekettet wurde. Es kann festgehalten werden, dass Hus im Triptychon unter die christlichen Märtyrer eingereiht, aber als Ketzer dargestellt wird.

Bei dem älteren der beiden Werke, aus dem Jahr 1517, handelt es sich um ein Liederbuch für die Liturgie. Das hier dargestellte Exemplar ist ein Faksimile aus dem Jahr 2007 für das Museum in Tabor; über den Ursprung des Buchs ist sehr wenig bekannt: Der Künstler der Illustrationen ist laut dem Museum der Buchmaler Janicka Zmileleho von Piska, einer Stadt in der Nähe von Pisek. Wo sich das Original befindet und in welchem Zustand es ist, konnte nicht eruiert werden. Nichtsdestotrotz lassen sich einige Aussagen bezüglich der Abbildung treffen.

Erneut wird Jan Hus und seine Verbrennung dargestellt. Zwar ist er wieder im Zentrum des Bildes, doch nimmt er neben den anderen Figuren eine gleichwertige Position ein. Im unteren Bildbereich sieht man eine große Zahl an Personen, deren Bezug zu historischen Persönlichkeiten nicht festgestellt werden konnte. Über dem Scheiterhaufen öffnet sich der Himmel und verschiedene Wesen treten aus ihm heraus. Um welche christlichen Figuren es sich hier im Genauen gehandelt, konnte ebenfalls nicht bestimmt werden. Wie bei dem Triptychon wird auch hier das Ereignis der Verbrennung gezeigt. Weitere Analogien zum Triptychon sind etwa das weiße Gewand und der Ketzerhut, der aber diesmal neben ihm auf dem Scheiterhaufen liegt. Dadurch dass der Künstler im unteren Bereich die irdische Welt und im oberen Bereich die himmlische Welt darstellt, spielt er darauf an, dass er zwar als Ketzer verbrannt wird, doch unmittelbar nach dem Entzünden des Scheiterhaufens in den Himmel aufsteigt. Im Gegensatz zum Triptychon wird hier Jan Hus' ketzerische Seite zwar angedeutet, aber schließlich geläutert. Durch die Auffahrt in den Himmel wird er von seinen irdischen Vergehen freigesprochen – für diese Deutung sprechen zum einen der breit geöffnete Himmel, der ihn mit offenen

[18] Albrod, Gisela, Hüte. Kopfbedeckungen und ihre Geschichte(n), in: Von Kleidern und Menschen. Kleidungsgewohnheiten an Rhein und Maas im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Alois Döring, Köln-Weimar-Wien 1999, S. 289–309, hier S. 304.

[19] Dazu Giese, Martina, Kostbarer als Gold. Weiße Tiere im Mittelalter, in: Farbe im Mittelalter. Materialität – Medialität – Semantik, hrsg. v. Karin Hanauska/Peter Hinkelmanns/Bettina Becker, Berlin 2011, S. 665–680, hier S. 672; Grigore, D-Mihai, Weiße Pilger, rote Verdammte. Farben und Heilsordnung am Beispiel der mittelalterlichen Hagiografie, in: Farbe im Mittelalter. Materialität – Medialität – Semantik, hrsg. v. Karin Hanauska/Peter Hinkelmanns/Bettina Becker, Berlin 2011, S. 681–692, hier S. 688.

Armen empfängt, aber auch zwei weitere Merkmale des Bildes: Einmal das weiße Gewand (hier unterstreicht es das fehlende Schwarz, als Zeichen der Ketzerei) und zweitens der Ketzerhut, den er nicht auf dem Kopf trägt; dadurch wird er nicht mehr klar von der christlichen Glaubensgemeinschaft ausgegrenzt. Dieses Merkmal der Ketzerei geht im Moment der Himmelfahrt unter und wird zu einem Randsymbol, das vom Künstler als unwichtig abgetan wird.

Beide Gemälde zeigen, dass die Erinnerung an Jan Hus widersprüchlich ist. Die deutliche Brandmarkung durch die Zeichen der Ketzerei (Ketzerhut und Scheiterhaufen) steht den bildlichen Versuchen gegenüber, ihn von der Ketzerei zu lösen, indem er mit einem weißen Gewand gezeigt und ihm die Auffahrt in den Himmel künstlerisch zugesprochen wird. Diese Ambivalenz in der bildlichen Darstellung löst sich aber am Ende des 19. Jahrhunderts auf, bedingt durch die tschechische Nationalbewegung, die wiederum auf die figürlicher Interpretation einwirkte.[20] Es ging nicht mehr um die Auslegung, ob er Ketzer oder Märtyrer sei, sondern um seine Funktion als Stifter der tschechischen Nation. Auch am künstlerischen Kanon der Darstellung wird gerüttelt. Er wird von der Scheiterhaufen-Szene entrückt und erhält eine neue historische Umgebung. Die Aufgabe dieses Bildnisses bewirkte, dass an seiner Statt die Darstellung als Nationalheld in den Vordergrund trat. Dadurch wurde das Bildnis von Hus mit neuen historischen Werten bestückt.

## 2. Die Neuinterpretation auf bildlicher Ebene (Teil 1): Die politischen und kulturellen Vorrausetzungen im 19. Jahrhundert

Der Prozess, der die Neuinterpretation der figürlichen Darstellung von Jan Hus ermöglichte, wurde durch die tschechische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert bedingt.[21] Die tschechische Bevölkerung des 19. Jahrhunderts lebte größtenteils in Böhmen und Mähren, dem Gebiet also, welches sich zwischen dem Böhmerwald im Südwesten, dem Erzgebirge im Nordwesten, den Sudeten im Nordosten und den Karpaten im Osten befindet. Das böhmisch-mährische Gebiet war im 19. Jahrhundert Teil des Habsburgerreiches und blieb es bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die Nationalbewegung wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich von einer intellektuellen Elite in Gang gesetzt und getragen. Was diese Gruppe dazu veranlasste, aktiv Ansprüche auf nationale Eigenständigkeit zu erheben, war die Regierungsweise des Habsburgerreiches; seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gab es

[20] Die Entwicklung der Hus Darstellung im 15. und 16. Jahrhundert wird von Jan Royt näher beschrieben, auch die weitere Entwicklung bis ins 18. Jahrhundert. Royt, Jan, Ikonografie Mistra Jana Husa v 15. až 18. století, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 405–452.
[21] Seibt, Jan Hus, S. 161.

Bemühungen zur Zentralisierung des Verwaltungsbetriebes im Reich.[22] Einer der wichtigsten Punkte, für die sich die Nationalbewegung stark machte, war die Anerkennung der tschechischen Sprache im Beamtenapparat, denn durch die starke Fokussierung auf das Zentrum des Reichs, Wien, beschränkte man sich auf die deutsche Sprache und blendete den Gebrauch von anderen Sprachen in der Regierung und Verwaltung des Reiches aus.[23] Mit diesem Bestreben nach sprachlicher Anerkennung ging auch das Verlangen nach kultureller und (vermehrt) politischer Autonomie einher.[24]

Auf kultureller Ebene zeigte sich das Anliegen nach Selbstständigkeit in der Gründung von wissenschaftlichen Gesellschaften, wie etwa *Matice česká* und *Matice moravská*. Diese sogenannten „Matice" (Mutterfonds) waren Vereine, die in Mähren und Böhmen gegründet worden sind (die Matice česká 1830 in Prag und die Matice moravská 1849 in Brünn). Mit diesen Zusammenschlüssen wollte man die literarische Tätigkeit unterstützen, zur Verbreitung von Schriften innerhalb der tschechischen Bevölkerung beitragen und insbesondere das nationale Bewusstsein fördern.

Neben diesen Vereinigungen zur Stärkung der nationalen Eigenständigkeit gab es auch Einzelpersonen, die mit ihren Bemühungen einen tschechischen Nationalismus unterstützten und stellvertretend für die langsam einsetzende Entwicklung standen, sich von der deutschen Kultur des Habsburgerreiches abzusondern. So sprach sich der Journalist Karel Havlíček Borovský[25] in seiner gegründeten Nationalzeitung (Národní noviny) öffentlich dafür aus.[26] Auch der Historiker und Politiker František Palacký,[27] der zwischen 1836 und 1867 ein fünfbändiges Werk zur Geschichte Böhmens verfasste (Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě – Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren), hatte ähnliche Ansichten und legte mit seinen Bänden den Grundstein für eine selbstständige tschechische Geschichtsschreibung.[28]

Diese ersten Ansätze der tschechischen Nationalbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden ihren vorläufigen Höhepunkt im Jahr 1848. In diesem Jahr kam es zu drei wichtigen Ereignissen, die sich auf die Entwicklung der kommenden Jahrzehnte auswirken sollten: Einmal die Sendung einer Petition an den Kaiser Ferdinand I. im März. Danach die Versuche, eine Verfassung auszuarbeiten (im April) und schließlich der

[22] Hoensch, Jörg Konrad, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart, München 1997[3], S. 246 f., 305-316; siehe dazu auch: Kapras, Jan, Der böhmische Staat und die Zentralisierung der habsburgischen Länder, Prag 1918.
[23] Hoensch, Geschichte Böhmens, S. 318–322.
[24] Hoensch, Geschichte Böhmens, S. 322–333.
[25] Santifaller, Leo/Obermayer-Marnach, Eva, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 Bd. 2, Wien 1959, S. 224.
[26] Kořalka, Jiří, Druhý život husitství. The Second Life of Hussitism, in: HUSITÉ – na cestě za poznáním husitského středověku. SLOVA – OBRAZY – VÉCI, (The Hussites. On the way to understanding the hussite middel ages, WORDS – IMAGES – THINGS), hrsg. v. Vybíral, Zdeněk, Tabor 2011, S. 95–117, hier S. 101.
[27] Goldinger, W./Kučera, K., Palacký František, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 Bd. 7, Wien 1978, S. 294 ff.
[28] Seibt, Jan Hus, S. 162; Hilsch, Johannes Hus, S. 291; Kořalka, Druhý život husitství, S. 100.

Slawenkongress im Juni. Alle drei Ereignisse hatten einen gemeinsamen Kerngedanken, die Gleichstellung zwischen der tschechischen und deutschen Bevölkerungsgruppe im Habsburgerreich und das Verlangen nach nationaler Selbständigkeit.

Doch die Bestrebungen gingen in den Wirren des Jahres 1848 unter. Der Unmut darüber äußerte sich in dem Prager Pfingstaufstand, der unmittelbar nach dem Slawenkongress ausbrach. Nach fünftägigen Straßenkämpfen wurde der Aufstand niedergeschlagen. Aufgrund der Erhebung in Prag und des Regierungswechsels am Ende des Jahres – Ferdinand I. dankte zu Gunsten Franz Josephs ab – kam man den nationalen Anliegen der tschechischen Bevölkerung nicht nach. Zwar fanden die Bemühungen, auf nationaler Ebene eine politische Eigenständigkeit zu erlangen, nach dem Jahr 1848 ein vorläufiges Ende, aber es setzte sich – sowohl in der tschechischen Elite, als auch in der breiten Bevölkerung – ein immer stärker werdendes Bewusstsein für die eigene Nationalität durch.[29]

Nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 fühlten sich *die* Tschechen im Stich gelassen; die politischen Repräsentanten der tschechischen Böhmer und Mährer verlangten ebenso einen gleichwertigen Ausgleich mit Wien. Doch zu diesem gewünschten Ausgleich kam es nicht. Erst 1880 wurde das erstes Zugeständnis von Wiener Seite der tschechischen Bevölkerung eingeräumt: Eduard Taaffe erließ am 19. April 1880 eine Sprachverordnung: Die tschechische Sprache wurde zur Amtssprache erhoben. Dem von der intellektuellen Elite der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert gestellten Anspruch auf Anerkennung der eigenen Sprache im Regierungsapparat wurde man also damit gerecht. Durch eine zweite Maßnahme, die wiederum von Eduard Taaffe ausging, wurde die Zensusgrenze gesenkt, d. h., man musste nicht mehr ein Einkommen von zehn Gulden vorweisen können, um wählen zu dürfen, sondern nur noch fünf. Durch das Herabsenken des nachweisbaren Einkommens vergrößerte sich die Masse der Wähler erheblich, wodurch es schließlich möglich wurde, dass die tschechische Bevölkerung eine Mehrheit im böhmischen Landtag bildete. Beide Maßnahmen führten zur Stärkung des Nationalbewusstseins.[30]

Neben diesen Zusprachen von „außen“ an die tschechische Bevölkerung gab es eine Differenzierung innerhalb der Nationalbewegung – es bildeten sich zwei politische Gruppen um die Mitte des 19. Jahrhunderts heraus. Beide Gruppen vertraten jeweils andere Standpunkte, wie mit der Habsburgerregierung und der deutschen Bevölkerung auf böhmischen und mährischen Boden umgegangen werden sollte. Auf der eine Seite die *Staročeši* (Alttschechen) und auf der anderen Seite die *Mladočeši* (Jungtschechen). Die Alttschechen vertraten nach 1867 eine Politik des Ausgleiches, zuvor verlangte sie durch eine austroslawistische Einstellung, dass ein trialistischer Staat Realität werde. Die

[29] Gorys, Erhard, Tschechoslowakei. Kunst, Kultur und Geschichte im Herzen Europas, Köln 1992[4], S. 25 f.
[30] Hoensch, Geschichte Böhmens, S. 367–377.

Jungtschechen verfochten hingegen eine radikalere Position: Sie beharrten verstärkt auf einer Trennung zwischen deutscher und tschechischer Bevölkerung und verlangten die staatliche Eingliederung in die russische Nation. Beide anfänglich noch nicht parteilich organisierte Zusammenschlüsse entwickelten sich bald zu gewichtigen Parteien innerhalb des Landtages. Als die Jungtschechen gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen Machtzuwachs erfuhren, gelang es ihnen, die Alttschechen politisch so zu isolieren, dass sie dadurch ihren Einfluss auf politischer Ebene verloren.[31] Parallel zu dieser Entwicklung fand auch innerhalb der Jungtschechen ein Wandel statt: Ursprünglich vom Gedanken getrieben, den Panslawismus zu fördern, sonderte sich unter Tomáš Garrigue Masaryk eine Gruppe ab, die sich wieder einem tschechischen Nationalismus näherte. Er zog zwar auch die Trennung zwischen deutscher und tschechischer Bevölkerung in Betracht, wiedersprach aber einer tschechischen Nation unter russischer Herrschaft. Deshalb setzte er sich verstärkt für die unabhängige Einheit der tschechischen Lande ein und erklärte Hus zur zentralen Figur der tschechischen Geschichte.[32]

Diese Neuinterpretation hat ihren Ursprung in der tschechischen Nationalbewegung: Dadurch dass man sich auf eine eigene Sprache und auf die Forderung nach politischer Eigenständigkeit berief, blickte man auch in die eigene Vergangenheit zurück.[33] Vor allem die Jungtschechen erklärten sich sehr früh zu den Verfechtern der hussitischen Tradition, indem sie das Bewusstsein von der Bedeutung des Hussitismus im 16. Jahrhundert für die Gegenwart schärften. Im Zentrum dieser neuentfachten Erinnerung an die Hussiten stand Jan Hus. Doch rückte er nicht nur auf politischer Ebene ins Zentrum der Diskussion, auch in Zeitungen (wie etwa in der schon genannten Národní noviny) wurde er zu einem vielbesprochenen Thema, in den Büchern der Historiographen – hervorzuheben der dritte Band von František Palacký über die böhmische Geschichte[34] – wurde der Zeit des Prager Predigers und ihm selbst eine kulturstiftende Funktion für die tschechische Nationalbewegung beigemessen.[35] Diese zeitgenössische Deutung von Jan Hus als Symbol des tschechischen Nationalismus schlägt sich schließlich auch in der figürlichen Interpretation nieder.

[31] Hoensch, Geschichte Böhmens, S. 365 ff.
[32] Hilsch, Johannes Hus, S. 292. Zur Rolle von Masaryk bei dem Wandel des Hus Bildes im 19. Jahrhundert siehe dazu: Hoffmann, T. G. Masaryk und die tschechische Frage, S. 231–273; er selbst schrieb auch über Jan Hus und seine Funktion für die tschechische Nationalbewegung: Masaryk, Tomáš Garrigue, Jan Hus. Naše obrození a naše reformace, Praha 1896.
[33] Anders bei: Seibt, Jan Hus, S. 159. Seibt geht davon aus, dass die Figur Jan Hus schon im 18. Jahrhundert instrumentalisiert wurde und seit diesem Zeitpunkt einen Einfluss auf den tschechischen Nationalismus ausübte.
[34] Kořalka, Jiří, Mistr Jan Hus v pojetí Františka Palackého, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 609–636.
[35] Seibt, Jan Hus, S. 161 f.

Unter dieser Prämisse veränderte sich das Bild, das die tschechische Bevölkerung und die tschechischen Künstler bis dahin von Jan Hus hatten, deutlich.[36] Petr Brátka beschreibt diesen Prozess der Veränderung in der Darstellungen als Abkehr vom „deutschen Typus“, der sich aus den Abbildungen in der Schedel'schen Weltchronik aus dem Jahre 1493 und den Arbeiten von Hans Holbein zusammensetzt.[37] Im Gegensatz zu diesem Typus sind die Arbeiten der Künstler aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert in Böhmen und Mähren erstens viel stärker von der tschechischen Darstellungsform beeinflusst. Zweitens übt die Wirkung der Nationalbewegung auf diese Künstler einen derart starken Einfluss aus, dass sie beginnen, die Figur des Jan Hus aus einer anderen Sichtweise heraus darzustellen. Der historische Archetyp des 15. und 16. Jahrhunderts hallt in der späteren Darstellung noch nach, wird aber – in der künstlerischen Gestaltung des Prager Predigers – der Zeitgeschichte angepasst. Dadurch verändert sich nicht nur die Form der plastischen Verwirklichung, sondern auch die Erinnerungskultur um Jan Hus. Zu den bisherigen, sich überlappenden Elementen, bestehend aus Ketzerei und Martyrium, kommt noch ein drittes, die national gefärbte Kommemoration, hinzu.

## 3. Die Neuinterpretation auf bildlicher Ebene (Teil 2): Der plastische „Nationalheld“.

Im Folgenden werden unterschiedliche Hus-Denkmäler aus dem böhmisch-mährischen Raum besprochen. Der Großteil der plastischen Arbeiten stammt aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts, aber es werden auch einige aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert gezeigt; dabei lassen sich drei unterschiedliche Errichtungsphasen ausmachen. Einmal die Phase vor der Jahrhundertwende, die noch einige Jahre ins neue Jahrhundert hineinreicht. An diese schließt sich die Hochphase der Denkmalerrichtung in Böhmen an (1911–1928). Die dritte oder Spätphase ist durch einen Rückgang an Monumenten gekennzeichnet.[38] Es böte sich auch eine andere Gliederung an, eine, die zeitlich nach dem wichtigsten Künstler von Hus-Denkmälern, Ladislav Šaloun, ausgerichtet ist. So könnte man von einer *voršalounischen* Phase sprechen, deren Erscheinung in die zweite Hälfte des 19. Jahrhundert fällt. An diese schließt sich die Zeit Ladislav Šalouns an, da er mit seinen Arbeiten einen entschiedenen Einfluss auf die Denkmalgestaltung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ausübte. Und schließlich von einer *nachšalounischen* Zeit, die Ende der 30iger beginnt und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verebbt. Ob man sich für eine quantitative Periodisierung, wie im ersten Vorschlag, entscheidet, oder

[36] Seibt, Jan Hus, S. 160.
[37] Brátka, Petr, Magister Jan Hus, in: Ostarrîchi – Österreich 996–1996. Menschen, Mythen, Meilensteine, Katalog der Österreichischen Länderausstellung in Neuhofen an der Ybbs und St. Pölten, hrsg. v. Ernst Bruckmüller/Peter Urbanitsch, Horn-Berger 1996, S. 584.
[38] Kotalík, Jiří, Einige Bemerkungen allgemeinen Charakters, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. VIII–XVI, hier S. IX f. Kotalík bietet hier eine ähnliche Gliederung an, doch weitet er diese auf alle tschechische Kunstrichtungen aus.

für eine künstlerisch nähere, ist von sekundärem Stellenwert – vordergründig geht es in beiden Periodisierungen um die chronologische Abfolge bei der Errichtung der Monumente; denn alle plastischen Werke geben ein Zeugnis davon ab, welchen Einfluss die tschechische Nationalbewegung auf die Gestaltung der Bildhauereien nahm. Ferner spielen Kunstströmungen wie der Symbolismus oder der Jugendstil bei der Betrachtung der einzelnen Kunstwerke eine Nebenrolle, da nicht die verschiedenen Kunstrichtungen der einzelnen Künstler, sondern die Wirkung der Plastiken entscheidend ist.[39] Neben der Aufstellung einzelner Arbeiten trugen die Werke in einem zweiten Moment dazu bei, die Erinnerung an Jan Hus allgemein zu verändern, da sie im öffentlichen Raum aufgestellt und einem größerem Publikum zugänglich gemacht wurden. Deshalb scheint sich die Erinnerung an ihn am Ende des 19. Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts in einem „Mischverhältnis“ zu befinden, denn sowohl das Bild des Ketzers, des Märtyrers als auch das des Nationalhelden haben ihren Platz in der öffentlichen Abbildung gefunden; hierbei muss aber bemerkt werden, dass der Großteil der Plastiken überwiegend durch den tschechischen Nationalismus beeinflusst wurden.

### 3.1 Früh- oder *voršalounische* Phase

Abb. 1: Jicin, 1872.

1869 jährte sich der Geburtstag von Jan Hus zum 500. Mal. Zu seinem Gedenken wurde in Husinec, ein Dorf in Südböhmen und die Geburtsstadt von Hus, ein Relief über dem Eingang seines Geburtshauses angebracht. Der Künstler war Bohuslav Šnirch, zu seiner Zeit ein bekannter tschechischer Architekt und Bildhauer, der in Prag das Nationaltheater mit seinen Figuren bestückte.[40] Drei Jahre später wurde in Jicin, einer Stadt nordöstlich von Prag, eines der ersten Hus-Denkmäler errichtet (Abb. 1.). Die Figur trägt einen Talar und um den Hals ein Beffchen (langes rechteckiges weißes Leinenstück), in der linken Hand hält sie ein geöffnetes Buch und die Rechte streckt sie gen Himmel. Auf dem Kopf trägt sie ein Birett (Kopfbedeckung christlicher Geistlicher). Die Plastik steht auf einem Sockel mit einer tschechischen Inschrift: „V DÉCNÉ PAMÁTCE|MISTRA JANA HUSA|ohčanslvo Jičinské|1872. - Dankbare Erinnerung an Jan Hus [ohcanslvo] Jicín 1872.“ Hus wird hier von einem unbekannten Künstler so gezeigt, als würde er eine Predigt halten. Diese Art, ihn abzubilden, wird sich

[39] Zu den einzelnen Kunstströmungen zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts siehe dazu: Wittlich, Petr, Česká secese, Praha 1985; Wittlich, Petr, Sochařství české secese, Prag 2000; Wittlich, Petr/Malý, Jan, Art-nouveau Prague. Forms of the Style, Prag 2007.

[40] Erben, Václav, Bohuslav Šnirch, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 306 f.

im tschechischen Raum als Darstellungsart nicht festigen. Auch wenn es schon zuvor Illustrationen gab, die ihn als Geistlichen darstellen.

So etwa in der Schedel'schen Weltchronik, wo er abgebildet ist, als ob er eine Predigt halten würde.[41] Kurz vor der Jahrhundertwende werden in Vojice 1897 und in Nova Paka 1898 (beide Orte liegen im Nordböhmen) zwei weitere Denkmäler errichtet. Vor allem die figürliche Darstellung aus Nova Paka ist erwähnenswert – Hus wird, wie in Jicin, mit einem Talar, aber diesmal ohne Birett, präsentiert. Eine Hand, die rechte, an der Brust; die andere ruhend auf einem Buch. Durch das Fehlen des Birettes und des Beffchens wird vom Künstler bewusst ein religiöser Ton bei der Abbildung vermieden. Ferner zeigt Hus sein Haar und seine Stirn, die besonders betont wird, offen. Zwar wird es noch mit Talar dargestellt, doch steht dies hier wohl für die Schlichtheit und Autorität der Figur und ist kein Zeichen der Geistlichkeit. Die Figur steht auf einem Postament mit jeweils einer Inschrift auf der Vorderseite und auf der Rückseite, wo auch das Datum der Enthüllung angebracht ist. Auffällig ist der abgebildete Kelch auf der Vorderseite, in der Höhe des Postament-Schaftes.[42] Darunter die Inschrift: „V LESKU SLÁVY|TVÉ|NAŚE OBNOVA|I SĬLA." – „In deiner Herrlichkeit erstrahlen und wieder unsere Stärke." Im Ganzen wird die Figur aus Nova Paka als erhaben gezeigt – sie verkörpert Stolz. Das Denkmal aus Vojice ist dem aus Nova Paka ähnlich, weist aber Unterschiede auf. Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Figuren sind die Bekleidung und das Fehlen des Birettes sowie der am Postament angebracht Kelch. Unterschiede sind bei der Körperhaltung zu erkennen; die rechte Hand von Hus ist nach oben gestreckt und in seiner linken Hand hält er ein aufgeschlagenes Buch.

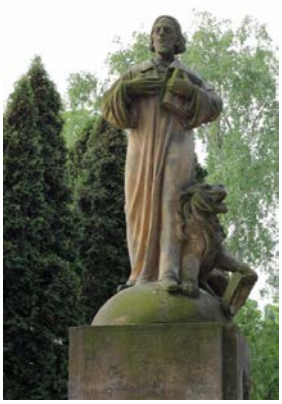

Abb. 2: Denkmal in Čakovice.

Im Jahr 1900 wurde auch das erste Hus-Denkmal in Prag (in Čakovice einem Stadtteil Prags) errichtet; der Künstler des Werks ist unbekannt. Hus ist mit einem Talar bekleidet und hält in seiner linken Hand ein Buch, beide Hände liegen auf der Brust. Sein Kopf ist erneut ohne Birett dargestellt; zu seinen Füßen liegt ein Löwe, der mit einer Pranke ein Schild hält. Auf den beiden Seiten und auf der Rückseite des Denkmals sind Porträts von Personen im Dreiviertelprofil angebracht, über die nichts in Erfahrung gebracht werden konnte. Unter den Köpfen ist jeweils eine Inschrift eingeritzt (nicht mehr lesbar).

[41] Schedel, Hartmann, Weltchronik 1493. Kolorierte und kommentierte Gesamtausgabe, hrsg. v. Stephan Füssel, Augsburg 2004, S. CCXLI verso.

[42] Zur Bedeutung des Kelchs siehe: Bartlová, Milena, Ikonografie kalicha, symbolu husitství, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 453–488.

Abb. 3: Denkmal in Nechanice.

Abb. 4: Denkmal in Vamberk.

Abb. 5: Denkmal in Beroun.

Nach der Jahrhundertwende entstanden in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts drei plastische Arbeiten, die sich an dem Denkmal von Nova Paka orientierten. Einmal in Nechanice, zweitens in Vamberk (beide in Nordböhmen) und drittens in Beroun (Mittelböhmen). Über das erste ist nur wenig bekannt, deshalb liefern allein die Angaben auf dem Denkmal Indizien für die Entstehung und berichten wann es enthüllt wurde, nämlich 1904. Auch bei den anderen beiden Werken ist das Quellenmaterial mäßig, dennoch lässt sich durch die Inschrift sagen, dass das Denkmal in Vamberk ebenfalls 1904 fertiggestellt wurde. Die Errichtung wurde am 3. Juli festlich gefeiert, so hielt Jindřich Štemberk, ein Rechtsanwalt aus Reichenau an der Knieschna, eine Rede und der Theaterverein Zdobničan spielte das Stück „Jan Hus von Tyl“. Jan Josef Kalvoda machte den Entwurf, der wiederum von František Koukol aus Ústí nad Orlicí umgesetzt wurde. Bei der Skulptur aus Beroun weiß man, dass sie vom Bildhauer Frantisek Velik 1905 vollendet wurde. Wie schon erwähnt sind die drei plastischen Arbeiten jenem aus Nova Paka ähnlich: Alle drei verwenden einen länglich gezogenes Postament; die Plastik wird jener aus Nova Paka stark angeglichen und zwei tragen auf der Vorderseite, in der Höhe des Postament-Schaftes, das Symbol des Kelches (bei dem Denkmal aus Beroun konnte dies nicht festgestellt werden). Ferner sind die drei Monumente nur wenige Kilometer von Nova Paka entfernt.

Eine kleine Plastik, die wohl in die *voršalounische* Phase fällt, wurde von dem Prager Bildhauer Josef Václav Myslbek gefertigt. Das Werk steht im Museum der Bethlehemskirche in Prag und ist eine Studie des Künstlers. Da es sich um eine unausgereifte Vorarbeit handelt, kann vermutet werden, dass dies eine plastische Skizze für eine spätere Skulptur ist. Wo sich aber das vollendete Werk befindet, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Wann genau die Studie entstanden ist, kann jedoch rekonstruiert werden; einiges spricht für die Entstehung in der Frühphase der Hus-Denkmalerrichtung. Wenn man die Studie mit anderen Arbeiten derselben Zeit und denen der nachfolgenden Phase vergleicht, lässt sich das Bildwerk zur *voršalounische* Phase rechnen. Die Figur ähnelt sehr stark der Skulptur aus Jicin, beide tragen das Birett. Dieser Gegenstand

kommt nur bei diesen beiden Figuren vor, denn nach der Figur aus Nova Paka wird Hus hautsächlich barhäuptig gezeigt. Zwar trägt die Studie einen Talar, der auch bei anderen Figuren zu finden ist, doch entspricht der Talar bei Myslbek wieder mehr dem aus Jicin als denen aus anderen Darstellungen. Ferner scheint die ganze plastische Arbeit von einem religiösen Ton getragen, der, wie bereits erwähnt, in der Hochphase nicht mehr vorhanden sein wird. Zu den bisherigen Punkten, welche diese Studie in die Frühphase ordnen lässt, gesellt sich die bildhauerische Schaffungsperiode von Myslbek hinzu, die ins 19. Jahrhundert fällt. Auch wenn er seine künstlerische Arbeit bis zu seinem Tod 1922 nicht niederlegt, widmet er sich seit seiner Professur 1885 an der Universität Prag immer mehr der Unterrichts- und Verwaltungstätigkeit.[43]

In der *voršalounische* Phase lassen sich zwei unterschiedliche Formen erkennen: Einerseits jene, die Hus als religiöse Figur darstellt und andererseits eine, die ihn in erhabenen Rolle zeigt. Erstere wurde von einer längeren Tradition bei der Darstellung des Prager Predigers geprägt, letztere wurde wohl durch den einsetzenden tschechischen Nationalismus beeinflusst. Zudem ist auch die Errichtung eines Postaments typisch für diese Phase. Die Kunsthistorikerin Reich erkennt um 1900 nicht nur in der tschechischen Bildhauerei das Aufeinandertreffen von Tradition und Moderne, sondern auch in der gesamten europäischen Kunstszene, wo ältere Darstellungsarten von modernen Kunstvorstellungen abgelöst werden.[44] Die Bildwerke aus Nova Paka und Voijce können als „Ursprung“ einer Neuinterpretation der Darstellung gelten, denn diese führen in der tschechischen Bildhauerei bei den Hus-Denkmälern einige markante Merkmale ein, die bei zukünftigen Abbildungen ebenfalls auftauchen.

### 3.2 Hochphase oder die Zeit des Ladislav Šaloun

Der bedeutendste Künstler unter den Bildhauern in der Entstehungs-Hochphase von Hus-Denkmälern war Ladislav Šaloun (1870–1946). Er war ein Schüler von Bohuslav Šnirch und, wie sein Lehrer, setzte sich auch Šaloun in seiner bildhauerischen Tätigkeit mit der historischen Figur Jan Hus auseinander.[45] Im Gegensatz zu seinem Lehrer beschäftigte er sich aber mit ihm intensiver, einmal wegen seiner historischen Rolle und zweitens hinsichtlich seiner plastischen Umsetzung. Šaloun war aber nur einer unter vielen Künstlern, die sich für Hus interessierten. Die ausgeprägte Thematisierung des Prager Predigers am Anfang des 20. Jahrhunderts durch die bildende Kunst führt der Historiker Seibt auf die zeitgenössischen Probleme der tschechischen Gesellschaft zurück. Die

[43] Erben, Václav Josef Václav Myslbek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 230–236; Reich, Annette, Avantgardistische Strömungen in der tschechischen Bildhauerei von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik, Heidelberg 2003, S. 16 f.
[44] Reich, Avantgardistische Strömungen, S. 17–20.
[45] Šnirch, Bohuslav, Návrhy na pomník Jana Husa – reakce, in: *Čas* (1893), S. 460 ff. Šnirch bringt hier einige Vorschläge über die Gestaltung eines Hus-Denkmales.

Künstler sehen in ihm ein Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, da am Ende des 19. Jahrhunderts die Gesellschaft *der* Tschechen „gefühlslos“ geworden sei. Sie benötige eine „große Persönlichkeit“ der Historie, um ein Verständnis für die eigene Geschichte zu entwickeln.[46] Seibt spricht es zwar nicht offen aus, aber der Bewegrund Jan Hus künstlerisch zu erfassen, geht auf die tschechische Nationalbewegung zurück, die einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Themenwahl der Bildhauer hatte. Darum auch die Beschreibung „gefühlslos“ für die tschechische Gesellschaft, denn ohne das Wissen über die eigene Herkunft verliert sich ein mögliches Nationalgefühl, weil es keine emotionale Tiefe bezüglich des eigenen Ursprungs gibt. Dieses Empfinden wird von den Künstlern der Hochphase angesprochen, indem sie Hus als Skulptur in den öffentlichen Raum stellen – der tschechische Nationalismus beeinflusst die Bildhauer und diese wiederum wirken auf das Nationalgefühl *der* Tschechen ein.

Abb. 6: Hus-Denkmal im Zentrum Prags.

Die größten und bedeutsamsten Hus-Denkmäler stammen von Šaloun. Die wichtigste unter den plastischen Arbeiten steht in Zentrum Prags, am Altstädter Ring (Abb. 6.). Nach dem ersten Aufruf von Prinz Karl Schwarzenberg im Jahr 1889, man solle ein Denkmal zu Ehren Hus in Prag errichten, trieben Tomáš Garrigue Masaryk, die Jungtschechen und der „Verein zur Errichtung eines Hus-Denkmals in Prag“ die Realisierung des Monuments voran.[47] 1899 einigte man sich, nach langen politischen Streitigkeiten mit den Alttschechen,[48] darauf es zu errichten; im nächsten Jahr wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben – bei dem die Wahl auf Šaloun fiel.[49]

[46] Seibt, Böhmen im 19. Jahrhundert, S. 288.
[47] Hilsch, Johannes Hus, S. 293; Hoffmann, T.G. Masaryk und die tschechische Frage, S. 243.
[48] Zita, Stanislav, Boj o pomník Jana Husa v Praze v období 1889–1903, in: *Husitský Tábor* 14 (2004), S. 113–143.
[49] Seibt, Böhmen im 19. Jahrhundert, S. 289.

Abb. 7: Detailansicht von der Hus-Skulptur.

Die praktische Umsetzung des Bildwerkes begann erst zehn Jahre später. Diese Zeitspanne überbrückte der Künstler mit der Klärung von technischen und künstlerischen Fragen bei der Gestaltung der plastischen Realisierung. Es sind Skizzen erhalten, die es erlauben die künstlerische Entwicklung zu rekonstruieren, so spielten der Raum, die Gestaltung der Figuren, deren Anordnung und die Platzierung des Denkmales eine entscheidende Rolle.[50] Wie auf Abb. 6 zu sehen ist, entschied sich Šaloun, das Monument in die Breite zu bauen, mit einem oval-förmigen Sockel als Basis für die Figuren. Am Rand des Sockels sind vier Inschriften eingelassen: „MILUJTe Se PRAVDY KAŽDéMU PŘeJTe. – Die Liebe zur Wahrheit um jeden Wunsch.“; „KDoŽ JSÚ BoŽÍ BoJoVNÍCI A ZÁKoNA JeHo. – Er, der Krieger Gottes und seines Gesetzes.“; „ŽIV BUĎ NÁRoDe PoSVěCeNÝ V BoHU NeUMÍReJ. – Es lebe die Heiligkeit, die in Gott geboren ist und nicht stirbt.“; „VěŘÍM-ŽE VLÁDA VěCÍ TVYCH K ToBe Se ZASe|NAVRÁTÍ-o LIDe ČESKÝ! – Ich glaube, dass die Regierung wieder zurückkehren wird, oh tschechisches Volk!“ Unter den Figuren ragt Hus auf der rechten Seite heraus. Der Talar ist verschwunden und ein bodenlangen Mantel ist stattdessen zusehen. Sein Haupt ist nach oben gerichtet, als ob er in den Himmel blicken würde (Abb. 7). Auf der linken Seite sind drei Figuren, unter denen ein alter Mann eine Pavese (ein manneshoher Schild) und die Figur direkt hinter ihm einen Kelch hält. Hinter dieser Dreiergruppe auf der Rückseite des Denkmals sind weitere Skulpturen angebracht, aus denen eine liegende Frau mit ihren Kleinkindern heraussticht. Auf der rechten Rückseite (hinter Hus) tauchen erneut dieselben Motive auf – Frau mit Kindern, sowie Pavese.[51]

Šaloun wollte mit seiner Interpretation die alten Traditionen der Darstellung brechen. Er sah in Hus nicht nur eine historische Person, die den angeblichen Anfang der tschechischen Geschichte markierte, sondern eine Geistesströmung, die *den* Tschechen inhärent sei: Der Drang zur Wahrheit, zu ihr zu stehen und mit dem Wissen um sie unterzugehen.[52] Als die Arbeit schließlich ihren Abschluss fand, befand sich Europa bereits im Ersten Weltkrieg. Enthüllt wurde sie ein Jahr nach dessen Ausbruch, am 6. Juli 1915, der mit dem 500. Todestag von Jan Hus zusammenfiel. Ein Jahr zuvor beendete

[50] Šaloun, Ladislav, Dva návrhy na pomník M. Jana Husi v Praze, in: *Volné směry* 7 (1903) S. 229–237; Seibt, Böhmen im 19. Jahrhundert, S. 289.
[51] Novák-Nový, Karel, Husův pomník na Staroměstském náměstí, Svět 1915; Sokol, Karel St., Husův pomník na Staroměstském náměstí, České slovo 1907.
[52] Hojda, Zdeněk, Filozoficko-dějinné představy Ladislava Šalouna a pomník Mistra Jana Husa na Staroměstském náměstí, in: *Husitský Tábor* 4 (1981), S. 209–214.

Šaloun ein anderes Denkmal in Hořice, nördlich von Prag (Abb. 8.). Das Monument ist dem in Prag sehr ähnlich; es besitzt ebenfalls eine breite Basis, auf dem mehrere Figuren angebracht sind, doch ist deren Zahl hier geringer. Wiederum ist Hus die zentrale Skulptur – diesmal wird ihr aber mehr Platz im Denkmal eingeräumt, denn sie überragt die anderen Figuren in Größe und Maßstab. Dadurch erhält sie eine stärkere Präsenz, die auch durch die Körperhaltung unterstrichen wird. Die Skulptur ist in Bewegung, denn sie hält den rechten Arm schützend vor das Gesicht. Anders die Figur aus Prag, die statisch scheint, weil ihre Hände wie taub nach unten hängen – im Zentrum steht allein das Gesicht, alle anderen Körperpartien verschwinden. Das Gesicht der Figur aus Hořice scheint sich im Gegensatz dazu vielmehr hinter dem Arm zu verlieren und mit dem Verlust des klaren Blicks auf die Gesichtszüge schwindet auch die Aussagekraft des Gesichts.

Unter der Figur von Hus ist eine Inschrift angebracht: „oTEVŘEL SKÁLu|I TEKLY VoDY A oDCHÁZELY|PŘES VYPRAHLÁ MISTA|JoKo ŘEKY. - Er öffnete den Felsen, und Wasser strömte heraus und ging durch trockene Orte wie Flüsse.“[53]

Abb. 8: Diorama in Hořice.

[53] Šaloun, Ladislav, Husův pomník v Hořicích odevzdán veřejnosti 5. července 1914, in: Komitét pro postavení Husova pomníku, Hořice 1914, S. 1–24.

Abb. 9: Denkmal in Liban.

Neben diesen beiden Bildhauereien, die wie Dioramen gehalten sind, gibt es noch ein Denkmal in Liban (ebenfalls nördlich von Prag), das Šaloun 1925 fertiggestellt hat. Dieses Monument (Abb. 9.) ist im Gegensatz zu den plastischen Arbeiten aus Prag und Hořice schlichter gehalten, zwar ist die Figur von Hus erneut eindrucksvoll in Szene gesetzt, aber dieses Mal fehlen Figuren, die das Denkmal ergänzen. Auch hat der Künstler der Plastik weniger Raum gegeben; sie ist nicht so breit gehalten, wie die anderen Monumente. Die Skulptur trägt einen Talar, der dem aus Jicin ähnlich sieht. Anders wie bei der Figur aus Prag sind die Hände aktiv und nach hinten in die Breite gestreckt; der Kopf ist von keinem Birett bedeckt. Auf dem Sockel der Statue ist eine längere Inschrift eingefasst, deren Inhalt aber nicht ergründet werden konnte, weil die Bildquelle unzureichend ist. Aber es kann davon ausgegangen werden, dass eine gleichlautende Botschaft von Šaloun angebracht wurde. Das letzte der hier besprochenen Werke von Šaloun ist eine Statuette, die sich zeitlich nur schwer einordnen lässt.[54] Ihre Komposition stellt eine Ausnahme unter den Hus-Bildnissen von Šaloun dar, weil er ihn bei dieser Plastik nicht als „Nationalhelden“, sondern als Ketzer zeigt, der gefesselt ist. Der Künstler greift bei der Darstellung auf Merkmale des 15. und 16. Jahrhunderts zurück. Er trägt ein Gewand (ob weiß oder schwarz kann nicht festgestellt werden) und den Ketzerhut; er ist an einem Mast gefesselt und seine Füße sind von Holzscheiten bedeckt. Sein Kopf ist nach vorne gesenkt und vermittelt den Anschein der Hoffnungslosigkeit – man könnte meinen, Šaloun habe den Moment der Resignation eingefangen, den Hus einen Monat vor seiner Hinrichtung verspürte. Die Vermutung bietet sich hier an, die Statuette aufgrund der oben beschriebenen Merkmale, in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zu datieren. Vermutlich war die Arbeit eine Vorstufe für seine folgende Interpretation der historischen Figur bei den Bildwerken in Prag, Hořice und Liban.[55]

[54] Die Hus-Statuette von Šaloun steht im Hussiten Museum Tabors.

[55] Václav Erben/ Jan Rous/Alena Alderová , Ladislav Šaloun, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 294–300; zu seinem Gesamtwerk siehe: Rouček, Rudolf, Dílo Ladislava Šalouna, in: *Dílo* 30 (1940), S. 178–184. Hervorzuheben ist eine unveröffentlichte Dissertation über die Werke Šalouns: Procházková, Marie, Dílo sochaře Ladislava Šalouna, phil. Diss. Praha 1977.

Der zweitwichtigste Bildhauer unter den Künstlern, die Hus-Denkmäler errichtet haben, ist František Bílek.[56] Von ihm stammen zwei Skulpturen, eine aus dem Jahr 1914 und eine aus dem Jahr 1928. Die erste wurde in Kolin an der Elbe, einer Stadt in Mittelböhmen, aufgestellt. 1909 einigte sich die Stadt darauf, ein Denkmal für Jan Hus zu errichten, mit der Errichtung beauftrage man Bílek – fünf Jahre benötigte er, bis die Arbeiten abgeschlossen waren und er die Statue zur Enthüllung frei gab. Aus dieser Zeit sind Skizzen und Holzstiche erhalten, die die Statue vor ihrer „Zerstückelung" zeigen,[57] da das Denkmal 1941 nach der Besetzung der Stadt im Zweiten Weltkrieg entfernet wurde. Mit der Demontage wurden die Bildhauer V. Hnízdil und F. Malina betraut. Sie entschieden sich dafür, die Statue in Blöcke zu schneiden, um sie dadurch besser lagern zu können. Erst im Jahr 1949 wurde sie wieder aufgestellt, doch nicht am Karlsplatz im Zentrum der Stadt, sondern auf dem Vinaricky Platz, den man zu Ehren der Errichtung in Hus-Platz umbenannte. Die einzelnen Steinblöcke wurden mit einem Bindemittel zusammengesetzt, deshalb ist das Denkmal eine Komposition aus Fragmenten. Die Plastik hat eine schmale Silhouette, die von der Basis bis hin zu den Schultern der Figur reicht; die Arme sind überkreuzt und zum Körper gezogen. Der Kopf ist barhäuptig und nach hinten geneigt. Auffällig ist, dass die Augen geschlossen sind. Die Figur trägt einen bodenlangen Mantel, der bei der ursprünglichen Plastik noch deutlich zu erkennen war,[58] hingegen bei der Zusammensetzung größtenteils verloren ging oder nur mehr teilweise sichtbar ist (man kann im unteren Bereich noch einen Teil des Mantels erkennen).[59]

Das zweite Denkmal von Bilek steht in Tabor (Südböhmen). Das Werk besteht aus zwei Teilen. Zum einen die Hus-Plastik, im Vordergrund, und zum anderen drei Säulen, die durch vier einseitig geprägte Plaketten aus Metall miteinander verbunden sind, im Hintergrund. Hus ist mit seinem ganzen Körper nach vorne gebeugt und bildet eine beinahe gerade Linie; deshalb wirkt seine Köperhaltung steif. Er hat mit beiden Händen ein Buch fest umklammert und presst es gegen seine Brust, als ob er es nicht verlieren möchte. Sein Hals ist durchgestreckt und nach hinten gebeugt. Die Augen sind geschlossen. Es scheint, dass Bílek seiner Figur wenig Raum gibt, er reduziert den Körper auf ein Minimum und lässt sie dadurch schlanker erscheinen; indem Bílek so vorgeht, gibt er dem Gesicht eine größere Bedeutung, was er durch die geschlossenen Augen noch unterstreicht.

---

[56] Wittlich, Petr, Art Nouveau 1900. Alfons Mucha, Aubrey Beardsley, Odilon Redon, Edvard Munch, Jan Preisiler, František Bílek, Alfred Kubin, František Kupka, Auguste Rodin, Gustav Klimt, Egon Schiele, Paris 1975, S. 111–114.

[57] Kotalík Jiří (Hrsg.), Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, Darmstadt 1984, S. 30 f.

[58] Das Bild zu den Denkmal aus Kolin von 1914 bis 1941 kann auf dieser Internetseite eingesehen werden: [http://www.cestyapamatky.cz/kolinsko/kolin/socha-mistra-jana-husa], eingesehen 20.8.2012.

[59] Das Bild zu den Denkmal aus Kolin nach 1949 kann auf dieser Internetseite eingesehen werden: [http://www.cestyapamatky.cz/kolinsko/kolin/socha-mistra-jana-husa], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 10: Hus-Denkmal in Tabor.

Die Plaketten im Hintergrund nehmen direkten Bezug auf die Plastik im Vordergrund – jene sind eine Art Erzählung über das Leben von Hus: Auf der linken Seite ist eine Szene dargestellt, in der er predigt, auf der rechten Seite ist er in Ketten gelegt. Zwischen den vier Plaketten ist auf der Mittelsäule ein Relief aus Metall angebracht, das die Burg Kozí Hrádek zeigt. Bílek wählte die mittlerweile in Ruinen stehende Burg, weil Jan Hus sich in den Jahren 1412 bis 1414 dort aufhielt.[60]

Zu den bedeutenden Künstlern in der Hochphase der Errichtung von Hus-Denkmälern zählen auch die Brüder Sucharda, die zusammen eine Plastik in Železnice (Nordböhmen) gefertigt haben.[61] Eine Inschrift belegt deren Zusammenarbeit und die Errichtung für das Jahr 1920: „*Tento pomník byl odhalen|k uctění památky místra|Jana Husa občany města|Železíne v r.(oku) 1920.|Naším součas<t>níkům í bu-|doucím pokolením bude|připomínat sochařskí|dílo bratři Suchardů| z Nove Paky.*

Dieses Denkmal wurde zum Gedenken an Jan Hus bei den Bürgern der Stadt Eisenstadel im Jahre 1920 enthüllt. Unsere Zeitgenossen und zukünftige Generationen werden sich

[60] Juříková, Magdalena, František Bílek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 18, S. 20–24; Buzoga, Eva, František Bílek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 30 f.

[61] Das Brüder-Gespann Sucharda setzt sich aus dem älteren Stanislav (1866–1916) und dem jüngeren Vojtěch (1884–1968) zusammen. Procházka, Václav, Stanislav Sucharda, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 348–355.

Abb. 11: Denkmal der Sucharda-Brüder.

an die Skulptur der Sucharda Brüder aus Nova Paka erinnern." Der Sockel besteht nicht aus einem einzelnen, behauenen, sondern aus mehreren, unbearbeiteten Steinen, die übereinander getürmt sind und an deren Spitze die Plastik von Hus angebracht ist. Ähnlich wie die ältere Figur von Bílek aus Tabor hält der Prager Prediger in seinen Händen ein Buch, erneut trägt er einen Talar und wird ohne Birett gezeigt (Abb. 11). Die barhäuptige Darstellung mit Buch und Talar setzt sich als stereotype Abbildungsform durch. Mit den Figuren aus Nova Paka und Vojice am Ende des 19. Jahrhunderts beginnend, entwickelt sich in der Hochphase die Verbindung der einzelnen Symbole zur meistbenutzen Darstellungsform bei den Hus-Denkmälern. Dieser Stereotyp lässt sich vor allem bei den plastischen Arbeiten in den Zwanzigern des 20. Jahrhunderts wiederfinden.[62] Wie z. B. bei den Bildwerken in Horní Kněžeklady (Südböhmen) von Václav Švec 1921,[63] in Jindřichův Hradec (Südböhmen) von Jan Vatislav Dušek 1923,[64] in Strakonice (Südböhmen) von Vojtěch Šíp 1925, in Louny (Nordböhmen) von Josefa Kvasničky ebenfalls 1925 (Abb. 12), in Ledeč nad Sázavou (Mittelböhmen) von Rudolf Kabeš 1926 (Abb. 13), in Mochově (Mittelböhmen) von Jana Škody 1928 (Abb. 14) und vermutlich auch bei fünf weiteren Statuten in Pilsen (Westböhmen),[65] Malšovice (Nordböhmen), Krauzovna (nördlich von Prag), Nymburk (nordöstlich von Prag) und Chrudim (Ostböhmen) (Abb. 15, Abb. 16, Abb. 17, Abb. 18). Bei den letzten Werken ist keine genaue Angabe über die Entstehung möglich, deshalb erfolgt hier die Zuordnung in die Hochphase aus komparatistischen Überlegungen. Es gibt zudem ein Denkmal in Radnice von dem bereits erwähnten Bildhauer Vojtěch Šíp aus dem Jahr 1921, aber es können keine Aussagen bezüglich der äußeren Gestaltung gemacht werden, da keine Bildquelle vorhanden ist; es lässt sich nur die Vermutung äußern, dass das Monument

[62] Kotalík Jiří, Tschechische Kunst der zwanziger und dreißiger Jahre, in: Tschechische Kunst der 20er + 30er Jahre. Avantgarde und Tradition, Textband, Mathildenhöhe Darmstadt 20. November 1988 bis 29. Januar 1989, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1989, S. 11–42.

[63] Das Bild zu den Denkmal aus Horní Kněžeklady von Václav Švec (1921) kann auf dieser Internetseite eingesehen werden: [http://img4.rajce.idnes.cz/d0407/1/1620/1620000_2eff3adc99dc5e3d570e07a34f87e38c/images/Horni_Knezeklady_-_Mistr_Jan_Hus_1.JPG], eingesehen 20.2.2013.

[64] Das Bild zu den Denkmal aus Jindřichův Hradec von Jan Vatislav Dušek (1923) kann auf dieser Internetseite eingesehen werden: [http://img4.rajce.idnes.cz/d0407/1/1620/1620000_2eff3adc99dc5e3d570e07a34f87e38c/images/Jindrichuv_Hradec_-_Mistr_Jan_Hus_1.jpg], eingesehen 20.2.2013.

[65] Das Bild zu den Denkmal aus Pilsen kann auf dieser Internetseite eingesehen werden: [http://img.groundspeak.com/waymarking/a1525a8f-50c7-49f0-a727-925afd2955de.jpg], eingesehen 20.2.2013.

der stereotypen Darstellungsform entspricht. Erstens, weil der Künstler bereits ein entsprechende Skulptur in Strakonice gefertigt hat und zweitens, weil die Entstehungszeit (Enthüllung 1921) in die Phase der stereotypen Hus-Denkmäler fällt.

Abb. 19: Denkmal von Ladislav Beneš.

Inmitten der stärker werdenden Vereinheitlichung bei der bildhauerischen Abbildung fallen drei Statuen in der Hochphase aus diesem Raster. Das zeitlich früheste wurde 1911 von dem Künstler Ladislav Beneš in Bohušovice nad Ohří, nordwestlich von Prag, errichtet. Zwar entsagt die Plastik nicht allen gängigen Darstellungsarten – Hus trägt einen Talar und hat kein Birett auf. Doch sticht die eigenwillige Darstellungsart von Beneš unter den anderen Monumenten hervor. Die Gesichtspartien, der versetzte Schritt, die langen Haare (meist nur bis zu den Schultern) und die offene Brust lassen Hus energisch wirken, als wolle er auf jemanden zugehen. Der Eindruck der Bewegung wird durch Säulenbasen, die um die Plastik gruppiert sind, verstärkt. Daneben gibt es die Werke aus Sušice 1923 (Südböhmen) und Zbraslav 1935 (ein Stadtteil Prags). Beide Darstellungen scheren noch stärker aus der stereotypen Abbildung aus, zwar interpretieren beide Hus nicht auf eine neue und eigenwillige Art, wie Ladislav Beneš, dafür knüpfen sie an die älteren bildlichen Wiedergaben aus dem 15. und 16. Jahrhundert an. Ähnlich wie Šaloun versuchen Emanuel Kodet (Sušice) und J.F. Žák (Zbraslav) Hus als Märtyrer bzw. Ketzer darzustellen. Letzterer stellt ihn auf einen Scheiterhaufen und fesselt seinen Oberköper mit Seilen an einen Pfahl. Er verzichtet aber darauf, im Gegensatz zu Kodet und Šaloun, ihm eine Ketzerhut aufzusetzen. Die Haltung des Kopfes vermittelt den Eindruck, dass er, obwohl kurz vor dem Verbrennen, über die Situation erhaben sei, da er nach oben blickt und dadurch eine innere Ruhe ausstrahlt. Die Plastik von Kodet hingegen ist in ihrer Körperhaltung eingeknickt – es scheint, als ob Hus während seiner Hinrichtung resigniere. Es lassen sich starke Parallelen zu der Statuette von Šaloun feststellen. Dies wird auch durch die Inschrift auf dem Sockelkranz unterstrichen: „PRAVDA VÍTĚZÍ! – Die Wahrheit siegt!“ Diese Aussage findet sich am Sockel des Denkmales am Altstädter Ring, beinahe gleichlautend, wieder. Unter der Figur von Zbraslav steht ebenfalls ein sinnverwandter Ausspruch: „ZA PRAVDU – Für die Wahrheit.“ Auch wenn beide Bildhauer dasselbe Thema gewählt haben (die Hinrichtung), interpretieren sie die Rolle des Prager Predigers unterschiedlich; Kodet stellt ihn als widerstandslosen Verurteilten dar, für Žák ist er in der Abbildung ein mutiger und emporragender Bestrafter.

In der Hochphase der Entstehung von Hus-Denkmälern können drei unterschiedliche Darstellungsformen unterschieden werden: Erstens die plastischen Arbeiten von Bildhauern, die ihn künstlerisch gesehen *modern* (nationalistisch) interpretieren und sich dabei wegen ihrer Eigentümlichkeit von anderen plastischen Realisationen abheben.

Abb. 20: Denkmal in Sušice.

Abb. 21: Denkmal in Zbraslav.

Zweitens die *stereotype* Abbildung mit Talar, Buch und barhäuptigen Kopf (nur das Denkmal in Mochově trägt ein Birett), die zwar von den Einflüssen der Moderne beeinflusst ist, aber keine eigenständigen Neuerungen hervorbringt. Drittens die Anknüpfung an die *traditionelle* Illustration aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Der Großteil der Hus-Denkmäler kann der zweiten Darstellungsform zugeordnet werden, dieser Umstand erklärt sich aus drei Gründen, zum einen, weil den einzelnen Künstlern, die sich für die Stereotypie entschieden, das bildhauerische Können eines Šaloun, Sucharda oder Bílek fehlte. Zum anderen, weil sich die Künstler bewusst eine moderne Interpretation wählten und die traditionelle Abbildung übergingen. Und schließlich, weil die Wahl einer modernen Darstellung von Hus einerseits durch die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts und anderseits durch die Ausrufung des tschechoslowakischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg am 28. Oktober 1918, beeinflusst ist. Der letzte Punkt trifft für beinahe alle Monumente der Hochphase zu. Ausnahmen sind die Werke aus Sušice, Zbraslav und die Statuette von Šaloun. Obwohl das Denkmal in Zbraslav vom Geist des tschechischen Nationalismus getragen wird und die Statuette wohl vor dem Ersten Weltkrieg entstanden ist, entfernen sich beide deutlich von einer modernen Interpretation. Nichtdestodtrotz sind die Skulpturen der Hochphase Ausdruck eines tschechischen Nationalgefühls in Form der Bildhauerei.

### 3.3 Spät- oder *nachšalounische* Phase

Die *nachšalounische* Phase ist geprägt durch den Rückgang an Hus-Denkmälern. Es sind nur vier Werke der Spätphase bekannt. Von diesen stehen aber nur zwei im öffentlichen Raum. Die anderen beiden sind Plastiken, die sich in Museen befinden. Zu den beiden letzten zählt eine Skulptur von Karel Hladík, die sich heute im Museum von Tabor befindet: Zwar ist nichts über die Entstehung bekannt, doch aufgrund der Lebensspanne von Hladík (1912–1967) kann die Arbeit zur *nachšalounischen* Phase gezählt werden.

Hladík begann als Maurer zu arbeiten und entschied sich erst spät für die Bildhauerei. Anfänglich noch Autodidakt, begann er 1945 mit der Lehre an der Prager Akademie der Bildenden Künste (Akademie výtvarných umění) – unter dem Professor Jan Lauda. Seine künstlerische Schaffensperiode fällt also in die Jahre nach 1945, deshalb die Zuordnung in die Spätphase. Hladík setzt mit seinem Denkmal die stereotypische Abbildung aus der Hochphase fort, indem er Hus mit Talar, Buch und ohne Kopfbedeckung darstellt. Ferner nimmt er auch Bezug auf die Figur von Ladislav Beneš, da er die Skulptur in ihrer Körperhaltung nicht statisch, sondern in Bewegung zeigt. Dies erreicht er durch den versetzten Schritt und durch das Gebärden der Hände. Unterstrichen wird diese Dynamik durch die Gesichtszüge und einen leicht geöffneten Mund, der einen Sprechakt suggeriert.[66]

Abb. 22: Denkmal in Husinec.

Die andere Skulptur stammt von Karel Lidický und befindet sich heute im Karolinum der Prager Universität. Während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde das Karolinum durch den Architekten Jaroslav Fragner renoviert und seitdem als Stätte für die Promotionsverleihung genutzt. Die Plastik muss ungefähr zur selben Zeit wie die Renovierung entstanden sein. Zwar lässt sich dies nicht eindeutig belegen, aber eine identische „Kopie“ der Plastik befindet sich auf dem Stadtplatz in Husinec. Nachdem 1952 das Geburtshaus von Jan Hus museumstauglich gemacht wurde, beauftragte man Lidický damit, ein Denkmal zu errichten. Dieser enthüllte sein Werk 1958. Deshalb muss die Plastik in Prag ungefähr zur selben Zeit entstanden sein, doch welche der Beiden das Original und welche die Kopie ist, kann hier nicht festgestellt werden. Die Statue ist auf einem Sockel angebracht, mit der Inschrift: „MISTR JAN HUS.“ Lidický knüpft, wie Hladík, bei der stereotyen Darstellungsform an, verzichtet auf das Birett, lässt Hus ein Buch in den Händen halten und nur bei der Bekleidung scheint der Bildhauer etwas von der stereotypen Form abzuweichen. Auch wenn der Talar deutlich zu erkennen ist, trägt er über seinen Schultern einen mantelähnlichen Überwurf (Abb. 22).

Das letzte der vier Werke steht in Spálené Poříčí (Westböhmen). Wann genau es in der *nachšalounischen* Phase errichtet wurde, kann nicht erschlossen werden, aber die Inschrift auf dem Sockel des Denkmals lässt es zu, eine ungefähre Datierung vorzunehmen. „SVĚTLÉ PAMÁTCE VYZNAVAČE PRAVDY,|NAŠIM OSVOBODITELŮM A TĚM,|KTĚŘÍ SE ZE SVĚTOVÉ VÁLKY 1914–1918|NEVRÁTILI.|A OBĚTEM OKUPACE 1939–1945|OBČANSTVO SPÁL.(ENÉHO) POŘÍČÍ.- Die helle Erinnerung an die Liebhaber der Wahrheit, für unsere Befreier und die aus dem Ersten Weltkrieg 1914–

[66] Die Hus-Plastik von Hladík steht im Hussiten-Museum Tabors.

Abb. 23: Denkmal in Spálené Poříčí.

1918 Zurückgekehrten errichtet. Sowie für die Opfer unter den Menschen von Spálený Poříčí während der Besatzung zwischen 1939–1945.“ Durch die Erwähnung der Besatzung während des Zweiten Weltkrieges, kann die Jahreszahl 1945 als *terminus post quem* für die Errichtung des Denkmals herangezogen werden. Auf dem Sockel des Monuments befinden sich zwei Plastiken: Jan Hus und ein Löwe. Wie schon bei der Statue des unbekannten Künstlers aus dem Jahr 1900 in Prag, wird auch hier ein Löwe an die Seite von Hus gestellt. Der Löwe steht seit dem Mittelalter stellvertretend für Böhmen, so auch bei dem Werk aus Prag; und seit der Gründung der tschechoslowakischen Republik auch für die Tschechoslowakei (z. B. in Spálené Poříčí), da der Löwe in das Staatswappen aufgenommen wurde. Die Deutung des Löwen als Sinnbild für die böhmischen Gebiete geht auf seine Verwendung als Wappentier zurück, das seit der Mitte des 13. Jahrhunderts von Ottokar II. Přemysl gebraucht und seitdem in der Heraldik als „böhmischer Löwe“ bezeichnet wurde. Im Gegensatz zu den Wappen wird der Löwe in Spálené Poříčí nicht stilisiert, sondern naturgetreu wiedergegeben. Neben ihm steht Hus (im Hintergrund), der ebenfalls stereotypisch abgebildet wird (Abb. 23), aber diesmal ein Birett, wie bei dem Denkmal aus Mochově, trägt.

Die dominierende Form in der *nachšalounischen* Phase ist die Darstellung mit den stereotypen Merkmalen aus der Hochphase. Das Verschwinden der Bildhauereien die Hus als Märtyrer bzw. Ketzer darstellen, zeigt ebenso, dass sich die Vorstellung bei den tschechischen Künstlern durchgesetzt hat, Hus als „Nationalhelden“ zu präsentieren. Diese Entwicklung wurde durch die ersten Darstellungen in der Frühphase und insbesondere durch die Interpretationen aus der Hochphase bedingt. Beide Phasen hatten Auswirkungen auf die kommenden Generationen und nicht nur auf die zukünftigen Werke der Bildhauer, sondern auch auf das Bewusstsein *der* Tschechen, in denen das Gedenken an Hus verändert und schlussendlich vereinheitlicht wurde (wie man an den plastischen Arbeiten der Spätphase erkennt). Parallel zu der Entwicklung, die Erinnerung umzudeuten, verzeichnete der böhmische Raum eine Verringerung an Denkmalerrichtungen. Eine Erklärung für den Rückgang in dieser Phase wäre, dass die größeren Städte Böhmens, sowie die historischen Orte, in denen Jan Hus selbst war, keinen Bedarf an Monumenten mehr hatten, weil er bereits in der Hochphase gedeckt worden war.

## 4. Die Festigung der „nationalen“ Erinnerungskultur im öffentlichen Raum

Der hier verwendete Begriff der „Erinnerungskultur“ ist als eine Form des Gedenkens zu verstehen, das im öffentlichen Raum stattfindet. Diese wird erst durch das Betreten des öffentlichen Raumes aktiviert, beeinflusst oder verändert. Der öffentliche Raum, der einen Einfluss auf die Erinnerung ausübt, hängt hier stark mit den Denkmälern, die für

Jan Hus im 19. und im 20. Jahrhundert errichtet wurden, zusammen. Erst diese Werke erlauben es, eine bestimmte Form der Kommemoration zu aktivieren, nämlich das bewusste oder unbewusste Erinnern an die historische Figur Jan Hus. Durch die Neuinterpretation der Bildhauer wird das Gedenken an ihn entscheidend beeinflusset. Diese Gewichtung in der Öffentlichkeit erhalten die plastischen Arbeiten durch ihre topographische Stellung, weil sie im öffentlichen Raum platziert sind (in urbanen Zentren). Dadurch erlangen die Bildwerke eine ständige Präsenz in der Öffentlichkeit und wirken durch ihre Abbildung auf die Erinnerung *der* Tschechen ein.

Wie zuvor ausgeführt, ist der Großteil aller Hus-Denkmäler vom tschechischen Nationalismus geprägt. Deshalb bewegte sich die ursprüngliche Illustration aus dem 15. und 16. Jahrhundert, die ihn als Ketzer und Märtyrer darstellte, hin zu einer Abbildungsform, die Hus einem „Nationalhelden“ gleichsetzt. Dieser Wandel in der Darstellung kann analog auf die Erinnerungskultur *der* Tschechen übertragen werden, weil die Plastiken das Bild von Hus aus der Frühen Neuzeit veränderten und im 19. bzw. 20. Jahrhundert mit Gedanken füllten, die eine „national“ gefärbte Erinnerung entstehen ließ.

Das neu entstandene Bild von Hus wurde mit Elemente versehen, die ihm eine nationale Tendenz gaben. Darunter fallen der Talar, das Buch und die Darstellung ohne Birett, wobei Letzteres bei manchen Werken auftaucht. Andere Symbole, die Zeugnisse nationalen Einflusses sind: Der Kelch, die Pavese und der Löwe. Diese Gegenstände, gehen deshalb auf den Einfluss des tschechischen Nationalismus zurück, weil erst dieser die Möglichkeit bot, der Abbildung von Hus neue Elemente hinzuzufügen. Zwar stammen die einzelnen Objekte aus der älteren Vergangenheit der tschechischen Geschichte (z. B. die Pavese bei den Hussitenkriegen im 15. Jahrhundert), doch wurden sie erst von den Bildhauern des 19. und 20. Jahrhunderts fruchtbar gemacht. Dazu zählt auch die Körperhaltung von Hus, die nicht der Haltung eines Verurteilten (mit Ausnahme der Statuette von Šaloun und des Denkmals aus Sušice), sondern jener eines stolzen und mutigen Mannes ähnelt. Ferner sind auch die Inschriften ein Beleg für die nationale Wirkung. Zudem bieten sie einen anderen Zugang zu den Skulpturen, da nicht mehr nur die visuelle Wahrnehmung eine Rolle spielt: Durch das Lesen wird ein heuristisch kognitiver Vorgang eingeleitet, der es ermöglicht, die gewollte Botschaft hinter dem Denkmal klarer zu transportieren. Abgesehen von jenen Inschriften, die nur den Namen von Hus tragen, gibt es grundsätzlich drei unterschiedliche Botschaften, welche die Inschriften übermitteln: Einmal der Aufruf zur Wahrheit zu stehen, zweitens die Forderung (vor allem vor der Ausrufung des tschechoslowakischen Staates) nach nationaler Eigenständigkeit und drittens die bewusste Mahnung, sich an Hus zu erinnern. So wie, exemplarisch, bei der Inschrift des Denkmal aus Nova Paka: „Naším současníkům í bu-|doucím pokolením bude|připomínat sochařskí|dílo […]. - Unsere Zeitgenossen und zukünftige Generationen werden sich an die Skulptur […] erinnern.“ Die Inschrift verrät, welchen Stellenwert die Denkmäler im Gedächtnis der tschechischen

Bevölkerung hatten und haben sollten. All diese Punkte haben dazu beigetragen, die Erinnerungskultur um Jan Hus zu verändern und diese nachhaltig zu beeinflussen.

*Die* Tschechen haben ab der Zwischenkriegszeit keine verschwommene Vorstellung mehr von Jan Hus, sondern ein deutliches Porträt – nämlich das eines „Nationalhelden“.

## Anhang

Abb. 12: Denkmal in Louny von Josefa Kvasničky (1925).

Abb. 13: Denkmal in Ledeč nad Sázavou von Rudolf Kabeš (1926).

Abb. 14: Denkmal in Mochově von Jana Škody (1928).

Abb. 15: Denkmal in Malšovice.

Abb. 16: Denkmal in Krauzovna.

Abb. 17: Denkmal in Nymburk.

Abb. 18: Denkmal in Churdim.

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Jicin, Böhmen. Teilansicht des Denkmals aus Jicin, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hus-Denkmal_Jicin.jpg], eingesehen 19.8. 2012.

Abb. 2: Cakovice, Böhmen. Teilansicht des Denkmales, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:%C4%8Cakovice_-_Hus%C5%AFv_park.JPG], eingesehen 19.8.2012.

Abb. 3: Nechanice, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pomn%C3%ADk_Mistra_Jana_Husa_v_Nechanic%C3%ADch.jpg], eingesehen 19.8.2012.

Abb. 4: Vamberk, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vamberk_-_Jan_Hus_Statue.jpg], eingesehen am 19.8.2012.

Abb. 5: Beroun, Böhmen Gesamtansicht des Denkmales, Rückenansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Beroun,_n%C3%A1m%C4%9Bst%C3%AD_II.jpg], eingesehen 21.8.2012.

Abb. 6: Prag, Böhmen. Hus-Denkmal am Altstädter Ring, Vorderansicht. (Foto: J. Schropp, Bozen 2012)

Abb. 7: Prag, Böhmen. Hus-Plastik des Hus-Denkmals am Altstädter Ring. Vorderansicht, Detailansicht. (Foto: J. Schropp, Bozen 2012)

Abb. 8: Horice, Böhmen. Gesamtsicht des Denkmales, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ho%C5%99ice-Jan-Hus-Memorial2011a.jpg], eingesehen 19.8.2012.

Abb. 9: Liban, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Liban_07.JPG], eingesehen 19.8.2012.

Abb. 10: Tabor, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Seitenansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pomn%C3%ADk_Jana_Husa_v_T%C3%A1bo%C5%99e.jpg] eingesehen 20.8.2012.

Abb. 11: Železnice, Böhmen, Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:%C5%BDeleznice_Jan_Hus.jpg], eingesehen 20. 8. 2012.

Abb. 12: Louny, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pomn%C3%ADk_Mistra_Jana_Husa_v_Lounech.JPG], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 13: Ledeč nad Sázavou, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lede%C4%8D_nad_S%C3%A1zavou_Pomn%C3%ADk_Jana_Husa.JPG], eingesehen 21.8.2012.

Abb. 14: Mochove, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mochov_-_pam%C3%A1tn%C3%ADk_-_Jan_Hus.jpg], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 15: Malsovice, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pomn%C3%ADk_Jana_Husa_v_Mal%C5%A1ovic%C3%ADch_(HK)_1.JPG], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 16: Krauzovna, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Krauzovna_(Kly),_pomn%C3%ADk,_centr%C3%A1ln%C3%AD_socha.jpg], eingesehen 20.2.2013.

Abb. 17: Nymburk, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nymburk,_pomn%C3%ADk_Jana_Husa_a_ob%C4%9Btem_v%C3%A1lek.jpg], eingesehen 20.2.2013.

Abb. 18: Churdim, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chudim-Jan-Hus2012a.jpg], eingesehen 20.2. 2013.

Abb. 19: Bohušovice nad Ohří, Böhmen. Teilansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://www.geolocation.ws/v/W/File:Bohusovice%20nad%20Ohri%20CZ%20Jan%20Hus%20memorial%20from%20W%20619.jpg/-/en], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 20: Sušice, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Seitenansicht. [http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e4/Su%C5%A1ice_-_socha_MJH.JPG], eingesehen 20.8.2012.

Abb. 21: Zbraslav, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmals, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Socha_neznama_zbraslav.JPG], eingesehen 20.8. 2012.

Abb. 22: Husinec, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmales, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jan_Hus_monument_in_Husinec.jpg], eingesehen 22.8.2012.

Abb. 23: Spálené Poříčí, Böhmen. Gesamtansicht des Denkmales, Vorderansicht. [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sp%C3%A1len%C3%A9_Po%C5%99%C3%AD%C4%8D%C3%AD-Pomn%C3%ADk_osvoboditel%C5%AFm.jpg] eingesehen 22.8. 2012.

## Verzeichnis der nicht abgedruckten Abbildungen

Nova Paka, Böhmen: [http://www.panoramio.com/photo_explorer#view=photo&position=1952&with_photo_id=57762955&order=date_desc&user=3200784], eingesehen 19.8.2012.

Vojice, Böhmen: [http://archiv.neviditelnypes.lidovky.cz/clanky/2003/04/30017_10_0_0.html], eingesehen 19.8.2012.

Kolin, Böhmen: [http://www.cestyapamatky.cz/kolinsko/kolin/socha-mistra-jana-husa], eingesehen 20.8.2012.

Kolin, Böhmen: [http://www.cestyapamatky.cz/kolinsko/kolin/socha-mistra-jana-husa], eingesehen 20.8.2012.

Horní Kněžeklady, Böhmen: [http://img4.rajce.idnes.cz/d0407/1/1620/1620000_2eff3adc99dc5e3d570e07a34f87e38c/images/Horni_Knezeklady_-_Mistr_Jan_Hus_1.JPG], eingesehen 20.2.2013.

Jindřichův Hradec, Böhmen: [http://img4.rajce.idnes.cz/d0407/1/1620/1620000_2eff3adc99dc5e3d570e07a34f87e38c/images/Jindrichuv_Hradec_-_Mistr_Jan_Hus_1.jpg] eingesehen 20.2.2013.

Pilsen, Böhmen: [http://www.waymarking.com/waymarks/WM9Z8W_Pomnik_Jana_Husa_v_Plzni_Jan_Hus_Memorial_in_Pilsen_CZ_EU], eingesehen 20.2.2013.

## Literatur

Albrod, Gisela, Hüte. Kopfbedeckungen und ihre Geschichte(n), in: Von Kleidern und Menschen. Kleidungsgewohnheiten an Rhein und Maas im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Alois Döring, Köln-Weimar-Wien 1999, S. 289–309.

Bartlová, Milena, Ikonografie kalicha, symbolu husitství, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 453–488.

Brandmüller, Walter, Das Konzil von Konstanz 1414–1418. Bis zur Abreise Sigismunds nach Narbonne, Paderborn-Wien 1991.

Ders., Das Konzil von Konstanz 1414–1418. Bis zum Konzilsende, Paderborn-Wien 1997.

Ders., Hus vor dem Konzil, in: Jan Hus. Zwischen Zeiten, Völkern, Konfessionen, hrsg. v. Ferdinand Seibt, München 1997, S. 235–242.

Brátka, Petr, Magister Jan Hus, in: Ostarrîchi – Österreich 996–1996. Menschen, Mythen, Meilensteine, Katalog der Österreichischen Länderausstellung in Neuhofen an der Ybbs und St. Pölten, hrsg. v. Ernst Bruckmüller/Peter Urbanitsch, Horn-Berger 1996, S. 584.

Buzoga, Eva, František Bílek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 30 f.

Erben, Václav, Josef Václav Myslbek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 230–236.

Ders., Bohuslav Šnirch, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 306 f.

Ders./Rous, Jan/Alderová, Alena, Ladislav Šaloun, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 294–300.

Giese, Martina, Kostbarer als Gold. Weiße Tiere im Mittelalter, in: Farbe im Mittelalter. Materialität – Medialität – Semantik, hrsg. v. Karin Hanauska/Peter Hinkelmanns/Bettina Becker, Berlin 2011, S. 665–680.

Goldinger, W./Kučera, K., Palacký František, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd.7, Wien 1978, S. 294 ff.

Gorys, Erhard, Tschechoslowakei. Kunst, Kultur und Geschichte im Herzen Europas, Köln 1992[4].

Grigore, D-Mihai, Weiße Pilger, rote Verdammte. Farben und Heilsordnung am Beispiel der mittelalterlichen Hagiografie, in: Farbe im Mittelalter. Materialität – Medialität – Semantik, hrsg. v. Karin Hanauska/Peter Hinkelmanns/Bettina Becker, Berlin 2011, S. 681–692.

Hilsch, Peter, Johannes Hus (um 1370–1415). Prediger Gottes und Ketzer, Regensburg 1999.

Hladíková, Věra, Můj manžel sochař Karel Hladík. Život dílo dokumenty vzpomínky, Prag 2002.

Hoensch, Jörg Konrad, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart, München 1997[3].

Hoffmann, Roland J., T.G. Masaryk und die tschechische Frage. I. National Ideologie und politische Tätigkeiten bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuchs vom Februar 1909, München 1988.

Hojda, Zdeněk, Filozoficko-dějinné představy Ladislava Šalouna a pomník Mistra Jana Husa na Staroměstském náměstí, in: *Husitský Tábor* 4 (1981), S. 209–214.

Hus, Jan, Knížky o svatokupectví (Büchlein über die Simonie), in: Magistri Iohannis Hus Opera omnia 4, hrsg. v. Jiří Daňhelka, Praha 1985.

Ders., Schriften zur Glaubensreform und Briefe der Jahre 1414–1415, hrsg. v. Walter Schamschula, Frankfurt am Main 1969.

Juříková, Magdalena, František Bílek, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 18, 20–24.

Kapras, Jan, Der böhmische Staat und die Zentralisierung der habsburgischen Länder, Prag 1918.

Kejr, Jiri, Die Causa Johannes Hus und das Prozessrecht der Kirche. Mit einem Vorwort des Erzbischofs von Prag Miloslav Kardinal Vlk, Regensburg 2005.

Kořalka, Jiří, Mistr Jan Hus v pojetí Františka Palackého, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 609–636.

Ders., Druhý život husitství. The Second Life of Hussitism, in: HUSITÉ – na cestě za poznáním husitského středověku. SLOVA – OBRAZY – VÉCI, (The Hussites. On the

way to understanding the hussite middel ages, WORDS – IMAGES – THINGS), hrsg. v. Zdeněk Vybíral, Tabor 2011, S. 95–117.

Ders. (Hrsg.), Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, Darmstadt 1984.

Ders., Einige Bemerkungen allgemeinen Charakters, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. VIII–XVI.

Ders., Tschechische Kunst der zwanziger und dreißiger Jahre, in: Tschechische Kunst der 20er + 30er Jahre. Avantgarde und Tradition, Textband, Mathildenhöhe Darmstadt 20. November 1988 bis 29. Januar 1989, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1989, S. 11–42.

Krausová, Milada, Artikel Husovy pomníky v západních Cechách, in: *Minulosti zapadoceskeho kraje* 39 (2004) S. 355–378.

Masaryk, Tomáš Garrigue, Jan Hus. Naše obrození a naše reformace, Praha 1896.

Mladoniowitz, Peter von, Hus in Konstanz. Der Bericht des Peter von Mladoniowitz, hrsg. v. Günther Stökl (Slavische Geschichtsschreiber 3), Graz-Wien-Köln 1963.

Novák-Nový, Karel, Husův pomník na Staroměstském náměstí, Svět 1915.

Procházka, Václav, Stanislav Sucharda, in: Tschechische Kunst 1878–1914. Auf dem Weg in die Moderne, Mathildenhöhe Darmstadt 18.11.1984 bis 3.2.1985, hrsg. v. Jiří Kotalík, Darmstadt 1984, S. 348–355.

Procházková, Marie, Dílo sochaře Ladislava Šalouna, phil. Diss. Praha 1977.

Reich, Annette, Avantgardistische Strömungen in der tschechischen Bildhauerei von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik, Heidelberg 2003.

Rouček, Rudolf, Dílo Ladislava Šalouna, in: *Dílo* 30 (1940), S. 178–184.

Royt, Jan, Ikonografie Mistra Jana Husa v 15. až 18. století, in: Jan Hus na přelomu tisíciletí. Mezinárodní rozprava o českém reformátoru 15. století a o jeho recepci na prahu třetího milénia (Papežská lateránská univerzita Řím, 15. – 18. prosince 1999), Husitský Tábor Supplementum 1, hrsg. v. Miloš Drda/František J. Holeček/Zdeněk Vybíral, Tabor 2000, S. 405–452.

Šaloun, Ladislav, Dva návrhy na pomník M. Jana Husi v Praze, in: *Volné směry* 7 (1903) S. 229–237.

Ders., Husův pomník v Hořicích odevzdán veřejnosti 5. července 1914, in: Komitét pro postavení Husova pomníku, Hořice 1914, S. 1–24.

Santifaller, Leo/Obermayer-Marnach, Eva, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 Bd. 2, Wien 1959, S. 224.

Schedel, Hartmann, Weltchronik 1493. Kolorierte und kommentierte Gesamtausgabe, hrsg. v. Stephan Füssel, Augsburg 2004.

Schelle, Klaus, Das Konstanzer Konzil 1414–1418. Eine Reichsstadt im Brennpunkt europäischer Politik, Konstanz 2010[2].

Seibt, Ferdinand, Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne, Berlin 1995.

Seibt, Ferdinand, Jan Hus. Das Konstanzer Gericht im Urteil der Geschichte, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 153–173.

Ders., Geistige Reformbewegungen zur Zeit des Konstanzer Konzils, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 97–111.

Ders., Hus in Konstanz, in: Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution, hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder, München-Oldenburg 1987, S. 229–240.

Šnirch, Bohuslav, Návrhy na pomník Jana Husa – reakce, in: *Čas* (1893), S. 460 ff.

Sokol, Karel St., Husův pomník na Staroměstském náměstí, České slovo 1907.

Vybíral, Zdeněk (Hrsg.), HUSITÉ – na cestě za poznáním husitského středověku. SLOVA – OBRAZY – VÉCI, (The Hussites. On the way to understanding the hussite middel ages, WORDS – IMAGES – THINGS), Tabor 2011.

Werner, Ernst, Jan Hus. Welt und Umwelt eines Pragers Frühreformers, Weimer 1991.

Wittlich, Petr, Česká secese, Praha 1985.

Ders., Sochařství české secese, Prag 2000.

Ders., Art Nouveau 1900. Alfons Mucha, Aubrey Beardsley, Odilon Redon, Edvard Munch, Jan Preisiler, František Bílek, Alfred Kubin, František Kupka, Auguste Rodin, Gustav Klimt, Egon Schiele, Paris 1975.

Ders./Malý, Jan, Art-nouveau Prague. Forms of the Style, Prag 2007.

Zita, Stanislav, Boj o pomník Jana Husa v Praze v období 1889–1903, in: *Husitský Tábor* 14 (2004), S. 113–143.

**Jack Wolfgang Geronimo Schropp** ist Student der Geschichte (Diplom) und Latein (Lehramt) im 11. und 2. Semester an der Universität Innsbruck. Jack.Schropp@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Jack Schropp, Paměti Mistra Jana Husa. Die bildliche Darstellung von Jan Hus zwischen Ketzerei, Martyrium und Nationalismus, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 337–372, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Die Genesis in rabbinischer Auslegung und ihr Verhältnis zu anderen Schöpfungsmythen

**Stephanie Sitz**

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Ulf

eingereicht im Semester: SS 2011

Rubrik: SE-Arbeit

**Abstract**

**The Book of Genesis in the Rabbinic Interpretation and its Relation to Other Creation Myths**

The following paper discusses the book of Genesis in its function as a creation myth in Jewish religion. It will turn its attention especially to the rabbinic interpretation of verses 1:1–3:24 and 6:5–9:19 and give a brief summary of its content. Furthermore the origin and dating of the book of Genesis itself and the rabbinic commentary, which is known as Bereshit Rabba, will be discussed. Concluding the Israelite creation myth will be compared to those from ancient oriental and Egyptian beliefs.

## Einleitung

Die Arbeit behandelt die Genesis in ihrer Funktion als Kosmogonie der Israeliten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die rabbinische Interpretation und Auslegung der für die zwei in der Genesis enthaltenen Schöpfungsberichte relevanten Verse gelegt werden. Man spricht deshalb von zwei Schöpfungsberichten in der Genesis, da tatsächlich mit der ganz zu Anfang genannten Schöpfung der Welt und der Menschheit in sechs Tagen und mit der Paradieserzählung zwei voneinander unabhängige Schöpfungsmythen innerhalb der ersten Verse der Genesis bestehen. Im Folgenden wird die Erzählung der

Entstehung der Welt durch das siebentägige Werk Gottes[1] als erster Schöpfungsbericht, jene rund um Adam und Eva im Paradies[2] als zweiter Schöpfungs-bericht bezeichnet werden. Aufgrund der Komplexität und der Masse der rabbinischen Literatur war es jedoch nicht möglich, sie in ihrer Ganzheit und Fülle in diese Arbeit aufzunehmen. Trotzdem stellt die Auswahl eine recht anschauliche Übersicht über die rabbinische Lehre dar. Folglich wird zuerst die Entstehung und Datierung der Genesis besprochen werden, um dann näher auf die rabbinische Literatur einzugehen. In einem nächsten Schritt wird der für die vorliegende Arbeit relevante Inhalt der Genesis behandelt werden, darauf folgend die rabbinische Auslegung desselben. Daraufhin werden die Elemente der Schöpfungsgeschichten in der Genesis herausgefiltert und schließlich auf ihre Gemeinsamkeiten mit orientalischen und ägyptischen Schöpfungsvorstellungen geprüft werden. In einem weiteren Schritt soll die Sintfluterzählung[3] näher betrachtet werden, da jenes Ereignis einen Endpunkt der Schöpfung darstellt. Durch die Auslöschung alles menschlichen Lebens, mit Ausnahme von Noah und seiner Frau, kann die Welt und die Menschheit ein zweites Mal entstehen und, sich ihres fehlerhaften Verhaltens bewusst, zum Guten hin wenden.

## Genesis – Bereshit: Entstehung und Datierung

Das 1. Buch Mose wird Genesis (griech. „Entstehung“) oder Bereshit (hebr. „am Anfang“)[4] genannt. Es ist sowohl das erste Buch des jüdischen Tanach als auch des Alten Testaments, also der christlichen Bibel. In jüdischer und folglich christlicher Tradition wird Moses als Autor der Tora angenommen, weshalb die Bücher des Pentateuchs auch als 1.–5. Buch Mose bezeichnet werden. Moses soll von Gott am Sinai die gesamte Tora offenbart bekommen haben. Das letzte Kapitel der fünf Bücher, das den Tod des Moses behandelt (Dtn 34), wird seinem Nachfolger Josua zugeschrieben. Die traditionelle Autorenschaft des Moses, die in orthodox-jüdischen und fundamentalistisch christlichen Kreisen bis heute für wahr gehalten wird, wurde indes schon im 17. Jahrhundert n. Chr. erstmals bezweifelt.[5]

In der neueren Pentateuchforschung setzte sich die sogenannte neuere Urkundenhypothese bislang durch, die besagt, dass die fünf Bücher Mose, und damit auch die Genesis, auf verschiedenen mehr oder weniger unabhängigen Quellenschriften beruhen. Die ältesten Schriften werden nach J. Wellhausen dem sogenannten Jahwisten (J) zugeschrieben und um 950 v. Chr. datiert. Darauf folgt der Elohist (E), der um 800 v. Chr. angesetzt wird. Benannt werden die Quellen nach der Verwendung der Gottesnamen Jahwe und Elohim im Pentateuch. Die jüngsten Quellen werden als Priesterschrift (P)

[1] Gen. 1:1–2:4.
[2] Gen. 2:5–3:24.
[3] Gen. 6:5–9:19.
[4] „Bereshit/בְּרֵאשִׁית“ ist das erste Wort des Buches und damit namensgebend.
[5] Erich Zenger/Heinz-Josef Fabry/Georg Braulik, Einleitung in das Alte Testament, Stuttgart [3]1998, S. 105.

bezeichnet und stammen aus der Zeit des babylonischen Exils um 550 v. Chr.[6] In das jahwistische Werk wurde von einem Redaktor ($R^{JE}$) direkt nach dem Untergang des Nordreichs Israel im Jahre 722 v. Chr. die elohistische Quelle eingebaut. Daraus entstand das sog. „Jehowistische Geschichtswerk" (JE), das wiederum nach dem babylonischen Exil[7] in die Priesterschrift[8] eingearbeitet wurde. Wichtig für die Identifizierung des Jahwisten im Pentateuch ist nicht nur die charakteristische Verwendung des Gottesnamen Jahwe, sondern vor allem der erzählerische Stil, während der Priesterschrift ein eher nüchterner Berichtstil zugeschrieben wird.[9] Die neuere Forschung im Bereich der Pentateuchkritik bezweifelt jedoch die Existenz eines Jahwisten stark. Gründe dafür sind das Fehlen eines deutlichen Erzählstranges, einer einheitlichen Theologie und eines einheitlichen Vokabulars. So wird meist die Priesterschrift (P) als einzige echte Quellschrift gesehen, da sie von der Erschaffung der Welt bis zur Landnahme Israels einem Erzählfaden folgt, eine klare theologische Linie und wiedererkennbare Formulierungen aufweist. In der Genesis wird der zweite Schöpfungsbericht allgemein als „Jehowistisches Geschichtswerk" interpretiert, während der erste Bericht der Priester-schrift zugeteilt wird, da er scheinbar stärkeren Bezug zu orientalischen Schöpfungs-mythen aufweist und deshalb als jüdischer Gegenspieler zur orientalischen Tradition im babylonischen Exil gedeutet wird.[10] Außerdem deutet die Beschreibung der Umwelt im ersten Schöpfungsbericht eindeutig auf einen sesshaften Lebensstil zur Zeit der Verfassung hin, während der zweite Bericht noch stark nomadische Elemente enthält. Die Vermutung, der Genesis lägen verschiedenen Quellen zugrunde, erklärt ebenso die auffällige Vielzahl an Dubletten, die zwei- oder mehrfach über dieselbe Begebenheit berichten.[11]

Zusammenfassend kann über die Verfasser der Genesis also Folgendes gesagt werden: Die Priesterschrift dürfte als jüngstes Element etwa 550 v. Chr. entstanden sein und bildet eine stilistische und theologische Einheit. Das sogenannte Jehowistische Geschichtswerk setzt sich aus den ältesten Teilen, die um 950 v. Chr. datiert werden, und den etwas jüngeren, dem Elohisten zugeschriebenen und um 800 v. Chr. entstandenen, Teilen zusammen. Man spricht bei den Verfassern dieser Teile zwar von einem Jehowisten und

---

[6] Klaus Koch, P – Kein Redaktor! Erinnerung an 2 Eckdaten der Quellenscheidung, in: *Vetus Testamentum* 37 (1987) Heft 4, S. 446–467, hier S. 447: Die ältere Urkundenhypothese führt zusätzlich noch den Autor des (Ur-)Deuteroniums (D) an (7. Jh. v. Chr.). Die neue Urkundenhypothese hält das Deuteronomium jedoch für ein unabhängiges Werk, das mit den Quellen des restlichen Pentateuchs wenig zu tun hat; Zenger/Fabry/Braulik, Einleitung, S. 88 f., 108 f.

[7] Das babylonische Exil dauerte von 597–539 v. Chr. und beschreibt die Zeit von der Eroberung Jerusalems durch Nebukadnezar II. bis zur Zerstörung Babylons durch Kyros II.

[8] Julius Wellhausen, Prolegomena zur Geschichte Israels, Berlin 1883, S. 8; Koch, P – Kein Redaktor!, S. 446; Zenger/Fabry/Braulik, Einleitung, S. 112.

[9] Hans Christoph Schmitt, Arbeitsbuch zum Alten Testament. Grundzüge der Geschichte Israels und der alttestamentlichen Schriften, Göttingen 2005, S. 208; Elisabeth Klein, Die Schöpfungsmythen. Ägypter, Sumerer, Hurriter, Hethiter, Kanaaniter und Israeliten (Quellen des Alten Orients 1), Darmstadt 1977, S. 186.

[10] Klein, Schöpfungsmythen, S. 214–225.

[11] Ebd., S. 185.

einem Elohisten, jedoch wird man mehrere Autoren hinter diesen Quellschriften vermuten müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden diese Teile von einem Redaktor zusammengefügt, behielten durch ihre Quellenvielfalt jedoch etliche Divergenzen. Nach dem babylonischen Exil wurde das aus vielen Quellen zusammengefasste Jehowistische Geschichtswerk mit der einheitlichen Priesterschrift verknüpft.

## Rabbinische Kommentare zur Genesis – Bereshit Rabba

Das Midraschwerk Genesis Rabba, nach der hebräischen Bezeichnung von Genesis auch Bereshit Rabba genannt, gehört zu den ältesten Auslegungsmidraschim[12] und ist Kommentar und Auslegung zur Genesis zugleich. Während es teilweise nur einfache Wort- und Satzerklärungen gibt, enthält es auch einige haggadische Deutungen[13]. Bis Parasche[14] 93 wird Vers für Vers erklärt und gedeutet, danach wird dieses System aufgegeben und freier kommentiert. Gewöhnlich wird Bereshit Rabba in 100 Paraschen eingeteilt, wobei viele Handschriften von dieser Einteilung abweichen. Alle Paraschen außer sieben haben Proömien, sogenannte Peticha[15], was Bereshit Rabba deutlich von halakhischen Midraschim[16] unterscheidet. Diese wurden teilweise erst später eingefügt. Albeck zählt insgesamt 246 Peticha, zwischen eins und neun pro Parasche, die größtenteils anonym verfasst wurden. Die Einteilung der Paraschen erfolgte wohl ursprünglich nach den Sedarim[17], der palästinensischen Leseordnung in der Synagoge. Bereshit Rabba stützt sich auf eine Fülle rabbinischer Tradition, im Einzelfall ist es jedoch schwer festzustellen, ob der Redaktor der endgültigen Fassung sich auf schriftliche Quellen stützte oder frei zitierte, ob es also eine frühere schriftliche Fassung gab oder ob er auf mündliche Tradition zurückgreifen konnte. Die Redaktion von Bereshit Rabba kann durch die

[12] John F. Oppenheimer, Midrasch, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 504: Midrasch bedeutet wörtlich etwa soviel wie Forschung oder Schriftauslegung; Als Midrasch wird der gottesdienstliche Vortrag im Anschluss an die Toravorlesung der alten Synagoge bzw. die aus diesem entstandene Literatur bezeichnet. Midraschim sind hauptsächlich agadisch (siehe Fn. 13).

[13] John F. Oppenheimer, Agada, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 30: Als hagadisch oder auch agadisch bezeichnet werden nichtgesetzliche Auslegungen im rabbinischen Judentum. Sie beschäftigen sich mit den erzählerischen Teilen der Tora und werden unter dem Sammelbegriff Midrasch Rabba oder großer Midrasch genannt.

[14] John F. Oppenheimer, Parascha, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 612: Bedeutet soviel wie Abschnitt und meint den Wochenabschnitt.

[15] John F. Oppenheimer, Peticha, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 620: Wörtlich „Öffnen“, bezeichnet Peticha die Prologe im Schrifttum der Midraschim.

[16] John F. Oppenheimer, Halacha, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 268: Halacha oder Halakha bezeichnet die Auslegung gesetzlicher Vorschriften im rabbinischen Judentum. Dementsprechend behandeln die halakhischen Midraschim nur die Bücher der Tora, vor allem Exodus bis Deuteronomium.

[17] John F. Oppenheimer, Seder, in: Lexikon des Judentums, Gütersloh ²1971, Sp. 739: Seder bedeutet wörtlich „Ordnung“ und gilt als Bezeichnung der häuslichen Feier am ersten und zweiten Abend des Pessachfestes an denen die Hagada verlesen wurde.

Erwähnung bestimmter Ereignisse und Personen in die erste Hälfte des 5. Jahrhunderts datiert werden.[18]

## Inhalt der Genesis (1:1–3: 24. 6:5–9:19)

Zum besseren Verständnis der in den weiteren Kapiteln dieser Arbeit behandelten Elementen der einzelnen Kosmogonien soll nun der Inhalt der zwei in der Genesis enthaltenen Schöpfungsgeschichten und der bald darauf folgenden Sintfluterzählung kurz wiedergegeben werden.

Zuerst soll der Inhalt des ersten Schöpfungsberichtes[19] näher betrachtet werden: Hierbei handelt es sich um das Sechstagewerk Gottes, das chronologisch, Tag für Tag, die Entstehung der Welt und der Lebewesen beschreibt. Am ersten Tag schafft Gott Himmel und Erde, die sich jedoch noch in wüstem Urzustand befindet. Die Urflut, die Finsternis und Gottes darüber schwebender Geist sind bereits existent. Gott schöpft durch sein Wort das Licht und darauf folgend scheidet er Tag von Nacht.[20] Am zweiten Tag schöpft Gott das Himmelsgewölbe um Wasser von Wasser zu scheiden.[21] Am dritten Tag lässt Gott das Wasser sich vom Land scheiden und schöpft Pflanzen und Bäume, die Früchte bringen.[22] Am vierten Tag schafft Gott die Gestirne[23], am fünften die Wassertiere und Vögel.[24] Am sechsten Tag lässt er die Landtiere entstehen und beschließt, den Menschen nach seinem Abbild zu schaffen. Er schuf den Menschen als Mann und Frau und gab ihm die Tiere und Pflanzen, um über sie zu herrschen.[25] Am siebten Tag ruhte Gott und erklärte diesen Tag für heilig.[26]

Ab Gen 2:5 beginnt die Paradieserzählung[27], mit der Schöpfungserzählung und dem Sündenfall. Hierbei handelt es sich also um den zweiten Schöpfungsbericht der Genesis, der völlig unabhängig vom vorangegangenen ersten Schöpfungsbericht die Entstehung der Menschheit beleuchtet. Er beginnt damit, dass aufgezählt wird, was es auf der Erde noch nicht gab, da Gott es noch nicht regnen hat lassen und dass es noch keine Menschen gab, die das Feld bestellten. Dann stieg Feuchtigkeit aus der Erde, die den Ackerboden tränkte.[28] Gott formte den Menschen aus der Erde und blies ihm den Lebensatem in die Nase. Gott setzte den Menschen in den Garten Eden und ließ dort Bäume wachsen, in der

[18] Hermann L. Strack/Günter Stemberger, Einleitung in Talmud und Midrasch, München [7]1982, S. 257–263; Anna Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung bei Origenes und den frühen Rabbinen, Frankfurt 2010, S. 33.
[19] Gen 1:1–2:4.
[20] Gen 1:1–1:5.
[21] Gen 1:6–1:8.
[22] Gen 1:9–1:13.
[23] Gen 1:14–1:19.
[24] Gen 1:20–1:23.
[25] Gen 1:24–1:31.
[26] Gen 2:2–2:3.
[27] Gen 2:5–3:24.
[28] Gen 2:5–2:6.

Mitte des Gartens den Baum der Erkenntnis von Gut und Böse und den Baum des Lebens.[29] Der Mensch sollte den Garten bebauen und behüten. Gott verbot dem Menschen vom Baum der Erkenntnis zu essen, sonst müsse er sterben.[30] Um dem Menschen Hilfe zu schaffen formte er aus dem Boden die Tiere des Feldes und die Vögel des Himmels. Der Mensch fand allerdings keine Hilfe in ihnen. Da schuf Gott aus der Rippe des Menschen einen zweiten. Der Mensch benannte das Wesen als Frau und erkannte, dass sie ein Fleisch sind und deshalb der Mann die Eltern verlässt um sich mit einer Frau zu vereinen.[31] Das klügste aller Tiere war die Schlange, sie verführte die Frau dazu vom Baum der Erkenntnis zu essen indem sie ihr weismachte, dass sie dadurch nicht sterben, sondern so werden würde wie Gott. Sie aß und gab auch dem Mann davon und sogleich merkten sie, dass sie nackt waren und schämten sich dafür. Sie bedeckten sich mit Feigenblättern und versteckten sich. Als Gott in den Garten kam, merkte er sogleich was geschehen war. Der Mann schob die Schuld auf die Frau, die Frau auf die Schlange, die sie verführt hatte. Gott verfluchte die Schlange und verdammte sie, auf dem Boden zu kriechen. Außerdem setzte er Feindschaft zwischen Schlange und Frau. Die Frau bestrafte er durch die Leiden der Schwangerschaft und die Schmerzen der Geburt, außerdem sollte der Mann über sie herrschen. Der Mann wurde durch die harte Arbeit am Acker bestraft, durch die er sich fortan ernähren musste. Außerdem waren die Menschen ab nun sterblich. Adam nannte seine Frau nun Eva/Chavah, da sie Mutter des Lebens ist. Gott bekleidete die beiden und erklärte, dass sie nicht auch noch vom Baum des Lebens essen dürften um unsterblich zu werden. Er verbannte die Menschen aus dem Paradies und stellte die Kerubim als Wächter auf.[32] In Gen 5:1–2 wird kurz die Schöpfung des Menschen wiederholt.[33]

Ab Gen 6:5 beginnt die Vorgeschichte zur Sintfluterzählung in der Genesis.[34] Gott sah, dass die Menschen auf der Erde verdorben waren und wollte sie deshalb mit der gesamten Schöpfung wieder vernichten. Nur Noah fand in seinen Augen Gnade.[35] Deshalb hieß ihn Gott, eine Arche aus Holz[36] zu bauen. Dann eröffnete er Noah, dass die Flut über die

[29] Gen 2:7–2:9.
[30] Gen 2:15–2:17.
[31] Gen 2:18–2:24: Warum der Mensch hier erkennt, dass der Mann seine Eltern verlässt bleibt unklar, da er ja keine Eltern im eigentlichen Sinne hat.
[32] Gen 3:1–3:24.
[33] Gen 5:1–5:2: „Das ist die Liste der Geschlechterfolge nach Adam: Am Tag, da Gott den Menschen erschuf, machte er ihn Gott ähnlich. Als Mann und Frau erschuf er sie, er segnete sie und nannte sie Mensch an dem Tag, da sie erschaffen wurden."
[34] Gen 6:5–9:19.
[35] Gen 6:5–6:12.
[36] Pesach Goldberg, The Linear Chumash. Bereshis, New York 1987, S. 32: In den meisten Übersetzungen der hebräischen Bibel wird das verwendete Holz als Zypresse identifiziert. In Wahrheit ist das verwendete hebräische Wort „gofer" jedoch nicht bekannt und deshalb nicht übersetzbar. Möglicherweise bezeichnet das Wort auch keine Holzart im engeren Sinne, sondern ein auf gewisse Art und Weise vorbehandeltes Holz jeglichen Ursprungs.

Erde kommen sollte und nur er selbst, seine Frau, seine Söhne Sem, Ham und Jafet und deren Frauen sollten überleben. Von allen Wesen aus Fleisch sollte Noah jeweils ein Männchen und ein Weibchen mit in die Arche nehmen[37], damit die Art überlebte.[38] 150 Tage lang schwoll das Wasser auf Erden an und tötete alles, außer Noah und den anderen auf der Arche. Gott hatte Mitleid mit Noah und ließ das Wasser wieder sinken.[39] Noah schickte zuerst einen Raben, dann eine Taube aus um zu sehen, ob schon wieder Land aufgetaucht war.[40] Als die Erde wieder trocken war, kamen Noah, seine Familie und die Tiere wieder aus der Arche und Noah bereitete ein Tieropfer für Gott. So beschloss Gott, dass er seine Schöpfung nicht noch einmal der Menschen wegen zerstören wird, da der Mensch von Geburt an schlecht ist.[41] Gott segnete die Männer und sprach wiederum: „Seid fruchtbar, vermehret euch und bevölkert die Erde.“[42] Nun gab Gott Noah und seinen Söhnen einige Regeln mit. Die Menschen sollten über alle Tiere und Pflanzen herrschen, nur Fleisch in dem noch Blut ist, dürfen sie nicht essen. Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll durch Menschen vergossen werden. Nun schloss Gott einen Bund mit den Menschen, sodass er nie wieder eine Flut aufkommen lassen würde. Das Zeichen des Bundes war ein Regenbogen, der die Bündnispartner für alle Zeiten an den Bund erinnern sollte, wann immer es regnet.[43]

## Elemente der Schöpfungsgeschichte(n) der Genesis

Nachdem also der Inhalt der verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Genesis behandelt wurde, sollen nun die einzelnen, den Kosmogonien innewohnenden Elemente extrahiert werden, um diese schließlich in ihrer rabbinischen Deutung zu beleuchten und mit Elementen der orientalischen und ägyptischen Schöpfungsmythen zu vergleichen.

Das Prinzip auf dem die Schöpfung im ersten Schöpfungsbericht der Genesis aufbaut ist Gott. Er ist von Beginn an da, er ist ewig, hat keinen Anfang und somit auch kein Ende. Außerdem ist Gott als alleiniger Schöpfer nicht in das System seiner Geschöpfe integriert. Die Elemente der ersten Schöpfungsgeschichte decken sich recht stark mit deren Inhaltsangabe, da diese, durch ihren nüchternen Stil, mehr eine Auf- als eine Erzählung darstellt. Am Anfang wird die Erde in einem chaosartigen Zustand beschrieben, sie ist wüst und wirr.[44] Es herrscht Finsternis, das einzig existente sind die Urflut und der Geist Gottes. Durch Worte und Taten Gottes wird erschaffen. Zunächst das Licht.

---

[37] Laut Gen 7:2 soll Noah von den unreinen Tieren je 1 Paar, von den reinen Tieren jedoch jeweils 7 Paare mit auf die Arche nehmen.
[38] Gen 6:14–6:22.
[39] Gen 7:17–8:3.
[40] Gen 8:7–8:12.
[41] Gen 8:18–8:21.
[42] Gen 9:1.
[43] Gen 9:2–9:17.
[44] Gen 1:2: Der hebräische Ausdruck für diesen Zustand der Erde lautet „tohu-wa-bohu/תהו־ובהו”.

Es folgt eine Unterscheidung zur Finsternis und die Benennung der erfolgten Schöpfung in Tag und Nacht. Dann wird ein Gewölbe geschaffen, um Wasser von Wasser zu scheiden und das Himmel genannt wird. Das Wasser unterhalb des Himmels sammelt sich an einer Stelle, um das trockene Land hervorzubringen, auf dem Gott Pflanzen wachsen lässt. Dann werden die Gestirne geschaffen und erhalten ihre Zuordnung am Himmel, das große Licht für den Tag, das kleine für die Nacht. Nun schafft Gott nacheinander die Tiere des Meeres, des Himmels und der Erde. Erst jetzt wird der Mensch erschaffen, nach dem Abbild des Schöpfers, als Mann und Frau, um über die Erde und die Tiere zu herrschen. Der genaue Vorgang des Schaffens wird hier nicht näher beschrieben. Nach Vollendung der Schöpfung ruht der Schöpfer einen Tag lang.

Der zweite Schöpfungsbericht beginnt mit der Aufzählung von den Dingen, die vor der Schöpfung noch nicht da waren, um den Zustand des Nichts zu erklären. Als erstes Element taucht die Feuchtigkeit auf, die den Boden tränkt. Daraus wird der Mensch als Mann geformt. Um lebendig zu werden, muss der Schöpfer allerdings erst Lebensatem in die Nase des Wesens blasen. Nun wird der Garten Eden mit seinen Bäumen und der dort entspringende Strom hervorgebracht. Für den Menschen werden die Tiere ins Leben gerufen, er darf sie auch benennen, nicht der Schöpfer selbst, was die Macht des Menschen über die übrige Schöpfung betont. Schließlich wird aus dem Fleisch des Mannes die Frau geschaffen, um ihm zu helfen und zu entsprechen. Der sogenannte Sündenfall, der in der Paradieserzählung dem zweiten Schöpfungsbericht folgt, erklärt die Ursache der realen Lebensumstände der Menschen, die nicht paradiesisch sind. Die Schlange und die Frau werden gleichsam als Verführer dargestellt. Die Frau will gottgleich werden, indem sie Erkenntnis erlangt. Die Scham, die die Menschen dadurch fühlen, verrät sie jedoch bei Gott und sie werden durch die Leiden des Lebens und durch den Tod bestraft. Erst jetzt benennt Adam seine Frau als Eva (Leben) und sie werden aus dem Paradies verbannt. Die späte Benennung als Eva lässt die Vermutung zu, dass erst zu diesem Zeitpunkt das Prinzip der geschlechtlichen Fortpflanzung auftritt. Da Adam und seine Frau vor dem Sündenfall noch nicht sterblich waren, mussten sie sich zuvor auch nicht vermehren. Außerdem wird an diesem Punkt der Erzählung klargemacht, dass der Mann über der Frau steht und Macht über sie hat. Einerseits, weil Adam sie erst jetzt benennt, andererseits, weil Gott explizit in der Bestrafung sagt: „Du hast Verlangen nach deinem Mann, er aber wird über dich herrschen.“[45]

Die zwei Schöpfungsberichte, die in den ersten Kapiteln der Genesis enthalten sind, weisen einige innere Widersprüche auf. Während im ersten Bericht zuerst die Umwelt erschaffen wird, und der Mensch als Ebenbild Gottes am Ende der Kosmogonie mit der Herrschaft über die Welt beauftragt wird, legt der zweite Bericht wesentlich mehr Wert auf die herausragende Stellung des Menschen. Die Welt wird für den Menschen

[45] Gen 3:16.

geschaffen, der eine besondere Beziehung zu Gott hat. Im Paradies spricht Gott mit den Menschen und interagiert, während er im ersten Schöpfungsbericht transzendent bleibt. Auch das Verhältnis von Mann und Frau zueinander, das im ersten Schöpfungsbericht als gleichwertig angesehen werden kann, wird hier durch die Entstehungsgeschichte der Frau aus dem Mann gesondert behandelt. Ebenso differenziert wird die Frage der Fortpflanzung gehandhabt. Im ersten Schöpfungsbericht wird durch Gottes Aussage, die Menschen sollen sich vermehren und die Erde bevölkern, klar, dass die Menschheit sich als Mann und Frau geschlechtlich fortpflanzen muss, um zu überleben. Im zweiten Bericht ist dies nicht von Anfang an der Fall, wie zuvor schon erwähnt. Der zweite Bericht kann ebenso als aitiologische Erzählung gewertet werden, da er schließlich darauf abzielt, die Lebensumstände der Menschen zu erklären. Außerdem verwendet dieser Schöpfungsbericht nur für die spätere Bestrafung relevante Elemente.

## Rabbinische Auslegung der Genesis

Die verschiedenen Deutungen, die die Rabbinen aus der Genesis lesen, sind ebenso vielfältig wie unterschiedlich und widersprechen sich teilweise sogar. Jede Interpretation eines Verses verfolgt eine eigene Linie und Intention und kann problemlos neben anderen, divergierenden Auslegungen stehen. Die Fülle der Interpretationen und ihre Verteilung auf so viele verschiedene jüdische Schriften, macht es unmöglich, sie in ihrer Gänze in einer Arbeit so geringen Umfangs aufzunehmen. Deshalb muss sich die hier angesprochene Auswahl auf die wichtigsten Auslegungen zu den beiden Schöpfungsgeschichten beschränken, die sich in Bereshit Rabba finden. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich neben diversen anderen Midraschim vor allem der babylonische Talmud in einigen Traktaten mit der Auslegung der Schöpfungsgeschichte in der Genesis beschäftigt[46].

Die rabbinischen Interpretationen der einzelnen Verse der Genesis, die sich in Genesis Rabba finden, verweisen häufig auf andere biblische Verse. Dies entspricht einer der 32 Interpretationsregeln von R. Elieser.[47] Der Beginn der Schöpfungsgeschichte „Am Anfang schuf Gott“[48] wird nicht zeitlich sondern metaphysisch dahin interpretiert, dass die Tora Prinzip und Endziel der Schöpfung darstellt. Die Tora bildet als Anfang aller Werke Gottes den Plan für die Erschaffung der Welt.[49] Die Verwirklichung des Gesetzes ist also die eigentliche Ursache und das Ziel der gesamten Schöpfung.[50] In der rabbinischen Tradition gehen der eigentlichen Schöpfung sechs Dinge voraus: Die Tora, der

[46] Christfried Böttrich/Beate Ego/Friedmann Eißler, Adam und Eva in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2011, S. 59.
[47] Strack/Stemberger, Talmud und Midrasch, S. 25–40: Elieser Ben Hyrkanos – kurz genannt Rabbi Elieser – war ein bedeutender jüdischer Gelehrter und Tannaït der zweiten Generation, der 90–130 n. Chr. tätig war.
[48] Gen 1:1.
[49] Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 34 f.
[50] GenRab I.1. I.7; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 38.

Thron der Seligkeit, die Patriarchen, Israel, der Tempel und der Name des Messias.[51] Die Tora und der Thron der Seligkeit wurden schon vor der Schöpfung materiell erschaffen, während die vier anderen Dinge erst konzipiert wurden, jedoch noch nicht real existierten. Diese Dinge werden jedoch als nötige Voraussetzungen für die Verwirklichung der Tora gesehen. Also gibt es im rabbinischen Verständnis schon vor Gen 1:1 materielle Schöpfung.[52] Als weiteres Ziel der Schöpfung wird die Entstehung Israels gesehen, da Israel das Volk ist, das die Erfüllung der Tora annimmt und ermöglicht. Die Absicht der Schöpfung Israels geht jeglicher anderer Schöpfung laut den rabbinischen Interpretationen zeitlich voraus.[53] Ein für die frühen Rabbinen wichtiges Prinzip der Genesis, das eng mit der Tora verknüpft ist, wird in der Wahrheit gesehen. Die göttliche Wahrheit wird als Voraussetzung zur Einhaltung der Gebote Gottes und damit zur Erfüllung der Tora angesehen.[54] Als ein weiteres wichtiges Element der Schöpfung wird der Segen Gottes genannt, der im Kontrast zum Fluch steht, der mit den Gegnern des rabbinischen Judentums in Zusammenhang gebracht wird. Mit diesen Gegnern könnten laut A. Tzvetkova-Glaser vor allem dualistisch geprägte Gruppen wie die Gnostiker oder die Markioniten gemeint gewesen sein, die die materielle Schöpfung nicht nur als unzulänglich empfanden sondern sie auch einer niederen Gottheit zuschrieben.[55]

Die Zeitangaben in der Genesis – „am Anfang“, „Tag eins“, usw. – werden in der rabbinischen Tradition als vorgesehene Reihenfolge der Schöpfung interpretiert, nicht etwa als zeitliche Abfolge, denn es wird ausdrücklich betont, dass die Schöpfung in einem einzigen Augenblick stattgefunden habe[56]. Die Tatsache, dass sowohl in Gen 1:1 als auch in Gen 1:8 etwas namens Himmel geschaffen wird, stellte die Rabbinen keineswegs vor interpretatorische Probleme. Erstens werden diese zwei Verse kaum gemeinsam ausgelegt, zweitens wird die Schöpfung des Himmelsgewölbes in Gen 1:8 als eine Art Ergänzung zur erstmaligen Schöpfung des Himmels verstanden. Außerdem besteht ja wie bereits erwähnt die Vorstellung, dass der materiellen Schöpfung eine Vorsehung Gottes vorausging, die sich in Gen 1:1 manifestiert. Gen 1:8 bezeichnet in diesem Fall also die materielle Schöpfung des Himmels[57]. Eine andere Richtung der rabbinischen Auslegung deutet auf eine Art naturphilosophische Erklärung der Verse hin. Sie besagt, dass das Gewölbe später Himmel genannt wurde, weil es aus den Elementen

[51] GenRab I.4.
[52] Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 38 f.
[53] Ebd., S. 40.
[54] Ebd., S. 41.
[55] Ebd.
[56] GenRab XII.4; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 43.
[57] Ebd., S. 54.

Wasser und Feuer bestehe[58] – Gen 1:1 wird hier also als die allgemeine Schöpfung der Elemente gesehen, während Gen 1:8 die Aufteilung der Elemente bezeichnet.[59]

Auch die Frage nach der *creatio ex nihilo* wird in Bereshit Rabba diskutiert. Ein Streitgespräch zwischen einem Philosophen und R. Gamaliel II.[60], der das Bestehen einer präexistenten Materie ausschließt, lässt die erstmalige Erwähnung einer *creatio ex nihilo* in der rabbinischen Auslegung an das Ende des 1. Jahrhundert n. Chr. datieren.[61] Jedoch wird auch die Meinung vertreten, Gott habe vor unserer bereits andere Welten geschaffen und wieder zerstört, weil sie ihm nicht gefielen. Das Einzigartige an unserem Kosmos ist, dass nach rabbinischer Auffassung sonst keine Menschen geschaffen wurden und dass Gott nur an dieser Welt Gefallen findet.[62] In der Genesis Rabba wird das Licht und der Tag mit den Gerechten, die Finsternis und die Nacht aber mit den Generationen der Sünder identifiziert[63], die Attribute der Erde in Gen 1:2 „tohu“ und „bohu“[64] werden auf die Israel feindlich gesinnten Mächte bezogen.[65] Besonders interessant ist die rabbinische Interpretation bezüglich der Schöpfung der Himmelskörper. Neben der Betonung der Wichtigkeit der Lichter als Hilfe zur Trennung von Tages- und Jahreszeiten, erklären die Rabbinen, dass Gott zwei statt einem Licht erschaffen hat, um zu verhindern, dass die Menschen ein Licht göttlich verehren würden.[66] Dies passierte gewiss in Ablehnung von bekannten Sonnenkulten.

Die rabbinischen Auslegungen, die die Schöpfung des Menschen behandeln, sind weitaus widersprüchlicher, sodass es schwierig ist, eine einheitliche rabbinische Lehre dieses Thema betreffend herauszufiltern.[67] Besonders auffällig und irritierend ist die Verwendung der Pluralform während der Menschenschöpfung des ersten Schöpfungsberichts.[68] So ist es nicht verwunderlich, dass Vertreter heterodoxer oder dualistischer Lehren hier einen Angriffspunkt fanden, wie auch in der Genesis Rabba festgehalten wurde.[69] Einerseits wird betont, dass der Gottesname zwar tatsächlich in der Pluralform vorhanden ist, andererseits wird auf Gen 1:27 verwiesen, wo es deutlich heißt: „Gott schuf also den Menschen als sein Abbild“, es könne sich also nur um einen Gott handeln. Andere

[58] GenRab IV.7.
[59] Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 55.
[60] Strack/Stemberger, Talmud und Midrasch, S. 86: Rabbi Gamaliel II. war Tannaït der zweiten Generation, Zeitgenosse und Schwager des Rabbi Elieser.
[61] GenRab I.9. X.3; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 66–71.
[62] GenRab IX.2; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 72.
[63] GenRab II.3.
[64] Siehe Fn. 44.
[65] GenRab II.16–17. XVI.4.
[66] Gen.Rab VI.1; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 82 f.
[67] Ebd., S. 87.
[68] Gen 1:26: „Dann sprach Gott: Lasst uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich.“.
[69] GenRab VIII.9, 62.

Interpretationen stellen Gott die Engel oder die Seelen der Gerechten während der Schöpfung an die Seite und rechtfertigen so die verwendeten Pluralformen.[70] Wiederum andere lassen Gott mit dem Himmel, der Erde oder sogar seinem eigenen Herzen über die Menschen beraten.[71] Laut A. Tzvetkova-Glaser sind diese gnostischen Tendenzen typisch für die frühen Midraschim, wurden jedoch später von der rabbinischen Lehre offiziell abgelehnt.[72] Die zwei verschiedenen Schöpfungsberichte in der Genesis bereiteten den Rabbinen keine Probleme. Sie nahmen eine doppelte Natur des Menschen an, eine irdische und eine himmlische, welche in den zwei Schöpfungsvorgängen identifiziert werden kann. Qualitativ bestand keinerlei Unterschied zwischen dem irdischen und dem himmlischen Menschen. Außerdem wurden die zwei Berichte als Anspielung auf die Existenz der Gegenspieler Gut und Böse, oder als Repräsentanten der ersten zwei Menschen Adam und Eva interpretiert.[73] Bezüglich der doppelten Natur des Menschen bestehen noch genauere Vorstellungen über die Aufteilung in irdische und himmlische Bereiche. Die vier himmlischen Charakteristika, die der Mensch mit den Engeln gemein hat, sind der aufrechte Gang, die Sprache, das Verständnis und die Fähigkeit, zu sehen und das Gesehene zu verstehen. Die vier irdischen jedoch, die der Mensch mit den Tieren teilt, sind die Nahrungsaufnahme, die geschlechtliche Vermehrung, das Ausscheiden von Exkrementen und die Sterblichkeit.[74]

Besonders die Sterblichkeit und die Geschlechtlichkeit des Menschen wurden in die rabbinischen Interpretationen mit einbezogen. Die Rabbinen gingen davon aus, dass die Sterblichkeit des Menschen entweder erst nach dem Sündenfall Adams und Evas eintrat, oder dass Gott die Sünde schon bei der Schöpfung vorhergesehen hatte und die Menschen deshalb schon sterblich geschaffen wurden.[75] Die Geschlechtlichkeit des Menschen ist indes stark mit der Sterblichkeit verbunden. Himmlische Wesen wie die Engel sind unsterblich und ungeschlechtlich, da sie sich ja nicht vermehren müssen um den Fortbestand zu sichern. In der Genesis Rabba finden sich einige Interpretationen, die den Menschen als ursprünglich hermaphroditisch sehen. Diese Vorstellung bezieht sich nicht nur auf die doppelt angelegte Natur, sondern explizit auf die physische Erscheinungsform. So wird die Schöpfung in Gen 1:26 als Schöpfung der gesamten Menschheit gesehen, während sich der Bericht in Gen 2:7 auf die konkrete Schöpfung von Mann und Frau bezieht.[76] Die Frau wurde nach den Rabbinen mit mehr Intellekt geschaffen als der Mann.[77] Was zuerst überraschend scheinen mag, hat jedoch den Hintergrund, dass die Frau, obwohl

[70] GenRab VIII.7, 61.
[71] GenRab VIII.3, 58–59.
[72] Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 88 f.
[73] GenRab XIV.2–4.
[74] GenRab VIII.11; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 91 f.
[75] GenRab VII.6. XIV.3. IX.3; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 97 f.
[76] GenRab VIII.1; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 109 f.
[77] GenRab XVIII.1.

sie die meiste Zeit ihres Lebens im Haus verbringt und somit nichts Neues lernen kann, trotzdem genug Verständnis und Wissen hat.[78]

Aus welchem Körperteil des Mannes die Frau erschaffen wurde, hatte ebenfalls große Bedeutung. Einerseits wird betont, dass die Rippe sich eignet, da sie verdeckt liegt und somit die Bescheidenheit symbolisiert[79], andererseits findet sich in der Genesis Rabba ein inszenierter Monolog Gottes über die Wahl des richtigen Körperteils, in dem Gott ablehnt, Eva aus dem „Kopf Adams zu machen, damit sie nicht frivol wird, aus dem Auge, damit sie nicht kokettiert, aus dem Ohr, damit sie nicht lauscht, aus dem Mund, damit sie nicht schwätzt, aus dem Herzen, damit sie nicht eifersüchtig wird“ usw., bis er zur Rippe als moralisch „einwandfreistem“ Körperteil kommt und sich dafür entscheidet.[80] Da die Frau erst als zweites Wesen erschaffen wurde, kommen auch misogyne Interpretationen in der Genesis Rabba vor.[81] So wird der Name Evas nicht nur von „Leben“, sondern auch von „Schlange“ abgeleitet, was für Sinnlichkeit und Verführung steht.[82] Ein Zusammenhang zwischen dem Sündenfall und der daraus resultierenden Sterblichkeit der Menschen mit ihrer Sexualität kann in den rabbinischen Auslegungen nur schwer ausgemacht werden. So wird die Bekleidung nach der Sünde nicht als deren Folge gesehen, sondern als Antwort auf die Begierde der Schlange, die die nackte Eva versucht hatte.[83]

## Die Genesis im Vergleich zu orientalischen und ägyptischen Schöpfungsmythen

### Orientalische Kosmogonien

Sucht man nach Gemeinsamkeiten der Genesis mit anderen Schöpfungsberichten und -vorstellungen, so wird man gleich zu Anfang fündig. In Gen 1:2 ist die Rede von chaotischen Zuständen auf der Erde, von der Finsternis und der Urflut. Vergleichbar ist diese Urflut etwa mit den Urwassern Apsu und Tiamat aus dem Enuma Elish.[84] In beiden Fällen entsteht alles aus dem Wasser, der Unterschied besteht jedoch darin, dass im Enuma Elish die Wasser selbst göttliche Wesen sind, in der Genesis das Wasser von Gott beherrscht wird. Marduk, der göttliche Held im Enuma Elish, muss durch einen Kampf

[78] Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 110.
[79] GenRab XVIII.2.
[80] GenRab LXXX.5; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 110.
[81] GenRab XVII.8: Hier wird unter anderem aufgezählt, dass Frauen laut sprechen und übel riechen, da sie aus Knochen und Fleisch geschaffen wurden und nicht aus Erde, wie der Mann.
[82] GenRab LXXX.2; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 111.
[83] GenRab LXXXV.2; Tzvetkova-Glaser, Pentateuchauslegung, S. 112.
[84] Als Enuma Elish wird die babylonische Schöpfungsgeschichte bezeichnet. Das Epos wurde auf sieben Tontafeln festgehalten und ist in Abschriften des 9. – 2. Jahrhunderts v. Chr. erhalten. Seine Entstehungszeit ist unklar, dürfte jedoch ins 12. Jahrhundert v. Chr. fallen. Enuma Elish I 3–5; Vgl. Klein, Schöpfungsmythen, S. 134.

und den Sieg über das Urwasser die Schöpfung von Himmel und Erde einleiten[85]. Recht ähnlich kann die Genesis gedeutet werden. Gott muss ebenfalls das Urwasser verdrängen, um unseren Kosmos erschaffen zu können. Das Bild einer überfluteten Ebene, die dann langsam fruchtbares Land zur Bebauung freigibt, hält E. Zenger für einen Vergleich mit jährlich überschwemmten Flusstälern wie in Ägypten oder Mesopotamien[86]. Ähnliche Prinzipien finden wir ebenfalls in ägyptischen Schöpfungsmythen, in denen das Urwasser der Ursprung alles Lebenden ist,[87] sowie auch bei Thales von Milet, der das Wasser als einziges Grundprinzip annimmt.[88] Das Prinzip des Chaos vor der Entstehung der Welt taucht sowohl in der Theogonie des Hesiod auf[89], als auch wiederum im Enuma Elish[90]. Auffällig ist ebenfalls die ähnliche Abfolge der Schöpfung in der Genesis sowie im Enuma Elish. Zuerst gibt es das Chaos, dann das Licht, dann den Himmel, dann das trockene Land, dann die Himmelskörper Sonne, Mond und Sterne, dann folgt in der Genesis, nicht jedoch im Enuma Elish die Schöpfung der Tiere, schließlich wiederum in beiden Geschichten die Schöpfung des Menschen.[91] Am Ende ruhen die Götter bzw. Gott. Die deutlichen Parallelen zwischen den orientalischen und dem jüdischen Schöpfungsbericht lassen wohl eine gemeinsame Quelle oder eine mehr oder weniger direkte Einflussnahme annehmen. Auffällig ist hierbei, dass die deutlichsten Entsprechungen, vor allem mit dem Enuma Elish, aus der Literatur der nachexilischen Zeit, also aus der Priesterschrift stammen.

Der sogenannte jahwistische Schöpfungsbericht[92] scheint in Palästina selbst entstanden zu sein, oft wird dem Autor eine nomadische oder halbnomadische Lebensweise zugeschrieben. Beweise dafür werden im Text der Schöpfungsgeschichte gesucht. Als ein deutlicher Hinweis wird die Tatsache gesehen, dass trockenes, wüstes Land durch Wasser und vor allem durch den Menschen bebaubar und belebbar gemacht wird.[93] Das Meer spielt in dieser Passage der Genesis keine Rolle, auch Meerestiere werden nicht erwähnt. Die Lokalisierung des Gartens Eden „im Osten“[94] lässt einerseits die Annahme zu, dieser läge einer Oase gleich in der syrisch-arabischen Wüste, andererseits könnte damit auch Mesopotamien selbst gemeint sein. Der zweite Vorschlag wird gestützt durch die genaue

[85] Enuma Elish IV 93–102; Klein, Schöpfungsmythen, S. 141.
[86] Zenger/Fabry/Braulik, Einleitung, S. 89.
[87] Ähnlichkeiten finden sich vor allem bei dem Schöpfungsmythos des Ptah. Vgl. Klein, Schöpfungsmythen, S. 85 ff.
[88] Vgl. Aristot. metaph. 983b20f.; Hippol. Haer. I,1; Diog. Laert. Lebensbeschreibungen der Philosophen I,27.
[89] Hes. theog. 115–120.
[90] Enuma Elish I 1–9; Vgl. Klein, Schöpfungsmythen, S. 134.
[91] Enuma Elish IV 135 – V 65. VI 5–8. 35; Vgl. Klein, Schöpfungsmythen, S. 142–145.
[92] Gen 2:4–2:5.
[93] Gen 2:6.
[94] Gen 2:7.

Bestimmung des Gartens über die Erwähnung der Flüsse Euphrat und Tigris.[95] Das Paradies läge nun also an den Quellen dieser Ströme, im gebirgigen Norden Mesopotamiens, der auch für die Mesopotamier selbst immer in enger Verbindung mit dem Ursprung der Götter und deren Wohnsitz auf Erden stand.[96] Weitere Ähnlichkeiten des jahwistischen Berichts mit mesopotamischen Vorstellungen finden wir bei der Erschaffung des Menschen, im zweiten Schöpfungsbericht der Genesis aus Lehm, in einem leider nicht vollständig erhaltenen und deshalb schwer zu interpretierenden Text über die Schöpfung durch die Göttin Mami, einer Schöpfer- und Geburtsgottheit des Atrahasis-Epos[97] aus Blut unter Beigabe von Lehm.[98] Laut A. Caquot lässt sich auch bei der Erschaffung der Eva aus der Rippe Adams eine Brücke ins Zweistromland schlagen. Die Wörter „Rippe“ und „Leben“ besitzen im Sumerischen dasselbe Ideogramm und werden gleich ausgesprochen, deshalb scheint es nur logisch, dass das Leben aus der Rippe entstehen muss.[99] Jedenfalls sind die Ähnlichkeiten, die der jahwistische Schöpfungsbericht mit den orientalischen Pendants aufweist, wesentlich geringer und alles in allem weitaus spekulativer als die, die der Priesterschrift zu entnehmen sind. Die jahwistischen Berichte stammen aus der Zeit vor dem babylonischen Exil und rezipierten orientalische Elemente weit weniger deutlich als die Priesterschrift, die erst nach dieser Zeit entstand. Es ist anzunehmen, dass die jüdischen Gelehrten im babylonischen Exil direkten Kontakt mit mesopotamischer Literatur und Kultur im Allgemeinen hatten und diese eben in ihren Schriften verarbeiteten. Die Gemeinsamkeiten treten ebenfalls in der Fluterzählung auf, die sich im Gilgamesh-Epos, im Atrahasis-Epos sowie auch in der Genesis fast gänzlich gleicht.

## Die Fluterzählung

Die Fluterzählung, auf die ich nun näher eingehen möchte, hat auf den ersten Blick zwar nicht viel mit den eigentlichen Schöpfungsgeschichten der Genesis zu tun, jedoch bildet sie in gewisser Weise einen Endpunkt der ersten, fehlerhaften Schöpfung und bietet so auch einen Neuanfang für die Welt und das Leben auf ihr. Deshalb wird sie in der

[95] Gen 2:1–10: Die zuerst erwähnt Flüsse Pishon und Gihon können aus heutiger Sicht nicht mehr genau lokalisiert werden.

[96] Klein, Schöpfungsmythen, S. 214 f.: Die erwähnte Stelle Gen 2:1–10 trägt nicht zur Erzählung des Schöpfungsberichts bei und könnte auch ausgelassen werden. Deshalb vermutet A. Caquot, dass es sich hierbei um einen Einschub aus späterer Zeit handeln könnte, der eine mesopotamische Überlieferung über die geographische Lagebestimmung des Weltenursprungs, sowie eine kosmologische Vorstellung der Welt als einer vom Weltozean umgebenen Insel transportiert.

[97] Tikva Frymer–Kensky, The Atrahasis Epic and Its Significance for Our Understanding of Genesis 1–9, in: *The Biblical Archaeologist* 40 (1977), S. 147–155, hier S. 147: Das akkadische Atrahasis-Epos (ca. 1700 v. Chr.) erzählt die Geschichte der Schöpfung der Menschen bis nach der großen Flut.

[98] Klein, Schöpfungsmythen, S. 132 f.

[99] Ebd., S. 216: Im gleichen Zug gesteht A. Caqout jedoch ein, dass sich in Mesopotamien kein vergleichbarer Mythos über die Entstehung eines Menschen aus einer Rippe findet.

Einteilung der Genesis ebenso zur Urgeschichte gezählt wie die vorhergehenden Schöpfungsberichte.[100] Außerdem spielt das Wasser wiederum eine bedeutende Rolle, aus dem ja zu Anfang alles entstanden war. Nach der Flut kann die Welt und das Leben auf ihr ein zweites Mal aus dem Wasser erstehen. Deshalb und wegen der verblüffenden Parallelen zu orientalischen Schöpfungsmythen wird diese Erzählung in die Ausführungen eingeschlossen.

Der Bericht von Noah und der Sintflut taucht in drei verschiedenen orientalischen Mythen auf. Einerseits in der sumerischen Fluterzählung, die jedoch äußerst fragmentarisch überliefert und gesondert gesehen nicht zu interpretieren ist,[101] andererseits im Gilgamesh und im Atrahasis-Epos. Im Gilgamesh-Epos scheint der Bericht über die große Flut zwar größtenteils mit dem in der Genesis übereinzustimmen, jedoch könnten der Kontext und die Intention der Erzählung unterschiedlicher nicht sein. Gilgamesh findet auf seiner Suche nach Unsterblichkeit seinen Ahnen Utanapishtim, der nach der großen Flut, die nur seine Frau und er überlebt hatten, unsterblich gemacht wurde. Utanapishtim erzählt in der Ich-Form, der Grund für die Flut wird nicht berichtet.[102] Also kann man festhalten, dass die Fluterzählung im Gilgamesh-Epos zwar ohne Zweifel auftaucht, sie jedoch schwer mit der Erzählung in der Genesis zu vergleichen ist, da die Quintessenz der biblischen Flut – der Niedergang der Welt und der Menschheit, die gerechte Strafe Gottes und die Neuordnung der Welt – im Gilgamesh-Epos keine Rolle zu spielen scheint. Etwas anders verhält sich die Fluterzählung im Atrahasis-Epos. Die Menschen, von den Göttern geschaffen, um ihnen Arbeit abzunehmen, werden ihren Schöpfern durch ihre Vielzahl zu laut.[103] Die Götter stören sich an den Menschen und wollen sie deshalb durch die Flut vernichten, nachdem sich das Problem durch Krankheit, Dürre und Hunger nicht lösen ließ.[104] Enki, der Gott der Weisheit, verrät Atrahasis vom Plan der Götter, indem er im Schlaf zur Wand seiner Schilfhütte spricht und heißt ihn eine Arche zu bauen. Nach der Flut bereuen die Götter ihre Tat und sehen ein, dass sie die Menschen brauchen. Atrahasis opfert den Göttern und die Göttin Nintu bringt neue

[100] Zenger/Fabry/Braulik, Einleitung, S. 69.
[101] Samuel Kramer, The Sumerian Deluge Myth. Reviewed and Revised, in: *Anatolian Studies* 33 (1983), S. 115–121, hier S. 116 f.: In dieser ältesten bekannten Fassung der Fluterzählung (ca. 2000 v. Chr.) wird der überlebende Held Ziusudra genannt. Er wird ebenfalls vor der Flut informiert und nachher vergöttlicht. Durch die fragmentarische Überlieferung – nur der untere Teil der Tontafel blieb erhalten – sind weitere Details nicht zu rekonstruieren.
[102] Frymer-Kensky, Atrahasis Epic, S. 147–155: Frymer-Kensky vermutet, dass Utanapishtim die Gründe für die von den Göttern ausgelöste Flut einerseits nicht kennt, sie ihm andererseits als irrelevant erscheinen, da er die Geschichte nicht um ihrer selbst willen erzählt, sondern um davon zu berichten wie er unsterblich wurde und warum Gilgamesh nicht auf die gleiche Weise unsterblich werden kann. Der Bericht über die Flut befindet sich auf der 11. Tafel des Gilgamesh-Epos (XI, 9–206).
[103] Atrahasis I 352 f.; Vgl. Frymer-Kensky, Atrashasis Epic, S. 149.
[104] Ebd.

Geschöpfe hervor, unter anderem auch Frauen, die unfruchtbar sind, um einer erneuten Überbevölkerung vorzubeugen.[105]

In der Genesis sowie im Atrahasis-Epos ist die Flut die Antwort auf ein ernsthaftes Problem, das die von den Göttern bzw. von Gott geschaffenen Wesen auslösen – einerseits die Sünden der Menschheit, andererseits die Überbevölkerung an sich – und nach der Flut dauerhaft gelöst werden kann. Dass die Fluterzählung der Genesis nichts mit einer Überbevölkerung der Erde zu tun hat weist sich als grundlegender Unterschied der beiden Erzählungen aus und ist deutlich erkennbar an dem Ausspruch Gottes direkt nach der Flut: „Dann segnete Gott Noah und seine Söhne und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, vermehrt euch und bevölkert die Erde!“.[106] Dies wiederholt eindeutig die ursprüngliche Anweisung an die Menschen in Gen 1:28: „Gott segnete sie und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch und herrscht über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die sich auf dem Land regen.“[107] T. Frymer-Kensky vermutet hinter der wiederholten Aufforderung an den Menschen sich zu vermehren und die Erde zu besiedeln eine bewusste Abgrenzung der Genesis vom Atrahasis-Epos.[108]

Eine deutliche Parallele ist die erste Handlung, die die „Fluthelden“ nach der Katastrophe tätigen – sie opfern den Göttern bzw. Gott, daraufhin werden die neuen Gesetze, Regeln und Lebensumstände bekanntgegeben. Diese durchaus auffälligen Ähnlichkeiten der verschiedenen Schilderungen der großen Flut, lassen durchaus die Vermutung zu, sie könnten auf eine gemeinsame Quelle zurückgehen.

## Ägyptische Kosmogonien

Mit den ägyptischen Schöpfungsvorstellungen scheint die Genesis auf den ersten Blick nicht allzu viel gemein zu haben. Vor allem bei der Betrachtung der memphitischen Theologie aber, findet man doch einige wichtige Gemeinsamkeiten, die weniger formal als theologisch sind. Diese Übereinstimmungen finden sich in ähnlicher Form auch in anderen ägyptischen Kosmogonien, um jedoch allzu großer Verwirrung vorzubeugen, werden die Ausführungen auf die memphitische Theologie beschränkt.

Die Entstehung der Theologie von Memphis, die ihrerseits schon eine synkretisierte Form anderer ägyptischer Schöpfungsmythen – vor allem die sogenannten Neunheit von

[105] Atrahasis III vii 1; Vgl. Frymer-Kensky, Atrashasis Epic, S. 149.
[106] Gen. 1:9.
[107] Eine abermalige Wiederholung der Aufforderung Gottes findet in Gen 9:7 statt: „Seid fruchtbar und vermehrt euch; bevölkert die Erde und vermehrt euch auf ihr!“.
[108] Frymer-Kensky, Atrashasis Epic, S. 150.

Heliopolis hatte wohl großen Einfluss – darstellt, wird durch den Schabaka-Stein[109] in die 18. oder 19. Dynastie datiert. Auffällig ist dabei vor allem, dass Ptah-Tatenen[110], als Schöpfergott und selbsterschaffener Demiurg, die Welt durch Herz und Zunge erschafft. Das heißt, es existiert wie in der Genesis eine Schöpfung durch das Wort. Allerdings spielt hier auch das Herz, respektive Geist und Verstand eine Rolle, Ptah muss also überlegen bevor er spricht und dadurch erschafft. Ptah, der synkretistisch unter anderem mit dem Töpfergott Chnum verschmolzen wurde, wird auch als Handwerker bei der Schöpfung beschrieben, wie er den Pharao aus Metall gießt oder ihn zumindest mit den Lebensfarben bemalt.[111] Chnum selbst wird zugeschrieben, dass er alles Lebendige auf der Töpferscheibe anfertige und es mit Lebenssamen durchknete.[112] Obwohl das Rohmaterial, aus dem alles Fleisch entsteht, nie explizit genannt wird, kann man wohl durch die Art und Weise des Herstellungsprozesses annehmen, dass es sich um eine Art Ton handeln dürfte. Diese Vorgehensweise lässt sich formal durchaus mit der Erschaffung des Adam aus dem Ackerboden vergleichen, dem Gott ebenso nach seiner Entstehung noch den Lebensatem einflößen muss, um ihn menschlich und vor allem lebendig zu machen.[113] Ptah wird als alleiniger Schöpfergott beschrieben, der selbst jedoch einen Anfang hat, da er sich selbst, ohne Eltern, erschaffen hatte. In einem Hymnus auf den Weltschöpfer Ptah[114] wird wiederholt betont, dass Ptah selbst keinen Schöpfer hatte. Außerdem wird seine Existenz vor Himmel und Erde erwähnt, weiters die Schöpfung durch den Verstand, das Wort und schließlich durch die Hände des Gottes. Überdies wird berichtet, dass zuerst das Chaos herrschte und dann alles aus dem Urwasser entstand, was wiederum an die Genesis erinnert. Hier wird ebenso die Präexistenz der Urflut gelehrt.

Die geplante Schöpfung ist also augenscheinlich eine große Gemeinsamkeit, die sich die ägyptischen Schöpfungsmythen und die Genesis teilen. Zwar ist das Ziel des Plans jeweils ein ganz anderes, im ägyptischen Verständnis wurde die Welt und alles Leben in

---

[109] Schabaka Stein, British Museum, London, [http://www.britishmuseum.org/explore/highlights/highlight_objects/aes/t/the_shabako_stone.aspx] eingesehen 5.10.2011: Der Schabaka-Stein, auch Denkmal memphitischer Theologie genannt, befindet sich heute im British Museum in London (Inv.nr. EA 498) und ist das wichtigste Dokument die memphitische Theologie betreffend. Trotz späterer Verwendung als Mühlstein und Uneinigkeit über die eigentliche Lesrichtung der Inschrift konnte der Stein selbst in die 25. Dynastie datiert werden – etwa 710 v. Chr. – der Text bezeichnet sich selbst jedoch als Kopie eines älteren Papyrus. Die Frage, ob eine frühere Datierung eines möglichen Originaltextes zulässig ist oder ob es sich hierbei um die ursprüngliche Form eines Propagandatextes der 25. Dynastie handelt ist bis heute nicht geklärt. E. Klein (Übers.), Die Schöpfungsmythen. Ägypter, Sumerer, Hurriter, Hethiter, Kanaaniter und Israeliten, Quellen des Alten Orients 1 (Darmstadt 1977) 83: Die ursprüngliche Fassung auf dem verlorenen Papyrus wird in die 5. Dynastie datiert, also etwa 2500 v. Chr.

[110] Klein, Schöpfungsmythen, S. 47: Ta-tenen bedeutet etwa „die Erde, die sich hebt“, Ptah „Der Bildhauer“.

[111] Ebd.

[112] Ebd., S. 61.

[113] Gen 2:7.

[114] Klein, Schöpfungsmythen, S. 85–87: Papyrus Nr. 3048 aus dem Berliner Museum; Handschrift aus der Zeit Ramses IX. (um 1100 v. Chr.), der Originaltext entstammt einem langen Ritualhymnos, der nach 1400 v. Chr. verfasst wurde. Dieselben Charakteristika werden dem Ptah auf einer Urkunde aus dem Tempel von Edfu zugeschrieben (3. – 1. Jahrhundert. v. Chr.).

ihr für die Menschen geschaffen, im rabbinischen Verständnis der Genesis dient die gesamte Schöpfung nur der Verwirklichung der Tora, doch die Tatsache, dass ein einziger Gott mit einem deutlichen Ziel vor Augen den gesamten Kosmos erschafft, ist meiner Meinung nach doch recht ähnlich. Natürlich ergeben sich auch im Kontext der ägyptischen Schöpfungsvorstellungen deutliche Unterschiede zur Genesis, allein durch die Divergenz der Mono- bzw. der polytheistischen Vorstellungen, doch einige der grundlegenden Elemente scheinen sich doch zu gleichen. Ein Schöpfergott kann durch sein Wort den Kosmos erschaffen, dabei verfolgt er einen Plan und ein Ziel. Vor der eigentlichen Schöpfung gibt es das Chaos und eine Art von Urwasser. Der Mensch wird handwerklich geformt und besteht aus natürlichem Material, Ton oder Erde, der Schöpfer muss ihm jedoch zusätzlich zu seinem Körper noch die Lebensenergie einhauchen. Außerdem wird der Mensch dem Abbild Gottes nachgebildet.[115]

## Schluss

Nach dem Vergleich der Genesis als jüdische Kosmogonie mit den Schöpfungsmythen der Ägypter und den altorientalischen Erzählungen lassen sich auf den ersten Blick viele Gemeinsamkeiten, vor allem in Form der verwendeten Elemente, feststellen. Auch die gegenübergestellten Fluterzählungen zeugen von einer überraschenden Gleichmäßigkeit in ihren Details. Die Einzigartigkeit der Genesis kann, trotz der vielen Gemeinsamkeiten, die dieses Werk mit anderen Kosmogonien aufweist, jedoch eindeutig festgestellt werden. Denn was sie als Schöpfungsgeschichte der jüdischen Religion so besonders macht, sind nicht die Elemente, die sieh enthält, sondern es ist die Interpretation, die an ihr geleistet wurde und wird. Die Elemente, die in den Schöpfungsmythen verwendet werden unterscheiden sich kaum von jenen anderer Kosmogonien. Doch die rabbinische Auslegung, die in der Schöpfungsgeschichte die Erfüllung der Tora als wichtigsten Faktor ausmacht, sucht sich andere grundlegende Elemente, welche für ihre Interpretationen wichtig sind. Natürlich ist es nicht ungewöhnlich, dass einiges an Rückprojektion aus der eigenen Erfahrungswelt stattfand, so zu sehen am tageweisen Schaffen mit dem Sabbat als absolutem Ruhetag und dessen Beginn am Vorabend. Doch nicht nur dieses recht plakative Beispiel eines bekannten jüdischen Gebotes wird der Genesis entnommen. Auch andere Gebote/Mitzwot werden aus diesem Buch übernommen.[116] Die wohl bemerkenswerteste Eigenheit des jüdischen Schöpfungsberichts

[115] Klein, Schöpfungsmythen, S. 96.

[116] Dabei finden sich die Gebote nicht nur in den beiden Schöpfungsgeschichten sondern in der gesamten Genesis: Gen 1:28: „Seid fruchtbar und mehret euch“; 9:4: Hier wird erstmals erwähnt, dass Tiere geschächtet werden müssen: „Nur Fleisch, in dem noch Blut ist, dürft ihr nicht essen.“; 17:10–14.: Hier liegt der Grundstein zur Beschneidung/Brit Mila; Gott geht einen Bund mit Abraham ein, der durch die Zirkumzision besiegelt werden soll: „Das ist mein Bund zwischen mir und euch samt deinen Nachkommen, den ihr halten sollt: Alles, was männlich ist unter euch, muss beschnitten werden. Am Fleisch eurer Vorhaut müsst ihr euch beschneiden lassen. Das soll geschehen zum Zeichen des Bundes zwischen mir und euch. Alle männlichen Kinder bei euch müssen, sobald sie acht Tage alt sind, beschnitten werden in jeder eurer Generationen, seien

findet man jedoch in der Person Gottes selbst. Bei all den vielen Gemeinsamkeiten, die formal und inhaltlich mit anderen Schöpfungsmythen bestehen, ist der Genesis ein Gott zu eigen, der einzig ist, unendlich, vollkommen und gerecht. Blickt man wiederum auf das Enuma Elish oder die ägyptischen Kosmogonien, so sind die Götter selbst teil des Kosmos, sie mussten selbst entstehen. Außerdem sind sie stark vermenschlicht, sie streiten, sind neidisch, haben Angst und Begierden. Die Urgewalten, die in den orientalischen und auch in den ägyptischen Kosmogonien noch durch Götter repräsentiert werden, finden sich in der Genesis vergeistlicht wieder, genauso wie das Handeln Gottes. Gott ist in der Genesis nur Schöpfer, er steht außerhalb des Werdens und des Vergehens, außerhalb des Systems der Geschöpfe.[117]

## Quellen

Aristoteles, Metaphysik. Schriften zur ersten Philosophie, hrsg. v. Franz Schwarz, Stuttgart 1993.

Atra-hasis. The Babylonian Story of the Flood, Lambert, hrsg. v. George Wilfred/Alan Ralph Millard, Oxford 1969.

Das Gilgamesch-Epos, hrsg. v. Stefan Maul, München ²2005.

Die Bibel in der Einheitsübersetzung, Das Buch Genesis, LFU Innsbruck, zuletzt aktualisiert am 23.9.2009, [http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/bibel/], eingesehen 13.10.2011.

Die Schöpfungsmythen. Ägypter, Sumerer, Hurriter, Hethiter, Kanaaniter und Israeliten, (Quellen des Alten Orients 1) hrsg. v. Elisabeth Klein, Darmstadt 1977.

Diogenes Laertius, Lives of Eminent Philosophers, hrsg v. Robert Drew Hicks, London 1925.

Der Midrasch Bereschit Rabba. Das ist die haggadische Auslegung der Genesis, hrsg. v. August Wünsche, Leipzig 1881.

Enuma Elish. The Seven Tablets of Creation, hrsg. v. King, Leonard William, New York 2010.

sie im Haus geboren oder um Geld von irgendeinem Fremden erworben, der nicht von dir abstammt Beschnitten muss sein der in deinem Haus Geborene und der um Geld Erworbene. So soll mein Bund, dessen Zeichen ihr an eurem Fleisch tragt, ein ewiger Bund sein. Ein Unbeschnittener, eine männliche Person, die am Fleisch ihrer Vorhaut nicht beschnitten ist, soll aus ihrem Stammesverband ausgemerzt werden. Er hat meinen Bund gebrochen.“; 32:33: Hier wird das Gebot beschrieben, man solle nicht die Sehne des Oberschenkels essen: „Darum essen die Israeliten den Muskelstrang über dem Hüftgelenk nicht bis auf den heutigen Tag; denn er hat Jakob aufs Hüftgelenk, auf den Hüftmuskel geschlagen.“ Deshalb darf das Hinterviertel von Tieren nur dann gegessen werden, wenn beim Schächten der Ischiasnerv und die mit ihm verbundenen Blutgefäße entfernt worden sind.

[117] Klein, Schöpfungsmythen, S. 227 f.

Hippolytos, Widerlegung aller Häresien, hrsg. v. Konrad Preysing, München 1922.

## Literatur

Böttrich, Christfried/Ego, Beate/Eißler, Friedmann, Adam und Eva in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2011.

Frymer-Kensky, Tikya, The Atrahasis Epic and Its Significance for Our Understanding of Genesis 1–9, in: *The Biblical Archaeologist* 40 (1977), S. 147–155.

Goldberg, Pesach, The Linear Chumash. Bereshis, New York 1987.

Koch, Klaus, P – Kein Redaktor! Erinnerung an 2 Eckdaten der Quellenscheidung, in: *Vetus Testamentum* 37 (1987) Heft 4, S. 446–467.

Kramer, Samuel, The Sumerian Deluge Myth. Reviewed and Revised, in: *Anatolian Studies* 33 (1983), S. 115–121.

Oppenheimer, John F., Lexikon des Judentums: s. v. Agada, Halacha, Midrasch, Parascha, Peticha, Seder, Gütersloh-Berlin-München-Wien 1971².

Schmitt, Hans Ch., Arbeitsbuch zum Alten Testament, Göttingen 2005.

Stemberger, Günter, Midrasch. Vom Umgang der Rabbinen mit der Bibel. Einführung – Texte – Erläuterungen, München 1989.

Strack, Hermann L./Stemberger, Günter, Einleitung in Talmud und Midrasch, München [7]1982.

Tzvetkova-Glaser, Anna, Pentateuchauslegung bei Origenes und den frühen Rabbinen, Frankfurt 2010.

Wellhausen, Julius, Prolegomena zur Geschichte Israels, Berlin 1883.

Zenger, Erich/Fabry, Heinz-Josef/Braulik, Georg, Einleitung in das Alte Testament, Stuttgart [3]1998.

**Stephanie Sitz** ist Studentin der Alten Geschichte an der Universität Innsbruck. Stephanie.Sitz@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Stephanie Sitz, Die Genesis in rabbinischer Auslegung und ihr Verhältnis zu anderen Schöpfungsmythen, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 373–394, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

# Rubrik Varia

historia.scribere

# Die Umsetzung der Thun-Hohensteinschen Universitätsreform an der Universität Innsbruck (1849–1860)

**Christof Aichner**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: ao.Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Gunda Barth-Scalmani

eingereicht im Semester: WS 2012/13

Rubrik: Varia

**Abstract**

**The Implementation of the University-Reforms of Leo Thun-Hohenstein at the University of Innsbruck**

The paper is an outline of my dissertation. The thesis addresses the reform of the Austrian educational system following the revolution of 1848 named after Minister Leo Thun-Hohenstein and its implementation at the University of Innsbruck. The present paper focuses on the main goals of the dissertation and presents the central sources.

## Thematische Einführung

Die Universität als Stätte von wissenschaftlicher Lehre und Forschung befindet sich seit geraumer Zeit in einem Umwälzungsprozess, der ihre Aufgaben, ihr Selbstverständnis und ihr Erscheinungsbild stark verändert hat bzw. noch weiter verändern wird. Eine ähnlich tiefgreifende Neuordnung der Hochschulen hat es in Österreich – mit Ausnahme der großen Firnberg-Reform in den 1970er Jahren – seit der Thun-Hohensteinschen Universitätsreform nicht gegeben.

Die Neugestaltung durch den Minister für Kultus und Unterricht Leo Thun-Hohenstein (1849–1860) in der Folge der Revolution von 1848 hat die moderne Universität in Österreich geschaffen und zentrale Elemente wie Lehr- und Lernfreiheit, Einheit von Lehre

und Forschung nach preußischem Vorbild grundgelegt. Ein zentrales Element der Universitätsreform war die Neugestaltung der philosophischen Fakultäten. Diese wurden von ihrem Charakter als Vorbildungseinrichtungen für die Studien an den übrigen Fakultäten (Theologie, Jurisprudenz und Medizin) befreit und die dort beheimateten Studien erhielten den Status eigenständiger Disziplinen. Damit wurde der Aufstieg der geisteswissenschaftlichen Fächer ermöglicht. Gleiches geschah mit den Naturwissenschaften – ebenfalls unter dem Dach der philosophischen Fakultät. Verbunden war diese Aufwertung der philosophischen Fakultät mit einer gleichzeitigen Verlängerung des Gymnasiums auf acht Jahre. Den Gymnasien kam nun die Aufgabe der Vorbereitung auf das Universitätsstudium zu.[1] Die Verwaltung der Universitäten wurde in die Hände der Professoren gelegt, die Studiendirektoren abgesetzt.

Diese liberalen Reformen des Bildungswesens und die gewährten Freiheiten für die Universitäten ermöglichten einen Aufschwung der Wissenschaft in Österreich und beendeten eine jahrzehntelange Stagnation in der Entwicklung der Hochschulen der Habsburgermonarchie.[2] Einen solchen Aufschwung zu ermöglichen, war ein Ziel Leo Thuns gewesen, gleichzeitig wollten der Minister und seine Mitstreiter auch den Bildungsauftrag der Gymnasien und Universitäten stärken und die österreichische Jugend zu treuen Bürgern des Staates erziehen und damit eine neuerliche Revolution wie 1848 verhindern. Die österreichischen Universitäten und die Wissenschaften im Allgemeinen sollten daher stark im katholischen Glauben verwurzelt werden. Ziel dieser Maßnahme war es auch, ein Gegengewicht zu den protestantischen Ländern zu etablieren, unter denen Preußen seit den Reformen durch Wilhelm von Humboldt einen rasanten wissenschaftlichen Aufschwung vollzogen hatte.

## Zentrale Fragestellungen und Zielsetzung

Im Mittelpunkt des Dissertationsvorhabens steht die Untersuchung der Umsetzung der Thunschen Reformen an der Universität Innsbruck (1849–1860). Dabei sollen Planung, Umsetzung und Folgen der Reform am Beispiel dieser Universität umfassend untersucht werden. Erstmals wird dabei auch auf den Nachlass von Leo Thun[3] eingegangen.

Die Innsbrucker Universität bestand 1848 aus zwei Fakultäten: einer Juridischen und einer Philosophischen. Angeschlossen, wenngleich nicht eigentlicher Teil der Universität, war ein medizinisch-chirurgisches Studium. Ein Eckpfeiler der Thunschen Reform

[1] Für einen prägnanten Überblick über die Reformen siehe zuletzt Walter Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, hrsg. v. Rüdiger vom Bruch, München 2010, S. 93–108.
[2] Vgl. dazu Walter Höflechner, Österreich: Eine verspätete Wissenschaftsnation?, in: Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, hrsg. v. Karl Acham, Bd. 1, Wien 1999, S. 93–114.
[3] Der Nachlass von Leo Thun liegt im Staatsarchiv Děčín. Mikrofilmkopien des Nachlasses werden auch im Österreichischen Staatsarchiv aufbewahrt.

war die Aufwertung der philosophischen Fakultät zu einer vollwertigen und eigenständigen Fakultät. In der Arbeit soll untersucht werden, welche bildungspolitischen und pädagogischen Vorstellungen hinter dieser Maßnahme steckten und welche Probleme die Aufwertung der philosophischen Fakultät mit sich brachte.

Eine wichtige Facette der Reform war die Personalpolitik von Leo Thun. In der Literatur[4] zur Reform wird stets betont, dass Leo Thun großen Wert darauf legte, möglichst konservative und zugleich wissenschaftlich hervorragende Professoren für die österreichischen Universitäten zu gewinnen und dazu das Recht der Universitäten, selbst die Professoren zu wählen, vielfach missachtet. Am Beispiel der Innsbrucker Universität soll die Berufungspolitik eingehend analysiert werden. Dabei wird untersucht, wie stark Leo Thun tatsächlich in die Berufungspolitik an den Universitäten eingriffen hat und inwieweit sich die bisherigen Urteile, welche sich überwiegend aus den Untersuchungen einiger prominenter Beispiele ableiteten, für eine gesamte Universität bestätigen lassen. Im Zusammenhang mit der Personalpolitik wird auch auf Thuns Beraternetzwerk eingegangen. Thun informierte sich nämlich vor anstehenden Berufungen eingehend über mögliche Kandidaten. Gleichzeitig soll untersucht werden, inwieweit man anhand der Berufungspolitik des Ministers auch Rückschlüsse auf den Stellenwert der Innsbrucker Universität im System der österreichischen Universitäten ziehen kann, frei nach dem Urteil des Publizisten Karl Emil Franzos, der – freilich zu einer späteren Zeit – schrieb, dass viele junge Gelehrte zunächst „zu einigen Jahren Czernowitz verurteilt und dann zu Innsbruck begnadigt“[5] werden würden. Vergleiche zu Thuns Berufungspolitik an anderen Universitäten sollen in begrenztem Maße eingesetzt werden, um das gewonnene Bild zu ergänzen. Nicht zuletzt bietet sich auch ein Vergleich zur Personalpolitik des preußischen Ministerialbeamten Friedrich Althoff (System Althoff[6]) am Ende des 19. Jahrhunderts an.

Im Hinblick auf die Berufungspolitik ist die Innsbrucker Universität zudem ein lohnendes Untersuchungsobjekt, weil es Pläne gab, der Universität innerhalb der österreichischen Hochschulen eine herausragende Position zu verschaffen.[7] In Tirol, als Hochburg des katholischen Glaubens[8], sollte nämlich eine Hochschule mit katholischer Prägung verwirklicht werden. Innsbruck sollte so zum Zentrum und Anziehungspunkt für

[4] Schon die grundlegende Arbeit von Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: Sitzungsberichte 239/2, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1962, S. 1–372, sah darin ein zentrales Ziel von Leo Thun.

[5] Karl Emil Franzos, Erinnerungen an Mommsen, in: *Deutsche Dichtung* 35, 1903–1904, S. 174.

[6] Bernhard Brocke, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1839–20.10.1908), in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 11 (1988) Nr. 1, S. 1–26; Stefan Rebenich/Gisa Franke, Theodor Mommsen und Friedrich Althoff. Briefwechsel 1882–1903, München 2012.

[7] Vgl. dazu die Denkschrift von Karl Ernst Jarcke vom 5. August 1849 über die Aufgaben eines österreichischen Unterrichtsministers. Abgedruckt bei Lentze, Universitätsreform, S. 295–299.

[8] Vgl. zu dieser Konstruktion zuletzt Florian Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol. Antiprotestantismus ohne Protestanten (1830–1848), in: *Geschichte und Region. Storia e Regione* 19 (2010) Nr. 2, S. 28–52.

katholische Studenten und Professoren aus dem ganzen deutschsprachigen Raum werden. In der Arbeit wird der Frage nachgegangen, inwieweit dieser Plan wirklich verfolgt wurde und welche Rolle Thun und seine Berater dabei spielten. Eine Untersuchung der Diskurse über den Sinn und die Aufgabe einer solchen Universität bietet außerdem die Möglichkeit zu fragen, welche Vorstellungen einer katholischen Wissenschaft bzw. umgekehrt einer wertfreien Wissenschaft in dieser Zeit existierten.

Die Frage Leo Thuns politischen und religiösen Vorstellungen ist ein wesentlicher Untersuchungsaspekt und bietet die Möglichkeit, die vielfach widersprüchlich wirkende Politik des Ministers und seine Vorstellungen einer katholisch geprägten Wissenschaft an einem konkreten Beispiel zu untersuchen. Gleichzeitig besteht dadurch die Chance, einen neuen Blick auf das Wirken Thuns zu werfen: einen Blick jenseits der ideologischen Spannungen, die das Bild Thuns und seiner Politik in der Geschichtsschreibung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts geprägt haben.

Neben diesen bildungs- und wissenschaftspolitischen Aspekten werden auch die Folgen der Reform für die Wissenschaften an sich untersucht, zumal ein zentrales (wenn auch implizites) Element der Reform die Integration der Forschung in die Universitäten war. Der Untersuchungszeitraum ist für diese Fragestellung zwar denkbar kurz, dennoch soll untersucht werden, ob sich Ansätze eines neuen Wissenschaftsverständnisses nachweisen lassen und wenn ja, wie sich diese äußern.

Gleichzeitig muss die Universitätsreform auch im Rahmen des Neoabsolutismus verortet werden. Denn in den letzten Jahrzehnten ist zunehmend die Perspektive diskutiert worden, diese Epoche nicht nur als reaktionäre Phase nach 1848 zu sehen, sondern auch als eine staatlich gesteuerte Reformphase.[9] Im Hinblick auf *die* Universität bedeutet das rückwirkend betrachtet, dass sie als vormalige korporative Einheit zur Staatsanstalt umgestaltet wurde und Wissenschaft und die aus der Universität hervorgehenden Absolventen mehr und mehr als Produktivkräfte angesehen wurden. Inwieweit dieser Prozess auch im untersuchten Fall der Universität Innsbruck diskursiven Widerhall gefunden hat und wenn ja, wie dieser Prozess bewertet wurde, soll ebenfalls in der Arbeit untersucht werden. Die erwähnte Perspektive, den Neoabsolutismus als Phase einer Modernisierung von oben zu betrachten, bietet eine grundsätzlich interessante Neuausrichtung – besonders auch, da sie für Entwicklungen der eigenen Zeit die Sinne schärft. Sie darf aber nicht den Blick auf die Konflikte verstellen, die 1848 sichtbar geworden sind, damals aber nicht gelöst wurden. In Bezug auf die Universität Innsbruck spielt hier besonders die Frage der Unterrichtssprache und des allmählich in die Universität getragenen Nationalitätenkonflikts ein zentrale Rolle, gerade weil ein großer

[9] Harm Hinrich Brandt, Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848–1860, Göttingen 1978. Zuletzt ausführlicher Georg Christoph Berger Waldenegg, Mit vereinten Kräften! Zum Verhältnis von Herrschaftspraxis und Systemkonsolidierung im Neoabsolutismus am Beispiel der Nationalanleihe von 1854, Wien-Köln-Weimar 2002.

Teil der Studenten in Innsbruck aus dem heutigen Trentino stammte. Eine Untersuchung der Sprachenpolitik Thuns an der Universität Innsbruck erscheint daher sinnvoll, nicht zuletzt weil Thun von Zeitgenossen und in der Historiographie mehrfach das Etikett des „Germanisators“ erhalten hatte.

Neben diesem Aspekt bietet das Dissertationsvorhaben insgesamt die Möglichkeit, aktuelle Diskurse zu Reformen im Bildungsbereich in einer historischen Entwicklung betrachten zu können und Parallelen zur heutigen Debatte herauszustreichen. Weil die Auswirkungen[10] der Reform bis weit ins 20. Jahrhundert bzw. teils bis heute wirksam sind, erlaubt die Beschäftigung mit dem Thema ein tieferes Verständnis für die aktuelle Situation an den Universitäten.

## Forschungsstand

Das Reformwerk von Leo Thun-Hohenstein ist bisher mehrfach untersucht worden. Dabei wurde auch die Korrespondenz des Ministers punktuell ausgewertet. Hervorzuheben sind die Studien von Richard Meister[11] und insbesondere die Arbeiten von Hans Lentze[12]. Gleichwohl schon älter, sind beide noch immer Standardwerke zur Thematik. Allerdings betonte Lentze selbst schon damals, nur ein grobes Bild der Reform zeichnen zu können. Viele Teilaspekte von Thuns Wirken sind seitdem unbeachtet geblieben und harren einer Bearbeitung. Der Schwerpunkt von Lentzes Betrachtung lag insbesondere auf Fragen der Universitätsorganisation. Besonders ausführlich behandelte er die Regelung der juridischen Studien. Die Personalpolitik wurde teilweise analysiert, eine genaue Untersuchung für die einzelnen Universitäten fehlt – abgesehen von der Universität Graz[13] – indes bisher.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Forschung bildete die Biografie Thuns.[14] Hier lag das Hauptaugenmerk vorwiegend darauf, das Wirken Thuns aus seiner Sozialisation zu erklären. Dabei wurde besonders Thuns Bekenntnis zu den Ideen des Reformkatholizismus und die Bekanntschaft mit dem Prager Theologen und Philosoph Bernard Bolzano und dessen Kreis behandelt.[15]

---

[10] Walter Höflechner, Die Auswirkungen politischer und kultureller Veränderungen auf Forschungsorientierung und Wissenschaftsorganisation, in: Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, hrsg. v. Karl Acham, Bd. 1, Wien 1999, S. 149–214; Johannes Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, Bielefeld 2010.

[11] Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, in: Sitzungsberichte 239/1, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1963.

[12] Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: Sitzungsberichte 239/2, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1962.

[13] Manfred Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop: Die Umsetzung der „Thun-Hohensteinschen“ Universitätsreform an der Philosophischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 2012.

[14] Als erster bereits Thuns Mitarbeiter Josef Alexander Helfert in einer Serie im Österreichischen Jahrbuch 1891–1897. Außerdem der bereits zitierte Frankfurter, Graf, S. 15–40.

[15] Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1967.

Die Betrachtung der Reform in ihrer Gesamtheit bzw. in Teilaspekten in Überblickswerken und Spezialuntersuchungen zur Universitäts- und Bildungsgeschichte folgte meist den bekannten Werken von Frankfurter, Lentze und Meister und ging nicht über deren Erkenntnisse hinaus.[16] In der jüngsten Vergangenheit entstanden allerdings mehrere Qualifikationsarbeiten, die teilweise neue Quellen benutzten und die Reformen unter anderen Aspekten untersuchten. So etwa die Dissertation von Adelheid Zikulnig[17] zur Berufungspolitik von Leo Thun, die erstmals die Majestätsvorträge Thuns an den Kaiser umfassend aufgearbeitet hat, sowie die Arbeit von Manfred Bauer[18], der die Thunsche Reform an der Universität Graz untersucht hat. Schließlich muss noch die Dissertation von Jan Surman[19] genannt werden, der im Rahmen seiner Analyse der akademischen Mobilität in der Habsburger Monarchie auch die Thunschen Reformen behandelt und dabei die Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Konstruktion des kulturellen Raums der Habsburgermonarchie untersuchte.

Hinsichtlich der Umsetzung und der Folgen der Reform an der Universität Innsbruck sind vor allem die Arbeiten von Gerhard Oberkofler und Peter Goller zu nennen.[20] Doch auch dort werden die Reformen meist knapp abgehandelt. Ausführlicher widmeten sie sich hingegen dem Wirken einzelner Personen an der Universität und der Entwicklung der verschiedenen Institute.[21] Außerdem wird die Besetzungspolitik Thuns in zwei Fällen eingehender behandelt, im Fall von Julius Ficker[22] und Anton Geyer[23]. Allerdings gilt auch hier obiges Urteil: Es fehlt eine umfassende Darstellung der Reformen in Innsbruck, zudem wurden auch hier lediglich die bekannten Briefe aus dem Nachlass von Thun bearbeitet.

Blickt man über die österreichische Forschung hinaus, so findet sich ebenfalls wenig zu dem Thema. Im Standardwerk zur Geschichte der europäischen Universitäten von Walter Rüegg[24] gibt es nur einen kurzen Abschnitt über Österreich und die Thunschen Reformen. Österreichs Universitätsgeschichte wird meist unter dem Aspekt des

[16] Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4, Wien 1986; Höflechner, Auswirkungen; Susanne Preglau-Hämmerle, Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universität, Innsbruck 1986; Zuletzt Höflechner, Eigenentwicklung.
[17] Adelheid Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein, phil. Diss. Graz 2002.
[18] Bauer, Reform.
[19] Jan Surman, The Habsburg Universities 1848–1918. A Biography of Space, phil. Diss. Wien 2012.
[20] Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), Frankfurt a. M. u. a. 1996.
[21] Gerhard Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, Innsbruck 1969; Peter Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, Innsbruck 1989.
[22] Oberkofler, Fächer, S. 15–18
[23] Gerhard Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860). Zur Grundlage des modernen Strafrechts an der Innsbrucker Rechtsfakultät, in: *Tiroler Heimat* 35 (1971), S. 127–133.
[24] Walter Rüegg (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3, München 2004.

Nachhinkens im Vormärz hinter den allgemeinen Reformbewegungen in Preußen, England und Frankreich abgetan.[25] Bezeichnenderweise finden sich in einer Untersuchung zur Rezeption des Humboldtschen Universitätsmodells in Frankreich und England auch Beispiele aus anderen europäischen Ländern, Österreich hingegen wird nicht erwähnt.[26]

Die eigene Arbeit möchte einerseits Ansätze der (neueren) Universitätsgeschichte aufgreifen, welche die Universität als Institution und soziale Gemeinschaft betrachtet und deren Interaktionen mit der Gesellschaft untersucht.[27] Gleichzeitig gibt es enge Anknüpfungspunkte zur Bildungsgeschichte sowie zur Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsgeschichte. Inwieweit auch neuere Ansätze der historischen Netzwerkforschung – insbesondere für die Bearbeitung von Thuns Beraternetzwerk – von Nutzen sein können, muss noch abschließend geklärt werden.

## Quellenlage

Die zentralen Quellen für die Dissertation lassen sich im Wesentlichen in zwei Kategorien einteilen. Die Erste umfasst Briefe an und von Leo Thun aus dessen Nachlass und aus unterschiedlichen Archiven. Außerdem gehören in diesen Bereich eine Reihe anderer privater Briefe von unterschiedlichen Personen. Dem stehen amtliche Dokumente aus dem Unterrichtsministerium, der Innsbrucker Statthalterei und der Universität gegenüber. Diese werden ergänzt durch die edierten Ministerratsprotokolle[28], Zeitungsartikel, gedruckte Erinnerungen und Tagebücher.

Der Nachlass von Leo Thun aus seiner Ministerzeit umfasst ca. 750 Briefe und Memoranden. Von diesen stehen ungefähr 90 in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit der Umsetzung der Reform in Innsbruck. Hinzu kommen Autographen von Leo Thun an Innsbrucker Professoren aus insgesamt mehr als 20 Archiven. Ergänzt werden diese durch weitere Briefe von und an Innsbrucker Professoren und andere Personen, die mit der Reform in Verbindung standen, so dass ein weitverzweigtes Briefnetzwerk rekonstruiert werden konnte.

Auf der Seite der Verwaltungsquellen ist besonders der Bestand des Ministeriums für Kultus und Unterricht im Österreichischen Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv

[25] Exemplarisch Lawrence Brockliss, The European University in the Age of Revolution 1789–1850, in: The History of the University of Oxford, hrsg. v. Michael Brock/Mark, C. Curthoys, Bd. 6, Oxford 1999, S. 77–133.
[26] Marc Schalenberg, Humboldt auf Reisen? Die Rezeption des „deutschen Universitätsmodell“ in den französischen und britischen Reformdiskursen (1810–1870), Basel 2002; Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.), Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001.
[27] Vgl. Sylvia Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, in: *N.T.M.* 19 (2011), S. 169–189.
[28] Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie (Hrsg.), Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Wien 1970–2011.

hervorzuheben. Eine umfassende Untersuchung dieser Akten hat allerdings auch mehrfach „Privatbriefe“ an Thun und Konzepte des Ministers zu Tage gefördert. Das Gegenüber des Ministeriums, die Universität, besitzt für den Untersuchungszeitraum die Akten der Fakultäten und des Akademischen Senats, die von Interesse für das Thema sind. Die Kommunikation zwischen Ministerium und Universität erfolgte über die Zentralbehörden der Tiroler Landesverwaltung, also das Jüngere Gubernium bis 1850 bzw. die Statthalterei für Tirol und Vorarlberg in der Folge. Hier wurden insbesondere die Akten des Guberniums bzw. der Statthalterei/Abteilung Studien sowie die Präsidialakten bearbeitet. Diese Bestände bieten vielfach eine wertvolle Parallelüberlieferung für Akten, die im Staatsarchiv skartiert wurden oder verloren gegangen sind.

Während die amtlichen Quellen den Blick auf das bürokratische Prozedere und die Umsetzung der Reform aus der Sicht der Verwaltung widerspiegeln, gewähren die privaten Briefe den Blick hinter die Kulissen und damit wertvolle Einblicke in verdeckte Mechanismen und Vorgänge bei der Umsetzung der Reform. Die Gruppe der Verwaltungsquellen erlaubt außerdem Einsichten in die Machtverhältnisse in der Dreiecksbeziehung zwischen Ministerium, Tiroler Zentralbehörde und Universität.

## Vorarbeiten und geplante Arbeitsschritte

Am Beginn der Arbeit (Januar 2009) stand eine ausführliche Literaturrecherche. In einem zweiten Schritt wurden die im vorigen Abschnitt genannten Quellen eruiert und bearbeitet. Die Quellen wurden in eine Datenbank eingepflegt und für die Verwendung kategorisiert und mit Schlagworten versehen. Parallel dazu wurden mögliche Themenfelder und Kapitel für die Dissertation festgelegt und in einer nach und nach verfeinerten Gliederung angeordnet.

Der Schreibprozess wurde bereits während dieser Tätigkeiten begonnen. Mit dem Abschluss der gesamten Arbeit ist im Winter 2013/14 zu rechnen.

## Kooperationen

Das Projekt ist innerhalb eines Forschungsprojektes zur Edition der Korrespondenz unter der Leitung von Brigitte Mazohl am Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie angesiedelt (http://thun-korrespondenz.uibk.ac.at). Innerhalb des Projektes wird die Korrespondenz Leo Thuns aus den Jahren seiner Tätigkeit als Minister digital und in Druck ediert. Dadurch besteht die Möglichkeit, das Dissertationsprojekt in einem größeren Rahmen und in Zusammenarbeit in einem Team aus HistorikerInnen zu bearbeiten.

Außerdem bestehen Kontakte zur Universität Wien (Mitchell Ash), der International Commission for the History of Universities (ICHU) und der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte (GWG).

## Literatur

Acham, Karl (Hrsg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, 6 Bde., Wien 1999–2006.

Bauer, Manfred, Eine Reform unter dem Mikroskop: Die Umsetzung der „Thun-Hohensteinschen“ Universitätsreform an der Philosophischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 2012.

Brandt, Harm Hinrich, Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848–1860, Göttingen 1978.

Brockliss, Lawrence, The European University in the Age of Revolution 1789–1850, in: Michael Brock/Mark Curthoys, C. (Hrsg.), The History of the University of Oxford, Bd. 6, Oxford 1999, S. 77–133.

Brocke, Bernhard, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1939–20.10.1908), in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 11 (1988) Nr. 1, S. 1–26.

Engelbrecht, Helmut, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4, Wien 1986.

Feichtinger, Johannes, Wissenschaft als reflexives Projekt, Bielefeld 2010.

Frankfurter, Salomon, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Unterrichtsreform, Wien 1893.

Franzos, Karl Emil, Erinnerungen an Mommsen, in: *Deutsche Dichtung* 35, (1903–1904).

Goller, Peter, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, Innsbruck 1989.

Helfert, Josef Alexander, Graf Leo Thun. Lehr- und Wanderjahre, in: *Österreichisches Jahrbuch* 15 (1891), S. 123–212.

Ders., Graf Leo Thun im kaiserlichen Justiz- und Verwaltungsdienst, in: *Österreichisches Jahrbuch* 16 (1892), S. 85–166.

Ders., Graf Leo Thun in Galizien, in: *Österreichisches Jahrbuch* 17 (1893), S. 57–146.

Ders., Graf Leo Thun, k. k. Gubernialpräsident in Böhmen, in: *Österreichisches Jahrbuch* 18 (1894), S. 93–185.

Ders., Graf Leo Thun, k. k. Gubernialpräsident in Böhmen, in: *Österreichisches Jahrbuch* 19 (1895), S. 137–224.

Ders., Graf Leo Thun, k. k. Gubernialpräsident in Böhmen, in: *Österreichisches Jahrbuch* 20 (1896), S. 179–254.

Ders., Graf Leo Thun, k. k. Gubernialpräsident in Böhmen, in: *Österreichisches Jahrbuch* 21 (1897), S. 1–271.

Höflechner, Walter, Die Auswirkungen politischer und kultureller Veränderungen auf Forschungsorientierung und Wissenschaftsorganisation, in: Karl Acham (Hrsg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Bd. 1, Wien 1999, S. 149–214.

Ders., Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, in: Karl Acham (Hrsg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Bd. 1, Wien 1999, S. 93–114.

Ders., Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 93–108.

Huber, Florian, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol. Antiprotestantismus ohne Protestanten (1830–1848), in: *Geschichte und Region. Storia e Regione* 19 (2010) Nr. 2, S. 28–52.

Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie (Hrsg.), Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Wien 1970–2011.

Kraus, Hans-Christof, Carl Ernst Jarcke und der katholische Konservatismus im Vormärz, in: *Historisches Jahrbuch* 110 (1990), S. 409–445.

Lentze, Hans, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Sitzungsberichte, 239/2, Wien 1962.

Meister, Richard, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Sitzungsberichte, 239/1, Wien 1963.

Oberkofler, Gerhard, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860). Zur Grundlage des modernen Strafrechts an der Innsbrucker Rechtsfakultät, in: *Tiroler Heimat* 35 (1971), S. 127–133.

Ders., Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, Innsbruck 1969.

Ders./Goller, Peter, Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), Frankfurt a. M. u. a. 1996.

Paletschek, Sylvia, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, in: *N.T.M.* 19 (2011), S. 169–189.

Preglau-Hämmerle, Susanne, Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universität, Innsbruck 1986.

Rebenich, Stefan/Franke, Gisa, Theodor Mommsen und Friedrich Althoff. Briefwechsel 1882–1903, München 2012.

Rüegg, Walter (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3, München 2004.

Surman, Jan, The Habsburg Universities 1848–1918. A Biography of Space, phil. Diss. Wien 2012.

Schalenberg, Marc, Humboldt auf Reisen? Die Rezeption des „deutschen Universitätsmodell" in den französischen und britischen Reformdiskursen (1810–1870), Basel 2002.

Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.), Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001.

Starkosch-Graßmann, Gustav, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, Wien 1905.

Thienen-Adlerflycht, Christoph, Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1967.

Berger Waldenegg, Georg Christoph, Mit vereinten Kräften! Zum Verhältnis von Herrschaftspraxis und Systemkonsolidierung im Neoabsolutismus am Beispiel der Nationalanleihe von 1854, Wien-Köln-Weimar 2002.

Zikulnig, Adelheid, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein, phil. Diss. Graz 2002.

**Christof Aichner** ist Mitarbeiter im Projekt „Die Thun-Hohensteinsche Universitätsreform" am Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck. Christof.Aichner@uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Christoph Aichner, Die Umsetzung der Thun-Hohensteinschen Universitätsreform an der Universität Innsbruck (1849–1860), in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 397–407, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# „Das von außen kommende Gift und die Zerstörung des gesunden, weißen Amerikas“: Drogen und mexikanische MigrantInnen in den USA. Eine historische Analyse

**Alejandro Laurent Boucabeille**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Priv.-Doz. Mag. Dr. Dirk Rupnow

eingereicht im Semester: WS 2012/13

Rubrik: Varia

**Abstract**
**Drugs and Mexican Migrants in the USA – a Historical Analysis**

This thesis analyses the relationship between US-immigrants (mainly Mexican citizens) and US-drug-policy. The focus lies on the period between 1900 and 2012. The method used for this research is the analysis of historical documents such as migration-laws, acts, decrees and historical memoirs. Due to their legal binding significance and decision-making character, these documents are of impressive importance. Oral History (interviews with migrants) and a media-analysis cover another substantial part of the paper. The aim is to reveal the construction of scapegoat-stereotypes and make their influence over the US-immigration policy and drug-regime visible.

## 1. Aufriss der Problemstellung und Begründung der Themenwahl

Seit Jahrzehnten kommen sowohl die meisten Drogen als auch die meisten (mexikanischen) ImmigrantInnen vom Süden in die USA. Aus dieser geographischen Parallelität entstanden rassistische Stereotype, die sich auf die Migrationspolitik der US-Regierung gegenüber mexikanischen ImmigrantInnen auswirken. Daher lautet die Forschungsfrage dieser Arbeit: Inwiefern trug die konstruierte Wechselwirkung zwischen mexikani-

scher Einwanderung und Drogen – neben wirtschaftlichen Interessen – zu einer diskriminierenden, ausgrenzenden, nahezu brutalen US-Einwanderungspolitik bei?

Die USA und Mexiko verfügen laut UNO[1] und entsprechend Zeitungsschlagzeilen über die am häufigsten frequentierte Grenze der Welt.[2] Jedes Jahr überqueren etwa 350 Millionen Menschen an verschiedenen Punkten und aus verschiedenen Motiven diese circa 3.144 km[3] Staatendemarkation.[4] Da Migration ein natürliches, historisches Phänomen ist, gab es Überquerungen von beiden Seiten schon seit (und vor) den modernen Staatsgründungen. In den USA zum Beispiel sollen im Jahr 2010 über zehn Millionen illegale ImmigrantInnen leben: 50 Prozent davon oder, anders ausgedrückt, über fünf Millionen, sollen MexikanerInnen sein.[5] Für das Jahr 2009 wird in manchen Quellen sogar von sieben Millionen gesprochen.[6] Damit stellen sie heute schon die größte in den USA lebende Einwanderungsgruppe.[7] Seriöse empirische Daten gibt es selbstverständlich für die „Illegalen“ nicht, da sich diese bewusst jeder staatlichen Kontrolle entziehen.[8] Das heißt, die vorhandenen Zahlen sind Vermutungen, abstrahiert aus den von den US-Behörden an der Grenze Aufgegriffenen.

Die Zahlen führten aber in der Vergangenheit dazu, dass die Bewachung dieser Grenze ausgeweitet wurde und zwar auf 1.125 km des Grenzgebietes: zum Teil durch Verwendung moderner Grenzzäune, zum Teil durch Kompetenzerweiterung verschiedener US-Sicherheitsbeamten.[9] Kritik diesbezüglich gab es von Seiten des damals amtierenden mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón (2006–2012) sowie von internationalen NGOs wie Amnesty International, die diese verschärfte Grenzüberwachung als einen fatalen Fehler ansahen und die Errichtung der modernen Grenzanlagen gar mit dem Bau der Berliner Mauer verglichen.[10] Befürworter der drastischen Politik sind der Ansicht, dass diese Maßnahmen der seit den 1990er Jahren und vor allem seit dem Millennium

---

[1] Johannes Obergfell, Mexiko und die Migration. Vom Paradoxon des gewünschten Problems und dem roten Tuch der Politik, Berlin 2011, S. X.
[2] Edwin Mora, Senate Democratic Whip Compares Sealing the Mexican Border to Trying to Keep Drugs Off of I-95, in: Cnsnews.com, 19.5.2010, [http://cnsnews.com/node/66271], eingesehen 13.11.2012.
[3] International Boundary and Water Commission, United States and Mexico, United States Section, [http://www.ibwc.state.gov/home.html], eingesehen 16.11.2012.
[4] Khalid Koser, Internationale Migration, Stuttgart 2011, S. 89.
[5] Ebd., S. 90–91.
[6] „Latinos and Republicans. Evidence for the defence“, in: *The Economist*, 22.10.2005.
[7] Hauke Lorenz, Mexikos ambivalente Migrationspolitik. Vom Umgang mit zentralamerikanischen MigrantInnen in Mexiko, in: Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert, hrsg. v. Niklas Reese/Judith Welkmann, Horlemann 2010, S. 290–300, hier S. 291.
[8] Krystof Kozak, Immigration From Mexico Since 1965 – Challenges for U.S. Policy, in: Recent Perspectives. Integration of Newcomers Milos, hrsg. v. Calda D., Prague 2011, S. 72–83, hier S. 76.
[9] The White House, President George W. Bush, Fact Sheet: The Secure Fence Act of 2006, [http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/10/20061026-1.html], eingesehen 15.11.2012.
[10] Amnesty International, [http://www.amnesty.org/], eingesehen 16.11.2012.

zunehmenden illegalen Immigration Einhalt gebieten können. Dadurch seien ImmigrantInnen gezwungen, legale Wege der Migration zu finden und die illegale Migration, die hier „irreguläre Migration“[11] genannt wird, zu unterlassen. Auch seien diese Menschen leichter zu fassen, da sie schwerere, längere Wege nehmen müssten. Nicht minder wichtig sei der positive Nebeneffekt, dass die Maßnahmen auch die Einreise potentieller Terroristen („potential terrorists“, vor allem seit 9/11) und die Einführung illegaler Drogen erschwere – beides prioritäre Ziele[12] der US-Politik.[13] Verschiedenen Schätzungen zufolge sterben als Folge dieser verschärften Immigrationspolitik allerdings an die 250[14] bis 300[15] Menschen jährlich[16]. Eines der trockensten Gebiete der Welt, die Sonora-Wüste im US-Bundesstaat Arizona, ist dabei das Grenzgebiet mit den meisten Toten.[17]

Zentralamerika und Mexiko verfügen über eine sehr komplexe Immigrationsdynamik. Aus unterschiedlichen Motiven begeben sich jedes Jahr Tausende von Menschen aus diversen Ländern auf den Weg in den Norden. Unter äußerst gefährlichen Bedingungen, zumeist unvorbereitet und mit idealisierten, manchmal gar märchenhaften Vorstellungen von der „anderen Seite“ (USA, dem Norden) emigrieren Menschen zumeist aus ärmeren, sozial unterprivilegierten, bildungsschwachen Schichten.[18] Vor allem in Lateinamerika galten und gelten die USA, das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“, als Einwanderungsland „Nummer 1“. Die häufigsten Gründe für diese Migration sind laut offiziellen Analysen die Arbeitsmigration und die persönliche Suche nach einem besseren Leben.[19] Andererseits ist der US-amerikanische und kanadische Arbeitsmarkt mit den verschiedenen Sektoren wie der Landwirtschaft, der Bauindustrie oder dem

---

[11] Da ich denke, dass kein Mensch „illegal“ ist, wird in dieser Arbeit der Begriff „irregulär“ verwendet.

[12] The Minute Man, [http://www.minutemanproject.com/], eingesehen 14.11.2012. Auch die Minute Men, die ein Huntington-ähnliches Geschichtsbild („Kampf der Kulturen“) kennzeichnet, versuchen mit Gewalt und Abschreckung die „irregulären“ Immigranten aufzuhalten und zu vertreiben.

[13] Should the U.S. Build a Fence Across the Entire Border with Mexico to Slow Illegal Immigration?, [http://www.balancedpolitics.org/border_fence.htm], eingesehen 15.11.2012.

[14] Edith Kresta, Die Toten sieht man nicht, in: *taz*, 14.10.2002, [http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2002/10/14/a0160], eingesehen 15.11.2012.

[15] Catharina Tews, Grenzwertig. Wir stellen Ihnen jede Woche junge, talentierte Fotografen vor. Diesmal: Matt Nager, der in der Wüste von Arizona illegale Einwanderer aufspürte, in: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, 22.5.2012, [http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/37085/Grenzwertig], eingesehen 14.11.2012.

[16] Vgl. Edith Kresta, Die Toten sieht man nicht, in: *taz*, 14.10.2002, [http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2002/10/14/a0160], eingesehen 15.11.2012. In den Jahren von 1994–2000 sollen mehr als 2.000 „Illegale“ an der Grenze umgekommen sein, während es an der Berliner Mauer in den 28 Jahren um die 700 Toten waren. Die tatsächliche Zahl dürfte sehr wahrscheinlich höher liegen, da nicht immer alle verstorbenen ImmigrantInnen gefunden werden. Ein wichtiger, zusätzlicher Faktor der die Zersetzung der toten Körper beschleunigt, sind die klimatischen Bedingungen der dortigen Wüsten.

[17] No more deaths, [http://www.nomoredeaths.org/], eingesehen 14.11.2012.

[18] Aviva Chomsky, „They take our jobs!“ And 20 Other Myths about Immigration, Boston 2007, S. xi–xiii.

[19] Was in den von mir durchgeführten Interviews mehrfach zu Wort kommt.

Fabrikwesen von der billigen Arbeitskraft Lateinamerikas abhängig.[20] Das Phänomen der irregulären Immigration gilt deshalb als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen, nicht nur aufgrund der involvierten Personenanzahl, sondern auch aufgrund der spezifischen Gefahrenproblematik.

Die hier angestrebte Untersuchung wird zeigen, dass die irreguläre Migration signifikante soziale Auswirkungen auf beiden Seiten hat. Eine interessante Beobachtung hierzu ist, dass ein wesentlicher Teil der ImmigrantInnen, hauptsächlich der 1970er und 1980er, aus (Mexiko oder anderen lateinamerikanischen und asiatischen) Ländern kam, in denen die USA große Direktinvestitionen getätigt hatten.[21] Dies widerspricht einem wesentlichen Punkt der neoliberalen Logik, nämlich der damaligen Argumentation, dass die Öffnung der Märkte allen Menschen zugutekommen werde, was allerdings nicht zutraf und sich im Fall von Lateinamerika in einer großen Emigrationswelle in den Norden („al Norté“) manifestierte.[22]

## Die historische Entwicklung

Im Laufe der Geschichte beider Staaten entwickelten sich verschiedene Strukturen, Narrative und Bilder der Migration[23] – in den USA wie auch in Mexiko. Die Quellen berichten vom Handel mit Gütern, legalen wie illegalen. Vor allem seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und Beginn des 19. Jahrhunderts, spielte diese sich ständig verändernde Grenze (aufgrund der Westexpansion der USA in Richtung mexikanisches Territorium) eine enorm wichtige Rolle in Bezug auf Geopolitik, außenpolitische Strategie, ökonomische Interessen, aber auch auf Selbst- und Fremddefinitionen.[24] Die Grenze beeinflusste die eigene und die fremde Wahrnehmung maßgeblich.

Während dieser Periode des „Umbruchs“, des „großen Fortschritts“ und des „enormen Wachstums“ des jungen US-Staates, spielte der Außenhandel (Export) für den Staat eine immer wichtigere ökonomische (Absatzmärkte) und politische Rolle (Anerkennung und Legitimation durch Utilitarismus und Interdependenzen). Obwohl diese Zeit als „Periode des Isolationismus“ Eingang in die Literatur fand, kam der Außenpolitik große Beachtung zu. Lateinamerika wurde zu einer Art „freier Verfügungsmasse“, an der sich die USA nach Belieben bedienen konnte.[25] Die frühen Präsidenten der USA

[20] Teresa Carrillo, Watching Over Greater Mexico, in: Alambrista and the U.S.-Mexico Border. Film, Music, and Stories of Undocumented Immigrants, hrsg. v. Nicholas J. Cull/David Carrasco, Albuquerque 2004, S. 103–123, hier S. 104 f.
[21] Bill Jordan/Franck Düvell (Hrsg.), Irregular Migration. The Dilemmas of Transnational Mobility, Cheltenham 2002, S. 83–84.
[22] Vgl. Immanuel Wallerstein, La crisis estructural del capitalismo, Ciudad de México 2005.
[23] Juan Villa, Coyotes en el cine fronterizo, Mesa-Arizona 2011, S. 5 f.
[24] Vgl. Justin Akers Chacón/Mike Davis, Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte, Berlin-Hamburg 2007.
[25] Bernd Stöver, United States of America. Geschichte und Kultur. Von der ersten Kolonie bis in die Gegenwart, München 2012, S. 258–259.

wie Thomas Jefferson, John Adams, James Madison und James Monroe begriffen die Bedeutung von Absatzmärkten ebenso wie jene einer „militärischen“ Außenpolitik, um sich diese „Räume“ zu sichern. Nach dem Wiener Kongress, der in Europa eine Zeit der Restauration der vor-napoleonischen Verhältnisse einleitete und damit die Unabhängigkeit der USA (später auch vieler anderer lateinamerikanischer Staaten) problematisch wurde, bremste die USA diese konservativen Bestrebungen der alten Welt.

Unter Jefferson, Madison und Monroe entstand das Konzept der „Zwei Sphären“, der so genannten „Monroe-Doktrin“[26] (so benannt nach Präsidenten James Monroe und nach der Jahresbotschaft am 2. Dezember 1823 vor dem US-Kongress).[27] Demnach ist die Welt in zwei Teile geteilt und diese Teilung bestimme das Verhältnis zwischen der alten und der neuen Welt. Der Friede beruhe auf einer Art Kompromiss: Europa solle sich nicht in amerikanisches (der amerikanische Kontinent ist hiermit gemeint!) Territorium einmischen und keine (Rück-)eroberungen vornehmen (dürfen), denn Amerika gehöre den „Amerikanern“ (USA). Dementsprechend werde die USA sich auch nicht in den anderen Kolonialgebieten der europäischen Mächte einmischen (Afrika als Beispiel). Heute wissen wir, dass die USA zum damaligen Zeitpunkt weder militärisch noch politisch die Herausforderung einer Rückeroberung oder auch nur Verteidigung hätten leisten können.[28]

Dieses Konzept der selbstverstandenen und aus US-Perspektive selbstverständlichen territorialen Ansprüche prägte das 19. Jahrhundert und wirkte sich maßgeblich auf das 20. und 21. Jahrhundert aus. Andererseits sind die imperialen Interessen der USA allein an der Anzahl militärischer Interventionen in Lateinamerika und Asien sichtbar.[29] Das so genannte, allerdings wenig bekannte „Manifest Destiny“ und das rassistische US-Selbstverständnis legitimierten diese neokolonialen Ansprüche (Spanisch-Amerikanischer Krieg 1898–1902 und Inbesitznahme von Kuba und den Philippinen u. a.).[30]

Die Amerikaner, ihrer Selbstdefinition nach ein von „Gott auserwähltes Volk“, das „rein, weiß und tugendhaft“ ist, beschrieben ihr Land selbst als eine „Nation der Immigranten“[31]. Dieser Terminus wurde allerdings exklusiv für „weiße, hauptsächlich Westeuropäer, bevorzugt angelsächsischer Herkunft“ verstanden. Einige der Grundcharakteristiken des „Ur-Amerikanismus“, die sich selbstverständlich auch maßgeblich auf die

[26] Noam Chomsky, Hopes and Prospects, London 2010, S. 49–50.
[27] Eric Frey, Schwarzbuch USA, Frankfurt am Main 2004, S. 60.
[28] Stöver, United States of America, S. 248.
[29] Für eine genaue Darstellung siehe: Eric Frey, Schwarzbuch USA, Frankfurt am Main 2004, S. 61–62. Siehe auch Stöver, United States of America, S. 689–695.
[30] Vgl. Noam Chomsky, Hopes and Prospects, London 2010, S. 39.
[31] Im Verlauf der Geschichte wurden aber ausgehend von Selbst- und Fremddarstellungen (Gut gegen Böse, Der Kampf gegen das Böse usw.) verschiedenste Blockaden für Immigranten erlassen wie zum Beispiel der bekannte Chinese Exclusion Act 1882, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, und so eher ein symbolischer Verrat als eine Bestätigung der berühmten Freiheitsstatue statuiert.

Beziehungen zu anderen Staaten manifestieren, sind im folgenden Zitat des führenden US-Politikers des 19. Jahrhunderts, John C. Calhoun, sichtbar:

> „[W]e have never dreamt of incorporating into our Union any but the Caucasian race – the free white race. To incorporate Mexico, would be the very first instance of the kind, of incorporating an Indian race; for more than half of the Mexicans are Indians, and the other is composed chiefly of mixed tribes. I protest against such a union as that! Ours, sir, is the Government of a white race [...]. We are anxious to force free government on all; and I see that it has been urged [...] – that it is the mission of this country to spread civil and religious liberty over all the world, and especially over this continent. It is a great mistake.“[32]

Dieses Bedrohungsszenario, diese Angst einer „Verschmutzung“ der US-amerikanischen Bevölkerung wirkt sich bis heute maßgeblich auf die Migrationspolitik aus. Die in den Medien propagierte und seit 9/11 stark zunehmende „Terrorbedrohung“ (durch islamistische Terroristen wie den Taliban) lässt sich auch aus diesem Selbstverständnis erklären:

> „Control of Latin America was the earliest goal of U.S. foreign policy, and remains a central one, partly for resources and markets, but also for broader ideological reasons. If the United States could not control Latin America, it could not expect to achieve a successful order elsewhere in the world“[33]

**Die Drogenproblematik**

Die Relevanz des Themenkomplexes der Drogen, vor allem der „illegalen Drogen“, der ein wichtiger Bestandteil dieses Puzzles ist, wird schon im Diplomarbeitstitel sichtbar. Drogen hat es in der Geschichte der Menschheit schon seit jeher gegeben. Je nach geltender Definition werden Drogen meistens in legale und illegale Drogen eingeteilt. Durch die Einflussnahme der USA konnte im Rahmen der internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UNO), die von den USA bestimmte Drogendefinition durchgebracht, umgesetzt und international anerkannt werden. Das heißt, die USA als Weltmacht hatten und besitzen noch diese Definitionshoheit.[34]

Jede Politik (*policy*) ist von bestimmten Interessen, Anschauungen und Erfahrungen einer bestimmten Organisationseinheit (hier des US-Staates) maßgeblich bestimmt. Die

[32] John C. Calhoun, Conquest of Mexico, 1848, [http://teachingamericanhistory.org/library/index.asp?document=478], eingesehen 30.10.2012.
[33] Noam Chomsky, Hopes and Prospects, London 2010, S. 37.
[34] Vgl. Peter Michael Lingens, Drogenkrieg mit/ohne Ausweg, Wien 2011.

USA, ein zutiefst von Religion bestimmtes Land,[35] hatten in den 1920er Jahren die Erfahrung mit der Alkoholprohibition gemacht. Die Folgen sind bekannt: Kriminelle wie Al Capone, Dutch Schulz oder Charles „Lucky“ Luciano erlangten Berühmtheit und wurden posthum durch die mediale Repräsentation (unter anderem in Filmen, Populärliteratur, Comics) zu Helden erklärt, sodass sie sogar einen bestimmten Kultstatus erlangten. Ein Verbot öffnete dem organisierten Verbrechen Tür und Tor und schien Gewalt anstatt Abstinenz und Mäßigung hervorzubringen. Prohibition als etwas „Ur-amerikanisches“ wirkte sich auch auf das Konzept des „war on drugs“ („Krieg den Drogen“) aus. Trotz der Erkenntnisse aus der Prohibition waren es dieselben evangelischen Mäßigungsbewegungen, die sich für die Kriminalisierung von Drogen einsetzten, im modernen Sprachgebrauch also Lobbyismus für ein internationales Verbot von Drogen (1962) betrieben.[36] Hier wird die Vermutung nahe gelegt, dass die USA nichts aus der eigenen Geschichte bezogen auf die Prohibition gelernt hat.[37]

Diese US-Drogenpolitik hat Auswirkungen auf die Außen- und Migrationspolitik. Da Drogen als etwas „negatives, von außen kommendes“ wahrgenommen werden, wurden die Migrationspolitiken („migration policies“) offiziell so erklärt – wenn auch sicherlich weitere Gründe wie ökonomische Überlegungen und Rassismus eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten –, dass auch Migration von außen komme und daher einzudämmen sei. Die politischen Auswirkungen dieser Ideologie sind vielfältig: Eines der älteren, passenden Beispiele dafür ist der „Chinese Exclusion Act“ aus dem Jahr 1888, der die chinesischen Migrationsquoten beschränkte. Hintergrund dafür ist der „Opiumkrieg“ in China: Er wurde aufgrund der „chinesisch-stämmigen“ MigrantInnen, die in dieser Logik „Opium“ („schmutzige Drogen“) ins Land brachten und so zum Zerfall der „hegemonialen, weißen und gesunden, von Gott gegebenen Weltordnung“ beitrugen, als Bedrohung wahrgenommen.[38]

„Der Krieg gegen die Drogen“ oder „the war on drugs“, eskalierte mit der Regierung Nixon in den 1970er Jahren. Er wurde von den nachkommenden Präsidenten wie Carter, Reagan oder Bush fortgeführt. „Social cleansing“ ist hier ein wichtiges Schlagwort. Hinzu kommt, dass die Anzahl der MigrantInnen oder ethnischen Minderheiten, die sozial diszipliniert (als „drogenimportierende, schlechte, gefährliche, von außen kommende Kriminelle“ stigmatisiert werden) werden, kontinuierlich steigt und sie zu den größten Personengruppen in den überfüllten Gefängnissen der USA gehören.[39]

---

[35] Dies wirkt sich selbst auf die Sprache der Politik aus. Hier nur zwei aktuelle Beispiele: „Die Achse des Bösen“ und „Gott beschütze Amerika“.
[36] Peter Michael Lingens, Drogenkrieg mit/ohne Ausweg, Wien 2011, S. 21.
[37] Ebd., S. 3637.
[38] Peter Michael, Lingens, Der Drogenkrieg mit/ohne Ausweg, Wien 2011.
[39] Noam, Chomsky, Hopes and Prospects, London 2010, S. 60–61.

Wie der deutsche Soziologe Ulrich Beck zu Recht schreibt, zählen nicht mehr nur die klassischen „cleavages“ der Konfession und Ethnie, sondern vermehrt auch die Hautfarbe über den Ein- oder Ausschluss von Menschen (vor allem mit Migrationshintergrund) in die Gesellschaft.[40] In den USA ist dies anhand der Praktiken des „racial profiling“ gut sichtbar, das nicht nur von den US-Immigration-Patrols (deren Kernaufgabe ja die Kontrolle der Immigration ist), sondern vor allem nun auch von anderen polizeilichen US-Behörden praktiziert wird. Als Beispiel sei hier der US-Bundesstaat Arizona erwähnt, wo die umstrittene Praxis des „racial profiling“ Teil einer Umfrage in Bezug auf die Implementierung des „Arizona Immigration Laws, SB 1070“ war und sich eine große Mehrheit mexikanischer MigrantInnen oder US-BürgerInnen mit mexikanischem Hintergrund (Hispanics) diskriminiert fühlten.

**Motive für die Wahl des Themas**

Die wesentlichen Gründe für die Wahl dieses Themas sind die wissenschaftliche Relevanz und das Interesse meinerseits an den komplexen Zusammenhängen der Migration im Wechselspiel zwischen Politik, Zivilbevölkerung, Wirtschaft und Geopolitik. Diese Diplomarbeit geht also der Frage nach, welche Faktoren die Migrationspolitik der USA in Bezug auf mexikanische ImmigrantInnen beeinflussen. Die Hauptthese dieser Diplomarbeit lautet: Die Konstruktionen jener Feindbilder, die die US-Gesetze bekämpfen, beruhen auf der wechselseitigen Kriminalisierung von mexikanischen Einwanderern und Drogen. Diese wiederum stammt aus einem rassistischen, missionarischen Überlegenheitsdenken der weißen Mehrheitsbevölkerung der USA, die sich als ein „von Gott auserwähltes Volk, das der Welt Heil bringen soll“, sehen. Dass Migration eine politische, soziale und kulturelle Bereicherung darstellen kann und oftmals eine „win-win-Situation“ ist, wird aufgrund von politischen Interessen und der gängigen Mediendarstellung zumindest verschwiegen. Doch ohne die vielen lateinamerikanischen ImmigrantInnen in den USA wäre die Wirtschaftsstärke der USA nicht aufrechtzuerhalten.[41] Die vielen mexikanischen ImmigrantInnen haben, oft ohne Spuren zu hinterlassen, zu diesem Reichtum beigetragen, ohne davon einen angemessenen Teil zurückzubekommen. Die heutige US-Gesellschaft wäre ohne sie nicht in dieser Form möglich. Darum versucht diese Diplomarbeit auch jene historischen Zusammenhänge aufzuzeigen, die mexikanische ImmigrantInnen kriminalisieren und als minderwertig abstempeln. Diese Arbeit ist daher diesen Menschen gewidmet, deren Arbeit nicht anerkannt wird und die bewusst in Ausbeutungsverhältnisse gedrängt werden.

[40] Ulrich Beck, Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt am Main 2007, S. 156–157.
[41] Vgl. Film „A day without Mexicans“, [http://www.imdb.com/title/tt0377744/], eingesehen 15.11.2012.

## 2. Einordnung in die Forschungslage und wissenschaftliche Relevanz

In der Migrationsforschung existieren bereits einige Erklärungskonzepte für die thematisierte Problematik, wie das bereits etablierte Modell der push- und pull-Faktoren. Allerdings sind „Border Studies“ und Migrationsforschung vor allem in den Geschichtswissenschaften relativ junge Wissenschaftsdisziplinen. Eines der Ziele dieser Arbeit ist es, die komplexen Zusammenhänge zwischen den USA und Lateinamerika, besonders im Fall von Mexiko, im Sinne eines Foucault’schen Diskurses zu erklären. Auch die Bestrebungen und Berührungen der „policy responses“, die als ein Migrations-Management gesehen werden können, werden sichtbar.

In der internationalen Migrationsforschung stellt das Thema der mexikanischen bzw. lateinamerikanischen Immigration aufgrund der politischen, ökonomischen und sozialen Komponente eine Herausforderung dar. Einerseits wird vor allem im US-amerikanischen Raum im Rahmen der sog. „Chicano Studies“ diesbezüglich schon seit Jahren geforscht, andererseits aber erhält das Thema noch keineswegs angemessene wissenschaftliche Beachtung. Vor allem wird den ImmigrantInnen selbst selten Gehör verschafft. Diese spielen bei zahlreichen Studien gar keine Rolle, obwohl sie die ProtagonistInnen dieses Phänomens sind. Daher erscheint es unerlässlich, auch Zeugnisse dieser Akteure mit einzubeziehen und diese Quellen in diese Diplomarbeit einfließen zu lassen. Die bekannten Phänomene wie das „racial profiling“, die 9/11-Hysterie („Bedrohungspotential“), der Alltagsrassismus, die negative Diskriminierung (als Beispiel sei hier der „Dream-Act“ erwähnt), die unzumutbaren Arbeitsbedingungen (Erpressungen, Verbot von Gewerkschaften der/für ArbeiterInnen), die zum großen Teil herrschenden Ausbeutungsverhältnisse (Maquiladoras) und vieles mehr machen deutlich, dass diese Thematik nicht nur wissenschaftlich, sondern auch gesellschaftlich relevant ist. Die historische Genese der Feindbilder und damit das Aufzeigen ihrer Konstruiertheit sollen zur Sichtbarmachung der Phänomene beitragen. Das Ziel ist es, mittels Gegenerzählungen die gängigen Narrative der Vorurteile und Stereotype („Marihuana-rauchender, fauler, dummer Mexikaner“) entgegenzulaufen und sie dadurch zu erodieren.

## 3. Eigene Vorarbeiten

Anfang 2011 organisierte ich Gespräche mit möglichen InterviewpartnerInnen (mexikanische ImmigrantInnen in den USA). Von Mai bis Juli 2011 und von August bis September 2012 befand ich mich auf Forschungsreise in den USA und in Mexiko, um diese ZeitzeugInnen und ExpertInnen zu interviewen. Die erste Station war Boston: Dort nahm ich an einem Workshop zur Mediendarstellung von ImmigrantInnen am Massachusetts Institute of Technology teil. Hier gab mir David Carrasco, US-Historiker mit mexikanischem Migrationshintergrund an der Harvard University, neben seiner

Einschätzung der Relevanz der Medien ein Interview über die aktuelle Forschungslage der Migration Studies in den USA.

Während des Aufenthaltes in den USA wurden weitere Interviews mit lateinamerikanischen, vor allem mexikanischen, zumeist „illegalen“ ImmigrantInnen in New York, Kalifornien (Los Angeles und San Francisco), Arizona (Phoenix, Tucson und Nogales), New Orleans und Washington DC geführt. Neben einer Literaturrecherche an der Arizona State University of Phoenix hatte ich die Gelegenheit, im Medienarchiv des lokalen spanisch- und englischsprachigen Radios wertvolle Quellen zu sammeln und interessante Einblicke zu gewinnen. In Tucson eröffnete sich mir die Möglichkeit, zusammen mit nordamerikanischen NGOs mit ImmigrantInnen zu arbeiten und auch bei Prozessen gegen diese anwesend zu sein. Dadurch konnte ein authentischer Einblick in die komplexe Thematik gewonnen werden.

Um auch die mexikanische Seite der Grenze zu erleben und mich über die unmittelbaren, direkten Probleme der Migration zu informieren, besuchte ich 2011 einige weniger bekannte Städte in Mexiko, die als „Immigrantenstädte“ bzw. als Basis auf dem Weg in die USA gelten. Diese waren Nogales, Altar und Ciudad Juarez. Anschließend hatte ich die Möglichkeit, mit dem Border-Studies-Wissenschaftler und Autor Charles Bowden und dessen Frau (Historikerin) Molly Molloy zu sprechen. ExpertInneninterviews folgten am Migration Policy Institute in San Diego und in Washington DC sowie in New Orleans und Washington DC.

2012 befand ich mich erneut auf Forschungsreise, diesmal mit Schwerpunkt Mexiko und Guatemala. Während dieser Zeit konnten weitere wertvolle Interviews für diese Arbeit durchgeführt werden: Im Zentrum (Acapulco und Mexiko City), aber auch im Süden von Mexiko (Oaxaca, Juchitan de Tehuantepec und Tapachula an der Grenze zu Guatemala). Im Norden Guatemalas wurden in der Stadt Tecún Úman zentralamerikanische ImmigrantInnen kurz vor ihrer Überquerung nach Mexiko interviewt.

## Literaturauswahl

Almaraz de Neuzil, Nadia Vilma, Humankapitalverlust durch Migration. Das Beispiel Mexiko, phil. Diss. Innsbruck 2004.

Arreola, Daniel D./Curtis, James R., The Mexican Border Cities. Landscape Anatomy and Place Personality, Arizona 1993.

Beck, Ulrich, Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt am Main 2007.

Becker, Anne u. a. (Hrsg.), Verhandlungssache Mexiko Stadt. Umkämpfte Räume, Stadtaneignungen, imaginarios urbanos, Berlin 2008.

Bernecker, Walther L. u. a., Eine kleine Geschichte Mexikos, Frankfurt am Main 2007.

Böker, Wolfgang/Nelles, Joachim (Hrsg.), Drogenpolitik wohin? Sachverhalte, Entwicklungen, Handlungsvorschläge, Stuttgart 1991.

Campbell, Howard, Drug War Zone. Frontline Dispatches from the Streets of El Paso and Juárez, Texas 2009.

Carrillo, Teresa, Watching Over Greater Mexico. Recent Mexikan Initiaices on Migration and the Alambristas of the New Millennium, in: Alambrista and the U.S.-Mexico Border. Film, Music and Stories of undocumented Immigrants, hrsg. v. Nicholas J. Cull/David Carrasco, Boston 2004, S. 103–124.

Chacón, Justin Akers/Davis, Mike, Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte, Chicago 2007.

Chomsky, Aviva, „They take our jobs!“ And 20 Other Myths about Immigration, Boston 2007.

Chomsky, Noam, Hopes and Prospects, London 2010.

Christie, Nils/Bruun, Kettil, Der nützliche Feind. Die Drogenpolitik und ihre Nutznießer, Bielefeld 1991.

Coatsworth, John H./Taylor, Alan M., Latin America and the World Economy since 1800, Cambridge 1998.

Cornelius, Wayne A. et al. (Hrsg.), Four Generations of Nortenos. New research from the Cradle of Mexican Migration, La Jolla 2009.

Fajnzylber, Pablo/López, J. Humberto (Hrsg.), Remittances and Development. Lessons from Latin America, The World Bank, Washington D. C. 2008.

Ferdigg, David, Drogenpolitik unter prohibitionskritischen Aspekten. Ein Vergleich: Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinte Nationen, Dipl. Innsbruck 2009.

Frey, Eric, Schwarzbuch USA, Frankfurt am Main 2004.

Frisch, Monika, Mexiko and the Aspects of NAFTA, Dipl. Innsbruck, 1994.

Fröhlich, Stefan, Die USA und die neue Weltordnung. Zwischen Kontinuität und Wandel, Berlin 1992.

Grave, Heinrich G., Gewerbliche Schutzrechte in Mexiko. Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der maßgeblichen Bestimmungen der NAFTA- und TRIPS-Abkommen, Baden-Baden 2002.

Han, Petrus (Hrsg.), Theorien zur internationalen Migration. Ausgewählte interdisziplinäre Migrationstheorien und deren zentrale Aussagen, Stuttgart 2007.

Hauke, Lorenz, Mexikos ambivalente Migrationspolitik. Vom Umgang mit zentralamerikanischen MigrantInnen in Mexiko, in: Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert, hrsg. v. Niklas Reese/Judith Welkmann, Horlemann 2010, S. 291–298.

Hing, Bill Ong, Ethical Borders. NAFTA, Globalization, and Mexican Migration, Philadelphia 2010.

Jordan, Bill/Düvell, Franck, Irregular Migration. The Dilemmas of Transnational Mobility, Cheltenham 2002.

Kerner, Ina, Postkoloniale Theorien. Zur Einführung, Hamburg 2012.

Koser, Khalid, Internationale Migration, Stuttgart 2011.

Krischan, Helmut, NAFTA-Nordamerikanisches Freihandelsabkommen: Inhalt, Möglichkeiten der Erweiterung, GATT-Konformität, phil. Diss. Innsbruck 1994–1995.

Kozak, Krystof, Immigration from Mexico since 1965 – Challenges for U.S. Policy, in: Integration of Newcomers. Recent Perspectives, hrsg. v. Milos Calda, Dokoran 2011, S. 75–104.

Lessmann, Robert, Drogenökonomie und internationale Politik, Die Auswirkungen der Antidrogen-Politik der USA auf Bolivien und Kolumbien, Frankfurt am Main 1996.

Lingens, Peter Michael, Drogenkrieg, mit/ohne Ausweg, Wien 2011.

Mader, Rudolf/Strotzka, Hans, Drogenpolitik. Zwischen Therapie und Strafe, Wien 1980.

Mora, Anthony, Border Dilemmas. Racial and National Uncertainties in New Mexico, 1848–1912, Durham-London 2011.

Nevins, Joseph, Dying to Live. A Story of U.S. Immigration in an Age of global Apartheid, San Francisco 2008.

Obergfell, Johannes, Mexiko und die Migration. Vom Paradoxon des gewünschten Problems und dem roten Tuch der Politik, Berlin 2011.

Penz, Dietmar, Gesellschaft und Sucht, Dipl. Innsbruck 2001.

Pries, Ludger, Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung, Wiesbaden 2011.

Quensel, Stephan, Drogenelend: Cannabis, Heroin, Methadon. Für eine neue Drogenpolitik, Frankfurt am Main 1982.

Reese, Niklas/Welkmann, Judith (Hrsg.), Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert, Horlemann 2010.

Springer, Alfred/Uhl, Alfred (Hrsg.), Ilicit Drugs, Patterns of Use – Patterns of Response, Innsbruck-Wien 2000.

Stöver, Bernd, United States of America. Geschichte und Kultur. Von der ersten Kolonie bis in die Gegenwart, München 2012.

Thamm, Berndt Georg, Drogenfreigabe – Kapitulation oder Ausweg?, Pro und Contra zur Liberalisierung von Rauschgiften als Maßnahme zur Kriminalitätsprophylaxe, Hilden 1989.

Thurner, Rosmarie, Staatsintervention – die Lösung?, Kritische ökonomische Analyse der Suchtproblematik und ihrer derzeitigen Lösung in Österreich, phil. Dipl. Innsbruck 2001.

Villa, Juan, Coyotes en el cine fronterizo, Mesa-Arizona 2011.

Velasco, Ortiz, Laura/Contreras, Oscar F., Mexican Voices of the Border Region, Philadelphia 2011.

Wehr, Ingrid (Hrsg.), Un continente en movimiento, migraciones en América Latina, Madrid-Frankfurt am Main 2006.

Wallerstein, Immanuel, La crisis estructural del capitalismo, Ciudad de México 2005.

## Quellen

Amnesty International, [http://www.amnesty.org/], eingesehen 16.11.2012.

Catharina Tews, Grenzwertig. Wir stellen Ihnen jede Woche junge, talentierte Fotografen vor. Diesmal: Matt Nager, der in der Wüste von Arizona illegale Einwanderer aufspürte, in: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, 22.5.2012, [http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/37085/Grenzwertig], eingesehen 14.11.2012.

Edith Kresta, Die Toten sieht man nicht, in: *taz*, 14.10.2002, [http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2002/10/14/a0160], eingesehen 15.11.2012.

Edwin Mora, Senate Democratic Whip Compares Sealing the Mexican Border to Trying to Keep Drugs Off of I-95, in: Cnsnews.com, 19.5.2010, [http://cnsnews.com/node/66271], eingesehen 13.11.2012.

Film „A day without Mexicans“, [http://www.imdb.com/title/tt0377744/], eingesehen 15.11.2012.

International Boundary and Water Commission, United States and Mexico, United States Section, [http://www.ibwc.state.gov/home.html], eingesehen 16.11.2012.

John C. Calhoun, Conquest of Mexico, 1848, [http://teachingamericanhistory.org/library/index.asp?document=478], eingesehen 30.10.2012.

No more deaths, [http://www.nomoredeaths.org/], eingesehen 14.11.2012.

Should the U.S. Build a Fence Across the Entire Border with Mexico to Slow Illegal Immigration?, [http://www.balancedpolitics.org/border_fence.htm], eingesehen 15.11. 2012.

The Minute Man, [http://www.minutemanproject.com/], eingesehen 14.11.2012.

The White House, President George W. Bush, Fact Sheet: The Secure Fence Act of 2006, [http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/10/20061026-1.html], eingesehen 15.11.2012.

„Latinos and Republicans. Evidence for the defence“, in: *The Economist*, 22.10.2005.

Mag. **Alejandro Boucabeille (**BA) ist derzeit inskribiert für das PhD-Studium der Geschichte, das Masterstudium der Soziologie und das Masterstudium „Peace Studies“ an der Universität Innsbruck. Alejandro.Boucabeille@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Alejandro Boucabeille, „Das von außen kommende Gift und die Zerstörung des gesunden, weißen Amerikas“: Drogen und mexikanische ImmigrantInnen in den USA. Eine historische Analyse, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 409–422, [http://historia. scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Coelius Antipater: Person und Werk

**Manuel Pohl**

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Mag. Dr. Ulf Christoph/Ass.-Prof.in Mag.a Dr.in Kordula Schnegg

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: Varia

**Abstract**
**Coelius Antipater: Person and Oeuvre**

The following abstract illustrates my master thesis treating the republican author L. Coelius Antipater. It focuses on the three points: author, oeuvre and the account of the past created by Antipater. A special emphasis is placed on the difficulties created by the fragmentary transmission of this oeuvre and the development of the first Latin historical monograph.

Die im Entstehen begriffene Diplomarbeit hat die Person und vor allem das Werk des Lucius Coelius Antipater, eines römischen Historikers des 2. Jahrhunderts vor Christus, zum Thema.[1] Coelius ist ein Vertreter der sogenannten „Annalistik" – ein Begriff, der vor allem in der älteren Forschung gebraucht wurde, um eine Gruppe republikanischer Historiker zu bezeichnen.[2] In der Arbeit soll die Biographie und das Schaffen dieses Historikers der römischen Republik näher greifbar gemacht werden. Eine Besonderheit

[1] Die geringe Tiefe der bisherigen Erforschung zeigt exemplarisch Hans Beck, Coelius Antipater, Lucius, in: The Encyclopedia of Ancient History, Bd. 4, Chichester 2013, S. 1598–1599.
[2] Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Annalistik" bieten Ulrich Gotter/Nino Luraghi/Uwe Walter, Einleitung, in: Formen römischer Geschichtsschreibung von den Anfängen bis Livius. Gattungen. Autoren. Kontexte, hrsg. v. Ulrich Gotter/Nino Luraghi/Uwe Walter, Darmstadt 2003, S. 9–38.

stellt dabei die Tatsache dar, dass Coelius die erste historische Monographie in lateinischer Sprache verfasste. Doch leider ist uns diese den Zweiten Punischen Krieg behandelnde Monographie nicht mehr im Original und vollständig erhalten. Die Analyse wird ihr Hauptaugenmerk vor allem auf die drei Ebenen Autor, Werk und die Darstellung der Ereignisse der Vergangenheit legen.

Die Arbeit wird die erste geschlossene, moderne Abhandlung zu diesem Autor darstellen, der bisher meist im Zusammenhang mit anderen Autoren, Literaturgeschichten oder Fragmentsammlungen behandelt wurde. Zusätzlich sollen die Testimonien – Äußerungen über den Autor oder sein Werk, die allerdings nicht immer klar von Fragmenten zu trennen sind – zu Coelius Antipater, von denen es noch keine vollständige Sammlung gibt,[3] zusammengestellt werden.

Als erster Schritt der Arbeit werden die Testimonien gesammelt und anschließend ausgewertet, um nähere Informationen zum Autor zu gewinnen. Dabei wird auch auf den Kontext der Testimonien, also der Stellung in der narrativen Struktur des zitierenden Textes eingegangen, wodurch versucht wird, die teils ambivalenten Äußerungen zur Person des Coelius Antipater einzuschätzen. Durch die eingehende Untersuchung der Testimonien wird auch eine eigenständige Bewertung der in der Forschung sehr divergierenden Einschätzung der sozialen Stellung des Autors ermöglicht. Anhand dieser dadurch gewonnenen Verortung des Autors wird dann dessen soziopolitisches Umfeld beleuchtet, das einen wichtigen Aspekt für die folgende Einschätzung seines Werkes darstellt.

Eine große Herausforderung bei der Untersuchung des Werkes von Coelius Antipater stellt dessen Erhaltungszustand dar. Denn das Werk ist uns nur durch indirekte Fragmente – inhaltliche Zuschreibungen bestimmter Passagen durch uns tradierte Werke – erhalten.

Ausgehend von den Fragmentsammlungen von Hans Beck und Uwe Walter[4] sowie jenen von Martine Chassignet,[5] Wolfgang Hermann,[6] aber auch der lange Zeit als Standardwerk geltenden Sammlung von Hermann Peter[7] soll dann eine Untersuchung der erhaltenen Fragmente anschließen. Dabei sollen unterschiedliche Zuweisungen von Fragmenten in den verschiedenen Sammlungen thematisiert und teilweise auch korrigiert

[3] Die vorhandene Zusammenstellung bei Werner Suerbaum, § 167. L. Coelius Antipater, in: Handbuch der lateinischen Literatur der Antike. Die archaische Literatur, München 2002, S. 430–435 ist nicht vollständig und auch die Abgrenzung der einzelnen Testimonien ist zum Teil für das Verständnis der entsprechenden Inhalte unglücklich gewählt.
[4] Hans Beck/Uwe Walter, Die frühen römischen Historiker II. Von Coelius Antipater bis Pomponius Atticus, Darmstadt 2004.
[5] Martine Chassignet, L'annalistique romaine. tome II. L'annalistique moyenne (fragments), Paris 2003.
[6] Wolfgang Hermann, Die Historien des Coelius Antipater. Fragmente und Kommentar, Miesenheim am Glan 1979.
[7] Hermann Peter, Historicorum Romanorum Reliquiae, Bd. 2, Leipzig 1906.

werden.[8] Ebenso wird in diesem Zusammenhang ein Fokus auf die oft problematische Abgrenzung einzelner Fragmente gegenüber den Äußerungen des zitierenden Autors selbst gelegt. Darüber hinaus liegt bei der Behandlung der Fragmente ein besonderes Augenmerk auf dem Kontext der Fragmente und deren Implementierung in der Textstruktur des zitierenden Textes.

Ausgehend davon wird dann versucht, den Aufbau und die Gliederung des Werkes zu fassen, wobei allerdings die oft unbekannte Position des Fragmentes im ursprünglichen Werk eine weitere Hürde darstellt, die teilweise leider keine sicheren Schlüsse zulässt. Erschwerend kommt noch hinzu, dass bisweilen unklar ist, ob der jeweilige zitierende Autor wirklich das Werk vorliegen hatte oder nur Epitome – also Auszüge aus dem Werk – oder andere inhaltliche Zusammenfassungen.

Im Anschluss an diese Untersuchungen der einzelnen Fragmente soll beleuchtet werden, ob sich im Werk des Coelius Antipater Reflexe seiner Zeit greifen lassen und inwieweit das zuvor dargestellte soziopolitische Umfeld das Werk beeinflusst hat. Auch die von Coelius Antipater benutzten Quellen werden einer eingehenden Betrachtung unterzogen, um weitere Aspekte für die Arbeitsweise des Autors zu gewinnen. In weiterer Folge werden die Fragmente noch auf eine mögliche aus ihnen erschließbare Intention des Autors durchleuchtet und es wird versucht, zu klären, welches Publikum er mit seinem Werk erreichen wollte. Dabei wird es auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der zurzeit herrschenden communis opinio kommen, deren zu Grunde liegende Annahmen dekonstruiert und gegebenenfalls revidiert werden.

Ein weiterer wichtiger Teil dieser Diplomarbeit befasst sich mit der literarischen Gestaltung der Erinnerung an die Vergangenheit[9] durch Coelius Antipater. Dabei wird auch betrachtet, inwieweit er sich dabei von anderen den Zweiten Punischen Krieg behandelnden Geschichtswerken, von denen allerdings der Großteil auch nur mehr in Fragmenten erhalten ist und daher sehr ähnliche Probleme aufwirft, unterscheidet. Um diese Einschätzung treffen zu können werden die Fragmente des Coelius Antipater mit den entsprechenden Passagen bei den anderen Autoren, zum Beispiel Polybios oder Appian von Alexandrien verglichen.

Anhand der Ergebnisse der vorhergehenden Analyse der Fragmente des Coelius Antipater wird abschließend eine Einschätzung seines Gesamtwerkes gezogen. Dabei soll der Blick zuerst auf die Ursache und Bedeutung seiner Wahl des Zweiten Punischen Kriegs

---

[8] Zur Problematik der einzelnen Fragmentsammlungen vgl. z. B. die Rezensionen von Christina Kraus, in: *The Classical Review. New Series* 55 (2005), No. 2, S. 508–511 und S. J. Northwood, in: *The Journal of Roman Studies* 96 (2006), S. 243 zu: Hans Beck/Uwe Walter, Die frühen römischen Historiker II. Von Coelius Antipater bis Pomponius Atticus, Darmstadt 2004 oder die Rezension von John Briscoe, in: *The Classical Review New Series* 30 (1980), No. 2, S. 208–210 zu: Wolfgang Hermann, Die Historien des Coelius Antipater. Fragmente und Kommentar, Miesenheim am Glan 1979.

[9] vgl. dazu Uwe Walter, *Memoria* und *res publica*, Frankfurt 2004, S. 19.

als das Thema seines Werkes gerichtet werden. Anschließend wird auch auf die Frage eingegangen werden, warum es bei ihm zu einer Wendung von den zuvor vorherrschenden Gesamtgeschichten hin zur historischen Monographie kam. Diese Frage ist auch von einem forschungsgeschichtlichen Hintergrund interessant, da sie ein Desiderat der Forschung darstellt. Zwar wurde meist die Entstehung einer neuen „Literaturgattung" hervorgehoben, doch die dafür angegeben Gründe sind entweder nur vage Vermutungen oder unzureichende, dieses komplexe Phänomen nicht ausreichend erklärende Hypothesen.

**Manuel Pohl** studiert Alte Geschichte und Altertumskunde und ist studentischer Mitarbeiter am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik der Universität Innsbruck. Manuel.Pohl@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Manuel Pohl, Coelius Antipater: Person und Werk, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 423–426, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Die österreichische Militärgrenze

**Christoph Pöll**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Ao.Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Gunda Barth-Scalmani/o.Univ.-Prof.in Dr.in Brigitte Mazohl/Priv.-Doz. Mag. Dr. Kurt Scharr

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: Varia

**Abstract**
**The Austrian Military Frontier**

The following essay will cover the so-called Austrian Military Frontier in the Balkans. One should be made aware that in contrast to the Iron Curtain of the second half of the 20th century, this frontier was not a physical line of demarcation separating the Habsburg and Ottoman regions. Rather, it was an area within the Austrian Habsburg Empire in which the inhabiting population benefited greatly from numerous bestowed privileges. Although the frontier existed only until 1881, the long-lasting consequences of the Habsburg-influence – such as religious freedom granted to those residing in the area – led directly to the Yugoslavian Civil War of the 1990s.

## Einleitung

Die österreichische Militärgrenze, auch „Confin Militares“ oder „Vojnička granica“ genannt, war keine Grenze im Sinne einer klaren Demarkationslinie zwischen zwei benachbarten Ländern, sondern eine Grenzregion zwischen den habsburgischen Gebieten und dem Osmanischen Reich. Eines der zentralen Charakteristika war allerdings die Ausbildung eines eigenen Territoriums, in welchem die Bevölkerung in eine militärische

anstelle einer zivilen Verwaltungsstruktur eingebunden war.[1] Die Entstehung der Militärgrenze kann schon mit dem Jahr 1522 festgelegt werden, als erstmals habsburgische Truppen nach Kroatien und Slawonien verlegt wurden. Dies erfolgte als Reaktion auf anhaltende Übergriffe, auch in Friedenszeiten, durch Gruppen aus dem Osmanischen Reich.[2] Durch sukzessive Erweiterungen in Folge territorialer Veränderungen aufgrund von Friedensabkommen zwischen Habsburg und der Hohen Pforte, etwa dem Frieden von Karlowitz 1699 oder dem Frieden von Passarowitz 1718,[3] erstreckte sich die Konfin nach Fertigstellung des siebenbürgischen Abschnittes 1766[4] über eine Distanz von über 1.600 km[5] von der Adria bis in die Bukowina. Dabei umfasste die Konfin 1848 eine Fläche von rund 50.000 Quadratkilometern und beheimatete etwa 1,25 Millionen Menschen, wobei viele von ihnen Flüchtlinge aus Serbien und der Walachei waren.[6] Die Grenze zum Osmanischen Reich war somit keine scharf gezogene Demarkationslinie, an der man das Ende des habsburgischen Einflusses hätte festmachen können, sondern eine Region, deren Funktion sich bis zu ihrem Ende 1881 zudem deutlich wandelte. Hatte zu Beginn noch die Abwehr der osmanischen Raubzüge im Zentrum des Interesses gestanden, so wurde, begünstigt durch den schleichenden Niedergang der Hohen Pforte, auch der Seuchenbekämpfung zusehends eine höhere Bedeutung beigemessen.[7]

Es stellt sich aber schon die grundlegende Frage, welche Gründe die Menschen dazu bewogen haben sich in einer Krisenregion anzusiedeln. Immerhin hatten diese Flüchtlinge ihre Heimat aus Gründen der Sicherheit verlassen. Auf den ersten Blick scheint dies also keine nachvollziehbare rationelle Handlung zu sein, da die ständigen Raubzüge dazu führten, dass eine Abwanderungswelle der alteingesessenen Bevölkerung, verbunden mit einem Verfall bestehender Strukturen, einsetzte.[8] Allem Anschein nach war die Unsicherheit in der Region also sehr hoch. In dieses Vakuum drängten, durch die Errichtung der Militärgrenze begünstigt, andere ethnische Gruppen, vor allem Serben und Walachen,[9] in das sich entvölkernde Gebiet des nördlichen Balkans und siedelten sich

---

[1] Ekkehard Völkl, Militärgrenze und „Statuta Valachorum“, in: Die österreichische Militärgrenze. Geschichte und ihre Auswirkungen, hrsg. v. Gerhard Ernst (Schriftenreihe des Regensburger Osteuropainstituts 8), Regensburg 1982, S. 7–24, hier S. 9.
[2] Ebd., S. 9–11.
[3] Josef Wolf, Die Banater Militärgrenze, ihre Auflösung und ihre Einverleibung in das Königreich Ungarn, Univ. Diss. Innsbruck 1947, S. 13.
[4] Carl Göllner, Die Siebenbürgische Militärgrenze. Ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1762–1851 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 28), München 1974, S. 14.
[5] Wolf, Die Banater Militärgrenze, S. 94.
[6] Hugo Kerchnawe, Die alte k. k. Militärgrenze. Ein Schutzwall Europas (Kleinbuchreihe Südost 21), Wien 1943, S. 24.
[7] Xenia Havadi, Die österreichische Militärgrenze: Staatliche Kontrolle der Grenze im absolutistischen Zeitalter, in: *Geographia napocensis* 3 (2009), Heft 2, S. 72–75.
[8] Völkl, Militärgrenze, S. 10.
[9] Die sogenannte Wallachey befand sich in etwa auf dem heutigen Staatsgebiet Rumäniens und wurde durch die Donau im Süden, den südlichen Karpatenbogen im Norden und Westen begrenzt. Ursprünglich war die Walachei ein Teil des Königreiches Dacien, aus welchem nach dessen Zerfall die Fürstentümer Moldau und die Walachei hervorgingen. Wie auch Siebenbürgen wurde die Walachei zu Ungarn gezählt, geriet aber ab

dort an. [10] Auch in diesem Fall waren push- und pull-Faktoren Auslöser dieser Migrationsströme, wobei in der folgenden Arbeit das Hauptaugenmerk auf die durch Habsburg erzeugten pull Faktoren gelegt werden soll. Da aber Privilegien und Anreize zumeist auch Pflichten nach sich ziehen, ist davon auszugehen, dass sich das Leben der Bevölkerung in der Grenzregion vom Alltag in anderen Regionen des Vielvölkerstaates deutlich unterschied. Als langfristig bedeutsam erwies sich jedoch auch das Ergebnis dieser Migrationsströme. So wurde durch die Errichtung der Konfin und die Vergabe von Privilegien an die Siedler die ethnische Zusammensetzung der Region nachhaltig beeinflusst. Es bleibt somit noch zu klären, wie sich die Militärgrenze auf lange Sicht hinsichtlich der Stabilität des nördlichen Balkans auswirkte.

## 1. Die Entstehung und der Verlauf der Militärgrenze

Das Sprichwort „Rom wurde nicht an einem Tag erbaut“ trifft ebenso auf die Entstehung der „Konfin Militares“ zu. Von den Anfängen, der Entsendung erster habsburgischer Truppen nach Kroatien und Slawonien im Jahre 1522, bis zur Fertigstellung des siebenbürgischen Abschnittes 1766[11] liegen rund 244 Jahre. Dazu werden im Folgenden zwei Abschnitte der Militärgrenze, der kroatisch-slawonische und der banater Abschnitt, genauer beleuchtet werden.

### 1.1 Die kroatisch-slawonische Militärgrenze

Ältester Abschnitt der „confinium militare“ war der kroatisch-slawonische Abschnitt, welcher sich anfänglich von Rijeka bis nach Varašdin erstreckte.[12] Auslöser für die Entsendung von etwa 3.000 habsburgischen Fußtruppen in den nördlichen Balkan war letztlich der langsame Niedergang Ungarns, wobei vor allem die finanzielle Misere der Ungarn zu einer Schwächung der militärischen Abwehrkräfte in Kroatien führte. Dadurch weiteten sich in der Folge die anhaltenden Raubzüge der Osmanen und ihrer Vasallen vermehrt auf Innerösterreich, besonders aber auf die Steiermark, Krain und Kärnten aus und betrafen damit direkt habsburgisches Territorium.[13] Ungarn konnte, aus innerösterreichischer Sicht betrachtet, seine Funktion als Schutzwall gegen den Feind aus dem Südosten nicht mehr länger erfüllen. Obwohl die Zahl der regulären habsburgischen Truppen an der kroatisch-slawonischen Grenze auch später immer in einem überschaubaren Rahmen blieb und Verstärkungen aufgrund der Konfrontationen mit Frankreich andernorts dringender benötigt wurden, konnten die schwachen Kräfte zumindest

1455 unter Osmanische Herrschaft. Die Bewohner der Landschaft wurden größtenteils dem griechisch-orthodoxen Glauben zugerechnet, ihre Sprache jedoch oftmals als „Mischmasch“ oder „verdorbene lateinische Sprache“ bezeichnet. o. A., Wallachey, in: Johann Heinrich Zedler (Hrsg.) Großes vollständiges Universal-Lexikon, Band 52, Halle und Leipzig 1732–1754 ²1998, S. 1618–1626.

[10] Kerchnawe, Die alte k. k. Militärgrenze, S. 13–14.

[11] Göllner, Die Siebenbürgische Militärgrenze, S. 32.

[12] Gunther Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien 1970, S. 35.

[13] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 25–26.

größere Angriffe der Osmanen abwehren sowie die Anzahl der Raubzüge nach Innerösterreich eindämmen.[14] Um der ständigen Bedrohung durch einfallende Horden endgültig Herr zu werden, hätten die vorhandenen regulären Truppen allerdings deutlich aufgestockt werden müssen. Genau dies sprengte jedoch den Rahmen des finanziell Machbaren der Habsburger bei weitem, da die kleinen und schnellen feindlichen Gruppen die Grenze in ihrem gesamten Verlauf gefährdeten. Das führte dazu, dass es trotz der Präsenz regulärer habsburgischer Truppen verschiedenen osmanischen Einheiten wiederholt gelungen war durch das weitmaschige Verteidigungsnetz zu schlüpfen und sich am Eigentum der Zivilbevölkerung schadlos zu halten. Als Folge der ständigen Bedrohung setzte schon am Beginn des 16. Jahrhunderts eine Abwanderungsbewegung aus den ständig bedrohten Gebieten des Grenzlandes ein, wobei neben der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung auch sukzessive Grundherrschaften aufgelöst, sowie Schlösser und Burgen an Habsburg abgetreten wurden. In der Folge wurde das Grenzgebiet schrittweise bis zum Ende des 16. Jahrhunderts aus dem Zuständigkeitsbereich des Banus herausgelöst und einem „Grenz-Obristen“ übertragen, dessen Kompetenzen sich auch auf zivile Belange erstreckten.[15]

Aus Mangel an Alternativen bediente man sich auf habsburgischer Seite einer anderen, hauptsächlich finanziell verträglicheren Möglichkeit zur Sicherung der Grenze. Schon ab der Mitte des 15. Jahrhunderts, in Folge des osmanischen Vormarsches auf dem Balkan, hatte ein Exodus der vorwiegend katholischen Bevölkerung, auch Uskoken[16] genannt, aus den betroffenen Gebieten, vor allem Bosniens, Dalmatiens und Serbiens, in Richtung Kroatien eingesetzt.[17] Diese Flüchtlinge wurden gezielt in Nähe der Hauptstützpunkte, deren Besatzungen aus habsburgischen Truppen bestanden, in befestigten Anlagen angesiedelt.[18] Somit entstand nach und nach ein engmaschiges Netz, wodurch die Verteidigung weitaus effizienter organisiert werden konnte. Hauptverantwortlich für diese Effizienzsteigerung war die große Anzahl an Flüchtlingen und deren Eingliederung als „Wehrbauern“ in militärische Aufgaben, wie den Kriegsdienst.[19]

Eine dieser Uskoken-Gruppen, rund dreitausend Flüchtlinge, siedelte sich beispielsweise 1535 in der zerstörten Region Žumberak (dt. Sichelburg) an. Als Gegenleistung für den ständigen Militärdienst erhielten die Uskoken ein Stück erbliches Land, waren weitestgehend von der Steuerlast entbunden und keinem Lehensherrn verpflichtet.[20] Dass aber

[14] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 27.
[15] Völkl, Militärgrenze, S. 10–11.
[16] Unter Uskoken, abgeleitet vom serbo-kroatischen Verb „uskoči“ (fliehen), wurden Flüchtlinge aus den osmanisch-besetzten Gebieten verstanden. Vor allem bis 1579 wanderten Menschen aus Kroatien und Bosnien, überwiegend Katholiken, in das Gebiet der entstehenden Militärgrenze ein. Völkl, Militärgrenze, S. 14.
[17] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 33–35.
[18] Völkl, Militärgrenze, S. 11–12.
[19] Ebd., S. 11.
[20] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 34.

der ständige Kriegsdienst durchaus eine enorme Belastung war, lässt sich daran erkennen, dass trotz eines Waffenstillstandsabkommens im Jahr 1566 kleinere Auseinandersetzungen, im modernen Militärjargon eher als „Kommando-Unternehmen“ bezeichnet, zwischen den Grenzern und osmanischen Gruppen weiterhin anhielten.[21] Die Wehrbauern hatten also auch in Friedenszeiten immer wieder die Last von Auseinandersetzungen zu tragen.

Erst 1578 hatten sich die Verhältnisse innerhalb der kroatisch-slawonischen Militärgrenze, deren Mittelpunkt die Festung Karlovac (dt. Karlstadt) bildete, weitestgehend stabilisiert. Obwohl auch in den folgenden Jahren noch einige Städte und Ortschaften, wie etwa Bihač 1592 oder Krupa 1593 unter osmanische Herrschaft gerieten, verfestigte sich der Verlauf der Grenze nach und nach. Von osmanischer Seite ging man sogar dazu über, die Strukturen der österreichischen Militärgrenze zu übernehmen, um sich selbst gegen die Überfälle der österreichischen Uskoken zu schützen. Erst durch den Frieden von Karlowitz 1699 erfuhr die Grenze eine umfangreiche Ausweitung nach Süden hin und verlagerte sich im Bereich der slawonischen Militärgrenze bis an die Save. [22]

### 1.2. Entstehung und Funktion der Banater Militärgrenze

Nachdem schon im Frieden von Karlowitz 1699 einige Gebiete des nördlichen Banates an Österreich gefallen waren, etwa Lugos und Lippa, wurde unverzüglich mit der Errichtung einer ersten Banater Militärgrenze in den Jahren 1700 bis 1702 begonnen. Die sogenannte Theiss-Maroscher Grenze hatte ihre Endpunkte in Titel an der Theiss und im siebenbürgischen Arad. Ihr Verlauf entlang der beiden Flüsse Theiss und Marosch umfasste den Banat somit im Norden und Osten.[23]

Schon wenige Jahre später kamen durch den Frieden von Passarowitz 1718 jedoch beträchtliche Gebietszuwächse hinzu. So musste das Osmanische Reich mit einem Schlage das nördliche Bosnien, Serbien mit der Hauptstadt Belgrad, Teile der kleinen Walachei und den Banat an Österreich abtreten.[24] Dies führte insofern zu einem Problem, da die bereits vorhandene Theiss-Maroscher Grenze fortan zu weit im Hinterland lag, um einen wirksamen Schutz gegen die türkischen Überfälle bieten zu können. Daher plante der Gouverneur des Banates, Graf Mercy,[25] schon 1717[26] die bereits vorhandene Grenze und die dort ansässigen Grenzer kurzerhand an die Donau zu verlegen. Jedoch ließ sich

[21] Völkl, Militärgrenze, S. 13. Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 41.
[22] Völkl, Militärgrenze, S. 11–14.
[23] Rudolf Gräf, Die wirtschaftliche und soziale Auswirkung der Organisierung der Banater Militärgrenze im ländlichen und urbanen Raum, in: *Romanian journal of population studies* 5 (2011), S. 37.
[24] Wolf, Die Banater Militärgrenze, S. 13–16.
[25] Claudius Florismund Graf von Mercy (1666–1734) wurde 1718 zum ersten Gouverneur des Temesvarer Banats und Chef der österreichischen Militärverwaltung. Graf Mercy verstarb in Crocetta vor den Toren Parmas. Helmut Neuhaus, Mercy, Claudius Florismund Graf von, in: Neue Deutsche Biographie, 1994, [http://www.deutsche-biographie.de/sfz61889.html], eingesehen 4.4.2012.
[26] Wolf, Die Banater Militärgrenze, S. 35.

das Vorhaben, auch aufgrund der ablehnenden Haltung der Grenzer selbst, nicht verwirklichen.[27] So war die, eigentlich physisch noch nicht vorhandene Banater Grenze, faktisch ungesichert. Diesen Umstand nutzten osmanische Truppen während des österreichisch-türkischen Krieges von 1737-1739 und verwüsteten die Gegend um Orsova.[28] Durch den Belgrader Frieden von 1739 musste Österreich viele Gebiete südlich der Donau und Save, inklusive Belgrad und Orsova, wieder an die Hohe Pforte abtreten.[29]

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen begann man erst 1742 mit der Erbauung erster Wachhäuser am Nordufer der Donau.[30] Das Grenzgebiet wurde jedoch erst 1766 von der Zivilverwaltung an die Militärverwaltung übergeben. Bis zur Umsiedlung der Grenzer aus der Theiss-Maroscher Grenze in das neue Gebiet vergingen allerdings noch weitere vier Jahre.[31] Im Unterschied zur kroatisch-slawonischen Militärgrenze wurden an der Banater Grenze jedoch auch achthundert deutsche Invaliden aus den Invalidenhäusern in Wien, Prag, Pest und Pettau angesiedelt. Die bereits ansässigen serbischen Familien stellte man vor die Wahl, ob sie der Zivil- oder Militärverwaltung angehören wollten. Jene, welche sich nicht für die Militärverwaltung entschieden, mussten nach Einbringung der Ernte das Gebiet verlassen. Dazu kamen letztlich noch weitere Serben und Walachen aus den osmanisch besetzten Gebieten.[32] Im Rahmen des österreichisch-türkischen Krieges von 1788 bis 1791, der mit dem Frieden von Sistowa endete, hatten aber besonders die Grenzer einen äußerst hohen Blutzoll zu entrichten. Den einzigen Gebietsgewinn für Österreich in diesem langen und verlustreichen Krieg stellte der Ort Orsova dar. Um die neuerlich stark ausgedünnten Reihen der Siedler wieder aufzufüllen, wurden vorwiegend serbische Siedler, teilweise sogar ganze Dörfer, angeworben.[33] Wie auch an der kroatisch-slawonischen Militärgrenze kam auch im Banat serbischen Siedlern eine tragende Rolle zu. Erwähnenswert ist, dass in diesem Abschnitt neben Serben und Walachen auch deutsche Grenzer in großem Umfang angesiedelt wurden, wodurch sich die ethnische Vielfalt in der Region zusätzlich erhöhte.

Neben der Abwehr militärischer Übergriffe hatten die Grenzer im Rahmen des Kordondienstes ab der Mitte des 18. Jahrhunderts auch darauf zu achten, dass sich Seuchen nicht auf österreichisches Gebiet ausbreiten konnten.[34] Zu diesem Zwecke existierten im gesamten Verlauf der Banater Militärgrenze sogenannte „Kontumaz-Stationen“, wo Reisende aus dem Osmanischen Reich, Serbien und der kleinen Walachei

[27] Wolf, Die Banater Militärgrenze, S. 18.
[28] Ebd., S. 18–20.
[29] Ebd., S. 21.
[30] Ebd., S. 22.
[31] Ebd., S. 36–27.
[32] Ebd., S. 38–42.
[33] Ebd., S. 50–53.
[34] Havadi, Staatliche Kontrolle der Grenze, S. 75–76.

eine bestimmte Anzahl an Tagen zu verweilen hatten.[35] Aber auch für die Grenzer selbst entwickelte sich eine umfangreiche Infrastruktur im Bereich des Gesundheitswesens. So bestand etwa in Caransebes (dt. Karansebesch) ein Krankenhaus unter Aufsicht des Regimentskommandanten, in dem sich die Grenzsoldaten, im Gegensatz zu Beamten und Schülern, in Friedens- wie auch Kriegszeiten unentgeltlich behandeln lassen konnten. Des Weiteren bestand die Möglichkeit, sich in Herkulesbad auf Kur zu begeben, wobei die Aufenthaltszeit strikt nach Kompanien geteilt war.[36]

### 1.3. Das Zusammenleben der ethnischen Gruppen auf lokaler Ebene

In diesem Zusammenhang stellt sich die interessante Frage, wie sich diese Vielfalt auf das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien innerhalb der Siedlungen auswirkte. Lebten die Siedler ungeachtet ihrer Herkunft und Abstammung in den Dörfern der Militärgrenze Tür an Tür oder doch getrennt voneinander in ethnisch homogenen Dörfern? Für die Gebiete der österreichischen Militärgrenze auf dem Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawiens liegen in dieser Hinsicht einige Untersuchungen vor. Trotz der räumlichen Distanz zwischen der Banater und der slawonischen Militärgrenze waren beide Regionen ähnlichen Rahmenbedingungen, den Einflüssen der Militärgrenze, ausgesetzt und sind daher miteinander vergleichbar.

Im Falle der Region Brčko, im nördlichen Bosnien-Herzegowina gelegen, setzte sich die Bevölkerung aus Katholiken, Orthodoxen und Muslimen zusammen. Vor allem aber das Vorhandensein orthodoxer Gruppen, in beiden Fällen handelt es sich um Serben und Walachen, bietet die Möglichkeit, beide Regionen miteinander zu vergleichen. Die im Rahmen der Volkszählung des Jahres 1991 erhobenen Daten ergaben schließlich, dass sämtliche Ortschaften der Region von eindeutigen ethnischen Mehrheitsverhältnissen geprägt waren. In einigen Fällen waren tatsächlich ethnisch homogene Siedlungen vorhanden.[37]

Obwohl im Falle Brčkos 1991 die zunehmende Polarisierung der ethnischen Gruppen diese Strukturen noch weiter verstärkt haben könnte, so kann dies dennoch nicht als Ursache für die Entstehung dieses speziellen Siedlungsmusters herhalten, da Veränderungen in der Siedlungslandschaft vor allem in Friedenszeiten das Ergebnis einer langfristigen Entwicklung darstellen. Vielmehr, so scheint es, zogen es die Bewohner der Region vor, sich in Nähe der eigenen ethnischen Gruppe niederzulassen. Im Falle der orthodoxen Siedler war dies in erster Linie eine Folge der Zadruga, der sogenannten Hauskommunion, auf welche später noch genauer einzugehen sein wird. Dabei lebten

[35] Gräf, wirtschaftliche und soziale Auswirkung, S. 44.
[36] Ebd., S. 44.
[37] Bosnjo, Etnička struktura DANAšNJEG Brčko Distrikta po popisu 1991, godine, 9.6.2010, [http://bosnia infocentar. phpbb3 now.com/viewtopic.php?f=49&t=344], eingesehen 10.5.2012.

mehrere Familien auf Basis von Blutsverwandtschaft unter einem Dach und bewirtschafteten den familiären Besitz gemeinsam, was wiederum die Entstehung größerer ethnisch homogener Siedlungen begünstigte.[38] Da sich aber auch die serbischen und walachischen Siedler der Banater Militärgrenze auf diese Weise organisierten, kann das Vorhandensein eines ähnlichen Siedlungsmusters auch im Banat angenommen werden. Aus Sicht der deutschen Siedler kam jedoch noch ein weiterer praktischer Grund, die sprachliche Barriere zu den anderen ethnischen Gruppen, hinzu. So gab die Ansiedlung in geschlossenen und ethnisch homogenen Siedlungen den Menschen in vielerlei Hinsicht Schutz und Sicherheit.

Es erscheint somit als logische Konsequenz, dass die Ortschaften innerhalb der Militärgrenze nicht durch ein enges Miteinander der ethnischen Gruppen gekennzeichnet waren. Als viel wahrscheinlicher kann die Ausprägung eines polygonähnlichen Siedlungsmusters mit ethnisch homogenen Siedlungen angenommen werden.

## 2. „Rechte und Pflichten der Siedler“

Es lässt sich anhand der beiden exemplarisch dargestellten Abschnitte der Militärgrenze erkennen, dass die bevölkerungsarme Region hauptsächlich von der Zuwanderung aus den von den Osmanen besetzten Gebieten profitierte. Dies führt allerdings zu der Frage, welche Anreize vorhanden waren, damit sich diese Menschen in einer ständig von Kriegszügen, Plünderungen und Brandschatzungen heimgesuchten Gegend niederließen.

### 2.1. Die Privilegien der Uskoken

Wie bereits erwähnt, erbat im Jahre 1535 eine Gruppe von über dreitausend Uskoken von Erzherzog Ferdinand[39] das Recht, sich nahe der zerstörten Stadt Sichelburg anzusiedeln.[40] Zu ihren Pflichten zählten neben dem ständigen Militärdienst auch die Errichtung von Abwehranlagen, wie Wachtürmen oder Sperren, welche auch von ihnen zu besetzen waren. Um trotz der umfangreichen Aufgaben auch Anreize dafür zu schaffen, dass sich diese Uskoken dauerhaft in Nähe der gefährdeten Städte niederließen, gewährte ihnen Erzherzog Ferdinand noch im selben Jahr erste Privilegien. So wurde allen Familien jeweils ein Stück Land zugewiesen und eine Steuerbefreiung auf zwanzig Jahre versprochen. Erst nach Ablauf dieser Frist sollten die Siedler einen geringen Pachtzins an den Landesherren, im Grunde dem Militärverwalter und damit dem Kaiser,

[38] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 66.
[39] Ferdinand I. (1503–1564) wurde 1527, ein Jahr nach seiner Wahl zum König in Preßburg, in Stuhlweißenburg zum König von Ungarn gekrönt und begründete damit auch in Ungarn den habsburgischen Herrschaftsanspruch, so dass später das Jahr 1526 mit Recht als das Datum der Vereinigung der österreichischen Ländergruppe mit den Ländern der Wenzels- und Stephanskrone und damit als Geburtsdatum der späteren Donaumonarchie, angesehen wurde. Adam Wandruszka, Ferdinand I., in: Neue Deutsche Biographie, o. J., [http://www.deutsche-biographie.de/sfz56884.html], eingesehen 4.4.2012.
[40] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 34–36.

entrichten. Im Gegenzug dafür wurden die vergebenen Grundstücke allerdings erblich. Der gewichtigste Unterschied zu den Bauern außerhalb der Militärgrenze war jedoch, dass diese Uskoken keinem Lehensherren, sondern nur dem Kaiser verpflichtet waren.[41]

Auch in militärischer Hinsicht verfügten diese Uskoken über eine Vielzahl an Privilegien. So wurden sie in Gruppen zu je zweihundert Mann zusammengefasst und konnten ihre Anführer, genannt Woiwoden, selbst bestimmen. Diese wurden schließlich auch von der Militärverwaltung besoldet. Im Gegensatz dazu wurden die Gemeinen an der, bei Raubzügen in den osmanischen Gebieten eroberten, Beute beteiligt, wobei ein Teil der Beute für Lösegelder einbehalten wurde, um etwaige Gefangene auszulösen.[42] Dass diese ständigen Raubzüge der Grenzer der Hohen Pforte zusehends ein Dorn im Auge waren, belegen diverse Zusatzklauseln im Vertrag von 1547, indem der Sultan mit Nachdruck die Einstellung derselben forderte. Daraufhin forderte Erzherzog Ferdinand seine Beamten in der Steiermark und in der Krain auf, gezielt weitere Uskoken anzusiedeln, um den Druck auf Bosnien weiter zu erhöhen.[43]

Für die Uskoken stellten die Privilegien trotz der ständigen Gefahr dennoch eine Verbesserung ihrer Stellung dar. So war man keinem Lehensherrn verpflichtet, sondern unterstand einzig der Militärverwaltung und damit dem Kaiser. Aber auch die Aussetzung der Steuer und die Aussicht auf Beute, allem Anschein nach sogar auf große Mengen an Beute, spielten eine wesentliche Rolle. Daher bezeichnete man sich auch gerne als „Grenzer“, um einerseits auf militärische Erfolge, aber auch, um auf eine rechtliche Sonderstellung hinzuweisen.

### 2.2. Die „statuta valachorum“

An der Wende zum 17. Jahrhundert setzte schließlich eine weitere, noch umfangreichere Zuwanderung in die Militärregion ein. Diese Siedler, zumeist Serben und Walachen, stammten jedoch nicht aus dem näheren Umfeld der Konfin, sondern aus Serbien und der Kleinen Walachei und wurden teilweise gezielt in ihrer Heimat angeworben.[44] Angesiedelt wurden die Neuankömmlinge meist in Gruppen, auch Walachen-Dörfer genannt, auf dem von Adel und Kirche verlassenen Boden.[45] Dieser Bevölkerungszuwachs, in Kombination mit einer Stabilisierung der Verhältnisse, führte schließlich auch zu steigendem Interesse der ehemaligen Besitzer, ihre Grundherrschaft, wenn auch aus der Ferne, wieder aufzunehmen.[46]

[41] Völkl, Militärgrenze, S. 16.
[42] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 34.
[43] Ebd., S. 36.
[44] Völkl, Militärgrenze, S. 16.
[45] Ebd., S. 16–17.
[46] Ebd., S. 17.

Um die Rechte und Pflichten der Grenzer endgültig festzulegen, erließ Kaiser Ferdinand II. 1630 die „statuta valachorum“. Daher wurde den Walachen zugestanden, ihre Dorfvorsteher, die Knezen, und ihre militärischen Anführer, die Woiwoden, selbst zu wählen. Dafür hatten jedoch alle Männer über achtzehn Jahren ständigen Wehrdienst zu leisten und mussten bei Gefahr binnen zwei Stunden einsatzbereit sein. Interessanterweise wurde auch eine Regelung für Einsätze außerhalb der Militärgrenze getroffen, indem bei Einsätzen ab einer Dauer von acht Tagen auch für die Gemeinen eine Besoldung vorgesehen war.[47] Dieser Passus war bei den Privilegien der Uskoken noch nicht berücksichtigt worden, zeigte aber klar die künftige Richtung an. Wien plante offensichtlich eine schnelle, kampferfahrene und billige Truppe als eine Art „Front-Feuerwehr“ im gesamten Reich einzusetzen. Damit werden auch die Beweggründe Kaiser Ferdinands II. klar erkennbar und die Verleihung der „statuta valachorum“ stehen mit dem Verlauf des Dreißigjährigen Krieges und dem damit verbundenen Bedarf an Soldaten in unmittelbarem Zusammenhang.

Aber neben diesen militärischen Rechten und Pflichten gab es noch einige, für die Bevölkerung weitaus bedeutendere Artikel in den „statuta valachorum“, die Grundfreiheiten. Dies waren die Religionsfreiheit, die Freiheit von grundherrschaftlichen Bindungen und Bewahrung gesellschaftlicher Organisations- und Wirtschaftsformen. So durften Walachen, welche oftmals Transhumanz[48] betrieben, ausdrücklich die Grenze mit ihrem Vieh überschreiten.[49]

Besonders die Erhaltung gesellschaftlicher Organisationsformen darf aber nicht als „Geschenk des Kaisers“ erachtet werden. So war im Herkunftsgebiet der Siedler, vor allem in Serbien, die Zadruga weit verbreitet. Dabei handelte es sich um einen hierarchisch organisierten und genossenschaftlich geführten Verband von mehreren Familien auf Verwandtschaftsbasis, welcher die unterste Lebens- und Wirtschaftseinheit bildete. Durch das hohe Maß an Arbeitsteilung dieser Organisationsform konnten Männer dem Militärdienst nachgehen, während Frauen die anfallende Arbeit auf dem Hofe erledigten.[50] Für die Militärverwaltung konnte es also nur von Vorteil sein, diese Struktur zu erhalten.

---

[47] Kurt Wessely, Die österreichische Militärgrenze. Der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Abendlandes gegen die Türken (Göttinger Arbeitskreis Schriftenreihe 43), Kitzingen am Main 1954, S. 14–15; Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 66.

[48] Als Transhumanz bezeichnet man den jahreszeitlichen Wechsel von Weideflächen. Im mediterranen Raum erfolgt dieser Wechsel dabei in vertikaler Richtung von der Winterweide im Tiefland zu der Sommerweide in den Gebirgen. Im Unterschied zum Nomadismus begleitet aber nicht der Besitzer, sondern einer seiner Angestellten die Herde bei den Wanderungen. Ulrike Grabski-Kieron, Geographie des ländlichen Raumes, in: Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, hrsg. v. Hans Gebhardt/Rüdiger Glaser/Ulrike Radtke/Paul Reuber, Heidelberg ²2011, S. 844.

[49] Völkl, Militärgrenze, S. 19–20.

[50] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 66.

Daher wurden im 18. Jahrhundert weitere Vorschriften erlassen, um die eigenmächtige Familien- und Besitzteilung zu unterbinden.[51] Es lässt sich klar erkennen, dass die „statuta valachorum“ auf die bereits vorhandenen Privilegien der Uskoken aufbauten. Bestehende Rechte und Pflichten der Grenzer wurden jedoch stark erweitert, vor allem hinsichtlich militärischer Aspekte. Ursprünglich waren die Statuta lediglich für die walachische Bevölkerung in der slawonischen Grenze vorgesehen, wurden in der Folge aber auf die gesamte Bevölkerung, also auch auf die in den Städten der Militärgrenze lebenden Kroaten, und die kroatische Grenze ausgeweitet und erlangten somit allgemeine Gültigkeit.[52] Im Zuge territorialer Hinzugewinne und der Errichtung weiterer Grenzabschnitte, wie der Banater Militärgrenze 1742, wurde die Statuta erst abgeändert und später durch weitere Gesetze, etwa die Militärgrenzrechte 1754, gänzlich ersetzt.[53]

Besonders durch die Vielzahl an Privilegien waren die Grenzer gegenüber den Bauern in den restlichen habsburgischen Gebieten deutlich bessergestellt. Aus dem Bewusstsein heraus eine besondere Rolle innezuhaben, die Verfügung über eigenes Land und die Freiheit von Grundherrschaft, entstand letztlich eine eigene „Grenzer-Identität“, welche sich durch eine besonders ausgeprägte Treue zum Haus Habsburg äußerte.[54]

## 3. Das Ende der Militärgrenze

Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts begann sich die Funktion der Militärgrenze sukzessive zu wandeln. Anstelle der Abwehr plündernder Horden traten nun andere Aspekte und Bedrohungen in den Vordergrund. Schon mit dem Frieden von Passarowitz 1719 wurden die Aufgaben der Grenzer um die Seuchenbekämpfung erweitert, auch wenn diese Aufgaben vorerst nur Nebenaufgaben darstellten.[55]

Nachdem unter Maria Theresia die Militärgrenze weiter ausgebaut wurde und sich bis in die Bukowina erstreckte, stand Habsburg eine geschlossene, militärisch organisierte Grenzregion zur Verfügung. Da aber die militärische Bedrohung aus dem Osmanischen Reich mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts stark abgenommen hatte, mit der Gefahr von Seuchen aber andere Gefahren nach wie vor akut waren, wandelte sich auch die Funktion der Militärgrenze. So entstanden schon Mitte des 18. Jahrhunderts erste Quarantänestationen, wobei die größte und für Österreich wohl bedeutendste in Zemun entstand, da dort ein Großteil der Waren aus und nach Konstantinopel gehandelt wurden.[56] Der Pest-

[51] Völkl, Militärgrenze, S. 21.
[52] Ebd., S. 21.
[53] Ebd., S. 22.
[54] Catherine Horel, Soldaten zwischen Nationalen Fronten. Die Auflösung der Militärgrenze und die Entwicklung der königlich-ungarischen Landwehr (Honved) in Kroatien und Slawonien 1868–1914 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 31), Wien 2009, S. 24.
[55] Havadi, Staatliche Kontrolle der Grenze, S. 75.
[56] Ebd., S. 75–76.

Kordon wurde allerdings erst durch das von Maria Theresia erlassene „Pest-Kontumaz-Patent“ im Jahre 1770 eingeführt.[57]

Die Quarantänestationen sollten den Grenzübertritt einerseits erleichtern, andererseits aber den ungeregelten Kontakt zwischen den diesseitigen und den aus dem osmanischen Reich kommenden Waren und Personen verhindern. So mussten Menschen und Waren entsprechend den Bestimmungen sanitären Untersuchungen und Reinigungen unterzogen werden.[58] Durch weitere Aufgaben der Grenzer, wie der Unterbindung des teilweise florierenden Schmuggels,[59] hatte sich die Militärgrenze spätestens nach dem Sturz Napoleons endgültig von einer Verteidigungseinrichtung hin zu einer Institution für Seuchenprävention und Bekämpfung des Schleichhandels entwickelt.[60] Als kostengünstiges Reservoir an gut ausgebildeten Soldaten behielt die Militärgrenze allerdings auch weiterhin ihre Bedeutung, da die Grenzer vorwiegend an anderen Krisenherden eingesetzt wurden. Die Militärgrenze war nach den napoleonischen Kriegen lediglich aufgrund der ständigen Wehrpflicht von zentraler Bedeutung für Österreich, wogegen sie aus wirtschaftlicher Sicht zusehends ein Hemmnis darstellte.

Das Revolutionsjahr 1848/49, auf das im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden kann, führte letztlich zum Ende der Militärgrenze. Vor allem aber spielte die kaisertreue Haltung des Banus Jellaćić[61] eine tragende Rolle. Nachdem der König, durch ungarische Forderungen veranlasst, den Banus Jellaćić absetzte, eskalierte die Situation zwischen Ungarn und Kroaten endgültig, wodurch an eine Einigung auf politischer Ebene nicht mehr zu denken war. [62]

Zudem kam es zu einem Schulterschluss zwischen Kroaten und den Serben der Banater Militärgrenze, deren Forderungen nach Autonomie innerhalb Ungarns von Budapest äußerst rüde abgewiesen wurden.[63] Nachdem Jellaćić am 4. September vom König wieder als Banus eingesetzt wurde, überschritt er am 11. September 1848 mit einer kroatischen Armee die Grenze zu Ungarn.[64] Obwohl das Vorhaben aus militärischer Sicht nicht den erhofften Erfolg brachte und sich die Kroaten noch am 9. Oktober nach Wien zurückziehen mussten, hatte dies weitreichende Auswirkungen für die Militärgrenze.[65] Aus Sicht der Ungarn konnte die Initiative des Banus nur als

[57] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 118.
[58] Havadi, Staatliche Kontrolle der Grenze, S. 76.
[59] Ebd., S. 76–77.
[60] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 172.
[61] Josef Jellačič de Buzim (1801–1859) war eine der zentralen Persönlichkeiten des Revolutionsjahres 1848/49. Am 1. September überschritt er mit einer kroatischen Armee die ungarische Grenze und marschierte in Richtung Pest. Nach Niederlagen bei Pakzod und Ozora mussten sich die Kroaten jedoch nach Wien zurückziehen. o. A., Jellačić de Buzim, Josef, in: Allgemeine Deutsche Biographie, o. J., [http://www.deutsche-biographie.de/pnd118776088.html?anchor=adb], eingesehen 5.4.2012.
[62] Horel, Nationalen Fronten, S. 34.
[63] Wolf, Die Banater Militärgrenze, S. 64.
[64] Horel, Nationalen Fronten, S. 35.
[65] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 194–195.

konterrevolutionär interpretiert werden. Durch diese „ungarische“ Brille betrachtet, erwuchs dem Königreich Ungarn eine ständige Bedrohung durch die Militärgrenze. So setzte man in Budapest in der weiteren Folge auch alles daran, die Militärgrenze aufzulösen und in eine Zivilverwaltung unter ungarischer Kontrolle einzugliedern.

Andererseits, so befürchtete etwa Graf Julius Andrassy,[66] hätten reaktionäre Kreise in Wien durch die Konfin über die Möglichkeit verfügt, die Errungenschaften der Revolution zu einem für sie geeignet erscheinenden Zeitpunkt durch eine militärische Intervention rückgängig zu machen.[67] Die Annahme, dass sich die Grenzer nicht Ungarn, sondern nur dem Kaiser verbunden fühlten, schien durch die Intervention des Banus Jellaćić bestätigt.

Bis zum Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn wurden die Grenzer aber noch zweimal mobilisiert. Doch beide Male, 1859 und 1866, blieben die militärischen Erfolge aus.[68] Nach den Schlachten von Solferino und Magenta leitete das Kriegsministerium gar eine Überprüfung des Verhaltens einiger Grenzeroffiziere ein. Die Vorwürfe, vor allem an eine derart traditionsbewusste und in vielen Kämpfen und Schlachten bewährte Truppe wie die Grenzer, wogen besonders schwer. So warf man den Beschuldigten nicht nur „unüberlegtes Handeln“ während der Schlachten, sondern generell Feigheit vor dem Feind vor.[69] Unabhängig davon, ob diese Anschuldigungen begründet waren oder nicht, so zeigt dies doch, dass seitens der Armee nach einem Sündenbock für das militärische Versagen auf dem Schlachtfeld gesucht wurde. Vor allem von Seiten des Armeeoberkommandos hatte nach den Niederlagen von 1859 und 1866 das Vertrauen in die Grenzer als Eliteeinheit offensichtlich Schaden genommen.

All diese Faktoren, der Funktionswandel der Militärgrenze selbst, ausbleibende militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld und die Haltung des Banus Jellaćić gegenüber Ungarn bestärkten Budapest nach erfolgtem Ausgleich mit Österreich 1867 in dem Vorhaben, die Militärgrenze endgültig zu Grabe zu tragen. Endgültig daher, weil schon im Anschluss an die Revolution in Ungarn die siebenbürgischen Regimenter, gleichsam Szekler und habsburgertreue rumänische Grenzer nicht wieder errichtet wurden.[70] Das Ende der siebenbürgischen Militärgrenze 1851 durch das kaiserliche Edikt vom 22. Januar läutete somit das Ende der gesamten Konfin ein.[71]

---

[66] Graf Julius (Gyula) Andrassy (1823–1890) war ungarischer Staatsmann und österreichisch-ungarischer Außenminister nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, an welchem er maßgeblich beteiligt war. Eine seiner bedeutendsten Errungenschaften in der Folgezeit war die Zustimmung Russlands auf dem Berliner Kongress 1878 zum Einmarsch österreichischer Truppen in Bosnien und der Herzegowina. Helmut Rössler, Andrassy, Julius (Gyula) Graf von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, o. J., [http://www.deutsche-biographie.de/sfz69343.html], eingesehen 19.5.2012.
[67] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 204–205.
[68] Ebd., S. 200–204.
[69] Ebd., S. 201.
[70] Wessely, Die österreichische Militärgrenze, S. 17.
[71] Göllner, Die Siebenbürgische Militärgrenze, S. 124.

Besonders aber aufgrund dessen, dass die kroatischen und serbischen Grenzer die Aufrechterhaltung nach wie vor befürworteten, was auch im Sinne Kaiser Franz Josefs war, sah die ungarische Regierung gerade darin eine große Gefahr. Da man in Budapest, aber auch in Wien, der Überzeugung verfallen war, dass der südslawische Nationalismus von Moskau ausging und einzig die Zerschlagung der Doppelmonarchie zum Ziel hatte, erachtete man vor allem die kroatischen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Grenze als Indiz für umstürzlerische Absichten.[72] In diesem Falle wollte man das Vorhaben nicht auch noch aktiv durch Beibehaltung des Status quo, der Bewaffnung der Südslawen, unterstützen. Die Resolution des 8. Juni 1871 besiegelte schließlich das Ende der ruhmreichen Militärgrenze. So wurden noch im selben Jahr die Seuchenbekämpfung eingestellt und die Sanitätsanlagen aufgelassen, wogegen die Auflösung der letzten Reste der militärischen Einrichtungen der Grenze noch bis 1881 andauerte.[73]

## 4. Auswirkungen der Militärgrenze auf die Gegenwart

Die kroatisch-slawonische Militärgrenze bestand von 1522 bis 1881, wodurch die Region über 244 Jahre lang durch die Konfin geprägt wurde. Abwanderung und Zuwanderungswellen, vor allem von Serben und Walachen, in die Grenzgebiete veränderten die ethnische Zusammensetzung des nördlichen Balkan nachhaltig. Auch wenn die Militärgrenze als Institution lediglich bis 1881 existierte, so blieb ihr demographisches Erbe bis in die Gegenwart erhalten. Durch den großen Anteil an serbischer Bevölkerung konnte der serbische Nationalismus schon ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine große Anziehungskraft auf die Grenzregion entfalten.[74] Allerdings muss auch erwähnt werden, dass bereits zu diesem Zeitpunkt keine Unterscheidung mehr zwischen Serben und orthodoxen Walachen getroffen wurde, da diese beiden Ethnien von je her als eine geschlossene ethnische Gruppe wahrgenommen wurden. So wurde die Bezeichnung „Serbe“ oder „Walache“ für beide Gruppen gebräuchlich, wobei sich am Ende „Serbe“ durchsetzte. Diese ethnische Konstellation und der Schulterschluss zwischen Serben und Kroaten während der ungarischen Revolution 1848 führten letztlich dazu, dass die von Serbien ausgehenden nationalistischen Strömungen auf besonders fruchtbaren Boden fielen. Vor allem da der Panslawismus, nach dem alle Südslawen serbische Brüder verschiedener Religion seien, weder Kroaten, noch Muslime dezidiert ausschloss.[75] Diese Konstellation führte schließlich zum Attentat von Sarajevo am „Vidowdan“, dem 28. Juni 1914, und damit direkt in den Ersten Weltkrieg.

---

[72] Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien, S. 207.
[73] Ebd., S. 211–213.
[74] Leopold Mandl, Die Habsburger und die serbische Frage. Geschichte des staatlichen Gegensatzes Serbiens zu Österreich-Ungarn, Wien 1917, S. 98–99.
[75] Hans,Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges, Wien 1958, S. 240.

Ein Blick in die jüngere Geschichte des Balkans zeigt aber auch, dass das ethnische Erbe der Militärgrenze weder durch zwei Weltkriege, noch durch den Kalten Krieg beseitigt werden konnte. Der jugoslawische Bruderkrieg in den 1990er Jahren, als alle ethnischen Gruppen ein ethnisch homogenes Territorium zu erschaffen versuchten, war eine Folge der Entvölkerung und der darauffolgenden Wiederbesiedelung des Gebietes der österreichischen Militärgrenze während der Neuzeit. Das ethnische Erbe führte in diesem Zusammenhang zu einigen der blutigsten Auseinandersetzungen des gesamten jugoslawischen Bürgerkrieges, wie etwa in Vukovar, Knin oder Bihac.[76] Die Ausrufung der serbischen Republika Krajina und der Republika Srpska waren dabei die direkte Folge des ethnischen Erbes der Militärgrenze, da diese beiden, nach wie vor zu Kroatien und Bosnien zählenden Regionen vor allem von Serben bewohnt wurden.

## Schluss

Die österreichische Militärgrenze war ursprünglich entstanden, um sich der anhaltenden Übergriffe osmanischer Horden auf Innerösterreich zu erwehren. Die ständige Bedrohung führte rasch zu einer umfangreichen Abwanderung der ansässigen Bevölkerung und dem Verfall politisch-ökonomischer Strukturen, wie etwa der Grundherrschaft, in der betroffenen Region. Obwohl auch reguläre habsburgische Truppen in die Region entsandt wurden, um dem Problem Einhalt zu gebieten, so entsprach ihre Zahl zu keinem Zeitpunkt den Erfordernissen. Als Folge der chronisch leeren Staatskassen war man von österreichischer Seite dazu gezwungen, sich anderer Mittel zu bedienen. Daher wurden auch Flüchtlinge aus den von den Osmanen besetzten Gebieten, hauptsächlich Menschen aus Serbien und der kleinen Walachei, in der Krisenregion angesiedelt. Um diese Siedler überhaupt dazu bewegen zu können, sich in der Krisenregion anzusiedeln, wurden ihnen von Beginn an verschiedenste Privilegien zugestanden.

Schriftlich festgehalten wurden diese Vorrechte etwa im Rahmen der „Uskoken Privilegien“, wodurch die Siedler keinem Grundherren, sondern in letzter Instanz dem Kaiser direkt unterstellt waren. Hinzu kamen noch weitere Vorrechte wie weitreichende Steuererleichterungen und Religionsfreiheit. Aufgrund der positiven Erfahrungen seitens des Wiener Hofes mit der Militärgrenze wurde die Grenze bis 1766 schrittweise ausgebaut, wie auch die Privilegien und Pflichten der Siedler an immer neue Rahmenbedingungen angepasst wurden. So wurden etwa in den „statuta valachorum“ von 1630 auch Regelungen für den Einsatz der Grenzer außerhalb ihres Siedlungsgebietes getroffen. Der Hintergedanke des Kaisers war dabei die Schaffung einer kampferfahrenen Truppe und deren Einsatz an allen aktuellen und künftigen Fronten des Reiches. Aus dieser Sonderstellung heraus, da man gegenüber anderen Bauern deutlich bessergestellt war, entwickelte sich

[76] Ante Nazor, Introduction. A brief overview of the process of independence and the occupation and liberation of the Republik of Croatia in the Homeland War, in: The town was the target: the hospital, the nursing home…, hrsg. v. Ante Nazor, Zagreb 2011, S. 19–36, hier S. 32 f.

im Laufe der Jahre eine eigene „Grenzer-Identität“. Auch wenn beispielsweise Bauern in Zivilkroatien und der kroatischen Militärgrenze gleichermaßen von den Beutezügen der Osmanen betroffen waren, so war man immer noch „Grenzer“ und hatte damit eine Sonderstellung inne.

Obwohl die akute Bedrohung Österreichs durch den schleichenden Niedergang der Hohen Pforte ab dem beginnenden 18. Jahrhundert merklich zurückging, wurde die Militärgrenze dennoch aufrechterhalten und mit weiteren Aufgabenbereichen betraut. Aus diesem Grund wurde der Pestkordon entlang der Militärgrenze errichtet und sollte der Ausbreitung von Seuchen und Epidemien entgegenwirken. Aber auch der Bekämpfung des Schleichhandels entlang der Save und Donau sowie dem Karpatenraum wurde eine immer stärker werdende Aufmerksamkeit gewidmet. Vor allem die lange Existenz der Militärgrenze und die verstärkte Hinwendung zu sanitären Aufgabenbereichen führten zur Entwicklung einer umfangreichen Infrastruktur in der Region. Neben Krankenhäusern, welche Grenzsoldaten zu jedem Zeitpunkt unentgeltlich behandelten, bestand beispielsweise auch die Möglichkeit, sich nach Herkulesbad auf Kur zu begeben. Diese Möglichkeiten standen Bauern der Zivilverwaltung nicht zur Verfügung und untermauern den Sonderstatus der Grenzer.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Militärgrenze allerdings in allen Belangen überlebt. Neben dem Ausbleiben militärischer Erfolge auf den Schlachtfeldern Italiens, der gehemmten wirtschaftlichen Entwicklung durch den Pestkordon und die schrittweise Ausweitung der ursprünglichen „Grenzer Privilegien“ auf die gesamte Bevölkerung Österreich-Ungarns läutete hauptsächlich die Furcht der Ungarn vor den vermeintlich habsburgertreuen Grenzern das Ende der Militärgrenze ein. Besonders die Haltung des Banus Jellaćić bestärkte die Ungarn in ihren Befürchtungen, dass Wien durch die Erhaltung der Grenze auch nach dem Ausgleich von 1866 weiterhin die Möglichkeit habe, die Errungenschaften der Revolution jederzeit rückgängig zu machen. Aus diesem Grund wurde die Militärgrenze bis 1881 schrittwiese abgebaut und das Gebiet zivilen Verwaltungsstellen übertragen. Für die betroffenen Grenzer bedeutete dies jedoch den Verlust ihrer Sonderstellung innerhalb Österreich-Ungarns. Auch wenn die Privilegien keine Unterschiede mehr zu anderen Gruppen darstellten, so lag letztlich allein in der Bezeichnung „Grenzer“ ein hoher symbolischer Wert.

## Literatur

o. A., Jellačić de Buzim, Josef, in: Allgemeine Deutsche Biographie, o. J., [http://www.deutsche-biographie.de/pnd118776088.html?anchor=adb], eingesehen 5.4.2012.

o. A., Wallachey, in: Johann Heinrich Zedler (Hrsg.) Großes vollständiges Universal-Lexikon, Bd. 52, Halle-Leipzig 1732–1754, ²1998, S. 1618–1626.

Bosnjo, Etnička struktura DANAšNJEG Brčko Distrikta po popisu 1991, godine, 9.6.2010, [http://bosniainfocentar. phpbb3 now.com/viewtopic.php?f=49&t=344], eingesehen 10.5.2012.

Göllner, Carl, Die Siebenbürgische Militärgrenze. Ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1762–1851 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 28), München 1974.

Grabski-Kieron, Ulrike, Geographie des ländlichen Raumes, in: Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, hrsg. v. Hans Gebhardt/Rüdiger Glaser/Ulrike Radtke/Paul Reuber, Heidelberg² 2011, S. 820–855.

Gräf, Rudolf, Die wirtschaftliche und soziale Auswirkung der Organisierung der Banater Militärgrenze im ländlichen und urbanen Raum, in: *Romanian journal of population studies* 5 (2011), S. 31–48.

Havadi, Xenia, Die österreichische Militärgrenze: Staatliche Kontrolle der Grenze im absolutistischen Zeitalter, in: *Geographia napocensis* 3 (2009), Heft 2, S. 69–82.

Horel, Catherine, Soldaten zwischen Nationalen Fronten. Die Auflösung der Militärgrenze und die Entwicklung der königlich-ungarischen Landwehr (Honved) in Kroatien und Slawonien 1868–1914 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 31), Wien 2009.

Kerchnawe, Hugo, Die alte k. k. Militärgrenze. Ein Schutzwall Europas (Kleinbuchreihe Südost 21), Wien 1943.

Mandl, Leopold, Die Habsburger und die serbische Frage. Geschichte des staatlichen Gegensatzes Serbiens zu Österreich-Ungarn, Wien 1917.

Nazor, Ante, Introduction. A brief overview of the process of independence and the occupation and liberation of the Republik of Croatia in the Homeland War, in: The town was the target: the hospital, the nursing home…, hrsg. v. Ante Nazor, Zagreb 2011, S. 19–36.

Neuhaus, Helmut, Mercy, Claudius Florismund Graf von, in: Neue Deutsche Biographie, 1994, [http://www.deutsche-biographie.de/sfz61889.html], eingesehen 4.4.2012.

Rothenberg, Gunther, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien 1970.

Rössler, Helmut, Andrassy, Julius (Gyula) Graf von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, o. J., [http://www.deutsche-biographie.de/sfz69343.html], eingesehen 19.5.2012.

Uebersberger, Hans, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges, Wien 1958.

Völkl, Ekkehard, Militärgrenze und „Statuta Valachorum“, in: Die österreichische Militärgrenze. Geschichte und ihre Auswirkungen, hrsg. v. Gerhard Ernst (Schriftenreihe des Regensburger Osteuropainstituts 8), Regensburg 1982, S. 7–24.

Wandruszka, Adam, Ferdinand I., in: Neue Deutsche Biographie, o. J, [http://www.deutsche-biographie.de/sfz56884.html], eingesehen 4.4.2012.

Wessely, Kurt, Die österreichische Militärgrenze. Der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Abendlandes gegen die Türken (Göttinger Arbeitskreis Schriftenreihe 43), Kitzingen am Main 1954.

Wolf, Josef, Die Banater Militärgrenze, ihre Auflösung und ihre Einverleibung in das Königreich Ungarn, Univ. Diss. Innsbruck 1947.

**Christoph Pöll** ist Student der Geschichtswissenschaft und Geographie im 8. Semester an der Universität Innsbruck. Christoph.Poell@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Christoph Pöll, Die österreichische Militärgrenze, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 427–444, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Wunderbares aus dem Leben des Pythagoras von Samos im Vergleich

**Mag. Stephan Scharinger**

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Rollinger/o. Univ.-Prof. Dr. Reinhold Bichler

eingereicht im Semester: SS 2012

Rubrik: Varia

**Abstract**
**Miracles in the Life of Pythagoras of Samos**

The following synopsis deals with a dissertation-project that examines the miraculous aspects in the life of Pythagoras of Samos. Based on the youngest sources from late antiquity, I will analyse recurring motives and stereotypes that show Pythagoras as a performer of miracles. Those miracle-stories will be compared both with older sources concerning Pythagoras and with texts about other figures in Graeco-Roman antiquity so that the miraculous aspects can be interpreted in a wider context.

„Und noch viele andere wunderbare und göttliche Dinge werden über Pythagoras berichtet.“[1]

## Einleitung

Die hier vorgestellte Dissertation beschäftigt sich mit Pythagoras von Samos, der in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. Chr. lebte und als Begründer der Bewegung des Pythagoreismus gilt. Diese Denkrichtung vereinte religiöse, philosophische sowie naturwissenschaftliche Elemente in sich, doch gilt hier das besondere Interesse den legendenhaften Ausgestaltungen des Lebens des Pythagoras, wie sie uns in den diversen

[1] Porphyrios, Vita Pythagorae 28.

Quellen zu dieser Person entgegentreten: Diese Arbeit behandelt nämlich jene Wundertaten, die Pythagoras als religiöse Führungsfigur bewirkt haben soll. Vor allem in den kaiserzeitlichen bzw. spätantiken Quellen liegt uns eine Fülle an Material vor, die von einer intensiven Beschäftigung der Autoren mit den wunderbaren Elementen im Leben des Pythagoras zeugt. Dabei ist es zunächst wichtig zu definieren, was im Rahmen dieser Forschungsarbeit mit dem Begriff des „Wunderbaren" eigentlich gemeint ist.

## Arbeitsdefinition: „Wunder"

Das Wort „Wunder" ist vom althochdeutschen Begriff *wuntar* abgeleitet, der den Gegenstand der Verwunderung, also etwas „Außerordentliches", bezeichnet.[2] Der deutsche Ausdruck „Wunder" ist somit ein diffuser Sammelbegriff für alle jene Sachverhalte, die von zu erwartenden Ereignissen abweichen und daher unsere Neugier wecken. Gemeinsam ist diesen Geschehnissen, dass sie Aufsehen erregen oder unbegreiflich erscheinen; ganz allgemein rufen derartige Vorgänge Verwundern und Staunen hervor. Aus unserer heutigen Sicht würden wir vermutlich noch hinzufügen, dass Wunder naturwissenschaftlich bzw. „mit dem Verstand" nicht erklärbar sind und dass dieses Moment der Außergewöhnlichkeit kennzeichnend für wunderhafte Vorgänge sei.[3]

Die Welt der Antike kannte eine derartige Einschränkung jedoch nicht. Für sie bestand „zwischen Gott bzw. den Göttern und der Welt […] keine derartige Trennung"[4], wie wir sie heute im Allgemeinen sehen. Den Menschen der Antike galt demnach als ein Wunder, wenn sie die „Gegenwart und das Wirken der Gottheit und ihrer Mächte intensiver als sonst"[5] erlebten. Hier wird bereits ausgedrückt, dass das gesamte Leben von göttlichen Kräften durchwirkt verstanden wurde; die „intensivere" Erfahrung konnte beispielsweise eine schnellere Genesung oder spontane Gesundung von einer Krankheit, die Heimkehr von einer gefährlichen Reise, die glückliche Wendung in einem Kampf etc. bedeuten. Unsere Sichtweise, dass es sich bei Wundern um der kritischen Vernunft zuwiderlaufende oder die Naturkausalität durchbrechende Ereignisse handeln müsse, war dem Wirklichkeitsverständnis der Antike also fremd.[6]

In den alten Sprachen gab es jeweils ein umfangreiches Wortfeld für den modernen Begriff des „Wunders", mit dem ein breites Spektrum von seltenen oder ungewöhnlichen Phänomenen abgedeckt werden konnte, die Verwunderung und Staunen erweckten. Derartige Phänomene können Ereignisse oder Dinge, aber auch Handlungen sein, als

[2] Christa Frateantonio, „Wunder, Wundertäter I.", in: DNP 12/2, Sp. 595; Stefan Alkier: „Wunder III. und IV.", in: [4]RGG 8, Sp. 1725.
[3] Manabu Waida, „Miracles: An Overview", in: Mircea Eliade (Hrsg.): The Encyclopedia of Religion Bd. 9, New York 1987, S. 542.
[4] Alfons Weiser, Was die Bibel Wunder nennt. Sachbuch zu den Berichten der Evangelien, Stuttgart 1992, S. 13.
[5] Weiser, Wunder, S. 15.
[6] Bernd Kollmann, Neutestamentliche Wundergeschichten. Biblisch-theologische Zugänge und Impulse für die Praxis, Stuttgart-Berlin-Köln 2002, S. 12.

deren Urheber man sich Götter, Dämonen oder Wundertäter vorstellte.[7] Die Tatsache, dass die antiken Kulturen ein breites Vokabular ausbildeten, um Wunder zu bezeichnen, zeigt ganz klar, dass die Menschen mit Erzählungen über ungewöhnliche Ereignisse vertraut waren und sich schließlich ein komplexes Wissen über die Unterscheidung, Klassifizierung und Beurteilung dieser Wunder angeeignet hatten. Dieses Wissen kann außerdem keiner bestimmten sozialen Schicht oder Bildung zugewiesen werden, sondern galt als Allgemeingut.[8]

Die unterschiedliche Terminologie der griechisch-römischen Kultur sowie andere Kulturbereiche wie etwa urchristliche Vorstellungen beachtend, wird in dieser Arbeit von einem „Wunder" gesprochen, wenn ein Ereignis außerhalb des als „normal" bzw. „gewöhnlich" empfundenen Geschehens steht. Ein Wunder ist somit eine außergewöhnliche Handlung oder Tat, ein über-natürliches Phänomen oder Ereignis bzw. ein dem Herkömmlichen widersprechender Zustand. Um als Wunder gelten zu können, muss das Ereignis Staunen und Verwunderung hervorrufen; ein Ereignis kann also nicht per se ein Wunder sein, sondern muss als solches von einem gewissen Publikum wahrgenommen werden. Im konkreten Fall setzten sich die antiken Gelehrten meist in philosophisch-religiösen Debatten mit jenen Ereignissen auseinander, die Pythagoras als Wundertäter zeigen: Durch den Vergleich mit dem Alltäglichen können diese Ereignisse schließlich als Wunder klassifiziert werden, nämlich wenn eine Abweichung vom Gewohnten festgestellt werden kann. Dieser Wunderbegriff ist bewusst ein sehr weit gefasster, sodass viele Begebenheiten und Zustände, die im Zusammenhang mit Pythagoras und anderen Wundertätern der Antike stehen, hierunter fallen. Dadurch wird ein breiter Zugang zum Thema ermöglicht, und es können verschiedene Spuren verfolgt werden.

## Forschungsstand

Die religionshistorische Forschung setzte sich schon an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit dem Thema der wundertätigen Menschen der Antike auseinander. Damals wurde der Begriff des „göttlichen Menschen" (*theios aner*) geprägt,[9] wobei die Debatte um den Begriff und seine Bedeutung bis heute anhält. Was nun Pythagoras angeht, wurde dieser in der Wissenschaft oft als Idealtypus eines solchen „göttlichen Mannes" angesehen. Doch auch andere Aspekte kamen neu hinzu, so etwa die Frage, inwiefern man auch schamanistische Elemente in der Pythagoras-Legende sehen dürfe.[10] Die neueste Forschung tut sich schwer, klare Linien zu finden. So beginnt etwa Christoph Riedweg seine Monographie über Pythagoras wie folgt: „Die antiken Nachrichten über

[7] Winfried Schröder, „Wunder", in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer, Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie Bd. 12, Basel 2004, Sp.1052.
[8] Alkier, Wunder, Sp. 1719.
[9] In besonderer Weise sei an dieser Stelle auf Ludwig Bieler, Theios aner. Das Bild des „göttlichen Menschen" in Spätantike und Frühchristentum, 2 Bde., Darmstadt 1935, hingewiesen.
[10] Zu dieser These siehe etwa Walter Burkert, Weisheit und Wissenschaft. Studien zu Pythagoras, Philolaos und Platon, Nürnberg 1962.

Pythagoras fügen sich zu einem buntfarbigen und facettenreichen Gemälde zusammen."[11] Die detaillierte Analyse einer dieser Facetten, nämlich der Wundertaten des Pythagoras, könnte helfen, das Bild wieder etwas klarer werden zu lassen.

## Forschungsfragen

In dieser Dissertation wird der Versuch unternommen, verschiedene Forschungsfragen zu beantworten: Welche Motive und Topoi begleiten die legendenhafte literarische Ausgestaltung der Pythagoras-Biographie? Welche Zwecke werden mit der Zuweisung dieser Motive an Pythagoras verfolgt? Zu welchen Zeiten und bei welchen Autoren lassen sich Motive und Stereotype greifen, wie leben diese dann im weiteren zeitlichen Verlauf fort? Inwiefern ist Pythagoras schließlich hinsichtlich seiner Thaumaturgie mit anderen Gestalten der griechisch-römischen Antike sowie ausgewählter umliegender Kulturen, wobei im Speziellen ägyptische und vorderorientalische sowie thrakische Vorstellungen betrachtet werden, vergleichbar?

## Methodik

Um auf diese Fragen adäquate Antworten geben zu können, erfolgt der methodische Zugang über mehrere Ebenen. Zunächst spielen natürlich die schriftlichen Quellen, die uns erhalten geblieben sind, eine primäre Rolle. Von Pythagoras selbst sind keine direkten Zeugnisse überliefert; man stritt sich jedoch schon in der Antike darüber, ob er überhaupt etwas Schriftliches hinterlassen habe. Es gilt daher, sowohl frühe Quellen, zum Teil aus der Lebenszeit des Pythagoras selbst, als auch spätere Quellen, vor allem jene aus der Spätantike, kritisch auszuwerten. Dieser diachrone Zugang nimmt im Rahmen der Arbeit viel Raum ein, da der Längsschnitt einiges über die Entwicklung der Rezeption der Pythagoras-Überlieferung aussagen kann.

Bei dieser Analyse wurde ein quantitativer, aber auch ein qualitativer Zugang gewählt. Es geht auf der einen Seite darum, das Augenmerk auf die Anzahl der Quellen zu legen: Zwar wird immer wieder betont, wie wenige Zeugnisse wir über Pythagoras und sein Leben haben, die noch in seiner Lebenszeit bzw. kurz danach entstanden sind und damit (in den Augen mancher Wissenschaftler) als „original", „objektiv" und „glaubwürdig" gelten können. Doch muss man an dieser Stelle daran erinnern, dass auch zu den meisten anderen vorsokratischen griechischen Philosophen jeweils nur wenige solcher „alten" Quellen existieren, sodass Pythagoras in dieser Hinsicht keine Ausnahme darstellt; bei genauer Analyse der Traditionen, die durch die ältesten Quellen begründet wurden, lassen sich jedoch durchaus gewisse Vorstellungen rekonstruieren. Außerdem darf man die jüngeren, spätantiken Quellen, die zahlreich auf uns gekommen sind, nicht von Vorneherein als unzutreffend bzw. wenig authentisch einstufen. Gerade an ihnen kann man vielfach Entwicklungen nachweisen, die uns etappenweise zu früheren Quellen

[11] Christoph Riedweg, Pythagoras. Leben – Lehre – Nachwirkung, München [2]2007, S. 13.

führen und somit einen wichtigen Beitrag zum Pythagorasbild, das in der Arbeit untersucht werden soll, leisten. Die Anzahl der Quellen gibt zudem Informationen darüber, wie intensiv die jeweilige Auseinandersetzung mit Pythagoras in den unterschiedlichen Phasen der Antike war. So lässt sich die These aufstellen, dass nach vermehrter pythagoreischer Literatur im 5. und 4. Jahrhundert eine ruhigere Phase einsetzte; ab dem 1. Jahrhundert v. Chr. häufen sich dann jedoch die Zeugnisse wieder, und eine besonders stark angewachsene Rezeption der Pythagoras-Legende ist schließlich erneut in der römischen Kaiserzeit feststellbar.

Der quantitative Zugang darf also nicht völlig außer Acht gelassen werden. Auf der anderen Seite soll aber nicht nur die jeweilige Anzahl der Quellen, sondern in besonderem Maße der Inhalt dieser schriftlichen Zeugnisse untersucht werden. Für meine Arbeit sind zunächst jene Quellen relevant, die von Pythagoras als religiöser Figur sprechen, die eben auch Wundertaten gewirkt haben soll. Bei genauerer Betrachtung der Quellen wird von solchen Dingen bereits in den ältesten Zeugnissen berichtet; die Wunderberichte steigern sich mit der Zeit und gipfeln schließlich in den drei spätantiken Hauptschriften über Pythagoras, die zugleich auch das Fundament meiner Arbeit bilden. Es handelt sich hierbei um die Pythagoras-Biographie des Diogenes Laertios aus dem 3. Jahrhundert n. Chr., die im Rahmen seines Großwerkes „Leben und Lehre der Philosophen“ erstellt wurde; daneben stehen die Pythagoras-Vita des Porphyrios aus Tyros (frühes 4. Jahrhundert n. Chr.) sowie die Vita des Iamblichos aus Chalkis (4. Jahrhundert n. Chr.) im Zentrum meines Forschungsinteresses. Alle diese Texte bieten zahlreiche Gelegenheiten, das Thema der Wundertaten in Hinblick auf Pythagoras zu untersuchen.

Es zeigt sich hier bereits, dass nicht alleine das diachrone Vorgehen zum Ziel führen wird, sondern dass die Quellen auch synchron analysiert werden müssen. Einerseits lassen sich die Aussagen über Pythagoras in den unterschiedlichen Darstellungen vergleichen, andererseits können aber hinsichtlich des Phänomens der Thaumaturgie auch Vergleiche mit anderen religiösen Figuren der Kultur- und Geistesgeschichte angestellt werden: Die Palette reicht dabei von den griechischen „Schamanen“ der archaischen Zeit bis zu kaiserzeitlichen Wundertätern wie Apollonios von Tyana oder Alexander von Abonuteichos. Gerade dieser vergleichende Zugang spielt in der Methodik für diese Arbeit eine immens wichtige Rolle: Anhand komparabler Texte, die von Anhängern (z. B. Philostratos’ Lebensbeschreibung des Apollonios) sowie von Gegnern (z. B. Lukians Berichte über Alexander) verfasst wurden, soll nämlich das „Wissen hinter der Sprache“ genauer untersucht werden. Es geht darum, Motive und Topoi herauszuarbeiten, die sich neben anderen Wundertätern eben auch bei Pythagoras feststellen lassen. Anhand von wiederkehrenden Schemata und Stereotypen können die Quellen über Pythagoras erst in den größeren kultur- und religionshistorischen Kontext eingeordnet werden.

Neben den schriftlichen Quellen können vereinzelt auch archäologische Quellen für die anstehende Untersuchung herangezogen werden. In Bezug auf die Pythagoras-Legende spielen nämlich auch Reliefs, Münzbilder und andere bildliche Darstellungen eine Rolle. Alle diese Zeugnisse sollen beschrieben und interpretiert werden und verstärken auf diese Weise die Quellengrundlage der Forschungsarbeit.

Da den Wunderberichten innerhalb der Pythagoras-Überlieferung breiter Raum gegeben wird, ist zu vermuten, dass gerade diese Ereignisse von den Zeitgenossen intensiv wahrgenommen wurden. Solche übernatürlichen Phänomene, wie sie uns in den Wundergeschichten über Pythagoras vorliegen, hatten daher eine gute Chance, ins gemeinschaftliche, kulturelle Gedächtnis einzugehen und dort erhalten zu bleiben. Die (spät-)antike Gesellschaft kannte ja noch viele weitere Wundertäter aus den diversen religiösen Bereichen, von griechischen Göttern und Heroen über archaisch-griechische Reinigungspriester bis hin zu außergriechischen Schamanen und Wundermännern, wie es nicht zuletzt ja auch Jesus in den Augen mancher Zeitgenossen war, sodass sich hier gewisse Motive im kollektiven Gedächtnis etablieren konnten, die wir schließlich durch das intensive Quellenstudium greifen können. Diese gilt es im Rahmen meines Forschungsvorhabens zu erkunden und in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Des Weiteren muss in Hinsicht auf die methodische Herangehensweise an die Thematik natürlich auch beachtet werden, dass jegliche Quelle immer perspektivisch ist bzw. sein kann; die Hintergründe der Zeugnisse müssen dementsprechend gut ausgeleuchtet werden. So spielt es etwa eine große Rolle, ob unsere Texte von Anhängern des Pythagoreismus oder dessen Kritikern stammen, oder ob pythagoreische Gepflogenheiten aus religiöser Frömmigkeit erzählt oder in sarkastischer Weise als Kritikpunkte gedacht waren.

## Thesen

Wenn wir davon ausgehen, dass Pythagoras keine schriftlichen Aufzeichnungen hinterließ und die frühe pythagoreische Gemeinde sehr darauf bedacht war, alle Lehren möglichst geheim zu halten, dann wird dadurch erklärt, dass die Legendenbildung um das Leben des Pythagoras von Beginn an begünstigt wurde. Der religiöse Charakter der pythagoreischen „Schule“ zeigte sich auch in der Ausrichtung auf eine charismatische Führungsfigur – nämlich Pythagoras –, der man wohl bereits zu Lebzeiten außergewöhnliche Fähigkeiten, so etwa das Wissen um das Schicksal der Seele, zuschrieb.

Im weiteren chronologischen Verlauf wurden Stereotype, die bereits aus Erzählungen über andere Figuren – etwa im Zusammenhang mit dem Mythos rund um Orpheus – bekannt waren, auf Pythagoras übertragen. Dies gilt beispielsweise für die Behauptung, Pythagoras sei der Sohn des Gottes Apollon[12] oder auch für die Berichte einer Katabasis

[12] Porphyrios, Vita Pythagorae 2; Iamblichos, Vita Pythagorica 1–8.

in die Unterwelt.[13] Diese Facette der Pythagoras-Legende wird für uns erst in hellenistischer Zeit greifbar. Andererseits wurden aber auch die bekannten Geschichten, die sich ursprünglich auf Pythagoras bezogen, auf neue Figuren übertragen, was etwa der Grund dafür ist, dass Apollonios von Tyana zur Bilokation fähig war[14] oder dass sich Alexander von Abonuteichos mit dem berühmten goldenen Schenkel zeigte.[15]

Der Katalog der Wundertaten des Pythagoras, der sich insbesondere aus den spätantiken Quellen extrapolieren lässt, zeigt jedoch, dass nicht willkürlich alle Motive übernommen wurden, sondern dass von den Autoren eine spezifische Auswahl aus dem breiten Spektrum an Wundergeschichten getroffen wurde. Man wollte insbesondere den Schluss vermeiden, dass Pythagoras nur ein Betrüger war, der mit „faulen Tricks“ arbeitete, was freilich schon Heraklit angedeutet hatte.[16]

So, wie uns (insbesondere) die spätantike Pythagoras-Legende entgegentritt, weist sie mehrere verschiedene Schichten auf, die erst zusammengenommen das eingangs erwähnte schillernde Bild ergeben. Hierunter fallen sowohl die frühen schamanistischen und archaisch-griechischen sowie teils ägyptisch-orientalischen Elemente als auch hellenistische und kaiserzeitliche Neuinterpretationen, die gesondert auf ihre jeweilige Motivik und Bedeutung analysiert und gedeutet werden müssen.

## Schluss

Damit reiht sich diese Arbeit einerseits in den Kontext der Religionsgeschichte ein. Das allgemeine Phänomen der Thaumaturgie soll hier am Beispiel der griechischen Kultur und bezogen auf Pythagoras aufgezeigt werden, sodass auch dem Bereich der Neuen Kulturgeschichte eine größere Bedeutung für diese Arbeit zukommt. Wenn man bedenkt, dass Geschichten über wundersame Menschen und (religiöse) Helden nicht nur von der hochgebildeten Schicht, sondern durchaus auch vom „kleinen Mann“ rezipiert wurden, dann liefert die Dissertation auch einen Beitrag zur Alltagsgeschichte der antiken Gesellschaft. Da die spezielle Thematik der Wundergeschichten für meine Arbeit gewählt wurde, beleuchtet sie auf der Mikroebene ein sehr spezielles und enges Gebiet und trägt damit auf der Makroebene zu einem besseren Verständnis der religiösen Entwicklungen in der Antike bei.

Um meinem Vorhaben, die Wundertaten des Pythagoras von Samos zu untersuchen, gerecht werden zu können, muss der methodische Zugang multiperspektivisch ausgerichtet sein: Die relevanten Quellen werden sowohl diachron als auch synchron analysiert und miteinander verglichen. Gerade dieser vergleichende Ansatz soll

[13] Diogenes Laertios, Leben und Lehre der Philosophen 8, 14; 21; 41.
[14] Philostratos, Vita Apollonii IV, 10.
[15] Lukian, Alexander 40.
[16] Heraklit 22 B 129 DK.

ermöglichen, Topoi und Motive festzustellen, um somit das Bild, das sich die Wissenschaft von Pythagoras macht, um einen neuen Aspekt zu bereichern.

## Literatur

Alkier, Stefan, „Wunder III. und IV.“, in: [4]RGG 8, Sp. 1719–1725.

Bieler, Ludwig, Theios aner. Das Bild des „göttlichen Menschen“ in Spätantike und Frühchristentum, 2 Bde., Darmstadt 1935.

Burkert, Walter, Weisheit und Wissenschaft. Studien zu Pythagoras, Philolaos und Platon, Nürnberg 1962.

Frateantonio, Christa, „Wunder, Wundertäter I.“, in: DNP 12/2, Sp. 595–596.

Kollmann, Bernd, Neutestamentliche Wundergeschichten. Biblisch-theologische Zugänge und Impulse für die Praxis, Stuttgart-Berlin-Köln 2002.

Riedweg, Christoph, Pythagoras. Leben – Lehre – Nachwirkung, München [2]2007.

Schröder, Winfried, „Wunder“, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie Bd. 12, Basel 2004, Sp. 1052–1055.

Waida, Manabu, „Miracles: An Overview“, in: Mircea Eliade (Hrsg.), The Encyclopedia of Religion Bd. 9, New York 1987, S. 541–548.

Weiser, Alfons, Was die Bibel Wunder nennt. Sachbuch zu den Berichten der Evangelien, Stuttgart 1992.

**Stephan Scharinger**, Mag. phil., ist Lehrer für Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Mathematik am Bundesrealgymnasium in Innsbruck, Adolf-Pichler-Platz, Mitarbeiter im universitären Bereich der Fachdidaktik für Geschichte sowie Studierender am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik der Universität Innsbruck. Stephan.Scharinger@uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Stephan Scharinger, Wunderbares aus dem Leben des Pythagoras von Samos im Vergleich, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 445–452, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# „Musik in Uniform“ 1914–1918. Militärmusik und Soldatenlieder in der k. u. k. Armee während des Ersten Weltkriegs

**Name: Martin Scheiring**

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: a.o.Univ.-Prof. Mag.[a] Dr.[in] Gunda Barth-Scalmani

eingereicht im Semester: WS 2012/13

Rubrik: Varia

**Abstract**

**”Music in Uniform“ 1914–1918. Military Music and Soldier’s Songs in the Austro-Hungarian Army during the First World War.**

This is a draft-proposal of a research project about music in World War I. The focus is on military music and on music played by soldiers themselves, here termed as ”Music in Uniform“. The purpose will be to find out what cultural and historical significance listening to music or playing music in the army had as a social practice for the soldiers and for society.

## 1. Aufriss der Problemstellung und Begründung der Themenwahl

Die Erforschung der Alltagsgeschichte des Krieges allgemein und des Ersten Weltkriegs im speziellen sind Thematiken, die zunehmend in den Fokus der Geschichtsforschung treten und eine rein ereignisgeschichtliche Perspektive zunehmend erweitern, wie zahlreiche Publikationen, Dissertationen und Diplomarbeiten der letzten Jahre beweisen. Diese untersuchen sowohl das Alltagsleben an der Front als auch das Weiterbestehen des gesellschaftlichen Lebens im Hinterland. Dabei stehen vor allem die Veränderungen durch den Krieg im Mittelpunkt.

Es geht hierbei um Erfahrungsgeschichte, das heißt, darum, wie einzelne Menschen, Soldaten oder Zivilisten, den Krieg erlebten und was sich für sie durch diese weltweite

kriegerische Auseinandersetzung veränderte beziehungsweise auch, wie sie ihr Leben in scheinbarer Normalität weiter lebten. Diese Erfahrungen können zur menschlichen Kultur gezählt werden, die es zu untersuchen gilt. Von besonderem Interesse ist dabei, wie sich diese Kultur im Krieg verändert hat und zwar innerhalb der Armee und auch der Bevölkerung.

Kunst nimmt einen besonderen Stellenwert innerhalb der menschlichen Kultur ein und Musik wiederum ist ein bedeutender Faktor der Kunst und damit auch der Kultur. Somit kann die Erforschung der Rolle von Musik im Krieg einen Beitrag zu einer Kulturgeschichte des Krieges liefern und zu einer Untersuchung des menschlichen Lebens und der menschlichen Handlungen und Erfahrungen während eines Krieges.

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich daher mit der Bedeutung von Musik in der k.u.k.-Armee von 1914 bis 1918. Dabei wird es nicht um die hohe Form der Kunstmusik gehen, die in den Theatern und Konzertsälen der Monarchie weiter gespielt und gehört wurde, sondern um jene Arten von Musik, die entweder für die Soldaten im Felde direkt erfahrbar waren oder die sogar von Soldaten selbst ausgeführt wurden, also um Soldatenlieder und Militärmusik.

Friedrich Hartmann fasste in den 1930er Jahren Militärmusik und Soldatenlieder unter dem Begriff „Kriegsmusik“ zusammen und versuchte sie dadurch gegenüber anderen Arten von Musik abzugrenzen. Zur Kriegsmusik zählte er zudem noch das Blasen der Kommandobefehle in der Schlacht durch den Regiments-Hornisten[1]. Ein Problem dieses Begriffes ist aber, dass „Kriegsmusik“ zudem auch noch alle anderen Arten von Propaganda-Musik für den Krieg impliziert. Gemeint sind dabei etwa Kompositionen oder Lieder, die speziell für den Krieg und meist während des Krieges entstanden sind. Diese Musik konnte zwar in die Genres Militärmusik und Soldatenlied hineinwirken, war jedoch nicht unbedingt an sie gebunden. Beispielsweise war Propaganda-Musik oft nur für den klassischen Sektor, Streichorchester, Männergesangsvereine oder Ähnliches konzipiert worden. Daher können Militärmusik und Soldatenlieder zwar zur „Kriegsmusik“ gezählt werden, aber weder decken sie alle Bereiche der Kriegsmusik ab, noch ist diese umgekehrt an Militärmusik und Soldatenlied als einzig mögliche Medien gebunden.

Daher sollte eher von militärischer Musik gesprochen werden, um alle Facetten dieser Musikform einzuschließen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass die Soldatenlieder nicht wirklich berücksichtigt sind, da militärische Musik meistens nur die Militärmusik als solche meint, nicht aber die von Soldaten selbst gesungenen Lieder. Diese Diplomarbeit zielt aber ganz bewusst auf beide Aspekte der militärischen Musik ab. Aus

[1] Friedrich Hartmann, Die österreichische Militärmusik, in: Kunst in Österreich. Österreichischer Almanach und Künstler Adressbuch 1934. Zusammengestellt und redaktionell geleitet von Josef Rutter, Leoben 1933, S. 143–145, hier: S. 143.

diesen Gründen ist das Thema mit dem Titel „Musik in Uniform“ einzugrenzen. Damit sind beide Arten von Musik gemeint, die im Ersten Weltkrieg von Soldaten in Uniform entweder gespielt oder gehört, jedenfalls aber erfahren wurden. „Musik in Uniform“ bezieht sich sowohl auf die Musikgattung, als auch auf die handelnden Personen, nämlich die Soldaten.

Die Fragestellung lautet also: Welche Bedeutung hatte „Musik in Uniform“ im Ersten Weltkrieg in der k.u.k.-Armee? Es gibt dabei zwei zu untersuchende Bereiche, die Militärmusik und die Soldatenlieder.

Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der Militärmusik während des Ersten Weltkriegs, das heißt den Blaskapellen der einzelnen Regimenter, wobei der Begriff Militärmusik eigentlich auch die Musik selbst der musizierenden Militärkapellen bezeichnet. Zu Beginn des Krieges zogen die Soldaten noch unter klingendem Spiel ihrer Kapellen der Front entgegen, doch bald war klar, dass in diesem „neuen“ Krieg die Musik während des Kampfes zum Ansporn der Soldaten ausgedient hatte. Die Militärmusiker waren zunehmend mit anderen Tätigkeiten beschäftigt, vom Verwundetentransport bis hin zur Bewachung des Trains, der Nachschubkolonne eines Regiments. Allerdings gab es auch Anlässe für ihr Musizieren. Nach Siegen wurden patriotische Märsche und Lieder gespielt. Ebenso erklang Militärmusik bei Feldparaden.

Daneben etablierten sich bald Konzerte im Etappenraum hinter der Front zur Ablenkung und Erbauung der Truppen, die aus dem Gefecht kamen. Diese Konzerte gab es während der gesamten Kriegszeit und im Gebirgskrieg fanden auf geschützten Stellungen immer wieder Konzerte und Festakte mit Militärmusiken statt.

In der Heimat wurde die Militärmusik weiterhin eingesetzt. So umrahmte sie verschiedene Festlichkeiten wie beispielsweise den Geburtstag des Kaisers oder gab Wohltätigkeitskonzerte, deren Erlös der Kriegsfürsorge zu Gute kam. Dabei stellen sich einige Fragen: Welche neuen Aufgaben hatten die Militärmusiker im Krieg zu erfüllen? Welche nicht-musikalischen Dienste waren darunter und wie waren diese geregelt? Gab es Differenzierungen nach Rang und Offiziersgrad? Welche Stücke wurden für die Kameraden im Feld gespielt? Wie sahen die Aufgaben der Militärmusik als Vertreter der Armee bei der Bevölkerung im Hinterland und abseits der Front aus? Was erlebten die Menschen von dieser Art von „Musik in Uniform“ im Ersten Weltkrieg? Hat sich ihre Rolle im Krieg verändert?

Um diese Fragen beantworten zu können, soll eine Fallstudie am Beispiel der Regimentsmusiken der Tiroler Kaiserjägerregimenter durchgeführt werden. Dazu werden die „Innsbrucker Nachrichten“ von 1914 bis 1918, Feldakten und Truppentagebücher der Tiroler Kaiserjäger aus dem Tiroler Landesarchiv und vor allem persönliche Tagebücher von Kriegsteilnehmern als Ego-Dokumente herangezogen, um nach den Spuren der

Kaiserjägermusik zu suchen und in Verbindung mit Literaturhinweisen auf die Militärmusik allgemein und deren Bedeutung im Krieg zu schließen.

Der zweite Bereich der „Musik in Uniform“, der auch aus den Tagebüchern der Kaiserjäger ersichtlich wird, sind Soldatenlieder. Es finden sich immer wieder Berichte über singende Soldaten. Je nach Möglichkeit werden diese Gesänge auch mit Instrumenten begleitet, zum Beispiel mit Gitarre, Geige, Mundharmonika oder Zither. Es stellt sich dabei die Frage, wann welches Lied, zu welchem Anlass, von wem, warum gesungen wurde. Welche Wirkung hatten die Lieder auf die Soldaten selbst? Wie verbreitet waren bestimmte Lieder und damit bestimmte Einstellungen?

Zudem gab es in der k.u.k.-Armee im Ersten Weltkrieg eine gezielte Sammelaktion von Soldatenliedern. Diese stand unter der Leitung von Dr. Bernhard Paumgartner und seiner „Musikhistorischen Zentrale“ beim Kriegspressequartier. Er wollte Soldatenlieder nach wissenschaftlichen Kriterien sammeln und für die Soldaten im Feld edieren.[2]

Hier muss zunächst einmal eine Definition des Soldatenliedes erfolgen. Für Paumgartner waren dies einfach alle Lieder, die von Soldaten gesungen wurden und nicht nur die seiner Meinung nach meist künstlich wirkenden Kriegslieder, die nach den Regeln der Kunst speziell für einen Propagandazweck komponiert wurden. Das Soldatenlied ist demnach als Gattung des Volksliedes zu begreifen. Auch hier zeigt sich wieder die Sinnhaftigkeit des Begriffes „Musik in Uniform“ und seine Vorzüge gegenüber der „Kriegsmusik“, da durch ihn auch die Musik inkludiert wird, die vordergründig mit dem Krieg gar nichts zu tun hat, wie eben von Soldaten gesungene Volkslieder.

Paumgartner versuchte diese Lieder mit Fragebögen zu erfassen und brachte auch noch während des Krieges vier Liederhefte in der Universal Edition heraus.[3] Die 101 veröffentlichten Soldatenlieder sind mit kurzen Kommentaren versehen und geben daher einen guten Einblick in die Liedkultur in der Armee und die Verbreitung einzelner Lieder. Die übrigen Teile dieser Sammlung sind beinahe vollständig verloren gegangen. Im österreichischen Volksliedarchiv in Wien haben sich lediglich noch eine Mappe mit 107 nicht edierten deutschsprachigen Liedern und eine weitere Mappe mit 16 nicht-deutschsprachigen Soldatenliedern erhalten.[4] Anhand ausgewählter Beispiele lässt sich dennoch

[2] Eva Maria Hois, „Ein Kultur- und Zeitdokument ersten Ranges“. Die Soldatenliedersammlung der Musikhistorischen Zentrale beim k. u. k. Kriegsministerium im Ersten Weltkrieg. Geschichte – Dokumente – Lieder, phil. Diss. Wien 2007, S. 75–77.

[3] Der Universal Edition- Musikverlag wurde 1901 in Wien gegründet und besteht bis heute ([http://www.universaledition.com/], eingesehen 31.10.2012). Paumgartner hat übrigens später als Komponist ebenso mit diesem Musikverlag sehr eng zusammengearbeitet.

[4] Österreichisches Volksliedarchiv (ÖVLA), A 302, Soldatenlieder aus dem 1. Weltkrieg. Mappe 7. B. Paumgartner (MHZ).

die Bedeutung des Singens in der k.u.k.-Armee sehr gut erkennen und die Themen der Lieder geben Aufschlüsse über die Gedankenwelt der Soldaten.

Es gilt daher die These zu belegen, dass Soldatenlieder im Ersten Weltkrieg nicht nur militärische Kampflieder waren, sondern ein Ventil und Kommunikationsmittel darstellten, mit denen Soldaten ihre Erlebnisse im Kriegsalltag verarbeiten und menschliche Sorgen, Emotionen und Sehnsüchte thematisieren konnten, die ansonsten in der Armee keinen Platz hatten.

Insgesamt werden die Untersuchung der Militärmusik am Beispiel der Kaiserjägermusiken und die Analyse der Soldatenlieder der Sammlung Paumgartners einen Eindruck von der Bedeutung der Musik in Uniform für die Soldaten der k.u.k.-Armee im Ersten Weltkrieg geben, wobei festzuhalten ist, dass diese Diplomarbeit nur ein Einstieg in das Thema sein kann. Eine systematische Erschließung aller Quellen zu den Militärmusiken im Ersten Weltkrieg aus der gesamten Donaumonarchie, nämlich Zeitungen, Feldakten und Tagebücher von verschieden Truppenteilen und auch die genaue Erforschung der einzelnen Lieder von historischer, musikwissenschaftlicher und linguistischer Seite, würde den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen. Vielmehr geht es hier darum, einen ersten Eindruck von der erfahrungs- und kulturgeschichtlichen Relevanz dieses Themas zu vermitteln.

## 2. Kritischer Überblick über die Forschungslage

Eine systematische Erforschung der Musik in Uniform während des Ersten Weltkriegs gibt es nicht, vor allem auch, weil dieser Begriff in der oben definierten Bedeutung als Subsumierung von Militärmusik und Soldatenliedern bisher nicht verwendet wurde. Militärmusik und Soldatenlieder wurden immer nur separat untersucht, wobei es durchaus Querverweise in der Literatur zwischen beiden Themen gibt.

Die Erforschung der Militärmusikgeschichte Österreichs fristet bisher ein doppeltes Nischendasein. Für die Militärhistoriker scheint Musik nicht wirklich relevant zu sein und in der Musikwissenschaft fällt die Militärmusik in den Bereich der Blasmusikforschung, die wiederum generell vernachlässigt wird, wohl wegen einer künstlerischen Geringschätzung seitens der Musikwissenschaft. Dennoch gibt es vereinzelt Publikationen, die sich mit der Entwicklung der Militärmusik auseinandersetzen. Festzuhalten ist zudem, dass es tendenziell mehr Literatur zur Geschichte der deutschen, als der österreichischen Militärmusik gibt.

Erste greifbare Publikationen, die aber auch auf ältere Quellen zurückgreifen, stammen aus den späten 1930er und frühen 1940er Jahren und haben oft eine wohl aus dem Zeitverständnis erklärbare gesamtdeutsche Perspektive. Eine Ausnahme bildet Herbert

Palecziska, der 1939 eine spezielle Untersuchung der altösterreichischen Militärmusik vorlegte.[5] Danach gab es lange Zeit keine neuen Publikationen zu diesem Thema.

Ab den 1970er Jahren traten mehrere Forscher auf, die sich um die Blasmusik allgemein und die Militärmusik im Speziellen bemühten. Emil Rameis,[6] Wolfgang Suppan,[7] Eugen Brixel[8] und Achim Hofer[9] haben wichtige Werke verfasst, die die Geschichte der österreichischen Militärmusik behandeln. Allerdings spielt der Erste Weltkrieg in ihren Arbeiten keine besondere Rolle, beziehungsweise wird nur als Endpunkt der glanzvollen k.u.k.-Militärmusik-Ära bedauert.

Ab den späten 1980er Jahren rückt der kulturgeschichtliche Aspekt der Militärmusik vereinzelt in das Forscherinteresse, wie eine Dissertation von Andrea Freundesberger belegt.[10] Bei dieser Arbeit ist zudem zu bemerken, dass immer wieder kurze Verweise auf die Bedeutung der Militärmusik im Ersten Weltkrieg gemacht und auch Akten zur Militärmusik aus dem Kriegsarchiv eingearbeitet wurden. Seitdem werden auch erste spezielle Untersuchungen zur Militärmusik einzelner Regionen durchgeführt. Dieser Aspekt bleibt bis heute wichtig. Erwähnenswert ist beispielsweise eine Arbeit über die Geschichte der Kaiserjägerkapellen.[11]

In der neuesten Literatur ab dem Jahre 2000 wird vor allem in der Erforschung der aktuellen deutschen Militärmusik ein Schwerpunkt auf Bereiche wie den identitätsstiftenden oder den staatsrepräsentativen Charakter von Militärmusik und auch deren Funktionalisierung gelegt. Ein Beispiel dafür ist der Sammelband Peter Moormanns.[12] Allerdings lassen sich einige Erkenntnisse dieser neuesten Forschung auch auf die österreichischen Verhältnisse der Militärmusik im Ersten Weltkrieg umlegen. Spezielle neuere Publikationen zur Geschichte der österreichischen Militärmusik gibt es jedoch nicht.

Ein wenig anders sieht die Forschungslage bei den Soldatenliedern aus. Bereits während des Ersten Weltkrieges gab es eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Soldatenliedern.

---

[5] Herbert Palecziska, Die Entwicklung der altösterreichischen Militärmusikkapellen, phil. Diss. Wien 1939.
[6] Emil Rameis, Die österreichische Militärmusik. Von ihren Anfängen bis zum Jahre 1918. Ergänzt und bearbeitet von Eugen Brixel, Tutzing 1972.
[7] Wolfgang Suppan, Lexikon des Blasmusikwesens. Im Auftrage des Bundes deutscher Blasmusikverbände herausgegeben in Zusammenarbeit mit Fritz Thelen und weiteren Fachkollegen von Wolfgang Suppan, Freiburg im Breisgau 1973.
[8] Eugen Brixel, Das ist Österreichs Militärmusik. Von der „Türkischen Musik“ zu den Philharmonikern in Uniform, Graz 1982.
[9] Achim Hofer, Blasmusikforschung. Eine kritische Einführung, Darmstadt 1992.
[10] Andrea Freundesberger, Beiträge zur Kulturgeschichte der österreichischen Militärmusik von 1851–1918, phil. Diss. Wien 1986.
[11] Elisabeth Anzenberger-Ramminger, Die Regimentsmusiken der Tiroler Kaiserjäger und ihre Kapellmeister von 1895 bis 1918, in: Kongressberichte, Bad Waltersdorf/Steiermark 2000, Lana 2002, hrsg. v. Bernhard Habla, Tutzing 2003, S. 163–192.
[12] Peter Moormann (Hrsg.), Paradestück Militärmusik. Beiträge zum Wandel staatlicher Repräsentation durch Musik, Bielefeld 2012.

Diese wurden gesammelt und waren Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Bereits in einem Konzertheft eines Soldatenliederkonzertes während des Krieges finden sich erste Ansätze zur Erforschung dieses Themas von Bernhard Paumgartner und seinen Kollegen der Musikhistorischen Zentrale.[13] In Deutschland beschäftigte sich John Meier mit dem Soldatenlied.[14] Beide Forscher lassen sich in eine ältere Volksliedforschung und Sammeltätigkeit einreihen, die erstmals zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Ansätzen greifbar ist und in der Romantik sehr populär war.

Das Soldatenlied war und ist Gegenstand der Volksliedforschung und daher erscheinen bis heute immer wieder Publikationen zu diesem Thema aus musikwissenschaftlicher Perspektive. Es gibt Untersuchungen einzelner Lieder, so zum Beispiel die Publikation mit dem Titel „Ich hatt' einen Kameraden",[15] welche Militär und Kriege in historisch-politischen Liedern von 1740 bis 1914 analysiert und dabei auch Soldatenlieder behandelt, aber auch umfassende Überblickswerke der Volksliedforschung wie das „Handbuch des Volksliedes" aus den 1970er Jahren.[16]

Auch Kritik an der Volksliedforschung und deren Begrifflichkeit ist ein Thema in der Literatur, beispielsweise bei Ernst Klusen.[17] Hierbei geht es vor allem um die Schwierigkeiten, Volkslieder repräsentativ zu sammeln und objektiv mit Hilfe von Noten festzuhalten. Diese Kritik muss auch bei der Betrachtung der Soldatenliedsammlung während des Ersten Weltkrieges berücksichtigt werden. Eine Möglichkeit Lieder als Quelle zu nutzen zeigt die Publikation von Silvia Maria Erber und Sandra Hupfauf aus dem Jahr 2010, die sich mit politischen Liedern der Tiroler Geschichte und deren Quellenwert für die historische Forschung beschäftigt.[18]

---

[13] Bernhard Paumgartner (Hrsg.), Historisches Konzert. Samstag, den 12. Jänner 1918 im großen Saale des Wiener Konzerthauses. Veranstaltet von der Musikhistorischen Zentrale des k.u.k.-Kriegsministeriums unter der künstlerischen Leitung Dr. Bernhard Paumgartners, Wien 1918.

[14] John Meier, Das deutsche Soldatenlied im Felde, Straßburg 1916.

[15] Uli Otto/Eginhard König, „Ich hatt' einen Kameraden ...". Militär und Kriege in historisch-politischen Liedern in den Jahren von 1740 bis 1914, Regensburg 1999.

[16] Rolf Wilhelm Brednich/Lutz Röhrich/Wolfgang Suppan (Hrsg.), Handbuch des Volksliedes. Band I., München 1973, bzw. Rolf Wilhelm Brednich/Lutz Röhrich/Wolfgang Suppan (Hrsg.), Handbuch des Volksliedes. Band II., München 1975.

[17] Ernst Klusen, Volkslied. Fund und Erfindung, Köln 1969.

[18] Silvia Maria Erber/Sandra Hupfauf, Lieder der „Freiheit". Betrachtungen politischer Lieder der Tiroler Geschichte (1796 bis 1848) aus geschichts- und musikwissenschaftlicher Perspektive, Innsbruck 2010, in: Eliten in Tirol zwischen Ancien Régime und Vormärz. Akten der internationalen Tagung vom 15. bis 18. Oktober 2008 an der Freien Universität Bozen, hrsg. v. Marco Bellabarba/Ellinor Forster/Hans Heiss/Andrea Leonardi/Brigitte Mazohl, Innsbruck-Wien-Bozen 2010, S. 487–514.

Daneben gibt es eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Soldatenliedsammlung Paumgartners im Ersten Weltkrieg. Vor allem die relativ neue Forschertätigkeit von Eva Maria Hois ist hierbei zu erwähnen.[19] Die Arbeit Bela Bartoks für die ungarische Reichshälfte im Rahmen der Musikhistorischen Zentrale und seine Beziehung zu Paumgartner waren ebenfalls bereits Thema der Forschung.[20] 2002 entstand zudem eine CD mit Liedern und Texten aus dem Ersten Weltkrieg, die von Brigitte Mazohl-Wallnig und Kurt Scharr zusammengestellt wurde.[21] Darauf finden sich auch einige der Lieder, die von Paumgartner während des Krieges gesammelt und ediert wurden.

Die Soldatenlieder der Deutschen Armee im Ersten Weltkrieg betreffend erschien eine Untersuchung von Reinhard Olt, welche die Lieder und deren Wirkung analysiert.[22] Eine derartige Arbeit für alle noch greifbaren Soldatenlieder der k.u.k-Armee gibt es derzeit nicht.

Insgesamt findet sich also kaum wissenschaftliche Literatur zur Militärmusik der k.u.k.-Armee im Ersten Weltkrieg, lediglich Andeutungen und knappe Verweise in den Publikationen zur Militärmusikgeschichte allgemein. Bei den Soldatenliedern gibt es zwar Forschung zu einzelnen Aspekten, einzelnen Liedern oder Sammlungen während des Krieges, es fehlt aber eine Gesamtdarstellung der Lieder und eine Einordnung ihrer Bedeutung für die Soldaten. Genau hier wird diese Diplomarbeit ansetzen und vor allem auch diese beiden Aspekte gemeinsam als „Musik in Uniform“ untersuchen.

Für das Thema „Musik in Uniform“ und dessen Bedeutung im Ersten Weltkrieg sind zudem noch Untersuchungen zu berücksichtigen, die sich mit dem Alltagsleben von Soldaten im ersten Weltkrieg beschäftigen. Als Beispiel sei hier die Dissertation von Isabelle Brandauer angeführt, wobei festzuhalten ist, dass das Thema der Alltagsgeschichte im Krieg generell in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebte.[23]

## 3. Wissenschaftliche Relevanz

Es gibt derzeit so gut wie keine Erforschung der „Musik in Uniform“ im Ersten Weltkrieg unter gemeinsamer Betrachtung der Militärmusik und der Soldatenlieder. Beide Aspekte liefern aber einen Beitrag zu einer Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Ersten

[19] Eva Maria Hois, „Ein Kultur- und Zeitdokument ersten Ranges“. Die Soldatenliedersammlung der Musikhistorischen Zentrale beim k. u. k. Kriegsministerium im Ersten Weltkrieg. Geschichte-Dokumente-Lieder, phil. Diss. Wien 2007.
[20] Adrienne Gombocz, Béla Bartóks Briefe an Bernhard Paumgartner, in: *Studia Musicologica Academiae Scientiarum Hungaricae* 35 (1993–1994), Heft 1/3, S. 93–111.
[21] Brigitte Mazohl-Wallnig/Kurt Scharr (Zusammenstellung), „Im kalten Schützengraben…“. Lieder und Texte aus dem Ersten Weltkrieg, o. O. 2002.
[22] Reinhard Olt, Krieg und Sprache. Untersuchungen zu deutschen Soldatenliedern des Ersten Weltkriegs. Teil 1, Gießen 1981.
[23] Isabelle Brandauer, Soldatenalltag in den Dolomiten im Ersten Weltkrieg 1915–1917, phil. Diss. Innsbruck 2006.

Weltkrieges, indem die allgemein gesellschaftliche und die individuell menschliche Bedeutung von Musik, nämlich der „Musik in Uniform“ für die Soldaten der k.u.k.-Armee untersucht werden.

In der österreichischen Militärmusikforschung gelten die Jahre des Ersten Weltkriegs bisher als Zeit des Niedergangs der glanzvollen k.u.k.-Ära. Ein erster Einblick in die Quellen zeigt aber, dass dem nicht so war und die Militärmusikkapellen der Donaumonarchie zum Teil bis zum Ende des Krieges ihre Aufgaben, wie sie sich vor dem Krieg präsentiert hatten, fortführten.

Es geht also neben einer inhaltlichen Vertiefung auch um eine Korrektur des bisherigen Geschichtsbildes von der Militärmusik im Ersten Weltkrieg. Die Militärmusik verstummte keineswegs nach dem Kriegsausbruch, wie es etwa Stephan Vajda behauptete.[24] Die Musikkultur in der Armee bestand weiter und wurde in scheinbarer Normalität aufrechterhalten. Wie dies im Einzelnen funktionierte, soll in dieser Diplomarbeit untersucht werden.

Für die Soldatenliederforschung zum Ersten Weltkrieg soll die Leistung dieser Diplomarbeit darin liegen, die bisherigen Publikationen über einzelne Lieder und einzelne Sammelaktionen, die bereits vorhanden sind, zusammenzuführen, um somit einen Eindruck von der Bedeutung dieser Art von Musik für die Soldaten im Felde zu bekommen. Die Fragen, die sich stellen, sind, wann welches Lied von wem, warum gesungen wurde. Für das Deutsche Heer gibt es eine derartige Untersuchung zum Ersten Weltkrieg von Rainhard Olt, für die k.u.k.-Armee aber nicht. Eine umfassende Analyse des gesamten Liedmaterials würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb für eine genaue Untersuchung einzelne Lieder auszuwählen sind, die sozusagen als Fallbeispiele Aufschluss über die Liedkultur in der Armee geben werden. Zudem kann die Erforschung der Soldatenlieder und deren Inhalte einen Beitrag zu einer Geschichte der Gefühle und Emotionen im Sinne Ute Freverts liefern, weil das Singen eine Möglichkeit für die Soldaten war, eben diese auszudrücken.[25]

Beide Bereiche zusammen sollen ein Bild von der Bedeutung der „Musik in Uniform“ im Ersten Weltkrieg geben und einen Beitrag zur Erfahrungs- und Kulturgeschichte liefern, der bisher noch fehlt. Denn gemessen an der Bedeutung für die Soldaten, die vor allem aus persönlichen Tagebüchern aus dem Ersten Weltkrieg und einigen Arbeiten über die Alltagsgeschichte an der Front sichtbar wird, ist der Faktor Musik im Krieg in der Forschung derzeit sicherlich unterrepräsentiert. Es geht also auch um eine Sensibilisierung für dieses Thema.

---

[24] Stephan Vajda, „Mir san vom k.u.k.“. Die kuriose Geschichte der österreichischen Militärmusik, Wien-Heidelberg 1977, S. 181 f.
[25] Ute Frevert (Hrsg.), Geschichte der Gefühle, Göttingen 2009.

## Archivalien

Deutsches Volksliedarchiv, Weltkriegssammlungen, Erster Weltkrieg. Eisenbahnwaggon-Aufschriften, Soldatenliederbücher, Diverses, S 0197.

*„Innsbrucker Nachrichten“* 1914–1918.

Österreichisches Volksliedarchiv (ÖVLA), A 302, Soldatenlieder aus dem 1. Weltkrieg. Mappe 7. B. Paumgartner (MHZ).

Tiroler Landesarchiv (TLA), Feldakten Tiroler Kaiserjäger (TKJ):

TLA Feldakten TKJ, 1. Rgt., Gruppe III, Kt. 10.

TLA Feldakten TKJ, 3. Rgt., Gruppe III, Kt. 2.

TLA Feldakten TKJ, 4. Rgt., Gruppe I, Kt. 5.

TLA Feldakten TKJ, 4. Rgt., Gruppe III, Kt. 1.

## Publizierte Quellen

Ladurner-Parthanes, Matthias, Kriegstagebuch eines Kaiserjägers. Nach dem Originalmanuskript bearbeitet von Josef Rampold, Bozen 1996.

Lechleitner, Gerda (Red.), Soldatenlieder der k.u.k. Armee. OEAW PHA CD 11. Umfasst 2 CDs. Kommentare bearbeitet von Oskar Elschek. Musiktranskriptionen von Erna Mach. Übertragung: Franz Lechleitner, in: Tondokumente aus dem Phonogrammarchiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Gesamtausgabe der Historischen Bestände 1899–1950, Serie 4, hrsg. v. Dietrich Schüller, Wien 2000.

Oberkofler, Gerhard, Das Tagebuch von Hauptmann Hugo Huslig im 2. Tiroler Kaiserjäger-Regiment. 19. Juli 1914 bis 25. November 1914, in: *Tiroler Heimat. Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde*, Bd. 53, hrsg. v. Fridolin Dörrer/Josef Riedmann, Innsbruck 1989, S. 67–103.

Paumgartner, Bernhard (Hrsg.), Österreichische Soldaten-Lieder. Herausgegeben mit Genehmigung des k.u.k.-Armee-Oberkommando (Kriegspressequartier). 1. Heft. Marsch- und Heimatlieder I., Wien 1916.

Ders. (Hrsg.), Österreichische Soldaten-Lieder. Herausgegeben mit Genehmigung des k.u.k.-Armee-Oberkommando (Kriegspressequartier). 2. Heft. Marsch- und Heimatlieder II., Wien 1917.

Ders. (Hrsg.), Österreichische Soldaten-Lieder. Herausgegeben mit Genehmigung des k.u.k.-Armee-Oberkommando (Kriegspressequartier). 3. Heft. Marsch- und Heimatlieder III., Wien 1917.

Ders. (Hrsg.), Österreichische Soldaten-Lieder. Herausgegeben mit Genehmigung des k.u.k.-Armee-Oberkommando (Kriegspressequartier). 4. Heft. Lieder aus der Steiermark I., Wien 1917.

Ders., Erinnerungen. Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 19. Ergänzungsband, Veröffentlichungen zur Salzburger Musikgeschichte, Bd. 7, Salzburg 2001.

Raschin, Karl, Die Einser-Kaiserjäger im Feldzug gegen Rußland 1914–1915. Auszug aus dem Tagebuche des Regimentsadjutanten, Bregenz 1935.

Tschurtschenthaler, Anton, Col di Lana 1916. Erinnerungen des letzten Verteidigers, Innsbruck 1957.

## Literatur

Anzenberger-Ramminger, Elisabeth, Die Regimentsmusiken der Tiroler Kaiserjäger und ihre Kapellmeister von 1895 bis 1918, in: Kongressberichte, Bad Waltersdorf/Steiermark 2000, Lana 2002, hrsg. v. Bernhard Habla, Tutzing 2003, S. 163–192.

Blüggel, Christian, Zur Identitätsstiftung heutiger Militärmusik am Beispiel des Berliner Luftwaffenmusikkorps (LMK), in: Paradestück Militärmusik. Beiträge zum Wandel staatlicher Repräsentation durch Musik, hrsg. v. Peter Moormann, Bielefeld 2012, S. 35–68.

Brandauer, Isabelle, Soldatenalltag in den Dolomiten im Ersten Weltkrieg 1915–1917, phil. Diss. Innsbruck 2006.

Brednich, Rolf Wilhelm/Röhrich, Lutz/Suppan, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch des Volksliedes, Bd. I., München 1973.

Dies. (Hrsg.), Handbuch des Volksliedes, Bd. II., München 1975.

Brixel, Eugen, Das ist Österreichs Militärmusik. Von der „Türkischen Musik“ zu den Philharmonikern in Uniform, Graz 1982.

Egger, Hartmann, Die Gründung der ersten Kaiserjägermusik, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck* 36 (1973), Heft 1, S. 18.

Ehrl, Friedrich, Gegenstände persönlichen Charakters von Soldaten an der Südfront im Ersten Weltkrieg. Archäologische Funde vom Ortler bis zum Isonzo, phil. Diss. Innsbruck 2002.

Erber, Silvia Maria/Hupfauf, Sandra, Lieder der „Freiheit“. Betrachtungen politischer Lieder der Tiroler Geschichte (1796 bis 1848) aus geschichts- und musikwissenschaftlicher Perspektive, Innsbruck 2010, in: Eliten in Tirol zwischen Ancien Régime und Vormärz. Akten der internationalen Tagung vom 15. bis 18. Oktober 2008 an der

Freien Universität Bozen, hrsg. v. Marco Bellabarba/Ellinor Forster/Hans Heiss/Andrea Leonardi/Brigitte Mazohl, Innsbruck-Wien-Bozen 2010, S. 487–514.

Freundesberger, Andrea, Beiträge zur Kulturgeschichte der österreichischen Militärmusik von 1851–1918, phil. Diss. Wien 1986.

Frevert, Ute (Hrsg.), Geschichte der Gefühle, Göttingen 2009.

Gombocz, Adrienne, Béla Bartóks Briefe an Bernhard Paumgartner, in: *Studia Musicologica Academiae Scientiarum Hungaricae* 35 (1993–1994), Heft 1/3, S. 93–111.

Hartmann, Friedrich, Die österreichische Militärmusik, in Kunst in Österreich. Österreichischer Almanach und Künstler Adressbuch 1934. Zusammengestellt und redaktionell geleitet von Josef Rutter, Leoben 1933, S. 143–145.

Heidler, Manfred, Die Militärmusik der Bundeswehr = Staatsmusik?, in: Paradestück Militärmusik. Beiträge zum Wandel staatlicher Repräsentation durch Musik, hrsg. v. Peter Moormann, Bielefeld 2012, S. 13–34.

Heiske, Wilhelm, Das deutsche Volksliedarchiv in Freiburg i. Br., in: Handbuch des Volksliedes. Band II., hrsg. v. Rolf Wilhelm Brednich/Lutz Röhrich/Wolfgang Suppan, München 1975, S. 175–184.

Hofer, Achim, Blasmusikforschung. Eine kritische Einführung, Darmstadt 1992.

Hois, Eva Maria, „Ein Kultur- und Zeitdokument ersten Ranges“. Die Soldatenliedersammlung der Musikhistorischen Zentrale beim k. u. k. Kriegsministerium im Ersten Weltkrieg. Geschichte-Dokumente-Lieder, phil. Diss. Wien 2007.

Dies., Der Erste Weltkrieg und die Musikhistorische Zentrale beim k. u. k. Kriegsministerium, in: Musik in der Moderne, hrsg. v. Federico Celestini, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 123–144.

Klusen, Ernst, Volkslied. Fund und Erfindung, Köln 1969.

Lixfeld, Hannjost, Soldatenlied, in: Handbuch des Volksliedes. Band I., hrsg. v. Rolf Wilhelm Brednich/Lutz Röhrich/Wolfgang Suppan, München 1973, S. 833–862.

Mazohl-Wallnig, Brigitte/Scharr, Kurt (Zusammenstellung), „Im kalten Schützengraben…“. Lieder und Texte aus dem Ersten Weltkrieg, o. O. 2002.

Meier, John, Das deutsche Soldatenlied im Felde, Straßburg 1916.

Neuner, Meinhard, Geschichte der Original Tiroler Kaiserjägermusik, in: Tirol in seinen alten Grenzen. Festschrift für Meinrad Pizzinini zum 65. Geburtstag (Schlern-Schriften 341), hrsg. v. Claudia Sporer-Heis, Innsbruck 2008, S. 165–180.

Nußbaumer, Martina, Musik im „Kulturkrieg“. Politische Funktionalisierung von Musikkultur in Österreich 1914-1918, in: Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne, hrsg. v. Petra Erbst, Wien 2004, S. 299–317.

Olt, Reinhard, Krieg und Sprache. Untersuchungen zu deutschen Soldatenliedern des Ersten Weltkriegs. Teil 1, Gießen 1981.

Ders., Krieg und Sprache. Untersuchungen zu deutschen Soldatenliedern des Ersten Weltkriegs. Teil 2, Gießen 1980.

Otto, Uli/König, Eginhard, „Ich hatt’ einen Kameraden ...“. Militär und Kriege in historisch-politischen Liedern in den Jahren von 1740 bis 1914, Regensburg 1999.

Palecziska, Herbert, Die Entwicklung der altösterreichischen Militärmusikkapellen, phil. Diss. Wien 1939.

Panoff, Peter, Militärmusik in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1944.

Paumgartner, Bernhard (Hrsg.), Historisches Konzert. Samstag, den 12. Jänner 1918 im großen Saale des Wiener Konzerthauses. Veranstaltet von Musikhistorischen Zentrale des k.u.k.-Kriegsministeriums unter der künstlerischen Leitung Dr. Bernhard Paumgartners, Wien 1918.

Polomik, Tünde, Quellen zur Erforschung der Tätigkeiten und Rollen von Militärorchestern in Bosnien und Herzegowina zur Zeit der österreichisch, ungarischen Verwaltung (1878-1918), in: *Studia Musicologica Academiae Scientiarum Hungaricae* 32 (1990), Heft 1, S. 383–408.

Rameis, Emil, Die österreichische Militärmusik. Von ihren Anfängen bis zum Jahre 1918. Ergänzt und bearbeitet von Eugen Brixel, Tutzing 1972.

Ruckel, Jay G., Tunes of Glory. The Proud Tradition of the Military Band, in: *Music Educators Journal* 57 (1971), Heft 6, S. 48–50.

Schade, Ernst, Volkslied-Editionen zwischen Transkription, Manipulation, Rekonstruktion und Dokumentation, in: *Jahrbuch für Volksliedforschung* 35 (1990), S. 44–63.

Schmidt, Leopold, Geschichte der österreichischen Volksliedsammlung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Handbuch des Volksliedes. Band II., hrsg. v. Rolf Wilhelm Brednich/ Lutz Röhrich/Wolfgang Suppan, München 1975, S. 25–44.

Schramm, Michael (Hrsg.), Militärmusik zwischen Nutzen und Missbrauch. Dokumentation zum Symposium. Dokumentationsband zum gleichnamigen Symposium vom 31. August bis 01. September 2010 in Bonn, Bonn 2001.

Suppan, Wolfgang, Lexikon des Blasmusikwesens. Im Auftrage des Bundes deutscher Blasmusikverbände herausgegeben in Zusammenarbeit mit Fritz Thelen und weiteren Fachkollegen von Wolfgang Suppan, Freiburg im Breisgau 1973.

Ders., Von einer Melodie, die „auch feigen Seelen den Busen hebt“. Historische Dokumente zur „Türkischen Musik“ und die koreanische Militärmusik „Tae-ch'it'a“, in: Von der Vielfalt musikalischer Kultur. Festschrift für Josef Kuckertz zur Vollendung des 60. Lebensjahres, hrsg. v. Rüdiger Schumacher, Salzburg 1992.

Vajda, Stephan, „Mir san vom k.u.k.“. Die kuriose Geschichte der österreichischen Militärmusik, Wien u. a. 1977.

Wagner, Walter, Die k.(u.)k. Armee – Gliederung und Aufgabenstellung, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band V., hrsg. v. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch, Wien 1987, S. 142–633.

Wernard, Martin, Lebensalltag im Gebirgskrieg. Die Tiroler Kaiserjäger am Pasubio 1916-1918, Dipl. Innsbruck 2005.

Wette, Wolfram (Hrsg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992.

**Martin Scheiring** ist Lehramtsstudent der Geschichtswissenschaft und der Latinistik im 9. Semester an der Universität Innsbruck. Martin.Scheiring@student.uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Martin Scheiring, „Musik in Uniform“ 1914–1918. Militärmusik und Soldatenlieder in der k.u.k.-Armee während des Ersten Weltkriegs, in: *historia.scribere* 5 (2013), S. 453–466, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

historia.scribere

# Von Migration und MigrantInnen in Europa. Eine Analyse musealer Bearbeitungen

**Veronika Settele**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Priv.-Doz. Mag. Dr. Dirk Rupnow

eingereicht im Semester: WS 2012/13

Rubrik: Varia

**Abstract**
**Representing Migration and Migrants in European Museums**

The following research-proposal is a draft of my doctoral thesis. It will examine the scientific relevance of analysing the different approaches dealing with the representation of stories of migration in museums and exhibitions. It also summarises the current stage of research concerning this topic and reveals the research work to be done.

## 1. Aufriss der Problemstellung und Begründung der Themenwahl

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Benedict Anderson stellte Anfang der 1980er Jahre fest, dass sich die Menschheit in vorgestellten Gemeinschaften organisiert. Indem man sich selbst als Teil einer Gruppe wahrnimmt, wird diese Gruppe konstruiert.[1] Die Nation ist hierfür das prominenteste Beispiel.[2] Die europäischen Nationalstaaten formierten sich im 18. und 19. Jahrhundert und nicht zufällig wird die „Geburt des

[1] Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 2000.
[2] Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 1996.

Museums“ üblicherweise in jene Zeit gelegt.[3] Museen und Ausstellungen sind wesentlich mit der Entstehung der Nationalstaaten verknüpft. Sie entstanden als Instrumente der jungen Nationalstaaten und erfüllten wichtige Funktionen bei der Herstellung von nationalen (aber auch regionalen) Identitäten: In ihnen wurde definiert, was und wem Zugehörigkeit zur Nation zugesprochen wurde. Museen sind in gruppenkonstituierenden Prozessen bedeutende Instrumente, da ihre Ausstellungen herkömmlicherweise jene Inhalte der Öffentlichkeit zugänglich machen, die als konstitutiv für die jeweilige Gemeinschaft erachtet werden. Im Falle der Nation sind das die als dazugehörig erachtete Bevölkerung, ein begrenztes Territorium, und freilich die Geschichte. Durch diese öffentliche Zurschaustellung werden die Inhalte manifestiert und verbreitet, denn museal inszeniertes Wissen reproduziert Wirklichkeiten und etabliert Wahrheitsregime alleine deshalb, weil die Institution Museum für Objektivität und Neutralität steht.[4] Die ausgestellte – und damit gesellschaftspolitisch manifestierte – Perspektive ist die jener gesellschaftlichen Gruppe, die mit Sprach- und Definitionsmacht ausgestattet ist. Diese kann ihrem Blick durch die Gestaltung von musealen Darstellungsformen zu noch mehr Dominanz verhelfen.

Migrationsbewegungen, die Zusammensetzung und Charakter einer Gesellschaft verändern, sind kein klassischer Gegenstand musealer Erzählungen, da sich diese Geschichten erstens nicht linear in bereits existierende Gruppenstrukturen einfügen lassen und sich deren ProtagonistInnen zweitens meist nicht in den dafür nötigen gesellschaftlichen Positionen befinden. Konkret ausgedrückt: Migrationsgeschichten laufen den klassischen nationalen Meistererzählungen der europäischen Staaten entgegen und sind deshalb in deren Museen unterrepräsentiert. Das in musealen Bearbeitungen dominierende nationale Narrativ schließt grenzüberschreitende Phänomene, wie Migration, geradezu aus, da diese die Parameter von Nationalstaaten (Territorium, Bevölkerung, Geschichte) und damit die herkömmlichen Museums- und Ausstellungspraxen sprengen würden. Der postmoderne *Cultural Turn* hat dabei in doppelter Weise Einzug in das Thema musealer Repräsentationsstrategien von Migrationsgeschichten gehalten. Einerseits wurde die nationale Perspektive als einem erweiterten Kulturbegriff im Weg stehend entlarvt, zum anderen arbeitet die kritische Museologie bereits seit einigen Jahrzehnten daran, Museen als „Distinktions-, Exklusions- und Wahrheitsmaschinen“ zu dekonstruieren und bisher ausgeschlossene Subjektpositionen und Gegenerzählungen sichtbar zu machen.[5]

[3] Tony Bennett, The Birth of the Museum. History, Theory, Politics, Routledge, London, 1995.
[4] Natalie Bayer, Migration als Thema musealer Erinnerungsarbeit, in: *Kulturen* 6 (2012), S. 33–56.
[5] Carmen Mörsch, Am Kreuzungspunkt von vier Diskursen. Die documenta 12 Vermittlung zwischen Affirmation, Reproduktion, Dekonstruktion und Transformation, in: Kunstvermittlung 2. Zwischen kritischer Praxis und Dienstleistung auf der documenta 12, hrsg. v. Carmen Mörsch/Forschungsteam documenta 12 Vermittlung, Zürich-Berlin 2009, S. 9–33, hier S. 10.

Hinter dieser Arbeit steht die Überlegung, dass nur dann, wenn gemeinsame vergangene Geschichten als solche identifiziert und bewahrt werden, nationale Narrative aufgebrochen werden können. Und dies wiederum ist Voraussetzung für das anzustrebende inklusive Miteinander in der Gegenwart; einer Gegenwart, die als Einwanderungsland oder besser Migrationsgesellschaft beschrieben werden kann, weil sie sich durch vielfältige Wanderungsphänomene charakterisieren lässt.[6] Mit diesen gesellschaftlich relevanten Implikationen in das *Jetzt* ist dieses Thema gewissermaßen ein genuin zeitgeschichtliches. Das Augenmerk liegt auf den Migrationsgeschichten, die für die vielleicht weitreichendsten Veränderungsprozesse der europäischen Gesellschaften seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verantwortlich sind. Zwei gesellschaftsgeschichtliche Grundüberlegungen sind im Kontext der Musealisierung der Migration festzuhalten: Zum einen sind Migrationsbewegungen eine anthropologische Konstante. Schon immer haben Menschen, alleine oder in Gruppen, die Räume, in die sie hineingeboren wurden, verlassen. Zum anderen zeichnet sich jede Migrationsgeschichte durch andere ökonomische, politische und soziale Umständen aus, wodurch sie individuell und nicht generalisierbar ist. Anwendungsbezogen bedeutet das, dass, um einer Banalisierung der Migration den Riegel vorzuschieben, beide Facetten parallel vermittelt werden müssen.[7] Zusätzlich muss der Herausforderung beigekommen werden, dass Migration ein genuin transnationales Phänomen darstellt, das die Parameter von Nationalstaaten (Territorien, Bevölkerung, Geschichte) und damit von herkömmlichen Museums- und Ausstellungspraxen sprengt. Die Dar- und Ausstellung von Migration kann und sollte jedoch als Chance begriffen werden, um transnationale Geschichte(n) deutlich zu machen.

Diese Arbeit wird untersuchen, wie Migrationsgeschichten museal bearbeitet werden können, welche Schwierigkeiten und Herausforderungen damit verbunden sind sowie in welchem Kontext das Unternehmen der musealen Repräsentation von Migrationsgeschichten am erfolgversprechendsten ist. Die prinzipiellen Analyseeinheiten gesellschaftlicher Prozesse sind Städte, Regionen oder Nationalstaaten. Migration hingegen ist ein genuin transnationales Phänomen, das sich gerade deshalb nicht reibungslos in diese herkömmlichen geographischen Raster einordnen lässt. Es stellt sich die Frage, welche gesellschaftliche Gliederungsebene mit welchen Herausforderungen und Chancen aufwartet. Die Ebenen sind lokale Gemeinden, Regionen oder Länder, wie auch natürlich die nach wie vor bedeutendste soziopolitische Gliederung, die Nation, und schließlich die zunehmend wichtiger werdende supranationale Ebene der Europäischen Union. Die zentrale Frage ist, wie sich die Integration von Migration auf regionaler, nationaler und

[6] Anne Broden/Paul Mecheril, Migraionsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung, in: Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft, hrsg. v. Anne Broden/Paul Mecheril, Düsseldorf 2007, S. 7–28, hier S. 7.

[7] Regina Wonisch, Museum und Migration. Einleitung, in: Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, hrsg. v. Regina Wonisch/Thomas Hübel, Bielefeld 2012, S. 9–31, hier S. 12–13.

supranationaler, europäischer Ebene unterscheidet. Diese verschiedenen Ebenen sind deshalb von unmittelbarer Bedeutung, da das Phänomen der Migration ein per se grenzüberschreitendes ist und damit nicht im herkömmlich dominanten nationalen Narrativ gefasst werden kann. Der transnationale Charakter der Migration unterläuft das Nationale und ist deshalb tendenziell stärker im Lokalen und Regionalen sichtbar. Es steht die Betrachtung der Vielfältigkeit der Bearbeitungen dieses Themas im Vordergrund: neben der unterschiedlichen geographischen Ebenen, ist die Verschiedenheit der Bearbeitungen selbst hervorzuheben. Es gibt temporäre Ausstellungen, ständige Archive, Internet-Archive, ständige Ausstellungen oder auch ganze Museen. Die hinter diesen Initiativen stehenden Kräfte sind ähnlich vielfältig wie die Projekte selbst. Die Fragen, die sich stellen, sind: Auf wessen Betreiben hin wurde die museale Bearbeitung Realität? Welche Stellen finanzierten die Projekte? Wie ist die Nachhaltigkeit zu bewerten? Ist sichergestellt, dass der Mehrwert der temporären Ausstellungen über die eigentliche Ausstellungdauer hinaus erhalten bleibt?

Wie der Arbeitstitel *Von Migration und MigrantInnen in Europa. Eine Analyse musealer Bearbeitungen* deutlich macht, wird der nationale Rahmen auch in der Studie selbst verlassen. Es werden museale Bearbeitungen in verschiedenen Ländern betrachtet; dennoch ist die nationale Unterscheidung nicht die primäre Analyseeinheit, vielmehr bleiben die im vorigen Abschnitt aufgeworfenen Fragen zentral. Nach jetzigem Stand werden folgende Migrationsausstellungen und -museen Eingang in die Untersuchung finden. Im Zuge weiterer Recherchen wird diese Liste um Bearbeitungen aus Großbritannien und Skandinavien sowie um lokale Projekte aus Frankreich verlängert werden.

Aus Deutschland, Österreich und Frankreich wird jeweils ein nationales Unternehmen vorgestellt. Als einziges der drei Länder hat Frankreich seit 2007 ein nationales Migrationsmuseum, was unter Berücksichtigung der zentralistischen Staatsorganisation nicht weiter verwunderlich ist und dennoch in Europa eine Ausnahme darstellt. In der *Cité nationale de l'histoire de l'immigration* in Paris (http://www.histoire-immigration.fr/) wird die französische Einwanderungsgeschichte der letzten 200 Jahre (seit der Französischen Revolution) erzählt. Bereits seit 1990 existiert in Köln das Domid (http://www.domid.org/), das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. Dieser Verein hat sich der Sammlung bundesdeutscher Migrationsgeschichte verschrieben, um damit die Grundlage für ein Bewahren und Ausstellen dieser Geschichte sicherzustellen. Bedeutendstes Beispiel einer nationalen Migrationsausstellung für Österreich, allerdings mit Fokus auf Wien, ist *Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration (*http://www.gastarbajteri.at/). Die Ausstellung war 2004 im Wien Museum am Karlsplatz zu sehen. Daneben bietet die regionale und lokale Ebene wichtige Möglichkeiten einer Darstellung der Migrationsgeschichte(n) jenseits des nationalen Rahmens. Exemplarisch für die Fülle an regionalen Bearbeitungen jüngerer Migrationsgeschichten in Deutschland werden für die Bundesrepublik folgende Projekte untersucht: *Crossing*

*Munich*, Rathausgalerie München, München 2009 (www.crossingmunich.org), *Fremde? Bilder von den „Anderen" in Deutschland und Frankreich seit 1871*, Berlin 2009 (http://www.dhm.de/ausstellungen/fremde/), *Lebenswege* das Migrationsmuseum Rein-land-Pfalz im Internet, online seit 2009 (http://lebenswege.rlp.de/foyer/das-projekt/), *Projekt Migration* 2002–2006, Kultur-stiftung des Bundes, Köln 2005–2006 (http://www.projektmigration.de/) und schließlich *Stillstand und Bewegung. Menschen in Kreuzberg*, Bezirksmuseum Friedrichshain Kreuzberg, Berlin 2012 (http://www.kreuzbergmuseum.de/index.php? id=6). Für Österreich werden ältere Bearbeitungen in Wien, wie *Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien* (1996), sowie die Rolle von Migrations-geschichten in den österreichischen Landesmuseen miteinbezogen. Letztere haben eine außergewöhnlich große Bedeutung, was im Fehlen eines Nationalmuseums begründet wird.[8] So ist es auch zu erklären, dass die bisher bedeutendste Bearbeitung des Themas in Österreich, die Ausstellung *Gastarbajteri* in einem Landesmuseum zu sehen war.

Die supranationale Ebene gewinnt in Europa zunehmend an Bedeutung. Dieser allgemeine Befund schlägt sich auch in der europäischen Museenlandschaft nieder: Neben dem seit 2007 bestehenden *Musée de l'Europe* in Brüssel (http://www.expo-europe.be/site/visites/visites.html) werden die aktuellen Entwicklungen rund um das *Haus der Europäischen Geschichte* (http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/historyhouse.html/), einer Initiative des EU-Parlaments, miteinbezogen.

Die Fragen, die an alle musealen Bearbeitungen gestellt werden, richten sich nach den dahinterstehenden Ausstellungsstrategien. An erster Stelle natürlich die Frage, was wird ausgestellt? Was wird erzählt und was nicht? In welcher Perspektive ist diese Erzählung, wer spricht, wer stellt dar, wer arbeitet im Hintergrund? Daran anknüpfend und reflektierend: Wer hat eine Stimme, wer sind die AkteurInnen? Sowohl in den Ausstellungen als auch in der Realität, welche Auseinandersetzungen begleiteten die Ausstellungskonzeption? Angestrebt wird, nach Abschluss der Studie eine Antwort auf die Frage, wie das Thema Migration auf den unterschiedlichen musealen – und gesellschaftlichen – Ebenen funktioniert, anzubieten.

## 2. Kritischer Überblick über die Forschungslage

Das Thema „Migration" rückt derzeit immer mehr in den Fokus wissenschaftlichen Interesses. Für Deutschland gilt dies in stärkerem Maße als für Österreich; in der Bundesrepublik existiert seit mehr als 20 Jahren der Verein Domid, dessen Ziel es ist, ein Migrationsmuseum als Zentrum der Geschichte, Kunst und Kultur der Migration zu

[8] Dirk Rupnow, Nation ohne Museum? Diskussionen, Konzepte und Projekte, in: Zeitgeschichte ausstellen in Österreich. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, hrsg. v. Dirk Rupnow/Heidemaire Uhl, Wien-Köln-Weimar 2001, S. 417–464, hier S. 419–420.

errichten, um damit das historische Gedächtnis der Migrationsgesellschaft sichtbar und erfahrbar zu machen (was bisher jedoch noch nicht verwirklicht werden konnte). Außerdem erschienen in den letzten Jahren – neben verstärkter Aufmerksamkeit in Rundfunk und Presse – umfangreiche Studien zu den Migrationsgeschichten der Bundesrepublik.[9]

Dennoch sind auch in Österreich zunehmend Publikationen und auch außeruniversitäre Bearbeitungen, wie die Ausstellung des Wien Museums 2004: *Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration*,[10] über die Lebenswelten von ArbeitsmigrantInnen zu verzeichnen.[11] Zwei Dinge fallen jedoch auf: Zum einen ist die (zeit-)geschichtliche Bearbeitung des Themas der soziologischen und politikwissenschaftlichen, die sich meist auf aktuell relevante Bezüge konzentriert, deutlich unterlegen;[12] zum anderen war das Thema in den 1970er und 1980er Jahren präsenter, wie einige frühe Studien aus dieser Zeit zeigen.[13] Es kann trotz einer medialen Dauerpräsenz des Themas (Im-)migration in Österreich

[9] Ruth Mandel, Cosmopolitan Annexies. Turkish Challenges to Citizenship and Belonging to Germany, Durham 2008; Rita Chin, Guest Worker Migration and the unexpected Return of Race, in: After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe, hrsg. v. Rita Chin/Heide Fehrenbach/Geoff Eley/Atina Grossmann, Michigan 2008, S. 80–101; Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...". Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter" in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; Deniz Göktürk/ David Gramling/Anton Kaes (Hrsg.), Germany in Transit. Nation and Migration 1955–2005, Berkeley (L.A.) 2007; Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener…". Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000.

[10] Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hrsg.), Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004.

[11] Vida Bakondy, Bitte um 4 bis 5 türkische Maurer. Eine Analyse von Anwerbeakten der österreichischen Wirtschaftskammer, in: Viel Glück! Migration Heute. Wien Belgrad Zagreb Istanbul, hrsg. v. Vida Bakondy/Simonetta Ferfoglia/Jasmina Jankovic/Cornelia Kogoj/Gamze Ongan/Heinrich Pichler/Ruby Sircar/Rene Le Winter (Initiative Minderheiten), Wien 2010, S. 68–79; Veronika Settele, Rechtliche Grundlegungen der Arbeitsmigration nach Deutschland und Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: *historia.scribere* 4 (2012), S. 67–85, [http://historia.scribere.at/], eingesehen 15.10.2012; Gudrun Biffl, Entwicklung der Migrationen in Österreich aus historischer Perspektive, in: Grundzüge des Managements von Migration und Integration. Arbeit – Soziales – Familie – Bildung – Wohnen – Politik und Kultur (Migrationmanagement 1), hrsg. v. Gudrun Biffl/Nikolaus Dimmel, Bad Vösslau 2011, S. 33–50.

[12] Vgl. beispielsweise Rossalina Latcheva/Barbara Herzog-Punzenberger. Integration revisited: Zur Dynamik und Kontextabhängigeit individueller Integrationsverläufe am Beispiel von MigrantInnen der ersten Generation in Wien, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36, Nr. 1 (2011), S. 3–27; sowie folgende empirische Befunde zu Migration und Integration in Österreich: Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hrsg.), Abgrenzen ausgrenzen aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, Klagenfurt 1999; Heinz Fassmann (Hrsg.), 1. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt 2003; Heinz Fassmann (Hrsg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt 2007.

[13] Siegfried Pflegerl, Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung. Wien 1977; Hannes Wimmer (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Frankfurt am Main 1986; Elisabeth Lichtenberger, Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften, Wien 1984; Helga Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf für und gegen die ausländische Arbeitskraft, in: *Journal für Sozialforschung* 25 (1985), Nr. 2, S. 159–198; Helga Leitner, Gastarbeiter in der städtischen Gesellschaft. Segregation, Integration und Assimilation von Arbeitsmigranten. Am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien (Campus Forschungen 307), Frankfurt-New York 1983.

heute keineswegs davon gesprochen werden, dass die österreichische Migrationsgeschichte im historischen Bewusstsein bzw. im kulturellen Gedächtnis verankert wäre.[14]

Jenseits des inhaltlichen Forschungsstands, will heißen der historischen Analyse der Migrationsgeschichten selbst, ist der Literaturkorpus besser bestückt. Das Forschungsfeld theoretischer Überlegungen zu Repräsentation und Museum im Kontext von Migrationsgeschichten hat in den letzten Jahrzehnten einige Publikationen zu Tage gebracht. Hier wäre der 2007 erschienene Sammelband „Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft" von Anne Broden und Paul Mecheril zu nennen[15] und zudem einige Aufsätze, wie „Aufstand der Unterworfenen. Wissensarten – museale Gegenerzählungen" von Nora Sternfeld[16], „Zur Notwendigkeit neuer Bilderproduktionen der Migration im Museum" von Natalie Bayer[17] oder auch „Eine Geschichte zwischen Stille und Getöse" von Hakan Gürses.[18]

Neben den Migrationsgeschichten selbst und der Literatur über deren (Re-)Präsentation gibt es ein Forschungsfeld, das den Überlegungen zu Machtbeziehungen und Repräsentation im musealen Kontext gewissermaßen vorangeht: das weite Feld der Postkolonialen Theorie(n). Ursprünglich strebt postkoloniale Kritik danach, die Brüche und Widersprüche des Dekolonisierungsprozesses herauszuarbeiten.[19] Neben diesem sozialhistorischen Ansatz fand eine gesellschaftskritisch-poststrukturalistische-feministische Herangehensweise weite Verbreitung; hierbei steht die Auseinandersetzung mit Kolonialismus auf der symbolischen, diskursiven und performativen Ebene im Vordergrund.[20] Dem potentiellen Einwand, dass mit Österreich und der Bundesrepublik keine klassischen Länder mit Kolonialgeschichte Teil der Studie sind, demnach postkoloniale Kritik in diesem Kontext ihr Ziel verfehle, kann entgegnet werden, dass postkoloniale Theorien erstens immer

[14] Christiane Hintermann, Migrationsgeschichte ausgestellt. Migration ins kollektive österreichische Gedächtnis schreiben, in: Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, hrsg. v. Regina Wonisch/Thomas Hübel, Bielefeld 2012, S. 115–137.

[15] Paul Mecheril/Anne Broden, Re-Präsentationen. Dynamiken in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2007.

[16] Nora Sternfeld, Aufstand der Unterworfenen. Wissensarten – museale Gegenerzählungen, in: Verein Schnittpunkt. Narrationen im Museum (Ausstellungstheorie & Praxis 2), hrsg. v. Charlotte Martinz-Turek/Monika Sommer-Sieghart, Wien 2009, S. 30–56.

[17] Natalie Bayer, Zur Notwendigkeit neuer Bilderproduktionen der Migration im Museum, in: Tagungsdokumentation STAND DER DINGE Sammlung und Darstellung der Migrationsgeschichte, Symposium am 25. April 2012 Im Rautenstrauch-Joest-Museum, Köln, S. 53–56.

[18] Hakan Gürses, Eine Geschichte zwischen Stille und Getöse, in: Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, hrsg. v. Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/ Sylvia Mattl, Wien 2004, S. 24–30.

[19] Maria Do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung (Cultural Studies 12), Bielefeld 2005, S. 24.

[20] Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik, in: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, hrsg. v. Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodriguez, Münster 2003, S. 17–38, hier S. 21.

wieder darauf hingewiesen haben, dass keine Region dieser Erde den Wirkungen kolonialer Herrschaft entkommen konnte, manifestiert beispielsweise in der globalen Verbreitung rassistischer Differenzaxiome.[21] Und zweitens können die Perspektiven und Herangehensweisen postkolonialer Kritik auch auf interne Kolonialisierungen angewandt werden.[22] Für die neue österreichische Geschichte wurde dies bereits unternommen. Der Sammelband „Habsburg postcolonial" befasst sich mit inneren Kolonialisierungsprozessen in Zentraleuropa während der Habsburgermonarchie,[23] wobei das Augenmerk auf ökonomische Asymmetrien und dahinterstehende diskursiven Strategien – im Sinne einer bewussten Aufrechterhaltung der Rückständigkeit der/des Anderen – gerichtet ist.[24] Kien Nghi Ha zeigt, wie fruchtbar eine Anwendung herrschaftskritischer Überlegungen auf die Geschichte der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik, das Begreifen der Arbeitsmigration als neokolonial, sein kann. [25]

## 3. Wissenschaftliche Relevanz

Im Abschnitt „Aufriss der Problemstellung und Begründung der Themenwahl" wurde dargelegt, dass Migrationsgeschichten den nationalen Meistererzählungen der europäischen Staaten entgegenlaufen und deshalb in deren Museen unterrepräsentiert sind. Die letzten Jahre deuten jedoch auf einen diesbezüglichen Richtungswechsel hin: Einerseits entstanden ganze Migrationsmuseen, die sich ausschließlich der nationalen Migrationsgeschichte widmen. Zum anderen sprossen auf lokaler und regionaler Ebene zahlreiche Migrationsausstellungen aus dem Boden.[26] Hinzu kommt die aktuelle Lage der Geschichtswissenschaften. Manuel Bojadzijev, die dazu aufruft die Geschichte der Migration neu zu schreiben, hält fest:

> „Attraktiverweise erweist sich unsere Gegenwart als ein Moment des Hiatus zwischen einer diskreditierten Vergangenheit und einer Zeit, in der eine neue

[21] Maria Do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung (Cultural Studies 12), Bielefeld 2005, S. 11.
[22] Ebd., S. 23.
[23] Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky (Hrsg.), Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), Innsbruck 2003.
[24] Johannes Feichtinger, Habsburg (post-)colonial, Anmerkungen zur Inneren Kolonisierung in Zentraleuropa, in: Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), hrsg. v. Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky, Innsbruck 2003, S. 13–32, hier S. 14.
[25] Kien Nghi Ha, Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmarktpolitik, in: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, hrsg. v. Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodriguez, Münster 2003, S. 56–107.
[26] Regina Wonisch, Museum und Migration. Einleitung, in: Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, hrsg. v. Regina Wonisch/Thomas Hübel, Bielefeld 2012, S. 9–31, hier S. 9.

> Erzählung form anzunehmen beginnt und es notwendig macht, nicht nur die Lehrbücher neu zu schreiben."[27]

Das bedeutet, dass gerade jetzt der Zeitpunkt für ein Einschreiben der Geschichte der Migration in diese bisher ausschließende Narrative günstig ist, was sich nicht zuletzt in den vielfältigen Ausstellungen auf lokaler Ebene niederschlug. Die Verortung der Migrationsgeschichte innerhalb oder neben etablierten Erzählungen ist jedoch nicht spannungsfrei, sie kann sogar ihrer eigentlichen Absicht entgegenlaufen. Nämlich dann, wenn „die Nation im Sinne einer organisierenden Staatsmacht rezentriert" wird „mittels homogenisierender, typisierender und naturalisierender Ausstellungspraxen".[28] Diese problematischen Implikationen verdeutlichen die Notwendigkeit einer theoretischen Auseinandersetzung, die die Möglichkeiten und Gefahren migrationsgesellschaftlicher Repräsentationen absteckt.

Der Ausstellung von Migrationsgeschichten geht jedoch immer deren Sammlung voran. Die Sammlung von Geschichte und deren Objekten generell ist ressourcenintensiv. Sie braucht einen Ort, der die Konservierung garantiert, außerdem natürlich historisch/archivarisch geschultes Personal. Wie problematisch sich diese Ressourcenbereitstellung darstellen kann, zeigt die aktuelle Situation in Österreich: Weder gelang es, die für die Ausstellung *Gastarbajteri* gesammelten Objekte in ein ständiges Archiv zu überführen, noch wurde bisher – trotz medialer Intervention von zeithistorischer Seite[29] – eine Stelle zur Sammlung von Migrationsgeschichte eingerichtet. Diese politische Aktualität des Themas wird dadurch unterstrichen, dass sich die ZeitzeugInnen der „Generation Eins" der Geschichte der Arbeitsmigration nach Deutschland und Österreich bereits in fortgeschrittenem Alter befinden und deshalb jetzt dringend mit dem Sammeln ihrer Geschichten begonnen werden sollte.

Bei der Analyse der Forschungslage im vorigen Kapitel wurde folgendes Desiderat identifiziert: Neben den Publikationen der einzelnen Ausstellungsprojekte gibt es zwar eine Vielzahl an Arbeiten, die das Thema der Repräsentation, der Dar- und Ausstellung von Migrationsgeschichten beleuchten, eine übergeordnete umfangreiche Analyse, die die einzelnen Bearbeitungen zueinander in Beziehung setzte, fehlt jedoch. Die vorliegende

---

[27] Manuela Bojadzijev, Geschichte der Migration neu schreiben. Erkundungen und Entdeckungen jenseits der Grenzen nationaler Geschichtsschreibung, in: crossing munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, hrsg. v. Natalie Bayer/Andrea Engl/Sabine Hess/Johannes Moser, München 2009, S. 102–105, hier S. 102.

[28] Bayer, Migration als Thema musealer Erinnerungsarbeit, S. 36.

[29] Wladimir Fischer, Warum Österreich endlich ein Archiv der Migration braucht, Gastkommentar in: *Die Presse* 02.10.2012, [http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1296698/Warum-Oesterreich-endlich-ein-Archiv-der-Migration-braucht?from=suche.intern.portal], eingesehen 16.10.2012; Dirk Rupnow, Migration braucht ein Archiv – aber was für eines?, in: *Wiener Zeitung* 02.10.2012 [http://www.wienerzeitung.at/_em_cms/globals/print.php?em_ssc=LCwsLA==&em_cnt=491144&em_loc=308&em_ref=/meinungen/gastkommentare/&em_ivw=RedCont/Nachrichten/Sonstiges&em_absatz_bold=0], eingesehen 15.10.2012.

ausstehende Untersuchung, die die bisher getätigten Anstrengungen im Feld der musealen Repräsentation von Migrationsgeschichten beleuchtet, untersucht und evaluiert, kann einen Beitrag zu Überlegungen leisten, wie die Integration von Migrationsgeschichten auf verschiedenen Ebenen der Musealisierung funktionieren kann.

Weiteres Gewicht gewinnt die Arbeit durch den Kontext eines größeren Forschungsprojektes: Diese Dissertation entsteht im Zusammenhang mit dem von Priv.-Doz. Mag. Dr. Dirk Rupnow geleiteten BMWF/„Sparkling Science"-Forschungsprojekt „Spurensuche: Hall in Bewegung. Ausstellung und Feldforschung zur Arbeitsmigration in Hall und Umgebung (1960er Jahre bis heute)", wodurch der Arbeit eine ganz praktische wissenschaftliche Relevanz zukommt. In Zusammenarbeit mit vielfältigen Kooperationspartnern – dem Stadtarchiv und dem Stadtmuseum in Hall in Tirol, dem Gemeindemuseum Absam, drei Schulklassen aus unterschiedlichen Schultypen und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck – ist eine museale Präsentation der Projektergebnisse vorgesehen. Mein Aufgabenfeld ist, gemeinsam mit Verena Sauermann, die Koordination und Durchführung des Projektes, innerhalb derer der Zusammenarbeit mit Schulklassen ein hoher Stellenwert zukommt. Jener Teil der Forschungsfrage, der fragt, wie die Einbindung von Migrationen in regionalgeschichtliche Ausstellungen funktioniert, ist also auch praktisch von großer Bedeutung.

## 4. Gewählte Methodik und inhaltliche Konzeption

Im Zentrum der Arbeit steht die Analyse bedeutender musealer Bearbeitungen von Migrationsgeschichten in Europa, um die Frage zu beantworten, wie die Einbindung von Migration in Museen und Ausstellungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Gliederungsebenen funktionieren kann.

Den theoretischen Hintergrund der Arbeit bildet einerseits der Diskurs zu Museen, Musealisierung und Erinnerung, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufkam und bis heute neue Erkenntnisse produziert. Andererseits werden die theoretischen Überlegungen zu Repräsentation, sowie zu einer herrschaftssensiblen und –kritischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse miteinbezogen.[30] Allerding ist die Frage, wie man eine Ausstellung als Format analysiert weder einheitlich noch erschöpfend beantwortet; vielmehr deckt jede neue Publikation zu diesem Thema neue Problemfelder auf. Das derzeitige Stadium des Dissertationsvorhabens erlaubt es eigentlich noch nicht, das Analyseanliegen thesenhaft zu fassen. Dennoch hier der Versuch, jenseits der

[30] Siehe beispielsweise: Christiane Hintermann, „Beneficial", „problematic" and „different". Representations of Immigration and Immigrants in Austrian Textbooks, in: Migration and Memory. Representations of Migration in Europe since 1960 (European History and Public Spheres 3), hrsg. v. Christiane Hintermann/Christina Johansson, Innsbruck 2010, S. 61–78; Rainer Ohliger/Jan Motte, Einführende Betrachtungen, in: Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft, hrsg. v. Rainer Ohliger/Jan Motte, Essen 2004, S. 7–21.

Forschungsfrage, wie die museale Einbindung von Migrationsgeschichten auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen funktioniert, eine These zu formulieren: Im Gegensatz zum nationalen Rahmen, der die Einbindung von Migrationsgeschichten nicht zufriedenstellen erlaubt, wenn er denn nicht aufgelöst wird, bieten einerseits regionale Ausstellungen und andererseits supranationale Museen die Möglichkeit einer wirklichen Integration von Migrationserzählungen.

## Literatur

Anderson, Benedict, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 1996.

Anderson, Benedict, Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 2000.

Bakondy, Vida, Bitte um 4 bis 5 türkische Maurer. Eine Analyse von Anwerbeakten der österreichischen Wirtschaftskammer, in: Viel Glück! Migration Heute. Wien Belgrad Zagreb Istanbul, hrsg. v. Vida Bakondy/Simonetta Ferfoglia/Jasmina Jankovic/Cornelia Kogoj/Gamze Ongan/Heinrich Pichler/Ruby Sircar/Rene Le Winter (Initiative Minderheiten), Wien 2010, S. 68–79.

Bayer, Natalie, Migration als Thema musealer Erinnerungsarbeit, in: *Kulturen* 6 (2012), S. 33–56.

Dies., Zur Notwendigkeit neuer Bilderproduktionen der Migration im Museum, in: Tagungsdokumentation STAND DER DINGE Sammlung und Darstellung der Migrationsgeschichte, Symposium am 25. April 2012 Im Rautenstrauch-Joest-Museum, Köln 2012, S. 53–56.

Bennett, Tony, The Birth of the Museum, History, Theory, Politics, Routledge, London, 1995.

Bezirksmuseum Friedrichhain Kreuzberg, Sonderausstellung Ortsgespräche Stadt – Migration – Geschichte, Vom Halleschen bis zum Frankfurter Tor, [http://www.kreuzbergmuseum.de/index.php?id=6], eingesehen 13.11.2012.

Biffl, Gudrun, Entwicklung der Migrationen in Österreich aus historischer Perspektive, in: Grundzüge des Managements von Migration und Integration. Arbeit – Soziales – Familie – Bildung – Wohnen – Politik und Kultur (Migrationmanagement 1), hrsg. v. Gudrun Biffl/Nikolaus Dimmel, Bad Vösslau 2011, S. 33–50.

Bojadzijev, Manuela, Geschichte der Migration neu schreiben. Erkundungen und Entdeckungen jenseits der Grenzen nationaler Geschichtsschreibung, in: crossing munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, hrsg. v. Natalie Bayer/Andrea Engl/Sabine Hess/Johannes Moser, München 2009, S. 102–105.

Broden, Anne/Mecheril, Paul, Migraionsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung, in: Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft, hrsg. v. Anne Broden/Paul Mecheril, Düsseldorf 2007, S. 7–28.

Chin, Rita, Guest Worker Migration and the unexpected Return of Race, in: After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe, hrsg. v. Rita Chin/Heide Fehrenbach/Geoff Eley/Atina Grossmann, Michigan 2008, S. 80–101.

Cité nationale de l'histoire de l'immigration, [http://www.histoire-immigration.fr/], eingesehen 13.11.2012.

Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration, [http://www.crossingmunich.org/], eingesehen 13.11.2012.

Do Mar Castro Varela, Maria/Dhawan, Nikita, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung (Cultural Studies 12), Bielefeld 2005.

Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V., [http://www.domid.org/], [http://www.domid.org/seiten/ueberdomid/ueberdomid-de.html], eingesehen 13.11.2012.

Dunkel, Franziska/Stramaglia-Faggion, Gabriella „Für 50 Mark einen Italiener…". Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000.

Fassmann, Heinz (Hrsg.), 1. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt 2003.

Ders. (Hrsg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt 2007.

Fassmann, Heinz/Matuschek, Helga/Menasse, Elisabeth (Hrsg.), Abgrenzen ausgrenzen aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, Klagenfurt 1999.

Feichtinger, Johannes, Habsburg (post-)colonial, Anmerkungen zur Inneren Kolonisierung in Zentraleuropa, in: Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), hrsg. v. Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky, Innsbruck 2003, S. 13–32.

Ders./Prutsch, Ursula/Csáky, Moritz (Hrsg.), Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), Innsbruck 2003.

Fischer, Wladimir, Warum Österreich endlich ein Archiv der Migration braucht, Gastkommentar in: *Die Presse* 2.10.2012, [http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1296698/Warum-Oesterreich-endlich-ein-Archiv-der-Migration-braucht?from=suche.intern.portal], eingesehen 16.10.2012.

Fremde? Bilder von den ‚Anderen' in Deutschland und Frankreich seit 1871. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, Berlin und der Cité nationale de l'histoire de l'immigration, Paris, [http://www.dhm.de/ausstellungen/fremde/], eingesehen 13.11. 2012.

Gastarbajteri, 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien Museum Karlsplatz 2004, [http://www.gastarbajteri.at/]; eingesehen 13.11.2012.

Göktürk, Deniz/Gramling, David/Kaes, Anton (Hrsg.), Germany in Transit: Nation and Migration 1955–2005, Berkeley (L. A.) 2007.

Gürses, Hakan, Eine Geschichte zwischen Stille und Getöse, in: Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, hrsg. v. Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl, Wien 2004, S. 24–30.

Ders./Kogoj, Cornelia/Mattl, Sylvia (Hrsg.), Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004.

Ha, Kien Nghi, Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmarktpolitik, in: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, hrsg. v. Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodriguez, Münster 2003, S. 56–107.

Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

Hintermann, Christiane, „Beneficial", „problematic" and „different". Representations of Immigration and Immigrants in Austrian Textbooks, in: Migration and Memory. Representations of Migration in Europe since 1960 (European History and Public Spheres 3), hrsg. v. Christiane Hintermann/Christina Johansson, Innsbruck 2010, S. 61–78.

Ders., Migrationsgeschichte ausgestellt. Migration ins kollektive österreichische Gedächtnis schreiben, in: Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, hrsg. v. Regina Wonisch/Thomas Hübel, Bielefeld 2012, S. 115–137.

Hunn, Karin, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...". Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter" in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

Latcheva, Rossalina/Herzog-Punzenberger, Barbara, Integration revisited: Zur Dynamik und Kontextabhängigeit individueller Integrationsverläufe am Beispiel von MigrantInnen der ersten Generation in Wien, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36, Nr. 1 (2011), S. 3–27.

Lebenswege – das Online Migrationsmuseum Rheinland-Pfalz, [http://lebenswege.rlp.de/foyer/das-projekt/], eingesehen 13.11.2012.

Leitner, Helga, Gastarbeiter in der städtischen Gesellschaft. Segregation, Integration und Assimilation von Arbeitsmigranten. Am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien (Campus Forschungen 307), Frankfurt-New York 1983.

Lichtenberger, Elisabeth, Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften, Wien 1984.

Mandel, Ruth, Cosmopolitan Annexies. Turkish Challenges to Citizenship and Belonging to Germany, Durham 2008.

Matuschek, Helga, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf für und gegen die ausländische Arbeitskraft, in: *Journal für Sozialforschung* 25 (1985), Nr. 2, S. 159–198.

Mecheril, Paul/Broden, Anne, Re-Präsentationen. Dynamiken in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2007.

Mörsch, Carmen, Am Kreuzungspunkt von vier Diskursen. Die documenta 12 Vermittlung zwischen Affirmation, Reproduktion, Dekonstruktion und Transformation, in:, Kunstvermittlung 2. Zwischen kritischer Praxis und Dienstleistung auf der documenta 12, hrsg. v. Carmen Mörsch/Forschungsteam documenta 12 Vermittlung, Zürich-Berlin 2009, S. 9–33.

Ohliger, Rainer/Motte, Jan, Einführende Betrachtungen, in: Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft, hrsg. v. Rainer Ohliger/Jan Motte, Essen 2004, S. 7–21.

Pflegerl, Siegfried, Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung, Wien 1977.

Projekt Migration, ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes, Kunst Geschichte Wissenschaft 2002–2006, [http://www.projektmigration.de/], eingesehen 13.11.2012.

Rodríguez, Encarnación Gutiérrez, Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik, in: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, hrsg. v. Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodriguez, Münster 2003, S. 17–38.

Rupnow, Dirk, Nation ohne Museum? Diskussionen, Konzepte und Projekte, in: Zeitgeschichte ausstellen in Österreich. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, hrsg. v. Dirk Rupnow/Heidemaire Uhl, Wien-Köln-Weimar 2001, S. 417–464.

Ders., Migration braucht ein Archiv – aber was für eines?, in: *Wiener Zeitung* 2.10.2012 [http://www.wienerzeitung.at/_em_cms/globals/print.php?em_ssc=LCwsLA==&em_cnt=491144&em_loc=308&em_ref=/meinungen/gastkommentare/&em_ivw=RedCont/Nachrichten/Sonstiges&em_absatz_bold=0], eingesehen 15.10.2012.

Settele, Veronika, Rechtliche Grundlegungen der Arbeitsmigration nach Deutschland und Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: *historia.scribere* 4 (2012), S. 67–85, [http://historia.scribere.at/], eingesehen 15.10.2012.

Sternfeld, Nora, Aufstand der Unterworfenen. Wissensarten – museale Gegenerzählungen, in: Verein Schnittpunkt. Narrationen im Museum (Ausstellungstheorie & Praxis 2), hrsg. v. Charlotte Martinz-Turek/Monika Sommer-Sieghart, Wien 2009, S. 30–56.

Wimmer, Hannes (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Frankfurt am Main 1986.

Wonisch, Regina, Museum und Migration. Einleitung, in: Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, hrsg. v. Regina Wonisch/Thomas Hübel, Bielefeld 2012, S. 9–31.

Mag. **Veronika Settele** BA studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Innsbruck und Toulouse. Seit Oktober 2012 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMWF/„Sparkling Science“-Projekt „Spurensuche: Hall in Bewegung. Feldforschung und Ausstellung zur Arbeitsmigration in Hall und Umgebung (1960er Jahre bis heute)“ am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Veronika.Settele@uibk.ac.at

## Zitation dieses Beitrages

Veronika Settele, Von Migration und MigrantInnen in Europa. Eine Analyse musealer Bearbeitungen, in: historia.scribere 5 (2013), S. 467–481, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, eingesehen 1.3.2013 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.